



Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

(nachstehend „Emittentin“, die „Bank“ oder „Helaba“ oder zusammen mit ihren Tochtergesellschaften auch „Konzern“ genannt)

Registrierungsformular

vom 25. April 2018

gemäß § 12 Abs. 1 Satz 2 und 3 Wertpapierprospektgesetz („WpPG“) in Verbindung mit Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 („EU-Prospektverordnung“)

Inhaltsverzeichnis

1.	Risikofaktoren der Emittentin	3
2.	Verantwortliche Personen	7
3.	Wichtige Hinweise	7
4.	Rating	8
5.	Gesetzlicher Abschlussprüfer	10
6.	Geschäftsgeschichte und Geschäftsentwicklung der Emittentin	11
7.	Geschäftsüberblick	12
8.	Organisationsstruktur	13
9.	Trendinformationen	14
10.	Organe der Bank	15
11.	Anteilsverhältnisse	23
12.	Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin	24
13.	Informationen von Seiten Dritter	25
14.	Einsehbare Dokumente	25

Anhang AA*: Finanzangaben der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale 2017 auf Konzern-ebene

- Konzernlagebericht (mit Ausnahme des Abschnitts „Prognose- und Chancenbericht“)AA-1
- Gewinn- und Verlustrechnung	AA-57
- Gesamtergebnisrechnung	AA-58
- Bilanz	AA-59
- Eigenkapitalveränderungsrechnung	AA-61
- Kapitalflussrechnung	AA-62
- Anhang	AA-65
- Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	AA-196

Anhang AB*: Finanzangaben der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale 2017

- Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen (mit Ausnahme des Abschnitts „Prognose- und Chancenbericht“)AB-1
- Jahresbilanz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	AB-54
- Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	AB-58
- Anhang der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	AB-60
- Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers	AB-107

Anhang B* – Historische Finanzinformationen der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale 2016

Finanzangaben der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale auf Konzernebene

- Konzernlagebericht (mit Ausnahme des Abschnitts „Prognose- und Chancenbericht“)B-1
- Gewinn- und Verlustrechnung	B-40
- Gesamtergebnisrechnung	B-41
- Bilanz	B-42
- Eigenkapitalveränderungsrechnung	B-44
- Kapitalflussrechnung	B-45
- Anhang	B-47
- Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	B-143

Unterzeichner für die Landesbank Hessen-Thüringen GirozentraleC1

* Maßgebend im Zusammenhang mit dem Registrierungsformular sind die Seitenzahlen oben in der Mitte.

1. Risikofaktoren der Emittentin

Anleger sind durch den Erwerb der Schuldverschreibungen den emittentenbezogenen Risikofaktoren ausgesetzt, deren Verwirklichung zu einem teilweisen oder vollständigen Verlust des für den Erwerb der Schuldverschreibungen eingesetzten Kapitals führen kann.

Die nachfolgenden Texte enthalten Informationen über Risiken, die die Fähigkeit der Emittentin zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen hinsichtlich der Wertpapiere beeinträchtigen könnten. Potenzielle Anleger sollten vor der Entscheidung für einen Kauf von Schuldverschreibungen der Emittentin alle in diesem Registrierungsformular, im entsprechenden Wertpapierprospekt (z.B. in einem Basisprospekt), gegebenenfalls in der Zusammenfassung und in den Endgültigen Bedingungen sowie in den etwaigen Nachträgen zum jeweiligen Wertpapierprospekt oder Registrierungsformular enthaltenen Risikofaktoren und Informationen sorgfältig prüfen und berücksichtigen.

Eine Anlageentscheidung sollte nicht allein aufgrund dieser Risikohinweise und Informationen gefällt werden, da diese eine auf die individuellen Bedürfnisse, Ziele, Erfahrungen bzw. Kenntnisse und Verhältnisse des Anlegers zugeschnittene Beratung und Aufklärung möglicherweise nicht vollständig ersetzen können. Darüber hinaus sollten sich potenzielle Anleger bewusst sein, dass die hier beschriebenen Risikofaktoren gemeinsam auftreten können und sich somit gegenseitig beeinflussen und verstärken können.

Alleiniger Schuldner der Schuldverschreibungen ist die Emittentin. Schuldverschreibungsgläubiger können daher sämtliche Zahlungen, die ihnen nach Maßgabe der jeweiligen Emissionsbedingungen zustehen, ausschließlich von der Emittentin verlangen.

Die Helaba hat folgende Risikokategorien identifiziert und definiert:

Adressenausfallrisiko

Als Adressenausfallrisiko beziehungsweise Kreditrisiko wird das ökonomische Verlustpotenzial definiert, das aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern, Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs (Länderrisiko) entstehen kann. Die Bestimmung des ökonomischen Verlustpotenzials erfolgt auf Basis interner oder externer Bonitätsbeurteilungen sowie von der Helaba selbst geschätzter beziehungsweise aufsichtsrechtlich vorgegebener Risikoparameter.

Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko als ökonomisches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt, die nicht auf Ebene der Einzelrisikoarten gesteuert wird. In der Folge kann es zu einem Rückgang des Anteilswerts, ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial, das aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen aufgrund von Änderungen der Zinssätze, der Devisenkurse, der Aktienkurse und der Rohwarenpreise sowie ihrer Volatilitäten resultiert.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko wird in drei Kategorien unterteilt. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich aus einem unausgewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur und einer ungünstigen Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen wer-

den können. Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Dies beinhaltet Reputationsrisiken, wenn diese ursächlich auf ein operationelles Risiko zurückzuführen sind. Das operationelle Risiko umfasst auch die folgenden Risiken:

Rechtsrisiken sind definiert als das Risiko von Verlusten für die Bank aufgrund der Verletzung von rechtlichen Bestimmungen, die zu Rechtsprozessen oder eigenen Handlungen zur Abwendung solcher Verluste führen kann.

Verhaltensrisiko als Bestandteil des operationellen Risikos ist definiert als die aktuelle oder potenzielle Gefahr von Verlusten für ein Institut infolge eines unangemessenen Angebots von Finanz-(Bank-)Dienstleistungen, einschließlich Fällen bewussten oder fahrlässigen Fehlverhaltens.

Das Modellrisiko umfasst für die Helaba-Gruppe zwei unterschiedliche Aspekte:

1. Zum einen umfasst das Modellrisiko das Risiko der Unterschätzung von Eigenmitelanforderungen infolge der Nutzung von Modellen zur Quantifizierung von Risiken. Damit einher geht auch der Umstand, dass ein Modell die Realität nie gänzlich wiedergibt.
2. Zum anderen umfasst das Modellrisiko die Verlustrisiken im Zusammenhang mit der Entwicklung, Implementierung oder unangemessenen Nutzung etwaiger anderer Modelle (nicht unter 1. fallende Modelle) durch das Institut zum Zwecke der Entscheidungsfindung. Dieser Aspekt des Modellrisikos wird im operationellen Risiko berücksichtigt.

Das IT-Risiko ist definiert als die Gefahr von Verlusten aus dem Betrieb und der Entwicklung von IT-Systemen (zum Beispiel technische Umsetzung fachlicher Anforderungen, technische Ausgestaltung für die Bereitstellung, Betreuung sowie Entwicklung von Soft- und Hardware). Die Gefahr von Verlusten besteht in der Verletzung der Verfügbarkeit, Vertraulichkeit oder Integrität von Daten oder unvorhergesehenem Mehraufwand in der Informationsverarbeitung.

Das Informationssicherheits-Risiko (IS-Risiko) als Bestandteil des operationellen Risikos umfasst die Gefahr von Verlusten aus der Beeinträchtigung schutzwürdiger Informationen, die sich durch Ausnutzung technischer, prozessualer oder organisatorischer Schwachstellen ergeben können. Hierbei besteht die Gefahr von Verlusten, die sich aus der Verletzung der Verfügbarkeit, der Vertraulichkeit oder der Integrität von Informationen oder einem unvorhergesehenem Mehraufwand in der Informationsverarbeitung sowie durch Angriffe von außen (so genannte Cybercrimes) ergeben können.

Das Outsourcing-Risiko als Bestandteil des operationellen Risikos ist definiert als die Gefahr von Verlusten, resultierend aus Vertrags-, Lieferanten- und Leistungsrisiken sowie Risiken aus der Nichteinhaltung regulatorischer Vorgaben, die bei externem Leistungsbezug auftreten können.

Geschäftsrisiko

Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.

Reputationsrisiko

Als Reputationsrisiko wird die Verschlechterung des aus Wahrnehmungen der in einem Geschäfts- oder in sonstigen Verhältnissen zur Bank stehenden Individuen resultierenden öffentlichen Rufs der Helaba bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit bezeichnet. Die materiellen Auswirkungen von Reputationsrisiken schlagen sich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko nieder, weshalb sie in der Risikotragfähigkeit in diesen beiden Risikoarten berücksichtigt werden.

Immobilienrisiko

Unter dem Immobilienrisiko werden das Immobilienbestandsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie das Immobilienprojektierungsrisiko aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst.

Risiken im Zusammenhang mit gesetzlichen Verfahren und bankaufsichtsrechtlichen Befugnissen in Fällen der Krise eines Kreditinstituts

Die Bankenaufsicht ist berechtigt, einem Kreditinstitut einschränkende Auflagen für seinen Geschäftsbetrieb zu erteilen und sonstige Maßnahmen (bis hin zur Schließung des Kreditinstituts für den Geschäftsverkehr) zu ergreifen, wenn die finanzielle Situation dieses Kreditinstituts Zweifel an der dauerhaften Einhaltung der Kapital- und Liquiditätsanforderungen aufkommen lässt. Auch wenn derartige bankaufsichtliche Maßnahmen nicht notwendig direkt in die Rechte der Gläubiger eingreifen, kann doch die Tatsache der Anwendung einer solchen Maßnahme durch die Bankenaufsicht erhebliche negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Gläubiger des betroffenen Kreditinstituts nach sich ziehen, insbesondere aufgrund eines negativen Einflusses auf die Preise (Kurse) der durch dieses Kreditinstitut begebenen Finanzinstrumente oder auf die Möglichkeit des Kreditinstituts zur eigenen Refinanzierung.

Das Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz – SAG) – das die EU-Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (Bank Recovery and Resolution Directive (**BRRD**)) in deutsches Recht umsetzt – kann zur Folge haben, dass nach Maßgabe der Emissionsbedingungen in Bezug auf die Schuldverschreibungen geschuldete Zahlungen aufgrund einer Intervention der zuständigen Abwicklungsbehörde in Kernkapitalinstrumente der Emittentin umgewandelt oder dauerhaft bis auf Null herabgesetzt werden (sog. Gläubigerbeteiligung). Im Rahmen der Gläubigerbeteiligung können auch die Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen zum Nachteil der Schuldverschreibungsgläubiger geändert (z.B. die Fälligkeit hinausgeschoben oder etwaige Kündigungsrechte ausgeschlossen) werden. Die Schuldverschreibungsgläubiger haben in diesem Fall keinen Anspruch gegen die Emittentin auf Leistung nach Maßgabe der ursprünglichen Emissionsbedingungen. Dieser Fall tritt ein, wenn nach Auffassung der zuständigen Abwicklungsbehörde der Bestand der Emittentin gefährdet und sie ohne eine solche Umwandlung oder Herabsetzung nicht zur Fortführung ihrer Geschäfte in der Lage ist. Eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln kommt allenfalls in Betracht, nachdem die Möglichkeiten der Abwicklungsinstrumente, einschließlich des Instruments der Gläubigerbeteiligung, maximal ausgeschöpft wurden. In diesem Zusammenhang können zum Ausgleich eines bestehenden Mangels an Eigenkapital zunächst Instrumente des Kernkapitals, sodann solche des Ergänzungskapitals - zu denen auch die Verpflichtungen der Emittentin aus Schuldverschreibungen zählen, die als nachrangige Schuldverschreibungen emittiert wurden – und danach auch sogenannte berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten – zu denen auch die Verpflichtungen der Emittentin aus Schuldverschreibungen zählen, die kein Ergänzungskapital der Emittenten darstellen – entsprechend ihrer Rangfolge in der Insolvenz dauerhaft heruntergeschrieben bzw. in Kernkapitalinstrumente der Emittentin umgewandelt werden. Das Ausmaß, in dem Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen Gegenstand einer Gläubigerbeteiligung werden können, hängt von einer Reihe von Faktoren ab, die die Emittentin nicht beeinflussen kann. Die Gläubigerbeteiligung kann – außerhalb eines förmlichen Insolvenzverfahrens – zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Rechte der Schuldverschreibungsgläubiger führen, bis hin zu einem überwiegenden oder vollständigen Verlust des eingesetzten Kapitals. Die Rechte der Inhaber von Pfandbriefen entsprechen im Falle einer Maßnahme nach dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz denjenigen im Falle der Eröffnung eines förmlichen In-

solvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin. Sofern Pfandbriefe im Falle einer Maßnahme nach dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz nicht ausreichend durch Deckungswerte gedeckt sind, entsprechen die Rechte der Inhaber von Pfandbriefen in Höhe des nicht durch Deckungswerte gedeckten Betrages den Rechten der Inhaber von ungedeckten Schuldverschreibungen.

Das Abwicklungsmechanismusgesetz (AbwMechG) sieht unter anderem vor, dass bestimmte unbesicherte nachrangige Schuldtitel – zu denen auch die Schuldverschreibungen und Forderungen aus Pfandbriefen, die nicht ausreichend durch Deckungswerte gedeckt sind, in Höhe des nicht durch Deckungswerte gedeckten Betrages gehören können – in der Insolvenz kraft Gesetzes allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin im Range nachgehen sollen und dieser Nachrang kann auch nicht durch Aufrechnung aufgehoben werden (derartige Schuldtitel im durch § 46 f Abs. 5 KWG gesetzlich bestimmten niedrigeren Rang werden nachfolgend als **Senior Non-Preferred Schuldverschreibungen** bezeichnet). Dadurch entfällt auf derartige Senior Non-Preferred Schuldverschreibungen in der Insolvenz oder bei einer Maßnahme der Gläubigerbeteiligung ein entsprechend größerer Verlustanteil und insofern ist eine Anlage in diese Schuldverschreibungen mit höheren Risiken verbunden. Diese Änderung betrifft jedoch nicht diejenigen Schuldtitel, bei denen die geschuldete Leistung (i) vom Eintritt oder Nichteintritt eines zum Zeitpunkt der Begebung des Schuldtitels noch unsicheren Ereignisses abhängig ist, bei dem es sich nicht lediglich um die Entwicklung eines Referenzzinssatzes handelt, oder (ii) auf andere Weise denn durch Geldzahlung zu erfolgen hat.

Die Schuldverschreibungsgläubiger sollten sich daher jedenfalls bewusst sein, dass ihre Rechte als Gläubiger der Schuldverschreibungen auch außerhalb eines förmlichen Insolvenzverfahrens durch bankaufsichtliche Maßnahmen erheblich beeinträchtigt werden können, bis hin zu einem überwiegenden oder vollständigen Verlust des eingesetzten Kapitals.

Zum Datum des Basisprospekts liegt ein Gesetzentwurf der Bundesregierung für eine Änderung des Kreditwesengesetzes (**KWG**) vor, der aufgrund von Präzisierungen der europarechtlichen Grundlagen in der BRRD eine Änderung der Insolvenzzrangfolge für Verbindlichkeiten von Kreditinstituten vorsieht. Danach werden zukünftig Schuldtitel nur dann den Rang von Senior Non-Preferred Schuldverschreibungen haben, wenn diese Schuldtitel zum Zeitpunkt ihrer Begebung eine vertragliche Laufzeit von mindestens einem Jahr haben und in den vertraglichen Bedingungen ausdrücklich auf den niedrigeren Rang im Insolvenzverfahren hingewiesen wird (sog. **Senior Non-Preferred Schuldverschreibungen nach neuem Recht**). Im Fall der Begebung von Schuldverschreibungen in Form von Senior Non-Preferred Schuldverschreibungen nach neuem Recht wird in den Emissionsbedingungen dem neuen gesetzlichen Erfordernis entsprechend auf den niedrigeren Rang dieser Schuldverschreibungen im Insolvenzverfahren hingewiesen werden.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht ferner vor, dass vor dem Inkrafttreten der Änderung der Insolvenzzrangfolge für Verbindlichkeiten von Kreditinstituten bereits emittierte Schuldtitel in der Form von Senior Non-Preferred Schuldverschreibungen den gleichen insolvenzrechtlichen Rang aufweisen werden wie die nach neuem Recht nach Inkrafttreten der Änderung der Insolvenzzrangfolge emittierten Senior Non-Preferred Schuldverschreibungen nach neuem Recht. Anleger werden darauf hingewiesen, dass auf derartige Senior Non-Preferred Schuldverschreibungen nach neuem Recht in der Insolvenz oder bei einer Maßnahme der Gläubigerbeteiligung ein entsprechend größerer Verlustanteil entfällt und insofern eine Anlage in diese Schuldverschreibungen mit höheren Risiken verbunden ist.

Anleger in nachrangige Schuldverschreibungen sind von Maßnahmen und Verfahren der Gläubigerbeteiligung in besonders starkem Maße betroffen. Die mit nachrangigen Schuldverschreibungen aufgenommenen Gelder stellen Ergänzungskapital der Emittentin im Sinne der bankaufsichtlichen Eigenkapitalvorschriften dar und werden als solche bei einer Auflösung, in der Insolvenz sowie im Rahmen von Maßnahmen nach dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz vor einer Heranziehung sämtlicher nicht-nachrangiger Gläubiger der Emittentin zur Verlustdeckung herangezogen. Eine Heranziehung zur Verlustdeckung ist zudem schon dann möglich, wenn objektive Anhaltspunkte dafür bestehen, dass ein Verstoß gegen die gesetzlichen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung zumindest in naher Zukunft bevorsteht. Potentielle Anleger in nachrangige Schuld-

verschreibungen sollten deshalb beachten, dass sie bereits (weit) vor einer Insolvenz in besonders starkem Maße einem Ausfallrisiko ausgesetzt sind und damit rechnen müssen, einen teilweisen oder vollständigen Verlust ihres eingesetzten Kapitals zu erleiden. Es ist zudem auch zu erwarten, dass die Preise (Kurse) nachrangiger Schuldverschreibungen besonders sensitiv auf Änderungen der Bonität beziehungsweise der Ratings im Fall einer Krise der Emittentin reagieren.

2. Verantwortliche Personen

Die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (**Helaba**) mit Hauptsitz in Frankfurt am Main und Erfurt (die **Emittentin**) trägt die Verantwortung für die in diesem Registrierungsformular enthaltenen Angaben und erklärt, dass diese ihres Wissens richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

3. Wichtige Hinweise

Es wurden keine Personen befugt, Angaben bereitzustellen oder Darstellungen zu machen, die nicht in diesem Dokument enthalten oder mit den Angaben im Registrierungsformular beziehungsweise den entsprechenden Wertpapierprospekten (z.B. Basisprospekten) einschließlich etwaiger Nachträge zum jeweiligen Wertpapierprospekt sowie gegebenenfalls der Zusammenfassung und Endgültiger Bedingungen vereinbar sind. Soweit solche Angaben bereitgestellt bzw. Darstellungen gemacht werden, darf auf diese nicht als von der Emittentin genehmigte Information oder Darstellung vertraut werden.

Dieses Dokument stellt in einer Rechtsordnung, in der solch ein Angebot oder solch eine Aufforderung nicht erlaubt ist oder in der ein solches Angebot oder eine solche Aufforderung rechtswidrig ist, weder ein Angebot noch eine Aufforderung zur Abgabe von Angeboten dar und darf für solche Zwecke nicht verwendet werden; und es werden keinerlei Maßnahmen ergriffen, um ein Angebot oder die Verteilung dieses Dokuments in einer Rechtsordnung zu ermöglichen, in der entsprechende Maßnahmen erforderlich sind.

Dieses Registrierungsformular einschließlich etwaiger Nachträge sowie die entsprechenden Wertpapierprospekte (z.B. Basisprospekte) einschließlich etwaiger Nachträge zum jeweiligen Wertpapierprospekt stellen keine Kaufempfehlung der Emittentin für Wertpapiere dar. Interessierte Anleger sollten eine unabhängige Prüfung der beschriebenen Finanz- und Ertragslage sowie eine eigene unabhängige Bewertung der Kreditwürdigkeit der Emittentin vornehmen.

Dieses Registrierungsformular einschließlich etwaiger Nachträge sowie die entsprechenden Basisprospekte, in die dieses Registrierungsformular einbezogen wurde einschließlich etwaiger Nachträge zum jeweiligen Basisprospekt stellen kein Angebot oder eine Aufforderung seitens oder namens der Emittentin oder einer sonstigen Person zum Bezug oder Kauf von Wertpapieren dar. Die Aushändigung dieses Registrierungsformulars bedeutet zu keiner Zeit, dass die darin enthaltenen Angaben bezüglich der Emittentin zu einem späteren Zeitpunkt als zu dem Datum dieses Registrierungsformulars zutreffend sind. Unter den Voraussetzungen des § 16 WpPG wird die Emittentin etwaige Nachträge zum Wertpapierprospekt oder diesem Registrierungsformular veröffentlichen.

Dieses Registrierungsformular wurde von der BaFin gebilligt (die Prüfung des Registrierungsformulars durch die BaFin erfolgt gemäß § 13 Absatz 1 Wertpapierprospektgesetz auf Vollständigkeit einschließlich Kohärenz und Verständlichkeit) und wird unverzüglich nach der Billigung durch Bereithaltung zur kostenlosen Ausgabe bei der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Neue Mainzer Straße 52 – 58, 60311 Frankfurt am Main sowie auf <http://prospekte.helaba.de> veröffentlicht.

4. Rating

Das Risiko in Bezug auf die Emittentin wird durch die der Emittentin erteilten Ratings, welche sich im Laufe der Zeit ändern können, beschrieben. Anleger sollten jedoch beachten, dass ein Rating keine Empfehlung darstellt, von der Emittentin begebene Schuldverschreibungen zu kaufen, zu verkaufen oder zu halten.

Zudem können die Ratings von den Ratingagenturen jederzeit suspendiert, herabgesetzt oder zurückgezogen werden. Eine solche Suspendierung, Herabsetzung oder Zurückziehung des Ratings in Bezug auf die Emittentin kann den Marktpreis der unter dem Basisprospekt begebenen Schuldverschreibungen nachteilig beeinflussen.

Aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 in der derzeit geltenden Fassung (die **Ratingagentur-Verordnung**) bestehen für Schuldverschreibungsgläubiger, die zu den regulierten Investoren¹ gehören und in der Union ansässig sind, bestimmte Beschränkungen hinsichtlich der Verwendung von Ratings für aufsichtliche Zwecke, es sei denn, das betreffende Rating wurde von einer in der Union ansässigen Ratingagentur abgegeben, welche nach der Ratingagentur-Verordnung ordnungsgemäß registriert ist und deren Registrierung nicht widerrufen wurde.

Gemäß Artikel 4 (1) Unterabsatz 2 der Ratingagentur-Verordnung müssen klare und unmissverständliche Informationen im Basisprospekt darüber enthalten sein, ob diese Ratings von einer Ratingagentur mit Sitz in der Union abgegeben wurden, die im Einklang mit der Ratingagentur-Verordnung registriert wurde. Die Ratings der Helaba wurden von den Ratingagenturen Moody's Deutschland GmbH (nachstehend **Moody's**), Fitch Deutschland GmbH (nachstehend **Fitch**) und Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited (nachstehend **Standard & Poor's**) abgegeben, die ihren Sitz in der Union haben und gemäß der Ratingagentur-Verordnung registriert wurden.²

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Bewertungen der Helaba durch die Ratingagenturen Moody's, Fitch und Standard & Poor's zum Datum dieses Registrierungsformulars. Die jeweils aktuellen Ratings der Helaba sind auf der Internetseite der Helaba abrufbar: www.helaba.de/ratings.

Es gelten folgende Ratings für die Helaba (Stand zum Datum dieses Registrierungsformulars):

	Moody's	Fitch	Standard & Poor's
Emittentenrating	A1	A+*	A*
Langfristige erstrangig unbesicherte Verbindlichkeiten mit Besserstellung	Aa3	AA-*	A*
Langfristige erstrangig unbesicherte Verbindlichkeiten ohne Besserstellung	A1	A+*	A-*
Kurzfristige Verbindlichkeiten	P-1	F1+*	A-1*

¹ Zu den regulierten Investoren gehören gemäß Artikel 4.1 der Ratingagentur-Verordnung derzeit die folgenden Unternehmen: (i) Kreditinstitute, (ii) Wertpapierfirmen, (iii) Versicherungsunternehmen, (iv) Rückversicherungsunternehmen, (v) Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (vi) Verwaltungs- und Investmentgesellschaften, (vii) Verwalter alternativer Investmentfonds und (viii) zentrale Gegenparteien.

² Die aktuelle Fassung des Verzeichnisses der gemäß der Ratingagentur-Verordnung registrierten Ratingagenturen ist auf der Webseite der ESMA unter <https://www.esma.europa.eu/supervision/credit-rating-agencies/risk> abrufbar. Dieses Verzeichnis wird gemäß Artikel 18 Absatz 3 der Ratingagentur-Verordnung innerhalb von fünf Werktagen nach Annahme eines Beschlusses gemäß Artikel 16, 17 oder 20 aktualisiert. Die Kommission veröffentlicht das aktualisierte Verzeichnis im Amtsblatt der Europäischen Union innerhalb von 30 Tagen nach der Aktualisierung.

Öffentliche Pfandbriefe	Aaa	AAA	-
Hypothekendarlehen	-	AAA	-
Nachrangige Verbindlichkeiten	Baa2	A*	-
Finanzkraft (BCA/Viability-Rating/SACP)	baa2	a+*	a*

* Basierend auf dem gemeinsamen Verbundrating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen

Die Ratingskala für das Emittentenrating, langfristige Verbindlichkeiten und Pfandbriefe reicht bei Moody's von Aaa (Beste Qualität, geringstes Ausfallrisiko) bis C (höchstes Ausfallrisiko) und bei Fitch und Standard & Poor's von AAA (Beste Qualität, geringstes Ausfallrisiko) bis D (höchstes Ausfallrisiko).

Die Ratingskala für kurzfristige Verbindlichkeiten reicht bei Moody's von P-1 (Prime-1) bis NP (Not Prime), bei Fitch von F1+ (Höchste Kreditqualität) bis D (höchstes Ausfallrisiko) und bei Standard & Poor's von A-1+ (besonders hoher Sicherheitsgrad) bis D (höchstes Ausfallrisiko).

Am 01.01.2017 trat in Deutschland die Änderung des § 46 f KWG in Kraft, der die Insolvenzrangfolge für Verbindlichkeiten von Kreditinstituten neu regelt. Aufgrund dieser Änderung haben die Ratingagenturen für die bis dato in einer Klasse zusammengefassten langfristigen erstrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten in ihrer jeweiligen Ratingmethodik eine Unterteilung in 2 Ratingklassen etabliert:

- 1.) In dieser Klasse bezieht sich das Rating im Grundsatz auf langfristige erstrangig unbesicherte Verbindlichkeiten gemäß § 46 f (Absatz 5 und 7) KWG („**Langfristige erstrangig unbesicherte Verbindlichkeiten mit Besserstellung**“).

Benennung durch die Ratingagenturen:

- Moody`s: „Senior senior unsecured bank debt“
- Fitch: „Long-term Deposit Rating“
- Standard & Poor's: „Long-term Senior Unsecured“

- 2.) In dieser Klasse bezieht sich das Rating im Grundsatz auf langfristige erstrangig unbesicherte Verbindlichkeiten im durch § 46 f Absatz 5 KWG in Verbindung mit § 46 f Absatz 6 KWG gesetzlich bestimmten niedrigeren Rang („**Langfristige erstrangig unbesicherte Verbindlichkeiten ohne Besserstellung**“ oder „**Senior Non Preferred Schuldverschreibungen**“)

Benennung durch die Ratingagenturen:

- Moody`s: „Senior unsecured“
- Fitch: „Senior Unsecured“
- Standard & Poor's: „Long-term Senior Subordinated“

Finanzkraft

Das Finanzkraftrating beurteilt die eigene, fundamentale Finanzkraft der Helaba bzw. des S-Verbundes Hessen-Thüringen als selbstständige Einheit. Die externe Unterstützung einer Bank durch ihre Eigentümer sowie sonstige externe Bonitätsfaktoren und Haftungsmechanismen bleiben unberücksichtigt.

Das Baseline Credit Assessment („BCA“) wird von der Ratingagentur Moody's durchgeführt. Die Ratingskala reicht von aaa (höchste fundamentale Finanzkraft) bis c (Ausfall bzw. Ausfall nur verhindert durch außergewöhnliche externe Stützungsmaßnahmen).

Das Viability-Rating wird von der Ratingagentur Fitch vergeben. Die Ratingskala reicht von aaa (höchste fundamentale Kreditqualität) bis f (Ausfall bzw. Ausfall nur verhindert durch außergewöhnliche externe Stützungsmaßnahmen).

Das Stand-alone Credit Profile („SACP“) wird von der Ratingagentur Standard & Poor's ermittelt. Die Ratingskala reicht von aaa (höchste fundamentale Kreditqualität) bis d (Ausfall).

Verbundrating S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen

Die S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen verfügt über ein Verbundrating von Fitch. Auf Basis des Geschäftsmodells der wirtschaftlichen Einheit wurde der Helaba und den 50 Sparkassen in Hessen und Thüringen ein einheitliches Bonitätsrating erteilt. Auch das Viability-Rating von Fitch wird nicht für die Helaba als Einzelinstitut angegeben, sondern bezieht sich aufgrund des Geschäftsmodells der wirtschaftlichen Einheit auf den S-Finanzverbund Hessen-Thüringen.

Des Weiteren hat Standard & Poor's den 50 Sparkassen der S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen und der Helaba gleichlautende Ratings erteilt. Die Ratings von Standard & Poor's spiegeln die Finanzkraft der Gruppe als Ganzes wider. Für die Ratinganalyse wurden die Sparkassen und die Helaba als eine miteinander verbundene, wirtschaftliche Einheit betrachtet.

Die vorstehenden Rating-Informationen wurden von der Emittentin nach bestem Wissen zusammengestellt. Soweit der Emittentin bekannt und soweit sie dies aus den von Dritten veröffentlichten Informationen ableiten konnte, wurden keine Tatsachen ausgelassen, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

5. Gesetzlicher Abschlussprüfer

PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrich-Ebert-Anlage 35 - 37, 60327 Frankfurt am Main, ist gesetzlicher Abschlussprüfer der Helaba für 2016 und 2017.

PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist Mitglied der Wirtschaftsprüferkammer.

Das Mandat von PwC als Abschlussprüfer der Helaba endete nach der Prüfung der Abschlüsse 2017 der Helaba.

Die Trägerversammlung der Helaba hat in ihrer Sitzung am 9. Dezember 2016 beschlossen, dass die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (EY) die Jahres- und Konzernabschlussprüfung der Helaba ab dem Geschäftsjahr 2018 durchführen soll.

Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist Mitglied der Wirtschaftsprüferkammer.

6. Geschäftsgeschichte und Geschäftsentwicklung der Emittentin

Historische Wurzeln / Datum der Gründung

Die Hessische Landesbank Girozentrale entstand 1953 durch den Zusammenschluss der Hessischen Landesbank Darmstadt (gegründet 1940), der Nassauischen Landesbank Wiesbaden (gegründet 1840) sowie der Landeskreditkasse zu Kassel (gegründet 1832). Unter dem Namen „Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale“ firmiert die Bank seit dem 1. Juli 1992. An diesem Tag trat der Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation in Kraft (der „Staatsvertrag“).

Juristischer und kommerzieller Name der Emittentin

Die Emittentin führt die handelsrechtliche Bezeichnung Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Helaba ist der für kommerzielle Zwecke genutzte Name.

Ort der Registrierung der Emittentin und ihre Registrierungsnummer

Die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale ist im Handelsregister Frankfurt am Main (HRA 29821) und im Handelsregister Jena (HRA 102181) eingetragen.

Sitz und Rechtsform

Die Helaba wurde in Deutschland gegründet und ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts in Deutschland. Die Bank hat ihre Sitze in Frankfurt am Main und Erfurt:

Neue Mainzer Straße 52 – 58
60311 Frankfurt am Main
Telefon +49 (0) 69 91 32 – 01
Telefax +49 (0) 69 29 15 17;

Bonifaciusstraße 16
99084 Erfurt
Telefon +49 (0) 361/217 – 71 00
Telefax +49 (0) 361 217 – 71 01

Die Helaba unterliegt im Rahmen des „Single Supervisory Mechanism“ (SSM: einheitlicher Bankenaufsichtsmechanismus in der Eurozone, dem sich auf freiwilliger Basis auch weitere EU-Staaten anschließen können) seit dem 4. November 2014 der direkten Überwachung und Aufsicht durch die Europäische Zentralbank (EZB). Basis für die Übernahme der direkten Aufsicht über die Helaba durch die EZB ist die Einstufung der Helaba als „bedeutendes“ Institut. Die EZB wird in ihrer Aufsichtsfunktion durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“), einer unabhängigen Behörde mit Aufsichtsbefugnissen, sowie durch die Deutsche Bundesbank unterstützt.

Darüber hinaus unterliegt die Helaba der gesetzlichen Aufsicht durch die Bundesländer Hessen und Thüringen (Artikel 2 Abs. 1 und 12 Abs. 1 des Staatsvertrages).

Sicherungseinrichtungen

Die Helaba ist dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Finanzgruppe (das „Sicherungssystem“) angeschlossen. Dieses System zielt darauf ab, dass die angeschlossenen Institute selbst geschützt, insbesondere deren Liquidität und Solvenz gewährleistet werden. Dem Sicherungssystem sind die Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen angeschlossen. Das Sicherungssystem besteht satzungsmäßig aus einer Haftungsgemeinschaft miteinander verbundener Vermögen, welche von den Sparkassen, den Landesbanken und Girozentralen sowie den Landesbausparkassen aufgebracht werden. Im Krisenfall können Liquidität und Solvenz eines Instituts durch entsprechende Stützungsmaßnahmen geschützt werden. Betroffene Institute können so in die Lage versetzt werden, ihre Verbindlichkeiten weiterhin uneingeschränkt zu erfüllen.

Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe erfüllt die Vorgaben des am 3. Juli 2015 in Kraft getretenen Einlagensicherungsgesetzes. Neben der Institutssicherung sieht das

Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe eine Einlagensicherung zum Schutz entschädigungsfähiger Einlagen bis 100.000 Euro pro Kunde vor. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem im Sinne des Einlagensicherungsgesetzes anerkannt.

Daneben besteht der Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, dem die Helaba beigetreten ist. Ergänzend hierzu haben der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und der Westfälisch-Lippische Sparkassen- und Giroverband (SVWL) im Zuge ihrer 2012 eingegangenen Beteiligung am Stammkapital der Helaba (je 4,75%) jeweils einen zusätzlichen Reservefonds zugunsten der Helaba errichtet.

7. Geschäftsüberblick

Die Helaba besitzt die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften aller Art und zum Erbringen von Finanzdienstleistungen aller Art mit Ausnahme des Betriebs eines multilateralen Handelssystems.

Die Bank hat ihre Sitze in Frankfurt am Main und Erfurt und ist mit Niederlassungen in Düsseldorf und Kassel sowie in London, Paris und New York vertreten. Hinzu kommen Repräsentanzen und Vertriebsbüros sowie Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Für 2018 ist die Umwandlung der Repräsentanz Stockholm in eine Niederlassung geplant.

Als Geschäftsbank ist die Helaba im In- und Ausland aktiv. Sie arbeitet mit Unternehmen, institutionellen Kunden, öffentlicher Hand sowie kommunalnahen Unternehmen zusammen.

In Hessen und Thüringen bilden die Helaba und die Verbundsparkassen die Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen mit dem Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit und einem gemeinsamen Verbundrating. In Nordrhein-Westfalen wurden mit den Sparkassen und ihren Verbänden umfangreiche Kooperations- und Geschäftsvereinbarungen getroffen. Mit den Sparkassen in Brandenburg bestehen ebenfalls Kooperationsvereinbarungen zur vertrieblichen Zusammenarbeit. Die Vereinbarungen mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg ergänzen das Verbundkonzept der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen, das unverändert fortbesteht.

Als zentrales Förderinstitut des Landes Hessen bündelt die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) die Verwaltung öffentlicher Förderprogramme. Für die WIBank als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba, besteht in Übereinstimmung mit EU-Recht eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen. Darüber hinaus ist die Helaba an zahlreichen anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen beteiligt.

Im Segment Immobilien hat sich die Bank auf größere gewerbliche Finanzierungen spezialisiert. So werden vor allem Bürogebäude, Einzelhandelsobjekte, Wohnungsportfolios, aber auch Gewerbeparks und Logistikzentren finanziert. Im Ausland finanziert die Helaba Immobilien in etablierten Städten/Regionalzentren und für gewerbliche Kunden. In den USA ist die Helaba seit 1995 vor Ort aktiv. Weitere Teams sind in den Niederlassungen London und Paris und seit 2016 in Stockholm tätig.

Im Segment Corporates & Markets sind die Bereiche Corporate Finance, Sparkassenkreditgeschäft und Verbundservice, Banken und Auslandsgeschäft, Cash Management, Sales Öffentliche Hand sowie der Bereich Kapitalmärkte zusammengefasst. Der Bereich Corporate Finance bietet Finanzierungen, die im Kundenauftrag strukturiert und arrangiert werden. Dies umfasst die Produktgruppen Unternehmensfinanzierung, Projektfinanzierung, Transportfinanzierung, Außenhandelsfinanzierung, Akquisitionsfinanzierung, Asset Backed Finance, Investitions- und Leasingfinanzierung und Bilanzstrukturmanagement. Im Bereich Sparkassenkreditgeschäft und Verbundservice

unterstützt die Bank Sparkassen und ihre Kunden mit bonitätsgetriebenen und cash-flow getriebenen Finanzierungen. Im Bereich Banken und Auslandsgeschäft bündelt die Bank das Trade-Finance Geschäft mit Verbundkunden, dabei wird das Dokumentengeschäft neben Verbundkunden auch für Zielkunden der Bank abgewickelt. Im Bereich Cash Management ist die Helaba im Bereich Zahlungsverkehr tätig. Der Bereich Sales Öffentliche Hand bietet Beratung und Produkte für Kommunen und kommunalnahe Unternehmen.

Im Bereich Kapitalmärkte umfasst das Dienstleistungsspektrum die vier kapitalmarktbezogenen Kernfunktionen Risikomanagement, Warehousing³ inkl. Market Making, Primärmarkt- und Geldmarktaktivitäten. Die Saleseinheiten im Bereich Kapitalmärkte betreuen Ziel- und Produktkunden der Helaba. Im Vordergrund der Aktivitäten steht die individuelle, auf Kundenbedürfnisse abgestimmte Risiko- und Strategieberatung hinsichtlich des Einsatzes von Kapitalmarktprodukten.

Im Segment Retail & Asset Management betreut die Frankfurter Sparkasse Privatkunden, Geschäfts-, Gewerbe- und Firmenkunden sowie öffentliche Haushalte im Rhein-Main-Gebiet über die gesamte Produktpalette des Finanzdienstleistungsbereichs. Als 100 prozentige und vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der Helaba in öffentlicher Rechtsform ist die Frankfurter Sparkasse eine bedeutende Retailbank in der Region Frankfurt am Main. Über die 1822direkt ist die Frankfurter Sparkasse auch im nationalen Direktbankgeschäft tätig.

Durch die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und deren 100 prozentige Tochter Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG deckt die Helaba ihr Angebot für Sparkassen im Segment Private Banking, Wealth Management, und Vermögensverwaltung ab.

Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) betreibt die Helaba Bausparkassengeschäft in beiden Bundesländern.

Die Helaba Invest ist eine Kapitalverwaltungsgesellschaft im institutionellen Asset Management, die sowohl Wertpapiere als auch Immobilien administriert und managed. Die Produktpalette der Helaba Invest umfasst unter anderem Wertpapierspezial- und Publikumsfonds als Management- und/oder Beratungsmandat, die umfassende Fondsadministration (inkl. Reporting und Meldewesen sowie Risikomanagement), die Strategieberatung und Betreuung indirekter Investments.

Die GWH-Gruppe ist ein Bestandshalter für Wohnimmobilien in Hessen mit knapp 49.000 Wohneinheiten. Neben der Bestandsverwaltung und -optimierung von Wohnungsbeständen betreibt die Gruppe die Projektentwicklung von Wohnimmobilien.

Bankeigene Immobilien werden im Bereich Immobilienmanagement optimiert. Der Bereich Immobilienmanagement steuert auch die immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen der Bank.

Im Segment öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft werden die Geschäfte der Wirtschafts- und Infrastrukturbank abgebildet.

8. Organisationsstruktur

Die Helaba ist national wie international aktiv.

Zusätzlich zu ihren Sitzen in Frankfurt am Main und Erfurt ist die Emittentin mit Niederlassungen in Düsseldorf und Kassel sowie in London, Paris und New York vertreten. Hinzu kommen Repräsentanzen in Madrid, Moskau, Shanghai, Singapur und Stockholm sowie Vertriebsbüros in Berlin, München, Stuttgart und Münster. Eine weitere Repräsentanz in Sao Paulo ist geplant. Es ist geplant, die Repräsentanz Stockholm in 2018 in eine Niederlassung umzuwandeln.

Zum Helaba-Konzern zählen neben der Helaba als Muttergesellschaft über 250 Beteiligungen, die

³ Hierunter wird das vorübergehende Halten von insbesondere Wertpapierbeständen für Kunden der Bank verstanden.

sie in Ausübung oder Unterstützung ihrer Geschäftstätigkeiten gegründet, mitgegründet oder erworben hat. Zum Beteiligungsportfolio der Bank gehören zum einen sogenannte operative Beteiligungen, d.h. Beteiligungen, die in enger Beziehung zum Kreditgeschäft stehen (kreditersetzende oder kreditähnliche Beteiligungen), zum anderen strategische Beteiligungen. Hierzu zählen alle finanzierungsfernen Beteiligungen, die primär geschäftspolitischen bzw. geschäftsfeldbezogenen Zwecken dienen.

Die wichtigsten Beteiligungen mit strategischer Bedeutung sind die Frankfurter Sparkasse, die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG mit Ihrer Tochter Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, die Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, die GWH Immobilien Holding GmbH sowie die OFB Projektentwicklung GmbH.

Ein überwiegender Teil des operativen Geschäftes wird in der Helaba getätigt. Die operative Abhängigkeit der Emittentin im Konzern ist beschränkt auf Dienstleistungs- und Liefervereinbarungen mit einigen Konzerngesellschaften.

Weitere Informationen zum Anteilsbesitz der Emittentin sind dem Anhang zu dem Konzernabschluss der Emittentin für das Jahr 2017 auf den Seiten AA-177 bis AA-190 dieses Registrierungsformulars zu entnehmen.

9. Trendinformationen

Wettbewerbsumfeld

Der deutsche Bankensektor profitiert von der positiven konjunkturellen Entwicklung im Jahr 2017. Dies äußert sich insbesondere auch in einem niedrigen Risikovorsorgebedarf. Auf der anderen Seite wird das operative Geschäft der Banken jedoch weiterhin durch das aktuelle Zinsumfeld belastet. Darüber hinaus drängen institutionelle Anleger (Versicherungen, Pensionskassen) infolge ihres Anlagedrucks beispielsweise in den Markt für Finanzierungen und werden zu Wettbewerbern der Banken. Durch den Verdrängungswettbewerb verbleiben die Margen unter Druck.

Durch die ständige Fortentwicklung der Informationstechnologie werden immer mehr Bereiche der Wirtschaft digitalisiert. Für Finanzdienstleister entstehen neue Wege des Kundenzugangs, des Datenaustauschs mit dem Kunden und des Angebots von Produkten über Online- und mobile Kanäle.

Bei den aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen ergaben sich folgende wesentliche Veränderungen:

EZB-Aufsicht (Single Supervisory Mechanism, SSM)

Die Helaba-Gruppe (im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) sowie der CRR) mit den verbundenen Tochterinstituten Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG gehört zu den als „bedeutend“ eingestuften Instituten, die unter der direkten Aufsicht der EZB stehen. Mit Schreiben vom 19. Dezember 2017 hat die EZB der Helaba-Gruppe das Ergebnis des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory and Evaluation Process, SREP) mitgeteilt. Die hieraus resultierende mindestens vorzuhaltende harte Kernkapitalquote liegt für die Helaba-Gruppe für 2018 bei 8,89 %. Diese Anforderung setzt sich aus der Säule 1, Mindestkapitalanforderung, der Säule 2, Kapitalanforderung, sowie den Kapitalpuffern zusammen.

Stresstest

Neben dem zweijährigen Stresstest-Zyklus der European Banking Authority (EBA), der den nächsten Stresstest für 2018 vorsieht, hat die Helaba im ersten Halbjahr 2017 am Stresstest Zinsänderungsrisiko im Bankbuch der EZB teilgenommen. Unter verschiedenen Zinsszenarien, die als Adhoc-Zinsschock auftreten, wurden dabei jeweils die Barwertveränderung im Bankbuch und die Veränderung des Zinsüberschusses berechnet. Die Ergebnisse sind in den diesjährigen SREP-Bescheid eingeflossen.

Targeted Review of Internal Models (TRIM)

Ende 2015 hat die EZB das TRIM-Projekt ins Leben gerufen, um die derzeit von den Banken verwendeten internen Modelle zur Ermittlung ihrer Eigenmittelanforderungen der Säule 1 gezielt zu überprüfen. Neben der Beurteilung, ob die Modelle die regulatorischen Anforderungen erfüllen, ist es das Ziel der EZB, eine Vergleichbarkeit der eingesetzten internen Modelle herzustellen, um etwaige Inkonsistenzen und unbegründete Variabilität bei der Ermittlung der Risikogewichteten Aktiva (Risk Weighted Assets „RWA“) zu verringern. Im Rahmen des TRIM-Projekts werden aktuell Vor-Ort-Prüfungen durchgeführt.

Die Helaba-Gruppe wurde 2017 mit dem Schwerpunkt auf im Retail-Geschäft verwendete Kreditrisikomodelle und das Interne Marktpreisrisikomodell geprüft.

Einheitlicher Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM)

Als „bedeutendes“ Institut ist die Helaba im Verantwortungsbereich des SRB (Single Resolution Board) angesiedelt. Wie 2016 wurde im ersten Halbjahr 2017 eine Datenabfrage zur Abwicklungsplanung und zu den Mindestanforderungen an Eigenmittel und „berücksichtigungsfähige“ Verbindlichkeiten (MREL) durchgeführt. Der MREL-Bestand der Helaba lag deutlich über der zuletzt in 2016 mitgeteilten indikativen Zielgröße.

Im Zuge der Implementierung des einheitlichen europäischen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM) wird die Festlegung einer institutsspezifischen Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten erfolgen. Die Helaba geht aktuell davon aus, erst 2018/2019 eine verbindliche MREL-Vorgabe zu erhalten.

Basel III - Reformpaket

Die Basel III Initiierung hatte im Wesentlichen Qualität und Höhe der Eigenmittel zum Gegenstand. Mit Basel III Finalisierung am 7. Dezember 2017 sind zunehmend die RWA in den Fokus gerückt. Die wesentlichen Änderungen erfolgten unter anderem durch eine höhere Risikosensitivität im Kreditrisiko-Standardansatz und im CVA-Risiko (Risiko einer Anpassung der Kreditbewertung), Wegfall des Fortgeschrittenen OpRisk-Ansatzes (fortgeschrittener Messansatz zur Ermittlung des Eigenmittelbedarfs für das operationelle Risiko (AMA - Advanced Measurement Approach)) und des Fortgeschrittenen IRB (auf internen Ratings basierender Ansatz zur Berechnung des Eigenmittelbedarfs) für bestimmte Portfolios und Festlegung einer Untergrenze für interne Modelle in Höhe von 72,5 % der Gesamtrisikopositionen. Die überarbeiteten Standards sollen gemäß Basler Ausschuss ab 2022 gelten und die Untergrenze für durch interne Modelle bestimmte Eigenkapitalanforderungen (Output-Floor) in einem Übergangszeitraum von fünf Jahren eingeführt werden. Mit den neuen Anforderungen ist ein RWA-Anstieg für alle deutschen Institute verbunden.

Seit dem Datum des letzten veröffentlichten, geprüften Jahresabschlusses 2017 haben sich keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Emittentin ergeben.

10. Organe der Bank

Trägerversammlung

Die Trägerversammlung repräsentiert die Träger der Helaba (vgl. Angaben auf Seite 21, „Eigentümerstruktur“). Alle wesentlichen Veränderungen in Bezug auf u.a. Geschäftspolitik, Eigenkapital oder Konzernstruktur bedürfen der Genehmigung der Trägerversammlung. Sie ist unter anderem zuständig für Änderungen der Satzung der Bank und für die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes. Die Rechte der Mitglieder der Trägerversammlung ergeben sich aus der Satzung und den jeweiligen Geschäftsordnungen.

Die Trägerversammlung besteht aus 16 Mitgliedern (§8 (1) der Satzung der Helaba). Vorsitzender der Trägerversammlung ist Stefan Reuß, Landrat Werra-Meißner-Kreis, Eschwege. Stellvertreter sind Ingo Buchholz, Vorsitzender des Vorstands der Kasseler Sparkasse, Kassel, Prof. Dr. Liane Buchholz, Präsidentin Sparkassenverband Westfalen-Lippe, Münster, Helmut Schleweis, Präsident

Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Berlin und Heike Taubert, Ministerin, Thüringer Finanzministerium, Erfurt.

Die Trägerversammlung setzt sich gegenwärtig wie folgt zusammen:

Stefan Reuß

Landrat
Werra-Meißner-Kreis,
Eschwege
-Vorsitzender-

Ingo Buchholz

Vorsitzender des Vorstands
Kasseler Sparkasse,
Kassel
-Stellvertretender Vorsitzender-

Prof. Dr. Liane Buchholz

Präsidentin
Sparkassenverband Westfalen-Lippe,
Münster
-Stellvertretende Vorsitzende-

Helmut Schleweis

Präsident
Deutscher Sparkassen- und Giroverband,
Berlin
-Stellvertretender Vorsitzender-

Heike Taubert

Ministerin
Thüringer Finanzministerium,
Erfurt
-Stellvertretende Vorsitzende-

Dieter Bauhaus

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Mittelthüringen,
Erfurt

Volker Bouffier

Hessischer Ministerpräsident
Hessische Staatskanzlei,
Wiesbaden

Michael Breuer

Präsident
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband,
Düsseldorf

Sigrid Erfurth

Mitglied des Hessischen Landtages,
Wiesbaden

Alois Früchtl

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Fulda,
Fulda

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen,
Frankfurt am Main/Erfurt

Claus Kaminsky

Oberbürgermeister
Stadt Hanau,
Hanau

Thomas Müller

Landrat
Landkreis Hildburghausen,
Hildburghausen

Günther Sedlak

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Oberhessen,
Friedberg

N.N.

N.N.

Zwei Mitgliederpositionen in der Trägerversammlung sind derzeit unbesetzt.

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat hat die Geschäftsführung des Vorstandes zu überwachen und besteht gemäß §11 (1) der Satzung der Helaba aus sechsendreißig Mitgliedern. Zwei Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrats werden von den Trägern der Helaba berufen. Ein Drittel wird von den Bediensteten der Bank entsandt. Die Rechte der Mitglieder des Verwaltungsrats ergeben sich aus der Satzung und den jeweiligen Geschäftsordnungen.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats sind gegenwärtig:

Mitglieder

vom Sparkassen-
und Giroverband
Hessen–Thüringen
berufen

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen,
Frankfurt am Main/Erfurt
-Vorsitzender-

Dr. Werner Henning
Landrat
Landkreis Eichsfeld,
Heiligenstadt
-1. stellvertretender Vorsitzender-

Andreas Bausewein
Oberbürgermeister
Stadt Erfurt,
Erfurt

Dr. Annette Beller
Mitglied des Vorstands
B. Braun Melsungen AG,
Melsungen

Christian Blechschmidt
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Unstrut-Hainich
Mühlhausen

Stefan Hastrich
Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Weilburg,
Weilburg

Günter Högner
Vorsitzender des Vorstands
Nassauische Sparkasse,
Wiesbaden

Manfred Michel
Landrat
Landkreis Limburg-Weilburg,
Limburg an der Lahn

Frank Nickel
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Werra-Meißner,
Eschwege

Thorsten Schäfer-Gümbel
Mitglied des Hessischen
Landtags,
Wiesbaden

Helmut Schmidt
Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Saale-Orla,
Schleiz

Uwe Schmidt
Landrat
Landkreis Kassel,
Kassel

Wolfgang Schuster
Landrat
Lahn-Dill-Kreis,
Wetzlar

Dr. Eric Tjarks
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Bensheim,
Bensheim

N.N.

N.N.
N.N.

vom Land Hessen berufen	Dr. Thomas Schäfer Staatsminister Hessisches Ministerium der Finanzen, Wiesbaden -2. stellvertretender Vorsitzender-	Clemens Reif Mitglied des Hessischen Landtags, Wiesbaden
vom Freistaat Thüringen berufen	Dr. Hartmut Schubert Staatssekretär Thüringer Finanzministerium, Erfurt	
vom Rheinischen Sparkassen- und Giroverband berufen	Alexander Wüerst Vorsitzender des Vorstands Kreissparkasse Köln, Köln -3. stellvertretender Vorsitzender-	
vom Sparkassen- verband Westfa- len-Lippe berufen	Dr. Christoph Krämer Vorsitzender des Vorstands Sparkasse Iserlohn, Iserlohn	
von Fides Beta GmbH berufen	Dr. Karl-Peter Schackmann- Fallis Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V. Berlin	
von Fides Alpha GmbH berufen	Arnd Zinnhardt Mitglied des Vorstands Software AG, Darmstadt	
von den Bediensteten der Bank entsandt	Thorsten Derlitzki Bankprokurist Frankfurt am Main, 4. stellvertretender Vorsitzender	Frank Beck Stv. Abteilungsleiter, Frankfurt am Main
	Gabriele Fuchs Bankangestellte, Offenbach	Anke Glombik Bankprokuristin, Erfurt
	Thorsten Kiwitz Stv. Abteilungsleiter, Frankfurt am Main	Christiane Kutil-Bleibaum Abteilungsleiterin, Düsseldorf
	Annette Langner Bankprokuristin, Frankfurt am Main	Susanne Noll Bankangestellte, Frankfurt am Main

Jürgen Pilgenröther
Bankangestellter,
Frankfurt am Main

Birgit Sahliger-Rasper
Bankangestellte,
Frankfurt am Main

Susanne Schmiedebach
Bankprokuristin,
Düsseldorf

Thomas Sittner
Bankangestellter,
Frankfurt am Main

Drei Mitgliederpositionen im Verwaltungsrat sind derzeit unbesetzt.

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands werden von der Trägerversammlung bestellt; die Bestellung bedarf der Zustimmung des Verwaltungsrates. Derzeit setzt sich der Vorstand wie folgt zusammen:

Herbert Hans Grüntker (Vorsitzender des Vorstands)

Dezernent für Vorstandsstab und Konzernstrategie, Revision, Personal, Recht, Volkswirtschaft und Research, WIBank, GWH

Thomas Groß (Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands)

Dezernent für Risikocontrolling, Credit Risk Management Corporates/Corporate Finance/Financial Institutions, Credit Risk Management Real Estate, Credit Risk Management Restructuring/Workout, Cash Management, Strategieprojekt Digitalisierung, Verwaltung, Frankfurter Bankgesellschaft

Dr. Detlef Hosemann

Dezernent für Bilanzen und Steuern, Konzerncontrolling, Organisation und Informatik, Information Security Management, Compliance-Funktionen, Handelsabwicklung/Depotservice, Frankfurter Sparkasse, OFB

Hans-Dieter Kemler

Dezernent für Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung, Sales Öffentliche Hand, Zielkundenmanagement Institutionelle, Helaba Invest

Klaus-Jörg Mulfinger

Dezernent für Banken und Auslandsgeschäft, Sparkassenkreditgeschäft und Verbundservice, Sparkassenbetreuung Nord, Sparkassenbetreuung Süd, Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS)

Dr. Norbert Schraad

Dezernent für Corporate Finance, Immobilienkreditgeschäft, Debt Capital Markets and Sales Management RE, Immobilienmanagement, Zielkundenmanagement Großunternehmen, Zielkundenmanagement Midcaps, Leitung Vertrieb NRW/NL Düsseldorf, Zielkundenmanagement Öffentliche Hand/KNU, Zielkundenmanagement International, Vertriebsservice

Die Trägerversammlung und der Verwaltungsrat der Helaba haben Christian Schmid zum Mitglied des Vorstands bestellt. Der Beschluss steht noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der europäischen Bankenaufsicht. Im Vorstand der Helaba soll Christian Schmid die Geschäftsbereiche Immobilienkreditgeschäft, Debt Capital Markets and Sales Management RE, Immobilienmanagement, Verwaltung sowie die beiden Tochterunternehmen GWH und OFB verantworten.

Die Mitglieder der Trägerversammlung, des Verwaltungsrates und des Vorstands sind unter der Adresse:

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale
Neue Mainzer Straße 52 – 58
60311 Frankfurt am Main

zu erreichen.

Mandate der Vorstandsmitglieder

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Herbert Hans Grüntker	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied des Aufsichtsrats
	Helaba Invest	Stellvertretender

	Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Thomas Groß	Deutscher Sparkassen Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
	DSGF Deutsche Servicegesellschaft für Finanzdienstleister mbH, Köln	Mitglied des Aufsichtsrats
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Präsident des Verwaltungsrats
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Erster stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats
Dr. Detlef Hosemann	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Mitglied des Aufsichtsrats
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Vorsitzender des Verwaltungsrats
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
Kemler, Hans-Dieter	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied des Verwaltungsrats
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied des Verwaltungsrats
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Klaus-Jörg Mulfinger	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied des Verwaltungsrats
	Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied des Verwaltungsrats

Mandate anderer Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Stephan Bruhn	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Mitglied des Aufsichtsrats
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied des Aufsichtsrats
Klaus Kirchberger	TTL Information Technology AG, München	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Holger Mai	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Dirk Mewesen	Helaba Asset Services Unlimited Company, Dublin, Irland	Mitglied im Board of Directors
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Asset Services Unlimited Company, Dublin, Irland	Stellvertretender Vorsitzender im Board of Directors

Dr. Michael Reckhard	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied des Aufsichtsrats
Restani, Robert	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied des Verwaltungsrats
Christian, Schmid	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Klaus Georg Schmidbauer	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied des Verwaltungsrats
Peter Marc Stober	Deutscher Sparkassen Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
André Stolz	Nassauische Sparkasse, Wiesbaden	Mitglied des Verwaltungsrats
Erich Vettiger	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats

Zum Zeitpunkt dieses Registrierungsformulars bestehen keine potenziellen Interessenkonflikte der Mitglieder der Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane zwischen deren Verpflichtungen gegenüber der Helaba als Emittentin und ihren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen.

11. Anteilsverhältnisse

Eigentümerstruktur

Die Helaba ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main und Erfurt. Seit Mitte 2012 sind neben dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und den beiden Ländern Hessen und Thüringen mit dem Rheinischen Sparkassen- und Giroverband, dem Sparkassenverband Westfalen-Lippe sowie zwei Treuhandgesellschaften der Sicherheitsreserve der Landesbanken und Girozentralen beziehungsweise der regionalen Sparkassenstützungsfonds der deutschen Sparkassen vier weitere Träger im Trägerkreis der Helaba. Das Stammkapital der Helaba in Höhe von 589 Mio. € wird mehrheitlich von Trägern aus der Sparkassen-Finanzgruppe gehalten (rund 88 %). Die beiden Bundesländer Hessen und Thüringen halten Anteile von zusammen rund 12 %.

Trägerstruktur der Helaba

Zusammensetzung Stammkapital	Betrag in Mio. €	Anteil in %
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	405	68,85
Land Hessen	48	8,10
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	28	4,75
Sparkassenverband Westfalen-Lippe	28	4,75
Fides Beta GmbH	28	4,75
Fides Alpha GmbH	28	4,75
Freistaat Thüringen	24	4,05
Gesamt	589	100,00

Organe der Bank sind neben dem Vorstand die Trägerversammlung, in der die Eigentümer vertreten sind, und der Verwaltungsrat, der die Aufsichtsfunktion ausübt.

Der Emittentin liegen keine Vereinbarungen vor, die zu einem späteren Zeitpunkt zu einer Veränderung bei der Kontrolle der Emittentin führen könnten.

Aufsicht

Die Helaba unterliegt der Aufsicht durch die Europäische Zentralbank (EZB). Die EZB wird in ihrer Aufsichtsfunktion durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) sowie durch die Deutsche Bundesbank unterstützt (weitere Informationen befinden sich im Abschnitt „Sitz und Rechtsform“ auf Seite 11).

Neben dieser allgemeinen Bankaufsicht unterliegt die Helaba der Staatsaufsicht durch die Bundesländer Hessen und Thüringen (Artikel 2 Abs. 1 und Artikel 12 Abs. 1 des Staatsvertrages). Sie wird durch das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung und das Thüringer Finanzministerium ausgeübt („Aufsichtsbehörde“). Die Zuständigkeit als Aufsichtsbehörde wechselt alle vier Jahre zwischen den beiden Ministerien.

Die jeweilige Aufsichtsbehörde der Bundesländer kann alle erforderlichen Anordnungen treffen, um den Geschäftsbetrieb der Bank im Einklang mit den Gesetzen, der Satzung und den sonstigen Vorschriften zu halten. Sie kann sich jederzeit über die Angelegenheiten der Bank unterrichten, an Ort und Stelle prüfen, mündliche und schriftliche Berichte anfordern sowie Akten und sonstige Unterlagen einsehen. Die Aufsichtsbehörde kann auch verlangen, dass der Verwaltungsrat und die Trägerversammlung zur Behandlung bestimmter Angelegenheiten einberufen werden. Die Aufsichtsbehörde und das jeweils andere Ministerium können an den Sitzungen dieser Organe teilnehmen. Änderungen der Satzung der Helaba bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde und sind unter Hinweis auf die erteilte Genehmigung in den Staatsanzeigern für die Länder Hessen und Thüringen zu veröffentlichen. Darüber hinaus bedürfen bestimmte wesentliche strukturelle Änderungen der Bank der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

12. Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin

Historische Finanzinformationen

Für das Geschäftsjahr 2017 der Emittentin sind im Anhang dieses Registrierungsformulars Finanzangaben des Konzerns nach den Grundsätzen der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der Konzernlagebericht - mit Ausnahme des Abschnitts „Prognose- und Chancenbericht“ - nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches („HGB“) sowie die Wiedergabe der entsprechenden Bestätigungsvermerke des Abschlussprüfers aufgenommen und sind Bestandteil dieses Registrierungsformulars.

Für das Geschäftsjahr 2016 der Emittentin sind im Anhang dieses Registrierungsformulars Finanzangaben des Konzerns nach den Grundsätzen der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der Konzernlagebericht - mit Ausnahme des Abschnitts „Prognose- und Chancenbericht“ - nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches („HGB“) sowie die Wiedergabe der entsprechenden Bestätigungsvermerke des Abschlussprüfers aufgenommen und sind Bestandteil dieses Registrierungsformulars.

Darüber hinaus sind für das Geschäftsjahr 2017 Finanzangaben und der Lagebericht - mit Ausnahme des Abschnitts „Prognose- und Chancenbericht“ - der Bank nach dem Handelsgesetzbuch sowie die Wiedergabe des Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers aufgenommen und sind Bestandteil dieses Registrierungsformulars.

Prüfung der historischen Finanzinformationen

Die Konzernabschlüsse sowie die Konzernlageberichte 2017 und 2016 und der Jahresabschluss sowie der Lagebericht 2017 der Emittentin wurden von PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und erhielten jeweils uneingeschränkte Bestätigungsvermerke.

Zwischenberichte und sonstige Finanzinformationen

Seit dem Datum des letzten geprüften Konzern- und Jahresabschlusses 2017 bis zum Datum dieses Registrierungsformulars sind keine Zwischenabschlüsse der Emittentin veröffentlicht worden.

Rechtsstreitigkeiten und Schiedsgerichtsverfahren

Rund 370 Anleger in Fonds der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG nehmen die Helaba gerichtlich im Zusammenhang mit dem Vertrieb und der Bereitstellung von Finanzierungen für den Erwerb von Fondsbeteiligungen in Anspruch (Gesamtbeteiligungswert rund EUR 44 Mio.). Es ist davon auszugehen, dass weitere Anleger Klage erheben werden. Die Entscheidungen der Gerichte sind im Ergebnis und in der Begründung uneinheitlich. Die Helaba prüft unter Berücksichtigung der Umstände im Einzelfall alle gerichtlichen und außergerichtlichen Möglichkeiten zur Erledigung der Rechtsstreitigkeiten. Die Risikovorsorge liegt im Rahmen der allgemeinen Planungen für das erste Halbjahr 2018.

Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage

Seit dem Datum der jüngsten veröffentlichten, geprüften Konzern- und Jahresabschlüsse der Helaba (31.12.2017) hat es keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage der Helaba-Gruppe gegeben.

13. Informationen von Seiten Dritter

Soweit in dieses Registrierungsformular Informationen von Seiten Dritter übernommen wurden, wurden diese Informationen korrekt wiedergegeben und es wurden - soweit der Emittentin bekannt und soweit sie dies aus den von dem Dritten veröffentlichten Informationen ableiten konnte - keine Tatsachen ausgelassen, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

14. Einsehbare Dokumente

Während der Gültigkeitsdauer dieses Registrierungsformulars werden das Registrierungsformular sowie die folgenden Dokumente bei der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Neue Mainzer Straße 52 – 58, 60311 Frankfurt am Main, zur Einsicht bereitgehalten:

- Die gültige Satzung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale.
- Der gültige Staatsvertrag über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen.
- Geschäftsberichte der Jahre 2017 und 2016 sowie der Jahresfinanzbericht 2017 inkl. der Konzernabschlüsse der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale der Jahre 2017 und 2016 sowie des Jahresabschlusses des Jahres 2017.

Anhang AA

Finanzangaben der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale 2017 auf Konzernebene

Konzernlagebericht

(Ohne den Abschnitt "Prognose- und Chancenbericht")

- 34 Grundlagen des Konzerns
- 38 Wirtschaftsbericht
- 41 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
- 51 Nachtragsbericht
- 52 Risikobericht
- 82 Nichtfinanzielle Erklärung

Konzernlagebericht

Grundlagen des Konzerns

Geschäftsmodell des Konzerns

Als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut verfolgt die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) das langfristig angelegte strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit regionalem Fokus, ausgewählter internationaler Präsenz und enger Integration in die Sparkassen-Finanzgruppe.

Von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell der Helaba ist ihre öffentlich-rechtliche Rechtsform. Die Helaba handelt auf Grundlage der für sie geltenden staatsvertraglichen und satzungsrechtlichen Bestimmungen renditeorientiert. Staatsvertrag und Satzung setzen den rechtlichen Rahmen für das Geschäftsmodell der Helaba. Ebenso von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell sind die Zugehörigkeit der Helaba zur Sparkassen-Finanzgruppe mit ihrem institutssichernden Sicherungssystem sowie die Arbeitsteilung zwischen Sparkassen, Landesbanken und weiteren Verbundinstituten, der hohe Trägeranteil der Sparkassenorganisation sowie die Beibehaltung und der Ausbau der Aktivitäten im Verbund- und im Öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäft.

Das strategische Geschäftsmodell der Helaba basiert auf den drei Unternehmenssparten Großkundengeschäft, Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft sowie Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft. Die Bank hat ihre Sitze in Frankfurt am Main und Erfurt und ist mit Niederlassungen in Düsseldorf und Kassel sowie Paris, London und New York vertreten. Durch die Niederlassungen verstärkt die Helaba ihre Nähe zu den Kunden und Sparkassen. Darüber hinaus eröffnen die ausländischen Niederlassungen der Helaba den Zugang zu den Refinanzierungsmärkten, insbesondere auch für die Währungen US-Dollar und Britisches Pfund. Hinzu kommen Repräsentanzen und Vertriebsbüros sowie Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Für 2018 sind die Umwandlung der Repräsentanz Stockholm in eine Niederlassung sowie die Eröffnung einer Repräsentanz in São Paulo geplant.

Die Helaba konzentriert ihre Geschäftsaktivitäten in der Unternehmenssparte Großkundengeschäft auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften, Global Markets, Asset Management und das Transaktionsgeschäft. Geografisch liegt der Schwerpunkt auf Deutschland, ergänzt um Engagements in ausgewählten europäischen Ländern und Nordamerika. Die Helaba prägt stabile, langfristige Geschäftsbeziehungen zu ihren Kunden. Im Vertrieb verfolgt die Helaba zwei verschiedene Ansätze, zum einen gegenüber Produktkunden aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend

durch Ausrichtung des Kundenvertriebs auf Zielkunden im Bereich von Großunternehmen und dem gehobenen Mittelstand, institutionellen Kunden, ausgewählten ausländischen Kunden sowie inländischen öffentlichen Gebietskörperschaften und kommunalnahen Unternehmen. Bei ihren Zielkunden strebt die Helaba den Kernbankstatus an.

In der Unternehmenssparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft verfolgt die Helaba das strategische Ziel, ihre Position als führende Sparkassenverbundbank in Deutschland weiter zu stärken. In dieser Sparte konzentrieren sich die Geschäftsaktivitäten auf Deutschland mit besonderem Schwerpunkt auf Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg. Die Helaba ist Sparkassenzentralbank und Verbundbank für die Sparkassen in diesen vier Regionen und damit für rund 40 % aller Sparkassen in Deutschland. In Hessen und Thüringen bilden die Verbundsparkassen und die Helaba die Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen mit dem Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit, mit einer konsolidierten Verbundrechnungsführung und einem gemeinsamen Verbund-Rating. In Nordrhein-Westfalen wurden mit den Sparkassen und ihren Verbänden umfangreiche Kooperations- und Geschäftsvereinbarungen getroffen. Mit den Sparkassen in Brandenburg bestehen ebenfalls Kooperationsvereinbarungen zur vertrieblichen Zusammenarbeit. Die Vereinbarungen mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg ergänzen das Verbundkonzept der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) ist die Helaba in beiden Bundesländern einer der Marktführer im Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, eine 100%ige und vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der Helaba in öffentlicher Rechtsform, ist mit rund 820.000 Kunden die führende Retail-Bank in der Region Frankfurt am Main und mit der 1822direkt im nationalen Direktbankgeschäft tätig. Durch die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und deren 100%ige Tochter Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG deckt die Helaba ihr Angebot für Sparkassen im Private Banking, im Wealth Management und in der Vermögensverwaltung ab.

In der Unternehmenssparte Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft ist die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) – eine rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba – mit der Verwaltung öffentlicher Förderprogramme des Landes Hessen betraut. Für die WIBank besteht in Übereinstimmung mit dem in der Europäischen Union (EU) an-

zuwendenden Recht eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen. Die Geschäftsaktivitäten der WIBank richten sich nach den Förderzielen des Landes Hessen. Die Helaba ist darüber hinaus an anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen beteiligt.

Die Helaba überprüft ihr Geschäftsmodell regelmäßig und entwickelt es kontinuierlich weiter. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde der im Vorjahr begonnene Portfolioreview fortgesetzt, in

dem alle Geschäftsfelder auf ihre Marktattraktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Ertragsaussichten überprüft wurden. Es wurden verschiedene Wachstumsinitiativen beschlossen und strukturelle Veränderungen in zwei Wellen umgesetzt.

Die erfolgten Anpassungen werden ab dem Jahresbeginn 2018 auch entsprechend in der in- und externen Berichterstattung abgebildet.

Steuerungsinstrumentarium und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung verfügt die Helaba über integrierte Systeme zur Geschäfts- und Produktivitätssteuerung. Grundlage ist eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung. Die Steuerung beinhaltet dabei sowohl die Steuerung der absoluten Erträge und Kosten als auch die integrierte Steuerung der Deckungsbeiträge. Zielsetzung ist das Erreichen einer Cost-Income-Ratio von unter 70 %. Sie berechnet sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zum Gesamtertrag (Ergebnis vor Steuern abzüglich Verwaltungsaufwand und Risikovorsorge im Kreditgeschäft). In dieser Systematik erfolgt auch die jährliche Planung, aus der eine Planung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) abgeleitet wird. Ausgehend von einer unterjährig regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung im Deckungsbeitragschema werden regelmäßige Plan-Ist-Vergleiche erzeugt und Abweichungsanalysen durchgeführt. Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Eine wesentliche Kennzahl zur Steuerung der Bestände ist das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (definiert als Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Aktiv-Neugeschäft mit einer Refinanzierungslaufzeit von mindestens einem Jahr). Insbesondere zur risiko- und rentabilitätsorientierten Steuerung der Neugeschäfte wird eine systematische Vorkalkulation der Kreditgeschäfte durchgeführt.

Das Eigenkapital wird über die Allokation regulatorischer und ökonomischer Limite sowie über die Eigenmittelquote gesteuert. Die Kapital-Zielquoten werden unter Berücksichtigung der durch die Europäische Zentralbank (EZB) aufgestellten zusätzlichen Eigenmittelanforderungen definiert. Für 2017 lag die aus dem SREP-Beschluss der EZB abgeleitete mindestens vorzuhaltende harte Kernkapitalquote für die Helaba-Gruppe (im Sinne des Kreditwesengesetzes, KWG, sowie der Capital Requirements Regulation, CRR) bei 7,43 %. Die Rentabilitätsziele werden über die Eigenkapitalrentabilität (Verhältnis aus dem Ergebnis vor

Steuern zum durchschnittlich eingesetzten Eigenkapital nach IFRS) gesteuert. Als Zielkorridor hat die Helaba eine Eigenkapitalrentabilität von 5 bis 7 % definiert.

Die Verschuldungsquote (Leverage Ratio) misst das Verhältnis des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu den ungewichteten bilanziellen und außerbilanziellen Aktivpositionen inklusive Derivaten. Zurzeit ist die Leverage Ratio der Aufsicht als Beobachtungskennzahl zu melden und von den Instituten offenzulegen. Eine verbindliche Mindestquote von 3,0 % soll mit Übergang der Leverage Ratio in Säule 1 des bankaufsichtsrechtlichen Drei-Säulen-Modells gelten. Über die Einzelheiten wird die EU-Kommission noch entscheiden. Die Helaba berücksichtigt diese Quote bereits heute in ihren Steuerungssystemen.

Nach der CRR sind eine kurzfristige Liquiditätskennziffer (Liquidity Coverage Ratio, LCR) und eine auf die Stabilität der Refinanzierung ausgerichtete Kennziffer (Net Stable Funding Ratio, NSFR) zu ermitteln. Für die LCR lag die regulatorische Mindestquote für 2017 bei 80 %. Mit der NSFR steht jetzt noch die europäische Umsetzung der Anforderungen an die mittel- und langfristige Liquidität aus. Die Einführung der NSFR wird aktuell frühestens für 2021 erwartet. Sie wird allerdings bereits heute auf Basis der Vorgaben aus dem BCBS (Basel Committee on Banking Supervision) in den Steuerungssystemen der Helaba berücksichtigt. Beide Liquiditätskennziffern werden grundsätzlich zu einer Erhöhung der Kosten für das Liquiditätsmanagement und damit zu Rentabilitätsbelastungen führen. Die Helaba hat sich frühzeitig auf die neuen Anforderungen an das Liquiditätsmanagement eingestellt und sieht sich gut gerüstet, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechend zu erfüllen.

Im Zuge der Implementierung des einheitlichen europäischen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM) wird die Festlegung einer institutsspezifischen Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (Minimum Requirement for own funds and Eligible Liabilities, MREL) erfolgen. Die Helaba geht aktuell davon aus, erst 2018/2019 eine verbindliche MREL-Vorgabe zu erhalten.

Die Geschäftsaktivitäten der Helaba sind auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtet. Die Bank ist Produkt- und Dienstleistungslieferant für ein breites Spektrum unterschiedlicher Kundengruppen. Die Geschäftsaktivitäten der Bank sind eng mit der Realwirtschaft verzahnt. Den Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft zeigt der Anteil der Kundengeschäfte (Forderungen an Kunden und angeschlossene Sparkassen) an der Gesamtbilanzsumme.

Bei ihrer Refinanzierung nutzt die Helaba unterschiedliche Refinanzierungsquellen und -produkte. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den sich durch die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund ergebenden Anker-Refinanzierungsquellen durch direktes und indirektes Sparkassengeschäft (Depot A und Depot B). Hinzu kommen die über die WIBank aufgenommenen Fördermittel sowie die Pfandbriefemissionen als kosteneffizienter Bestandteil der stabilen Refinanzierungsbasis.

Die Helaba baut als führende Verbundbank der Sparkassenfinanzgruppe ihre Geschäftsbeziehungen zu den bundesdeutschen Sparkassen kontinuierlich aus. In den Regionen Hessen, Thüringen und Nordrhein-Westfalen, in denen die Helaba die Sparkassenzentralbankfunktion innehat, wird nach einheitlichen Kriterien eine Produktnutzungsquote ermittelt, die angibt, wie hoch der Anteil des mit der Helaba und ihren Tochtergesellschaften getätigten Geschäfts am Gesamtbezug der jeweiligen Sparkasse ist. Mit den Sparkassen werden gemeinsame Zielproduktnutzungsquoten vereinbart.

Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag bekennt sich die Helaba in ihren Nachhaltigkeitsleitsätzen nach innen und gegenüber der Öffentlichkeit zu

ihrer ökologischen und gesellschaftlichen Verantwortung und legt Verhaltensmaßstäbe auf den Gebieten Geschäftstätigkeit, Geschäftsbetrieb, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und gesellschaftliches Engagement fest. Ihre Verantwortung gegenüber Umwelt und Gesellschaft hat die Helaba darüber hinaus in verbindliche Vorgaben in ihrer Geschäftsstrategie umgesetzt. Danach fließen die Identifizierung und Bewertung von Umweltrisiken und von sozialen und ethischen Gesichtspunkten in die Risikobeurteilungs- und Risikomanagementprozesse der Helaba ein.

Im Kreditgeschäft hat die Helaba konzernweit verbindliche Nachhaltigkeitskriterien definiert, die in den Risikostrategien verankert sind. Sie sichern die Achtung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte, die Wahrung von Kulturgütern und den Schutz der Umwelt. Grundsätzlich schließt die Helaba eine wesentliche Finanzierung von Vorhaben aus, die schwere Umweltschäden hervorrufen oder gegen internationale Sozialstandards verstoßen.

Für kritische Wirtschaftssektoren wurden spezifische Ausschlusskriterien entwickelt, die insbesondere kontroverse Geschäftspraktiken ausschließen. Dies betrifft die Sektoren Energiewirtschaft, Bergbau, Öl- und Gasförderung, Land- und Forstwirtschaft, Zellstoff- und Papierindustrie sowie Rüstung.

Die Helaba wird regelmäßig von Nachhaltigkeits-Rating-Agenturen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitsleistung bewertet. Die Ratings sind ein zentrales Element bei der Analyse und Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsprofils. Die Helaba ist bestrebt, eine kontinuierliche Verbesserung der externen Einschätzung zu erzielen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

■ Personalstrategie

Die Grundsätze der Personalarbeit der Helaba leiten sich aus der Geschäftsstrategie ab. Sie berücksichtigen dabei die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und regulatorischen Entwicklungen. Die Kernaufgaben sind beispielsweise das bedarfsorientierte Beschaffen geeigneter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das Bereitstellen professioneller Serviceleistungen und attraktiver Vergütungs- und Nebenleistungen wie einer betrieblichen Altersversorgung sowie die Personalentwicklung und Nachwuchsförderung.

■ Vergütungsgrundsätze

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie definieren die Handlungsspielräume für die Beschäftigten. Daran ausgerichtet ist auch das Vergütungssystem. In der Vergütungsstrategie und den Vergütungsgrundsätzen hat die Bank den Zusammenhang zwischen Geschäftsstrategie, Risikostrategie und Vergütungsstrategie geregelt. Die Vergütungsstrategie berücksichtigt die Erfüllung der Zielvorgaben aus der operativen Planung bei der Ermittlung eines Gesamtbankbudgets und der Zuordnung der Budgets für die variable Vergütung auf Bereichsebene. Der Bezug zwischen Vergütungsstrategie und strategischen Zielen der Geschäftsbereiche ist somit sichergestellt. Bei den Corporate-Center-Bereichen orientiert sich die Zuordnung von Bereichsbudgets am Ergebnis der Gesamtbank und an der Erreichung qualitativer Ziele. Durch dieses Vorgehen wird

ausgeschlossen, dass bei einzelnen Beschäftigten Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken entstehen. Die Festgehälter orientieren sich an den Markterfordernissen.

■ **Personalentwicklung**

Trotz hoher Kostensensibilität investiert die Helaba in die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin auf hohem Niveau. Das bedarfsgerecht aufgestellte Angebot an Seminaren zur fachlichen, persönlichen, sozialen und methodischen Entwicklung hilft Führungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der alltäglichen Arbeit. Ergänzt wird dieses Qualifizierungsangebot durch Fremdsprachentrainings, themenspezifische Angebote externer Seminaranbieter sowie betriebswirtschaftliche Studiengänge. Das Repertoire der Personalentwicklung umfasst neben den genannten Qualifizierungsangeboten beispielsweise auch Aspekte des Change, Diversity oder Performance Managements.

■ **Nachwuchsförderung**

Die gesellschaftlichen Veränderungen, resultierend aus der demografischen Entwicklung und der fortschreitenden Digitalisierung, werden langfristig betrachtet auf die Wettbewerbsfähigkeit der Helaba Einfluss nehmen. Das hat Konsequenzen für die Gestaltung personalwirtschaftlicher Prozesse. Der demografische Wandel stellt die Helaba vor die Herausforderung, potenzialstarke Nachwuchskräfte zu gewinnen und zu binden. Darüber hinaus stellt die fortschreitende Digitalisierung Unternehmen vor veränderte Anforderungen, um vor allem für eine junge Zielgruppe von Arbeitnehmern attraktiv zu bleiben. Erkennbar wird dies beispielsweise in sich verändernden Rekrutierungsprozessen, die sich zunehmend in der Kandidatenansprache über Social-Media-Kanäle auszeichnen.

■ **Weitere Schwerpunkte**

Schwerpunkte der aktuellen Personalarbeit sind darüber hinaus die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Gesundheitsmanagement sowie die Führungskräfteentwicklung. Letztere orientiert sich dabei unter anderem an den Ergebnissen der letzten Mitarbeiterbefragung zur Führungskultur. Diverse Kennzahlen wie beispielsweise eine geringe Fluktuationsrate, die Dauer der Betriebszugehörigkeit und ein niedriger Krankenstand bestätigen dabei die Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen in Deutschland

Die deutsche Volkswirtschaft expandierte 2017 mit kalenderbereinigt 2,5 % erneut über ihrem Wachstumspotenzial, also dem Wachstum, das bei normal ausgelasteten Kapazitäten langfristig zu erwarten ist. Die Wirtschaftsentwicklung war fast ausschließlich von der Binnennachfrage geprägt; der Außenbeitrag steuerte nur 0,2 Prozentpunkte zum Wachstum bei. Obwohl die Inflationsrate mit 1,8 % über dem Vorjahreswert von 0,5 % lag, führten gestiegene Tarifeinkommen und mehr Beschäftigung zu höheren Realeinkommen.

Trotz der anhaltenden politischen Unsicherheiten investierten die Unternehmen etwas stärker in Maschinen und Fahrzeuge. Steigende Unternehmensgewinne, günstige Finanzierungsbedingungen und hohe Auftragseingänge nicht nur in der Industrie haben hierzu beigetragen. Der Aufschwung im Wohnungsbau setzte sich fort. Er profitiert von der hohen Nachfrage nach Wohnraum vor allem in den Großstädten, sehr niedrigen Hypothekenzinsen, dem Mangel an Anlagealternativen sowie mehr Investitionen in den Bestand. Positiv wirkten sich zudem die verstärkten Investitionen in die Infrastruktur durch öffentliche Auftraggeber aus.

Der deutsche Bankensektor profitiert von der positiven konjunkturellen Entwicklung im Jahr 2017. Dies äußert sich vor allem in einem niedrigen Risikovorsorgebedarf. Auf der anderen Seite wird das operative Geschäft der Banken durch das aktuelle Zinsumfeld weiterhin belastet. Darüber hinaus drängen institutionelle Anleger (Versicherungen, Pensionskassen) infolge ihres Anlagedrucks in den Markt und werden zu Wettbewerbern der Banken. Durch den Verdrängungswettbewerb verbleiben die Margen unter Druck.

Durch die ständige Fortentwicklung der Informationstechnologie werden immer mehr Bereiche der Wirtschaft digitalisiert. Für Finanzdienstleister entstehen neue Wege des Kundenzugangs, des Datenaustauschs mit dem Kunden und des Angebots von Produkten über Online- und mobile Kanäle.

Im Privatkundengeschäft haben auf diese Weise Direktbanken, Filialbanken und immer mehr auch Internet-Unternehmen, die keine Banken sind (so genannte FinTechs), teilweise im Wettbewerb, teilweise in Kooperation neue Kommunikations- und Absatzwege erschlossen. In immer stärkerem Maß rückt nun auch das Geschäft mit Firmen- und Immobilienkunden und institutionellen Anlegern in den Fokus. Derivateplattformen ermöglichen den reversionssicheren Abschluss von Währungs-Hedge-Geschäf-

ten mittels standardisierter Prozesse, Kreditportale vermitteln kleinen Firmenkunden Finanzierungen durch Banken oder direkt durch institutionelle oder private Investoren, Banken analysieren ihre Kundendaten, um Wege zum effektiveren Produktangebot zu finden. Weltweit wird die Blockchain-Technologie weiterentwickelt, um neue, schnellere und kostensparende Wege zum Austausch von Daten zu finden. Mögliche Anwendungsfälle reichen von speziellen Handelsnischen über den SEPA-Zahlungsverkehr bis hin zur Abwicklung von Schuldscheindarlehen.

Nach dem Brexit-Referendum im Juni 2016 sind die konkreten Rahmenbedingungen des Austritts zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich noch nicht endverhandelt. Da ein harter Brexit nach wie vor nicht ausgeschlossen werden kann, wird von der Helaba die so genannte Drittlandregelung als wahrscheinlichstes Szenario eingeschätzt. Dieses Szenario beinhaltet die Annahme, dass ein Handelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich keine Sonderregelung für den Bankensektor enthalten wird beziehungsweise kein Handelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich abgeschlossen wird. In diesem Fall würde das Vereinigte Königreich die 27 EU-Mitgliedsstaaten wie jedes andere Drittland behandeln.

Vor diesem Hintergrund strebt die Bank bezüglich ihrer Niederlassung in London an, gegenüber der britischen Aufsichtsbehörde Prudential Regulation Authority (PRA) einen Antrag auf Errichtung einer Drittland-Niederlassung zu stellen. Die Gremien der Bank haben diesem Vorgehen zugestimmt.

Bei den aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen ergaben sich folgende wesentliche Veränderungen:

- **EZB-Aufsicht (Single Supervisory Mechanism, SSM)**

Die Helaba-Gruppe (im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) sowie der CRR) mit den verbundenen Tochterinstituten Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG gehört zu den als „bedeutend“ eingestuften Instituten, die unter der direkten Aufsicht der EZB stehen. Mit Schreiben vom 19. Dezember 2017 hat die EZB der Helaba-Gruppe das Ergebnis des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory and Evaluation Process, SREP) mitgeteilt. Die hieraus resultierende mindestens vorzuhaltende harte Kernkapitalquote liegt für die Helaba-Gruppe für 2018 bei

8,89%. Diese Anforderung setzt sich aus der Säule 1, Mindestkapitalanforderung, der Säule 2, Kapitalanforderung, sowie den Kapitalpuffern zusammen.

■ Stresstest

Neben dem zweijährigen Stresstest-Zyklus der Europäischen Bankenaufsicht (EBA), der den nächsten Stresstest für 2018 vorsieht, hat die Helaba im ersten Halbjahr 2017 am Stresstest Zinsänderungsrisiko im Bankbuch der EZB teilgenommen. Unter verschiedenen Zinsszenarien, die als Ad-hoc-Zinsschock auftreten, wurden dabei jeweils die Barwertveränderung im Bankbuch und die Veränderung des Zinsüberschusses berechnet. Alle von der Bankenaufsicht geforderten Daten konnten von der Helaba zeit- und sachgerecht geliefert werden. Die Ergebnisse sind in den diesjährigen SREP-Bescheid eingeflossen.

■ Targeted Review of Internal Models (TRIM)

Ende 2015 hat die EZB das TRIM-Projekt ins Leben gerufen, um die derzeit von den Banken verwendeten internen Modelle zur Ermittlung ihrer Eigenmittelanforderungen der Säule 1 gezielt zu überprüfen. Neben der Beurteilung, ob die Modelle die regulatorischen Anforderungen erfüllen, ist es das Ziel der EZB eine Vergleichbarkeit der eingesetzten internen Modelle herzustellen, um etwaige Inkonsistenzen und unbegründete Variabilität bei der Ermittlung der Risk Weighted Assets (RWA) zu verringern. Im Rahmen des TRIM-Projekts werden aktuell Vor-Ort-Prüfungen durchgeführt.

Die Helaba-Gruppe wurde 2017 mit dem Schwerpunkt auf im Retail-Geschäft verwendete Kreditrisikomodelle und das interne Marktpreisrisikomodelle geprüft.

■ Einheitlicher Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM)

Als „bedeutendes“ Institut ist die Helaba im Verantwortungsbereich des Single Resolution Boards (SRB) angesiedelt. Wie 2016 wurde im ersten Halbjahr 2017 eine Datenabfrage zur Abwicklungsplanung und zu den Mindestanforderungen an Eigenmittel und „berücksichtigungsfähige“ Verbindlichkeiten (MREL) durchgeführt. Der MREL-Bestand der Helaba lag deutlich über der zuletzt in 2016 mitgeteilten indikativen Zielgröße.

■ Basel-III-Reformpaket

Bei der Initiierung von Basel III waren im Wesentlichen Qualität und Höhe der Eigenmittel im Fokus. Mit der Basel-III-Finalisierung am 7. Dezember 2017 sind zunehmend die risikogewichteten Aktiva (RWA) in den Fokus gerückt. Die wesentlichen Änderungen erfolgten unter anderem durch eine höhere Risikosensitivität im Kreditrisiko-Standardansatz und im CVA-Risiko, durch den Wegfall des fortgeschrittenen Operational-Risk-Ansatzes (AMA) und des fortgeschrittenen Internal Ratings-Based Approach (IRB) für bestimmte Portfolios und durch die Festlegung eines Floors für interne Modelle in Höhe von 72,5% der Gesamtrisikopositionen. Die überarbeiteten Standards sollen gemäß Basler Ausschuss ab 2022 gelten und der Output-Floor in einem Übergangszeitraum von fünf Jahren eingeführt werden. Der mit den neuen Anforderungen verbundene RWA-Anstieg für alle deutschen Institute wird in der Planung der Helaba frühzeitig berücksichtigt.

Geschäftsverlauf

Die Geschäfts- und Ertragslage der Helaba war im Geschäftsjahr 2017 geprägt von einem mit 2,5% hohem realen Wirtschaftswachstum in Deutschland und einem anhaltenden Niedrig- und Negativzinsumfeld.

Das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (Laufzeit mindestens ein Jahr, ohne das wettbewerbsneutrale Fördergeschäft der WIBank) im Konzern hat sich mit 18,5 Mrd. € (2016: 18,5 Mrd. €) im Vergleich zum Vorjahr stabil entwickelt. Fälligkeiten und Sondertilgungen sowie ein währungsbedingter Rückgang um 1,9 Mrd. € führten jedoch insgesamt zu einem Rückgang der Forderungen an Kunden auf 90,2 Mrd. € (31. Dezember 2016: 93,1 Mrd. €). Hinzu kommen 5,7 Mrd. € (31. Dezember 2016: 6,4 Mrd. €) Forderungen an angeschlossene Sparkassen. Die Fokussierung der Kreditvergabe auf die Kunden der Kerngeschäftsfelder und die Sparkassen als Verbundpartner entspricht der kundenorientierten Ausrichtung des Geschäfts-

modells der Helaba. Der Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft, das heißt der Anteil der Kundengeschäfte an der Konzernbilanz, stieg aufgrund des Rückgangs der Bilanzsumme im Jahr 2017 auf 61% (31. Dezember 2016: 60%).

Das Marktumfeld für das Refinanzierungsgeschäft zeigte sich im gesamten Geschäftsjahr 2017 sehr positiv für Finanzinstitute. Dies wurde von der Helaba genutzt, um mittel- und langfristige Refinanzierungsmittel kostengünstig bei institutionellen und privaten Anlegern aufzunehmen. Wie schon in den Vorjahren profitierte die Bank dabei unverändert von ihrem strategischen Geschäftsmodell sowie ihrer stabilen Ertrags- und Geschäftsentwicklung.

In 2017 konnten mittel- und langfristige Refinanzierungsmittel in Höhe von rund 17,5 Mrd. € (2016: 17,2 Mrd. €) aufgenommen werden. Das ungedeckte Refinanzierungsvolumen, inklusive der

Mittelaufnahme unter der Serie von gezielten langfristigen Refinanzierungsgeschäften (TLTRO II) der Bundesbank, betrug dabei rund 12,8 Mrd. € (2016: 14,2 Mrd. €). Trotz des anhaltenden Niedrigzinsumfelds lag der Absatz von Retail-Emissionen, die über das Vertriebsnetz der Sparkassen platziert wurden, bei einem Volumen von rund 2,9 Mrd. € und damit über dem Niveau der Vorjahre (2016: 2,4 Mrd. €). Die Pfandbriefemissionen beliefen sich insgesamt auf 4,7 Mrd. € (2016: 3,0 Mrd. €), wovon knapp 60 % auf Hypothekendarlehen und etwas über 40 % auf öffentliche Pfandbriefe entfielen. Unter anderem konnten wieder erfolgreich US-Dollar-Hypothekendarlehen über insgesamt fast 1 Mrd. US-\$ mit verschiedenen Laufzeiten platziert werden. Zur Refinanzierung des schwedischen Immobilienkreditgeschäfts wurde erstmals ein Hypothekendarlehen in schwedischen Kronen (SEK) für institutionelle Investoren emittiert. Durch die Kundeneinlagen im Retail-Geschäft innerhalb des Konzerns, insbesondere über das Tochterinstitut Frankfurter Sparkasse, wird die Refinanzierungsbasis wie in den Vorjahren weiter diversifiziert.

Die Cost-Income-Ratio liegt zum Stichtag 31. Dezember 2017 bei 77,0 % (31. Dezember 2016: 63,7 %) und damit außerhalb des Zielkorridors (Ziel 2017: < 70 %). Die Eigenkapitalrentabilität sank auf 5,7 % (31. Dezember 2016: 7,2 %); sie liegt innerhalb des Zielkorridors von 5 bis 7 %.

Unter Berücksichtigung der CRR-Übergangsregelungen beträgt Ende 2017 die harte Kernkapitalquote (CET1-Quote) des Helaba-Konzerns 15,4 % und die Gesamtkapitalquote 21,8 %. Bei Anwendung der CRR-Endstufe („fully loaded“) beträgt die CET1-Quote 15,2 % und die Gesamtkapitalquote 21,1 %. Die Helaba verfügt damit über eine komfortable Eigenmittelausstattung und erfüllt alle derzeit bekannten aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Für Kapitalinstrumente, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an Kernkapital aber nicht mehr erfüllen, sieht die CRD IV eine Übergangsfrist bis Ende 2021 vor. Dies betrifft bei der Helaba stille Einlagen in Höhe von nominal 953 Mio. €.

Die Liquiditätsdeckungsanforderung (LCR) für die Helaba-Gruppe liegt zum Jahresende 2017 bei 159 %. Die europaweit einheitliche LCR wurde schrittweise angehoben und ist seit dem 1. Januar 2018 zu 100 % zu erfüllen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2017 beträgt die Leverage-Ratio der Helaba-Gruppe mit Übergangsbestimmungen gemäß Delegated Act 4,9 % beziehungsweise 4,5 % („fully loaded“) und liegt damit über der vorgesehenen Mindestmarke von 3,0 %.

Die NPL-Quote der Helaba-Gruppe (gemäß EBA Risk Indicator Code AQT_32) beträgt zum 31. Dezember 2017 0,82 %. Damit unterschreitet die Helaba wie im Vorjahr den im Rahmen der EU-weiten Transparency Exercise 2017 veröffentlichten und im europäischen Vergleich sehr niedrigen deutschen Durchschnitt von 2,21 % (per 30. Juni 2017).

Die Helaba ist Verbundbank für rund 40 % der bundesdeutschen Sparkassen in vier Bundesländern. Die Zusammenarbeit mit den angeschlossenen Sparkassen entwickelte sich im Jahr 2017 weiterhin stabil.

Der im Dezember 2016 erfolgte Verkauf der Anteile der Helaba an der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG wurde im Juli 2017 vollzogen.

Auch im Geschäftsjahr 2017 erzielte die Helaba ein Ergebnis, das die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte und stiller Einlagen, eine Ausschüttung an die Kapitalgeber sowie die Dotierung der Gewinnrücklage zur Stärkung des Kernkapitals erlaubt.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Veränderung des Konsolidierungskreises

Die Veränderung des Konsolidierungskreises im Geschäftsjahr 2017 hatte keinen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage. Sie betrifft überwiegend Objektgesellschaften aus der Immobilienprojektentwicklung.

Ertragslage des Konzerns

	2017	2016	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	1.094	1.231	-137	-11,1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	56	-154	210	>100,0
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.150	1.077	73	6,8
Provisionsüberschuss	354	340	14	4,1
Handelsergebnis	268	146	122	83,6
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option	-118	51	-169	>-100,0
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-9	-5	-4	-80,0
Ergebnis aus Finanzanlagen und at Equity bewerteten Unternehmen	35	53	-18	-34,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	79	119	-40	-33,6
Verwaltungsaufwand	-1.312	-1.232	-80	-6,5
Ergebnis vor Steuern	447	549	-102	-18,6
Ertragsteuern	-191	-209	18	8,6
Konzernjahresergebnis	256	340	-84	-24,7

Die Helaba hat im Geschäftsjahr 2017 unter weiterhin anspruchsvollen Marktbedingungen ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 447 Mio. € (2016: 549 Mio. €) erzielt. Hierzu beigetragen haben ein sehr gutes Handelsergebnis sowie ein Ertrag aus der Risikovorsorge. Belastend wirkten sich der gesunkene Zinsüberschuss aufgrund der aktuellen Zins- und Ankaufspolitik der EZB sowie negative Bewertungseffekte im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option (FVO) aus. Die Umsetzung zahlreicher regulatorischer Anforderungen führte zu einem Anstieg der Verwaltungsaufwendungen. Die vollständige Abschreibung des Firmenwerts der Frankfurter Sparkasse und außerplanmäßige Abschreibungen im Zusammenhang mit der Beendigung der Einführung eines neuen Kernbankensystems, die das sonstige

betriebliche Ergebnis belasteten, konnte die Helaba dank eines zufriedenstellenden operativen Kundengeschäfts gut verkraften. Die einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung entwickelten sich wie folgt:

Der Zinsüberschuss beträgt 1.094 Mio. € und liegt damit um 11,1 % unter dem Vorjahresergebnis (2016: 1.231 Mio. €). Sowohl geringfügig niedrigere Bestände als auch rückläufige Zinsmargen bei Neugeschäftsabschlüssen aufgrund des anhaltend hohen Wettbewerbsdrucks führten zu einer Verringerung des Zinsüberschusses im operativen Kreditgeschäft. Rückläufig waren auch die Ergebnisbeiträge aus Vorfälligkeitsentschädigungen. Das historisch niedrige Zinsniveau führte zu Ergebnisbelastungen bei der Eigenmittelanlage und bei der Frankfurter Sparkasse, die

über ein Fünftel zum Zinsüberschuss des Konzerns beiträgt, sowie zu einem Anstieg der negativen Zinsen für gestellte Barsicherheiten.

Aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft resultiert ein Ertrag von 56 Mio. € (2016: Aufwand von –154 Mio. €). Auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen entfiel eine Nettozuführung von –116 Mio. € (2016: –228 Mio. €). Die für nicht akut ausfallgefährdete Kreditengagements gebildete Portfoliowertberichtigung wurde um 141 Mio. € aufgelöst (2016: 72 Mio. €). Der Saldo aus Direktabschreibungen, Zuführungen zu Rückstellungen für Risiken aus dem außerbilanziellen Kreditgeschäft und Eingängen aus abgeschriebenem Forderungen ergibt einen Ertrag von 31 Mio. € (2016: 2 Mio. €). Nach Risikovorsorge ist der Zinsüberschuss von 1.077 Mio. € auf 1.150 Mio. € gestiegen.

Der Provisionsüberschuss ist um 14 Mio. € auf 354 Mio. € gestiegen. Der Provisionsüberschuss wird im Wesentlichen von der Helaba, der Frankfurter Sparkasse und der Helaba Invest generiert. Dabei entwickelten sich insbesondere die Provisionen aus dem Zahlungsverkehr und aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft der Frankfurter Sparkasse positiv. Auch die Provisionen der Helaba Invest aus der Vermögensverwaltung konnten gesteigert werden. Rückläufig waren dagegen die Provisionen aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft der Helaba.

Der deutliche Anstieg des Handelsergebnisses auf 268 Mio. € (2016: 146 Mio. €) wird ganz wesentlich durch die niedrigeren Bewertungsabschläge bei den Derivaten (Credit Value Adjustments, CVA) infolge der gestiegenen langfristigen Zinsen geprägt. Auch führte die Konsolidierung bankinterner Devisentermingeschäfte zwischen Handels- und Bankbuch zu einem positiven Ergebniseffekt in Höhe von 42 Mio. € (2016: –12 Mio. €). Die korrespondierende Ergebnisbelastung aus der Konsolidierung ist im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO abgebildet. Die operative Ergebnisentwicklung aus dem kundengetriebenen Kapitalmarktgeschäft liegt leicht über den Erwartungen. Die Handelsaktivitäten wurden im Wesentlichen vom Einzelinstitut getätigt.

Das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO ist von 51 Mio. € im Vorjahr auf –118 Mio. € im Geschäftsjahr 2017 gesunken. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass im Vorjahresergebnis signifikante Bewertungserfolge bei Finanzverbindlichkeiten der FVO enthalten waren. Eine weitere wesentliche Ursache für das negative Ergebnis ist die gegenüber dem Vorjahr umgekehrte Wirkung der Liquiditätskomponente von Fremdwährungen (Cross Currency Basis Spread, CCBS) im Rahmen der Derivatebewertung in Höhe von –60 Mio. € (2016: 23 Mio. €). Unter Berücksichtigung dieser Liquiditätskomponente beträgt das Bewertungsergebnis der zur

Zinssteuerung eingesetzten Bankbuchderivate –114 Mio. € nach –35 Mio. € im Jahr 2016. Rückläufig entwickelte sich auch das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der konsolidierten Spezialfonds, das neben unrealisierten Bewertungseffekten auch realisierte Verkaufserlöse umfasst und mit –40 Mio. € (2016: 23 Mio. €) ausgewiesen wird. Hier wirkte sich spiegelbildlich zum Handelsergebnis die Konsolidierung bankinterner Devisentermingeschäfte zwischen Handels- und Bankbuch mit –42 Mio. € (2016: 12 Mio. €) negativ aus. Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, in dem der ineffektive Teil von Mikro-Hedges ausgewiesen wird, beträgt –9 Mio. € (2016: –5 Mio. €).

Das Ergebnis aus Finanzanlagen ist von 45 Mio. € auf 16 Mio. € gesunken. Ursächlich für den Rückgang ist das Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Available for Sale (AFS) in Höhe von –9 Mio. € (2016: 26 Mio. €). Im Vorjahr war hierin die Zuschreibung auf eine Anleihe der HETA Asset Resolution AG mit 28 Mio. € enthalten. Die realisierten Veräußerungsgewinne und -verluste aus Finanzinstrumenten der Kategorie AFS liegen bei 25 Mio. € (2016: 19 Mio. €) und wurden überwiegend durch den Verkauf einer Beteiligung erzielt. Aus assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die at Equity bewertet werden, resultiert ein Ergebnisbeitrag von 19 Mio. € (2016: 8 Mio. €).

Das sonstige betriebliche Ergebnis hat sich aufgrund von Sondereffekten von 119 Mio. € auf 79 Mio. € deutlich vermindert. Zum einen führte die vollständige Abschreibung des Firmenwerts der Frankfurter Sparkasse aufgrund der aus der aktuellen Planung abgeleiteten geringeren Ausschüttungen mit –68 Mio. € (2016: –31 Mio. €) zu einer Belastung des sonstigen betrieblichen Ergebnisses. Zum anderen musste die Helaba aufgrund neuer Anforderungen der Finanzaufsicht an die Sicherheit beim Einsatz von Informationstechnologie (IT) aus Kapazitätsgründen die Einführung eines neuen Kernbankensystems beenden. Hieraus resultierten außerplanmäßige Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte in Höhe von –31 Mio. € (2016: 0 Mio. €). Negativ ausgewirkt haben sich auch die Bildung von Rückstellungen für Risiken bezüglich Rückerstattungen von Kreditbearbeitungsgebühren und für Restrukturierungsaufwendungen, die das sonstige betriebliche Ergebnis in Summe mit –30 Mio. € (2016: –2 Mio. €) belasteten. Im Vorjahresvergleich entlastend wirkte die Zuführung zu Rückstellungen für Kaufpreiskrisen aufgrund des Verkaufs der Anteile an der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG (–15 Mio. €; 2016: –47 Mio. €). Das ebenfalls im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesene Ergebnis aus Immobilien, die als Finanzinvestition gehalten werden, wird überwiegend von der GWH-Gruppe erwirtschaftet und beträgt 158 Mio. € (2016: 141 Mio. €). Es setzt sich zusammen aus dem Saldo aus Mieterträgen, Abgangsergebnissen, Betriebskosten und Abschreibungen.

Der Verwaltungsaufwand ist um –80 Mio. € auf –1.312 Mio. € gestiegen. Dieser setzt sich aus dem Personalaufwand von –646 Mio. € (2016: –625 Mio. €), anderen Sachaufwendungen von –630 Mio. € (2016: –569 Mio. €) sowie planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte von –36 Mio. € (2016: –38 Mio. €) zusammen. Der Anstieg der Personalaufwendungen resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Aufwendungen für die Altersversorgung. Im Jahresdurchschnitt wurden im Konzern 6.123 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, gegenüber 6.101 im Jahr 2016. Zum Anstieg der anderen Verwaltungsaufwendungen haben Aufwendungen für die Informationstechnologie (IT) und Beratungsaufwendungen im Zusammenhang mit der Umsetzung regulatorischer Vorgaben beigetragen. Vor allem durch das von der On-site-Inspection-IT ausgelöste Programm Alpha zur Behebung aufsichtsrechtlicher Feststellungen ist das IT-Projektportfolio der Helaba größer geworden. Auch die Beiträge zur europäischen Bankenabgabe sind leicht von –37 Mio. € im Vorjahr auf –38 Mio. € im Berichtsjahr gestiegen. Dagegen sind die Aufwendungen für Verbandsumlagen und Reservefonds gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf –52 Mio. € (2016: –59 Mio. €) gesunken.

Den Verwaltungsaufwendungen stehen operative Erträge in Höhe von 1.703 Mio. € (2016: 1.935 Mio. €) gegenüber, so dass sich eine Cost-Income-Ratio von 77,0 % (2016: 63,7 %) ergibt. Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern ist von 7,2 % auf 5,7 % gesunken. Die Kapitalrendite gemäß Artikel 90 CRD IV beträgt unverändert zum Vorjahr 0,2 %.

Der Ertragsteueraufwand beträgt –191 Mio. € (2016: –209 Mio. €). Er resultiert im Wesentlichen aus der Frankfurter Sparkasse (–58 Mio. €), den Niederlassungen New York (–47 Mio. €) und London (–37 Mio. €) sowie der GWH (–26 Mio. €) und der Bank Inland (–26 Mio. €). Von dem Ertragsteueraufwand entfallen –189 Mio. € auf tatsächliche Steuern. Die Entstehung beziehungsweise die Realisierung temporärer Differenzen führte zu latenten Steueraufwendungen von –2 Mio. €. Durch den Anstieg nicht abziehbarer Betriebsausgaben, die Abschreibung des Firmenwerts der Frankfurter Sparkasse und durch die Auswirkung der Steuersatzänderung durch die US-Steuerreform ist die Steuerquote gegenüber dem Vorjahr auf 42,8 % (2016: 38,1 %) angestiegen.

Das Ergebnis nach Steuern beziehungsweise das Konzernjahresergebnis ist um 24,7 % auf 256 Mio. € gesunken. Von dem Konzernjahresergebnis entfallen auf konzernfremde Anteilseigner konsolidierter Tochtergesellschaften –6 Mio. € (2016: –5 Mio. €), so dass den Gesellschaftern des Mutterunternehmens 262 Mio. € (2016: 345 Mio. €) zuzurechnen sind. Hiervon sind ein Betrag von 28 Mio. € zur Bedienung der im Eigenkapital ausgewiesenen Kapitaleinlagen des Landes Hessen und ein Betrag von 62 Mio. € zur Ausschüttung an die Anteilseigner vorgesehen.

Das Gesamtergebnis des Geschäftsjahres 2017 ist von 276 Mio. € auf 275 Mio. € gesunken. Neben dem Konzernjahresergebnis, wie es in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen wird, gehen hier als sonstiges Ergebnis erfolgsneutral im Eigenkapital erfasste Ergebnisse der Periode ein. Das sonstige Ergebnis beträgt 19 Mio. € (2016: –64 Mio. €). Deutlich positiv ausgewirkt hat sich die Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen bedingt durch die Erhöhung des Diskontierungszinssatzes mit 116 Mio. € vor Steuern (2016: –168 Mio. €). Zur Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurde ein Zinssatz von durchschnittlich 2,0 % (2016: 1,7 %) zugrunde gelegt. Aus Finanzinstrumenten der Kategorie AfS wurde in 2017 ein erfolgsneutrales Periodenergebnis von –66 Mio. € vor Steuern erzielt. Im Vorjahr betrug dieses Ergebnis 63 Mio. €.

Bilanz

Aktiva

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Forderungen an Kreditinstitute inklusive Barreserve	20.947	18.331	2.616	14,3
Forderungen an Kunden	90.230	93.078	-2.848	-3,1
Wertberichtigungen auf Forderungen	-401	-772	371	48,1
Handelsaktiva	16.319	20.498	-4.179	-20,4
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	2.924	4.024	-1.100	-27,3
Finanzanlagen und Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	24.064	25.796	-1.732	-6,7
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien, Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	2.732	2.711	21	0,8
Ertragsteueransprüche	483	522	-39	-7,5
Sonstige Aktiva	1.051	976	75	7,7
Summe Aktiva	158.349	165.164	-6.815	-4,1

Passiva

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.514	30.138	1.376	4,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	49.521	46.824	2.697	5,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	48.155	50.948	-2.793	-5,5
Handelsspassiva	12.289	18.713	-6.424	-34,3
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	2.281	3.918	-1.637	-41,8
Rückstellungen	2.129	2.319	-190	-8,2
Ertragsteuerverpflichtungen	268	184	84	45,7
Sonstige Passiva	648	647	1	0,2
Nachrangkapital	3.510	3.623	-113	-3,1
Eigenkapital	8.034	7.850	184	2,3
Summe Passiva	158.349	165.164	-6.815	-4,1

Die Konzernbilanzsumme der Helaba nahm im Geschäftsjahr 2017 um 4,1 % beziehungsweise – 6,8 Mrd. € auf 158,3 Mrd. € ab. Der Rückgang der Bilanzsumme ist sowohl auf den marktbedingten als auch auf den bewertungsbedingten Abbau der Handelsaktiva und Finanzanlagen sowie auf gesunkene Forderungen

gegenüber Kreditinstituten und Kunden zurückzuführen. Das Geschäftsvolumen, in das zusätzlich zu den Aktiva auch außerbilanzielle Verpflichtungen aus dem Bankgeschäft und Treuhandgeschäft eingehen, nahm um 3,2 % auf 188,6 Mrd. € (31. Dezember 2016: 195,0 Mrd. €) ab.

Die Forderungen an Kreditinstitute sind um 27,6 % auf 11,0 Mrd. € (31. Dezember 2016: 15,2 Mrd. €) gesunken, was insbesondere auf die Reduzierung der gestellten Barsicherheiten um –2,3 Mrd. € auf 2,8 Mrd. € und der Tages- und Termingelder um –1,6 Mrd. € auf 1,5 Mrd. € zurückzuführen ist. Von den Forderungen an Kreditinstitute entfallen 5,7 Mrd. € (31. Dezember 2016: 6,4 Mrd. €) auf Refinanzierungsmittel, die den Sparkassen in Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg zur Verfügung gestellt wurden. Die Barreserve, bei der es sich im Wesentlichen um Guthaben bei der Deutschen Bundesbank handelt, beträgt zum Bilanzstichtag 9,9 Mrd. € (31. Dezember 2016: 3,1 Mrd. €).

Trotz konstanter Neugeschäftsabschlüsse reduzierten sich die Forderungen an Kunden um –2,8 Mrd. € auf 90,2 Mrd. €. Hier wirkten sich außerplanmäßige Tilgungen von Kunden sowie Währungseffekte negativ aus. Von den Forderungen an Kunden entfallen auf gewerbliche Immobilienkredite 31,4 Mrd. € (31. Dezember 2016: 33,0 Mrd. €) und auf Infrastrukturkredite 15,1 Mrd. € (31. Dezember 2016: 15,0 Mrd. €).

Der Bestand an Wertberichtigungen auf Forderungen ist von 0,8 Mrd. € auf 0,4 Mrd. € gesunken. Von diesem Betrag entfallen 124 Mio. € (31. Dezember 2016: 272 Mio. €) auf Portfoliowertberichtigungen, die auf nicht akut ausfallgefährdete Kreditengagements gebildet wurden.

Die zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Handelsaktiva werden mit 16,3 Mrd. € (31. Dezember 2016: 20,5 Mrd. €) ausgewiesen. Sowohl der marktbedingte Abbau der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere um –1,4 Mrd. € auf 5,3 Mrd. € als auch der bewertungsbedingte Abbau der positiven Marktwerte der zu Handelszwecken gehaltenen Derivate um –3,0 Mrd. € auf 9,3 Mrd. € haben zu diesem Rückgang geführt. Gegenläufig sind die Forderungen des Handelsbestands um 0,2 Mrd. € auf 1,6 Mrd. € gestiegen.

Die Finanzanlagen, die zu rund 99 % aus Schuldverschreibungen bestehen, verringerten sich um –1,8 Mrd. € auf 24,0 Mrd. €.

Eigenkapital

Zum 31. Dezember 2017 beträgt das Eigenkapital des Konzerns 8,0 Mrd. € (31. Dezember 2016: 7,9 Mrd. €). Die Erhöhung beruht im Wesentlichen auf dem Gesamtergebnis von 275 Mio. € (31. Dezember 2016: 276 Mio. €). In den Gewinnrücklagen sind kumulierte Neubewertungen aus Pensionsverpflichtungen nach latenten Steuern in Höhe von –450 Mio. € (31. Dezember 2016: –533 Mio. €) enthalten. Die Veränderung ist im Wesentlichen auf

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich um 1,4 Mrd. € auf 31,5 Mrd. € erhöht. Ursächlich hierfür waren sowohl ein Anstieg der aufgenommenen Schuldscheindarlehen um 0,4 Mrd. € auf 4,9 Mrd. € als auch um 0,7 Mrd. € gestiegene Tages- und Termingelder sowie Sichteinlagen. Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten entfallen auf Verbindlichkeiten gegenüber Sparkassen in Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg 6,3 Mrd. € (31. Dezember 2016: 5,5 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden werden mit 49,5 Mrd. € (31. Dezember 2016: 46,8 Mrd. €) ausgewiesen. Dabei verzeichneten die Tages- und Termingelder sowie Sichteinlagen einen Anstieg um 2,6 Mrd. € auf 29,9 Mrd. €. Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen 16,3 Mrd. € (31. Dezember 2016: 16,0 Mrd. €) auf die Frankfurter Sparkasse. Die Bauspareinlagen haben sich auf 4,7 Mrd. € (31. Dezember 2016: 4,5 Mrd. €) erhöht.

Die verbrieften Verbindlichkeiten sind um –2,8 Mrd. € auf 48,2 Mrd. € gesunken. Der Rückgang betrifft begebene Geldmarktpapiere (5,3 Mrd. €; 31. Dezember 2016: 8,0 Mrd. €) und die Emissionen von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekendarlehen (19,7 Mrd. €; 31. Dezember 2016: 20,7 Mrd. €). Dagegen haben sich die ungedeckten Schuldverschreibungen auf 23,2 Mrd. € (31. Dezember 2016: 22,3 Mrd. €) erhöht.

Der Rückgang der Handelspassiva von 18,7 Mrd. € im Vorjahr auf 12,3 Mrd. € im Berichtsjahr ist maßgeblich auf den bewertungsbedingten Abbau der negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (7,9 Mrd. €; 31. Dezember 2016: 10,8 Mrd. €) zurückzuführen. Zusätzlich wurden Liquiditätsüberschüsse der Bank zur Vermeidung einer Bilanzverlängerung zur Refinanzierung der Handelsaktiva genutzt.

Das Nachrangkapital beträgt 3,5 Mrd. € (31. Dezember 2016: 3,6 Mrd. €).

die Erhöhung des Diskontierungszinssatzes zurückzuführen. Die erfolgsneutrale Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern reduzierte sich von 246 Mio. € auf 197 Mio. €. Zur Verringerung der Neubewertungsrücklage haben im Wesentlichen Bewertungsverluste beigetragen. Die Rücklage aus der Währungsumrechnung trägt mit 10 Mio. € (31. Dezember 2016: 30 Mio. €) zum Eigenkapital bei.

Vergleich mit der Vorjahresprognose

Die folgende Tabelle vergleicht für das abgelaufene Geschäftsjahr die Ist-Werte der von der Helaba verwendeten Kennzahlen mit der ursprünglichen Prognose:

	Prognose 2016 für 2017	Ergebnisse 2017
Zinsüberschuss	rund 10 % unter Vorjahreswert	- 11,1 %
Risikovorsorge	- 195 Mio. €	56 Mio. €
Provisionsüberschuss	rund 6 % über Vorjahreswert	+ 4,1 %
Handelsergebnis	rund 16 % unter Vorjahreswert	+ 83,6 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	205 Mio. €	79 Mio. €
Personalbestand (Jahresdurchschnitt)	unverändert	+ 0,4 %
Personalaufwand	0,8 % unter Vorjahreswert	+ 3,4 %
Sachaufwand inklusive Abschreibungen	4,3 % über Vorjahreswert	+ 9,7 %
Verwaltungsaufwand	1,8 % über Vorjahreswert	+ 6,5 %
Konzernergebnis vor Steuern	rund 30 % unter Vorjahreswert	- 18,6 %
Cost-Income-Ratio	rund 68 %	77,0 %
Bilanzsumme	leicht über Vorjahreswert	- 4,1 %
Forderungen gegenüber Kunden	leicht über Vorjahreswert	- 3,1 %
Eigenkapitalrentabilität	rund 5 %	5,7 %
Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (ohne WiBank)	17,7 Mrd. €	18,5 Mrd. €

Die Geschäftsentwicklung der Helaba verlief weitgehend im Rahmen der Prognose. Die wesentlichen Abweichungen werden im Folgenden erläutert.

Innerhalb der Risikovorsorge stehen den planmäßigen Zuführungen deutlich mehr ungeplante Auflösungen gegenüber, so dass sich die Risikovorsorge insgesamt deutlich besser als geplant entwickelt hat.

Das deutlich über den Erwartungen liegende Handelsergebnis wird wesentlich durch die niedrigeren Bewertungsabschläge bei den Derivaten (CVA) geprägt. Auch führte die Konsolidierung bankinterner Devisentermingeschäfte zwischen Handels- und Bankbuch zu einem ungeplanten positiven Ergebniseffekt in Höhe von 42 Mio. €. Die korrespondierende Ergebnisbelastung aus der Konsolidierung ist im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO abgebildet.

Das sonstige betriebliche Ergebnis enthält ungeplante Belastungen. Dazu gehören die vollständige Abschreibung auf den Fir-

menwert der Frankfurter Sparkasse, eine Sonderabschreibung auf ein aus Kapazitätsgründen gestopptes Projekt zur Einführung eines neuen Kernbankensystems und eine Rückstellungsbildung für Risiken bezüglich Rückerstattungen von Kreditbearbeitungsgebühren.

Die Entwicklung des Personalbestands liegt nur leicht über Plan. Der wesentliche Treiber für den ungeplanten Anstieg des Personalaufwands resultiert aus einer Ausweisänderung für Aufwendungen der Altersvorsorge, die bis zum Vorjahr erfolgsneutral im Kapital gebucht wurden.

Im Sachaufwand fiel der erwartete Anstieg durch ungeplante Projekte deutlich höher aus. Einige regulatorisch getriebene Projekte binden mehr Kapazitäten als ursprünglich geplant und sind mit Priorität durchzuführen. Vor allem durch das von der On-site-Inspection-IT ausgelöste Programm Alpha zur Behebung aufsichtsrechtlicher Feststellungen ist das IT-Projektportfolio der Helaba größer geworden. Die ursprüngliche Planung der Bank ging ferner von einer deutlich höheren Aktivierungsquote bei bestimmten Projekten aus.

Der Rückgang im Konzernergebnis vor Steuern fällt mit rund 19 % weniger stark aus als erwartet. Obwohl der Verwaltungsaufwand durch die dargestellten Effekte über Plan liegt, führte vor allem die positive Entwicklung der Risikovorsorge zu dem über Plan liegenden Ergebnis vor Steuern.

Die Cost-Income-Ratio in Höhe von 77,0 % im Konzern wurde 2017 durch ungeplante Einmaleffekte im sonstigen betrieblichen Ergebnis in Höhe von rund 120 Mio. € belastet. Bereinigt um diese Effekte läge die Cost-Income-Ratio bei rund 72 %.

Insbesondere das hohe Abschlussvolumen im Bereich Corporate Finance hat dazu beigetragen, dass das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft oberhalb der Planung liegt. Fälligkeiten und Sondertilgungen sowie ein währungsbedingter Rückgang um 1,9 Mrd. € führten jedoch insgesamt zu einem Rückgang der Forderungen an Kunden. Zu der unter Plan liegenden Bilanzsumme trugen auch die rückläufigen Forderungen an Kreditinstitute sowie die gesunkenen Handelsaktiva und Finanzanlagen bei.

Ertragslage der Segmente

Zum Ergebnis vor Steuern im Geschäftsjahr 2017 in Höhe von 447 Mio. € (2016: 549 Mio. €) trugen die einzelnen Segmente wie folgt bei:

	2017	2016 ¹⁾
Immobilien	377	401
Corporate Finance	94	-54
Financial Markets	4	114
Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft	82	99
Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft	19	22
Sonstige	-204	-118
Konsolidierung/Überleitung	75	85
Konzern	447	549

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Die Abbildung des Ergebnisses aus den zentral gehaltenen Liquiditätswertpapieren wurde angepasst.

Segment Immobilien

Im Segment Immobilien werden die Geschäftsbereiche Immobilienkreditgeschäft und Immobilienmanagement abgebildet. Diesem Geschäftssegment sind auch die immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen (OFB-Gruppe und GWH-Gruppe) zugeordnet.

Im Immobilienkreditgeschäft hat sich das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr um rund 16 % auf 8,7 Mrd. € reduziert und liegt damit auf dem Planwert. Die Margen konnten im Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht werden. Auch in 2017 waren hohe vorzeitige Tilgungen zu verzeichnen, so dass sich das durchschnittliche Kundenvolumen leicht rückläufig entwickelt hat. Der Zinsüberschuss reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um rund 5 %.

Die Risikovorsorge liegt mit 1 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres. Ein im Plan erwarteter Anstieg der Risikovorsorge auf -67 Mio. € ist nicht eingetreten.

Die Erträge aus dem Immobilienmanagement und den immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen entwickelten sich leicht über Vorjahresniveau.

Der Anstieg des Verwaltungsaufwands um 7 % entfällt sowohl auf die immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen als auch auf das Immobilienkreditgeschäft. Der Anstieg fällt jedoch niedriger als erwartet aus.

Das Ergebnis des Segments beträgt vor Steuern 377 Mio. € und liegt 6 % unter dem Ergebnis aus 2016 (401 Mio. €). Das Ergebnis liegt damit aber deutlich über den Erwartungen.

Segment Corporate Finance

Im Segment Corporate Finance werden die Ergebnisse des Unternehmensbereichs Corporate Finance und aus konsolidierten Beteiligungen gezeigt.

Im Bereich Corporate Finance liegt das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft mit 5,6 Mrd. € um 30 % über dem Vorjahresniveau und damit um 18 % über dem Planwert. Die Kundenforderungen entwickelten sich seitwärts. Bei leicht rückläufigen Margen sowie dem Wegfall von Einmaleffekten ging der Zinsüberschuss gegenüber dem Vorjahr um 9 % zurück. Dieser Rückgang entspricht den Erwartungen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft hat sich mit –78 Mio. € gegenüber dem Vorjahreswert (2016: –226 Mio. €) deutlich verbessert. Insbesondere die Wertberichtigungen auf Schiffsforderungen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr sowie gegenüber der Planung.

Das sonstige betriebliche Ergebnis verbesserte sich durch den Wegfall einer im Vorjahr enthaltenen Rückstellungsbildung deutlich.

Der Anstieg im Verwaltungsaufwand um 5 % resultiert im Wesentlichen aus allgemeinen Kostensteigerungen und einer gestiegenen Overhead-Umlage.

Das Ergebnis vor Steuern des Segments liegt mit 94 Mio. € deutlich über dem Ergebnis aus 2016 (–54 Mio. €). Es liegt insbesondere aufgrund der positiveren Entwicklung der Risikovorsorge deutlich über den Erwartungen.

Segment Financial Markets

Das Geschäftssegment enthält die Ergebnisse der Geschäftsbereiche Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung, Sales Öffentliche Hand, Finanzinstitute und ausländische Gebietskörperschaften. Im Segment werden auch die Ergebnisse aus dem Asset Management mit institutionellen Anlegern abgebildet, die in der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH betreut werden.

Der Zinsüberschuss im Segment resultiert wesentlich aus dem Kreditgeschäft mit in- und ausländischen Gebietskörperschaften, dem Geldhandel mit Kunden sowie Ergebnisbeiträgen aus dem Treasury. Das inländische Kommunalkreditgeschäft verlief in 2017 mit einem Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft in Höhe von 1,5 Mrd. € deutlich über Plan. Mit ausländischen Finanzinstitutionen und Gebietskörperschaften wurden in 2017 nur selektiv Neugeschäftsabschlüsse in Höhe von 0,1 Mrd. € getätigt. Der Zinsüberschuss im gesamten Segment ging auch aufgrund niedrigerer Ergebnisbeiträge aus dem Treasury gegenüber dem Vorjahr deutlich zurück und lag damit auch deutlich unter den Erwartungen.

Der Provisionsüberschuss im Segment wird maßgeblich durch das Asset Management sowie das Kundengeschäft im Kapitalmarktgeschäft erzielt und liegt leicht unter dem Vorjahresniveau.

Das Handelsergebnis im Segment hat sich in 2017 gegenüber dem Vorjahreswert und gegenüber der Planung deutlich erhöht. Neben stabilen Kundenerträgen trugen dazu auch niedrigere Bewertungsabschläge bei den Derivaten (CVA) bei. Zusätzlich führt die Konsolidierung bankinterner Devisentermingeschäfte zwischen Handels- und Bankbuch zu einem ungeplanten positiven Ergebniseffekt im Handelsergebnis.

Die korrespondierende Ergebnisbelastung aus dieser Konsolidierung ist im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO abgebildet. Diese Ergebnisposition wird in 2017 zusätzlich durch die gegenüber dem Vorjahr umgekehrte Wirkung der Liquiditätskomponente von Fremdwährungen (Cross Currency Basis Spread) belastet.

Der Verwaltungsaufwand steigt im Segment gegenüber dem Vorjahr mit 8 % leicht stärker als erwartet an. Das Ergebnis vor Steuern des Segments liegt, geprägt durch die Effekte in der FVO-Position, mit 4 Mio. € deutlich unter dem Ergebnis aus 2016 (114 Mio. €) und damit auch deutlich unter Plan.

Segment Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft

In diesem Segment werden die Ergebnisse der Frankfurter Sparkasse, der Verbundbank, der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) sowie der Gruppe Frankfurter Bankgesellschaft (FBG) abgebildet.

Das Zinsergebnis im Segment liegt mit 341 Mio. € um 3 % unter dem Vorjahresniveau (2016: 352 Mio. €). Dazu trugen sinkende Zinsüberschüsse aus dem Retail-Geschäft der Frankfurter Sparkasse bei. Der geplante Rückgang des Zinsergebnisses konnte im Ist teilweise kompensiert werden und fiel somit etwas geringer als erwartet aus.

Die Risikovorsorge im Segment lieferte einen positiven Beitrag von 1 Mio. € (2016: 10 Mio. €). Ein im Plan erwarteter Anstieg der Risikovorsorge auf –16 Mio. € ist nicht eingetreten.

Der Provisionsüberschuss im Segment entwickelte sich mit einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 12 % deutlich besser als geplant. Der Anstieg wird dabei sowohl durch die Frankfurter Sparkasse, die Verbundbank als auch durch die FBG getragen.

Der Verwaltungsaufwands reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 4 Mio. € wesentlich durch Entwicklungen in der Frankfurter Sparkasse.

Das Ergebnis vor Steuern im Segment Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft liegt mit 82 Mio. € unterhalb des Vorjahresergebnisses (2016: 99 Mio. €), aber deutlich oberhalb der Planung.

Segment Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft

Im Segment Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft wird im Wesentlichen der Geschäftsbereich Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) dargestellt.

Mit der WIBank nimmt die Helaba im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben wahr. Das Geschäftsjahr war durch einen stabilen Geschäftsverlauf und damit einhergehend einem leichten Anstieg der Bilanzsumme geprägt. Zins- und Provisionsergebnis stiegen unter anderem auch durch selektive Margenverbesserungen, den Abschluss neuer Dienstleistungsverträge

mit dem Land Hessen sowie indexierte Vergütungsanpassungen bei bestehenden Verträgen gegenüber dem Vorjahr mit rund 4 % etwas stärker an als erwartet.

Gleichzeitig ergab sich im Verwaltungsaufwand ein erwarteter Anstieg durch höhere Personal- und Sachkosten, der aber leicht unter dem Planwert liegt.

Das Ergebnis vor Steuern im Segment liegt mit 19 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis (2016: 22 Mio. €), aber deutlich über dem Plan.

Segment Sonstige

Im Segment Sonstige sind die nicht den anderen Geschäftssegmenten zurechenbaren Ergebnisbeiträge und Aufwendungen abgebildet. Insbesondere umfasst dieses Segment die Ergebnisse aus dem Transaktionsgeschäft sowie die Kosten der zentralen Bereiche, die nicht über das Verursachungsprinzip den anderen Segmenten zugeordnet werden können. Darüber hinaus werden hier die Erfolge aus der zentralen Anlage der Eigenmittel sowie aus strategischen Dispositionsentscheidungen abgebildet.

Im Cash Management konnte in 2017 das Provisionsergebnis gegenüber dem Vorjahr um 5 % gesteigert werden. Gleichzeitig konnten die Belastungen im Zinsergebnis aus den negativen Kurzfristzinsen durch die Vereinnahmung von Verwahrentgelten teilweise kompensiert werden, so dass die gesamten Erträge ge-

genüber dem Vorjahr gesteigert wurden und auch über der Planung liegen. Der Verwaltungsaufwand stieg dagegen nur um knapp 4 %. Zusätzlich wurden Veräußerungsgewinne durch den Verkauf einer Beteiligung erzielt.

Aus der Anlage von Eigenmitteln in den Spezialfonds wurden Erträge auf dem Niveau des Vorjahres vereinnahmt.

Die Risikovorsorge in diesem Segment enthält in 2017 die Auflösung (135 Mio. €) einer Portfoliowertberichtigung. In den Vorjahren enthielt diese Position Zuführungen für Risiken, die noch nicht konkreten Einzelengagements zuzuordnen waren. Diese Vorsorge wurde in 2017 einzelnen Engagements und Segmenten zugeordnet oder aufgelöst.

Das sonstige betriebliche Ergebnis in diesem Segment enthält ungeplante Belastungen aus Einmaleffekten in Höhe von –120 Mio. €. Dazu gehören die ungeplante Abschreibung auf den Firmenwert der Frankfurter Sparkasse, eine Sonderabschreibung auf ein aus Kapazitätsgründen gestopptes Projekt zur Einführung eines neuen Kernbankensystems und eine Rückstellungsbildung für Risiken bezüglich Rückerstattungen von Kreditbearbeitungsgebühren.

Im Segment Sonstige werden neben den nicht auf die Geschäftsbereiche umgelegten Kosten der Corporate Center auch weitere zentrale Strukturkosten abgebildet. Dazu zählt unter anderem auch die auf das Einzelinstitut entfallende Bankenabgabe mit –36 Mio. € (2016: –35 Mio. €). Ebenfalls zentral abgebildet wird

der Aufwand für regulatorisch getriebene Großprojekte. Der Verwaltungsaufwand in den Corporate Centern stieg um –50 Mio. € auf –155 Mio. €. Der Anstieg resultiert unter anderem aus dem Programm Alpha zur Behebung aufsichtsrechtlicher Feststellungen im IT-Umfeld. Die ursprüngliche Planung der Bank ging ferner von einer deutlich höheren Aktivierung im Projektportfolio aus, die durch die Umplanung des Portfolios im Ist nicht umgesetzt wurde, so dass der Verwaltungsaufwand im Ist über der Planung liegt.

Das Ergebnis des Segments liegt bei –204 Mio. € (2016: –118 Mio. €) und wird damit gegenüber dem Vorjahr wesentlich durch den Anstieg im Verwaltungsaufwand sowie die hohen Einmaleffekte im sonstigen betrieblichen Ergebnis geprägt.

Konsolidierung/Überleitung

In der Konsolidierung/Überleitung werden durch konzerninterne Sachverhalte entstandene Konsolidierungseffekte, die zwischen den Segmenten bestehen, ausgewiesen. Überleitungseffekte, die sich zwischen den Segmentenergebnissen und der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns, insbesondere bezüglich des Zinsergebnisses, ergeben, werden ebenfalls hier dargestellt. Da die Deckungsbeitragsrechnung das Zinsergebnis auf

Basis der Marktzinsmethode ausweist, resultieren Differenzen unter anderem aus Einmalserträgen und periodenfremden Zinsergebnissen.

Das Ergebnis aus der Konsolidierung/Überleitung reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr auf 75 Mio. € (2016: 85 Mio. €).

Nachtragsbericht

Die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG hat in 2018 einen Vertrag zur Veräußerung sämtlicher Anteile an der LB(Swiss) Investment AG abgeschlossen. Der Vertrag steht noch unter dem Vorbehalt behördlicher Genehmigungen. Aus dem Abgang der bislang im Wege der Vollkonsolidierung einbezogenen Gesellschaft werden keine wesentlichen Veränderungen der Vermögenslage für 2018 erwartet.

Risikobericht

Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die Festlegung einer mit der Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie zuständig. Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsgemäßen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken, den Risikoappetit, die Ziele der Risikosteuerung und die Maßnahmen zur Zielerreichung in der Helaba-Gruppe fest. Die Risikostrategie umfasst alle wesentlichen Geschäftseinheiten des Helaba-Konzerns und somit auch die Helaba-Gruppe im Sinne des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) sowie der Capital Requirements Regulation (CRR). Die Risikostrategie wird nach Verabschiedung im Vorstand dem Verwaltungsrat und der Trägerversammlung zur Kenntnis gegeben und mit diesen erörtert.

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie der Helaba-Gruppe sind eingebunden in die Geschäfts- und Risikostrategie der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Prinzipien

Verantwortung der Geschäftsleitung

Im Rahmen der Verantwortung der Geschäftsleitung trägt der Vorstand – unabhängig von der Geschäftsverteilung – die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Er legt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der Einschätzung der damit verbundenen, im Rahmen der Risikoinventur festgelegten wesentlichen Risiken die Risikostrategie und gleichzeitig den Risikoappetit fest. Durch die Einrichtung eines effizienten Risikomanagementprozesses trägt er für deren

Wesentliche risikostrategische Ziele der Helaba-Gruppe sind die Sicherstellung eines konservativen Risikoprofils und der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit sowie die Gewährleistung der Risikotragfähigkeit bei gleichzeitiger Erfüllung aller regulatorischen Anforderungen. Das Risikomanagementsystem ist daher ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung.

Im Laufe der Jahre wurde der Risikomanagementprozess verfeinert, so dass die Helaba über ausgereifte Instrumentarien und Rahmenbedingungen zur Risikosteuerung verfügt. Neben organisatorischen Regelungen, wie Kompetenzrichtlinien und Prozess- beziehungsweise Systemdokumentationen, wurden auch die Methoden zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung, -steuerung und -überwachung sowie die dafür notwendigen Systeme stetig weiterentwickelt.

Einhaltung Sorge. Gegenstand der Risikostrategie sind alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Helaba-Gruppe. Bei den Tochterunternehmen werden die Strategien, Prozesse und Verfahren im Rahmen der rechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten implementiert. Darüber hinaus werden die Tochterunternehmen unter Berücksichtigung ihrer Wesentlichkeit und der rechtlichen Möglichkeiten in das Kontrollinstrumentarium für die einzelnen Risikoarten eingebunden. Damit wird ein gruppenweites Risikocontrolling sichergestellt.

Vermögensschutz

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Gesamtrisikostrategie und der Teilrisikostrategien im Einklang mit der Erreichung der strategischen Ziele der Helaba – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmögli-

chem Schutz des Vermögens der Helaba und der Erfüllung der Aufgaben – auf der Grundlage des Risk Appetite Frameworks (RAF) eingegangen werden.

Reputationsschutz

Zur Aufrechterhaltung des positiven Images und für die Erzielung eines bestmöglichen Ratings sind ein funktionierendes Risikomanagement sowie die Vermeidung rufschädigender Verstöße gegen gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften von

existenzieller Bedeutung. Ein entsprechender Kontrollprozess zur Beurteilung von Reputationsrisiken im Neugeschäft ist implementiert.

Klare Kompetenzen

Die Verantwortlichkeit, dass in den jeweiligen Markteinheiten ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und erzielten Erträgen herrscht, obliegt den Führungskräften dieser Einheiten. Die Kontrolleinheiten haben dafür Sorge zu

tragen, dass das angemessene Verhältnis laufend überwacht und bei bestehenden beziehungsweise möglichen Diskrepanzen dem entsprechenden Kompetenzträger aufgezeigt wird.

Funktionstrennung („Three Lines of Defense“, 3 LoD)

Um Objektivität und Transparenz zu ermöglichen, ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit von Risikocontrolling und -steuerung erforderlich. Unabhängige Kontrollprozesse sind überall dort implementiert, wo es die Art und die Höhe der Risiken bedingen. Die Zuständigkeiten der Organisationseinheiten für die Risikoidentifikation und -steuerung, die Risikoquantifi-

zierung sowie die Risikoüberwachung beziehungsweise das Risikocontrolling und das Risikoreporting folgen einem 3-LoD-Konzept (Markt und Marktfolge, überwachende Einheiten einschließlich Risikocontrolling sowie Revision).

Transparenz

Eine vollständige und sachliche Berichterstattung sowie Offenlegung der Risiken ist ein weiterer wichtiger Baustein der Risikostrategie der Helaba. Nur auf dieser Grundlage ist eine sachgerechte Unterrichtung der Gremien, der Bankenaufsicht sowie der Öffentlichkeit durch den Vorstand möglich.

Kosteneffizienz

Einen weiteren Aspekt stellt die Kosteneffizienz der Kontrolleinheiten, insbesondere der eingesetzten Systeme, dar. Die getätigten Aufwendungen, die im Rahmen der Risikokontrolle (aber

auch der Risikosteuerung) anfallen, stehen unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Vorgaben in einer vernünftigen Relation zu den jeweils betrachteten Risiken.

Risk Appetite Framework

Die Helaba versteht unter dem RAF einen ganzheitlichen Ansatz zur Risikosteuerung. In diesem Ansatz werden so genannte RAF-Indikatoren identifiziert, auf deren Basis das Risikoprofil materiell vollständig beschrieben ist. Die RAF-Indikatoren sind sowohl risikoartenübergreifend als auch risikoartenspezifisch festgelegt und zielen auf die regulatorische und ökonomische Kapital-Adäquanz, die Angemessenheit der Liquiditätsausstattung sowie auf die Nachhaltigkeit der Ertragskraft ab. Für jeden RAF-Indikator werden Schwellenwerte für Risikoappetit, Risikotoleranz und – sofern relevant – Risikokapazität durch den Vor-

stand festgelegt, mit denen die wesentlichen risikostrategischen Ziele im Rahmen der Planung konkretisiert werden. Der Risikoappetit bezeichnet das Risiko-Level, welches die Helaba eingehen bereit ist, um ihre strategischen Ziele zu erreichen. Die Risikotoleranz gibt an, welche Abweichungen vom Risikoappetit in einem ungünstigen Umfeld noch toleriert werden, um die strategischen Ziele zu erreichen. Die Risikokapazität gibt durch regulatorische Begrenzungen – sofern vorhanden – das maximale Risiko-Level an, das die Helaba eingehen kann.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Quantifizierung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und

damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikostrategie wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba festgelegt.

Erfüllung aufsichtsrechtlicher Normen

Entscheidend für die Gestaltung der Risikostrategie ist nicht zuletzt die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Regelungen, die in einem engen Dialog mit der Bankenaufsicht erfolgt. Die regulatorische Kapitalunterlegung der Helaba sowie die Ermittlung des

regulatorischen Kapitals erfolgen nach den Regelungen der Capital Requirements Regulation (CRR) und berücksichtigen die Vorgaben aus dem aufsichtsrechtlichen Überprüfungsprozess (SREP).

Risikokultur

Die Risikokultur der Helaba umfasst die Einstellungen und Verhaltensweisen der Angestellten der Helaba in Bezug auf Risikobewusstsein, Risikobereitschaft und Risikomanagement. Durch die Risikokultur der Helaba werden die Identifikation und der bewusste Umgang mit Risiken gefördert, so dass sichergestellt ist, dass Entscheidungsprozesse zu Ergebnissen führen, die die beschlossenen risikostrategischen Vorgaben einhalten und dem Risikoappetit entsprechen. Die Risikokultur der Helaba geht somit über das Governance-Framework und die etablierten Kon-

trollen hinaus. Die Weiterentwicklung der Risikokultur ist eine laufende Aufgabe aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Führungskräfte der Helaba. Das vom Vorstand verabschiedete Leitbild, in dem Grundwerte und Leitsätze der Helaba festgeschrieben sind, ein bedarfsgerechtes Führungskräfte-Entwicklungsprogramm, ein auf Risikobewusstsein ausgerichtetes Vergütungssystem und eine offene Kommunikationspolitik sind dazu Bausteine, die zur Berücksichtigung der einschlägigen nationalen und internationalen Normen entwickelt worden sind.

Prüfung

Die interne Revision prüft grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der Betriebs- und Geschäftsabläufe, wobei Umfang und Risikogehalt der Aktivitäten und Prozesse berücksichtigt werden. Damit wird die Einhaltung definierter Abläufe gefördert. Die Be-

urteilung von Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

Risikoklassifizierung

Risikoarten

Risikoarten, die für die Helaba von Bedeutung sind, resultieren unmittelbar aus der operativen Geschäftstätigkeit. Im Rahmen der strukturierten Risikoinventur wird jährlich, gegebenenfalls auch anlassbezogen, überprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertragslage oder die Liquiditätslage des Helaba-Konzerns und des Helaba-Einzelinstituts wesentlich beeinträchtigen können. Folgende wesentliche Risikoarten wurden für den Helaba-Konzern und das Helaba-Einzelinstitut (mit Ausnahme des Immobilienrisikos) identifiziert:

- Als Adressenausfallrisiko beziehungsweise Kreditrisiko wird das ökonomische Verlustpotenzial definiert, das aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern, Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs (Länderrisiko) entstehen kann.
 - Die Bestimmung des ökonomischen Verlustpotenzials erfolgt auf Basis interner oder externer Bonitätsbeurteilungen sowie von der Helaba selbst geschätzter beziehungsweise aufsichtsrechtlich vorgegebener Risikoparameter.
 - Bonitätsrisiken, die im Marktpreisrisiko unter dem Residualrisiko und dem inkrementellen Risiko abgebildet werden, sind nicht Bestandteil des Adressenausfallrisikos.
 - Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko als ökonomisches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt, die nicht auf Ebene der Einzelrisikoarten gesteuert wird. In der Folge kann es zu einem Rückgang des Anteilswerts, ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen.
- Das Marktpreisrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial, das aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen aufgrund von Änderungen der Zinssätze, der Devisenkurse, der Aktienkurse und der Rohwarenpreise sowie ihrer Volatilitäten resultiert. Dabei führen Veränderungen des Zinsniveaus eines Marktsegments zu allgemeinen Zinsänderungsrisiken, spezifische Zinssatzveränderungen (zum Beispiel eines Emittenten) zu Residualrisiken und Preisveränderungen bonitätsbehafteter Wertpapiere aus Rating-Veränderungen (inklusive Default) zu inkrementellen Risiken.
- Das Liquiditäts- und Funding-Risiko wird in drei Kategorien unterteilt. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich aus einem unausgewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur und einer ungünstigen Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können. Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.
- Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Dies beinhaltet Reputationsrisiken, wenn diese ursächlich auf ein operationelles Risiko zurückzuführen sind. Das operationelle Risiko umfasst auch die folgenden Risiken:
 - Rechtsrisiken sind definiert als das Risiko von Verlusten für die Bank aufgrund der Verletzung von rechtlichen Bestimmungen, die zu Rechtsprozessen oder eigenen Handlungen zur Abwendung solcher Verluste führen kann. Bonitätsbedingte Verletzungen von Verträgen (zum Beispiel Kreditverträge) fallen nicht unter diese Definition.
 - Verhaltensrisiko als Bestandteil des operationellen Risikos ist definiert als die aktuelle oder potenzielle Gefahr von Verlusten für ein Institut infolge eines unangemessenen Angebots von Finanz-(Bank-)Dienstleistungen, einschließlich Fällen bewussten oder fahrlässigen Fehlverhaltens.
 - Das Modellrisiko umfasst für die Helaba-Gruppe zwei unterschiedliche Aspekte:
 1. Zum einen umfasst das Modellrisiko das Risiko der Unterschätzung von Eigenmittelanforderungen infolge der Nutzung von Modellen zur Quantifizierung von Risiken. Damit einher geht auch der Umstand, dass ein Modell die Realität nie gänzlich wiedergibt. Dieser Aspekt des Modellrisikos wird in der Helaba-Gruppe über einen Risikopotenzialaufschlag für die wesentlichen Risikoarten in der ökonomischen Risikosteuerung abgebildet.
 2. Zum anderen umfasst das Modellrisiko die Verlustrisiken im Zusammenhang mit der Entwicklung, Implementierung oder unangemessenen Nutzung etwaiger anderer Modelle (nicht unter 1. fallende Modelle) durch das Institut zum Zwecke der Entscheidungsfindung. Dieser Aspekt des Modellrisikos wird im operationellen Risiko berücksichtigt.

- Das IT-Risiko ist definiert als die Gefahr von Verlusten aus dem Betrieb und der Entwicklung von IT-Systemen (zum Beispiel technische Umsetzung fachlicher Anforderungen, technische Ausgestaltung für die Bereitstellung, Betreuung sowie Entwicklung von Soft- und Hardware). Die Gefahr von Verlusten besteht in der Verletzung der Verfügbarkeit, Vertraulichkeit oder Integrität von Daten oder unvorhergesehenem Mehraufwand in der Informationsverarbeitung.
- Das Informationssicherheits-Risiko (IS-Risiko) als Bestandteil des operationellen Risikos umfasst die Gefahr von Verlusten aus der Beeinträchtigung schutzwürdiger Informationen, die sich durch Ausnutzung technischer, prozessualer oder organisatorischer Schwachstellen ergeben können. Hierbei besteht die Gefahr von Verlusten, die sich aus der Verletzung der Verfügbarkeit, der Vertraulichkeit oder der Integrität von Informationen oder einem unvorhergesehenem Mehraufwand in der Informationsverarbeitung sowie durch Angriffe von außen (so genannte Cybercrimes) ergeben können.
- Das Outsourcing-Risiko als Bestandteil des operationellen Risikos ist definiert als die Gefahr von Verlusten, resultierend aus Vertrags-, Lieferanten- und Leistungsrisiken sowie Risiken aus der Nichteinhaltung regulatorischer Vorgaben, die bei externem Leistungsbezug auftreten können.
- Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.
- Als Reputationsrisiko wird die Verschlechterung des aus Wahrnehmungen der in einem Geschäfts- oder in sonstigen Verhältnissen zur Bank stehenden Individuen resultierenden öffentlichen Rufs der Helaba bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit bezeichnet. Die materiellen Auswirkungen von Reputationsrisiken schlagen sich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko nieder, weshalb sie in der Risikotragfähigkeit in diesen beiden Risikoarten berücksichtigt werden.
- Unter dem Immobilienrisiko werden das Immobilienbestandsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie das Immobilienprojektierungsrisiko aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst. Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen gehören nicht hierzu.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen können innerhalb einer und zwischen verschiedenen Risikoarten entstehen. Das Management der Risikokonzentrationen – das heißt die Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung – sowie die Berichterstattung über identifizierte Risikokonzentrationen erfolgen in der Helaba von den risikoüberwachenden Bereichen gemäß ihren Zuständigkeiten für wesentliche Risikoarten, Risikotragfähigkeit und Stresstests.

Sowohl Konzentrationen innerhalb einer Risikoart (Intrakonzentrationen) als auch zwischen den Risikoarten (Interkonzentrationen) werden analysiert und sind in die Berichts- und Entscheidungsprozesse des Risikomanagements integriert. Zwischen den Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte in der Risikotragfähigkeitsrechnung angesetzt. Ferner werden durch die Ausgestaltung der risikoartenübergreifenden Stress-Szenarien der extremen Marktverwerfungen die für die Helaba wesentlichen Risikokonzentrationen zwischen den Risikoarten implizit berücksichtigt.

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement in der Helaba umfasst vier Elemente, die als aufeinander folgende Phasen in einem Prozess zu sehen sind:

1. Risikoidentifikation

Die Identifikation der für die Helaba beziehungsweise für die in das Risikomanagement auf Gruppenebene eingebundenen Gesellschaften bestehenden Risiken erfolgt laufend während der täglichen Geschäftstätigkeit. Davon ausgehend wird die Klassifizierung der Risiken durchgeführt. Insbesondere bei der Einfüh-

rung von neuen Produkten und komplexen Geschäften sind eine umfassende Identifikation sowie die Einbindung in bestehende Risikomesssysteme und die dazugehörigen Risikoüberwachungsprozesse wichtig. Im Rahmen des Neue-Produkte-Prozesses für das Kreditgeschäft und das Handelsgeschäft sind die

zentralen Überwachungsbereiche in die Autorisierung neuer Produkte einbezogen. Daneben führt auch die jährlich durchzuführende beziehungsweise anlassbezogene Risikoinventur in der

Helaba-Gruppe dazu, dass bisher unbekannte Risiken identifiziert und im Falle der Wesentlichkeit in den Risikomanagementprozess aufgenommen werden.

2. Risikoquantifizierung

Eine qualitativ gute Abbildung der Einzelgeschäfte beziehungsweise Risikoparameter in den Risikomesssystemen erlaubt eine fundierte – sowohl quantitative als auch qualitative – Risikomessung beziehungsweise -bewertung für die einzelnen Risikoarten. Hierbei kommen verschiedene Modelle, Methoden und Verfah-

ren zum Einsatz. Das aus dem Einsatz von Modellen resultierende und im Rahmen von Validierungen sich bestätigende Modellrisiko deckt die Bank über entsprechende Auf- beziehungsweise Abschläge ab.

3. Risikosteuerung

Auf Basis der aus der Risikoidentifikation und -quantifizierung erhaltenen Informationen erfolgt die Risikosteuerung durch die dezentralen Managementeinheiten. Sie umfasst die Gesamtheit

der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen.

4. Risikoüberwachung/-controlling und -reporting

Im Rahmen eines unabhängigen Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger

statt. Des Weiteren werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten kontrolliert sowie die Ergebnisse plausibilisiert.

Risikomanagementstruktur

Gremien

Der Vorstand der Helaba trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Darüber hinaus hat der Vorstand einen Risikoausschuss etabliert. Die Hauptaufgabe des Risikoausschusses besteht in der Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie der Helaba. Dem Risikoausschuss obliegt die Zusammenführung und Gesamtbeurteilung aller in der Bank eingegangenen Risiken, namentlich der Adressenausfallrisiken, der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der operationellen Risiken, der Geschäftsrisiken und der Immobilienrisiken. Ziele sind die frühestmögliche Erkennung von Risiken in der Helaba-Gruppe, die Konzeptionierung und Überwachung der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie die Ableitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung und zur Generierung von Steuerungsimpulsen für das Risikomanagement. Zudem beschließt der Risikoausschuss die Steuerungs- und Quantifizierungsmethoden der jeweiligen Bereiche und beurteilt unter Berücksichtigung des Risikoausmaßes die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Instrumentarien.

Neben dem Risikoausschuss operieren der Dispositionsausschuss, der Vorstands-Kreditausschuss (VS-KA) und der Kreditmanagementausschuss (KMA). Dem Dispositionsausschuss obliegen die Überwachung der Marktpreisrisiken einschließlich der dazugehörigen Limitauslastung sowie die Steuerung des strategischen Marktrisikoportfolios und des Portfolios der unverzinslichen Passiva. Der VS-KA ist zuständig für kontrahentenbezogene Kredit- und Settlement-Risiken. Dem KMA obliegt die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Gesamtportfolios sowie der Syndizierungs-, Platzierungs- und Länderrisiken.

Die Besetzung sowie die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse sind in separaten Geschäftsordnungen geregelt, die vom Vorstand verabschiedet werden.

Für Entscheidungen von besonderer Bedeutung, wie zum Beispiel Erwerb, Veränderung und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung

oder die Festlegung des Gesamtlimits für Marktpreisrisiken, sehen die Organisationsrichtlinien vor, dass die Zustimmung des Gesamtvorstands beziehungsweise des Verwaltungsrats oder eines seiner Ausschüsse notwendig ist. Das Eingehen oder die

Veränderung von strategischen Beteiligungen mit Anteilen über 25 % bedarf zudem gemäß der Satzung der Bank der Zustimmung der Trägerversammlung.

Risikomanagement der gruppenangehörigen Unternehmen

Die Einbindung von gruppenangehörigen Unternehmen in das Risikomanagement auf Gruppenebene erfolgt unter Berücksichtigung der Risiken, die im Rahmen der jährlichen oder auch einer anlassbezogenen Risikoinventur ermittelt werden. Die Identifikation der Risiken im Rahmen der Risikoinventur findet dabei auf Ebene der direkten Beteiligungen der Helaba statt, das heißt, diese gruppenangehörigen Unternehmen bewerten das Risiko gesamthaft, also auch für die jeweils eigenen Beteiligungen. Der Ausgangspunkt für die Bestimmung des Einbeziehungskreises sind alle handelsrechtlichen direkten Beteiligungen des Einzelinstituts sowie Zweckgesellschaften und Sondervermögen. Der Einbeziehungskreis für die Durchführung der regelmäßigen Risikoinventur ergibt sich aus gruppenangehörigen Unternehmen, für die eine juristische oder ökonomische Wesentlichkeit zur Einbeziehung besteht. Die Festlegung des Einbeziehungskreises erfolgt hierbei anhand eines Kriterienkatalogs. Nicht in die Risikoinventur einbezogene gruppenangehörige Gesellschaften werden über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden.

Als Ergebnis der Wesentlichkeitsbewertung der Risikoinventur wird bestimmt, welche gruppenangehörigen Gesellschaften mit welchen Risikoarten in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden sind und welche gruppenangehörigen Gesellschaften über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden werden. Im Geschäftsjahr 2017 wurde neben der Helaba (einschließlich der WIBank und der LBS) die Frankfurter Sparkasse vollumfänglich in die Einzelrisikosteuerung eingebunden. Die Einbindung weiterer gruppenangehöriger Gesellschaften in die Einzelrisikosteuerung wird entsprechend ihren wesentlichen Risikoarten vorgenommen.

Des Weiteren hat das gruppenangehörige Unternehmen für seine eigenen Risiken, die der Risikoart auf Gruppenebene zugeordnet sind, einen geeigneten Risikomanagementprozess einzurichten. Die Art und Weise der Einbindung wird durch die jeweiligen Risikoarten- und Methodenverantwortlichen festgelegt. Dabei gestaltet sich die Einbindung in die Methoden des Risikomanagementprozesses je nach Risikoart unterschiedlich.

Wesentliche Risikoüberwachungsbereiche

Die Zuständigkeiten der Organisationseinheiten folgen einem „Three Lines of Defense“-Prinzip. Dieses regelt im Sinne einer Governance die Rollen und Verantwortlichkeiten und stellt dadurch eine unabhängige Überwachung und interne Prüfung der Wirksamkeit der implementierten Steuerungs- und Überwachungsfunktionen sicher. Die Steuerung der Risiken aus der ers-

ten Verteidigungslinie ist im Helaba-Einzelinstitut inklusive der LBS und WIBank sowie in den gruppenangehörigen Unternehmen von der unabhängigen Überwachung der Risiken in der zweiten Verteidigungslinie disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Im Helaba-Einzelinstitut ist das 3-LoD-Konzept wie folgt umgesetzt:

1st Line of Defense (1st LoD)

Die GuV- und Risikoverantwortung liegt für die relevanten Wertschöpfungsprozesse in den Marktbereichen (Kredit- und Handelsbereiche). Diese sind für die Steuerung der Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken sowie der Immobilienrisiken

verantwortlich. Für gewisse nichtfinanzielle Risiken, insbesondere das operationelle Risiko, fungiert grundsätzlich jeder Bereich als eine 1st LoD.

2nd Line of Defense (2nd LoD)

Die unabhängigen Funktionen der Überwachung, des Risikocontrollings und der Risikoberichterstattung werden von nicht direkt in die Wertschöpfungsprozesse involvierten Einheiten wahrgenommen, insbesondere von den Bereichen Risikocontrolling und Credit Risk Management.

3rd Line of Defense (3rd LoD)

Risikoorientiert und vollständig unabhängig von den Wertschöpfungsprozessen prüft die Revision die Funktionsfähigkeit (Effektivität) der ersten beiden Verteidigungslinien und bewertet die Einhaltung der vom Vorstand vorgegebenen Risikosteuerungsprozesse unter Einhaltung der regulatorischen Vorgaben. Die interne Revision überwacht dabei die Maßnahmenumsetzung zu externen und internen Feststellungen einschließlich der ter-

minlich überfälligen Feststellungen. Die Revision berichtet direkt an den Gesamtvorstand der Helaba und auch regelmäßig an den Verwaltungsrat sowie dessen Prüfungsausschuss.

Zur Wahrnehmung der entsprechenden Verantwortlichkeiten sind die benannten Organisationseinheiten der Helaba durch die anderen Organisationseinheiten mittels Bereitstellung erforderlicher Informationen und Hilfestellungen zu unterstützen.

Risikoarten	Risikosteuernde Einheiten (1st LoD)	Risikoüberwachende Einheiten (2nd LoD)	Überprüfende Einheit (3rd LoD)
Adressenausfallrisiko inklusive Beteiligungsrisiko	Marktbereiche (Kreditbereiche, Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung: Kommunalkredite)	Risikocontrolling (Gesamtbank-Portfolioebene), Vorstandsstab und Konzernstrategie (Beteiligungsrisiko), Credit Risk Management (Einzelengagementebene und Einzelportfolioebene)	Revision
Marktpreisrisiko	Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling	
Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko	Kapitalmärkte (Geldhandel), Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling	
Operationelles Risiko	Alle Bereiche	Risikocontrolling, gemeinsam mit Spezialistenfunktionen ¹⁾ in den nachfolgenden Einheiten: Informationstechnologie, Information Security Management, Recht, Compliance Geldwäsche und Betrugsbekämpfung, Compliance Kapitalmarkt, Organisation, Personal, Bilanzen und Steuern	
Geschäftsrisiko	Marktbereiche	Risikocontrolling	
Immobilienrisiko	Immobilienmanagement	Risikocontrolling	
Risikoartenübergreifende Aufgaben	–	Konzerncontrolling (unter anderem Risikotragfähigkeitsrechnung, Kapitalplanung), Risikocontrolling (unter anderem Ermittlung Risikopotenziale, Model Governance)	

¹⁾ Die Spezialistenfunktionen sind neben dem Bereich Risikocontrolling für entsprechende Risiken gemäß Risikoartensystematik zuständig, die unter dem operationellen Risiko subsumiert und in der Teilrisikostategie operationelle Risiken detailliert dargestellt sind.

Das eigenständige Risikomanagement innerhalb der LBS, WIBank und der gruppenangehörigen Unternehmen ist hinsichtlich des 3-LoD-Prinzips grundsätzlich vergleichbar mit dem des Helaba-Einzelinstituts ausgestaltet. Unabhängig davon können jedoch spezifische Regelungen vorliegen. Für die Einbeziehung in

die Risikosteuerung und Risikoüberwachung der Helaba-Gruppe sind die jeweiligen Einheiten des Helaba-Einzelinstituts verantwortlich. Die LBS und WIBank haben zudem die Vorgaben für das Helaba-Einzelinstitut unmittelbar anzuwenden.

Für die Durchführung der risikoartenübergreifenden Risikotragfähigkeitsrechnung ist der Bereich Konzerncontrolling verantwortlich.

Interne Revision

Die interne Revision ist direkt dem Vorstand unterstellt und prüft und beurteilt weisungsunabhängig die Aktivitäten und Prozesse der Bank sowie von risikoorientiert ausgewählten Tochtergesellschaften. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Die Beurteilung der Risikolage, die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung sowie die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sind dabei besondere Prüfungskriterien.

Umfang und Ergebnis der Prüfung werden nach einheitlichen Standards dokumentiert. Der Vorstand sowie die Verantwortlichen der geprüften Bereiche erhalten aussagekräftige Prüfungsberichte. Die interne Revision berichtet dem Verwaltungsrat quartalsweise über die wesentlichen Prüfungsergebnisse, die beschlossenen Maßnahmen sowie den Status der Maßnahmen.

Kapitalmarkt-Compliance, Compliance Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung, MaRisk-Compliance sowie Informationssicherheitsmanagement

Die Bank hat die direkt dem Vorstand unterstellten Funktionen der Compliance-Stelle Kapitalmarkt, der Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung, der Compliance-Stelle Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), des Informationssicherheitsmanagements sowie des Datenschutzbeauftragten eingerichtet.

Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt berät die operativen Bereiche, überwacht und bewertet die Grundsätze, Prozesse und Verfahrensweisen insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG), der Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung (WpDVerOV) und der WpHG-Mitarbeiteranzeige-Verordnung (WpHGMAAnzV), Verlautbarungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sowie einschlägige Verlautbarungen der European Securities and Markets Authority (ESMA). Darüber hinaus bewertet die Compliance-Stelle Kapitalmarkt inhärente Risiken und kontrolliert die Einhaltung der relevanten aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt führt die Überwachungshandlungen regelmäßig und risikoorientiert auf Basis eines Überwachungsplans durch, der auf einer zuvor vorgenommenen Risikoanalyse basiert. Sie überwacht dabei insbesondere das Verbot von Insidergeschäften und der Marktmanipulation und identifiziert und regelt konzernweit Interessenkonflikte mit Risikopotenzialen.

Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung entwickelt als zentrale Stelle im Sinne des § 25h KWG interne Grundsätze sowie angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Als Grundlage für die zu ergreifenden organisatorischen Vorkehrungen dienen unter anderem die Risikoanalyse

des Konzerns (Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Betrugsbekämpfung) sowie die Group Policy, die die allgemeinen Rahmenbedingungen des Konzerns wiedergibt, die den nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen. Mit dem Einsatz einer Monitoring-Software erfolgt eine kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehungen. Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung verantwortet außerdem die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen aus dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Förderung der Steuerehrlichkeit (FATCA) sowie aus dem internationalen automatischen Steuerdatenaustausch (AEOI).

Die MaRisk-Compliance-Funktion wirkt auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Umsetzung und Einhaltung der unter Risikogesichtspunkten identifizierten wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben hin und führt Kontrollhandlungen durch. In diesem Zusammenhang kontrolliert und bewertet die MaRisk-Compliance-Funktion regelmäßig die Angemessenheit und Wirksamkeit der Geschäftsprozesse und Verfahrensweisen zur Umsetzung und Einhaltung der wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben in der Bank.

Die Information-Security-Management-Funktion verantwortet die adäquate Steuerung, Koordination und Weiterentwicklung des Informationssicherheitsmanagements in Abstimmung mit der Geschäftsstrategie, der IT-Strategie und der Risikomanagementstrategie der Bank. Hierzu ermittelt und bewertet die Funktion die Risiken der Informationssicherheit im Rahmen eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) und entwickelt relevante Maßnahmen und Kontrollen zur nachhaltigen Risikoreduzierung beziehungsweise Risikoüberwachung. Auch die Ableitung und Definition notwendiger Sicherheitsanforde-

rungen aus relevanten Gesetzen und Verordnungen (Datenschutzgesetzgebung (Bundesdatenschutzgesetz, BDSG, Datenschutz-Grundverordnung, DSGVO), IT-Sicherheitsgesetz, Mindestanforderungen an die Sicherheit von Internetzahlungen (MaSI), MaRisk, Bankaufsichtliche Anforderungen an die IT (BAIT) etc.), die regelmäßige Analyse von Schutzbedarfsklassifizierungen und Infrastrukturen sowie die Abstimmung hierfür angemessener technischer und organisatorischer Maßnahmen zur Sicherstellung der Einhaltung eines angemessenen Sicherheitsniveaus in der Bank werden durch die Information-Security-Management-Funktion kontinuierlich weiterentwickelt.

Die Datenschutzbeauftragte wirkt auf die Einhaltung und Umsetzung datenschutzrechtlicher Anforderungen hin. Sie fungiert hierbei als feste Ansprechpartnerin des Vorstands sowie für interne und externe Anfragen zum Thema Datenschutz. Sie führt

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Quantifizierung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass alle wesentlichen Risiken im Helaba-Konzern jederzeit durch Risikodeckungsmasse abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

In die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsrechnung fließen Risikopotenziale für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Geschäfts- sowie Immobilienrisiken ein. Dabei werden im Rahmen einer ökonomischen Betrachtung Risikopotenziale quantifiziert sowie der regulatorische Expected Loss (EL) und der regulatorische Kapitalbedarf unter Anwendung der regulatorischen Bewertungsvorschriften ermittelt. Ein Kapitalabzug aus dem regulatorischen EL-/Wertberichtigungsabgleich findet bei der Quantifizierung der regulatorischen Eigenmittel Berücksichtigung.

Neben der deckungsmassenbasierten Risikotragfähigkeit wird in Bezug auf die Liquiditätsrisiken der Liquiditätshorizont als weitere Ergebnisgröße ausgewiesen.

Die Darstellung der Risikotragfähigkeit basiert auf einem Zeithorizont von einem Jahr. Sowohl Risikopotenziale als auch Risikodeckungsmassen sind für diesen Zeitraum konzipiert und quantifiziert.

Zusätzlich zu einem Basisszenario, das die Risikotragfähigkeit zum Berichtsstichtag abbildet, werden regelmäßig die Auswirkungen von historischen und hypothetischen Stress-Szenarien auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Dabei werden ein makroökonomisches Stress-Szenario und ein Szenario extremer Marktverwerfungen, dessen Basis beobachtete Marktverwer-

eine Verfahrensübersicht (§ 4g Abs. 2 BDSG) und überwacht die ordnungsgemäße Anwendung von Datenverarbeitungsprogrammen (§ 4g Abs. 1 Nr. 1 BDSG). Ebenso führt sie Vorabkontrollen durch und stellt eine regelmäßige Schulung und Sensibilisierung der Bankmitarbeiter zum Thema Datenschutz sicher. Die Helaba bereitet sich auf die Anforderungen der DSGVO vor. Hierzu werden spezifische Aufgaben, Themen und Prozesse in einem Umsetzungsprojekt geprüft und bearbeitet, um rechtliche Vorgaben fristgerecht zum 25. Mai 2018 anzupassen.

Diese unabhängigen Funktionen sind unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Daher bestehen, wie aufsichtsrechtlich gefordert, aufbau- und ablauforganisatorisch adäquate sowie wirksame interne Kontrollverfahren zur Steuerung und Überwachung der genannten Risiken.

fungen im Rahmen einer globalen Finanzkrise bilden, betrachtet. Darüber hinaus werden inverse Stresstests durchgeführt.

In der Konzern-Risikotragfähigkeitsrechnung der Helaba werden zwei unterschiedliche Steuerungskreise abgebildet, die der aufsichtsrechtlichen Unterscheidung in einen Fortführungsansatz (auch Going Concern-Ansatz genannt) und einen Liquidationsansatz (auch Gone Concern-Ansatz genannt) entsprechen.

Im Fortführungsansatz erfolgt der Nachweis, dass die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen auch bei schlagend werdenden erwarteten und unerwarteten Verlusten eingehalten werden können. Die Quantifizierung der Risikopotenziale erfolgt hier zu einem 95,0 %-Konfidenzniveau. Im Liquidationsansatz der Risikotragfähigkeit wird nachgewiesen, dass selbst im Fall schlagend werdender seltener und schwerer Verlustausprägungen (erwartete sowie unerwartete Verluste zu einem Konfidenzniveau von 99,9 %) das Kapital des Helaba-Konzerns ausreicht, um die Gläubiger in voller Höhe zu befriedigen.

Im Rahmen des Fortführungsansatzes werden die gesamten ökonomischen Risikopotenziale der Konzern-Risikotragfähigkeitsrechnung einem nachhaltigen Ergebnis vor Risiken sowie den regulatorisch nicht gebundenen Eigenmitteln (je nach Szenario abzüglich eines intern definierten Risikopuffers) gegenübergestellt. Zur Analyse der Auswirkungen auf die regulatorischen Kapitalquoten werden im Fortführungsansatz regelmäßig auch die Auswirkungen der Stress-Szenarien auf den regulatorischen Kapitalbedarf sowie auf die regulatorischen Eigenmittel quantifiziert.

Der Fortführungsansatz, der als Ergebnisgröße die Einhaltung der regulatorischen Kapitalquoten betrachtet, ist eng mit der Kapitalallokation in der Helaba verzahnt. Die Allokation des regulatorischen Kapitals auf Geschäftsbereiche und Konzerneinheiten der Helaba erfolgt unter Berücksichtigung der damit verbundenen erwarteten Entwicklungen der Eigenkapitalquoten. Hiermit wird die Konsistenz zwischen der Kapitalallokation bei Annahme einer Vollausslastung der Limite und der sich hieraus ergebenden Ergebnisgröße der Risikotragfähigkeitsrechnung sichergestellt. Zusätzlich erfolgt eine Limitierung der ökonomischen Risikopotenziale, so dass bei gleichzeitiger Auslastung der regulatorischen Allokation und auch der ökonomischen Risikopotenziale sichergestellt ist, dass die intern vorgegebenen Mindestkapitalanforderungen selbst bei schlagenden ökonomischen Risiken nicht unterschritten werden.

Im Liquidationsansatz wird eine ökonomische Deckungsmasse zur Abdeckung des internen Kapitalbedarfs herangezogen, die das zum Berichtsstichtag aufgelaufene Konzernergebnis, das Eigenkapital sowie das Nachrangkapital nach IFRS berücksichtigt. Zusätzlich erfolgt eine ökonomisch bedingte Korrektur von Deckungsmassenbestandteilen. Stille Reserven werden im Liquidationsansatz nicht als Deckungsmasse angesetzt.

Die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsbetrachtung für den Konzern weist zum Ende des Jahres 2017 weiterhin eine deutliche Überdeckung der quantifizierten Risikopotenziale

durch die bestehenden Risikodeckungsmassen aus und dokumentiert das konservative Risikoprofil der Helaba. Dies gilt analog für die Risikotragfähigkeitsrechnung des Helaba-Einzelinstituts.

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für den Konzern besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen, nach Berücksichtigung eines internen Risikopuffers, ein Kapitalpuffer in Höhe von 2,6 Mrd. € (31. Dezember 2016: 3,5 Mrd. €). Im Liquidationsansatz für den Konzern besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen ein Kapitalpuffer in Höhe von 7,7 Mrd. € (31. Dezember 2016: 7,1 Mrd. €).

Die im Rahmen der simulierten Stress-Szenarien erreichten Kapitalquoten liegen deutlich oberhalb der regulatorischen Mindestanforderungen.

Darüber hinaus führt die Helaba zwei inverse Stresstests durch, um zu untersuchen, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit des Instituts gefährden könnten. Dabei werden in den Szenarien „Unterschreitung der Mindestkapitalanforderungen“ sowie „Illiquidität“ die Auswirkungen diverser wirtschaftlicher Ereignisse untersucht, die zur Nichteinhaltung der regulatorischen Mindestkapitalanforderungen beziehungsweise zum Verbrauch der Liquiditätsreserven führen könnten. Derzeit bestehen keinerlei Anzeichen für einen Eintritt dieser Szenarien.

Weitere Sicherungsmechanismen

Zusätzlich zur Risikodeckungsmasse bestehen weitere Sicherungsmechanismen. Die Helaba ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und somit einbezogen in das aus den elf Sparkassenstützungsfonds, der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen bestehende Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe.

Wesentliche Merkmale dieses Sicherungssystems sind die institutssichernde Wirkung, das heißt der Schutz der angeschlossenen Institute in ihrem Bestand, insbesondere von deren Liquidität und Solvenz, ein Risikomonitoring-System zur Früherkennung besonderer Risikolagen und die Bemessung der vom jeweiligen Institut an die Sicherungseinrichtung zu leistenden Beiträge nach aufsichtsrechtlich definierten Risikogrößen. Auch die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, ein Tochterunternehmen der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG (welche wiederum eine Tochtergesellschaft der Helaba ist), sind direkt an diesem Sicherungssystem beteiligt.

Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe umfasst zusätzlich zur Institutssicherung eine Einlagensicherung zum Schutz entschädigungsfähiger Einlagen bis zu 100.000 € pro Kunde. Im Helaba-Konzern belaufen sich die gedeckten Einlagen auf insgesamt 15,6 Mrd. € (31. Dezember 2016: 15,1 Mrd. €). Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem im Sinne des Einlagensicherungsgesetzes anerkannt.

Darüber hinaus gehören die Helaba und die Frankfurter Sparkasse satzungsmäßig dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen als Mitglieder an. Der Reservefonds gewährleistet im Haftungsfall eine weitere, neben dem bundesweiten Haftungsverbund bestehende Sicherung. Er sichert die Verbindlichkeiten der Helaba und der Frankfurter Sparkasse gegenüber Kunden einschließlich Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und sonstigen institutionellen Anlegern sowie die verbrieften Verbindlichkeiten. Ausgenommen hiervon sind unabhängig von ihrer Restlaufzeit Verbindlichkeiten, die bei den Instituten als Eigenmittelbestandteile im Sinne

von § 10 KWG dienen oder gedient haben, wie Vermögens-einlagen stiller Gesellschafter, Genussrechtsverbindlichkeiten sowie nachrangige Verbindlichkeiten. Das Gesamtvolumen des Fonds beläuft sich auf 5 % des Gesamtrisikobetrags gemäß Art. 92 Abs. 3 CRR der angeschlossenen Institute und betrug Ende 2017 insgesamt 518 Mio. € (31. Dezember 2016: 522 Mio. €). Die barmäßige Dotierung lag zum gleichen Stichtag bei 442 Mio. € (31. Dezember 2016: 410 Mio. €).

Bis zur vollständigen Einzahlung des Gesamtvolumens hat der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des Differenzbetrags zwischen tatsächlicher Dotierung und Gesamtvolumen übernommen.

Adressenausfallrisiko

Das Kreditgeschäft stellt ein wesentliches Kerngeschäft der Helaba dar. Entsprechend sind das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken Kernkompetenzen der Helaba. Sowohl durch die Weiterentwicklung des Marktumfelds als auch durch neue Entwicklungen im regulatorischen Umfeld der Kreditinstitute ergeben sich permanent neue Herausforderungen für die interne Steuerung der Adressenausfallrisiken, die eine konsequente Überprüfung der bestehenden Verfahren erfordern.

Basel III/CRR

Die Helaba wendet den IRB-Ansatz an. Mit den internen Rating-Verfahren (Ausfall-Rating) für das Kreditportfolio, dem Sicherheitenverwaltungssystem, der Credit Loss Database, die zur Erfassung und Analyse des Ausfallportfolios und der Einzelwert-

Auch der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und der Westfälisch-Lippische Sparkassen- und Giroverband (SVWL) haben jeweils einseitig einen zusätzlichen regionalen Reservefonds für die Helaba geschaffen.

Für das Förderinstitut WIBank, das als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba organisiert ist, besteht gesetzlich geregelt und in Übereinstimmung mit den EU-beihilferechtlichen Anforderungen eine unmittelbare Gewährträgerhaftung durch das Land Hessen.

Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie. In der Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird für alle Geschäftssegmente die Risikoneigung differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen definiert. Die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird jährlich überprüft.

Risikoüberwachung mit dem Global-Limit-System

Die Helaba verfügt über ein Global-Limit-System, in dem zeitnah kontrahentenbezogene Adressenausfallrisiken strukturiert und transparent aufbereitet werden. Die Kontrahentenlimite orientieren sich sowohl an der Bonität (Rating) der Kontrahenten als auch an der Risikotragfähigkeit der Bank.

Zur Überwachung, Begrenzung und Steuerung von Adressenausfallrisiken werden im Global-Limit-System kreditnehmerbezogene Gesamtlime auf Konzernebene erfasst. Auf diese Gesamtlime werden alle Arten von Krediten gemäß der Artikel 389 f. der CRR, sowohl aus Handels- als auch Bankbuchaktivitäten, gegenüber den Kreditnehmern angerechnet. Vorleistungs- und Abwicklungsrisiken aus Devisen- und Wertpapiergeschäften, Kontokorrent-Intraday-Risiken, Lastschriftreicher-Risiken

berichtigungen dient, sowie einem regulatorischen Rechenkern sind die entsprechenden aufsichtsrechtlichen Regelungen nach Basel III/CRR in den Verfahren und Systemen der Helaba umgesetzt.

sowie so genannte Additional Risks aus Konstrukten werden als wirtschaftliche Risiken genehmigt und auf separate Limite angerechnet.

Die genehmigten Gesamtlime werden entsprechend der Beschlussvorlage auf Einzelkreditnehmer, Produktarten und die betroffenen operativen Geschäftsbereiche alloziert. Die Ausnutzung der einzelnen Limite wird täglich überwacht; bei etwaigen Limitüberschreitungen werden umgehend die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

Die Anrechnung von Swaps, Termingeschäften und Optionen auf das Gesamtlimit erfolgt mit Kreditäquivalenzbeträgen, die auf einer internen Add-on-Methode basieren. Die Add-ons werden

einmal pro Jahr beziehungsweise anlassbezogen (beziehungsweise bei Marktverwerfungen) vom Bereich Risikocontrolling validiert und ggf. angepasst. Alle weiteren Handelsbuchpositionen (zum Beispiel Geldhandel, Wertpapiere) werden mit Marktpreisen bewertet.

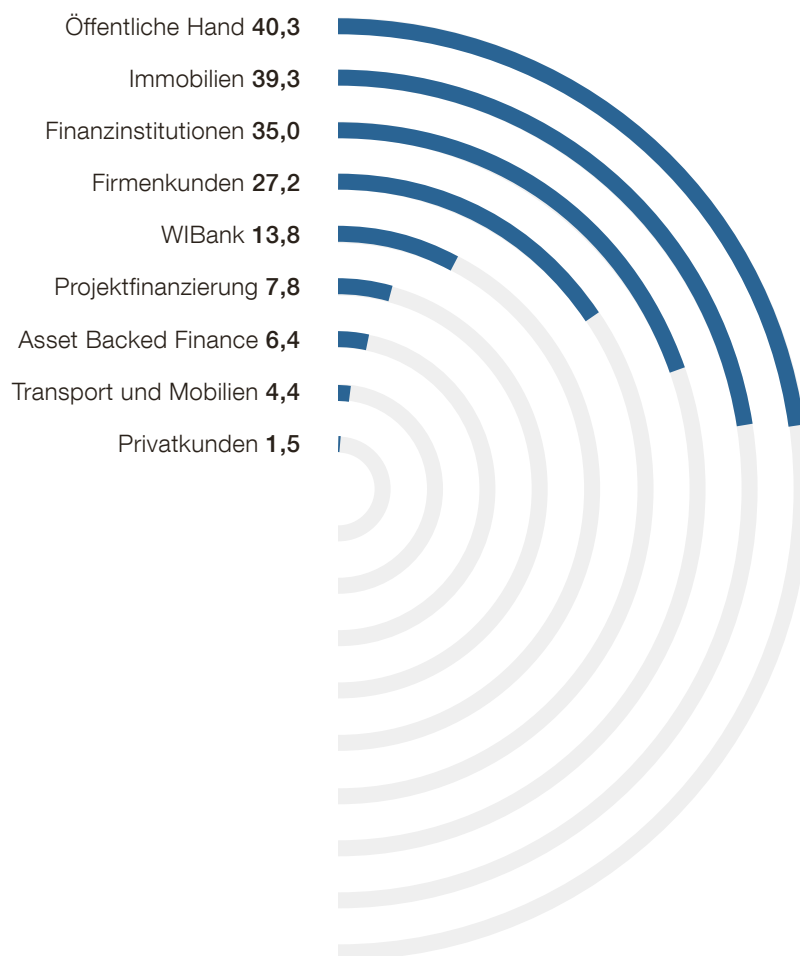
Ergänzend werden als indirekte wirtschaftliche Risiken Sekundärrisiken aus Leasingengagements (Leasingnehmer) oder aus erhaltenen Bürgschaften und Garantien sowie Lastschriftreicher-Risiken beim jeweiligen Risikoträger erfasst.

In Grafik 1 ist das Gesamtkreditvolumen per 31. Dezember 2017, das sich aus Kreditinanspruchnahmen und nicht genutzten zugesagten Kreditlinien zusammensetzt, des engen Konzernkreises (Helaba-Einzelinstitut zuzüglich Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse, Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und Helaba Asset Services) in Höhe von 175,8 Mrd. € (31. Dezember 2016: 178,2 Mrd. €), aufgeteilt nach Portfolios, dargestellt. Das Gesamtkreditvolumen entspricht dem gemäß den geltenden Rechtsnormen für Großkredite ermittelten Risikopositionswert vor Anwendung der Ausnahmen zur Ermittlung der Großkreditobergrenzenauslastung und vor Anwendung von Kreditminderungs-techniken.

Gesamtkreditvolumen nach Portfolios (enger Konzernkreis)

Grafik 1

in Mrd. €



Der Schwerpunkt der Kreditaktivitäten liegt zum 31. Dezember 2017 bei den Portfolios Öffentliche Hand, Immobilien und Finanzinstitutionen (insbesondere Kreditgewerbe).

Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über die regionale Verteilung des Gesamtkreditvolumens auf Basis des Sitzlandes des Kreditnehmers:

Ländercluster	Anteil in %	
	31.12.2017	31.12.2016
Deutschland	61,50 %	59,42 %
Westeuropa	19,16 %	18,89 %
Skandinavien	2,96 %	2,70 %
Restliches Europa	3,57 %	4,20 %
Europa	87,19 %	85,21 %
Nordamerika	11,66 %	13,52 %
Restliche Welt	1,16 %	1,27 %

Danach liegt der Schwerpunkt unverändert in Deutschland sowie weiteren ausgewählten westeuropäischen Staaten. Auf Großbritannien entfällt unverändert ein Anteil von 4,4 % (31. Dezember 2016: 4,4 %).

Bonitäts-/Risikobeurteilung

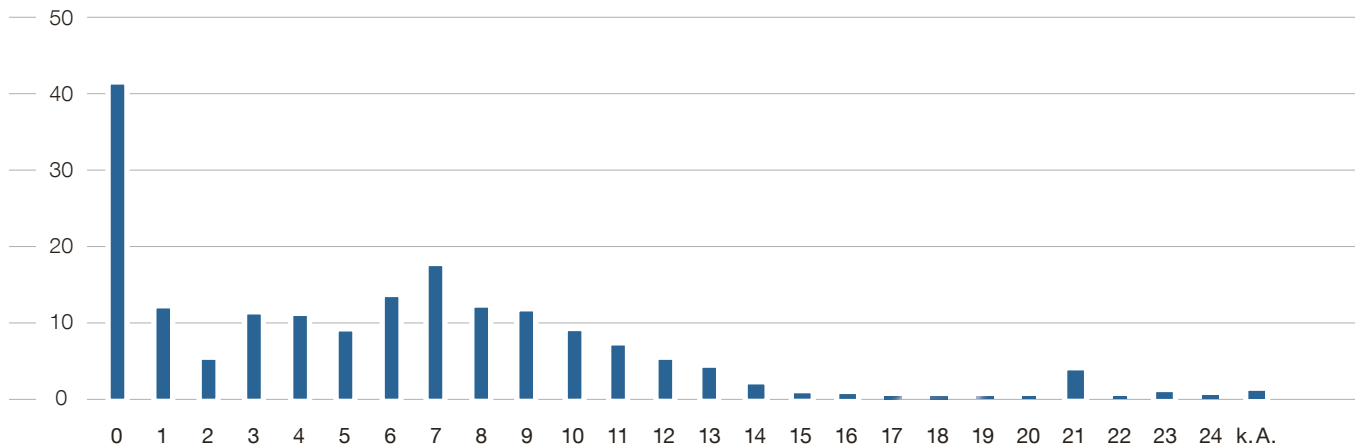
Die Bank verfügt über 14 in Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) beziehungsweise anderen Landesbanken entwickelte Rating-Verfahren sowie zwei selbst entwickelte Rating-Verfahren. Diese Verfahren basieren auf statistischen Modellen und ordnen die Kreditengagements unabhängig von der Kunden- oder Objektgruppe kardinal über eine 25-stufige Ausfall-Rating-Skala einer festen Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) zu.

Im engen Konzernkreis (Helaba-Einzelinstitut zuzüglich Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse, Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und Helaba Asset Services) teilt sich das Gesamtkreditvolumen in Höhe von 175,8 Mrd. € (31. Dezember 2016: 178,2 Mrd. €) nach Ausfall-Rating-Klassen wie in Grafik 2 dargestellt auf.

Gesamtkreditvolumen nach Ausfall-Rating-Klassen (enger Konzernkreis)

Grafik 2

in Mrd. €



Sicherheiten

Neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (beziehungsweise allgemeine Kreditrisikominderungstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Adressenausfallrisiken. Sicherheiten werden nach den Beleihungsgrundsätzen der Bank bewertet. Im Rahmen des turnusmäßigen oder anlassbezogenen Überwachungsverfahrens wird die Bewertung angepasst, wenn sich bewertungsrelevante Faktoren ändern.

Das Sicherheitenverwaltungssystem der Helaba bietet die Voraussetzungen, um die umfassenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung eigenkapitalentlastender Kreditrisikominderungstechniken nach CRR ausschöpfen zu können. Es stellt den Datenbestand zur Prüfung und Verteilung der anrechenbaren Sicherheitenwerte auf die besicherten Risikopositionen bereit.

Länderrisiken

Das Länderrisiko besteht aus Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken (zum Beispiel Lieferrisiken). Die Helaba verfügt über eine am wirtschaftlichen Risikoträger orientierte Methodik zur internen Länderrisikobemessung und -zuordnung, das heißt, dass das zunächst nach dem strengen Domizilprinzip dem Sitzland des Kreditnehmers zugeordnete Risiko unter bestimmten Voraussetzungen auf das Sitzland der Konzernmutter oder des Leasingnehmers beziehungsweise bei Cashflow-Konstruktionen und bei Berücksichtigung von Sicherheiten auf das Land des wirtschaftlichen Risikoträgers übertragen wird.

Das Länderrisikosystem dient als zentrales Instrument zur vollständigen, zeitnahen, risikogerechten und transparenten Erfassung, Überwachung und Steuerung der Länderrisiken. In die Steuerung der Länderrisiken sind sämtliche Kredit- und Handelsbereiche der Helaba einschließlich der Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse, Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz)

AG und Helaba Asset Services einbezogen. Das gesamte Länderrisiko – ohne Länder der Eurozone – darf das Sechsfache des haftenden Eigenkapitals der Helaba-Institutsguppe nicht überschreiten. Die Ausnutzung zum 31. Dezember 2017 belief sich auf weniger als das Dreifache des haftenden Eigenkapitals.

Der Vorstand legt für alle Länder mit Ausnahme weniger Länder der Eurozone und weiterer, insbesondere unter Transferrisikogesichtspunkten erstklassiger Länder (zurzeit Schweiz, Großbritannien, USA, Dänemark, Schweden, Norwegen) Länderlimite fest. Das einem Land zugestandene Gesamtlimit wird unterteilt in ein Kredit- und ein Handelslimit. Zusätzlich werden die Länderrisiken für langfristige Geschäfte durch Sublimite begrenzt. Das interne Rating-Verfahren für Länder- und Transferrisiken unterscheidet 25 mögliche Länder-Rating-Klassen nach der bankweit einheitlichen Masterskala. Alle Einstufungen werden mindestens jährlich vom Bereich Volkswirtschaft/Research er-

mittelt und vom Bereich Credit Risk Management final festgelegt. Der Kreditmanagementausschuss unterbreitet auf dieser Basis unter Einbeziehung bankspezifischer, geschäftspolitischer und risikomethodischer Überlegungen einen Länderlimitvorschlag, auf dessen Basis der Gesamtvorstand die Limite für die einzelnen Länder festsetzt.

Für Länder mit den schlechtesten Rating-Klassen (22–24) hat die Bank keine Länderlimite vorgesehen.

Die Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken aus Ausleihungen der Helaba im engen Konzernkreis an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland in Höhe von 46,0 Mrd. € (31. Dezember 2016: 48,7 Mrd. €) konzentrieren sich regional vorwiegend auf Europa (83,0 %) und Nordamerika (14,5 %). Sie sind per 31. Dezember 2017 zu 75,6 % (31. Dezember 2016: 74,4 %) den Länder-Rating-Klassen 0 und 1 zugeordnet. Weitere 24,3 % (31. Dezember 2016: 25,4 %) werden in den Rating-Klassen 2–13 generiert. Lediglich 0,1 % (31. Dezember 2016: 0,2 %) sind mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet.

Engagements in Großbritannien

Per 31. Dezember 2017 beträgt das Nettoexposure der Helaba im engen Konzernkreis gegenüber Kreditnehmern in Großbritannien 7,3 Mrd. € (31. Dezember 2016: 7,9 Mrd. €). Im Übrigen hatte das EU-Austritts-Votum Großbritanniens („Brexit“) keine wesentlichen Auswirkungen auf die Höhe des Adressenausfallrisikos.

Kreditrisikoprozesse und Organisation

Die MaRisk enthalten differenzierte Regelungen zur Organisation des Kreditgeschäfts sowie zu den Kreditprozessen und zur Ausgestaltung der Verfahren zur Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung der Risiken im Kreditgeschäft.

Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft hat der Vorstand in gesonderten Organisationsrichtlinien für das Kreditgeschäft festgelegt.

Genehmigungsverfahren

Das Genehmigungsverfahren der Bank garantiert, dass Kreditrisiken nicht ohne vorherige Genehmigung eingegangen werden. Nach der Geschäftsanweisung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Risiko- und Kreditausschusses des Verwaltungsrats; unter diesen Betragsgrößen liegende Engagements werden abgestuft nach Kompetenzen (Vorstand, Vorstands-Kreditausschuss, einzelne Vorstandsmitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) genehmigt. Grundlage für Kreditgenehmigungen bilden detaillierte Risikobeurteilungen. Bestandteil der Kreditvorlagen sind entsprechend den MaRisk im so genannten risikorelevanten Geschäft immer zwei voneinander unabhängige Voten durch den zuständigen Marktbereich sowie den zuständigen Marktfolge-Bereich. Der Vertreter des jeweiligen Marktfolge-Bereichs hat dabei im Rahmen eines Eskalationsprozesses stets ein Vetorecht. In letzter Instanz entscheidet der Gesamtvorstand.

Ergänzt wird das Verfahren durch aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleitete Konzentrationslimite, die abgestuft nach Ausfall-Rating-Klasse der wirtschaftlichen Gruppe verbundener Kunden die Engagements zusätzlich begrenzen. Außerdem sind alle Kredite mindestens einmal innerhalb von zwölf Monaten zu überwachen. Ein tägliches Überziehungsmanagement wird unter anderem durch Einsatz des Global-Limit-Systems gewährleistet, das alle Kredite (Linien und Inanspruchnahmen) des engen Konzernkreises pro Gruppe verbundener Kunden zusammenführt.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

In der regulatorischen Sicht erfolgt die Quantifizierung erwarteter und unerwarteter Adressenausfallrisiken über den regulatorischen Rechenkern. Erwartete Adressenausfallrisiken werden in Form des Expected Loss einzelgeschäftlich kalkuliert. Die Berechnung für regulatorische Zwecke erfolgt auf Basis der internen Rating-Verfahren und regulatorisch vorgegebener Loss-Given-Defaults (LGD). Zur Abdeckung unerwarteter Verluste wird das gemäß CRR vorzuhaltende Eigenkapital ebenfalls einzelgeschäftlich ermittelt und sowohl in der Einzelgeschäftssteuerung als auch in der Risikokapitalsteuerung verwendet.

In der internen Steuerung werden Adressenausfallrisiken mit einem Value-at-Risk-Ansatz ermittelt. Dafür wird ein Credit-Metrics-basiertes Simulationsverfahren (Monte-Carlo-Simulation) unter Berücksichtigung von Migrations- und LGD-Risiken verwendet. Der ermittelte Value-at-Risk gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die innerhalb eines Jahres mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Als Risikoparameter werden neben den internen Rating-Verfahren auch intern geschätzte LGD-Parameter sowie empirisch gemessene Korrelationswerte herangezogen. Das Gesamtrisiko

basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe des Risikomodells ermittelte Value-at-Risk (VaR) ein Maß für den maximalen Verlust (expected und unexpected) dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 95,0 % (Fortführungsansatz) beziehungsweise 99,9 % (Liquidationsansatz) auf Basis des zugrunde gelegten Beobachtungszeitraums von einem Jahr nicht überschritten wird. Durch die Berücksichtigung von empirischen Korrelationen wird das simultane Eintreten einzelner Kreditevents (systematisches Risiko) abgebildet.

Die entsprechend quantifizierten erwarteten und unerwarteten Verluste werden verschiedenen Szenariobetrachtungen unterworfen, um Auswirkungen entsprechender Stress-Situationen aufzuzeigen. Dafür werden die Risikoparameter szenarioabhängig modelliert.

Im Basisszenario der Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Adressenausfallrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial von 572 Mio. € (31. Dezember 2016: 561 Mio. €).

Risikovorsorge

Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Beteiligungsrisiko

Unter dem Beteiligungsrisiko werden diejenigen Risiken aus Beteiligungen zusammengefasst, deren Einzelrisikoarten nicht separat im Risikocontrolling für die einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden. Werden die für eine Beteiligung relevanten Risikoarten unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und rechtlicher Möglichkeiten in das gruppenweite Risikomanagement integriert (Einzelrisikosteuerung), ist die Betrachtung von Beteiligungsrisiken für diese Beteiligung nicht relevant. Neben den handelsrechtlichen Beteiligungen werden auch solche Finanzinstrumente unter dem Beteiligungsrisiko ausgewiesen, die nach CRR der Forderungsklasse Beteiligungen zugeordnet werden.

Der Risikogehalt der einzelnen Beteiligung wird im Hinblick auf die Werthaltigkeit anhand eines zweistufigen Kriterienkatalogs

(Ampelverfahren) klassifiziert. Daneben erfolgt die Risikobeurteilung auf Basis der Bonitätseinschätzung und -entwicklung des jeweiligen Unternehmens im Rahmen des bankinternen Rating-Verfahrens. Die Beteiligungsrisiken werden vierteljährlich an den Risikoausschuss des Vorstands und den Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats berichtet.

Die Zusammensetzung des Beteiligungsportfolios ist im Vergleich zum Jahresende 2016 nahezu unverändert. Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Beteiligungsrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial in Höhe von 11 Mio. € (31. Dezember 2016: 10 Mio. €).

Marktpreisrisiko

Risikosteuerung

Integriert in die Gesamtbanksteuerung erfolgt die Steuerung von Marktpreisrisiken in der Helaba für das Handelsbuch und das Bankbuch. Klar definierte Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse schaffen die Voraussetzungen für ihre effektive Begrenzung und Steuerung. Auf Basis der Risikoinventur werden in Abhängigkeit von der Geschäftstätigkeit die Tochtergesellschaften im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements in abgestufter Weise in den Steuerungsprozess einbezogen. Schwerpunkte bilden die Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG. Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt nach den Methoden der Helaba.

Der strategische Schwerpunkt der Handelsaktivitäten liegt auf dem kundengetriebenen Geschäft, das durch ein bedarfsorientiertes Produktangebot unterstützt wird. Die Steuerung der Positionen des Handelsbuchs liegt in der Verantwortung des Bereichs Kapitalmärkte. Dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung obliegt die Steuerung der Refinanzierung sowie das Management der Zins- und Liquiditätsrisiken des Bankbuchs. Zusätzlich verantwortet der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung den zum Handelsbuch gehörenden Rückflussbestand eigener Emissionen.

Limitierung von Marktpreisrisiken

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken verwendet die Helaba eine einheitliche Limitstruktur. In den Prozess zur Allokation der Limite ist neben den internen Gremien der Bank auch der Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats eingebunden. Er genehmigt das Gesamtlimit für Marktpreisrisiken, das vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit der Bank vorgeschlagen wird.

hier eine separate Limitierung für das Handelsbuch und das Bankbuch. Die Suballokation von Limiten auf untergeordnete Organisationseinheiten sowie die einzelnen Standorte der Helaba liegt in der Verantwortung der mit einem Limit ausgestatteten Geschäftsbereiche. Darüber hinaus werden in den Handelsbereichen eigenständig Stop-Loss-Limite sowie Volumenlimite zur Begrenzung von Marktpreisrisiken eingesetzt.

Im Rahmen des für Marktpreisrisiken festgelegten Gesamtlimits alloziert der Risikoausschuss auf Empfehlung des Dispositionsausschusses Limite auf die risikonehmenden Geschäftsbereiche sowie auf die einzelnen Marktpreisrisikoarten. Zusätzlich erfolgt

Das Marktpreisrisikogesamtlimit wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Genauso gab es keine Limitüberschreitungen auf den Hauptaggregationsstufen Handels- und Bankbuch der Bank und der Gruppe sowie für die einzelnen Marktpreisrisikoarten.

Risikoüberwachung

Die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von Marktpreisrisiken liegt in der Verantwortung des Bereichs Risikocontrolling. Hierzu gehören neben der Risikoquantifizierung auch die Überprüfung der Geschäfte auf Marktkonformität und die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Zusätzlich wird die Überleitungsrechnung zum externen Rechnungswesen erstellt.

zur Positionserfassung, Abwicklung, Ergebnisermittlung und Risikoquantifizierung sowie für das Rechnungswesen und das Meldewesen voraus.

Die kontinuierliche fachliche und technische Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Systeme sowie eine intensive Datenpflege tragen wesentlich zur adäquaten Erfassung der Marktpreisrisiken in der Helaba bei. Bei der Einführung neuer Produkte ist ein durch den „Ausschuss Neue Produkte“ verankerter Prozess zu durchlaufen. Die Autorisierung eines neuen Produkts setzt die korrekte Verarbeitung in den benötigten Systemen

Im Rahmen eines umfassenden Reportings werden die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie die positionsführenden Stellen täglich über die ermittelten Risikozahlen und die erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse auf Basis aktueller Marktpreise unterrichtet. Zusätzlich erhalten wöchentlich der Gesamtvorstand und der Dispositionsausschuss sowie monatlich der Risikoausschuss Informationen über die aktuelle Risiko- und Ergebnissituation. Etwaige Überschreitungen der festgelegten Limite setzen den Eskalationsprozess zur Begrenzung und Rückführung der Risiken in Gang.

Quantifizierung von Marktpreisrisiken

Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt mit Hilfe eines Money-at-Risk-Ansatzes, der durch Stresstests, die Messung von Residualrisiken und Sensitivitätsanalysen für Credit-Spread-Risiken sowie durch die Betrachtung inkrementeller Risiken für das Handelsbuch ergänzt wird. Das Money-at-Risk (MaR) gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die aufgrund von Marktschwankungen innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Für jede der Marktpreisrisikoarten (Zinsen, Aktien und Devisen) werden in der Helaba Risikomesssysteme auf Basis gleicher statistischer Parametrisierungen eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Risikoarten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird dadurch die Aggregation der Risikoarten zu einem Gesamtrisiko ermöglicht. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe der Risikomodelle ermittelte MaR-Betrag ein Maß für den maximalen Verlust dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,0 % auf Basis des zugrunde gelegten historischen Beobachtungszeitraums von einem Jahr bei einer Haltedauer der Position von zehn Handelstagen nicht überschritten wird.

Die nachfolgende Übersicht enthält eine Stichtagsbetrachtung der eingegangenen Marktpreisrisiken (inklusive Korrelationseffekten zwischen den Portfolios) zum Jahresultimo 2017 sowie

eine Aufteilung nach Handels- und Bankbuch. Den größten Anteil an den Marktpreisrisikoarten hat das lineare Zinsänderungsrisiko. Der Rückgang des linearen Zinsänderungsrisikos ist vor allem auf eine Modelländerung im zweiten Quartal zurückzuführen. Zusätzlich zur verbesserten Modellierung von Zinsentwicklungen im Niedrigzinsumfeld wurde das Zinskurvenuniversum erweitert. Neben Swap- und Pfandbriefkurve werden zusätzlich unterschiedliche länder- und ratingabhängige Government-, Financials- und Corporate-Zinskurven zur Bewertung eingesetzt. Für das Gesamtportfolio des engen Konzernkreises entfallen beim linearen Zinsänderungsrisiko 86 % (31. Dezember 2016: 90 %) auf Positionen in Euro und 8 % (31. Dezember 2016: 6 %) auf Positionen in US-Dollar. Im Aktienbereich des Handels stehen im DAX und DJ Euro Stoxx 50 notierte Werte im Fokus. Den Schwerpunkt im Währungsrisiko bilden Positionen in US-Dollar, kanadischen Dollar und Britischen Pfund. Das Residualrisiko beläuft sich für den Konzern auf 10 Mio. € (31. Dezember 2016: 12 Mio. €). Das inkrementelle Risiko im Handelsbuch beträgt bei einem Betrachtungshorizont von einem Jahr und einem 99,9 %-Konfidenzniveau 166 Mio. € (31. Dezember 2016: 136 Mio. €). Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Marktpreisrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial in Höhe von 239 Mio. € (31. Dezember 2016: 395 Mio. €). Der Rückgang ist im Wesentlichen auf das deutlich gesunkene lineare Zinsänderungsrisiko zurückzuführen, dem ein leichter Anstieg des inkrementellen Risikos entgegensteht.

Konzern-MaR nach Risikoarten

in Mio. €

	Gesamtrisiko		Zinsänderungsrisiko		Währungsrisiko		Aktienrisiko	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Gesamt	45	92	39	88	1	0	5	4
Handelsbuch	15	28	13	26	0	0	2	2
Bankbuch	39	67	35	64	0	0	4	2

Allen Risikomesssystemen liegen ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz oder eine Monte-Carlo-Simulation zugrunde. Letztere wird insbesondere für die Abbildung komplexer Pro-

dukte und Optionen eingesetzt. Nichtlineare Risiken im Devisenbereich sind in der Helaba von untergeordneter Bedeutung. Sie werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen überwacht.

Internes Modell gemäß Capital Requirements Regulation (CRR)

Zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarfs für das allgemeine Zinsänderungsrisiko verfügt die Helaba über ein von der Bankenaufsicht anerkanntes internes Modell gemäß CRR, das sich aus den Risikomesssystemen MaRC² (lineares Zinsrisiko) und ELLI (Zinsoptionsrisiko) zusammensetzt.

Marktpreisrisiko im Handelsbuch

Die Berechnung aller Marktpreisrisiken erfolgt täglich auf Basis der Tagesendposition des vorangegangenen Handelstags und der aktuellen Marktparameter. Die Helaba verwendet auch für die interne Risikosteuerung die aufsichtsrechtlich vorgegebene Parametrisierung. In Grafik 3 ist das MaR des Handelsbuchs (Helaba-Einzelinstitut) für das Geschäftsjahr 2017 dargestellt. Im Gesamtjahr 2017 betrug das durchschnittliche MaR 19 Mio. €

(Gesamtjahr 2016: 25 Mio. €), der maximale Wert 32 Mio. € (Gesamtjahr 2016: 33 Mio. €) und der minimale Wert 14 Mio. € (Gesamtjahr 2016: 19 Mio. €). Der Risikorückgang gegenüber 2016 ist im Wesentlichen auf die Umstellung des Modells für lineare Zinsänderungsrisiken zur verbesserten Berücksichtigung des Niedrigzinsniveaus zurückzuführen.

Tägliches MaR des Handelsbuchs im Geschäftsjahr 2017

Grafik 3

in Mio. €



Zur Ermittlung konsolidierter MaR-Beträge für den Konzern stellen die ausländischen Niederlassungen der Helaba sowie die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und die Frankfurter Sparkasse der Konzernzentrale in einem Bottom-up-Verfahren die aktuellen Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systeme-

men zur Verfügung. In einem Top-down-Verfahren werden umgekehrt die Marktparameter einheitlich bereitgestellt. Dies ermöglicht neben der Risikoquantifizierung in der Konzernzentrale auch die dezentrale Risikoquantifizierung an den Standorten.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die durchschnittlichen täglichen MaR-Beträge für das Handelsbuch.

Durchschnittliches MaR für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2017

Ø MaR in Mio. €

	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Zinsänderungsrisiko	26	25	15	22	13	21	12	25	17	23
Währungsrisiko	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Aktienrisiko	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Gesamtrisiko	28	28	18	24	16	23	15	27	19	25

Anzahl der Handelstage: 250 (2016: 253)

Für die Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG ergibt sich im Handelsbuch im Jahresdurchschnitt unverändert zum Vorjahr jeweils ein MaR von 0 Mio. €.

Backtesting

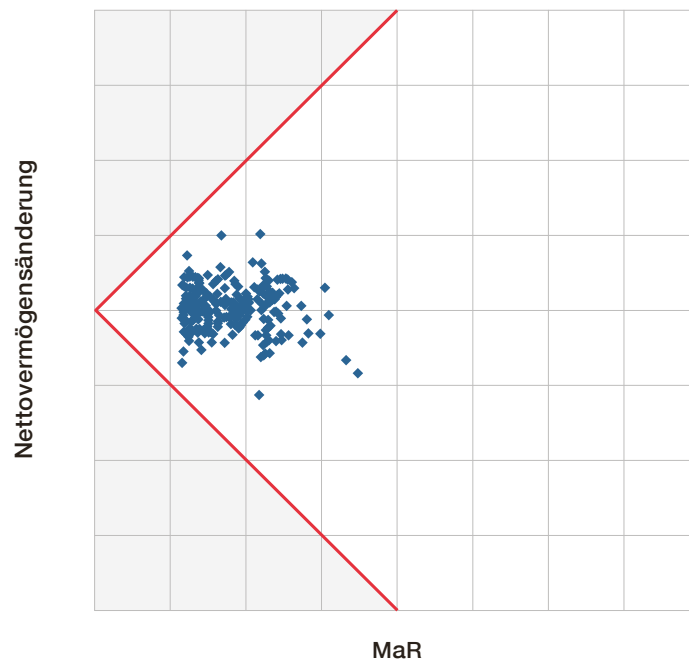
Zur Überprüfung der Prognosequalität der Risikomodelle wird täglich für alle Marktpreisrisikoarten ein Clean Backtesting durchgeführt. Hierbei wird der MaR-Betrag bei einer Haltedauer von einem Handelstag, einem einseitigen 99 %-Konfidenzniveau sowie einem historischen Beobachtungszeitraum von einem Jahr ermittelt. Dieser prognostizierte Risikobetrag wird der hypothe-

tischen Nettovermögensänderung gegenübergestellt. Die hypothetische Nettovermögensänderung stellt die Wertänderung des Portfolios über einen Handelstag bei unveränderter Position und Zugrundelegung neuer Marktpreise dar. Ein Backtesting-Ausreißer liegt vor, wenn die Nettovermögensminderung den potenziellen Risikobetrag übersteigt.

In Grafik 4 ist das Backtesting der Helaba-Risikomodelle für das Handelsbuch über alle Marktpreisrisikoarten im Geschäftsjahr 2017 dargestellt. Es traten keine negativen Ausreißer auf (2016: keine negativen Ausreißer).

Backtesting für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2017

Grafik 4



Im internen Modell für das allgemeine Zinsänderungsrisiko traten im aufsichtsrechtlichen Backtesting im Jahr 2017 keine negativen Ausreißer auf (2016: keine negativen Ausreißer).

Stresstestprogramm

Die Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber realistischer Marktsituationen erfordert neben der täglichen Risikoquantifizierung den Einsatz von Stresstests. Für verschiedene Portfolios erfolgt regelmäßig eine Neubewertung auf Basis extremer Marktsituationen. Die Auswahl der Portfolios orientiert sich, soweit nicht durch aufsichtsrechtliche Vorgaben explizit gefordert, an der Höhe des Exposures (Materialität) und etwaiger Risikokonzentrationen. Für das Optionsbuch der Helaba werden täglich Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstests sind in das Reporting über Marktpreisrisiken an den Vorstand integriert und werden im Rahmen des Limitallokationsprozesses berücksichtigt.

Als Instrumentarien stehen die historische Simulation, die Monte-Carlo-Simulation, ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen – unter anderem auf Basis der Hauptkomponenten der Korrelationsmatrix – zur Verfügung. Des Weiteren führt die Helaba auch Stresstests zur Simulation extremer Spread-Änderungen durch. Risikoartenübergreifende Stresstests im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung der Helaba und inverse Stresstests ergänzen die Stresstests für Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiko (inklusive Zinsänderungsrisiko) im Bankbuch

Zur Abbildung der Marktpreisrisiken im Bankbuch setzt die Helaba den für das Handelsbuch verwendeten MaR-Ansatz ein. Täglich erstellte Fristenablaufbilanzen, aus denen die Laufzeitstruktur der Positionsnahmen erkennbar ist, ergänzen dabei die mit Hilfe dieses Ansatzes ermittelten Risikokennzahlen. Regelmäßige Stresstests mit Haltedauern zwischen zehn Tagen und zwölf Monaten flankieren die tägliche Bankbuch-Risikomessung.

Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch ist auch Bestandteil regulatorischer Anforderungen. Dort wird eine Risikoberechnung auf Basis standardisierter Zinsschocks gefor-

dert. Dabei werden gemäß den Festlegungen der Bankenaufsicht ein Zinsanstieg und eine Zinssenkung um 200 Basispunkte untersucht. Ein derartiger Zinsschock würde für den Helaba-Konzern zum Jahresultimo 2017 im ungünstigen Fall zu einer negativen Wertveränderung im Bankbuch von 277 Mio. € führen (31. Dezember 2016: 261 Mio. €). Dabei entfallen auf die Heimatwährung 258 Mio. € (31. Dezember 2016: 249 Mio. €) und auf Fremdwährungen 19 Mio. € (31. Dezember 2016: 12 Mio. €). Die Untersuchungen eines Zinsschocks führt die Helaba mindestens vierteljährlich durch.

Performance-Messung

Zur Beurteilung des Erfolgs einzelner Organisationseinheiten werden regelmäßig Risk-Return-Vergleiche durchgeführt. Da jedoch die kurzfristige Gewinnerzielung nicht das alleinige Ziel der Handelsstellen ist, werden zur Beurteilung weitere, auch qualitative Faktoren herangezogen.

Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko

Die Sicherung der Liquidität im Sinne der Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsfähigkeit sowie der Vermeidung von Kostenrisiken bei der Beschaffung mittel- und langfristiger Refinanzierungsmittel besitzt für die Helaba höchste Priorität. Entsprechend steht für die Erfassung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken haben sich auch in den vergangenen Jahren im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise

und der daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten bewährt. Die Liquidität der Helaba war auch im Jahr 2017 jederzeit vollumfänglich gewährleistet.

Ein Liquiditätstransferpreissystem stellt sicher, dass alle mit den verschiedenen Geschäftsaktivitäten der Helaba verbundenen Liquiditätskosten (direkte Refinanzierungskosten und Kosten der Liquiditätsreserve) transparent verrechnet werden. Die Steuerung und Überwachung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken werden im Internal Liquidity Adequacy Assessment Process (ILAAP) zusammengeführt und regelmäßig umfassend validiert.

Steuerung und Überwachung

Im Helaba-Konzern existiert ein dezentrales Steuerungs- und Überwachungskonzept für Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken, das heißt, jede Gesellschaft ist selbst für die Sicherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit, für mögliche Kostenrisiken der Refinanzierung und für eine unabhängige Überwachung dieser Risiken verantwortlich. Die Rahmenbedingungen hierfür werden mit der Helaba abgestimmt. Im Rahmen des konzernweiten Risikomanagements berichten die Tochtergesellschaften des engen Konzernkreises regelmäßig ihre Liquiditätsrisiken an die Helaba, so dass eine konzernweit aggregierte Betrachtung möglich ist.

Die Bank unterscheidet bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen und dem strukturellen Liquiditätsmanagement. Die Gesamtverantwortung für die kurzfristige Zahlungsfähigkeit und die strukturelle Liquiditätssteuerung für die Refinanzierung des Kreditneugeschäfts unter Beachtung einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur obliegt dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Die zentrale Steuerung des Liquiditätsabsicherungsbestands sowohl für die Zwecke des aufsichtsrechtlichen Liquiditätspuffers zur Erfüllung der LCR als auch für das Collateral Management erfolgt ebenfalls durch den Bereich Aktiv-/Passivsteuerung.

Der Bereich Risikocontrolling berichtet täglich über die kurzfristige Liquiditätssituation an die relevanten Leitungsfunktionsträger und monatlich im Risikoausschuss über die insgesamt eingegangenen Liquiditätsrisiken. Die Berichterstattung beinhaltet zudem verschiedene Stress-Szenarien wie verstärkte Ziehungen aus Liquiditätslinien, keine Verfügbarkeit von Interbankenliqui-

dität an den Finanzmärkten und die mögliche Auswirkung einer signifikanten Rating-Herabstufung auf die Helaba. Die Stress-Szenarien umfassen sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen. Zudem werden inverse Stresstests durchgeführt. Für extreme Marktsituationen sind Ad-hoc-Berichts- und -Entscheidungsprozesse eingerichtet.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität unterhält die Helaba einen hochliquiden Bestand an Wertpapieren (Liquiditätsabsicherungsbestand), der bei Bedarf zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt werden kann. Die aktuelle Liquiditätssituation wird anhand eines kurzfristigen Liquiditätsstatus gesteuert. In ihm werden täglich die zu erwartenden Liquiditätsanforderungen für die nächsten 250 Handelstage der verfügbaren Liquidität aus dem liquiden Wertpapierbestand gegenübergestellt. Die verfügbare Liquidität wird unter Berücksichtigung von Abschlägen ermittelt, um auch unerwartete Marktentwicklungen einzelner Wertpapiere abdecken zu können. Wertpapiere, die zu Sicherungszwecken verwendet werden (zum Beispiel Repos und Verpfändungen) und damit belegt sind, werden vom freien liquiden Wertpapierbestand abgezogen. Dies betrifft auch Wertpapiere, die als Liquiditätspuffer für die Intraday-Liquiditätssteuerung bevorratet werden. Maßgebliche Währung im Hinblick auf die kurzfristige Liquidität ist für die Helaba in erster Linie der Euro, gefolgt vom US-Dollar.

Die Helaba verfügt über die Zulassung für ein institutseigenes Liquiditätsrisikomess- und -steuerungsverfahren gemäß § 10 der Liquiditätsverordnung (LiqV) durch die BaFin. Damit darf die Helaba anstelle der monatlichen Meldung nach dem LiqV-Standardverfahren ihr eigenes Verfahren zur Ermittlung des kurzfristigen Liquiditätsstatus für die aufsichtsrechtliche Meldung verwenden. Die bankaufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen hat die Helaba 2017 immer voll erfüllt.

Das Konzept des kurzfristigen Liquiditätsstatus ist so gewählt, dass verschiedene Stress-Szenarien abgebildet werden. Dabei wird der kumulierte Liquiditätssaldo (Liquiditätsbedarf) der verfügbaren Liquidität gegenübergestellt. Je nach Szenario erfolgt die Limitierung von fünf Tagen bis hin zu einem Jahr. Die Überwachung der Limite obliegt dem Bereich Risikocontrolling. Die Auslastung des Szenarios mit der größten Relevanz (Zahlungsfähigkeit) beträgt zum Bilanzstichtag aufgrund der sehr guten Liquiditätsausstattung 11 % (31. Dezember 2016: 20 %). Bei Einbeziehung der Frankfurter Sparkasse ergeben sich 16 % (31. Dezember 2016: 24 %). Die durchschnittliche Auslastung liegt im Jahr 2017 bei 9 % (2016: 27 %) und spiegelt die sehr gute Liquiditätssituation wider.

Parallel zum internen Modell steuert die Bank die kurzfristige Liquidität entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben der LCR. Die LCR lag 2017 wie auch 2016 stets über der aufsichtsrechtlich relevanten Mindestgröße. Seit 2017 wird bereits die zukünftig gültige Quote von 100 % vollständig erreicht.

Die operative Gelddisposition zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität erfolgt im Geldhandel über Mittelaufnahmen/-anlagen im Geldmarkt (Interbanken- und Kundengeschäft, Commercial Paper) und Offenmarktgeschäfte beziehungsweise Fazilitäten bei der EZB. Die Intraday-Liquiditätsdisposition erfolgt im Bereich Cash Management.

Außerbilanzielle Kredit- und Liquiditätszusagen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Ziehungspotenzials und liquiditätsrelevanter Besonderheiten untersucht und in das Liquiditätsmanagement integriert. Ebenfalls werden Avale (Bürgschaften und Garantien) untersucht. Die zu bevorratende Liquidität wird mittels einer Szenariorechnung, die insbesondere auch eine Marktstörung unterstellt, kalkuliert und vorab disponiert.

Für die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform waren zum Bilanzstichtag 1,5 Mrd. € an Liquiditätszusagen abgerufen. Das ist eine Reduktion um 0,1 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr. Im US-Public-Finance-Geschäft lag zum Bilanzstichtag (unverändert zum Jahresende 2016) kein Liquiditätsabruf aus Stand-by-Linien vor.

In Kreditverträgen, insbesondere von konsolidierten Immobilienobjektgesellschaften, können Kreditklauseln enthalten sein, die zu Ausschüttungsbeschränkungen bis hin zur Kündigung führen können. Selbst wenn in Einzelfällen eine solche Kündigung drohen sollte, besteht für den Konzern kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

Strukturelles Liquiditätsrisiko und Marktliquiditätsrisiko

Der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung steuert über das Zentrale Dispositionssystem (ZDS) die Liquiditätsrisiken des kommerziellen Bankgeschäfts der Helaba, das im Wesentlichen die Kreditgeschäfte einschließlich der zinsvariablen Rollover-Geschäfte, die Wertpapiere des Liquiditätsabsicherungsbestands sowie die mittel- und langfristige Finanzierung umfasst. Die Steuerung des Refinanzierungsrisikos basiert auf Liquiditätsablaufbilanzen, deren Liquiditätsinkongruenzen limitiert sind. Durch eine Diversifikation der Funding-Quellen vermeidet die Bank entstehende Konzentrationsrisiken in der Liquiditätsbeschaffung. Die Quantifizierung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt innerhalb des MaR-Modells für Marktpreisrisiken. Hier wird unter Variation der Haltedauer monatlich eine Szenariorechnung durchgeführt. Das

skalierte MaR impliziert zum 31. Dezember 2017 analog zum 31. Dezember 2016 kein signifikantes Marktliquiditätsrisiko. Außerdem wird die Marktliquidität anhand der Spanne zwischen Geld- und Briefkurs beobachtet.

Mindestens jährlich legt der Vorstand die Risikotoleranz für das Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko fest. Das umfasst die Limitierung des kurzfristigen und strukturellen Liquiditätsrisikos (Refinanzierungsrisiko), die Liquiditätsbevorratung für außerbilanzielle Liquiditätsrisiken sowie die Festlegung der dazugehörigen Modelle und Annahmen. Für etwaige Liquiditätsengpässe wird für alle Standorte ein umfassender Handlungsplan vorgehalten und getestet.

Operationelles Risiko

Steuerungsgrundsätze

Im Einklang mit den regulatorischen Anforderungen verfügt die Helaba über einen integrierten Ansatz für das Management operationeller Risiken. Mit diesem Ansatz werden operationelle Risiken identifiziert, gesteuert und überwacht.

Die Steuerung und Überwachung operationeller Risiken werden in der Helaba disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Demnach sind die einzelnen Bereiche der Helaba dezentral für das Risikomanagement zuständig. Sie werden dabei durch zentrale Steuerungsbereiche unterstützt. Die Überwachung operationeller Risiken ist zentral im Bereich Risikocontrolling angesiedelt.

Instrumentarium

Die Helaba wendet den Standardansatz für die regulatorische Eigenmittelunterlegung an.

Grundlage der Steuerung und der Überwachung operationeller Risiken ist ein Risikomanagementsystem, in dem Risiken und Schadensfälle strukturiert identifiziert, erfasst und dargestellt werden. Dadurch sind ein systematischer Abgleich zwischen Risiken und Schadensfalldaten und ihre Steuerung auf Basis von Maßnahmen möglich.

Die systematische Klassifizierung operationeller Risiken erfolgt auf Basis des selbst entwickelten Risikomodells der Helaba. Das Risikomodell der Helaba basiert auf den Basler Ereigniskategorien, so dass für die interne Risikobetrachtung vollständig auf die aufsichtsrechtliche Risikosicht abgestellt wird. Die Quantifi-

zierungsmethodik fußt auf einem Modellierungsansatz, der interne und externe Schadensfälle sowie von den Geschäftseinheiten erstellte und vom Bereich Risikocontrolling plausibilisierte Risikoszenarien umfasst.

Technisch unterstützt wird das Management operationeller Risiken durch eine webbasierte Anwendung mit dezentralem Datenzugriff und zentraler Datenbank sowie einer zentralen Anwendung für das Risikoberichtswesen.

Zur Vermeidung oder Begrenzung operationeller Risiken dienen neben Versicherungen, die bestimmte Schadensfälle bis zu vereinbarten Höchstgrenzen abdecken, etablierte Maßnahmen in internen Prozessen und sonstigen Abläufen.

Risikoüberwachung

In der Risikoberichterstattung werden die zuständigen Gremien, der Risikoausschuss, der eingerichtete Steuerungskreis Operationelle Risiken und die dezentral für die Risikosteuerung verantwortlichen Bereiche über die Risikosituation, eingetretene Schadensfälle und daraus abgeleitete Steuerungsmaßnahmen informiert.

Das Risikoprofil der Bank wird im Rahmen einer jährlichen Überprüfung aktualisiert. Zur Erstellung des Konzernrisikoprofils werden die Risikoprofile der Tochterunternehmen ergänzt.

Schadensfälle aus schlagend gewordenen operationellen Risiken werden regelmäßig dezentral durch die Fachbereiche in der Helaba gemeldet. Meldungen der Tochterunternehmen über aufgetretene Schadensfälle erfolgen grundsätzlich quartalsweise und ermöglichen die Darstellung der Schadenssituation im Konzern. Ferner wird für Zwecke der internen Steuerung die Schadensfalldatensammlung um externe Schadensfälle aus dem VöB-Datenkonsortium ergänzt.

Quantifizierung

Die Quantifizierung operationeller Risiken erfolgt für die Helaba, die Frankfurter Sparkasse und die Helaba Invest im Rahmen eines internen Modells auf Basis eines Verlustverteilungsansatzes, in den interne und externe Schadensfälle sowie Risikoszenarien zur Ermittlung des unerwarteten Verlusts (ökonomisches Risikopotenzial) einfließen. Dies beinhaltet auch interne Schadensfälle und Risikoszenarien aus operationellen Risiken, die

ursächlich auf Subrisiko-Kategorien, unter anderem Rechts-, Informationssicherheits- und IT-Risiken, zurückzuführen sind. Die nachfolgende Übersicht enthält das Risikoprofil für die Helaba, die Frankfurter Sparkasse und die Helaba Invest sowie für die übrigen in die Einzelrisikosteuerung eingebundenen Unternehmen des Helaba-Konzerns des Jahres 2017:

Operationelle Risiken – Risikoprofil

Ökonomisches Risikopotenzial – Basisszenario

in Mio. €

	Stichtag 31.12.2017	Stichtag 31.12.2016
	VaR 95,0 %	VaR 95,0 %
Einzelinstitut	60	36
Frankfurter Sparkasse, Helaba Invest und übrige Unternehmen der Einzelrisikosteuerung	31	37
Gesamt	91	73

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus operationellen Risiken für den Konzern ein unerwarteter Verlust (ökonomisches Risikopotenzial) in Höhe von 91 Mio. € (31. Dezember 2016: 73 Mio. €). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Aktualisierung der Risikoszenarien.

zial) in Höhe von 91 Mio. € (31. Dezember 2016: 73 Mio. €). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Aktualisierung der Risikoszenarien.

Dokumentationswesen

Das Dokumentationswesen regelt die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie die internen Kontrollverfahren und Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Im Dokumentationswesen wird der definierte Handlungsrahmen durch Regelungen zu Aktivitäten und Prozessen dargestellt.

Für die Erstellung und laufende Aktualisierung der einzelnen Bestandteile des Dokumentationswesens sind in der Helaba klare Zuständigkeiten definiert. Die für die Aktivitäten und Prozesse verantwortlichen Fachbereiche werden bei der Erstellung und Veröffentlichung der Regelungen durch die Abteilung Bankorganisation unterstützt.

Rechtsrisiko

Die Überwachung des Rechtsrisikos gehört zu den Aufgaben des Bereichs Recht. Im Risikoausschuss der Bank ist er mit beratender Stimme vertreten und berichtet über diejenigen Rechtsrisiken, die als laufende oder drohende Gerichtsverfahren der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften quantifizierbar geworden sind.

Wesentliche Vorhaben werden unter rechtlichen Gesichtspunkten mit dem Bereich Recht abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt der Rechtsbereich Muster und Erläuterungen für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen sind die Juristen des Bereichs Recht einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls beim Bereich Recht.

In seiner begleitenden Rechtsberatung gestaltet der Bereich Recht in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bank

die Verträge, allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie sonstigen rechtlich bedeutsamen Erklärungen. Wo rechtliche Texte von dritter Seite vorgelegt werden, ist der Rechtsbereich in ihre Prüfung und Verhandlung eingebunden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen zum Nachteil der Bank eingetreten oder Fehler unterlaufen sind, wirken die Juristen an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Fehler mit. Sie übernehmen die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuern eine etwaige Prozessführung. Dies gilt insbesondere für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen.

Die Berichterstattung des Bereichs Recht über rechtliche Risiken erfolgt durch Vorstandsvorlagen, die Dokumentation der laufenden und drohenden Gerichtsverfahren sowie durch institutionalisierte Abstimmungen mit anderen Bereichen.

Outsourcing-Risiko

Risiken aus Auslagerungen leiten sich unter anderem aus den für die Geschäftsbereiche geltenden Zielen ab und können in jedem Bereich, der eine Auslagerung vorgenommen hat, auftreten. Darüber hinaus sind mit Auslagerungen operationelle Risiken verbunden. Zur Begrenzung der Risiken findet eine Überwachung und Steuerung der Dienstleister sowie deren Leistungserbringung durch die für die Auslagerungen verantwortlichen Stellen in den jeweiligen Bereichen statt. Die Intensität der Überwachung und

Steuerung orientiert sich dabei am Risikogehalt, der dem zuständigen Dezernenten regelmäßig berichtet wird. Der Bereich Organisation (bis 31. Dezember 2017: Organisation und Informatik) hält als zentrale Stelle ein Verzeichnis der Ein- und Auslagerungen vor und führt im Rahmen einer jährlichen Qualitätssicherung die Veränderungen hinsichtlich bestehender Ein- und Auslagerungen zusammen.

Informationssicherheits- und IT-Risiko

Die in der Helaba definierten Strategien und Regeln der Informationssicherheit sind die Basis für ein angemessenes internes Kontrollverfahren und den sicheren Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Das Niveau sowie die Angemessenheit der Informationssicherheit werden im Rahmen des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) kontinuierlich über-

wacht und angepasst. Zusätzlich werden im Rahmen von Monitoring-Tätigkeiten wesentliche Systeme kontinuierlich überwacht. Auch werden wichtige Prozesse und Verfahren sowie wesentliche Auslagerungen im Rahmen von regelmäßigen Informationssicherheits-Audits überprüft.

Im Rahmen der Anwendungsentwicklung und des IT-Betriebs verbindlich einzuhaltende Informationssicherheits-Richtlinien (IS-Richtlinien) und Sicherheitskonzepte haben zum Ziel, dass Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Maßnahmen zur Risikominimierung definiert und umgesetzt werden. Diese Dokumente werden kontinuierlich weiterentwickelt. Ferner erfolgt ein aktives Management der IT-Risiken. Die IT-Risiken, wie auch die zugehörigen Sicherheitsmaßnahmen und Kontrollen, werden

periodisch und anlassbezogen überprüft, überwacht und gesteuert. Damit sind die drei Aspekte der Informationssicherheit – Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit – in der Bank in angemessener Weise berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Bank zu vermeiden. Darüber hinaus erfolgt für die IS- und IT-Risiken eine regelmäßige Berichterstattung an den Steuerungskreis Operationelle Risiken.

Business Continuity Management

Im Rahmen des Business Continuity Managements haben die Bereiche und Niederlassungen der Helaba für die kritischen Geschäftsprozesse zur Notfallvorsorge Geschäftsfortführungspläne erstellt. Diese Geschäftsfortführungspläne werden regelmäßig aktualisiert, weiterentwickelt und ihre Wirksamkeit mittels Tests und Übungen überprüft. Hierdurch werden sowohl der Wiederanlauf und die Durchführung eines angemessenen Notbetriebs als auch die Rückführung in den Normalbetrieb sichergestellt.

Für die an externe Dienstleister ausgelagerten IT-Dienstleistungen bestehen Vereinbarungen in den jeweiligen Vertragsdokumenten zu präventiven und risikobegrenzenden Maßnahmen. Die dokumentierten Verfahren zur Sicherstellung des Betriebs beziehungsweise der technischen Wiederherstellung der Datenverarbeitung werden regelmäßig gemeinsam mit Fachbereichen der Helaba getestet.

Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Helaba hat, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, das Ziel einer ordnungsmäßigen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Beteiligt am Rechnungslegungsprozess des Helaba-Konzerns sind einzelne Meldestellen, bei denen in sich geschlossene Buchungskreise geführt und lokale (Teil)abschlüsse nach HGB und IFRS erstellt werden. Die Meldestellen der Helaba sind die Bank Inland, die Auslandsniederlassungen, die LBS, die WIBank sowie alle konsolidierten und at Equity bewerteten Gesellschaften oder Teilkonzerne.

Im Bereich Bilanzen und Steuern der Helaba wird aus den Teilabschlüssen der Meldestellen durch Konsolidierung sowohl der Einzelabschluss nach HGB als auch der Konzernabschluss nach IFRS erstellt. Hier werden auch die Abschlussdaten analysiert, aufbereitet und an den Vorstand kommuniziert.

Komponenten des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, sind

- **Kontrollumfeld,**
- **Risikoeinschätzung,**
- **Kontrollen und Abstimmungen,**
- **Überwachung der Kontrollen und Abstimmungen,**
- **Verfahrensdokumentation und**
- **Ergebniskommunikation.**

Das Kontrollumfeld der Helaba im Rechnungslegungsprozess umfasst unter anderem eine sachgerechte Ausstattung der beteiligten Bereiche, insbesondere des Bereichs Bilanzen und Steuern, mit qualifiziertem Personal. Durch eine regelmäßige Kommunikation wird sichergestellt, dass den einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zeitnah und vollständig vorliegen. Trotz aller Kontrollen aufgetretene Fehler werden im Rahmen eines definierten Prozesses angesprochen und korrigiert. Die im Rechnungslegungsprozess genutzte IT-Systemlandschaft unterliegt Strategien und Regeln der IT-Sicherheit, die eine Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) beziehungsweise Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD) gewährleisten.

Bei der Einschätzung von Risiken im Rechnungslegungsprozess stellt die Helaba primär auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines potenziellen Fehlers ab. Daneben spielt auch eine Einschätzung der Auswirkung auf die Abschlussaussagen eine Rolle, sollte das Risiko schlagend werden (Vollständigkeit, Richtigkeit, Ausweis etc.).

Die zahlreichen Kontrollen und Abstimmungen sind darauf ausgelegt, die Risiken im Rechnungslegungsprozess zu minimieren. Neben Kontrollmaßnahmen wie dem Vier-Augen-Prinzip, mit

denen die Richtigkeit manueller Tätigkeiten wie Dateneingaben oder Berechnungen sichergestellt wird, sind umfangreiche IT-unterstützte Kontrollen und Abstimmungen im Einsatz. Damit werden unter anderem Nebenbuch-/Hauptbuchabstimmungen oder HGB-/IFRS-Konsistenzprüfungen durchgeführt. Statistische Auswertungen zu den Abstimmungen sowie Reviews einzelner Validierungsmaßnahmen dienen zur Überwachung der Kontroll- und Abstimmverfahren. Der Bereich interne Revision ist Teil der Kontrollverfahren und führt regelmäßig Prüfungen zur Rechnungslegung durch.

Die Vorgehensweise in der Rechnungslegung ist in mehreren, sich ergänzenden Dokumentationsformen geregelt. In Bilanzierungshandbüchern für HGB und IFRS werden Vorgaben zu den anzuwendenden Methoden der Rechnungslegung gemacht. Auch konzernrechnungslegungsbezogene Vorgaben, die insbesondere von der Konzernmutter und den einbezogenen Teilkonzernen zu beachten sind, sind hier geregelt. Der Regelungsumfang umfasst neben den konzerneinheitlichen Vorschriften zu Ansatz, Bewertung, Ausweis- und Angabepflichten

auch organisatorische Aspekte und den Erstellungsprozess. Von den einzelnen Meldestellen werden in eigener Verantwortung und in abgestufter Detaillierungsgrad Vorgaben zum Vorgehen bei der eigenen Erstellung der Abschlüsse in den einzelnen Prozessen und Teilprozessen gemacht. Bilanzierungshandbücher und Arbeitsanweisungen sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über das Intranet der Bank jederzeit verfügbar.

Die Ergebnisse der Finanzberichterstattung, das heißt die ermittelten Abschlusszahlen, werden im Bereich Bilanzen und Steuern analytischen Prüfungshandlungen unterzogen. Dazu wird die Entwicklung der Zahlen während des Jahres auf Plausibilität geprüft. Darüber hinaus werden die Abschlusszahlen mit Planungen, Erwartungen sowie Hochrechnungen auf Basis des Geschäftsverlaufs abgeglichen. Schließlich werden die Zahlen auf ihre Konsistenz mit anderen, unabhängig im Haus erzeugten Auswertungen geprüft. Hierzu sind für jede Meldestelle und für jede Notes-Angabe auf Konzernebene Verantwortliche und deren Stellvertreter festgelegt. Nach dieser Voranalyse und Validierung werden die Zahlen regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

Steuerrisiken

Die Bank hat im Berichtsjahr ein Tax Compliance Management System (TCMS) eingerichtet. Dieses wurde zum 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt. Das TCMS wurde unter Berücksichtigung von rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Grundsätzen konzipiert und fokussiert auf die Einhaltung steuerlicher Vorschriften und die Vermeidung von Steuerrisiken. Ein wesentlicher Baustein des TCMS ist die Identifikation, Steuerung und Überwachung der steuerlichen Risiken. In den operativen Geschäftsprozessen der Bank sind Aufgaben, Abläufe und Kontrollvorgaben unter Risikoaspekten geordnet.

Die übergeordneten Rahmenbedingungen sind in der Steuerstrategie der Helaba niedergelegt, welche künftig ein Bestandteil der Geschäftsstrategie ist. Zur Einhaltung der Vorgaben aus der Steu-

erstrategie im operativen Geschäftsbetrieb sind alle Bereiche verpflichtet. Die Überwachung der Steuerrisiken im Geschäftsbetrieb der Helaba ist Aufgabe der Abteilung Steuern und erfolgt durch einen zentralen Tax Risk Manager im Zusammenspiel mit Tax-Compliance-Koordinatoren der Fachbereiche.

Die Abteilung Steuern ist zuständig für das steuerliche Anweisungswesen, das auch die übergreifenden Kontrollvorgaben regelt. Die Umsetzung der Kontrollvorgaben und abgeleiteten Verbesserungsmaßnahmen obliegt den Fachbereichen.

Eine regelmäßige Berichterstattung über steuerliche Risiken ist eingerichtet.

Sonstige Risikoarten

Geschäftsrisiko

Die Risikosteuerung der Geschäftsrisiken umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand beschlossenen Risikostrategie und vorgegebenen Limite bewusst einzugehen, zu verringern, zu begrenzen oder zu vermeiden. Die operative und strategische Risikosteuerung wird durch die Marktbereiche der Bank und die Geschäftsführung der jeweiligen Beteiligungen vorgenommen. Der Bereich

Risikocontrolling quantifiziert die Geschäftsrisiken für die Zwecke der Risikotragfähigkeitsrechnung und analysiert deren Entwicklung.

Zum 31. Dezember 2017 sind die Geschäftsrisiken gegenüber dem Jahresende 2016 um 8 Mio. € auf 150 Mio. € zurückgegangen (31. Dezember 2016: 158 Mio. €).

Immobilienrisiko

Die Risikosteuerung der Immobilienprojektierungen und Immobilienbestände wird durch den Bereich Immobilienmanagement gemeinsam mit den gruppenangehörigen Unternehmen übernommen. Die Risikosteuerung umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand beschlossenen Risikostrategie und vorgegebenen Limite bewusst einzugehen, zu verringern, zu begrenzen oder zu vermeiden. Der Bereich Risikocontrolling übernimmt schwerpunktmäßig

die Risikoquantifizierung und die Risikoüberwachung von Immobilienrisiken. Die Risikoquantifizierung ermittelt die notwendigen Kapitalbedarfe zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit.

Die Risiken aus Immobilienprojekten und Immobilienbeständen sind in 2017 bedingt durch Portfoliozuwachs auf 48 Mio.€ (31. Dezember 2016: 31 Mio. €) angestiegen. Die Risiken sind unverändert vollständig durch die erwarteten Erträge aus diesen Geschäften abgedeckt.

Zusammenfassung

Für die Helaba ist das kontrollierte Eingehen von Risiken integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Grundlage hierfür ist ein umfassendes System zur Risikoidentifikation, -quantifizierung, -steuerung und -überwachung. Die verwendeten Methoden und Systeme, die sich bereits auf hohem Niveau befinden und sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen

Anforderungen genügen, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind so ausgestaltet, dass die Umsetzung der festgelegten Risikostrategie gewährleistet ist. Insgesamt verfügt die Helaba über wirksame und erprobte Methoden und Systeme zur Beherrschung der eingegangenen Risiken.

Nichtfinanzielle Erklärung

Die Helaba ist gemäß dem „Gesetz zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten“ (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz) erstmals für das Geschäftsjahr 2017 dazu verpflichtet, eine nichtfinanzielle Erklärung aufzustellen (§ 340a Abs. 1a HGB). Dieser Verpflichtung kommt die Helaba in dieser nichtfinanziellen Erklärung für den Konzern (NfE) gemäß § 340i Abs. 5 HGB nach, in der die wesentlichen Auswirkungen der Geschäftstätigkeit auf die nichtfinanziellen Aspekte Umwelt-, Sozial und Arbeitnehmerbelange, Achtung der Menschenrechte sowie die Bekämpfung von Korruption und Bestechung (§ 289c Abs. 2 HGB) dargestellt werden.

Die dargestellten Konzepte gelten hierbei grundsätzlich für den Konzern. Im Falle von Abweichungen von diesem Grundsatz wird hierauf im Text hingewiesen. Die Frankfurter Sparkasse ist konsolidiert dargestellt; wesentliche Merkmale werden an relevanten Stellen gesondert ausgewiesen.

Geschäftsmodell

Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag prägen neben finanziellen Aspekten auch nichtfinanzielle Aspekte das Selbstverständnis der Helaba. Das Geschäftsmodell ist langfristig orientiert und hat eine regionale Verankerung. Die Helaba ist im gesamten Bundesgebiet sowie in ausgewählten internationalen Märkten aktiv. Ein konservatives Risikoprofil, die starke Verzahnung mit der Realwirtschaft und die Integration in den Sparkassenverbund kennzeichnen diese Ausrichtung. Das Geschäftsmodell der Helaba ist umfassend im Kapitel „Grundlagen des Konzerns“ beschrieben.

Um negative Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft sowie Reputationsrisiken für die Helaba zu minimieren, hat die Helaba in 2014 für den gesamten Konzern geltende Nachhaltigkeitsleit-

Die Helaba nutzt bei der Erstellung der NfE den Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) und die dort verwendeten Indikatoren der Global Reporting Initiative (GRI). Die NfE stellt einen Ausschnitt der DNK-Entsprechenserklärung der Helaba dar. Im Internet berichtet die Helaba umfassend über ihr Nachhaltigkeitsprogramm (nachhaltigkeit.helaba.de). Dort ist auch die Entsprechenserklärung gemäß DNK verfügbar.

Im Geschäftsjahr und zum Berichtszeitpunkt sind unter Berücksichtigung des Risikomanagementprozesses der Helaba (Nettomethode) keine wesentlichen Risiken erkennbar, die sehr wahrscheinlich schwerwiegende negative Auswirkungen auf die oben genannten Aspekte haben beziehungsweise haben werden.

Die Aussagen der NfE wurden einer freiwilligen externen betriebswirtschaftlichen Prüfung nach ISAE 3000 (Revised) mit begrenzter Sicherheit durch den Abschlussprüfer unterzogen. Verweise auf Angaben außerhalb des Lageberichts sind weiterführende Informationen und nicht Bestandteil der NfE oder des Lageberichts.

sätze formuliert, die vom Vorstand beschlossene Verhaltensmaßstäbe für die Bereiche Geschäftstätigkeit, Geschäftsbetrieb, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und gesellschaftliches Engagement enthalten. Damit wird der am Gemeinwohl orientierte öffentliche Auftrag der Helaba, wie er im Staatsvertrag über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen sowie in der öffentlich-rechtlichen Satzung der Helaba verankert ist, konkretisiert.

Des Weiteren hat sich die Helaba im Jahr 2017 zu den zehn Prinzipien des UN Global Compact bekannt. Sie erkennt damit internationale Standards für Umweltschutz, Menschen- und Arbeitnehmerrechte sowie die Bekämpfung von Korruption an.

Auswirkungen der Geschäftstätigkeit auf die Aspekte Umwelt und Soziales

Durch ihre Geschäftstätigkeit als Kreditinstitut, durch die Wohnungsbestände der Tochtergesellschaft GWH im Bereich der Immobilienwirtschaft sowie im Bereich Privatkundengeschäft durch die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse ergeben sich Auswirkungen auf die Aspekte Umwelt und Soziales. Durch ihren Geschäftsbetrieb in Bürogebäuden und der Betriebsökologie sieht die Helaba keine wesentlichen Auswirkungen auf die Um-

welt. So ist beispielsweise der MAIN TOWER, das Hauptgebäude der Helaba, seit 2011 nach den Standards von Leadership in Energy and Environmental Design (LEED) als nachhaltiges Gebäude zertifiziert und seit 2016 nach Energieeffizienzmaßnahmen mit der höchsten Kategorie Platin ausgezeichnet. Betriebliche Umweltindikatoren werden regelmäßig erhoben und auf der Website der Helaba transparent gemacht.

Kreditfinanzierungen

Das Kreditgeschäft stellt das Kerngeschäft der Helaba dar. Grundsätzlich besteht damit das Risiko, dass von der Helaba finanzierte Unternehmen oder Projekte negative Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft verursachen.

Um diese negativen Auswirkungen aus den Finanzierungen zu minimieren, hat die Helaba 2017 Nachhaltigkeitskriterien und Ausschlussbedingungen für die Kreditvergabe entwickelt, die in den bestehenden Risikoprozess und die Risikosteuerung integriert wurden und ab dem Geschäftsjahr 2018 konzernweit gelten.

Entsprechend wurde in der Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiko festgelegt, dass die wesentliche Finanzierung von Vorhaben, die schwere Umweltschäden oder schwere soziale Schäden hervorrufen, ausgeschlossen ist. Dies umfasst insbesondere Menschenrechtsverletzungen, die Zerstörung von Kulturgütern, die Verletzung von Arbeitnehmerrechten und Umweltschädigungen.

Diese übergreifenden Grundsätze der Kreditvergaberichtlinien werden durch sektorspezifische Leitlinien ergänzt, die für Sektoren mit erhöhtem Risiko gelten. Spezifische Kriterien wurden für die Sektoren Energiewirtschaft, Kohlekraftwerke, Staudämme und Wasserkraftwerke, Atomkraftwerke, Bergbau, Öl- und Gas-

förderung, Land- und Forstwirtschaft, Zellstoff- und Papierindustrie sowie für den Rüstungssektor verabschiedet. So hat die Helaba entschieden, das derzeitige Engagement im Bereich Kohlekraftwerke und Kraftwerkskohle schrittweise zurückzufahren. Gleichzeitig erhöht sie durch gezielte Finanzierung von energieeffizienten und umweltfreundlichen Technologien sowie erneuerbaren Energien ihren positiven Einfluss auf die Energiewende. Die sektorspezifischen Leitlinien werden auf der Website der Helaba ausgewiesen und sind somit auch für die Marktteilnehmer einsehbar.

Die Risikostrategien der Helaba werden jährlich überprüft und Anpassungen oder Ausweitungen von Nachhaltigkeitskriterien bei Bedarf eingeführt. Die Steuerung des Adressenausfallrisikos ist in das bankweite Risikomanagement integriert. Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie, die nach Maßgabe der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) verbindlich festgelegt wurde. Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig (siehe Risikobericht).

Versorgung mit Finanzdienstleistungen

Im Helaba-Konzern werden Privatkunden primär durch die Frankfurter Sparkasse betreut. Gemäß ihrer Satzung hat die Frankfurter Sparkasse die Aufgabe, das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs zu dienen. Als regionaler Marktführer im Privatkundengeschäft hat sie einen wesentlichen Einfluss auf die Versorgung mit Finanzdienstleistungen in ihrem Geschäftsgebiet. Durch ihre breite Präsenz mit 77 Filialen und Beratungszentren sowie über 20 Selbstbedienungsstellen und über 120 Geldautomaten nimmt die Frankfurter Sparkasse Verantwortung für den Zugang zu Finanzdienstleistungen wahr und wird ihrem öffentlichen Auftrag gerecht.

Die Frankfurter Sparkasse begreift finanzielle Inklusion als wesentliche Komponente ihres öffentlichen Auftrags. Um allen Bevölkerungsgruppen, insbesondere sozial benachteiligten und wirtschaftlich schwachen Kundengruppen, Zugang zu Bankdienstleistungen zu gewährleisten, bietet die Frankfurter Sparkasse Basiskonten in mehreren Varianten an. Zum 31. Dezember 2017 werden 1.033 Basiskonten geführt. Blinden und sehbehinderten Menschen erleichtert die Frankfurter Sparkasse den Zugang zu ihren Services, indem die stationären Filialen jeweils über mindestens einen Bargeldautomaten mit einem Kopfhöreranschluss verfügen. Auch die Internetfiliale ist seit Ende 2016 vollständig barrierefrei.

Als Retail-Anbieter verfolgt die Frankfurter Sparkasse eine konsequent am Kunden orientierte Geschäftspolitik. Regelmäßige Schulungen zur Vertriebsphilosophie der Sparkassen-Finanzgruppe sowie zur Umsetzung von Richtlinien und Gesetzen mit Verbraucherorientierung und gezielte Anreize sind die Basis dieser Geschäftspolitik. Um eine hohe Beratungsqualität zu gewährleisten, werden zum Beispiel Kundenberater der Frankfurter

Sparkasse zu 50 % an qualitativen Zielen gemessen. Ergänzend wird die Kundenzufriedenheit im Rahmen des Sparkassen-Verbundkonzepts in Hessen-Thüringen regelmäßig gemessen und wird in den Verbundgremien darüber berichtet. Innerhalb der Verbundstrategie werden aus den Ergebnissen Zielvorgaben abgeleitet.

Immobilienwirtschaft

Die GWH Immobilien Holding GmbH übt mit ihren rund 50.000 vermieteten und verwalteten Wohnungen im Bereich der Immobilienwirtschaft einen bedeutenden Einfluss auf Umwelt und Gesellschaft aus. Sie verfolgt damit das Ziel, für breite Bevölkerungsschichten hochwertigen und bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen und die negativen Auswirkungen von Immobilien auf die Umwelt zu senken. Insbesondere in den Ballungszentren des Rhein-Main-Gebiets und der Rhein-Neckar-Region besteht das Risiko von Wohnungsmangel. Durch gezielte Investitionen, Neubauprojekte und Anlaufstellen vor Ort ist die GWH bemüht, hochwertigen Wohnraum zu schaffen und ein nachhaltiges Verhältnis zu ihren Mietern zu erhalten.

Aus ökologischer Perspektive hat die GWH Prozesse zur fortlaufenden Optimierung der Energie- und CO₂-Bilanz ihrer Wohngebäude implementiert. Sie investiert zum Beispiel kontinuierlich in Dämmung und Fenstererneuerung der Bestandswohnungen und versorgt mit dem eigenen Energiedienstleister Systemo GmbH einen steigenden Anteil ihrer Wohnungen mit Heizenergie aus energieeffizienter Kraft-Wärme-Kopplung und regenerativen Quellen. Den Erfolg der Maßnahmen kontrolliert sie regelmäßig durch Messungen der dadurch erzielten Einsparungen von CO₂-Emissionen. In 2016 konnte der Gesamtenergieverbrauch

von 498.577 MWh durch Wärmedämmmaßnahmen und Heizungsmodernisierungen um rund 1,4 % gesenkt werden, wodurch 1.374 Tonnen CO₂ eingespart wurden.

Neben den ökologischen Auswirkungen sind auch die sozialen Aspekte der vermieteten und verwalteten Wohnungen von Bedeutung für Mieter und Gesellschaft. Die GWH engagiert sich unter anderem in Großsiedlungen mit besonderem soziokulturellem Profil. Ein Viertel der Wohnungen der GWH gehört zum mietpreisgebundenen (sozial geförderten) Wohnungsbestand, ein Fünftel der Wohnungen befindet sich in Vierteln mit sozialem Quartiersmanagement. Ziel des sozialen Quartiersmanagements ist es, mit zahlreichen Maßnahmen die Lebens- und Wohnqualität der Bewohner zu verbessern und für sozialen Ausgleich zu sorgen. So stellt die GWH beispielsweise Räumlichkeiten für gesellschaftliche Zwecke wie für die Hausaufgaben- und Jugendbetreuung sowie für Begegnungszentren bereit. In Wohnsiedlungen schafft die GWH soziale Anlaufstellen oder engagiert Sozialarbeiter als Ansprechpartner. Die Nachfrage nach Wohnraum bedient die GWH mit einem kontinuierlichen Neubau von Wohnungen. So wurden in 2017 275 Mietwohnungen und 83 Eigentumswohnungen beziehungsweise Eigenheime fertiggestellt.

Bekämpfung von Korruption und Bestechung

Die konsequente Einhaltung von Vorschriften und Gesetzen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene gehört zum Grundverständnis der Helaba. Das Risiko, dass rechtliche Bestimmungen verletzt werden, wird als Rechtsrisiko angesehen und im Rahmen des operationellen Risikos gesteuert (siehe Risikobericht).

Für die Helaba ist in diesem Kontext aufgrund der Natur des Bankgeschäfts die Verhinderung von wirtschaftskriminellem Handeln durch das präventiv ausgerichtete Compliance Management (zum Beispiel Betrug, Korruption und Bestechung) von zentraler Bedeutung. Sie hat unter anderem die unabhängigen und unmittelbar dem Vorstand unterstellten Funktionen der Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung einge-

richtet. Diese entwickelt als zentrale Stelle im Sinne des § 25h KWG interne Grundsätze sowie angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Das Compliance Management der Frankfurter Sparkasse ist in diesen Prozess eng eingebunden und erfüllt die konzernweiten Vorgaben.

Mit dem Beitritt zum UN Global Compact in 2017 bekräftigt die Helaba, dass sie gegen alle Arten der Korruption, einschließlich Erpressung und Bestechung, eintritt.

Jede Form von Bestechung und Bestechlichkeit ist in der Helaba verboten. Dies ist im Verhaltenskodex ausgeführt, der als übergeordnete Leitlinie und Orientierungsrahmen für alle Beschäftigten fungiert. Im Anweisungswesen sind verbindliche Regelungen unter anderem für den Umgang mit Zuwendungen sowie zur Aufklärung von Verdachtsmomenten von wirtschaftskriminellen Handlungen niedergelegt. Darüber hinaus stellt die Betriebsordnung der Helaba zum Umgang mit Geschenken sicher, dass geschäftliche Entscheidungen objektiv, transparent und auf Basis nachvollziehbarer Sachargumente getroffen werden. Die Betriebsordnung soll Hilfestellungen geben, Genehmigungspflichten normieren und einen transparenten Umgang gewähr-

leisten. Im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Vorgaben finden regelmäßig Schulungsveranstaltungen statt, zu deren Teilnahme alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verpflichtet sind.

Das Hinweisgebersystem (Whistleblowing-System) ermöglicht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mögliche unrechtmäßige Vorgänge zu melden. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können sich unter Wahrung der Vertraulichkeit ihrer Identität oder anonym an eine externe Ombudsperson wenden. In der Frankfurter Sparkasse ist ein eigenes System etabliert. Der Helaba sind in 2017 keine Korruptionsverfahren bekannt gegeben worden.

Arbeitnehmerbelange

Das Wissen und die Erfahrungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind für die Helaba als Kreditinstitut im Finanzdienstleistungssektor von wesentlicher Bedeutung für den langfristigen Erfolg. 95 % der rund 6.100 Beschäftigten des Helaba-Konzerns arbeiten in Deutschland. Entsprechende Vorschriften zu Arbeitsrecht und Arbeitsschutz finden Anwendung und werden durch fest etablierte Prozesse sichergestellt.

Wie im Hessischen Personalvertretungsgesetz vorgesehen, vertritt der Personalrat die Interessen der Beschäftigten und überwacht die Einhaltung der Vorschriften zu deren Schutz. Als Vertretungsorgan ist er der erste Ansprechpartner der Geschäftsleitung in allen Arbeitnehmerbelangen. Der Gesamtpersonalrat der Helaba wird ergänzt durch Personalvertretungen an einzelnen Standorten und bei der Frankfurter Sparkasse sowie durch die Jugendauszubildenden- und die Schwerbehindertenvertretung. Die Beteili-

gung des Personalrats in der Helaba erfolgt durch Mitbestimmung, Mitwirkung und Anhörung vor allem im organisatorischen, personellen und sozialen Bereich.

In der Vergütungsstrategie und den Vergütungsgrundsätzen hat die Helaba den Zusammenhang zwischen Geschäftsstrategie, Risikostrategie und der Vergütung festgelegt. Für rund 62 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Helaba-Konzerns ist die Vergütung tariflich geregelt, davon für über 80 % nach dem Tarifvertrag für öffentliche Banken. 96,7 % der Beschäftigten haben einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Die Vergütungssysteme für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und den Vorstand von Helaba und Frankfurter Sparkasse erfüllen die Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung und werden in Form eines eigenständigen Berichts (Vergütungsbericht gemäß § 16 Institutsvergütungsverordnung) jährlich auf der Website der Helaba veröffentlicht.

Arbeitgebermarke und Mitarbeiterbindung

Als Anbieter von spezialisierten Finanzdienstleistungen verfolgt die Helaba das Ziel, stets geeignete und hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen und langfristig an die Helaba zu binden. Der demografische Wandel stellt die Helaba vor die Herausforderung, potenzialstarke Nachwuchskräfte zu gewinnen und zu binden. Darüber hinaus stellen die anhaltenden regulatorischen Entwicklungen im Bankenumfeld sowie die fortschreitende Digitalisierung die Helaba vor veränderte Anforderungen, um vor allem für eine junge Zielgruppe von Arbeitnehmern attraktiv zu bleiben und auf sich verändernde beziehungsweise neue Kompetenzanforderungen zu reagieren.

Kompetenzanforderungen an einen Stelleninhaber werden über Anforderungsprofile definiert. Die vor diesem Hintergrund zu erbringenden Zielsetzungen und auch Leistungsbewertungen

sind Teil des jährlichen Mitarbeitergesprächs zwischen Führungskraft und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Mitarbeitergespräch ist ein zentrales Führungsinstrument und Kernelement der Personalentwicklung, um Wertschätzung für die geleistete Arbeit auszudrücken und Hilfestellung bei Veränderungsbedarf anzubieten. Führungskräfte sollen über die Vereinbarung von Zielen ein möglichst hohes Maß an Transparenz über Aufgaben und Leistungserwartungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herstellen und das vertrauensvolle Miteinander fördern.

Um die Attraktivität als Arbeitgeber langfristig zu stärken, hat die Helaba als erste Maßnahme im Verlauf des Jahres 2016 eine bankweite Mitarbeiterbefragung durchgeführt, an der rund 83 % der Beschäftigten teilgenommen haben. Die Ergebnisse mündeten

2017 in einen unternehmenskulturellen Transformationsprozess unter dem Titel „move Helaba“. Als Teil des Transformationsprozesses wurden Mitarbeiterworkshops zu den Themen Wertschätzung und Führung, Kommunikations- und Diskussionskultur, Zusammenarbeit und Prozesse sowie Kundenorientierung/Leistungsfähigkeit durchgeführt. Dieser Prozess wird auch in 2018 fortgesetzt.

Die Frankfurter Sparkasse führte in 2016 ebenfalls eine Mitarbeiterbefragung durch. Anhand der Ergebnisse wurden in mehrstufigen Workshops unter Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Verbesserungsvorschläge für die interne Zusammenarbeit entworfen und im Austausch mit Führungskräften in 2017 weiterentwickelt. Die Ergebnisse des Prozesses und die daraus abgeleiteten Erkenntnisse flossen in die anschließende Trainingsreihe „Führungstriathlon“ sowie die Vortragsreihe „FührungsImpulz“ ein.

Ein betriebliches Angebot zur Aus- und Weiterbildung gewährleistet die Beschäftigungsfähigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bis ins Rentenalter und erhöht die Arbeitgeberattraktivität. Die Helaba investierte deshalb in 2017 wie auch im Vorjahr 5 Mio. € gezielt in die Qualifizierung der Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeiter. Das bedarfsgerecht aufgestellte Angebot an Seminaren zur fachlichen, persönlichen, sozialen und methodischen Entwicklung hilft Führungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der alltäglichen Arbeit. Ergänzt wird dieses Angebot durch Fremdsprachentrainings, themenspezifische Angebote externer Seminaranbieter sowie betriebswirtschaftliche Studiengänge. Durch ein eigenständiges Traineeprogramm sollen junge Nachwuchskräfte gewonnen werden. In einem 18-monatigen Programm werden die Grundlagen für die spätere Entwicklung als Spezialisten oder Führungskräfte innerhalb einer vorab definierten Wertschöpfungskette gelegt.

Die Helaba legt besonderen Wert auf die stärkere Förderung von Frauen sowie auf die Entwicklung altersdifferenzierter Personalinstrumente. Um die Potenziale aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszuschöpfen und langfristige Perspektiven im Konzern zu eröffnen, sind die Frauenförderung und altersdifferenzierte Personalinstrumente von zentraler Bedeutung. Ein Arbeitskreis „Diversity“ mit Vertretern des Personalrats und des Bereichs Personal wird Konzepte der Frauenförderung und einer stärker lebenszyklusorientierten Personalarbeit diskutieren und auf den Weg bringen. Operativ wurden bereits gute Erfahrungen mit einem Cross-Mentoring-Programm gemacht.

Kennzahlen für Vielfalt der Beschäftigten der Helaba

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Deutschland und Schweiz (Personen)	5.921	5.897	5.961
Anteil Frauen	47,8 %	47,5 %	47,6 %
Anteil weiblicher Führungskräfte	22,0 %	19,6 %	17,7 %
Anteil weiblicher Vorstandsmitglieder (Helaba-Einzelinstitut)	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Anteil weiblicher Verwaltungsratsmitglieder (Helaba-Einzelinstitut)	22,2 %	22,2 %	22,2 %
Anteil Alter > 50	42,3 %	39,5 %	39,3 %
Anteil Alter 30–50	50,3 %	52,3 %	52,9 %
Anteil Alter < 30	7,4 %	8,2 %	7,8 %
Anteil Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Behinderung	5,6 %	5,8 %	6,1 %

Das betriebliche Gesundheitsmanagement der Helaba hat neben der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben zum Arbeitsschutz den Fokus auf der Gesundheitsförderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Rahmen von Veranstaltungen, Vorträgen und Seminaren können sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rund um die Themen Ernährung, Bewegung, Risikoversorge und mentale

Balance/Entspannung regelmäßig informieren und Angebote wahrnehmen. Für die körperliche Fitness steht das Betriebssportprogramm mit zahlreichen Angeboten zur Verfügung. Neben der körperlichen ist auch die psychische Gesundheit von zentraler Bedeutung. Mit dem Sozialservice (beziehungsweise Sozialreferat bei der Frankfurter Sparkasse) steht allen Mitarbei-

terinnen und Mitarbeitern, die sich in schwierigen Berufs- oder Lebenssituationen befinden, eine kompetente Beratungsstelle zur Verfügung.

Insgesamt weisen eine geringe Fluktuationsrate von 2,0% (durch den Arbeitnehmer veranlasst), die Dauer der durchschnittlichen

Betriebszugehörigkeit von 15,3 Jahren und ein niedriger Krankenstand von 4,3% (krankheitsbedingter Ausfall mit ärztlichem Attest) auf eine hohe Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hin.

Achtung der Menschenrechte

Für die Helaba gelten die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) national und international als übergreifende Prinzipien für alle Geschäftsaktivitäten. Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag sieht die Helaba keine wesentlichen Auswirkungen auf den Aspekt Menschenrechte und betrachtet daher diesen Aspekt als nicht berichtspflichtig. Aus Sicht der Helaba entstehen weder aus dem Geschäftsmodell noch aus den Produkten wesentliche Risiken für die Wahrung der Menschenrechte.

Um dennoch insbesondere mögliche indirekte Auswirkungen der Geschäftstätigkeit auf Menschenrechte in Form von Kreditfinanzierungen zu minimieren, wurden entsprechende Kriterien in den Kreditvergabeprozess aufgenommen (siehe Kreditfinanzie-

rungen). Ihren Anspruch zum Schutz der Menschenrechte hat die Helaba in 2017 außerdem durch den Beitritt zum UN Global Compact bekräftigt, dessen zehn Prinzipien unter anderem auch den Schutz von Menschenrechten umfassen.

In Bezug auf die Lieferkette der Helaba bestehen ebenfalls keine wesentlichen Auswirkungen auf Menschenrechte. Um dennoch mögliche Auswirkungen zu minimieren, achtet die Helaba bei der Auswahl von Lieferanten darauf, dass diese sich zur Achtung der Menschenrechte bekennen. Bei der Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen (Outsourcing) verfolgt die Helaba einen risikobasierten Ansatz. Die Risiken werden unter anderem dadurch reduziert, dass die Helaba nur an Anbieter auslagert, die eine nachhaltige Geschäftspolitik anhand verbindlicher Verhaltenskodizes und Selbstverpflichtungen betreiben.

Konzernabschluss

- 96 Gewinn- und Verlustrechnung
- 97 Gesamtergebnisrechnung
- 98 Bilanz
- 100 Eigenkapitalveränderungsrechnung
- 101 Kapitalflussrechnung
- 104 Anhang (Notes)
- 230 Versicherung der gesetzlichen Vertreter
- 231 Country by Country Reporting nach § 26a KWG
- 235 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

In diesem Jahr ist der Konzernabschluss des Geschäftsberichts 2017 auch als Online-Version verfügbar.

onlineberichte.helaba.de/geschaeftsbericht-2017

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	Notes	2017	2016	Veränderung	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Zinserträge		3.727	4.022	-295	-7,3
Zinsaufwendungen		-2.633	-2.791	158	5,7
Zinsüberschuss	(4), (24)	1.094	1.231	-137	-11,1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(14), (25)	56	-154	210	> 100,0
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		1.150	1.077	73	6,8
Provisionserträge		494	538	-44	-8,2
Provisionsaufwendungen		-140	-198	58	29,3
Provisionsüberschuss	(26)	354	340	14	4,1
Handelsergebnis	(4), (27)	268	146	122	83,6
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option	(4), (8), (28)	-118	51	-169	> -100,0
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	(8), (29)	-9	-5	-4	-80,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	(4), (30)	16	45	-29	-64,4
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	(2), (31)	19	8	11	> 100,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(15), (32)	79	119	-40	-33,6
Verwaltungsaufwand	(33)	-1.312	-1.232	-80	-6,5
Ergebnis vor Steuern		447	549	-102	-18,6
Ertragsteuern	(22), (34)	-191	-209	18	8,6
Konzernjahresergebnis		256	340	-84	-24,7
Davon: konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis		-6	-5	-1	-20,0
Davon: den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Ergebnis		262	345	-83	-24,1

Gesamtergebnisrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	Notes	2017	2016	Veränderung	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Konzernjahresergebnis gemäß Gewinn- und Verlustrechnung		256	340	-84	-24,7
Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:					
Neubewertungen der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	(54)	116	-168	284	> 100,0
Ertragsteuern auf nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umzugliedernde Posten	(34)	-34	48	-82	> -100,0
Zwischensumme		82	-120	202	> 100,0
Posten, die anschließend in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:					
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten					
Bewertungsgewinne (+)/-verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten		-43	79	-122	> -100,0
Bei Abgang oder Wertminderung in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste (+)		-23	-16	-7	-43,8
Veränderung aus der Währungsumrechnung					
Gewinne (+)/Verluste (-) aus der Währungsumrechnung ausländischer Geschäftsbetriebe		-20	7	-27	> -100,0
Ertragsteuern auf in die Gewinn- und Verlustrechnung umzugliedernde Posten	(34)	23	-14	37	> 100,0
Zwischensumme		-63	56	-119	> -100,0
Sonstiges Ergebnis nach Steuern		19	-64	83	> 100,0
Gesamtergebnis der Berichtsperiode		275	276	-1	-0,4
Davon: den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Ergebnis		275	276	-1	-0,4

Bilanz

zum 31. Dezember 2017

Aktiva

	Notes	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Barreserve	(36)	9.913	3.096	6.817	>100,0
Forderungen an Kreditinstitute	(4), (37)	11.034	15.235	-4.201	-27,6
Forderungen an Kunden	(4), (38)	90.230	93.078	-2.848	-3,1
Wertberichtigungen auf Forderungen	(14), (39)	-401	-772	371	48,1
Handelsaktiva	(4), (40)	16.319	20.498	-4.179	-20,4
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	(4), (8), (41)	2.924	4.024	-1.100	-27,3
Finanzanlagen	(4), (42)	24.019	25.771	-1.752	-6,8
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	(2), (43)	45	25	20	80,0
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(15), (44)	2.239	2.163	76	3,5
Sachanlagen	(16), (45)	427	435	-8	-1,8
Immaterielle Vermögenswerte	(17), (46)	66	113	-47	-41,6
Ertragsteueransprüche	(22), (47)	483	522	-39	-7,5
Sonstige Aktiva	(19), (48)	1.051	976	75	7,7
Summe Aktiva		158.349	165.164	-6.815	-4,1

Passiva

	Notes	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(4), (49)	31.514	30.138	1.376	4,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(4), (50)	49.521	46.824	2.697	5,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	(4), (51)	48.155	50.948	-2.793	-5,5
Handelspassiva	(4), (52)	12.289	18.713	-6.424	-34,3
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	(4), (8), (53)	2.281	3.918	-1.637	-41,8
Rückstellungen	(20), (21), (54)	2.129	2.319	-190	-8,2
Ertragsteuerverpflichtungen	(22), (55)	268	184	84	45,7
Sonstige Passiva	(19), (56)	648	647	1	0,2
Nachrangkapital	(23), (57)	3.510	3.623	-113	-3,1
Eigenkapital	(58)	8.034	7.850	184	2,3
Gezeichnetes Kapital		2.509	2.509	-	-
Kapitalrücklage		1.546	1.546	-	-
Gewinnrücklagen		3.775	3.521	254	7,2
Neubewertungsrücklage		197	246	-49	-19,9
Rücklage aus der Währungsumrechnung		10	30	-20	-66,7
Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital		-3	-2	-1	-50,0
Summe Passiva		158.349	165.164	-6.815	-4,1

Eigenkapitalveränderungsrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

in Mio. €

	Den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Eigenkapital					Zwischensumme	Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital	Summe Eigenkapital
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Neubewertungsrücklage	Rücklage aus der Währungsumrechnung			
Eigenkapital zum 1.1.2016	2.509	1.546	3.398	202	23	7.678	-2	7.676
Veränderungen im Konsolidierungskreis			2			2	-	2
Dividendenzahlung			-104			-104	-	-104
Gesamtergebnis der Berichtsperiode			225	44	7	276	-	276
Eigenkapital zum 1.1.2017	2.509	1.546	3.521	246	30	7.852	-2	7.850
Veränderungen im Konsolidierungskreis			-			-	-1	-1
Dividendenzahlung			-90			-90	-	-90
Gesamtergebnis der Berichtsperiode			344	-49	-20	275	-	275
Eigenkapital zum 31.12.2017	2.509	1.546	3.775	197	10	8.037	-3	8.034

Kapitalflussrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

in Mio. €

	2017	2016
Jahresüberschuss	256	340
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen und Anlagevermögen	346	240
Zuführung/Auflösung von Rückstellungen	224	245
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-399	35
Ergebnis aus der Veräußerung von Anlagevermögen	-55	-38
Sonstige Anpassungen	-906	-1.097
Zwischensumme	-534	-275
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:		
Forderungen an Kreditinstitute	4.203	1.898
Forderungen an Kunden	2.802	110
Handelsaktiva/-passiva	-2.295	1.833
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-1.053	-570
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.373	-5.819
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.649	-881
Verbriefte Verbindlichkeiten	-1.834	4.016
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-292	-182
Erhaltene Zinsen und Dividenden	3.702	4.045
Gezahlte Zinsen	-1.712	-3.005
Ertragsteuerzahlungen	-82	-201
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	5.927	969
Einzahlungen aus der Veräußerung von:		
Finanzanlagen	6.165	7.324
Sachanlagevermögen	26	-
Als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	60	44
Auszahlungen für den Erwerb von:		
Finanzanlagen	-4.972	-6.364
Sachanlagevermögen	-40	-12
Als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	-146	-277
Immateriellen Vermögenswerten	-66	-19
Effekte aus Veränderungen des Konsolidierungskreises:		
Auszahlungen aus dem Erwerb von Tochter- und assoziierten Unternehmen	-	6
Einzahlungen aus dem Verkauf von Tochter- und assoziierten Unternehmen	19	-
Cashflow aus Investitionstätigkeit	1.046	702
Dividendenzahlungen	-90	-104
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Nachrangkapital)	-110	-406
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-200	-510

in Mio. €

	2017	2016
Zahlungsmittelbestand zum 1.1.	3.096	1.909
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	5.927	969
Cashflow aus Investitionstätigkeit	1.046	702
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-200	-510
Effekte aus Wechselkursänderungen, Bewertungsänderungen und Änderungen des Konsolidierungskreises	44	26
Zahlungsmittelbestand zum 31.12.	9.913	3.096
Davon:		
Kassenbestand	89	105
Guthaben bei Zentralnotenbanken	9.824	2.991

Die Kapitalflussrechnung zeigt Zusammensetzung und Veränderungen des Zahlungsmittelbestands des Geschäftsjahres. Die Veränderung des Zahlungsmittelbestands ergibt sich aus der operativen Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit.

Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit umfasst Zahlungsvorgänge (Zu- und Abflüsse) aus Forderungen, Verbindlichkeiten, Handelsaktiva/-passiva und anderen Aktiva beziehungsweise Passiva. Die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen werden separat ausgewiesen. Die sonstigen Anpassungen umfassen den Zinsüberschuss und den Steueraufwand vom Einkommen und Ertrag ohne latente Steuern.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt Zahlungsvorgänge für Finanzanlagen, Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und immaterielle Vermögenswerte sowie Ein- und Auszahlungen für den Verkauf beziehungsweise Erwerb von Tochter- und assoziierten Unternehmen. Weitere Angaben zu den konsolidierten erworbenen oder verkauften Unternehmen sind der Anhangangabe (3) zu entnehmen.

Als Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen für Nachrangkapital ausgewiesen. Die im Geschäftsjahr ausgeschütteten Dividenden und die Bedienung der im Eigenkapital ausgewiesenen stillen Einlagen werden ebenfalls hier gezeigt. Zu zahlungswirksamen und zahlungsunwirksamen Veränderungen des Cashflows aus Finanzierungstätigkeit verweisen wir auf die Entwicklung des Nachrangkapitals in Anhangangabe (57).

Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve, die sich aus Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

Anhang (Notes)

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

106	(1) Allgemeine Angaben	123	(13) Währungsumrechnung
110	(2) Konsolidierungsgrundsätze	123	(14) Risikovorsorge im Kreditgeschäft
112	(3) Konsolidierungskreis	124	(15) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien
114	(4) Finanzinstrumente	126	(16) Sachanlagen
117	(5) Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten	126	(17) Immaterielle Vermögenswerte
119	(6) Hierarchie der Bewertungslevel	127	(18) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen
120	(7) Bilanzielle Verrechnung von Vermögenswerten und Verpflichtungen	127	(19) Sonstige Aktiva und sonstige Passiva
120	(8) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen	127	(20) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
121	(9) Strukturierte Produkte	128	(21) Andere Rückstellungen
121	(10) Finanzgarantien	129	(22) Ertragsteuern
122	(11) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe	129	(23) Nachrangkapital
122	(12) Bilanzierung von Leasingverhältnissen		

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

130	(24) Zinsüberschuss	133	(29) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen
131	(25) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	133	(30) Ergebnis aus Finanzanlagen
131	(26) Provisionsüberschuss	134	(31) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen
132	(27) Handelsergebnis	134	(32) Sonstiges betriebliches Ergebnis
132	(28) Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option	136	(33) Verwaltungsaufwand
		137	(34) Ertragsteuern
		139	(35) Segmentberichterstattung

Erläuterungen zur Bilanz

143	(36) Barreserve	148	(42) Finanzanlagen
143	(37) Forderungen an Kreditinstitute	150	(43) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen
144	(38) Forderungen an Kunden	151	(44) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien
145	(39) Risikovorsorge	153	(45) Sachanlagen
147	(40) Handelsaktiva	154	(46) Immaterielle Vermögenswerte
147	(41) Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	156	(47) Ertragsteueransprüche
		157	(48) Sonstige Aktiva

158	(49) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	161	(54) Rückstellungen
159	(50) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	171	(55) Ertragsteuerverpflichtungen
160	(51) Verbriefte Verbindlichkeiten	172	(56) Sonstige Passiva
160	(52) Handelspassiva	172	(57) Nachrangkapital
161	(53) Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	173	(58) Eigenkapital

Angaben zu Finanzinstrumenten

175	(59) Sicherheitsleistungen	180	(66) Derivative Geschäfte
176	(60) Übertragung finanzieller Vermögenswerte ohne Ausbuchung	183	(67) Buchwerte und Ergebnisse nach Bewertungskategorien
176	(61) Übertragung finanzieller Vermögenswerte mit Ausbuchung	186	(68) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten
177	(62) Angaben zur bilanziellen Aufrechnung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten	191	(69) Umkategorisierung finanzieller Vermögenswerte
178	(63) Nachrangige Vermögenswerte	192	(70) Angaben zu Finanzinstrumenten der Fair Value-Option
179	(64) Fremdwährungsvolumina	194	(71) Angaben zur Emissionstätigkeit
179	(65) Restlaufzeitengliederung	194	(72) Angaben zum Risikomanagement
		195	(73) Kreditrisiken aus Finanzinstrumenten

Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen

198	(74) Eventualverpflichtungen und andere nicht bilanzierte Verpflichtungen	199	(75) Patronatserklärungen
		200	(76) Treuhandgeschäfte

Sonstige Angaben

201	(77) Angaben zum Leasinggeschäft	211	(83) Angaben zu Arbeitnehmern
202	(78) Angaben zum Eigenkapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennzahlen	212	(84) Mitglieder des Verwaltungsrats
203	(79) Berichterstattung zu Geschäftsbeziehungen zu strukturierten Unternehmen	213	(85) Mitglieder des Vorstands
206	(80) Maßgebliche Beschränkungen bei Vermögenswerten oder dem Transfer von Finanzmitteln	214	(86) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien
207	(81) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen	215	(87) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
211	(82) Honorare des Abschlussprüfers	216	(88) Anteilsbesitz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale gemäß § 315a i. V. m. § 313 Abs. 2 HGB

Anhang (Notes)

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Allgemeine Angaben

Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Der Konzernabschluss der Helaba zum 31. Dezember 2017 wurde gemäß § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rats vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlicht und durch die Europäische Union (EU) in europäisches Recht übernommen wurden, aufgestellt.

Der Konzernabschluss umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung, die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung und den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung erfolgt innerhalb des Anhangs. Der Lagebericht des Konzerns gemäß § 315 HGB

enthält einen separaten Bericht über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Chancen- und Risikobericht), in dem auch das Risikomanagement erläutert wird.

Die Berichtswährung des Konzernabschlusses ist Euro (€). Die Beträge sind in der Regel auf volle Mio. € gerundet.

Die zum 31. Dezember 2017 gültigen Standards und Interpretationen wurden vollumfänglich angewendet. Zusätzlich sind die nach § 315a HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften berücksichtigt.

Im Geschäftsjahr 2017 waren keine Standards und Interpretationen, die von der EU übernommen und für die Helaba wesentlich sind, erstmals verpflichtend anzuwenden.

Neue Rechnungslegungsvorschriften für zukünftige Geschäftsjahre

■ IFRS 9 „Finanzinstrumente“

Das International Accounting Standards Board (IASB) hat sein Projekt zur Ablösung von IAS 39 „Finanzinstrumente“ – Ansatz und Bewertung – im Juli 2014 durch die Veröffentlichung der endgültigen Version von IFRS 9 „Finanzinstrumente“ abgeschlossen. IFRS 9 enthält in der finalen Fassung insbesondere folgende grundlegend überarbeitete Regelungsbereiche:

- **Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten:**
Die Regelungen zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten wurden im Vergleich zu IAS 39 insbesondere für die Aktivseite grundlegend neu verfasst. Künftig beruht die Klassifizierung und Bewertung finanzieller Vermögenswerte auf dem jeweiligen Geschäftsmodell und den Eigenschaften der vertraglichen Zahlungsströme. Fremdkapitalinstrumente der Aktivseite, deren Zahlungsströme typisch für ein einfaches Kreditverhältnis sind, qualifizieren abhängig vom Geschäftsmodell „Halten“ oder „Halten und Verkaufen“ für eine Bewertung „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ oder „erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert“. Liegt keines der beiden Geschäftsmodelle vor oder wird das Zahlungsstromkriterium nicht erfüllt, besteht eine verpflichtende Abbildung als „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ (Fair Value through Profit or Loss,

FVTPL). Eigenkapitalinstrumente werden grundsätzlich erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (FVTPL), es besteht allerdings für diejenigen Eigenkapitalinstrumente, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, ein Wahlrecht, diese erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert abzubilden (FVOCI-Option). Bei Nutzung der FVOCI-Option ist ein Recycling der Fair Value-Änderung über die GuV nicht zulässig.

Die Beurteilung der jeweiligen Geschäftsmodelle findet auf einer den Kerngeschäftsfeldern untergeordneten Portfolioebene statt. Hierbei wurde für das Kreditgeschäft in den Kerngeschäftsfeldern das Geschäftsmodell „Halten“ identifiziert. Eine Ausnahme hiervon bilden lediglich beauftragte Syndizierungen, welche erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden. In beiden Fällen kommt es zu keiner Bilanzierungsänderung gegenüber IAS 39. Neu ist, dass in den „Halten“ und „Halten und Verkaufen“-Portfolios ein Zahlungsstromtest (so genannter SPPI-Test) durchgeführt werden muss. Bedingt durch die Nichterfüllung des Zahlungsstromkriteriums wird mit einem um rund 150 bis 160 Mio. € erhöhten Bestand an erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten gerechnet. Die Marktbewertung dieser SPPI-schädlichen Instru-

mente führt voraussichtlich zu einem positiven Eigenkapitaleffekt von 7 bis 10 Mio. € in der Eröffnungsbilanz nach IFRS 9. Für das Liquiditätsanlageportfolio wird das Geschäftsmodell „Halten und Verkaufen“ genutzt. Dies umfasst im Wesentlichen die bisher unter den Finanzanlagen ausgewiesenen AfS-Wertpapiere, für die sich hinsichtlich der erfolgsneutralen Bilanzierung zum beizulegenden Zeitwert keine Änderung ergibt. Allerdings werden bei einem Tochterunternehmen Liquiditätsbestände in Schuldscheindarlehen angelegt, die bisher unter den Krediten ausgewiesen waren. Die durch das Geschäftsmodell bedingte Umgliederung von einer Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten zum Fair Value hat einen positiven Eigenkapitaleffekt von 3 bis 5 Mio. € zur Folge. Die FVOCI-Option für Eigenkapitalinstrumente wird lediglich für ausgewählte strategische Investments ausgeübt. Alle anderen Beteiligungen werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Aus den Beteiligungen ist kein Eigenkapitaleffekt zu erwarten, da Beteiligungen bis auf wenige Ausnahmen bereits unter IAS 39 zum beizulegenden Zeitwert bewertet waren.

Die Klassifizierungs- und Bewertungsregeln für finanzielle Verbindlichkeiten haben sich durch IFRS 9 kaum geändert. Lediglich für zum beizulegenden Zeitwert designierte Verbindlichkeiten (Fair Value-Option, FVO) sind Zeitwertveränderungen aufgrund des eigenen Kreditrisikos nicht mehr in der Gewinn- und Verlustrechnung, sondern im sonstigen Ergebnis (OCI) zu erfassen. Im Rahmen der Erstanwendung führt dies lediglich zu einer Umgliederung innerhalb des Eigenkapitals. Der Standard erlaubt eine separate vorzeitige Anwendung dieser Vorschrift vor erstmaliger Umsetzung von IFRS 9. Dieses Wahlrecht nutzt die Helaba nicht.

– Bilanzierung von Wertminderungen:

Die neuen Wertminderungsvorschriften unter IFRS 9 stellen eine Abkehr von der bisherigen Erfassung bereits eingetretener Verluste (so genanntes „Incurred Loss Model“ gemäß IAS 39) dar. Der Anwendungsbereich des neuen Modells umfasst neben zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten auch alle erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Fremdkapitalinstrumente, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, vertragliche Vermögenswerte nach IFRS 15, Leasingforderungen sowie bestimmte Kreditzusagen und Finanzgarantien. Das neue „Expected Credit Loss Model“ erfordert für alle Finanzinstrumente im Anwendungsbereich eine zwingende Risikovorsorgebildung, abhängig von der jeweiligen Stufenzuordnung. Die Risikovorsorge in Stufe 1 basiert auf den erwarteten Kreditausfällen aufgrund von Ausfallereignissen innerhalb der nächsten zwölf Monate und beinhaltet zunächst alle Instrumente bei Erstansatz. Tritt eine signifikante Erhöhung des Ausfallrisikos seit Erstansatz ein, erfolgt ein

Transfer in Stufe 2. Die Risikovorsorge in Stufe 2 ist auf die erwarteten Verluste über die gesamte Restlaufzeit aufzustoßen (Lifetime Expected Credit Losses – Lifetime ECL). Stufe 3 beinhaltet die Finanzinstrumente mit objektivem Hinweis auf eine Wertminderung und erfordert ebenfalls die Erfassung der Lifetime ECL. Die objektiven Hinweise wurden hierbei unverändert aus IAS 39 übernommen. IFRS 9 gewährt Wahlrechte in Bezug auf Leasingforderungen und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Instrumente mit niedrigem Ausfallrisiko.

Die Lifetime-ECL-Ermittlung basiert auf Projektionen der Ausfallwahrscheinlichkeit mittels der nach Rating-Modulen differenzierten Migrationsmatrizen, der Modellierung des EAD auf Basis vertraglicher Zahlungen unter Berücksichtigung von erwarteten außerplanmäßigen Tilgungen, die aus der Historie abgeleitet werden, sowie einer LGD-Modellierung unter Berücksichtigung der erwarteten Sicherheitenmarktwertverläufe. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigen drei makroökonomische Szenarien, um auch nicht lineare Zusammenhänge in der Risikovorsorge angemessen abzubilden. Hinsichtlich der Transferlogik nutzt die Helaba das Wahlrecht, Instrumente mit niedrigem Ausfallrisiko pauschal Stufe 1 zuzuordnen, ausschließlich für das Wertpapierportfolio. Alle anderen Instrumente werden dem Regelprozess folgend auf eine signifikante Erhöhung des Ausfallrisikos geprüft. Hierzu wird auf den etablierten internen Rating-Prozess aufgesetzt. Ein Transfer in Stufe 2 erfolgt, soweit es zu signifikanten Erhöhungen von der bei Erstansatz erwarteten Höhe des Ausfallrisikos kommt. Das erwartete Ausfallrisiko wird dabei durch Rating-Modul-spezifische Migrationsmatrizen und eine Verteilungsannahme (Quantil) abgeleitet, so dass für jedes Finanzinstrument ein Rating-Schwellenwert als quantitatives Transferkriterium bestimmt werden kann. Ergänzend wird als qualitatives Transferkriterium die Übertragung eines Instruments in die Intensivkreditbearbeitung angewendet. In Bezug auf Stufe 3 erfolgt eine Harmonisierung der objektiven Hinweise mit der aufsichtsrechtlichen Definition eines Ausfallereignisses nach Artikel 178 CRR. Entsprechend führt ein Ausfallereignis zum Transfer in Stufe 3; ein Rücktransfer ist erst nach der Gesundungsphase möglich. Die Berechnung der Risikovorsorge in Stufe 3 erfolgt für signifikante Kredite (ab einem Exposure von 3 Mio. €) auf Basis individueller Cashflow-Schätzungen unter Berücksichtigung von verschiedenen Szenarien und deren Eintrittswahrscheinlichkeiten. Für nicht signifikante Kredite wird der Lifetime ECL gemäß der Ermittlung in Stufe 2 verwendet, allerdings mit der Ausfallwahrscheinlichkeit von 1.

Es wird mit einer Erhöhung der Risikovorsorge aus dem Übergang auf IFRS 9 (Erstanwendungseffekt) gerechnet, die in einer Spanne von 55 bis 65 Mio. € liegen wird.

– Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen:

Mit IFRS 9 wurde auch die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (so genanntes allgemeines Hedge Accounting) weitgehend überarbeitet. Ziel der neuen Regelungen ist es, die Hedge-Accounting-Vorschriften stärker mit der ökonomischen Risikosteuerung der Unternehmen in Einklang zu bringen. Hierzu wurden einige Einschränkungen der derzeitigen Regelungen beseitigt, so dass eine größere Auswahl von Sicherungsinstrumenten und gesicherten Grundgeschäften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen verfügbar wird und der strenge retrospektive Effektivitätsnachweis entfällt.

Da das Macro Hedge Accounting nicht Bestandteil des derzeitigen IFRS 9 ist, besteht ein Wahlrecht, die gesamten Regelungen des IAS 39 zum Hedge Accounting (allgemeines und Macro Hedging) weiterhin anzuwenden, bis das Projekt Macro Hedge Accounting des IASB abgeschlossen ist. Die Helaba nutzt dieses Wahlrecht nicht. Der Vorteil für die Helaba liegt darin, dass unter IFRS 9 der Currency Basis Spread als nicht designierte Kostenkomponente des Sicherungsderivats separiert und im sonstigen Ergebnis (OCI) gebucht werden darf. Hierzu werden prospektiv ab dem 2. Januar 2018 neue Fremdwährungs-Sicherungsbeziehungen designiert. Die nach IAS 39 bestehenden Sicherungsbeziehungen werden nach IFRS 9 unverändert weitergeführt. Aus der Anwendung des allgemeinen Hedge Accounting nach IFRS 9 resultiert kein Erstanwendungseffekt.

IFRS 9 ist erstmals in Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Die Erstanwendung hat grundsätzlich retrospektiv zu erfolgen, allerdings werden diverse Vereinfachungsoptionen gewährt. Hierunter fällt etwa die Möglichkeit, eine rückwirkende Anpassung der Vergleichsperiode zu unterlassen. Die Helaba wird diese Vereinfachung in Anspruch nehmen. Der Erstanwendungseffekt im Eigenkapital insgesamt wird in einer Spanne von minus 40 bis 55 Mio. € vor latenten Steuern beziehungsweise minus 25 bis 40 Mio. € nach latenten Steuern liegen. Bis zur Aufstellung dieses Abschlusses wurde die Eröffnungsbilanz nach IFRS 9 noch nicht finalisiert.

Die aufsichtsrechtlichen Übergangsregeln nach CRR 473a zur Berücksichtigung des Erstanwendungseffekts für die Ermittlung der Kapitalquoten wird die Helaba nicht in Anspruch nehmen. Die Bilanzierung der aufsichtsrechtlich nicht konsolidierten Tochterunternehmen zum beizulegenden Zeitwert, die durch Wegfall der nach IAS 39 gewährten Ausnahmenvorschrift zur Anschaffungskostenbilanzierung von Beteiligungen zwingend ist,

führt dazu, dass die IFRS-9-Umstellung für die harte Kernkapitalquote eine Erhöhung um rund 0,7 Prozentpunkte zur Folge hat.

■ **IFRS 15 „Umsatzerlöse aus Kundenverträgen“**

Nach IFRS 15 sind Umsatzerlöse dann zu realisieren, wenn der Kunde die Verfügungsmacht über die vereinbarten Güter und Dienstleistungen erlangt und Nutzen aus diesen ziehen kann. Die Umsatzerlöse sind mit dem Betrag der Gegenleistung zu bewerten, die das Unternehmen erwartet zu erhalten. Das neue Modell sieht zur Ermittlung der Umsatzrealisierung ein fünfstufiges Schema vor. Ferner wird der Umfang der Anhangangabepflichten gemäß IFRS 15 erweitert. Die Regelungen und Definitionen des IFRS 15 ersetzen künftig sowohl die Inhalte des IAS 18 „Umsatzerlöse“ als auch die des IAS 11 „Fertigungsaufträge“ sowie der dazugehörigen Interpretationen; sie haben aber keine Auswirkungen auf die Vereinnahmung von Erträgen, die im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten des Regelungsbereichs von IFRS 9/IAS 39 entstehen.

Die Erstanwendung erfolgt zum 1. Januar 2018. Die Helaba beabsichtigt die modifizierte retrospektive Methode beim Übergang auf IFRS 15 anzuwenden, nach der die kumulierten Anpassungsbeträge zum 1. Januar 2018 erfasst werden. Infolgedessen wird die Helaba die Auswirkungen des IFRS 15 auf einzelne Vergleichsperioden nicht darstellen.

Abgesehen vom Erfordernis, umfangreichere Angaben zu den Umsatzerlösen des Konzern aus Verträgen mit Kunden bereitzustellen, wird nicht davon ausgegangen, dass die Anwendung von IFRS 15 wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben wird.

■ **IFRS 16 „Leasingverhältnisse“**

Kerngedanke des neuen Standards ist es, beim Leasingnehmer generell alle Leasingverhältnisse und die damit verbundenen vertraglichen Rechte und Verpflichtungen in der Bilanz zu erfassen. Die bisher unter IAS 17 erforderliche Unterscheidung zwischen Finanzierungs- und Operating-Leasingverträgen entfällt damit künftig für den Leasingnehmer.

Für alle Leasingverhältnisse erfasst der Leasingnehmer in seiner Bilanz eine Leasingverbindlichkeit für die Verpflichtung, künftig Leasingzahlungen zu leisten. Gleichzeitig aktiviert der Leasingnehmer ein Nutzungsrecht am zugrunde liegenden Vermögenswert, welches grundsätzlich dem Barwert der künftigen Leasingzahlungen zuzüglich direkt zurechenbarer Kosten entspricht. Während der Laufzeit des Leasingvertrags wird die Leasingverbindlichkeit ähnlich den Regelungen nach IAS 17 für Finanzierungsleasingverhältnisse finanzmathematisch fortgeschrieben, während das Nutzungsrecht planmäßig

abgeschrieben wird. Erleichterungen bei der Bilanzierung gibt es für kurzfristige Leasingverhältnisse und Leasinggegenstände von geringem Wert.

Für den Leasinggeber ähneln die Regelungen des neuen Standards dagegen den bisherigen Vorschriften des IAS 17. Die Leasingverträge werden weiterhin entweder als Finanzierungs- oder Operating-Leasingverhältnisse klassifiziert. Leasingverhältnisse, bei denen im Wesentlichen alle Risiken und Chancen aus dem Eigentum übertragen werden, sind als Finanzierungsleasingverhältnisse zu klassifizieren, alle anderen Leasingverträge als Operating Leases. Für die Klassifizierung nach IFRS 16 wurden die Kriterien des IAS 17 übernommen.

IFRS 16 enthält darüber hinaus eine Reihe von weiteren Regelungen zum Ausweis und zu den Anhangangaben sowie zu Sale-and-Lease-back-Transaktionen.

Die neuen Regelungen, die von der EU bereits übernommen worden sind, sind verpflichtend für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen, anzuwenden. Eine frühere Anwendung ist zulässig, sofern IFRS 15 ebenfalls angewendet wird. Die Helaba prüft derzeit die Auswirkungen von IFRS 16. Insbesondere bei der Abbildung von gemieteten Gewerbeimmobilien wird sich der neue Leasingstandard auswirken, jedoch bleibt der Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage voraussichtlich gering. Eine vorzeitige Anwendung durch die Helaba ist nicht beabsichtigt.

Die übrigen vom IASB beziehungsweise IFRS-IC verabschiedeten Standards und Interpretationen, die erst zum Teil von der EU übernommen worden sind und erst in späteren Geschäftsjahren verpflichtend anzuwenden sind, wurden nicht vorzeitig angewendet. Eine vorzeitige Anwendung ist auch nicht beabsichtigt. Sie werden mit Ausnahme von IFRS 9 „Finanzinstrumente“ voraussichtlich keine oder nur unwesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

Ausweis- und Schätzungsänderungen, Fehlerkorrekturen

In der Segmentberichterstattung (Anhangangabe (35)) wurde im Berichtsjahr die Verteilung des Ergebnisses aus den zentral gehaltenen Liquiditätswertpapieren angepasst. Dies führte zu einer Verschiebung zwischen den Segmenten Immobilien, Corporate Finance, Financial Markets, Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft und Sonstige. Die Vorjahreswerte wurden angepasst.

In der Anhangangabe (42) wurden im Vorjahr die Bestände an börsennotierten Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren zu hoch ausgewiesen. Der Vorjahreswert wurde entsprechend angepasst.

Die Anhangangabe (67) ist um Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ergänzt worden. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst. Zu den Details siehe die entsprechende Anhangangabe.

In der Anhangangabe (68) wurden die Kriterien für die Zuordnung von Fair Values, die für Kredite und Forderungen angegeben werden, zu den Levels der Bewertungshierarchie angepasst, weil aufgrund des andauernd niedrigen Zinsniveaus andere Inputfaktoren, wie zum Beispiel der Einfluss der Bonität, einen relativ gestiegenen Einfluss auf den errechneten Fair Value haben. Darüber hinaus werden langfristige Forderungen zukünftig generell dem Level 3 zugeordnet. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Aus den oben genannten Anpassungen von Vorjahreszahlen ergaben sich weder Auswirkungen auf das Konzernjahresergebnis noch auf das Eigenkapital.

Grundlagen der Bilanzierung und Bewertung

Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (Going Concern). Die im Rahmen der Vollkonsolidierung und Equity-Bewertung einbezogenen Unternehmen haben grundsätzlich ebenso wie die Helaba ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2017 aufgestellt. Auch in den überwiegend Investmentvermögen betreffenden Ausnahmen erfolgte eine Einbeziehung mit den Werten vom 31. Dezember 2017. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden

konzerneinheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewendet, sofern nichts anderes angegeben ist. Die Ausübung von Wahlrechten wird in den folgenden Anhangangaben erläutert.

Ein Vermögenswert wird in der Bilanz angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass der künftige wirtschaftliche Nutzen dem Unternehmen zufließen wird, und wenn eine verlässliche

Bewertung möglich ist. Eine Schuld wird angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass eine gegenwärtige Verpflichtung künftig zu einem Abfluss von wirtschaftlichen Ressourcen führt, und wenn der Erfüllungsbetrag verlässlich bewertet werden kann. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten, sofern nicht ein anderer Wert vorgeschrieben ist. Erträge und Aufwendungen werden abgegrenzt und somit der Periode zugerechnet, der sie wirtschaftlich zuzuordnen sind.

Die im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, wie Planungen, Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse.

Schätzungsunsicherheiten ergeben sich insbesondere im Zusammenhang mit der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Wertminderungen von Vermögenswerten inklusive Geschäfts- oder Firmenwerten und sonstigen immateriellen Vermögenswerten, der Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, dem Ansatz von aktiven latenten Steuern sowie den Rückstellungen und sonstigen Verpflichtungen. Diese Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode.

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden im Folgenden dargestellt.

(2) Konsolidierungsgrundsätze

Nach den Vorschriften des IFRS 10 beherrscht ein Investor ein Unternehmen, wenn er die relevanten Tätigkeiten bestimmen kann, variablen Rückflüssen aus der Verbindung mit dem Unternehmen ausgesetzt ist und die Möglichkeit hat, diese Rückflüsse durch seine Beherrschungsmöglichkeit zu beeinflussen. Die Beherrschung ist auf der Grundlage aller gegenwärtigen Tatsachen und Umstände festzustellen und bei Änderungen der Gegebenheiten fortlaufend zu überprüfen.

Für die Überprüfung, ob bei einem Unternehmen eine Tochterunternehmenseigenschaft vorliegt, wird seitens des Helaba-Konzerns bei wesentlichen Sachverhalten untersucht, ob Beherrschungsmacht bezüglich der relevanten Tätigkeiten des Unternehmens mittel- oder unmittelbar durch die Helaba ausgeübt werden kann. Dies beinhaltet:

- eine Bestimmung des Zwecks und der Ausgestaltung des Unternehmens,
- eine Identifizierung der relevanten Tätigkeiten,
- eine Ermittlung, ob die Helaba aufgrund ihrer Rechte die Möglichkeit hat, die relevanten Tätigkeiten zu bestimmen,
- eine Einschätzung der Risikobelastung durch das Unternehmen oder einer Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens und
- eine Einschätzung, ob die Helaba die Fähigkeit hat, ihre Bestimmungsmacht zu nutzen, um die Höhe der Partizipation am wirtschaftlichen Erfolg zu beeinflussen.

Die Überprüfung beinhaltet neben der Berücksichtigung von Stimmrechten auch die Analyse sonstiger Rechte und faktischer Gegebenheiten, die zu einer Beherrschungsmöglichkeit führen können, sowie von Indizien für das Vorliegen eines (De-facto-)Agentenverhältnisses nach IFRS 10.

Liegen bei einem Unternehmen die Voraussetzungen für zelluläre Strukturen („Silos“) vor, so erfolgen die Prüfungsschritte für jede einzelne dieser identifizierten Strukturen. Eine solche Struktur liegt vor, wenn innerhalb einer rechtlichen Einheit eine Vermögensmasse so weitgehend separiert ist, dass sie wirtschaftlich und für Zwecke des IFRS 10 als eigenständiges Objekt anzusehen ist und keine oder nur unwesentliche Risikomischungen mit anderen Vermögensmassen dieser rechtlichen Einheit bestehen.

Wurde als Ergebnis der Bestimmung des Zwecks, der Ausgestaltung und der Identifizierung der relevanten Aktivitäten die Maßgeblichkeit der Stimmrechte für die Beurteilung der Beherrschungsmöglichkeit identifiziert, so wird im Regelfall eine Beherrschung seitens des Helaba-Konzerns bezüglich eines Unternehmens angenommen, wenn der Konzern direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte an dem Unternehmen innehat oder über diese verfügen kann. Abweichend hiervon ist keine Beherrschungsmöglichkeit durch den Helaba-Konzern anzunehmen, wenn ein anderer Investor über die praktische Fähigkeit verfügt, die relevanten Tätigkeiten zu bestimmen, weil dieser über die Mehrheit der Stimmrechte für die wesentlichen Tätigkeiten verfügen kann beziehungsweise die Helaba nur als (De-facto-)Agent im Sinne des IFRS 10 für einen anderen Investor agiert. Zudem erfolgt eine Prüfung, ob Vereinbarungen einer gemeinschaftlichen Leitung vorliegen und hierdurch eine Beherrschungsmöglichkeit eingeschränkt ist.

Entsprechend erfolgt die Beurteilung in den Fällen, in denen der Helaba-Konzern nicht Inhaber der Stimmrechtsmehrheit ist, aber die praktische Möglichkeit zum einseitigen Bestimmen der relevanten Tätigkeiten hat oder ein anderer Investor nur als (De-facto-)Agent im Sinne des IFRS 10 für den Helaba-Konzern agiert. Diese Fähigkeit zur Beherrschung kann abweichend von einer allgemeinen mehrheitlichen Stimmrechtsquote zum Bei-

spiel in Fällen entstehen, in denen der Helaba-Konzern aufgrund vertraglicher Vereinbarungen die Möglichkeit zur Bestimmung der relevanten Tätigkeiten des Unternehmens hat oder über potenzielle Stimmrechte verfügen kann.

Bestehen Optionsrechte oder ähnliche Rechte auf Stimmrechte, so werden sie bei der Überprüfung, wer über Stimmrechte eine Beherrschungsmöglichkeit ausüben kann, berücksichtigt, soweit sie als substantiell erachtet werden. Dabei werden sowohl mögliche Bedingungen oder Ausübungsfristen berücksichtigt als auch die wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit einer Ausübung beurteilt.

Die Prüfung, ob unabhängig von einer rechtlich basierten eine faktische Beherrschungsmöglichkeit besteht, betrifft die Überprüfung, ob ein formaler Stimmrechtsinhaber oder ein Inhaber eines Rechts, das zur Beherrschung eines Unternehmens führen kann, als (De-facto-)Agent im Sinne des IFRS 10 agiert. In diesem Fall agiert in einer wirtschaftlichen Betrachtung der (De-facto-)Agent mangels wesentlicher eigener unternehmerischer Interessen am Unternehmen für einen anderen Investor. Dies kann auch dann vorliegen, wenn dieser andere Investor keine unmittelbaren Weisungsrechte hat, aber faktisch die Verhältnisse so auf ihn ausgerichtet sind, dass er ganz überwiegend die Variabilitäten aus dem Unternehmen trägt.

Als erstes Indiz für das Vorliegen eines (De-facto-)Agenten im Sinne des IFRS 10 wird ein Schwellenwert für die Teilhabe an den erwarteten Variabilitäten verwendet. Sofern der Helaba-Konzern rechtlich die Möglichkeit hat, die relevanten Tätigkeiten eines Unternehmens zu bestimmen, wird auf Basis eines Schwellenwerts plausibilisiert, ob ein Indiz für eine Zurechnung zu Dritten nach IFRS 10 vorliegt. Eine solche Zurechnung kann beispielsweise von der Helaba Invest verwaltete Wertpapiersondervermögen betreffen.

Bei nicht eindeutiger Möglichkeit, die relevanten Tätigkeiten eines Unternehmens durch den Helaba-Konzern zu bestimmen, wird ab einem Tragen von rund 90 % der Variabilitäten seitens des Helaba-Konzerns eine vertiefte Einzelfallprüfung vorgenommen, ob die Helaba eine Beherrschungsmöglichkeit über das Unternehmen hat.

Die vorgenannten Prüfungen erfolgen periodisch für alle Fälle oberhalb einer Wesentlichkeitsschwelle. Bei wesentlichen Veränderungen der Beurteilungsgrundlagen oder einer Überschreitung der Wesentlichkeitsschwelle erfolgt eine Neueinschätzung. In einem gestuften Verfahren erfolgt zunächst eine Ersteinschätzung durch die dezentralen kunden- oder geschäftsbetreuenden Stellen mittels Checklisten. Diese stellen neben der Analyse rechtlicher Möglichkeiten zu Einflussnahmen auf Indizien des Tragens von Variabilitäten aus dem Unternehmen ab. Als Variabilitäten werden alle erwarteten positiven und negativen Bei-

träge des Unternehmens berücksichtigt, die in einer wirtschaftlichen Betrachtung vom Unternehmenserfolg abhängen und hierdurch Schwankungen unterliegen.

IFRS 11 regelt die Bilanzierung von Gemeinschaftsunternehmen oder gemeinschaftlichen Tätigkeiten, wenn mindestens zwei Unternehmen die gemeinschaftliche Führung eines Unternehmens ausüben. Die gemeinschaftliche Führung ist bei Änderungen der Gegebenheiten zu überprüfen.

Um festzustellen, ob eine gemeinschaftliche Tätigkeit vorliegt, wird analog zum Vorgehen bei Tochterunternehmen zunächst ermittelt, wer Beherrschungsmacht über die relevanten Tätigkeiten ausübt. Wird diese von zwei oder mehr Parteien auf einer vertraglichen Basis gemeinschaftlich ausgeübt, so liegt eine gemeinsame Vereinbarung vor. Die Überprüfung der Fälle mit vorliegenden gemeinsamen Vereinbarungen ergab bislang regelmäßig die Klassifizierung als Gemeinschaftsunternehmen. Bei der Überprüfung werden neben gesonderten Vereinbarungen über gemeinsame Entscheidungsfindungen oder Stimmrechtsausübungen auch notwendige Mindestquoten für Beschlüsse, die Gesellschafteranzahl und deren Stimmrechtsanteile, mögliche (De-facto-)Agentenverhältnisse oder fallweise Zustimmungsvorbehalte aus sonstigen vertraglichen Beziehungen berücksichtigt.

Maßgeblicher Einfluss bei bestehendem Anteilsbesitz liegt im Regelfall vor, wenn mindestens 20 % der Stimmrechte gehalten werden. Bei der Beurteilung, ob der Helaba-Konzern tatsächlich einen maßgeblichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen ausüben kann, werden neben der Höhe der Stimmrechte weitere Parameter und Gegebenheiten berücksichtigt. Hierzu zählen beispielsweise die Vertretung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Leitungs- und Aufsichtsgremien der Gesellschaft sowie gegebenenfalls bestehende Zustimmungserfordernisse bei wesentlichen Entscheidungen im Unternehmen. Werden solche Faktoren im Rahmen der Überprüfung festgestellt, kann ein maßgeblicher Einfluss auch dann vorliegen, wenn die Beteiligung des Helaba-Konzerns weniger als 20 % der Stimmrechte umfasst, und es erfolgt eine vertiefte Analyse aller Einflussnahmemöglichkeiten und der Verhältnisse der Gesellschafter zueinander.

Die Überprüfung des Vorliegens gemeinschaftlicher Führungen oder von Assoziierungen erfolgt regelmäßig im Prozess zur Identifizierung der konsolidierungspflichtigen Tochterunternehmen. In den Konzernabschluss sind alle wesentlichen Tochterunternehmen und sonstigen Unternehmen, die von der Helaba mittel- oder unmittelbar beherrscht werden, im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen. Für die wesentlichen Gemeinschaftsunternehmen und die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen erfolgt eine Bewertung at Equity gemäß IAS 28. In Einzelfällen, die einzeln und insgesamt betrachtet im Vergleich zu den wirtschaftlichen Verhält-

nissen des Konzerns von nur untergeordneter Bedeutung sind, wurde von einer Konsolidierung beziehungsweise Bewertung at Equity abgesehen. Die Überprüfung und Festlegung der Wesentlichkeit erfolgt durch eine Gegenüberstellung der (als nachhaltig eingeschätzten) bilanziellen Volumina und Ergebnishöhen der jeweiligen Unternehmen mit Schwellenwerten. Die Schwellenwerte werden aus den Durchschnitten der Bilanzvolumina und Ergebnishöhen des Konzerns der letzten fünf Jahre ermittelt. Bei so festgestellter Unwesentlichkeit erfolgt der Ausweis der Anteile unter den Finanzanlagen.

Die Erstkonsolidierungen erfolgen nach der Erwerbsmethode auf den Stichtag des Anteilerwerbs beziehungsweise des Entstehens einer Beherrschungsmöglichkeit im Sinne des IFRS 10. Die Bewertung der Vermögenswerte und Schulden erfolgt mit den beizulegenden Zeitwerten auf diesen Erstkonsolidierungszeitpunkt. Verbleibende positive Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung werden als Geschäfts- oder Firmenwert in der Konzernbilanz unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen und mindestens jährlich einem Werthaltigkeitstest unterzogen (siehe Anhangangabe (17)). Aus der Erstkonsolidierung resultierende negative Unterschiedsbeträge sind nach Überprüfung der beizulegenden Zeitwerte erfolgswirksam zu vereinnahmen.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie Gesamtergebnisrechnung als auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital beziehungsweise konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis ausgewiesen. Anteile anderer Gesellschafter werden bei Zugang auf Grundlage der Zeitwerte der ihnen zugeordneten Vermögenswerte und Schulden ermittelt.

Im Fall eines sukzessiven Anteilerwerbs wird die Gesellschaft ab dem Zeitpunkt der Erlangung der Beherrschung vollkonsolidiert. Die Anteile, die vor Erlangung der Beherrschung erworben wurden (Altanteile), werden zum Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und der Kapitalkonsolidierung zugrunde gelegt. Die Differenz zwischen dem Buchwert der Altanteile und dem beizulegenden Zeitwert ist, gegebenenfalls nach Recycling erfolgsneutraler Buchwertbestandteile aus der Fortschreibung eines Equity-Werts oder der bisher erfolgsneutralen Bewertung aufgrund der Zuordnung zur Bewertungskategorie AfS, erfolgswirksam zu erfassen.

(3) Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis des Helaba-Konzerns umfasst neben der Helaba als Mutterunternehmen 118 (31. Dezember 2016: 116) Unternehmen. Es werden 84 (31. Dezember 2016: 88) Gesell-

Entfällt eine Einbeziehungspflicht für bislang konsolidierte beziehungsweise at Equity bewertete Unternehmen, so erfolgt auf den Stichtag, an dem die Einbeziehungspflicht nicht mehr besteht, eine erfolgswirksame Entkonsolidierung beziehungsweise Beendigung der Bewertung at Equity. Der Ansatz der verbliebenen Anteile nach IAS 39 oder im Rahmen einer Bewertung at Equity erfolgt dabei zum beizulegenden Zeitwert.

Sind Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- oder assoziierten Unternehmen zum kurzfristigen Verkauf bestimmt und liegen die sonstigen Voraussetzungen vor, so erfolgt eine Bewertung nach IFRS 5. Der Ausweis der Vermögenswerte und Schulden erfolgt in separaten Posten der Bilanz. Die Ergebnisbeiträge von Tochterunternehmen erfolgt in einem gesonderten Posten der Gewinn- und Verlustrechnung.

Zwischen konsolidierten Unternehmen bestehende konzerninterne Salden sowie entstandene Erträge und Aufwendungen werden im Wege der Schulden- beziehungsweise Erfolgskon-solidierung eliminiert. Zwischenerfolge aus Transaktionen zwischen einbezogenen Unternehmen werden ebenfalls eliminiert.

Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen werden vom Zeitpunkt der Erlangung eines maßgeblichen Einflusses beziehungsweise bei Vorliegen der gemeinschaftlichen Führung zu den Anschaffungskosten des Konzerns in der Konzernbilanz angesetzt. Der bilanzierte Equity-Wert wird in den Folgejahren unter Berücksichtigung der Amortisierung von identifizierten stillen Reserven und Lasten um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen fortgeschrieben. Das anteilige Jahresergebnis des Beteiligungsunternehmens sowie eventuelle Wertminderungen und sonstige Risikovorsorgen werden als Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns ausgewiesen. Anteile am sonstigen Ergebnis von at Equity bewerteten Unternehmen werden in der Gesamtergebnisrechnung des Konzerns als eigene Ergebniskomponente angegeben.

Liegt der erzielbare Betrag der Anteile an einem at Equity bewerteten Unternehmen unter dem bisherigen Bilanzansatz, werden sie abgeschrieben. Wertaufholungen erfolgen bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung durch Zuschreibungen bis maximal zur Höhe des anteiligen fortzuführenden Equity-Werts.

schaften durch Vollkonsolidierung in den Konzern einbezogen. Bei 34 (31. Dezember 2016: 28) Gesellschaften erfolgt eine

At-Equity-Bewertung. Bei den vollkonsolidierten Gesellschaften handelt es sich um Tochterunternehmen und Zweckgesellschaften nach IFRS 10, darunter auch Investmentvermögen.

Bei 34 Tochterunternehmen, 19 Gemeinschafts- und 11 assoziierten Unternehmen, die für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Helaba-Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind, wird auf eine Einbeziehung in den Konzernabschluss verzichtet. Die Anteile an diesen Unternehmen werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen sind in Anhangangabe (88) aufgeführt. Diese Aufstellung enthält auch Erläuterungen hinsichtlich einer im Vergleich zu einer von den Stimmrechten indizierten abweichenden Klassifizierung als Tochter-, Gemeinschafts- beziehungsweise assoziiertes Unternehmen.

Die Veränderungen im Konsolidierungskreis während des Geschäftsjahres betreffen folgende Tochtergesellschaften.

Veränderungen im Kreis der vollkonsolidierten Unternehmen

Zugänge

ASTARTE Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	Erlangung der Beherrschungsmöglichkeit der Helaba über potenzielle Stimmrechtsmehrheit in der Gesellschaft im Juni 2017
Family Office der Frankfurter Bankgesellschaft AG, Frankfurt am Main	Gründung der Gesellschaft im Juni 2017
Galerie Lippe GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Nach Anteilswerb im November 2017 Wechsel von At-Equity-Bewertung auf Vollkonsolidierung

Abgänge

Erste ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Anteilsveräußerung im Dezember 2017
Haus am Zentralen Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Anwachsung der Gesellschaft im Juni 2017
Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG	Anwachsung der Gesellschaft im Dezember 2017
MS „EAGLE STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	Nach Beendigung der Finanzierung im Juli 2017 besteht nach IFRS 10 keine Konsolidierungspflicht mehr
MS „ESSEX STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	Nach Beendigung der Finanzierung im Juli 2017 besteht nach IFRS 10 keine Konsolidierungspflicht mehr
Projektentwicklung Lutherplatz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Anteilsveräußerung im November 2017
Zweite ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Anteilsveräußerung im Dezember 2017

Aus der Erstkonsolidierung der ASTARTE Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG resultiert ein Ertrag in Höhe von 13 Mio. €, aus der Erstkonsolidierung der Galerie Lippe GmbH & Co. KG resultiert ein Aufwand von 8 Mio. €.

Die Entkonsolidierung der Projektentwicklung Lutherplatz GmbH & Co. KG führte zu einem Ertrag von 5 Mio. € und die der Ersten ILZ Leipzig GmbH & Co. KG sowie der Zweiten ILZ Leipzig GmbH & Co. KG zu einem Ertrag von zusammen 1 Mio. €.

Die Entkonsolidierung der MS „EAGLE STRAIT“ GmbH & Co. KG sowie der MS „ESSEX STRAIT“ GmbH & Co. KG führten jeweils zu einem Entkonsolidierungsergebnis von –3 Mio. €.

Die Ergebnisse aus Erst- und Entkonsolidierungen werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Veränderungen im Kreis der at Equity bewerteten Unternehmen

Zugänge

FHP Friedenauer Höhe Dritte GmbH & Co. KG, Berlin	Gründung im Mai 2017
FHP Friedenauer Höhe Erste GmbH & Co. KG, Berlin	Gründung im Mai 2017
FHP Friedenauer Höhe Fünfte GmbH & Co. KG, Berlin	Gründung im Mai 2017
FHP Friedenauer Höhe Projekt GmbH, Berlin	Erwerb im Mai 2017
FHP Friedenauer Höhe Sechste GmbH & Co. KG, Berlin	Gründung im Mai 2017
FHP Friedenauer Höhe Vierte GmbH & Co. KG, Berlin	Gründung im Mai 2017
FHP Friedenauer Höhe Zweite GmbH & Co. KG, Berlin	Gründung im Mai 2017
HANNOVER LEASING Wachstumswerte Asien 1 GmbH & Co. KG, Pullach	Anteilswerb im Juli 2017

Abgänge

Galerie Lippe GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Nach weiterem Anteilswerb im November 2017 Wechsel von At-Equity-Bewertung auf Vollkonsolidierung
HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG, Pullach	Verringerung der Anteilsquote durch Teilverkauf im Juli 2017 und Verlust des maßgeblichen Einflusses

(4) Finanzinstrumente

Gemäß IAS 39 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente in der Bilanz anzusetzen. Die Erstbewertung erfolgt zu Anschaffungskosten, die dem Gegenwert der hingegebenen beziehungsweise erhaltenen Vermögenswerte zum Zeitpunkt des Erwerbs entsprechen. Transaktionskosten werden grundsätzlich als Anschaffungsnebenkosten berücksichtigt. Der Ansatz erfolgt bei Kassageschäften nicht derivativer finanzieller Vermögenswerte zum Erfüllungstag und derivativer Finanzinstrumente zum Handelstag. Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertrag-

lichen Rechte aus dem Vermögenswert erloschen sind oder in der Weise übertragen wurden, dass die Chancen und Risiken im Wesentlichen übergegangen sind, beziehungsweise wenn die Kontrolle oder Verfügungsmacht übertragen wurde. Finanzielle Verpflichtungen werden bei erfolgter Tilgung ausgebucht.

Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen richtet sich danach, welchen Kategorien nach IAS 39 sie zum Zeitpunkt ihres Erwerbs zugeordnet wurden:

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables, LaR)

Als Kredite und Forderungen (LaR) werden alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte kategorisiert, die mit festen oder bestimmbareren Zahlungen ausgestattet und nicht an einem aktiven Markt notiert sind, es sei denn, sie werden bei Zugang in die Kategorie Finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, designiert. Auch Wertpapiere mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, für die kein aktiver Markt besteht, können als LaR kategorisiert werden.

Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Bestehende Agien beziehungsweise Disagien werden effektivzinskonstant über die Restlaufzeit verteilt (Amortisation) und erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst. Die Buchwerte von Finanzinstrumenten der Kategorie LaR werden in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden unter den sonstigen Aktiva gezeigt.

Im Rahmen des Hedge Accounting werden die Buchwerte von Forderungen, die Grundgeschäfte von Mikro Fair Value Hedges sind, um die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte angepasst.

Bezüglich der Berücksichtigung von Risiken aus dem Kreditgeschäft wird auf Anhangangabe (14) verwiesen.

Finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (at Fair Value, aFV)

Innerhalb dieser Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder zu Handelszwecken gehalten werden (Held for Trading, HfT) oder für die im Zugangszeitpunkt unwiderruflich von der Fair Value-Option (FVO) Gebrauch gemacht wird. Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten dieser Kategorie werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Transaktionskosten werden sofort erfolgswirksam erfasst. Derivative Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrumente designiert werden, sind immer der Bewertungskategorie HfT zugeordnet.

Bei den zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten besteht die Absicht, Gewinne aus kurzfristigen Schwankungen des Preises oder aus der Händlermarge zu erzielen. Sie werden unter den Handelsaktiva oder Handelspassiva ausgewiesen. Die Aufwendungen und Erträge aus zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten werden vollständig im Handelsergebnis ausgewiesen. Nicht zu Handelszwecken gehaltene derivative Finanzinstrumente werden als positive oder negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten ausgewiesen. Die Aufwände und Erträge aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten werden in einer separaten Ergebnisposition ausgewiesen.

Die FVO wird überwiegend für wirtschaftliche Sicherungsbeziehungen von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Rahmen der Hedge-Management-Strategie angewendet,

für die keine Mikro-Hedge-Beziehung gemäß IAS 39 dokumentiert ist. Die FVO wird auch für Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten genutzt. Darüber hinaus designiert die Helaba finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die als Einheit (Portfolio) im Rahmen einer dokumentierten Risikomanagementstrategie zum beizulegenden Zeitwert gesteuert werden. Der Ausweis nicht derivativer Finanzinstrumente, für die die FVO ausgeübt wird, erfolgt in dem jeweiligen Bilanzposten, der auch ohne Designation genutzt worden wäre. Zinsen (inklusive amortisierter Agien beziehungsweise Disagien) und Dividenden der designierten Finanzinstrumente sind im Zinsüberschuss enthalten. Das Bewertungs- und das Veräußerungsergebnis werden im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option ausgewiesen.

Bei zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten können Differenzen zwischen dem Transaktionspreis und dem beizulegenden Zeitwert (Day-One Profit or Loss) auftreten. Der Day-One Profit or Loss wird im Regelfall sofort ergebniswirksam vereinnahmt. Sofern die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts auf nicht beobachtbaren Bewertungsparametern beruht, ist der Day-One Profit or Loss über die Laufzeit in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Held to Maturity, HtM)

Eine Einstufung in die Kategorie HtM erfordert feste oder bestimmbare Zahlungen sowie eine feste Laufzeit der nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte. Des Weiteren müssen diese

Finanzinstrumente mit der Absicht und der Fähigkeit erworben werden, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Im Helaba-Konzern sind keine Finanzinstrumente dieser Kategorie zugeordnet.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale, AfS)

Die Kategorie AfS beinhaltet alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte, die nicht bereits einer der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Bei der Helaba handelt es sich insbesondere um Schuldverschreibungen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie um Beteiligungen. Finanz-

instrumente der Kategorie AfS werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert, wie in Anhangangabe (5) erläutert. Sofern dieser bei Eigenkapitalinstrumenten nicht verlässlich ermittelbar ist, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich

eventueller Wertminderungen. Dies ist dann der Fall, wenn weder Preise von aktiven Märkten vorliegen noch die für Bewertungsmodelle relevanten Faktoren zuverlässig bestimmbar sind.

Das Ergebnis aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert wird – nach Berücksichtigung latenter Steuern – erfolgsneutral in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Neubewertungsrücklage) ausgewiesen. Bei Anwendung von Hedge Accounting wird der Teil des Bewertungsergebnisses, der auf das abgesicherte Risiko entfällt, im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Bei bonitätsinduzierten Wertminderungen (Impairment), die dazu führen, dass der beizulegende Zeitwert voraussichtlich dauerhaft unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegen wird, wird die Neubewertungsrücklage um den Wertminderungs-

betrag angepasst und im Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden erfolgswirksam, Wertaufholungen bei zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten hingegen erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Zuschreibungen auf zu Anschaffungskosten bewertete Eigenkapitalinstrumente werden nicht vorgenommen. Die Kriterien für das Vorliegen einer Wertminderung bestehen aus einer Zeit- und einer Wertveränderungskomponente.

Die Zinserträge aus Wertpapieren einschließlich amortisierter Agien und Disagien sowie Dividendenerträge aus Aktien oder Beteiligungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Bei einer Veräußerung eines finanziellen Vermögenswerts wird das in der Neubewertungsrücklage bilanzierte kumulierte Bewertungsergebnis aufgelöst und im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

Finanzielle Verbindlichkeiten (Other Liabilities, OL)

Diese Kategorie beinhaltet finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht der Kategorie aFV zugeordnet sind. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien beziehungsweise Disagien werden effektivzinskonstant über die Restlaufzeit verteilt (Amortisation) und erfolgswirksam im Zinsergebnis berücksichtigt. Der Ausweis der Buchwerte erfolgt in den Bilanzposten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten

gegenüber Kunden, Verbriefte Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden unter den sonstigen Passiva ausgewiesen.

Im Rahmen des Hedge Accounting werden die Buchwerte von Verbindlichkeiten, die Grundgeschäfte von Mikro Fair Value Hedges sind, um die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte angepasst.

Ausweis von Zinsanomalien

Zinsanomalien (negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten) werden in der Anhangangabe (24) tabellarisch aufgegliedert. Die Helaba weist positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten unter den Zinserträgen, negative Zinsen aus finanziellen

Vermögenswerten unter den Zinsaufwendungen aus. Zahlungsströme, resultierend aus Zinsanomalien bei Derivaten, werden – in Analogie zu der in einem normalen Zinsumfeld vorgenommenen Saldierung der Zahlungsströme je Derivat – in Summe entweder im Zinsertrag oder Zinsaufwand ausgewiesen.

(5) Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten

Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, der beim Verkauf eines Vermögenswerts zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Fall einer Notabwicklung) eingenommen beziehungsweise für die Übertragung einer Schuld gezahlt würde.

Bewertungsmethoden

Im Konzern wird hinsichtlich der Bewertungsmethoden unterschieden, ob die Wertfindung der Finanzinstrumente direkt über an aktiven Märkten beobachtbare Preisnotierungen oder über marktübliche Bewertungsverfahren erfolgt. Dabei wird von den Märkten, zu denen die Helaba Zugang hat, grundsätzlich der Markt mit der höchsten Aktivität als der relevante angenommen (Hauptmarkt). Sofern für einzelne Finanzinstrumente kein Hauptmarkt definiert ist, wird der vorteilhafteste Markt herangezogen.

Der beizulegende Zeitwert von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Basis von Preisnotierungen ermittelt. Ein Markt wird als aktiv eingestuft, sofern für die entsprechenden oder vergleichbare Finanzinstrumente Marktpreise ablesbar sind, die Mindestanforderungen insbesondere hinsichtlich Geld-Brief-Spanne und Handelsvolumen erfüllen. Die Mindestanforderungen werden von der Helaba definiert und einer regelmäßigen Prüfung unterzogen.

Für Finanzinstrumente, bei denen zum Stichtag keine Preisnotierungen auf einem aktiven Markt vorhanden sind beziehungsweise keine Preisnotierungen von vergleichbaren

Finanzinstrumenten auf aktiven Märkten für die Wertermittlung herangezogen werden können, wird der beizulegende Zeitwert mittels anerkannter marktüblicher Bewertungsverfahren ermittelt. Die Bewertung erfolgt auf Basis der Cashflow-Struktur unter Berücksichtigung von geschätzten zukünftigen Zahlungsströmen, Diskontfaktoren und Volatilität. Dabei kommen Modellierungstechniken wie Discounted-Cashflow-Verfahren oder gängige Optionspreismodelle zum Einsatz. Für komplexere Finanzinstrumente werden differenziertere Modelle angewendet, die auf komplexeren Parametern, zum Beispiel Korrelationen, beruhen.

Die Eingangsparameter für die Modelle sind in der Regel am Markt beobachtbar. Sollten für benötigte Modellparameter keine Marktinformationen beobachtbar sein, werden diese über andere relevante Informationsquellen, zum Beispiel Preise für ähnliche Transaktionen oder historische Daten, abgeleitet.

Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht über die für die Finanzinstrumente verwendeten Bewertungsmodelle:

Finanzinstrumente	Bewertungsmodelle	Wesentliche Parameter
Zins-Swaps und Zinsoptionen	Discounted-Cashflow-Methode, Black-/Black-Normal-Modelle, Markov-Functional-Modell, SABR, Replication-Modell, bivariate Copula	Zinskurven, Zinsvolatilitäten, Korrelationen
Zinstermingeschäfte	Discounted-Cashflow-Methode	Zinskurven
Devisentermingeschäfte	Discounted-Cashflow-Methode	Devisenkurse, Zinskurven
Aktien-/Index-Optionen	Black-Modelle, Local-Volatility-Modell	Aktienkurse, Zinskurven, Aktienvolatilitäten, Dividenden
Devisen-Optionen	Black-Modell, Skew-Barrier-Modell	Devisenkurse, Zinskurven, FX-Volatilitäten
Commodity-Optionen	Black-Modell, Turnbull/Wakeman	Commodity-Kurse, Zinskurven, Commodity-Volatilitäten
Kreditderivate	Black-Modell	Zinskurven, Credit Spreads
Geldmarktgeschäfte	Discounted-Cashflow-Methode	Zinskurven
Wertpapierpensionsgeschäfte	Discounted-Cashflow-Methode	Zinskurven
Schuldscheindarlehen	Discounted-Cashflow-Methode	Zinskurven, Credit Spreads
Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte	Discounted-Cashflow-Methode	Zinskurven, Credit Spreads, Wertpapierkurse

Bei angekauften Ansprüchen aus Kapitallebensversicherungsverträgen wird der beizulegende Zeitwert auf Basis des von der Versicherungsgesellschaft mitgeteilten Rückkaufswerts ermittelt und um Einzahlungen und andere Wertänderungen bis zum Bilanzstichtag fortgeschrieben.

Wertanpassungen

Ein weiterer Teil des Bewertungsprozesses sind zum Teil erforderliche Wertanpassungen.

Bei der modellbasierten Bewertung von Finanzinstrumenten besteht je nach Komplexität des Finanzinstruments eine Unsicherheit in der Wahl eines geeigneten Modells, gegebenenfalls dessen numerischer Implementierung sowie in der Parametrisierung/Kalibrierung dieses Modells. Diese Unsicherheiten werden in der Bewertung nach dem Fair Value-Prinzip über Model Adjustments berücksichtigt, welche sich wiederum in Deficiency Adjustments und Complexity Adjustments unterteilen.

Ein Deficiency Adjustment dient zur Abbildung der Bewertungsunsicherheit, die aus der Verwendung eines Bewertungsmodells resultiert. Eine solche Modellunsicherheit liegt vor, wenn ein nicht (mehr) marktgängiges Modell verwendet wird oder die Unschärfe in einem inadäquaten Kalibrierungsverfahren oder der techni-

schen Implementierung begründet ist. Complexity Adjustments werden berücksichtigt, wenn hinsichtlich des einzusetzenden Modells kein Konsens aus dem Markt ableitbar ist oder die Parametrisierung des Modells sich nicht eindeutig aus den Marktdaten ergibt. In diesen Fällen wird von einem Modellrisiko gesprochen. Der sich aus den verschiedenen Adjustments ergebende Bewertungsabschlag wird in Form einer Modellreserve berücksichtigt.

Grundsätzlich werden Derivate derzeit in den Front-Office-Systemen risikolos bewertet, das heißt, es wird explizit angenommen, dass die jeweiligen Kontrahenten bis zur vertraglichen Fälligkeit der ausstehenden Geschäfte überleben. Das so genannte Credit Value Adjustment (CVA) gibt das kalkulatorische Verlustrisiko wieder, welchem sich der Konzern bei aus seiner Sicht positivem Marktwert gegenüber seinem Kontrahenten ausgesetzt sieht. Fällt der Kontrahent aus, so kann lediglich noch ein Bruchteil des Marktwerts der ausstehenden Geschäfte im Insol-

venz- beziehungsweise Liquidationsprozess realisiert werden (Recovery Rate). Das Exposure im Zeitablauf wird mit Hilfe einer Monte-Carlo-Simulation geschätzt. Das so genannte Debit Value Adjustment (DVA) ist das Spiegelbild des CVA und definiert sich als der Teil des aus Sicht des Konzerns negativen Marktwerts, welcher kalkulatorisch durch einen Ausfall für den Kontrahenten verloren ginge. Der sich aus CVA und DVA ergebende Betrag wird in Form einer Bewertungsanpassung berücksichtigt.

Anpassungen der Bewertung aufgrund von Refinanzierungsaspekten (Funding Valuation Adjustments, FVA) sind notwendig, um die vom Markt implizierten Finanzierungskosten bei der Be-

wertung von derivativen Finanzinstrumenten zu berücksichtigen. Finanzierungskosten fallen bei der replizierenden Absicherung unbesicherter Kundenderivate durch besicherte, im Interbankenmarkt abgeschlossene Hedge-Derivate an. Während sich das zu finanzierende Volumen aus einer Exposure-Simulation ergibt, werden die Refinanzierungssätze rollierend zum Euribor (Euro Interbank Offered Rate) angesetzt. Die Bewertung erfolgt ähnlich CVA/DVA beidseitig, das heißt, es werden sowohl Funding Benefit Adjustments (FBA) aus negativem Exposure als auch Funding Cost Adjustments (FCA) aus positivem Exposure berücksichtigt.

Validierung und Kontrolle

Der Bewertungsprozess ist einer laufenden Validierung und Kontrolle unterworfen. Teil der handelsunabhängigen Bewertung der Positionen im Handelsgeschäft ist die Sicherstellung der Angemessenheit der für die Bewertung eingesetzten Methoden beziehungsweise Modelle.

Neue Bewertungsmodelle werden grundsätzlich vor ihrem Ersteinsatz einer umfassenden initialen Validierung unterzogen. In Abhängigkeit von Materialität sowie Marktgängigkeit und

Komplexität des eingesetzten Modells werden die Bewertungsmodelle regelmäßig überprüft. Darüber hinaus erfolgen anlassbezogene Überprüfungen, wenn zum Beispiel wesentliche Methodenänderungen erfolgen.

Im Rahmen der handelsunabhängigen Prüfung der Bewertungsparameter (Independent Price Verification) wird darüber hinaus die Marktkonsistenz der zur Bewertung der Finanzinstrumente verwendeten Parameter sichergestellt.

(6) Hierarchie der Bewertungslevel

Level 1

Der beste Indikator für den beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten ist der Marktpreis. Bei Vorliegen eines aktiven Markts werden zur Bewertung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente beobachtbare Marktpreise her-

angezogen. Dies sind üblicherweise Börsenkurse oder auf dem Interbankenmarkt quotierte Marktpreise. Diese beizulegenden Zeitwerte werden als Level 1 ausgewiesen.

Level 2

Für den Fall, dass für ein Finanzinstrument kein direkt beobachtbarer Marktpreis vorliegt, erfolgt die Bewertung auf Basis vergleichbarer Finanzinstrumente mit Preisnotierungen auf aktiven Märkten. Sind diese ebenfalls nicht verfügbar, erfolgt die Bewertung mittels anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, wobei die wesentlichen Inputdaten auf Marktdaten beruhen, die auf aktiven Märkten beobachtbar sind und externen Quellen entnommen werden. Üblicherweise werden diese Bewertungsmethoden bei OTC-Derivaten (einschließlich Kreditderivaten) und nicht an einem aktiven Markt gehandelten zum

beizulegenden Zeitwert angesetzten Finanzinstrumenten verwendet. In diesen Fällen werden die beizulegenden Zeitwerte als Level 2 ausgewiesen.

Level 3

In den Fällen, bei denen wesentliche Inputparameter nicht direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Diese Bewertungsmethode ist insbesondere Grundlage für komplex strukturierte (derivative) Basket-Produkte, bei denen nicht direkt am Markt beobachtbare Korrelationen einen wesentlichen Bewertungsfaktor darstellen. Soweit bei nicht derivativen Finanzinstrumenten keine Marktpreise verfügbar sind, werden Arranger-Preise her-

angezogen. Auch die Bewertung von zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten, nicht börsennotierten Beteiligungen sowie die Werthaltigkeitsprüfung von Geschäfts- oder Firmenwerten beruht auf nicht beobachtbaren Inputparametern, insbesondere den aus der Unternehmensplanung abgeleiteten Ertragsüberschüssen. Für die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden die beizulegenden Zeitwerte auf Basis von erwarteten Erträgen und Aufwendungen ermittelt, so dass sie ebenfalls dem Level 3 zuzuordnen sind.

(7) Bilanzielle Verrechnung von Vermögenswerten und Verpflichtungen

Gemäß IAS 32 ist eine Aufrechnung finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen vorzunehmen, sofern eine Saldierung der bilanzierten Beträge jederzeit rechtlich durchsetzbar ist und entweder beabsichtigt ist, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen, oder, den Vermögenswert und die Verpflichtung zeitgleich zu realisieren. Die rechtliche Durchsetzbarkeit darf nicht erst

bedingt bei Eintritt bestimmter Umstände entstehen, sondern muss auch im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit zulässig sein. Der Umfang der bilanziellen Saldierung und der nur bedingten Aufrechnungsmöglichkeiten, welche die Anforderungen an eine bilanzielle Saldierung nicht erfüllen, ist in Anhangangabe (62) dargestellt.

(8) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen

IAS 39 beinhaltet umfassende Regelungen für die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen, das heißt für die Bilanzierung von Sicherungsinstrumenten (insbesondere Derivaten) und den durch sie abgesicherten Grundgeschäften.

Der Helaba-Konzern schließt Derivate sowohl zu Handelszwecken als auch zu Sicherungszwecken ab. Werden Derivate nachweislich zur Absicherung von Risiken aus Nichthandelsgeschäften, die nicht der Kategorie aFV zugeordnet sind, eingesetzt, lässt IAS 39 unter bestimmten Voraussetzungen die Anwendung spezieller Regelungen zur Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) zu.

Zu Beginn der Sicherungsbeziehung sind sowohl die Sicherungsbeziehung als auch die Risikomanagementziele und -strategien des Konzerns sowie die Methode zur prospektiven und retrospektiven Effektivitätsmessung im Hinblick auf die Sicherungsbeziehung zu dokumentieren. Insbesondere sind das abzusichernde Grundgeschäft, das abzusichernde Risiko und das Sicherungsinstrument eindeutig zu benennen.

Darüber hinaus verlangt IAS 39 einen effektiven Sicherungszusammenhang. Hierzu wird die Effektivität der Sicherungsbeziehungen regelmäßig überwacht. Eine Sicherungsbeziehung wird als effektiv betrachtet, wenn sowohl im Zeitpunkt der Designation als auch während der Laufzeit der Sicherungsbeziehung die Wertänderungen des Grundgeschäfts durch die des

Sicherungsinstruments in hohem Maße kompensiert werden (prospektiver Effektivitätstest oder Effektivitätsvermutung) und sich die aktuellen Bewertungsergebnisse in einer Spannweite zwischen 80 % und 125 % bewegen (retrospektiver Effektivitätstest). Ist eine Sicherungsbeziehung nicht mehr effektiv, wird sie aufgelöst. Verbleibt nach Beendigung einer Sicherungsbeziehung das Grundgeschäft in der Bilanz, erfolgt eine Amortisation der während der Sicherung vorgenommenen Buchwertanpassungen des zinstragenden Grundgeschäfts über dessen verbleibende Restlaufzeit im Zinsergebnis.

Der Helaba-Konzern nutzt das Mikro Fair Value Hedge Accounting, um zinsinduzierte Marktpreisänderungen der gesicherten Grundgeschäfte durch Wertänderungen aus Sicherungsderivaten auszugleichen. Einem solchen zinsinduzierten Marktpreisrisiko unterliegen insbesondere die Emissions- und Kreditgeschäfte des Konzerns und die Wertpapiere des Liquiditätsanlageportfolios, sofern es sich um festverzinsliche Titel handelt. Als Sicherungsinstrumente werden ausschließlich Zins-Swaps und Zins-Währungs-Swaps genutzt, die den Anforderungen des Hedge Accounting genügen.

Gemäß den Regelungen des Fair Value Hedge Accounting werden die zur Absicherung eingesetzten derivativen Finanzinstrumente zum beizulegenden Zeitwert bilanziert und unter den Bilanzposten Positive beziehungsweise Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten ausgewiesen. Bei Grund-

geschäften, die ohne Hedge Accounting zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bilanzieren wären, führen die Wertänderungen des Grundgeschäfts, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, zu einer entsprechenden Buchwertanpassung. Diese

auf das gesicherte Risiko entfallende Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Grundgeschäfts wird zusammen mit der gegenläufigen Änderung des Sicherungsinstruments erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Positive und negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

Unter diesem Posten werden im Helaba-Konzern Derivate ausgewiesen, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden. Hierunter fallen auch Derivate, die als Sicherungsinstrumente für einen Mikro Fair Value Hedge designed sind. Darüber hinaus werden in diesem Posten derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nach IAS 39 nicht dokumentiert ist (ökonomische Hedges). Positive Marktwerte werden auf der Aktivseite und negative Marktwerte werden auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Die Bewertungsergebnisse der Derivate, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden, werden in Abhängigkeit von ihrer Verwendung im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) oder im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option erfasst. Die laufenden Erträge und Aufwendungen aus diesen Derivaten werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

(9) Strukturierte Produkte

Als strukturierte Produkte werden Verträge bezeichnet, die sich aus einem Basisvertrag und einem oder mehreren eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen. Ein eingebettetes Derivat ist integraler Bestandteil des strukturierten Produkts und kann nicht separat gehandelt werden.

Im Helaba-Konzern werden trennungspflichtige Finanzinstrumente, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, jeweils separat bilanziert oder es wird die FVO für das strukturierte Produkt genutzt.

IAS 39 sieht unter bestimmten Voraussetzungen vor, eingebettete Derivate für Bilanzierungszwecke aus den zugehörigen Basisverträgen herauszulösen und als freistehende Derivate zu behandeln, soweit nicht das gesamte strukturierte Produkt erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird.

(10) Finanzgarantien

Eine Finanzgarantie ist ein Vertrag, bei dem der Garantiegeber zur Leistung einer bestimmten Zahlung verpflichtet ist, die den Garantiennehmer für einen Verlust entschädigt, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seine vertraglichen Zahlungsverpflichtungen eines Schuldinstruments nicht vertragsgemäß erfüllt. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses wird die Verpflichtung aus einer Finanzgarantie erfasst. Dabei erfolgt der Ansatz einer Finanzgarantie bei der Helaba (Garantiegeber) zum beizulegenden Zeitwert, der bei Ausgeglichenheit der zu erwartenden Leistungen (Verpflichtungsbarwert) und Gegenleistungen in Form von ratiellen, nachschüssigen und marktgerechten Prämienzahlungen

(Prämienbarwert) dem Wert null entspricht. Im Rahmen der Folgebewertung wird für drohende Verluste aus einer Inanspruchnahme aus der Finanzgarantie eine Rückstellung gebildet.

Darüber hinaus werden Finanzgarantien, für die im Zugangszeitpunkt die FVO ausgeübt wurde, sowohl im Rahmen der Zugangsbewertung als auch im Rahmen der Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Die Bewertungsergebnisse werden im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO ausgewiesen.

(11) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

Der Helaba-Konzern tritt im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften sowohl als Pensionsgeber (Repo-Geschäfte) als auch als Pensionsnehmer (Reverse-Repo-Geschäfte) auf.

Repo-Geschäfte sind Verträge, bei denen ein Pensionsgeber ihm gehörende Wertpapiere an einen Pensionsnehmer gegen Zahlung eines bestimmten Betrags überträgt. Gleichzeitig wird vereinbart, dass der Pensionsnehmer die an ihn übertragenen oder gleichartige Wertpapiere zu einem festgelegten späteren Zeitpunkt gegen Zahlung eines im Voraus vereinbarten Entgelts an den Pensionsgeber zurückübertragen muss.

Aufgrund der unbedingten Verpflichtung zur Rückübertragung der Wertpapiere durch den Pensionsnehmer kommt es zu keinem bilanziellen Abgang der Wertpapiere beim Pensionsgeber und die Wertpapiere werden weiterhin in der Konzernbilanz entsprechend ihrer Bewertungskategorie gemäß IAS 39 bewertet und unter den Handelsaktiva oder innerhalb des Finanzanlagebestands ausgewiesen. Entsprechend werden die im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften vom Helaba-Konzern in Pension genommenen Wertpapiere nicht in der Konzernbilanz ausgewiesen, da es wirtschaftlich zu keinem Zugang kommt.

Sofern Repo-Geschäfte zu Handelszwecken abgeschlossen werden, wird die zufließende Liquidität als Verbindlichkeit unter den Handelspassiva ausgewiesen und zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Dabei wird der Unterschiedsbetrag zwischen erhaltener Zahlung und Rückzahlungsverpflichtung als Bestandteil des Bewertungsergebnisses im Handelsergebnis erfasst. Offenmarktgeschäfte, bei denen die Liquiditätssteuerung im Vordergrund steht, werden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bilanziert. Die vereinbarten Zinszahlungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Im umgekehrten Fall werden Liquiditätsabflüsse aus Reverse-Repo-Geschäften, sofern sie mit Handelsabsicht getätigt werden, als Forderungen innerhalb der Handelsaktiva bilanziert und ent-

sprechend bewertet. Die Bewertungsergebnisse werden, wie bei den Repo-Geschäften, entsprechend der Zweckbestimmung im Handelsergebnis erfasst.

Von den echten Wertpapierpensionsgeschäften sind Wertpapierleihegeschäfte abzugrenzen, bei denen der Helaba-Konzern sowohl als Verleiher als auch als Entleiher von Wertpapieren auftritt.

Hierbei werden Wertpapiere für einen begrenzten Zeitraum verliehen, wobei sich der Entleiher verpflichtet, mit Fristablauf Wertpapiere gleicher Art, Güte und Menge an den Verleiher zurückzuübertragen. Es handelt sich mithin um ein Sachdarlehen gemäß § 607 BGB. Während verliehene Wertpapiere beim Verleiher weiterhin im Wertpapierbestand (Handelsaktiva, Finanzanlagen) ausgewiesen und gemäß der zugeordneten Bewertungskategorie bewertet werden, erfolgt keine Bilanzierung und Bewertung entliehener Wertpapiere beim Entleiher.

Für Wertpapierleihegeschäfte gestellte Barsicherheiten werden unter den Forderungen, erhaltene Barsicherheiten unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen. Vom Helaba-Konzern gestellte Wertpapiersicherheiten werden weiterhin nach der ursprünglich gewählten Bilanzierungsmethode bilanziert.

Erträge und Aufwendungen aus Wertpapierleihegeschäften werden, sofern sie zu Handelszwecken abgeschlossen werden, im Handelsergebnis ausgewiesen. Ansonsten erfolgt der Ausweis im Zinsergebnis.

Aus Leerverkäufen von entliehenen Wertpapieren resultierende Verbindlichkeiten werden unter den Handelspassiva zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen.

(12) Bilanzierung von Leasingverhältnissen

Ein Leasinggeschäft wird als Operating-Leasingverhältnis klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand bei dem Leasinggeber liegen.

Demgegenüber sind solche Leasinggeschäfte, bei denen im Wesentlichen alle Chancen und Risiken auf den Leasingnehmer übertragen werden, als Finanzierungsleasing einzustufen.

Der Konzern als Leasinggeber

Soweit im Helaba-Konzern Operating-Leasinggeschäfte betrieben werden, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen oder unter den als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt nach den dort beschriebenen Grundsätzen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und in

den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Wenn der Leasingvertrag als Finanzierungsleasing klassifiziert ist, wird eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswerts zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gegenüber dem Leasingnehmer unter den Posten Forderungen an Kunden oder Forderungen gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen. Vereinnahmte Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgespalten. Der Zinsanteil wird im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Der Konzern als Leasingnehmer

Die gezahlten Leasingraten aus Operating-Leasingverhältnissen werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Vertragliche Vereinbarungen, die als Finanzierungsleasing zu klassifizieren sind, bestanden im Geschäftsjahr nicht.

(13) Währungsumrechnung

Die Umrechnung von Fremdwährungsgeschäften in den Abschlüssen der einbezogenen Unternehmen sowie die Umrechnung der Abschlüsse von ausländischen Geschäftsbetrieben mit einer von der Berichtswährung abweichenden funktionalen Währung erfolgen nach den Regelungen des IAS 21.

Sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie zum beizulegenden Zeitwert bewertete Eigenkapitalinstrumente (Aktien, Beteiligungen) in Fremdwährung werden zum Stichtagskurs umgerechnet. Nicht monetäre zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Posten (zum Beispiel Sachanlagen) werden mit dem Kurs zum Zugangszeitpunkt umgerechnet. Währungsumrechnungsdifferenzen werden, mit Ausnahme der aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten resultierenden Differenzen, in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Zur Umrechnung von in Fremdwährung aufgestellten Abschlüssen einbezogener Geschäftsbetriebe (Tochterunternehmen, Niederlassungen) wird zunächst mittels der Zeitbezugsmethode von der Fremdwährung in die funktionale Währung umgerechnet, sofern diese Währungen voneinander abweichen. Anschließend erfolgt die Umrechnung in die Berichtswährung (Euro) gemäß der modifizierten Stichtagskursmethode. Hierbei werden sämtliche monetären und nicht monetären Vermögenswerte und Schulden unter Verwendung des EZB-Referenzkurses des Bilanzstichtags in die Berichtswährung umgerechnet. Erträge und Aufwendungen der Berichtsperiode werden zum Periodendurchschnittskurs umgerechnet. Alle sich hieraus ergebenden Währungsumrechnungsdifferenzen werden bis zum Abgang oder zur Einstellung des ausländischen Geschäftsbetriebs in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Rücklage aus der Währungsumrechnung) ausgewiesen.

(14) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft wird durch Bildung von Einzelwertberichtigungen, pauschalieren Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen.

Im Helaba-Konzern wird zu jedem Bilanzstichtag eine Überprüfung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten der Kategorie LaR, die unter den Forderungen ausgewiesen werden, vorgenom-

men. Dabei unterliegen alle signifikanten Forderungen einer Einzelfallbetrachtung. Liegt ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vor, erfolgt eine Ermittlung des Wertberichtigungsbedarfs.

Wesentliche Hinweise für das Vorliegen einer Wertminderung sind beispielsweise:

- **Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen,**
- **ungeregelte Überziehung für mehr als 90 Tage,**
- **bonitätsbedingte Restrukturierung,**
- **Zwangsvollstreckungsmaßnahmen,**
- **Vorliegen der Voraussetzung auf Antrag oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens,**
- **Vorliegen von Stundungsmaßnahmen.**

Die Bildung einer Wertberichtigung ist erforderlich, wenn es wahrscheinlich ist, dass nicht alle vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungsleistungen erbracht werden können. Die Höhe der Einzelwertberichtigung ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem erzielbaren Betrag der Forderung. Der erzielbare Betrag entspricht dem Barwert der erwarteten Cashflows, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der Verwertung von Sicherheiten. Zur Diskontierung der erwarteten Cashflows wird der ursprüngliche Effektivzinssatz der Forderung herangezogen; bei Forderungen mit variablen Zinssätzen wird der aktuelle Zinssatz verwendet.

Bei unveränderten Zahlungserwartungen ergibt sich durch Zeitablauf eine Barwertänderung (Unwinding). Das Unwinding ist Bestandteil des Zinsertrags. Eine Zuführung oder Auflösung einer Einzelwertberichtigung wird als Risikovorsorge im Kreditgeschäft in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Sie resultiert aus seit dem letzten Bilanzstichtag eingetretenen Cashflows, die in ihrer Höhe von den erwarteten Beträgen abweichen, veränderten Erwartungen über zukünftige Cashflows sowie der Änderung von variablen Zinssätzen. Wechselkursveränderungen werden ebenfalls erfolgswirksam berücksichtigt.

Nicht signifikante Forderungen mit Hinweis auf eine Wertminderung werden in eng abgegrenzten Portfolios mit ähnlichen Risikostrukturen zusammengeführt und nach einheitlicher Methodik bewertet. In die Berechnung der pauschalierten Einzel-

wertberichtigungen gehen Daten aus der Kreditrisikomessung ein, insbesondere die ausfallgefährdeten Beträge, Sicherheiten und Ausfallwahrscheinlichkeiten. Länderrisiken sind dabei implizit berücksichtigt. Auf Basis dieser Methodik werden auch Portfoliowertberichtigungen gebildet, und zwar für Forderungen, bei denen keine objektiven Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen oder bei denen im Rahmen der Einzelermittlung kein Wertberichtigungsbedarf festgestellt wurde. Die Portfoliowertberichtigung dient der Abdeckung eingetretener, aber noch nicht identifizierter Wertminderungen. Hierzu werden erwartete Verluste mit Faktoren multipliziert, die den Zeitraum zwischen Eintritt und Identifizierung einer Wertminderung widerspiegeln. Die in die Bemessung der Portfoliowertberichtigung eingehenden Parameter aus der internen Kreditrisikosteuerung werden regelmäßig validiert und bei Bedarf angepasst. Bei wesentlichen Veränderungen des gesamtwirtschaftlichen oder branchenspezifischen Umfelds oder bezogen auf bestimmte Märkte, Regionen oder Kundengruppen können Adjustierungen der Portfoliowertberichtigungen durch Expertenschätzungen erforderlich sein, um eine angemessene Höhe der Risikovorsorge zu gewährleisten.

Die Risikovorsorge für bilanzielle Forderungen wird offen von den Forderungen an Kreditinstitute und den Forderungen an Kunden abgesetzt. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft (Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen) wird als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen. Die Ermittlung der Rückstellungshöhe entspricht weitgehend den Verfahren für das bilanzielle Kreditgeschäft. Zusätzlich wird jedoch die Ziehungswahrscheinlichkeit berücksichtigt.

Uneinbringliche Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigungen gebildet wurden, werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst. Die Abbildung der direkten Abschreibungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen erfolgt in der Position Risikovorsorge im Kreditgeschäft der Gewinn- und Verlustrechnung.

(15) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien sind Immobilien, die der langfristigen Erzielung von Mieterträgen beziehungsweise Wertsteigerungen dienen.

Bei der Zuordnung von gemischt genutzten Immobilien, das heißt Immobilien, die zum Teil vermietet und zum Teil selbst genutzt werden, wird zunächst geprüft, ob die einzelnen Teile gesondert veräußert oder vermietet werden können beziehungsweise ob ein aktiver Markt für die Immobilienteile vorhanden ist. Für den Fall, dass eine Aufteilung der Immobilie nicht möglich

ist, wird eine Klassifizierung als als Finanzinvestition gehaltene Immobilie nur dann vorgenommen, wenn der Anteil der Eigennutzung am Gesamtobjekt unwesentlich ist. Immobilien, deren selbst genutzter Anteil aus Konzernsicht wesentlich ist, werden gemäß IAS 16 bilanziert und unter den Sachanlagen ausgewiesen.

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sind zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur aktiviert, wenn daraus ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen

entsteht. Kosten für die Erhaltung werden hingegen sofort aufwandswirksam erfasst. Fremdkapitalkosten werden unter den Bedingungen des IAS 23 als Bestandteil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Die Gebäude werden planmäßig linear über ihre geschätzte wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Der Komponentenansatz kommt zur Anwendung, wenn sich wesentliche Bestandteile deutlich in ihrer wirtschaftlichen Nutzungsdauer unterscheiden.

Die Bandbreiten der zugrunde gelegten Nutzungsdauern bewegen sich in Abhängigkeit von der jeweiligen Nutzungsart der Immobilie in folgendem Rahmen:

▪ Wohn- und Geschäftshäuser	40–80 Jahre
▪ Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40–60 Jahre
▪ Spezialimmobilien	20–60 Jahre

Darüber hinausgehende Wertminderungen werden durch außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Zuschreibungen werden vorgenommen, wenn der Grund für die außerplanmäßige Abschreibung weggefallen ist.

Der Ausweis von Mieterträgen, Veräußerungsgewinnen und -verlusten sowie Abschreibungen und sonstigen direkt den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zurechenbaren Aufwendungen erfolgt im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Die in Anhangangabe (44) angegebenen Marktwerte der Immobilien werden nach international anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt. Für den überwiegenden Bestand des Konzerns an Wohngebäuden, Gewerbeobjekten, Garagen und Stellplätzen sowie unbebauten Grundstücken erfolgt die Bewertung durch unabhängige Sachverständige nach Marktwerten, insbesondere ermittelt auf Basis des Discounted-Cashflow-Verfahrens. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgt aufgrund der Kapitalanlagebasis des nachhaltigen erreichbaren Mieteinkommens unter Berücksichtigung der Bewirtschaftungskosten und erwarteter Leerstandsquoten.

Für die Bewertung werden die Immobilien aufgrund einer Standort- und Objektbeurteilung strukturiert und in Cluster unterteilt. Grundlage hierfür sind die Parameter Markt (Makro-Standort), Standort (Mikro-Standort), Objekt und Qualität des Cashflows. Dabei werden in sich homogene Gruppen gebildet, die sich untereinander in Bezug auf die Lage und die Qualität der Verwaltungseinheiten und damit ihr jeweiliges Risiko unterscheiden.

Auf Basis der gebildeten Cluster wurden folgende Grundsätze angewendet:

- **Ableitung von jährlichen Mietsteigerungsraten;**
- **Ableitung von nicht umlagefähigen Betriebskosten;**
- **Ableitung von effektiven Leerstandsquoten;**
- **Ableitung von Kapitalisierungs- und Diskontierungszinssätzen.**

Auf Basis der Immobilien wurden folgende Grundsätze angewendet:

- **Festlegung der Marktmiete zum Bewertungsstichtag;**
- **Festlegung der Kosten für Instandhaltung, Verwaltung und sonstige Aufwendungen;**
- **Entwicklung der Miete je m² Mietfläche aus der Fortschreibung der Marktmiete und der Ist-Miete;**
- **Entwicklung des Leerstands bei clusterspezifischen Annahmen zum Zielleerstand;**
- **Entwicklung der Kosten für Instandhaltung, Verwaltung, nicht umlagefähige Betriebskosten, sonstige Aufwendungen sowie gegebenenfalls Erbbauzinsen.**

Die Ermittlung der Cashflows erfolgt in zwei Schritten. Über einen Detailprognosezeitraum von zehn Jahren ergeben sich die Einzahlungen aus den derzeitigen Soll-Mieten bei unterstellter Vollvermietung, vermindert durch Ertragsschmälerungen aufgrund aktueller Leerstände im ersten Jahr respektive angenommener struktureller Leerstände in den Folgejahren zwei bis zehn. Der so ermittelte Betrag, vermindert um Verwaltungskosten, nicht umlagefähige Betriebskosten, Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten sowie Erbbauzinsen, ergibt den freien zu diskontierenden Cashflow vor Steuern und Kapitaldienst. Im elften Jahr wird ein hypothetischer Verkauf der Immobilie unterstellt, der Verkaufswert wird als Restwert der Berechnung zugrunde gelegt. Die Summe der Barwerte der Zahlungsströme des Detailprognosezeitraums und des hypothetischen Wiederverkaufs stellt den beizulegenden Zeitwert der Immobilie dar.

Der Diskontierungssatz besteht aus einem risikolosen Zinssatz sowie Zu- und Abschlägen für bestehende Immobilien-, Lage- und Marktrisiken.

(16) Sachanlagen

Unter den Sachanlagen sind selbst genutzte Grundstücke und Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien im Bau (sofern sie nicht für die zukünftige Nutzung als Finanzinvestition erstellt oder entwickelt werden oder die Voraussetzungen für den Ausweis als Vorratsvermögen erfüllen) sowie Leasinggegenstände, die im Rahmen von Operating-Leasinggeschäften vermietet werden, ausgewiesen.

Sachanlagen werden zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Diese umfassen den Kaufpreis sowie alle direkt zurechenbaren Kosten, die anfallen, um den Vermögenswert in betriebsbereiten Zustand zu versetzen. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur aktiviert, wenn daraus ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen entsteht. Kosten für die Erhaltung von Sachanlagen werden hingegen sofort aufwandswirksam erfasst.

Abnutzbare Vermögenswerte des Sachanlagevermögens werden planmäßig linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer unter Berücksichtigung rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen abgeschrieben. Eine Ausnahme bilden geringwertige Wirtschaftsgüter, die bereits im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben werden.

(17) Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten sind im Wesentlichen Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung und Software ausgewiesen.

Geschäfts- oder Firmenwerte werden mindestens jährlich und anlassbezogen bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Wertminderung auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft. Der Werthaltigkeitstest erfolgt für jede zahlungsmittelgenerierende Einheit, der ein Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet wurde. Die Zuordnung erfolgt zu den jeweils identifizierbaren Gruppen von Mittelzuflüssen erzeugenden Vermögenswerten, die weitgehend unabhängig von Mittelzuflüssen aus anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten sind und die aus den Synergien des Zusammenschlusses Nutzen ziehen sollen. Bei der Ermittlung, ob ein Vermögenswert oder eine Gruppe von Vermögenswerten größtenteils von anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten unabhängige Mittelzuflüsse erzeugen, fließen diverse Faktoren ein, einschließlich der Art der Steuerung der Unternehmenstätigkeit durch das Management. Beim Werthaltigkeitstest wird der so genannte erzielbare Betrag mit dem Nettobuchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit inklusive Buchwerten der zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerte verglichen. Der erzielbare Betrag ist der höhere

Die Bandbreite der erwarteten Nutzungsdauern stellt sich wie folgt dar:

▪ Gebäude	25 – 80 Jahre
▪ Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 – 30 Jahre
▪ Leasinggegenstände	3 – 25 Jahre

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen und der Buchwert einer Sachanlage den höheren Wert aus Nettoveräußerungspreis und Nutzungswert überschreitet. Fallen die Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung in Folgejahren weg, erfolgt eine Zuschreibung höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Planmäßige Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen sind im Verwaltungsaufwand, außerplanmäßige Abschreibungen sowie Gewinne und Verluste aus Anlageabgängen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Wert von Nutzungswert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten. Sofern keine zeitnahen vergleichbaren Transaktionen oder beobachtbaren Marktpreise vorliegen, erfolgt im Regelfall eine Wertermittlung nach einem ertragswertorientierten Modell, das die erwarteten künftigen Ertragsüberschüsse barwertig bewertet. Die Ertragswertungen werden aus Planungsrechnungen und individuellen Annahmen über Wachstumstrends von Erlösen und Kosten abgeleitet. Für den zu berücksichtigenden Zeitraum nach dem Planungszeitraum wird aus der Planung ein nachhaltiges Ergebnis für das Modell der ewigen Rente abgeleitet. Die Barwertberechnung erfolgt durch den Ansatz aktueller langfristiger lokaler Marktzinsen und die Berücksichtigung eines Risikozuschlags, der sich aus einer Marktrisikoprämie und einem Beta-Faktor ergibt. Sofern der Geschäfts- oder Firmenwert aus einer Objektgesellschaft resultiert, kann eine Zeitwertermittlung auch objektbezogen erfolgen. Eine Wertminderung liegt vor, wenn der Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit den erzielbaren Betrag übersteigt. Dann wird eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe der Differenz vorgenommen, die im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen wird.

Software wird zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und planmäßig über einen Zeitraum von überwiegend drei Jahren abgeschrieben. Die Abschreibung der erworbenen Auftragsbestände erfolgt entsprechend ihrer vertraglichen Laufzeit. Planmäßige Abschreibungen auf Software

und sonstige immaterielle Vermögenswerte sind im Verwaltungsaufwand enthalten. Außerplanmäßige Abschreibungen sowie Abgangsergebnisse werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis gezeigt.

(18) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Langfristige Vermögenswerte, die zur Veräußerung gehalten werden, sowie bereits mit Weiterveräußerungsabsicht erworbene Tochterunternehmen werden ebenso wie Abgangsgruppen nach IFRS 5 und die mit diesen Vermögenswerten in Zusammenhang stehenden Verbindlichkeiten in gesonderten Bilanzposten ausgewiesen. In der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt für mit Weiterveräußerungsabsicht erworbene Tochterunternehmen ein Ausweis der Erträge und Aufwendungen einschließlich der Veränderungen latenter Steuern im Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen.

Voraussetzung für die Bilanzierung nach IFRS 5 ist eine hohe Wahrscheinlichkeit für eine tatsächliche Veräußerung innerhalb von zwölf Monaten.

Bis zum Vorliegen der Voraussetzungen werden die Vermögenswerte nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften bewertet. Sobald die Voraussetzungen nach IFRS 5 erfüllt sind, erfolgt ab diesem Zeitpunkt eine Bewertung mit dem niedrigeren Wert aus dem Vergleich des Buchwerts und des erzielbaren Nettoveräußerungswerts.

(19) Sonstige Aktiva und sonstige Passiva

Die sonstigen Aktiva enthalten Immobilien des Vorratsvermögens, die im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zum Verkauf bestimmt sind. Sie umfassen sowohl fertiggestellte Immobilien als auch im Bau befindliche Objekte, die selbst entwickelt und vermarktet werden. Die Bewertung der Immobilien erfolgt zum niedrigeren Wert aus Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten und dem Nettoveräußerungswert, das heißt dem geschätzten erzielbaren Verkaufserlös abzüglich der noch erwarteten Kosten für die Fertigstellung und den Verkauf.

Fremdkapitalzinsen werden aktiviert, sofern die Bedingungen dafür erfüllt sind. Erträge und Aufwendungen aus Immobilien des Vorratsvermögens werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

In den sonstigen Aktiva beziehungsweise Passiva werden ferner Vermögenswerte beziehungsweise Schulden ausgewiesen, die für sich betrachtet von untergeordneter Bedeutung sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können.

(20) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die betriebliche Altersversorgung im Helaba-Konzern umfasst verschiedene Arten von Versorgungsplänen. Es bestehen sowohl Beitragszusagen (Defined Contribution Plans) als auch Leistungszusagen (Defined Benefit Plans).

Für Beitragszusagen werden festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger entrichtet. Da für den Konzern keine weiteren Zahlungsverpflichtungen bestehen, werden für diese Zusagen grundsätzlich keine Rückstellungen gebildet. Die laufenden Beiträge für Beitragszusagen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Im Rahmen der Leistungszusagen bestehen sowohl Gesamtversorgungszusagen als auch Endgehaltspläne und Rentenbausteinsysteme. Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögenswerte, die gemäß IAS 19 Planvermögen darstellen und

mit den Pensionsverpflichtungen verrechnet werden. Ergibt sich dadurch eine Vermögensüberdeckung, ist der Ansatz des Nettovermögenswerts begrenzt auf den Barwert der damit verbundenen wirtschaftlichen Vorteile, über die der Konzern während der Laufzeit des Versorgungsplans oder nach deren Erfüllung verfügen kann (Asset Ceiling). Wirtschaftliche Vorteile können beispielsweise in Form von Rückerstattungen oder der Minderung von Beitragszahlungen bestehen.

Die Pensionsverpflichtungen aus Leistungszusagen werden jährlich durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie ein aktueller Marktzins zugrunde gelegt werden. Dieser Diskontierungszinssatz orientiert sich an der Verzinsung währungskongruenter erstklas-

siger Industrieanleihen mit einer der gewichteten durchschnittlichen Laufzeit der Zahlungsverpflichtungen entsprechenden Fristigkeit. Dabei wird im Inland ein Referenzzinssatz verwendet, der eine breite Anzahl von AA-eingestuften Anleihen berücksichtigt und um statistische Ausreißer bereinigt ist. Bei der Festlegung dieses Zinssatzes orientiert sich die Helaba im Wesentlichen an der Zinsempfehlung von Mercer. Der tatsächlich verwendete Zinssatz liegt in einem Intervall mit einer Breite von 0,5 Prozentpunkten, in dem drei erwartete Szenarien gerechnet werden. Es wird ausgehend von der Zinsempfehlung von Mercer der Zinssatz des Szenarios verwendet, der unter Berücksichtigung der Duration und der Zinsempfehlung anderer Aktuarien als bester Schätzer anzusehen ist. Durch dieses Vorgehen sollen positive oder negative Ausreißer vermieden werden.

Gemäß IAS 19 wird der in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassende Pensionsaufwand für Leistungszusagen bereits maßgeblich zu Beginn eines Geschäftsjahres bestimmt. Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen die Nettozinskomponente und den laufenden Dienstzeitaufwand.

Die Nettozinskomponente umfasst sowohl den Aufwand aus der Aufzinsung des Barwerts der Pensionsverpflichtung als auch den rechnerischen Zinsertrag aus dem Planvermögen. Sie wird durch Multiplikation der Nettoschuld (Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung abzüglich Planvermögen) zu Beginn der Periode mit dem dann gültigen Diskontierungszinssatz ermittelt, wobei erwartete unterjährige Beiträge und Rentenzahlungen berücksichtigt werden. Die Nettozinskomponente umfasst im

Fall einer Planüberdeckung auch das Zinsergebnis aus einer etwaigen Begrenzung des Planvermögensüberhangs. Der Nettozinsaufwand ist im Zinsüberschuss enthalten.

Der laufende Dienstzeitaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Ändert sich der Barwert einer leistungsorientierten Zusage aufgrund einer Planänderung oder einer Plankürzung, werden die daraus resultierenden Effekte als nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand in dem Zeitpunkt erfolgswirksam im Verwaltungsaufwand erfasst, in dem die Planänderung oder Plankürzung eintritt. Etwaige Gewinne oder Verluste aus einer Abgeltung von leistungsorientierten Versorgungszusagen werden ebenso behandelt.

Abweichungen zwischen den versicherungsmathematischen Annahmen zu Beginn der Periode und der tatsächlichen Entwicklung während des Geschäftsjahres sowie die Aktualisierung der Bewertungsparameter zum Geschäftsjahresende führen zu Neubewertungseffekten, die erfolgsneutral im Eigenkapital ausgewiesen werden.

Ist der Helaba-Konzern an leistungsorientierten gemeinschaftlichen Plänen mehrerer Arbeitgeber beteiligt, für die keine hinreichend verlässlichen Informationen zur Verfügung stehen, um sie als solche zu bilanzieren, werden sie wie beitragsorientierte Pläne behandelt und ergänzende Informationen bereitgestellt.

(21) Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen werden gemäß IAS 37 gebildet, sofern dem Helaba-Konzern aus einem vergangenen Ereignis eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung erwachsen ist, die wahrscheinlich zu einem Ressourcenabfluss führen wird und zuverlässig geschätzt werden kann. Die betragliche Höhe beziehungsweise der Fälligkeitstermin der Verpflichtung sind dabei ungewiss. Der als Rückstellung angesetzte Betrag entspricht der bestmöglichen Schätzung der Ausgabe, die zur Begleichung der

Verpflichtung am Bilanzstichtag erforderlich ist. Langfristige Rückstellungen werden mit dem Barwert ausgewiesen, sofern der Effekt der Abzinsung wesentlich ist. Die Abzinsung erfolgt mit einem marktüblichen und risikoadäquaten Zinssatz.

In den anderen Rückstellungen sind darüber hinaus Rückstellungen für den Personalbereich enthalten, die nach IAS 19 bewertet werden.

(22) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Laufende Ertragsteueransprüche beziehungsweise verpflichtungen werden mit den aktuellen Steuersätzen berechnet, die zum Zeitpunkt der Entstehung der jeweiligen Steuer zur Anwendung kommen.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden grundsätzlich auf Basis des bilanzorientierten Ansatzes auf temporäre Differenzen zwischen den Buchwerten von Vermögenswerten und Verpflichtungen in der Bilanz nach IFRS und dem entsprechenden Steuerwert gebildet. Sie werden mit den Steuersätzen bewertet, die zum Berichtsstichtag beschlossen und für den Zeitpunkt der Realisierung der latenten Steuern maßgeblich sind. Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente Steuern ange-

setzt. Sind bei Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten und ist deren Nutzbarkeit wahrscheinlich, erfolgt der Ansatz aktiver latenter Steuern. Für steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern nur dann angesetzt, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit von einer zukünftigen Nutzung ausgegangen werden kann. Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden unter der Voraussetzung gleicher Steuerart und Steuerbehörde saldiert. Eine Abzinsung erfolgt nicht. Latente Steuern auf erfolgsneutral entstandene temporäre Differenzen werden erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst. Die tatsächlichen und latenten Steueransprüche und -verpflichtungen werden in den Anhangangaben zu den Posten Ertragsteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen gesondert ausgewiesen.

(23) Nachrangkapital

Als Nachrangkapital werden Genussrechtsemissionen, verbriefte und unverbrieft nachrangige Verbindlichkeiten sowie stille Einlagen, die aufgrund in IAS 32 definierter Abgrenzungskriterien als Fremdkapital klassifiziert werden müssen, ausgewiesen.

Die unter dem Nachrangkapital ausgewiesenen Finanzinstrumente sind grundsätzlich der Kategorie Finanzielle Verbindlichkeiten (OL) zugeordnet und zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Zur Vermeidung von Bewertungsinkongruenzen werden für Teile des Nachrangkapitals Mikro Fair Value Hedges oder die FVO genutzt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(24) Zinsüberschuss

in Mio. €

	2017	2016
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	2.357	2.531
Festverzinslichen Wertpapieren	213	246
Sicherungsderivaten des Hedge Accounting	246	239
Nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	774	879
Finanzinstrumenten der FVO	66	66
Finanziellen Verbindlichkeiten (negative Zinsen)	45	22
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	18	24
Anteilen an verbundenen Unternehmen	1	1
Beteiligungen	7	14
Zinserträge	3.727	4.022
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	-943	-1.024
Verbrieften Verbindlichkeiten	-334	-332
Nachrangkapital	-135	-146
Sicherungsderivaten des Hedge Accounting	-190	-223
Nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	-728	-795
Finanzinstrumenten der FVO	-212	-208
Finanziellen Vermögenswerten (negative Zinsen)	-57	-20
Rückstellungen	-34	-43
Zinsaufwendungen	-2.633	-2.791
Gesamt	1.094	1.231

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind so genannte Unwinding-Effekte, die sich aus der Aufzinsung von wertgeminderten Forderungen bei sonst unveränderten Zahlungserwartungen ergeben, in Höhe von 9 Mio. € (2016: 18 Mio. €) enthalten.

In den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind Dividenden und Ausschüttungen aus Finanzinstrumenten der Fair Value-Option in Höhe von 4 Mio. € (2016: 4 Mio. €) enthalten.

In den laufenden Erträgen aus Anteilen an verbundenen Unternehmen sind neben Dividenden auch Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen ausgewiesen.

Unter den Zinsaufwendungen aus Rückstellungen sind Nettozinsaufwendungen aus Pensionsverpflichtungen in Höhe von -33 Mio. € (2016: -41 Mio. €) enthalten. Die Reduktion ist auf den Rückgang des inländischen Rechnungszinssatzes zwischen dem

31. Dezember 2016 (1,75 %) und dem 31. Dezember 2015 (2,5 %) zurückzuführen, die maßgebend sind für die Aufzinsung im jeweiligen Folgejahr.

(25) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in Mio. €

	2017	2016
Zuführungen	-192	-354
Wertberichtigungen auf Forderungen	-171	-325
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	-21	-29
Auflösungen	223	195
Wertberichtigungen auf Forderungen	196	169
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	27	26
Direktabschreibungen auf Forderungen	-4	-6
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	29	11
Gesamt	56	-154

(26) Provisionsüberschuss

in Mio. €

	2017	2016
Kredit- und Avalgeschäft	37	37
Zahlungsverkehr und Außenhandelsgeschäft	116	104
Vermögensverwaltung und Fondskonzeption	93	86
Wertpapier- und Depotgeschäft	44	47
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	21	23
Verwaltung öffentlicher Zuschuss- und Förderprogramme	38	37
Bauspargeschäft	-11	-12
Treuhandgeschäft	2	3
Sonstiges	14	15
Gesamt	354	340

Provisionen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften werden innerhalb des Handelsergebnisses ausgewiesen.

(27) Handelsergebnis

in Mio. €

	2017	2016
Kursbezogenes Geschäft	3	3
Aktien	8	24
Aktienderivate	5	-16
Begebene Aktien-/Indexzertifikate	-10	-5
Zinsbezogenes Geschäft	198	149
Originäres zinsbezogenes Geschäft	54	164
Zinsderivate	144	-15
Währungsbezogenes Geschäft	90	5
Devisen	220	96
FX-Derivate	-130	-91
Ergebnis aus Kreditderivaten	-10	1
Warenbezogenes Geschäft	6	6
Provisionsergebnis	-19	-18
Gesamt	268	146

Das Handelsergebnis umfasst neben Veräußerungs- und Bewertungsergebnissen aus mit Handelsabsicht gehaltenen derivativen und nicht derivativen Finanzinstrumenten auch die aus Handelsbeständen resultierenden laufenden Zinsen und Dividenden sowie Provisionen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften.

Das Ergebnis aus dem originären zinsbezogenen Geschäft setzt sich vor allem aus den Ergebnisbeiträgen von festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Geldhandelsgeschäften sowie begebenen Geldmarktpapieren zusammen.

(28) Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option

in Mio. €

	2017	2016
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	-206	-35
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der FVO	88	86
Gesamt	-118	51

Dieser Posten enthält die Ergebnisse aus ökonomischen Hedges (Grundgeschäfte und Derivate). Darüber hinaus werden hier die realisierten und unrealisierten Ergebnisse weiterer freiwillig zum beizulegenden Zeitwert designierter Finanzinstrumente erfasst.

Zins- und Dividendenerträge aus Finanzinstrumenten der FVO sind im Zinsüberschuss erfasst. Von dem Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten entfallen 1 Mio. € (2016: 3 Mio. €) auf Kreditderivate.

(29) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen enthält die Bewertungsergebnisse der abgesicherten Grundgeschäfte und der Sicherungsinstrumente des Hedge Accounting.

in Mio. €

	2017	2016
Bewertungsergebnis aus Sicherungsinstrumenten	-53	15
Bewertungsergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	44	-20
Gesamt	-9	-5

(30) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden die Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Finanzanlagen der Kategorie AfS ausgewiesen.

in Mio. €

	2017	2016
Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS	25	19
Anteile an verbundenen Unternehmen	1	1
Beteiligungen	17	12
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6	6
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1	-
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS	-9	26
Wertminderungen	-9	-2
Zuschreibungen	-	28
Gesamt	16	45

(31) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen umfasst die ergebniswirksam erfassten Erfolgsbeiträge aus Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden.

in Mio. €

	2017	2016
Ergebnis aus at Equity bewerteten Gemeinschaftsunternehmen	14	5
Ergebnis aus at Equity bewerteten assoziierten Unternehmen	5	3
Gesamt	19	8

(32) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. €

	2017	2016
Sonstige betriebliche Erträge	528	447
Miet- und Leasingerträge (Operating Lease)	344	326
Erträge aus dem Abgang von nichtfinanziellen Vermögenswerten	51	31
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	30	14
Erträge aus nicht bankgeschäftlichen Dienstleistungen	33	31
Zuschreibungen zu nichtfinanziellen Vermögenswerten	1	3
Erträge aus der Entkonsolidierung von Tochterunternehmen	6	–
Übrige sonstige betriebliche Erträge	63	42
Sonstige betriebliche Aufwendungen	–449	–328
Betriebskosten von nicht selbst genutzten Immobilien	–159	–155
Aufwendungen aus dem Abgang von nichtfinanziellen Vermögenswerten	–1	–
Abschreibungen auf nichtfinanzielle Vermögenswerte	–98	–37
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte	–68	–31
Aufwendungen aus der Entkonsolidierung von Tochterunternehmen	–6	–5
Restrukturierungsaufwendungen	–10	–2
Aufwendungen aus Gewinnabführung	–3	–1
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	–104	–97
Gesamt	79	119

Die wesentlichen Komponenten des sonstigen betrieblichen Ergebnisses sind Erträge und Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sowie Leasingerträge.

In den Abschreibungen auf nichtfinanzielle Vermögenswerte sind neben den planmäßigen Abschreibungen auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien, einmalige Belastungen aus außerplanmäßigen Abschreibungen enthalten. Davon entfallen auf Vorratsimmobilien –26 Mio. € (2016: –3 Mio. €), Software –31 Mio. € (2016: 0 Mio. €), auf Sachanlagen –4 Mio. € (2016: 0 Mio. €) und auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien –1 Mio. € (2016: 0 Mio. €).

Die Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte betreffen den Firmenwert an der Frankfurter Sparkasse.

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen entfallen folgende Beträge auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien:

in Mio. €

	2017	2016
Erträge aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	352	326
Mieterträge	324	307
Erträge aus dem Abgang	28	19
Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	–194	–185
Betriebskosten von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	–156	–150
Davon: aus vermieteten Immobilien	–156	–150
Abschreibungen	–37	–34
Übrige Aufwendungen	–1	–1
Gesamt	158	141

(33) Verwaltungsaufwand

in Mio. €

	2017	2016
Personalaufwand	-646	-625
Löhne und Gehälter	-511	-509
Soziale Abgaben	-73	-72
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-62	-44
Andere Verwaltungsaufwendungen	-630	-569
Gebäude- und Raumaufwendungen	-58	-59
IT-Aufwendungen	-222	-175
Pflichtbeiträge, Prüfungs- und Beratungsaufwendungen	-220	-203
Aufwendungen für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	-34	-38
Aufwendungen des Geschäftsbetriebs	-96	-94
Abschreibungen	-36	-38
Auf Sachanlagen	-22	-23
Auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-14	-15
Gesamt	-1.312	-1.232

Die Pflichtbeiträge enthalten den erfolgswirksamen Teil der Beiträge zum europäischen Abwicklungsfonds in Höhe von -38 Mio. € (2016: -37 Mio. €).

(34) Ertragsteuern

in Mio. €

	2017	2016
Tatsächliche Steuern	- 189	- 135
Latente Steuern	- 2	- 74
Gesamt	- 191	- 209

Der im Berichtsjahr angefallene tatsächliche Steueraufwand resultiert im Wesentlichen aus den inländischen Stellen der Bank (- 66 Mio. €; 2016: - 52 Mio. €), der Frankfurter Sparkasse (- 27 Mio. €; 2016: - 31 Mio. €), der GWH Immobilien GmbH (- 20 Mio. €, 2016: - 15 Mio. €) und aus den Niederlassungen London (- 37 Mio. €, 2016: - 11 Mio. €) und New York (- 34 Mio. €; 2016: - 24 Mio. €). Er beinhaltet Aufwendungen für Vorjahre von - 8 Mio. € (2016: Erträge von 2 Mio. €).

Der tatsächliche Steueraufwand wurde im Berichtsjahr wie im Vorjahr nicht von der Nutzung von Verlustvorträgen beeinflusst.

Der latente Steueraufwand des Berichtsjahres resultiert im Wesentlichen aus der Entstehung beziehungsweise Realisierung von

temporären Differenzen in Höhe von - 2 Mio. € (2016: - 74 Mio. €). Darin enthalten sind latente Steuererträge für Vorjahre von 9 Mio. € (2016: 5 Mio. €). Aus Steuersatzänderungen in den USA ergaben sich im Berichtsjahr Steueraufwendungen in Höhe von - 11 Mio. € (2016: 0 Mio. €). Die Nutzung beziehungsweise Entstehung steuerlicher Verlustvorträge ergab im Berichtsjahr per saldo einen latenten Steuerertrag von 2 Mio. € (2016: 0 Mio. €).

Für Zwecke der Überleitungsrechnung stellt die Helaba auf den anzuwendenden Steuersatz des Mutter- unternehmens ab und verwendet den gerundeten tariflichen Ertragsteuersatz der Helaba Bank Inland in Höhe von 32 %.

in Mio. €

	2017	2016
Ergebnis vor Steuern	447	549
Anzuwendender Ertragsteuersatz in %	32	32
Erwarteter Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr	- 143	- 176
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze	- 3	2
Auswirkungen von Steuersatzänderungen	- 11	-
Im Geschäftsjahr erfasste Steuern aus Vorjahren	- 9	7
Steuerfreie Erträge	15	3
Nicht abziehbare Betriebsausgaben	- 25	- 37
Gewerbsteuerliche Hinzurechnungen/Kürzungen	10	7
Geschäfts- oder Firmenwertabschreibungen	- 21	- 10
Wertberichtigungen und Ansatzkorrekturen	1	1
Sonstige Auswirkungen	- 5	- 6
Ertragsteueraufwand	- 191	- 209

Neben den erfolgswirksam erfassten Ertragsteuern werden weitere latente Steuern auf die Bestandteile des sonstigen Ergebnisses gebildet. Die nachfolgende Tabelle enthält eine Aufgliederung der erfolgsneutral erfassten Gewinne und Verluste und der auf sie entfallenden latenten Steuern:

in Mio. €

	Vor Steuern		Steuern		Nach Steuern	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:						
Neubewertungen der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	116	-168	-34	48	82	-120
Posten, die anschließend in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:						
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-66	63	23	-14	-43	49
Veränderung aus der Währungsumrechnung	-20	7	-	-	-20	7
Gesamt	30	-98	-11	34	19	-64

(35) Segmentberichterstattung

in Mio. €

	Immobilien		Corporate Finance		Financial Markets		Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft	
	2017	2016 ¹⁾	2017	2016 ¹⁾	2017	2016 ¹⁾	2017	2016 ¹⁾
Zinsüberschuss	357	376	308	337	42	79	341	352
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1	-3	-78	-226	2	-1	1	10
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	358	373	230	111	44	78	342	362
Provisionsüberschuss	16	20	8	12	81	84	173	154
Handelsergebnis	-	-	-	-	235	127	26	30
Ergebnis aus nicht mit Handels- absicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	2	5	-	-	-121	40	2	15
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-	-	-	-	-9	-5	-	-
Ergebnis aus Finanzanlagen	1	1	1	-1	-	-	5	5
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	23	14	-	-	-	-	-	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	220	215	-6	-44	6	5	6	9
Summe Erträge	620	628	233	78	236	329	554	575
Verwaltungsaufwand	-243	-227	-139	-132	-232	-215	-472	-476
Ergebnis vor Steuern	377	401	94	-54	4	114	82	99
Vermögen (Mrd. €)	32,6	34,5	26,9	28,3	28,2	33,8	34,6	35,6
Verbindlichkeiten (Mrd. €)	3,7	3,5	3,9	4,6	62,1	68,4	58,8	57,1
Risikogewichtete Aktiva (Mrd. €)	15,6	16,1	13,2	13,9	6,1	7,8	5,9	5,8
Alloziertes Kapital (Mio. €)	2.799	2.740	1.806	1.715	814	942	1.292	1.166
Rentabilität des allozierten Kapitals (%)	13,5	14,7	5,2	-	0,4	12,2	6,4	8,6
Cost-Income-Ratio	39,3	35,9	44,7	43,5	99,2	65,0	85,3	84,1

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Die Abbildung des Ergebnisses aus den zentral gehaltenen Liquiditätswertpapieren wurde angepasst.

in Mio. €

	Öffentliches Förder- und Infra- strukturgeschäft		Sonstige		Konsolidierung/ Überleitung		Konzern	
	2017	2016	2017	2016 ¹⁾	2017	2016	2017	2016
Zinsüberschuss	49	46	-45	-45	42	86	1.094	1.231
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-	-	132	64	-2	2	56	-154
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	49	46	87	19	40	88	1.150	1.077
Provisionsüberschuss	40	39	35	32	1	-1	354	340
Handelsergebnis	-	-	-	-	7	-11	268	146
Ergebnis aus nicht mit Handels- absicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	-	-	-1	-9	-	-	-118	51
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-	-	-	-	-	-	-9	-5
Ergebnis aus Finanzanlagen	-1	-	10	40	-	-	16	45
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	-	-	-4	-6	-	-	19	8
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-	-	-110	-25	-37	-41	79	119
Summe Erträge	88	85	17	51	11	35	1.759	1.781
Verwaltungsaufwand	-69	-63	-221	-169	64	50	-1.312	-1.232
Ergebnis vor Steuern	19	22	-204	-118	75	85	447	549
Vermögen (Mrd. €)	16,8	16,6	29,0	23,2	-9,8	-6,8	158,3	165,2
Verbindlichkeiten (Mrd. €)	17,1	16,9	10,0	8,9	2,7	5,8	158,3	165,2
Risikogewichtete Aktiva (Mrd. €)	1,2	1,1	7,8	8,1	-	-	49,8	52,8
Alloziertes Kapital (Mio. €) ¹⁾	151	128	1.004	952	-	-	7.866	7.643
Rentabilität des allozierten Kapitals (%) ¹⁾	12,5	17,1	-	-	-	-	5,7	7,2
Cost-Income-Ratio	78,4	74,2	-	-	-	-	77,0	63,7

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Die Abbildung des Ergebnisses aus den zentral gehaltenen Liquiditätswertpapieren wurde angepasst.

Der Segmentbericht ist in die fünf nachstehend erläuterten Geschäftssegmente gegliedert:

- Im Geschäftssegment Immobilien werden die Geschäftsbereiche Immobilienkreditgeschäft und Immobilienmanagement abgebildet. Damit sind die Leistungen der Helaba für Immobilienkunden in einem Geschäftssegment zusammengefasst. Die Produktpalette erstreckt sich von klassischen Immobilienfinanzierungen im In- und Ausland über wohnwirtschaftliche Beteiligungen, die Planung und Betreuung von eigenen und fremden Immobilien- sowie Public-Private-Partnership-Projekten bis hin zum Facility Management. Diesem Geschäftssegment sind die OFB-Gruppe sowie die GWH-Gruppe zugeordnet.
- Das Geschäftssegment Corporate Finance enthält den Geschäftsbereich Corporate Finance. Im Segment sind speziell auf Unternehmen abgestimmte Finanzierungslösungen zusammengefasst. Dazu gehören strukturierte Finanzierungen, Anlagefinanzierungen, Asset Backed Securities, Leasingfinanzierungen sowie Strukturierung und Vertrieb von Fondskonzepten. Bestimmte Objektgesellschaften der HANNOVER LEASING werden als Zweckgesellschaften der Helaba gemäß IFRS 10 vollkonsolidiert und im Segment Corporate Finance

abgebildet. Die sonstigen Ergebnisbeiträge der Gruppe HANNOVER LEASING bis zu deren wirtschaftlichem Abgang im Juli 2017 werden ebenfalls hier ausgewiesen.

- Das Geschäftssegment Financial Markets umfasst die Ergebnisse der Geschäftsbereiche Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung, Sales Öffentliche Hand, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften sowie diverser Zweckgesellschaften und der Beteiligung Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH. In diesem Segment werden primär die Treasury- sowie die Handels- und Sales-Aktivitäten der Bank abgebildet. Im Produktportfolio Financial Markets befinden sich klassische Kapitalmarktprodukte, Finanzinstrumente zur Zins-, Währungs-, Kreditrisiko- und Liquiditätssteuerung sowie auf Bedürfnisse von Unternehmen und der öffentlichen Hand zugeschnittene Finanzierungslösungen. Darüber hinaus gehören die klassische Vermögensbetreuung und -verwaltung sowie das Management von Spezial- und Publikumsfonds für institutionelle Anleger und die Betreuung von Master-KAG-Mandaten zu den Asset-Management-Produkten bei der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH.
- Im Geschäftssegment Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft werden das Retail Banking, das Private Banking, die Verbundbank und die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen erfasst. Die Frankfurter Sparkasse bildet die Ergebnisse aus den klassischen Produkten einer Retail-Bank ab. Das Produktspektrum im Private Banking wird durch die Gruppe Frankfurter Bankgesellschaft komplettiert. Im zentralen Fokus dieses Geschäftssegments stehen die Betreuung der Sparkassen und deren Kunden, für die Produkte entwickelt und bereitgestellt werden.
- Im Geschäftssegment Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft wird im Wesentlichen der Geschäftsbereich Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen dargestellt. In diesem Segment werden somit die Ergebnisse aus Tätigkeiten der Helaba in Zusammenhang mit den Fördermaßnahmen in den Bereichen Infrastruktur- und Wirtschaftsförderung, Wohnungs- und Städtebau sowie Landwirtschaft und europäische Strukturfonds zusammengefasst.

Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Im Berichtsjahr wurden die Wertpapierbestände im Bankbuch, die zur Liquiditätsabsicherung vorgehalten werden, aus dem Segment Financial Markets herausgelöst und in einer zentralen Einheit Liquiditätsabsicherungsbestand gebündelt. Diese wird dem Segment Sonstige zugeordnet. Die Aufwendungen aus die-

sen Wertpapierbeständen werden verursachungsgerecht auf die Segmente verteilt. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

Das Zinsergebnis im Kreditgeschäft wird in der internen Steuerung mittels der Marktzinsmethode aus der Differenz zwischen dem Kundenzinssatz und dem Marktzinssatz eines strukturkongruenten Alternativgeschäfts berechnet. Ergebnisbeiträge aus dem Treasury werden als Zinsergebnis in der Aktiv-/Passivsteuerung abgebildet.

Die Ergebnisse aus Handelsgeschäften, aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option, aus Sicherungszusammenhängen, aus Finanzanlagen sowie aus at Equity bewerteten Unternehmen werden entsprechend dem externen Rechnungswesen nach IFRS ermittelt.

Der Verwaltungsaufwand enthält zunächst die direkt zurechenbaren Kosten der Segmente, ergänzt um die von anderen Segmenten erbrachten Leistungen. Die Abrechnung dieser Leistungen erfolgt auf Basis von marktorientierten Preisvereinbarungen beziehungsweise verursachungsgerechten Mengentreibern. Vervollständigt wird die Abbildung durch eine Overheadumlage der Corporate-Center-Kosten, die grundsätzlich dem Verursachungsprinzip folgt.

Unter dem Vermögen werden die bilanziellen Aktiva, unter den Verbindlichkeiten die bilanziellen Passiva einschließlich des Eigenkapitals bei den jeweils zuständigen Einheiten ausgewiesen. Die Zurechnung auf die Geschäftssegmente erfolgt auf Basis der Deckungsbeitragsrechnung. Die Risikoposition beinhaltet die Risikoposition des Anlage- und Handelsbuchs einschließlich der Marktpreisrisikoposition gemäß CRR. Das durchschnittliche bilanzielle Eigenkapital wird den Tochtergesellschaften zugeordnet und für die Geschäftsbereiche nach Risikopositionen verteilt (alloziertes Kapital).

Das Ergebnis vor Steuern wird auf das allozierte Kapital bezogen, um die Rentabilitätskennziffern zu berechnen. Die Cost-Income-Ratio ergibt sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zum Gesamtertrag (Ergebnis vor Steuern abzüglich Verwaltungsaufwand und Risikovorsorge im Kreditgeschäft).

Im Segment Sonstige sind die nicht den Geschäftssegmenten zurechenbaren Ergebnisbeiträge und Aufwendungen abgebildet. Insbesondere umfasst diese Spalte die Ergebnisse aus dem Transaktionsgeschäft sowie die Kosten der zentralen Bereiche, die nicht über das Verursachungsprinzip den einzelnen Segmenten zugeordnet werden können. Darüber hinaus werden hier die Erfolge aus der zentralen Anlage der Eigenmittel sowie aus strategischen Dispositionsentscheidungen abgebildet. Wie im Vorjahr

wird diesem Segment, der internen Berichterstattung folgend, die Abschreibung auf den Firmenwert der Frankfurter Sparkasse zugeordnet.

Unter Konsolidierung/Überleitung werden durch konzerninterne Sachverhalte entstandene Konsolidierungseffekte, welche zwischen den Segmenten bestehen, ausgewiesen. Überleitungseffekte, die sich zwischen den Segmentergebnissen und der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns, insbesondere be-

züglich des Zinsergebnisses, ergeben, werden ebenfalls hier berichtet. Da die Deckungsbeitragsrechnung das Zinsergebnis auf Basis der Marktzinsmethode ausweist, resultieren Differenzen unter anderem aus Einmalerträgen und periodenfremden Zinsergebnissen.

Die Erträge nach Risikovorsorge verteilen sich auf Produkte und Dienstleistungen wie folgt:

in Mio. €

Erträge nach Risikovorsorge		
	2017	2016 ¹⁾
Immobilienkredite	390	428
Immobilienbewirtschaftung	21	26
Immobilienwirtschaftliche Dienstleistungen	209	174
Unternehmensfinanzierung	233	78
Treasury-Produkte	-100	100
Handelsprodukte	251	146
Finanzierungen für Finanzinstitutionen	32	33
Fondsmanagement/Vermögensverwaltung	94	90
Bauspargeschäft	26	32
Sparkassenverbundgeschäft	127	109
Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft	88	85
Retail-Geschäft	360	394
Sonstige Produkte/Überleitung	28	86
Konzern	1.759	1.781

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Die Abbildung des Ergebnisses aus den zentral gehaltenen Liquiditätswertpapieren wurde angepasst.

Nach Regionen ergibt sich folgende Verteilung:

in Mio. €

Erträge nach Risikovorsorge		
	2017	2016
Deutschland	1.531	1.553
Europa (ohne Deutschland)	99	120
Welt (ohne Europa)	129	108
Konzern	1.759	1.781

Erläuterungen zur Bilanz

(36) Barreserve

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Kassenbestand	89	105
Guthaben bei Zentralnotenbanken	9.824	2.991
Gesamt	9.913	3.096

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 9.118 Mio. € (31. Dezember 2016: 1.931 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

(37) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Angeschlossene Sparkassen	5.667	6.351
Girozentralen	316	333
Banken	5.051	8.551
Gesamt	11.034	15.235
Davon:		
Inländische Kreditinstitute	8.129	9.860
Ausländische Kreditinstitute	2.905	5.375

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Täglich fällige Forderungen	3.161	6.120
Andere Forderungen	7.873	9.115
Gesamt	11.034	15.235
Darunter:		
Sichteinlagen	195	254
Tages- und Termingelder	1.472	3.025
Gestellte Barsicherheiten	2.770	5.026
Weiterleitungsdarlehen	4.995	5.024
Namensschuldverschreibungen	666	696
Schuldscheindarlehen	372	578

(38) Forderungen an Kunden

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Firmenkunden	66.205	68.176
Privatkunden	5.118	5.529
Öffentliche Stellen	18.907	19.373
Gesamt	90.230	93.078
Davon:		
Inländische Kunden	58.514	58.926
Ausländische Kunden	31.716	34.152

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Täglich fällige Forderungen	3.345	3.337
Andere Forderungen	86.885	89.741
Gesamt	90.230	93.078
Darunter:		
Gewerbliche Immobilienkredite	31.403	33.002
Wohnungsbaukredite	3.951	4.040
Weiterleitungsdarlehen	1.858	1.922
Infrastrukturkredite	15.093	15.006
Projektfinanzierungskredite	5.666	5.750
Konsumentenkredite	138	105
Schuldscheindarlehen	3.494	3.504
Finanzielle Vermögenswerte aus Kreditersatzgeschäften	32	89
Kontokorrentkredite	1.797	1.434
Gestellte Barsicherheiten	535	781
Tages- und Termingelder	3.031	2.689
Factoring/Forfaitierung	2.838	2.510
Forderungen aus dem Finanzierungsleasinggeschäft	3	4

(39) Risikovorsorge

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kreditinstitute	1	1
Portfoliowertberichtigungen	1	1
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden	400	771
Einzelwertberichtigungen	239	453
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	37	46
Portfoliowertberichtigungen	124	272
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	30	43
Gesamt	431	815

Die Wertberichtigungen auf Forderungen sind auf der Aktivseite separat ausgewiesen. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft ist als Rückstellung berücksichtigt und dort erläutert. Die Wertberichtigungen auf Forderungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Einzelwertberichtigungen		Pauschalierte Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Stand zum 1.1.	453	577	46	61	273	348	772	986
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–25	–	–	–2	–	–2	–25
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–28	5	–	–	–2	–	–30	5
Verbrauch	–300	–327	–10	–8	–	–	–310	–335
Auflösungen	–44	–77	–11	–20	–141	–72	–196	–169
Umbuchungen	8	7	–	–1	–3	–3	5	3
Unwinding	–9	–18	–	–	–	–	–9	–18
Zuführungen	159	311	12	14	–	–	171	325
Stand zum 31.12.	239	453	37	46	125	273	401	772

Die Veränderung des Konsolidierungskreises bei den Portfoliowertberichtigungen resultiert aus der erstmaligen Einbeziehung der Astarte KG in den Konzernabschluss.

zusätzlicher, durch statistische Analysen noch nicht erkannter Risiken in einzelnen Teilkreditportfolios gebildet wurde. Betroffen ist neben dem Schiffskreditportfolio die erwartete Auswirkung aus der anstehenden Rekalibrierung eines Rating-Moduls.

In den Portfoliowertberichtigungen ist ein Betrag von 70 Mio. € (31. Dezember 2016: 205 Mio. €) enthalten, der zur Abschirmung

Der Bestand der Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden gliedert sich nach Kundensystematik der Deutschen Bundesbank wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Öffentliche Haushalte	–	1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	–	1
Verarbeitendes Gewerbe	30	42
Energieversorgung	11	17
Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	–	1
Baugewerbe	5	5
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	5	9
Verkehr und Lagerei	147	370
Gastgewerbe	1	2
Information und Kommunikation	15	21
Grundstücks- und Wohnungswesen	34	105
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	31	33
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	6	14
Gesundheits- und Sozialwesen	2	3
Kunst, Unterhaltung und Erholung	1	1
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	45	50
Sonstige finanzielle Unternehmen	30	56
Private Haushalte	37	40
Gesamt	400	771

Der Bestand an Risikovorsorge für Schiffsfinanzierungen konnte, bedingt durch Verkäufe, von 431 Mio. € im Vorjahr auf 117 Mio. € zum Bilanzstichtag reduziert werden.

(40) Handelsaktiva

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.324	6.723
Anleihen und Schuldverschreibungen	5.324	6.723
Von öffentlichen Emittenten	537	1.421
Von anderen Emittenten	4.787	5.302
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	113	96
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	9.319	12.343
Kursbezogene Derivate	186	143
Zinsbezogene Derivate	8.061	10.574
Währungsbezogene Derivate	1.013	1.590
Kreditderivate	57	32
Warenbezogene Derivate	2	4
Forderungen des Handelsbestands	1.563	1.336
Gesamt	16.319	20.498

Die Finanzinstrumente des Postens Handelsaktiva sind ausschließlich der Kategorie aFV (Unterkategorie HfT) zugeordnet und werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Forderungen des Handelsbestands umfassen im Wesentlichen Schuldscheindarlehen und zur Veräußerung gehaltene Konsortialanteile aus syndizierten Krediten sowie in geringem Umfang Wertpapierpensions- und Geldhandelsgeschäfte.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind 5.397 Mio. € (31. Dezember 2016: 6.698 Mio. €) börsennotiert.

(41) Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Sicherungsderivate des Hedge Accounting	551	753
Andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate	2.373	3.271
Gesamt	2.924	4.024

Die Sicherungsderivate des Hedge Accounting werden im Rahmen von gemäß IAS 39 qualifizierenden Mikro Fair Value Hedges eingesetzt. Als andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate werden hier derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absiche-

rung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nicht gemäß IAS 39 dokumentiert ist (ökonomische Hedges).

(42) Finanzanlagen

Der Posten Finanzanlagen umfasst Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Kategorie AfS und der FVO. Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden entsprechend ihrer Zuordnung zur Kategorie AfS erfolgsneutral oder zur Kategorie FVO erfolgswirksam grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Für

den Fall, dass der Zeitwert nicht zuverlässig ermittelbar ist, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen.

Die Finanzanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	23.688	25.386
Von öffentlichen Emittenten	7.649	8.686
Von anderen Emittenten	16.039	16.700
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	110	128
Aktien	1	1
Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	109	127
Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	25	25
Bewertet zum beizulegenden Zeitwert	23	18
Bewertet zu Anschaffungskosten	2	7
Beteiligungen	84	100
Bewertet zum beizulegenden Zeitwert	74	77
Bewertet zu Anschaffungskosten	10	23
Ankauf von Forderungen aus Kapitallebensversicherungen	112	132
Bewertet zum beizulegenden Zeitwert	112	132
Gesamt	24.019	25.771

Die anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere beinhalten im Wesentlichen Anteile an Investmentvermögen sowie an Investmentkommanditgesellschaften und vergleichbaren ausländischen Strukturen.

Der Buchwert der börsennotierten Finanzanlagen beläuft sich auf:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016 ¹⁾
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	22.331	24.219
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4	4
Gesamt	22.335	24.223

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: In den börsennotierten Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren wurden zu hohe Bestände ausgewiesen. Der Vorjahreswert wurde um – 15 Mio. € angepasst.

Unter den Beteiligungen sind auch Anteile an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen ausgewiesen, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht at Equity bewertet werden.

Die Entwicklung der Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen ist folgender Übersicht zu entnehmen:

in Mio. €

	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen		Beteiligungen		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Anschaffungskosten						
Stand zum 1.1.	35	34	127	127	162	161
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	4		4	-
Zugänge	-	1	4	1	4	2
Abgänge	-	-	-	-1	-	-1
Stand zum 31.12.	35	35	135	127	170	162
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen						
Stand zum 1.1.	7	8	35	17	42	25
Erfolgsneutrale Wertänderungen aus der Bewertung (AfS)	-	-	6	18	6	18
Abgänge	-	-1	-17	-	-17	-1
Stand zum 31.12.	7	7	24	35	31	42
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen						
Stand zum 1.1.	-17	-17	-62	-62	-79	-79
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-4		-4	-
Wertminderungen	-	-	-9	-	-9	-
Stand zum 31.12.	-17	-17	-75	-62	-92	-79
Buchwerte zum 31.12.	25	25	84	100	109	125

(43) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

In der Berichtsperiode werden insgesamt 31 (2016: 25) Gemeinschaftsunternehmen und 3 (2016: 3) assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode bewertet.

Die Buchwerte der nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen gliedern sich wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen	34	21
Anteile an assoziierten Unternehmen	11	4
Gesamt	45	25

Unter den at Equity bewerteten Unternehmen befinden sich keine börsennotierten Gesellschaften.

Die nicht erfassten Verluste der nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen, entsprechend der at Equity zu bewertenden Anteilsquote, belaufen sich in der laufenden Periode auf 0 Mio. € (2016: 4 Mio. €) und kumuliert zum 31. Dezember 2017 auf 1 Mio. € (31. Dezember 2016: 7 Mio. €).

Die nachfolgende Tabelle enthält die zusammengefassten finanziellen Informationen der at Equity bewerteten Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen auf Basis der Einzelbeziehungsweise Konzernabschlüsse dieser Unternehmen und bezogen auf den at Equity bewerteten Kapitalanteil des Helaba-Konzerns an den Vermögenswerten und Schulden sowie dem Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen und dem Gesamtergebnis.

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen – gesamt		
Summe der Vermögenswerte	352	370
Summe der Schulden	312	315
Gewinn beziehungsweise Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	-12	19
Gesamtergebnis	-12	19
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen – anteilig		
Summe der Vermögenswerte	197	201
Summe der Schulden	168	175
Gewinn beziehungsweise Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	-3	8
Gesamtergebnis	-3	8

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Anteile an assoziierten Unternehmen – gesamt		
Summe der Vermögenswerte	107	707
Summe der Schulden	75	724
Gewinn beziehungsweise Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	12	2
Sonstiges Ergebnis	–	8
Gesamtergebnis	12	10
Anteile an assoziierten Unternehmen – anteilig		
Summe der Vermögenswerte	36	63
Summe der Schulden	25	60
Gewinn beziehungsweise Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	3	3
Sonstiges Ergebnis	–	–
Gesamtergebnis	3	3

(44) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Vermietete Grundstücke und Gebäude	2.114	2.012
Unbebaute Grundstücke	55	54
Leerstehende Gebäude	2	3
Immobilien im Bau	68	94
Gesamt	2.239	2.163

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien entfallen mit 2.149 Mio. € (31. Dezember 2016: 2.059 Mio. €) auf Immobilien der Unternehmensgruppe GWH.

Die Entwicklung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zeigt die folgende Tabelle:

in Mio. €

	2017	2016
Anschaffungskosten/Herstellungskosten		
Stand zum 1.1.	2.530	2.308
Zugänge	147	277
Übertragungen in den Bestand der selbst genutzten Grundstücke und Gebäude	- 1	- 1
Abgänge	- 40	- 54
Stand zum 31.12.	2.636	2.530
Kumulierte Abschreibungen		
Stand zum 1.1.	- 367	- 362
Planmäßige Abschreibungen	- 36	- 34
Außerplanmäßige Abschreibungen	- 1	-
Abgänge	7	29
Stand zum 31.12.	- 397	- 367
Buchwerte zum 31.12.	2.239	2.163

Die vertraglichen Verpflichtungen zum Erwerb, zur Erstellung oder zur Entwicklung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien bei der Unternehmensgruppe GWH betragen 239 Mio. € (31. Dezember 2016: 118 Mio. €).

Die beizulegenden Zeitwerte der Immobilien betragen zum Bilanzstichtag insgesamt 3.491 Mio. € (31. Dezember 2016: 3.253 Mio. €) und sind dem Bewertungslevel 3 zugeordnet.

(45) Sachanlagen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude	372	362
Betriebs- und Geschäftsausstattung	52	55
Leasinggegenstände	–	17
Maschinen und technische Anlagen	3	1
Gesamt	427	435

Die Sachanlagen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Leasinggegenstände	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Anschaffungskosten/Herstellungskosten						
Stand zum 1.1.	557	556	212	208	17	–
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	17
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–2	–	–1	–	–	–
Zugänge	29	–	10	11	–	–
Übertragungen aus dem Bestand der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	1	1	–	–	–	–
Abgänge	–14	–	–5	–7	–17	–
Stand zum 31.12.	571	557	216	212	–	17
Kumulierte Abschreibungen						
Stand zum 1.1.	–195	–188	–157	–151	–	–
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	1	–	1	–	–	–
Planmäßige Abschreibungen	–10	–10	–12	–13	–	–
Außerplanmäßige Abschreibungen	–1	–	–	–	–3	–
Zuschreibungen	–	3	–	–	1	–
Abgänge	6	–	4	7	2	–
Stand zum 31.12.	–199	–195	–164	–157	–	–
Buchwerte zum 31.12.	372	362	52	55	–	17

in Mio. €

	Maschinen und technische Anlagen		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016
Anschaffungskosten/Herstellungskosten				
Stand zum 1.1.	1	–	787	764
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	17
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	–3	–
Zugänge	1	1	40	12
Umbuchungen	1	–	1	–
Übertragungen aus dem Bestand der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	–	–	1	1
Abgänge	–	–	–36	–7
Stand zum 31.12.	3	1	790	787
Kumulierte Abschreibungen				
Stand zum 1.1.	–	–	–352	–339
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	2	–
Planmäßige Abschreibungen	–	–	–22	–23
Außerplanmäßige Abschreibungen	–	–	–4	–
Zuschreibungen	–	–	1	3
Abgänge	–	–	12	7
Stand zum 31.12.	–	–	–363	–352
Buchwerte zum 31.12.	3	1	427	435

(46) Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Geschäfts- oder Firmenwerte	–	68
Gekaufte Software	66	45
Gesamt	66	113

Die immateriellen Vermögenswerte des Helaba-Konzerns haben – mit Ausnahme der Geschäfts- oder Firmenwerte – begrenzte Nutzungsdauern und werden planmäßig abgeschrieben.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte zum 31. Dezember 2016 resultieren aus dem Erwerb der Frankfurter Sparkasse im Jahr 2005.

Die immateriellen Vermögenswerte haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Geschäfts- oder Firmenwerte		Gekaufte Software		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Anschaffungskosten/ Herstellungskosten						
Stand zum 1.1.	144	144	204	208	348	352
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-3	1	-3	1
Zugänge	-	-	66	18	66	18
Abgänge	-	-	-	-23	-	-23
Stand zum 31.12.	144	144	267	204	411	348
Kumulierte Abschreibungen						
Stand zum 1.1.	-76	-45	-159	-166	-235	-211
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	3	-1	3	-1
Planmäßige Abschreibungen	-	-	-14	-15	-14	-15
Außerplanmäßige Abschreibungen	-68	-31	-31	-	-99	-31
Abgänge	-	-	-	23	-	23
Stand zum 31.12.	-144	-76	-201	-159	-345	-235
Buchwerte zum 31.12.	-	68	66	45	66	113

Es besteht wie im Vorjahr keine vertragliche Verpflichtung zum Erwerb immaterieller Vermögenswerte.

Der Werthaltigkeitstest für den Firmenwert aus dem Erwerb der Frankfurter Sparkasse erfolgt auf Basis einer Ertragswerterschätzung, deren Grundlage diskontierte Cashflows aus erwarteten Ausschüttungen gemäß der aktuellen Unternehmensplanung der Frankfurter Sparkasse sind. Für die Jahre 2018 bis 2022 erfolgt eine differenzierte Planung der Ergebnis- und Kostenkomponenten sowie eine konkrete Planung von Ausschüttungsbeträgen. Für das nachhaltige Ergebnis ab 2023 wird eine konstante Rendite als entnahmefähiges Ergebnis angenommen. Der Impairment-Test erfolgt grundsätzlich bezogen auf einen Stichtag im dritten Quartal. Zum 31. Dezember 2017 wurde aufgrund der aktualisierten Mittelfristplanung mit für die Detailplanungsphase reduzierten Ausschüttungen eine Überprüfung der Werthaltigkeit vorgenommen. Auf diesen Stichtag errechnet sich aus dem Vergleich des auf Basis der Ertragswerterschätzung ermittelten erzielbaren Betrags mit dem durch hohe Thesaurierungen der Vorjahre geprägten Buchwert der Zahlungsmittel generieren-

den Einheit, der der Firmenwert zugeordnet wurde, ein Abschreibungsbedarf in Höhe des Restbuchwertes von 68 Mio. €.

Für bestimmte dabei berücksichtigte Vermögenswerte (Anteilsbesitz) werden Werte berücksichtigt, die ebenfalls auf Ertragswertberechnungen beruhen.

Die Barwertermittlung zum 31. Dezember 2017 erfolgt auf Basis des aktuellen Marktzinses von 1,25 % zuzüglich einer Marktrisiko-prämie von 6,25 % sowie eines Wachstumsabschlags von 0,5 % und eines aus einer Vergleichsgruppe von europäischen Banken mit vergleichbaren Geschäftsschwerpunkten abgeleiteten Beta-Faktors von 0,99.

Aus den den Ertragswertberechnungen zugrunde liegenden Annahmen resultieren naturgemäß Schätzunsicherheiten aus von Planungsannahmen abweichenden tatsächlichen Entwicklungen in der Zukunft und Ermessensspielräume bei der Festlegung der Parameter. Eine stark negative wirtschaftliche Entwicklung könnte beispielsweise zu höheren Arbeitslosenquoten und somit

einer steigenden Risikovorsorge im Kreditgeschäft führen. Weitere regulatorische Anforderungen können zu noch nicht absehbaren Auswirkungen auf Erträge und Kosten führen. Eine Variation des Abzinsungssatzes bei der Ertragswertberechnung

für den Firmenwert (ohne Berücksichtigung der besonderen Vermögenswerte der Frankfurter Sparkasse) von beispielsweise +25 Basispunkten würde bei isolierter Analyse zu einer Abweichung von rund 22 Mio. € führen.

(47) Ertragsteueransprüche

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	68	96
Latente Ertragsteueransprüche	415	426
Gesamt	483	522

Die latenten Ertragsteueransprüche verteilen sich auf folgende Posten:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	35	61
Handelsaktiva/-passiva und Derivate	1.029	1.339
Finanzanlagen	65	79
Sonstige Aktiva	67	59
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	134	272
Pensionsrückstellungen	308	342
Sonstige Rückstellungen	29	70
Sonstige Passiva	156	93
Steuerliche Verlustvorträge	13	11
Latente Ertragsteueransprüche brutto	1.836	2.326
Saldierung mit latenten Ertragsteuerverpflichtungen	- 1.421	- 1.900
Gesamt	415	426
Davon: langfristig	254	263

Aktive und passive latente Steuern wurden nach IAS 12.74 saldiert.

Für die Ermittlung der latenten Ertragsteueransprüche der in- und ausländischen Berichtseinheiten wurden die individuellen Steuersätze zugrunde gelegt. Gegenüber dem Vorjahr unverändert ergibt sich für die Bank im Inland in 2017 bei einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von 452 % ein kombinierter Ertragsteuersatz von 31,7 %.

Latente Ertragsteueransprüche, deren Realisierung von künftigen zu versteuernden Ergebnissen abhängt, die über die Ergebniseffekte aus der Auflösung beziehungsweise Umkehrung zum Bilanzstichtag bestehender zu versteuernder temporärer Differenzen hinausgehen, werden nur insoweit aktiviert, als ihre Realisierbarkeit hinreichend sicher ist. Die Realisierbarkeit setzt voraus, dass in einem überschaubaren zukünftigen Zeitraum ausreichend in zeitlicher Kongruenz zu versteuernde Ergebnisse

zur Verfügung stehen werden, gegen die eine Verrechnung erfolgen kann. Im Helaba-Konzern wird dabei grundsätzlich ein Planungshorizont von fünf Jahren zugrunde gelegt.

Auf der Basis der Mehrjahresplanung trifft die Bank die Einschätzung, dass die aktiven latenten Steuern werthaltig sind und für diesen Zeitraum durch ausreichend zu versteuerndes Einkommen substantiiert werden können.

Zum Bilanzstichtag wurden auf körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 21 Mio. € (31. Dezember 2016: 8 Mio. €) latente Ertragsteueransprüche in Höhe von 3 Mio. € (31. Dezember 2016: 1 Mio. €) und auf gewerbsteuerliche Verlustvorträge in

Höhe von 93 Mio. € (31. Dezember 2016: 93 Mio. €) latente Ertragsteueransprüche in Höhe von 10 Mio. € (31. Dezember 2016: 10 Mio. €) aktiviert.

Insgesamt wurden auf körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 39 Mio. € (31. Dezember 2016: 47 Mio. €) und auf gewerbsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 53 Mio. € (31. Dezember 2016: 49 Mio. €) keine latenten Ertragsteueransprüche angesetzt, da in absehbarer Zukunft keine steuerlichen Ergebnisse mit einer ausreichenden Wahrscheinlichkeit erwartet werden. Die Verlustvorträge sind zeitlich unbefristet nutzbar.

Die latenten Ertragsteueransprüche, die mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, betragen zum Bilanzstichtag 191 Mio. € (31. Dezember 2016: 226 Mio. €).

(48) Sonstige Aktiva

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Immobilien des Vorratsvermögens	441	363
Fertiggestellte Immobilien	130	74
Immobilien im Bau	311	289
Geleistete Vorauszahlungen und Anzahlungen	123	92
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	21	36
Steueransprüche aus sonstigen Steuern (außer Ertragsteuern)	8	5
Sonstige Vermögenswerte	458	480
Gesamt	1.051	976

(49) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Zentralnotenbanken	2.201	200
Angeschlossene Sparkassen	6.323	5.464
Girozentralen	641	1.466
Banken	22.349	23.008
Gesamt	31.514	30.138
Davon:		
Inländische Kreditinstitute	28.982	27.103
Ausländische Kreditinstitute	2.532	3.035

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Täglich fällige Verbindlichkeiten	7.086	6.774
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	24.428	23.364
Gesamt	31.514	30.138
Darunter:		
Aufgenommene Schuldscheindarlehen	4.854	4.461
Weiterleitungsdarlehen	7.297	7.311
Begebene Namensschuldverschreibungen	3.017	2.757
Tages- und Termingelder	2.962	2.516
Sichteinlagen	5.002	4.762

(50) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Firmenkunden	27.425	25.729
Privatkunden	17.663	17.230
Öffentliche Stellen	4.433	3.865
Gesamt	49.521	46.824
Davon:		
Inländische Kunden	46.671	43.796
Ausländische Kunden	2.850	3.028

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Täglich fällige Verbindlichkeiten	27.828	23.731
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	21.693	23.093
Gesamt	49.521	46.824
Darunter:		
Sichteinlagen	16.740	13.276
Tages- und Termingelder	13.192	14.093
Spareinlagen	1.619	1.712
Bauspareinlagen	4.656	4.456
Begebene Namensschuldverschreibungen	9.834	9.984
Aufgenommene Schuldscheindarlehen	1.854	1.744

(51) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Begebene Schuldverschreibungen	42.890	42.966
Hypothekendarlehen	8.111	8.151
Öffentliche Pfandbriefe	11.577	12.563
Sonstige Schuldverschreibungen	23.202	22.252
Begebene Geldmarktpapiere	5.265	7.982
Commercial Papers	1.729	3.050
Certificates of Deposits	2.771	4.071
Asset Backed Commercial Papers	765	861
Gesamt	48.155	50.948

Für detaillierte Angaben zur Emissionstätigkeit siehe Anhangangabe (71).

(52) Handelspassiva

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7.936	10.795
Kursbezogene Derivate	179	136
Zinsbezogene Derivate	6.768	9.377
Währungsbezogene Derivate	925	1.247
Kreditderivate	61	31
Warenbezogene Derivate	3	4
Begebene Geldmarktpapiere	612	1.552
Begebene Aktien-/Indexzertifikate	40	123
Verbindlichkeiten des Handelsbestands	3.701	6.243
Gesamt	12.289	18.713

Der Posten Handelspassiva enthält ausschließlich der Kategorie aFV (Unterkategorie HfT) zugeordnete Finanzinstrumente. Die Verbindlichkeiten des Handelsbestands umfassen im Wesentlichen Geldhandelsgeschäfte.

(53) Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Sicherungsderivate des Hedge Accounting	89	161
Andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate	2.192	3.757
Gesamt	2.281	3.918

Die Sicherungsderivate des Hedge Accounting werden im Rahmen von gemäß IAS 39 qualifizierenden Mikro Fair Value Hedges eingesetzt. Als andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate werden hier derivative Finanzinstrumente erfasst, die im

Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nicht gemäß IAS 39 dokumentiert ist (ökonomische Hedges).

(54) Rückstellungen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.718	1.839
Andere Rückstellungen	411	480
Rückstellungen für den Personalbereich	120	131
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	30	43
Restrukturierungsrückstellungen	17	13
Rückstellungen für Prozessrisiken	32	45
Sonstige Rückstellungen	212	248
Gesamt	2.129	2.319

Die in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben sich in 2017 wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Nettobetrag der Pensions- verpflichtungen
Stand zum 1.1.	2.185	-346	1.839
Summe Pensionsaufwand	89	-5	84
Zinsaufwand (+)/Zinsertrag (-)	38	-5	33
Laufender Dienstzeitaufwand	52		52
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand aus Plananpassungen	-1		-1
Summe Neubewertungen	-112	-4	-116
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) aus finanziellen Annahmen	-101		-101
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) aus demografischen Annahmen	-		-
Erfahrungsbedingte Gewinne (-)/Verluste (+)	-11		-11
Neubewertungen aus Planvermögen		-4	-4
Arbeitnehmerbeiträge	3	-3	-
Arbeitgeberbeiträge	-	-37	-37
Gezahlte Versorgungsleistungen	-58	9	-49
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-9	6	-3
Stand zum 31.12.	2.098	-380	1.718

Nachfolgend die entsprechenden Werte für 2016:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Nettobetrag der Pensions- verpflichtungen
Stand zum 1.1.	2.002	-345	1.657
Summe Pensionsaufwand	81	-8	73
Zinsaufwand (+)/Zinsertrag (-)	49	-8	41
Laufender Dienstzeitaufwand	36		36
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand aus Plananpassungen	-4		-4
Summe Neubewertungen	165	3	168
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) aus finanziellen Annahmen	225		225
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) aus demografischen Annahmen	-1		-1
Erfahrungsbedingte Gewinne (-)/Verluste (+)	-59		-59
Neubewertungen aus Planvermögen		3	3
Arbeitnehmerbeiträge	5	-5	-
Arbeitgeberbeiträge	-	-9	-9
Gezahlte Versorgungsleistungen	-60	11	-49
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-8	7	-1
Stand zum 31.12.	2.185	-346	1.839

Bei der Landesbank Hessen-Thüringen bestehen im Wesentlichen die folgenden Leistungszusagen, die im Rahmen von Direktzusagen gewährt wurden:

Für pensionsberechtigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bis zum 31. Dezember 1985 in die Dienste der Bank eingetreten sind, gilt eine volldynamische Gesamtversorgungszusage, bei der jährliche Rentenleistungen bis zu einer Höhe von maximal 75 % der ruhegehaltstfähigen Bezüge zum Zeitpunkt des Renteneintritts unter Anrechnung von Fremdretenansprüchen gezahlt werden. Während der Rentenbezugsphase werden Rentenansprüche entsprechend den Tarifierpassungen erhöht. Der Bestand setzt sich hauptsächlich aus Rentnern und Hinterbliebenen zusammen, es besteht ein geringer Anteil an aktiven und unverfallbar ausgeschiedenen Anwärtern.

Die in den Jahren 1986 bis 1998 geltende Versorgungsordnung stellt eine endgehaltsabhängige Zusage mit gespaltener Rentenformel dar. Es werden jährliche Rentenleistungen zugesagt, bei denen pro Dienstjahr ein bestimmter Prozentsatz der ruhegehaltstfähigen Bezüge in Abhängigkeit von der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung (BBG) erdient

wird, wobei Gehaltsteile oberhalb der BBG anders gewichtet werden als Gehaltsteile bis zur BBG. Es werden maximal 35 Dienstjahre berücksichtigt und die Rentenansprüche in der Rentenbezugsphase analog zu den Tarifierpassungen erhöht. Der Bestand besteht überwiegend aus aktiven und unverfallbar ausgeschiedenen Anwärtern.

Bei der seit 1999 geltenden Versorgungszusage ergibt sich die Altersrente aus der Summe so genannter Rentenbausteine, die während der versorgungsfähigen Dienstzeit angesammelt werden. Die Rentenbausteine ermitteln sich anhand der mit einem altersabhängigen Faktor multiplizierten ruhegehaltstfähigen Bezüge des jeweiligen Kalenderjahres. In der Rentenbezugsphase werden die Rentenansprüche jährlich mit 1 % dynamisiert. Der Bestand ist für Neuzusagen offen und besteht derzeit fast ausschließlich aus aktiven und unverfallbar ausgeschiedenen Anwärtern.

Daneben bestehen Einzelzusagen auf jährliche Rentenleistungen. Zum überwiegenden Teil handelt es sich dabei um beamtenähnliche Gesamtversorgungszusagen, bei denen die Rentenansprüche in der Rentenbezugsphase gemäß den Tarifierpassungen erhöht werden.

Der Bestand setzt sich überwiegend aus Rentnern, Hinterbliebenen beziehungsweise unverfallbar Ausgeschiedenen zusammen und ist für Neuzugänge weiterhin offen.

Mit der Übernahme des Verbundbankgeschäfts sind im Rahmen des Teilbetriebsübergangs gemäß § 613a BGB auch die Pensionsverpflichtungen der Portigon AG gegenüber den neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf die Helaba übergegangen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Zusammenhang mit der Aufspaltung der Westdeutschen Landesbank Girozentrale in die öffentlich-rechtliche Landesbank NRW (heutige NRW.Bank) und in die privatrechtliche WestLB AG (heutige Portigon AG) im Jahr 2002 der NRW.Bank zugeordnet wurden, wurden beurlaubt, um mit der Portigon AG ein zweites Arbeitsverhältnis („Doppelverträger VBB“) zu begründen. Diese Pensionszusagen werden unverändert durch die NRW.Bank weitergeführt. Wirtschaftlich belastet wird jedoch die Helaba, da die von der NRW.Bank zu leistenden Versorgungszahlungen zu erstatten sind.

Für die Versorgungsanwartschaften der übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde zum Zeitpunkt des Teilbetriebsübergangs ein Besitzstand ermittelt, der auf die Helaba überging. Die extern finanzierten Versorgungsanwartschaften gegenüber der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin, wurden zum Zeitpunkt des Teilbetriebsübergangs beitragsfrei gestellt. Seit dem Zeitpunkt des Teilbetriebsübergangs sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur betrieblichen Altersversorgung der Helaba bei der seit 1999 geltenden Dienstvereinbarung angemeldet.

Des Weiteren besteht eine mitarbeiterfinanzierte Versorgungszusage in Form der Entgeltumwandlung, bei der einmalige Kapitaleistungen zugesagt werden. Dabei werden für jeden von den Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern gewandelten Betrag Fondsanteile erworben und ein altersabhängiger Kapitalbaustein berechnet. Im Versorgungsfall wird der höhere Betrag aus der Summe der Kapitalbausteine und dem Fondsvermögen ausgezahlt. Der Bestand ist für Neuzugänge offen.

Bei der Frankfurter Sparkasse haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bis zum 31. Dezember 2014 in die Dienste der Bank eingetreten sind, einen Anspruch auf eine Rente der Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse. Es handelt sich hierbei um eine regulierte Pensionskasse, die Anpassungsverpflichtung der lebenslänglichen laufenden Leistungen der Pensionskasse wird in Form einer Direktzusage der Frankfurter Sparkasse umgesetzt. Bei der Anschlussregelung handelt es sich um eine beitragsorientierte arbeitgeber- und arbeitnehmerfinanzierte Leistungszusage, welche über den BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G. umgesetzt wird. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ehemaligen Stadtparkasse Frankfurt besteht ein Rentenanspruch gegenüber der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt (ZVK Frankfurt), den die Helaba im Rahmen des Unternehmenserwerbs der Frankfurter Sparkasse als Verpflichtung identifiziert hat und bilanziell ausweist. Des Weiteren bestehen Einzelzusagen, im Wesentlichen in Form von Gesamtversorgungszusagen, sowie eine mitarbeiterfinanzierte Versorgungszusage.

Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Niederlassung London besteht ein leistungsorientierter Versorgungsplan, der für Neueintritte geschlossen ist. Bei dem Plan handelt es sich um einen Pensionsfonds, der lokalen Bewertungsmodalitäten folgt und in regelmäßigen Abständen auf die Anforderungen der Ausfinanzierung überprüft wird. Von der Möglichkeit einer befreienden Abgeltung der Versorgungsansprüche bei Dienstaustritt zugunsten einer ausfinanzierten Versorgungszusage eines externen Versorgungsträgers („pension buy-out“) wurde in der Vergangenheit Gebrauch gemacht.

Bei der Tochtergesellschaft Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG werden die gesetzlichen Anforderungen an die betriebliche Altersversorgung durch ein eigenes Vorsorgewerk dargestellt, das an eine Sammelstiftung eines externen Trägers angeschlossen ist.

Der Finanzierungsstatus der Pensionspläne stellt sich zum
31. Dezember 2017 wie folgt dar:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Nettobetrag der Pensionsver- pflichtungen
Inländische Pensionspläne	1.956	-285	1.671
Landesbank Hessen-Thüringen	1.369	-38	1.331
Gesamtversorgungszusagen	796	-	796
Versorgungszusage bis 1985	677	-	677
Einzelzusagen	80	-	80
Doppelvertragler VBB	39	-	39
Endgehaltsabhängige Zusage (Versorgungsordnung 1986 bis 1998)	212	-	212
Rentenbausteinsystem (Versorgungsordnung ab 1999)	245	-	245
Übrige Zusagen	116	-38	78
Frankfurter Sparkasse	520	-238	282
Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse	255	-236	19
Anpassungsverpflichtung Pensionskasse	90	-	90
ZVK Frankfurt	96	-	96
Einzelzusagen	69	-	69
Übrige Zusagen	10	-2	8
Übrige Konzerngesellschaften	67	-9	58
Ausländische Pensionspläne	142	-95	47
Gesamt	2.098	-380	1.718

Zum 31. Dezember 2016 ergaben sich folgende Werte:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Nettobetrag der Pensions- verpflichtungen
Inländische Pensionspläne	2.039	-252	1.787
Landesbank Hessen-Thüringen	1.428	-35	1.393
Gesamtversorgungszusagen	850	-	850
Versorgungszusage bis 1985	725	-	725
Einzelzusagen	85	-	85
Doppelvertragler VBB	40	-	40
Endgehaltsabhängige Zusage (Versorgungsordnung 1986 bis 1998)	217	-	217
Rentenbausteinsystem (Versorgungsordnung ab 1999)	241	-	241
Übrige Zusagen	120	-35	85
Frankfurter Sparkasse	542	-209	333
Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse	263	-208	55
Anpassungsverpflichtung Pensionskasse	95	-	95
ZVK Frankfurt	101	-	101
Einzelzusagen	72	-	72
Übrige Zusagen	11	-1	10
Übrige Konzerngesellschaften	69	-8	61
Ausländische Pensionspläne	146	-94	52
Gesamt	2.185	-346	1.839

Das Planvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Planvermögen mit Marktpreisnotierungen in aktiven Märkten	295	265
Barreserve	3	1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	190	180
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	102	84
Übriges Planvermögen	85	81
Forderungen an Kreditinstitute	35	30
Qualifizierte Versicherungsverträge	50	51
Marktwert des Planvermögens	380	346

Von dem Planvermögen entfallen 31 Mio. € (31. Dezember 2016: 46 Mio. €) auf konzerneigene übertragbare Finanzinstrumente, in andere selbst genutzte Vermögenswerte wurde wie im Vorjahr nicht investiert.

Für das folgende Geschäftsjahr werden Einzahlungen der Helaba in das Planvermögen in Höhe von 9 Mio. € (2016: 35 Mio. €) erwartet.

Die Finanzierung der Pensionsverpflichtungen, für die kein Planvermögen gemäß IAS 19 vorliegt, erfolgt überwiegend über langfristig ausgerichtete Spezialfonds mit Anlageschwerpunkt Rentenpapiere.

Die Pensionsverpflichtungen im Helaba-Konzern sind verschiedenen Risiken ausgesetzt. Die Risiken sind dabei sowohl auf allgemeine Marktschwankungen als auch auf besondere Risiken zurückzuführen. Es gibt dabei keine außergewöhnlichen Risiken aus den Pensionsverpflichtungen.

Die Risiken aus den allgemeinen Marktschwankungen betreffen im Wesentlichen Risiken aus Schwankungen in der Inflationsrate und den Marktzinsen, aber auch aus anderen Risiken wie dem Langlebigkeitsrisiko.

■ Allgemeine Marktschwankungen

Die allgemeinen Marktschwankungen wirken sich vorrangig durch Änderungen im Rechnungszins auf die Höhe der Pensionsverpflichtungen aus. Durch allgemein gesunkene Rechnungszinsen haben sich die Pensionsrückstellungen in den letzten Jahren bereits spürbar erhöht; der starke Einfluss der Rechnungszinsen auf die Höhe der Pensionsverpflichtungen liegt vor allem an der langen Laufzeit der Verpflichtungen.

■ Inflationsrisiko – Rentenanpassung

Für die Rentenzusagen des Helaba-Konzerns kommt im Rahmen der Rentenanpassungsprüfung grundsätzlich das Betriebsrentengesetz zur Anwendung. Die neueren Versorgungsordnungen, die als Rentenbausteinsysteme abgebildet

werden, unterliegen dabei fest vereinbarten Anpassungssätzen und sind daher im Wesentlichen unabhängig von der Inflation beziehungsweise künftigen Tarifierhöhungen.

■ Inflationsrisiko – Gehalts- und Tarifsteigerungen sowie Steigerung der Beamtenbezüge

Für den überwiegenden Teil der älteren Versorgungsordnungen (Gesamtversorgungsordnung bis 1985 beziehungsweise Endgehaltsplan) gewährt die Helaba Anpassungen an die Entwicklung im Tarifbereich für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken. Die tarifliche Erhöhung der pensionsfähigen Gehälter hat damit Einfluss auf die Höhe der laufenden Versorgungsleistungen. Einzelne Versorgungszusagen sehen die Anpassung auf Grundlage der Beamtenbesoldung nach den Vorschriften des jeweiligen Bundeslandes (Hessen, Thüringen beziehungsweise Nordrhein-Westfalen) vor.

■ Langlebigkeitsrisiko

Aufgrund der weit überwiegenden Leistungsform „lebenslange Renten“ wird das Risiko, dass die Rentenberechtigten länger leben als versicherungsmathematisch kalkuliert, durch die Helaba getragen. Normalerweise wird dieses Risiko durch das Kollektiv aller Rentenberechtigten ausgeglichen und kommt nur zum Tragen, wenn die allgemeine Lebenserwartung höher ausfällt als erwartet.

Im Rahmen der besonderen Risiken ist zu erwähnen, dass die Zusagen teilweise von externen Faktoren abhängig sind. Neben den bereits erwähnten Faktoren der Anpassungen durch Tarifsteigerungen beziehungsweise Erhöhung der Beamtenbezüge ist insbesondere im Rahmen von Gesamtversorgungszusagen die Anrechnung der gesetzlichen Altersrente beziehungsweise weiterer extern finanzierter Fremdrenten mit Schwankungen behaftet, die außerhalb des Einflussbereichs der Helaba liegen und von der Bank getragen werden müssen.

Die wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen, die der Bewertung der Pensionsverpflichtungen zugrunde liegen, sind der folgenden Tabelle zu entnehmen (gewichtete Durchschnittssätze):

in %

	31.12.2017	31.12.2016
Zinssatz	2,0	1,7
Gehaltstrend	2,2	2,2
Rententrend	1,5	1,7
Fluktuationsrate	2,9	2,8

Die Invaliditäts- beziehungsweise die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren im Inland im aktuellen Jahr, wie auch im Vorjahr, auf den Generationentafeln 2005 von Prof. Dr. Heubeck.

Eine Veränderung der wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen hätte folgende Auswirkungen auf den Barwert des Verpflichtungsumfangs aller leistungsorientierten Verpflichtungen:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Abzinsungssatz (Rückgang um 50 Basispunkte)	209	226
Gehaltssteigerungsrate (Anstieg um 25 Basispunkte)	62	69
Rentensteigerung (Anstieg um 25 Basispunkte)	75	77
Lebenserwartung (Verbesserung um 10 %)	77	81
Fluktuationsrate (Rückgang um 50 Basispunkte)	4	5

Die dargestellte Sensitivitätsanalyse berücksichtigt jeweils die Änderung einer Annahme, wobei die übrigen Annahmen gegenüber der ursprünglichen Berechnung unverändert bleiben, das heißt, mögliche Korrelationseffekte zwischen den einzelnen Annahmen werden dabei nicht berücksichtigt.

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Verpflichtungen beträgt 19,6 Jahre (31. Dezember 2016: 20,2 Jahre). Die Fälligkeit der erwarteten Rentenzahlungen stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Erwartete Rentenzahlungen mit Laufzeiten von bis zu einem Jahr	62	59
Erwartete Rentenzahlungen mit Laufzeiten von über einem Jahr bis zu fünf Jahren	274	266
Erwartete Rentenzahlungen mit Laufzeiten von über fünf Jahren bis zu zehn Jahren	412	398

Der Helaba-Konzern ist an leistungsorientierten gemeinschaftlichen Plänen mehrerer Arbeitgeber (Multi-Employer-Pläne) beteiligt, die wie beitragsorientierte Pläne behandelt werden. Es handelt sich dabei um die Mitgliedschaft bei umlagefinanzierten Versorgungswerken in Form der regulierten Pensionskasse, die zum 1. Januar 2002 den Wechsel in das Kapitaldeckungsverfahren vorgenommen haben. Diese betreffen die regionalen Zusatzversorgungskassen sowie die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, deren Satzungen inhaltlich vergleichbar sind. Die bisherigen Leistungszusagen wurden mit dem Übergang in das Kapitaldeckungsverfahren in ein beitragsbezogenes System überführt. Die Satzungen berechtigen zur Erhebung zusätzlicher Beitragsanforderungen, um zugesagte Leistungen gegebenenfalls nachzufinanzieren beziehungsweise aufgrund eines nicht ausreichenden Deckungsstocks zu reduzieren (Sanierungsgeld, -klausel). Eine verursachergerechte Zuordnung von Vermögen und Verpflichtung liegt nicht vor. Über die Geschäfts- und Risikowentwicklung informiert die Pensionskasse ausschließlich im

Jahresbericht, weiter gehende Informationen werden nicht ausgegeben. Für diese Pläne sind wie im Vorjahr Aufwendungen in Höhe von 1 Mio. € angefallen.

Darüber hinaus bestehen beitragsorientierte Versorgungszusagen aufgrund der Mitgliedschaft bei dem BVV Versicherungsverband des Bankgewerbes a. G. Satzungsbedingte Leistungskürzungen werden durch Mehrbeiträge seitens des Arbeitgebers kompensiert. Weitere extern finanzierte beitragsorientierte Leistungszusagen bestehen im Rahmen des Durchführungswegs der Direktversicherung bei öffentlich-rechtlichen Versicherern. Dabei handelt es sich weitestgehend um die SV Sparkassenversicherung sowie die Provinzial Lebensversicherung AG. Bei den ausländischen Niederlassungen London und New York bestehen ebenfalls beitragsorientierte Versorgungszusagen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 3 Mio. € (2016: 3 Mio. €) für beitragsorientierte Versorgungszusagen aufgewendet.

Der Arbeitgeberzuschuss zur Rentenversicherung im Berichtsjahr belief sich auf 34 Mio. € (2016: 33 Mio. €).

Die anderen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Rückstellungen für den Personalbereich		Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft		Restrukturierungsrückstellungen	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Stand zum 1.1.	131	127	43	44	13	23
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-2	-	-
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-2	-	-2	1	-	-
Verbrauch	-70	-69	-	-	-1	-
Auflösungen	-3	-2	-27	-26	-3	-
Umbuchungen	2	12	-5	-3	-2	-12
Aufzinsung	-	1	-	-	-	-
Zuführung	62	62	21	29	10	2
Stand zum 31.12.	120	131	30	43	17	13

in Mio. €

	Rückstellungen für Prozessrisiken		Sonstige Rückstellungen		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Stand zum 1.1.	45	57	248	181	480	432
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-31	-	-31	-2
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	11	-	7	1
Verbrauch	-13	-14	-181	-110	-265	-193
Auflösungen	-3	-5	-21	-12	-57	-45
Umbuchungen	-	-	-	-	-5	-3
Aufzinsung	-	-	1	1	1	2
Zuführung	3	7	185	188	281	288
Stand zum 31.12.	32	45	212	248	411	480

Die Rückstellungen für den Personalbereich beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Altersteilzeit und Vorruhestandsvereinbarungen, Dienstjubiläen sowie Sonderzahlungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die sonstigen Rückstellungen betreffen hauptsächlich Verpflichtungen aus Transaktionen

mit Unternehmensanteilen, Pauschalsteuern, der Verzinsung von Steuernachzahlungen sowie Risiken aus Rückerstattungen von Kreditbearbeitungsgebühren.

Die Restrukturierungsrückstellungen betreffen im Wesentlichen das vor dem Hintergrund des allgemeinen Niedrigzinsumfelds in 2017 aufgelegte Reorganisationsprogramm der LBS Hessen-Thüringen („LBS-EVOLution“), dessen zentrale Zielstellung eine nachhaltige Ergebnisverbesserung bis 2021 ist, sowie das in 2013 gestartete Kostenoptimierungsprogramm „Helaba PRO“.

Die Zuführungen beziehungsweise Auflösungen der Rückstellungen für den Personalbereich werden in der Regel im Personalaufwand, die der Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft in der Risikovorsorge und die der Restrukturierungsrückstellungen sowie der sonstigen Rückstellungen im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Aufzinsungsbeträge sind im Zinsüberschuss enthalten.

Gegenüber der Helaba werden Ansprüche in Gerichts- und Schiedsgerichtsverfahren geltend gemacht. Rückstellungen für Prozessrisiken wurden gebildet, wenn die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme mit mehr als 50 % angenommen wird.

Zurückgestellt wird der Betrag, der im Falle der Inanspruchnahme wahrscheinlich durch die Bank zu zahlen ist. Die von der Helaba gebildeten Rückstellungen für Prozessrisiken berücksichtigen auch Zahlungen für Prozesskosten (Gerichtskosten sowie außergerichtliche Kosten im Zusammenhang mit Prozessen, wie zum Beispiel Anwaltshonorare und sonstige Kosten).

Die Bank hat Rückstellungen für Prozessrisiken schwerpunktmäßig für Klagen von Anlegern in geschlossenen Fonds gebildet. Anleger, die sich in ihren Erwartungen an eine Beteiligung ent-

täuscht sehen, stützen Ansprüche auf die Nichteinhaltung von Verbraucherschützenden Vorschriften. Die Bank prüft, nach den Umständen des Einzelfalls, Art und Umfang einer möglichen Anspruchserledigung. Eine detaillierte Darstellung der einzelnen Fälle und Verfahren sowie eine Differenzierung des Gesamtbetrags der Rückstellung für Prozessrisiken unterbleibt, da Anspruchsteller anderenfalls Rückschlüsse auf die Prozess- und Vergleichsstrategie der Bank ziehen könnten.

Die Rückstellungen für Prozessrisiken werden quartalsweise auf Angemessenheit überprüft und anhand der Einschätzungen des Managements unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen erhöht beziehungsweise aufgelöst. Die endgültigen Belastungen durch Prozessrisiken können von den gebildeten Rückstellungen abweichen, da für eine Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten aus Prozessen in großem Umfang eine Bewertung und Einschätzung erforderlich ist, die sich im weiteren Verlauf des jeweiligen Prozesses als nicht zutreffend erweisen kann.

Fälle, bei denen die Voraussetzungen für den Ansatz von Rückstellungen nicht erfüllt sind, werden hinsichtlich der Angabepflicht als Eventualverpflichtung geprüft und sind gegebenenfalls unter Anhangangabe (74) aufgeführt.

Von den anderen Rückstellungen sind 231 Mio. € kurzfristig (31. Dezember 2016: 301 Mio. €).

(55) Ertragsteuerverpflichtungen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	252	174
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	16	10
Gesamt	268	184

In den tatsächlichen Ertragsteuerverpflichtungen sind Rückstellungen für steuerliche Risiken enthalten. Sie sind auf Basis des wahrscheinlichsten Erfüllungswerts berechnet worden.

Die Bank hat keine Eventualverbindlichkeiten aus steuerlichen Risiken bilanziert.

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen verteilen sich auf folgende Positionen:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	14	8
Handelsaktiva/-passiva und Derivate	1.222	1.631
Finanzanlagen	144	194
Sonstige Aktiva	24	56
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	5	7
Pensionsrückstellungen	1	1
Sonstige Rückstellungen	1	1
Sonstige Passiva	26	12
Latente Ertragsteuerverpflichtungen brutto	1.437	1.910
Saldierung mit latenten Ertragsteueransprüchen	- 1.421	- 1.900
Gesamt	16	10
Davon: langfristig	8	5

Für die Bewertung der temporären Differenzen, die zu latenten Ertragsteuerverpflichtungen führen, verweisen wir auf unsere Erläuterungen zu den latenten Ertragsteueransprüchen (siehe

Anhangangabe (47)). Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen, die mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, betragen zum Bilanzstichtag 81 Mio. € (31. Dezember 2016: 105 Mio. €).

(56) Sonstige Passiva

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	90	84
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	28	25
Erhaltene Vorauszahlungen und Anzahlungen	370	304
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern (außer Ertragsteuern)	35	33
Sonstige Verbindlichkeiten	125	201
Gesamt	648	647

(57) Nachrangkapital

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.312	2.364
Darunter: anteilige Zinsen	30	33
Genussrechtskapital	216	276
Stille Einlagen	982	983
Darunter: anteilige Zinsen	14	14
Gesamt	3.510	3.623
Darunter: verbrieftes Nachrangkapital	1.527	1.527

Die hier ausgewiesenen stillen Einlagen erfüllen nicht die Eigenkapitalkriterien des IAS 32.

Das Nachrangkapital entwickelte sich im Berichtsjahr wie folgt:

in Mio. €

	Nachrangige Verbindlichkeiten		Genussrechtskapital		Stille Einlagen		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Stand zum 1.1.	2.364	2.366	276	687	983	983	3.623	4.036
Zugänge aus dem Wiederverkauf von vorherigen Rückkäufen	1	2	-	-	-	-	1	2
Abgänge durch Rückzahlung	-50	-	-60	-406	-	-	-110	-406
Abgänge durch Rückkäufe	-1	-2	-	-	-	-	-1	-2
Veränderung der abgegrenzten Zinsen	-2	-	-	-	-	-	-2	-
Erfolgswirksame Wertänderungen	-	-2	-	-5	-1	-	-1	-7
Stand zum 31.12.	2.312	2.364	216	276	982	983	3.510	3.623

(58) Eigenkapital

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Gezeichnetes Kapital	2.509	2.509
Kapitalrücklage	1.546	1.546
Gewinnrücklagen	3.775	3.521
Neubewertungsrücklage	197	246
Rücklage aus der Währungsumrechnung	10	30
Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital	-3	-2
Gesamt	8.034	7.850

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 2.509 Mio. € umfasst das von den Trägern nach der Satzung eingezahlte Stammkapital in Höhe von 589 Mio. € und die vom Land Hessen erbrachten Kapitaleinlagen von 1.920 Mio. €.

Zum 31. Dezember 2017 entfallen vom Stammkapital folgende Anteile auf die Träger:

	Betrag in Mio. €	Anteil in %
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	405	68,85
Land Hessen	48	8,10
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	28	4,75
Sparkassenverband Westfalen-Lippe	28	4,75
Fides Beta GmbH	28	4,75
Fides Alpha GmbH	28	4,75
Freistaat Thüringen	24	4,05
Gesamt	589	100,00

Die Kapitalrücklage enthält die Agiobeträge aus der Ausgabe von Stammkapital an die Träger.

Die Gewinnrücklagen umfassen neben den Gewinnthesaurierungen des Mutterunternehmens und der einbezogenen Tochterunternehmen auch Beträge aus den fortgeschriebenen Ergebnissen der Kapitalkonsolidierung und sonstigen Konsolidierungsmaßnahmen. Darüber hinaus sind in den Gewinnrücklagen erfolgsneutral zu behandelnde Neubewertungen aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen unter Berücksichtigung der darauf entfallenden latenten Steuern enthalten.

Die Neubewertungsrücklage enthält die erfolgsneutralen Bewertungseffekte aus Finanzinstrumenten der Kategorie AfS nach Verrechnung latenter Steuern. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder abgeschrieben wird.

In der Rücklage aus der Währungsumrechnung sind die erfolgsneutral zu erfassenden Währungsumrechnungsdifferenzen aus der Umrechnung der Abschlüsse von wirtschaftlich selbstständigen ausländischen Geschäftsbetrieben (Tochterunternehmen, Niederlassungen) in die Konzernwährung bis zu deren Abgang enthalten (siehe Anhangangabe (13)). Darüber hinaus ist das Ergebnis aus der Währungsumrechnung des Sicherungsgeschäfts einer Nettoinvestition in eine ausländische Teileinheit gemäß Anhangangabe (8) in der Rücklage aus der Währungsumrechnung erfasst.

Angaben zu Finanzinstrumenten

(59) Sicherheitsleistungen

Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte

Die Sicherheitsleistungen erfolgen unter Bedingungen, die für die betreffenden Pensions-, Wertpapier- und Finanzierungsgeschäfte handelsüblich sind. Nachstehende Vermögenswerte sind zum Bilanzstichtag als Sicherheit für eigene Verbindlichkeiten verpfändet oder übertragen (Buchwerte):

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Finanzielle Vermögenswerte	8.374	8.659
Handelsaktiva	1.502	8
Forderungen an Kreditinstitute	2.770	5.025
Forderungen an Kunden	535	781
Finanzanlagen	3.567	2.845
Nichtfinanzielle Vermögenswerte	1.205	1.225
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	1.035	1.051
Sachanlagen	170	174
Gesamt	9.579	9.884

Die Stellung von finanziellen Sicherheiten erfolgt dabei für nachstehende Geschäfte:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Sicherheiten für Refinanzierungsgeschäfte mit Zentralnotenbanken	2.200	200
Sicherheiten für Geschäfte an Börsen und Clearing-Häusern	1.312	1.062
Gestellte Barsicherheiten	3.308	5.814
Sonstige gestellte Sicherheiten	1.554	1.583
Gesamt	8.374	8.659

Barsicherheiten werden im Geschäft mit zentralen Kontrahenten, mit Terminbörsen und bei OTC-Derivaten gestellt. Die sonstigen gestellten Sicherheiten dienen im Wesentlichen der Besicherung von Geschäften mit der Europäischen Investitionsbank.

Ferner führt die Bank grundpfandrechlich besicherte Forderungen und Kommunalforderungen sowie weitere Deckungswerte im Deckungsstock nach § 12 beziehungsweise § 30 PfandBG. Zum 31. Dezember 2017 belief sich die Deckungsmasse auf 33.838 Mio. € (31. Dezember 2016: 34.252 Mio. €) bei einem Um-

lauf an Hypotheken- und öffentlichen Pfandbriefen in Höhe von 26.107 Mio. € (31. Dezember 2016: 27.256 Mio. €). Diese umfassen auch Namenspapiere, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ausgewiesen werden.

Als Sicherheit hereingenommene Vermögenswerte

Die Hereinnahme von Sicherheiten erfolgt unter Bedingungen, die für die betreffenden Pensions-, Wertpapier- und Finanzierungsgeschäfte handelsüblich sind.

Der beizulegende Zeitwert der im Rahmen von echten Pensionsgeschäften hereingenommenen Sicherheiten, bei denen es der Helaba gestattet ist, diese ohne Ausfall des Sicherungsgebers zu verwerten oder weiterzuverpfänden, beträgt 21 Mio. € (31. De-

zember 2016: 3 Mio. €). Derartige Sicherheiten mit einem beizulegenden Zeitwert von 21 Mio. € (31. Dezember 2016: 3 Mio. €) wurden weiterverkauft beziehungsweise weiterverpfändet.

Bezüglich der Angaben zu erhaltenen Sicherheiten im Rahmen des klassischen Kreditgeschäfts verweisen wir auf Anhangangabe (73).

(60) Übertragung finanzieller Vermögenswerte ohne Ausbuchung

Der Helaba-Konzern überträgt im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihegeschäften finanzielle Vermögenswerte, bei denen jedoch die mit dem Eigentum dieser Vermögenswerte verbundenen wesentlichen Bonitäts-, Zinsänderungs- und Währungsrisiken sowie Chancen auf Wertsteigerungen beim Helaba-Konzern verbleiben. Somit sind die Voraussetzungen für eine Ausbuchung gemäß IAS 39 nicht erfüllt und die finanziellen Vermögenswerte werden weiterhin in der Konzernbilanz ausgewiesen und gemäß der zugeordneten Bewertungskategorie bewertet.

Die übertragenen Wertpapiere können vom Pensionsnehmer beziehungsweise Entleiher jederzeit weiterveräußert oder verpfändet werden. Die vertraglichen Zahlungsströme aus den Wertpapieren stehen in der Regel jedoch weiterhin dem Helaba-Konzern zu.

Zum 31. Dezember 2017 lagen wie im Vorjahr keine Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten aus dem Eigenbestand des Konzerns im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften oder Wertpapierleihegeschäften vor.

(61) Übertragung finanzieller Vermögenswerte mit Ausbuchung

Verträge zur Veräußerung und zum Erwerb von Anteilen an Unternehmen (Beteiligungsgeschäft) beinhalten transaktionsübliche Zusicherungen insbesondere zu den steuerlichen und rechtlichen Verhältnissen. Hierfür bestehen Rückstellungen in Höhe von 3 Mio. € (31. Dezember 2016: 10 Mio. €). Für im Zusam-

menhang mit Kaufpreisverhandlungen ausgebuchter Unternehmensanteile übernommene sonstige Verpflichtungen bestehen Rückstellungen in Höhe von 18 Mio. € (31. Dezember 2016: 0 Mio. €).

(62) Angaben zur bilanziellen Aufrechnung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

Entsprechend den in IFRS 7 geforderten Angaben für saldierte Finanzinstrumente wird nachfolgend eine Überleitung von der Brutto- auf die Nettorisikoposition von Finanzinstrumenten vorgenommen. Die Angaben beziehen sich sowohl auf saldierte Finanzinstrumente als auch auf solche, die einer Globalaufrechnungsvereinbarung unterliegen.

Die Aufrechnungen im Derivategeschäft betreffen sowohl die positiven und negativen Marktwerte aus Derivaten als auch zugehörige Barsicherheiten, die unter den Forderungen an Kunden beziehungsweise Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gezeigt werden.

Des Weiteren hat die Helaba mit Kontrahenten im Derivate- und Wertpapierpensionsgeschäft Master-Netting-Agreements abgeschlossen, die bedingte Saldierungsrechte beinhalten. Bei Eintritt dieser Bedingungen, zum Beispiel bei einem bonitätsbedingten Ausfall des Kontrahenten, erfolgt eine Abrechnung auf saldierter Basis.

In der folgenden Tabelle wird die Überleitung der Bruttobuchwerte der bilanziell saldierten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf den Bilanzwert sowie auf den Nettobetrag nach Berücksichtigung bedingter Saldierungsrechte zum 31. Dezember 2017 dargestellt.

in Mio. €

	Bruttobuchwert vor Saldierung	Bruttobuchwert bilanziell saldiert ¹⁾ Finanzinstrumente	Bilanzausweis	Bedingte Saldierungsrechte aus Master-Netting-Agreements		Nettobetrag nach Berücksichtigung bedingter Saldierungsrechte
				Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Barsicherheiten ¹⁾	
Vermögenswerte						
Derivative Geschäfte	14.436	-2.193	12.243	-6.423	-1.890	3.930
Wertpapierpensionsgeschäfte	22	-	22	-21	-	1
Sonstige Vermögenswerte	20.677	-11.751	8.926	-	-	8.926
Gesamt	35.135	-13.944	21.191	-6.444	-1.890	12.857
Verbindlichkeiten						
Derivative Geschäfte	12.314	-2.097	10.217	-6.423	-3.070	724
Sonstige Verbindlichkeiten	12.769	-11.847	922	-	-	922
Gesamt	25.083	-13.944	11.139	-6.423	-3.070	1.646

¹⁾ Die Darstellung enthält keine bedingten Aufrechnungsmöglichkeiten aus grundpfandrechtlichen oder sonstigen Kreditsicherheiten außerhalb von Master-Netting-Agreements.

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2016:

in Mio. €

	Bruttobuchwert vor Saldierung	Bruttobuchwert bilanziell saldierter Finanzinstrumente	Bilanzausweis	Bedingte Saldierungsrechte aus Master-Netting-Agreements		Nettobetrag nach Berücksichtigung bedingter Saldierungsrechte
				Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Barsicherheiten ¹⁾	
Vermögenswerte						
Derivative Geschäfte	18.927	-2.560	16.367	-8.395	-1.503	6.469
Wertpapierpensionsgeschäfte	3	-	3	-3	-	-
Sonstige Vermögenswerte	9.880	-7.971	1.909	-	-	1.909
Gesamt	28.810	-10.531	18.279	-8.398	-1.503	8.378
Verbindlichkeiten						
Derivative Geschäfte	17.250	-2.537	14.713	-8.395	-5.409	909
Sonstige Verbindlichkeiten	8.452	-7.993	459	-	-	459
Gesamt	25.702	-10.530	15.172	-8.395	-5.409	1.368

¹⁾ Die Darstellung enthält keine bedingten Aufrechnungsmöglichkeiten aus grundpfandrechtlichen oder sonstigen Kreditsicherheiten außerhalb von Master-Netting-Agreements.

(63) Nachrangige Vermögenswerte

Folgende Bilanzposten enthalten nachrangige Vermögenswerte:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kreditinstitute	31	33
Forderungen an Kunden	55	216
Davon: an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2	7
Gesamt	86	249

Vermögenswerte werden als nachrangig ausgewiesen, wenn sie im Fall der Liquidation oder Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

(64) Fremdwährungsvolumina

in Mio. €

	Fremdwährungsaktiva		Fremdwährungspassiva	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
USD	14.188	17.524	8.722	9.508
GBP	5.810	6.214	1.609	2.050
CHF	1.062	1.363	254	279
JPY	390	473	394	477
Andere Währungen	1.206	994	510	258
Gesamt	22.656	26.568	11.489	12.572

Die hier dargestellten Fremdwährungsaktiva und -passiva beziehen sich auf nicht derivative Finanzinstrumente. Die Fremdwährungspositionen sind unter Berücksichtigung von entsprechend gegenläufigen derivativen Geschäften geschlossen.

(65) Restlaufzeitengliederung

Zum 31. Dezember 2017 gliedern sich die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten wie folgt:

in Mio. €

	Täglich fällig	Bis drei Monate	Drei Monate bis ein Jahr	Ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	35.393	13.325	19.082	44.350	30.597
Handelspassiva	471	1.328	2.514	–	40
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.087	1.542	2.704	12.170	10.203
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	27.834	3.397	5.945	6.246	7.732
Verbriefte Verbindlichkeiten	1	7.052	7.061	25.352	9.846
Nachrangkapital	–	6	858	582	2.776
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	7.936	162	309	1.259	852
Handelspassiva	7.936	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	–	162	309	1.259	852
Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.114	1.338	2.467	14.102	1.268
Gesamt	44.443	14.825	21.858	59.711	32.717

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2016:

in Mio. €

	Täglich fällig	Bis drei Monate	Drei Monate bis ein Jahr	Ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	30.866	13.922	30.199	40.463	31.203
Handelsspassiva	322	2.630	4.843	–	123
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.777	1.694	3.454	11.040	9.654
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	23.767	3.273	6.806	7.079	9.004
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	6.316	14.330	21.691	9.357
Nachrangkapital	–	9	766	653	3.065
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	10.795	463	680	2.145	1.565
Handelsspassiva	10.795	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	–	463	680	2.145	1.565
Unwiderrufliche Kreditzusagen	704	973	2.852	13.988	1.133
Gesamt	42.365	15.358	33.731	56.596	33.901

Für die Restlaufzeitengliederung der finanziellen Verbindlichkeiten wurden die undiskontierten Cashflows gemäß den vertraglich vereinbarten Fälligkeitsterminen auf die einzelnen Laufzeitbänder verteilt. Falls keine feste vertragliche Vereinbarung für den Rückzahlungszeitpunkt bestand, ist der frühestmögliche Zeitpunkt beziehungsweise die Kündigungsmöglichkeit herangezogen worden. Dies gilt insbesondere für aufgenommene Tagesgelder und Sichteinlagen sowie für Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist.

Die unter den Handelsspassiva ausgewiesenen nicht derivativen finanziellen Verbindlichkeiten wurden mit Buchwerten und die unwiderruflichen Kreditzusagen mit dem Nominalwert in die Restlaufzeitengliederung einbezogen. Derivate des Handelsbestands werden mit ihrem Buchwert dem kürzesten Laufzeitband zugeordnet, die unwiderruflichen Kreditzusagen dem Band, zu dem die Inanspruchnahme frühestens möglich ist. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen gemäß Anhangangabe (74) können bis zum Garantiehöchstbetrag grundsätzlich jederzeit in Anspruch genommen werden.

(66) Derivative Geschäfte

Der Helaba-Konzern setzt derivative Finanzinstrumente sowohl für Handels- als auch für Sicherungsgeschäfte ein.

Derivate können als standardisierte Kontrakte an der Börse oder individuell ausgehandelt als OTC-Derivate außerbörslich abgeschlossen werden.

Die Nominalwerte entsprechen dem Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe. Dieser Wert dient als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, es handelt sich jedoch nicht um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Nominal- und Marktwerte derivativer Geschäfte ergeben sich zu den Stichtagen wie folgt:

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	4.575	3.646	186	143	180	137
OTC-Produkte	3.605	2.735	167	124	158	118
Aktienoptionen	3.605	2.735	167	124	158	118
Käufe	2.039	1.548	167	124	–	–
Verkäufe	1.566	1.187	–	–	158	118
Börsengehandelte Produkte	970	911	19	19	22	19
Aktien-/Index-Futures	197	212	5	3	1	–
Aktien-/Indexoptionen	773	699	14	16	21	19
Zinsbezogene Geschäfte	422.045	418.466	10.608	14.344	8.666	12.144
OTC-Produkte	409.124	407.859	10.598	14.342	8.665	12.135
Forward Rate Agreements	25	2.920	–	–	–	–
Zins-Swaps	354.445	355.341	9.600	13.026	6.310	8.729
Zinsoptionen	54.501	49.491	997	1.316	2.355	3.406
Käufe	21.025	17.670	897	1.241	56	39
Verkäufe	33.476	31.822	100	75	2.299	3.367
Sonstige Zinskontrakte	153	107	1	–	–	–
Börsengehandelte Produkte	12.921	10.607	10	2	1	9
Zins-Futures	12.921	10.587	10	2	1	9
Zinsoptionen	–	20	–	–	–	–
Währungsbezogene Geschäfte	60.688	74.322	1.390	1.844	1.307	2.396
OTC-Produkte	60.688	74.322	1.390	1.844	1.307	2.396
Devisenkassa- und -termingeschäfte	38.914	49.010	457	968	546	832
Zins-/Währungs-Swaps	21.232	24.650	924	868	752	1.556
Devisenoptionen	542	662	9	8	9	8
Käufe	268	328	9	8	–	–
Verkäufe	274	333	–	–	9	8
Kreditderivate	5.206	5.828	57	32	61	32
OTC-Produkte	5.206	5.828	57	32	61	32
Warenbezogene Geschäfte	121	147	2	4	3	4
OTC-Produkte	121	147	2	4	3	4
Commodity Swaps	48	53	2	4	2	4
Commodity-Optionen	73	94	–	–	1	–
Gesamt	492.635	502.409	12.243	16.367	10.217	14.713

Nominalwerte nach Restlaufzeiten:

in Mio. €

	Aktien-/Indexbezogene Geschäfte		Zinsbezogene Geschäfte		Währungsbezogene Geschäfte	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Bis drei Monate	342	354	26.020	33.000	22.982	28.838
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	800	707	41.741	43.463	15.277	18.638
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.194	2.435	194.900	185.508	17.412	20.792
Mehr als fünf Jahre	239	150	159.384	156.495	5.017	6.054
Gesamt	4.575	3.646	422.045	418.466	60.688	74.322

in Mio. €

	Kreditderivate		Warenbezogene Geschäfte		Gesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Bis drei Monate	120	130	43	48	49.507	62.370
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	519	1.311	42	32	58.379	64.151
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.448	4.253	36	67	219.990	213.055
Mehr als fünf Jahre	119	134	-	-	164.759	162.833
Gesamt	5.206	5.828	121	147	492.635	502.409

Die derivativen Geschäfte bestehen mit folgenden Kontrahenten:

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
OECD-Banken	185.704	208.678	6.568	8.469	8.012	11.885
Banken außerhalb der OECD	31	21	-	-	1	1
Sonstige Kontrahenten (inklusive Börsen)	277.686	259.804	2.164	3.222	993	1.117
Öffentliche Stellen in der OECD	29.214	33.906	3.511	4.676	1.211	1.710
Gesamt	492.635	502.409	12.243	16.367	10.217	14.713

(67) Buchwerte und Ergebnisse nach Bewertungskategorien

In der folgenden Tabelle sind die Buchwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten per 31. Dezember 2017 nach den Bewertungskategorien des IAS 39 gegliedert dargestellt. Ersichtlich ist auch der Ausweis in der Bilanz.

in Mio. €

	LaR/OL	AfS	HfT, Derivate Nichthandel	FVO	Gesamt
Aktiva					
Barreserve	1.014		8.899		9.913
Forderungen an Kreditinstitute	11.034			–	11.034
Forderungen an Kunden	89.751			479	90.230
Handelsaktiva			16.319		16.319
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			2.924		2.924
Finanzanlagen		22.191		1.828	24.019
Sonstige Aktiva	21				21
Gesamt	101.820	22.191	28.142	2.307	154.460
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.016			498	31.514
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	45.922			3.599	49.521
Verbriefte Verbindlichkeiten	41.987			6.168	48.155
Handelspassiva			12.289		12.289
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			2.281		2.281
Nachrangkapital	3.464			46	3.510
Sonstige Passiva	90				90
Gesamt	122.479		14.570	10.311	147.360

Die unter den sonstigen Aktiva beziehungsweise sonstigen Passiva ausgewiesenen finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind wie im Vorjahr der Kategorie LaR beziehungsweise OL zugeordnet.

Nachfolgend die entsprechenden Buchwerte per
31. Dezember 2016:

in Mio. €

	LaR/OL	AfS	HfT, Derivate Nichthandel	FVO	Gesamt
Aktiva					
Barreserve	1.296		1.800		3.096
Forderungen an Kreditinstitute	15.235			–	15.235
Forderungen an Kunden	92.566			512	93.078
Handelsaktiva			20.498		20.498
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			4.024		4.024
Finanzanlagen		23.839		1.932	25.771
Sonstige Aktiva ¹⁾	36				36
Gesamt	109.133	23.839	26.322	2.444	161.738
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	29.755			383	30.138
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	43.285			3.539	46.824
Verbriefte Verbindlichkeiten	45.362			5.586	50.948
Handelspassiva			18.713		18.713
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			3.918		3.918
Nachrangkapital	3.524			99	3.623
Sonstige Passiva ¹⁾	84				84
Gesamt	122.010		22.631	9.607	154.248

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Die sonstigen Aktiva enthalten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die der Bewertungskategorie LaR zuzuordnen sind.
Die sonstigen Passiva enthalten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, die der Bewertungskategorie OL zuzuordnen sind.

In der folgenden Tabelle sind pro Bewertungskategorie die erfassten Ergebnisbeiträge aus Finanzinstrumenten für das Geschäftsjahr 2017 dargestellt:

in Mio. €

	LaR	OL	AfS	HfT	FVO	Derivate Nicht- handel	Gesamt
Zinsüberschuss	2.300	-1.367	235		-142	102	1.128
Risikovorsorge	56						56
Handelsergebnis				268			268
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					88	-206	-118
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	4	40				-53	-9
Ergebnis aus Finanzanlagen			16				16
Erfolgsneutrale Ergebnisbeiträge			-66				-66
Gesamt	2.360	-1.327	185	268	-54	-157	1.275

Für das Jahr 2016 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	LaR	OL	AfS	HfT	FVO	Derivate Nicht- handel	Gesamt
Zinsüberschuss	2.511	-1.481	281		-138	100	1.273
Risikovorsorge	-154						-154
Handelsergebnis				146			146
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					86	-35	51
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-3	-17				15	-5
Ergebnis aus Finanzanlagen			45				45
Erfolgsneutrale Ergebnisbeiträge			63				63
Gesamt	2.354	-1.498	389	146	-52	80	1.419

Der Zinsüberschuss gemäß Gewinn- und Verlustrechnung enthält neben Zinsen aus Finanzinstrumenten das Zinsergebnis aus Pensionsverpflichtungen und anderen langfristigen Rückstellungen.

Der Zinsüberschuss enthält Zinserträge und Zinsaufwendungen aus nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten in Höhe von 2.637 Mio. € (2016: 2.834 Mio. €) beziehungsweise -1.469 Mio. € (2016: -1.523 Mio. €).

(68) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Nachfolgende Übersicht enthält eine Gegenüberstellung der beizulegenden Zeitwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten mit ihren jeweiligen Buchwerten. Darüber hinaus sind unter den sonstigen Aktiva beziehungsweise sonsti-

gen Passiva weitere finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ausgewiesen, deren beizulegender Zeitwert dem Buchwert entspricht.

in Mio. €

	Fair Value		Buchwert		Differenz	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Aktiva						
Barreserve	9.913	3.096	9.913	3.096	–	–
Forderungen an Kreditinstitute ¹⁾	11.119	15.346	11.033	15.234	86	112
Forderungen an Kunden ¹⁾	94.239	97.557	89.830	92.307	4.409	5.250
Handelsaktiva	16.319	20.498	16.319	20.498	–	–
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	2.924	4.024	2.924	4.024	–	–
Finanzanlagen	24.019	25.771	24.019	25.771	–	–
Gesamt	158.533	166.292	154.038	160.929	4.495	5.362
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	32.275	31.098	31.514	30.138	761	960
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	50.754	48.162	49.521	46.824	1.233	1.338
Verbriefte Verbindlichkeiten	48.407	51.245	48.155	50.948	252	297
Handelspassiva	12.289	18.713	12.289	18.713	–	–
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	2.281	3.918	2.281	3.918	–	–
Nachrangkapital	3.618	3.971	3.510	3.623	108	348
Gesamt	149.624	157.107	147.270	154.164	2.354	2.943

¹⁾ Nettobuchwert nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Die Aufteilung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente nach der Hierarchie der verwendeten Inputdaten gemäß Anhangangabe (6) ergibt sich auf der Aktivseite wie folgt:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Nicht derivative Finanzinstrumente	27.570	29.784	3.570	4.176	346	447	31.486	34.407
Forderungen an Kunden			394	411	85	101	479	512
Handelsaktiva	5.158	6.144	1.840	1.974	2	37	7.000	8.155
Finanzanlagen	22.412	23.640	1.336	1.791	259	309	24.007	25.740
Derivate	29	21	12.062	16.233	152	113	12.243	16.367
Handelsaktiva	25	20	9.156	12.234	138	89	9.319	12.343
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	4	1	2.906	3.999	14	24	2.924	4.024
Gesamt	27.599	29.805	15.632	20.409	498	560	43.729	50.774

Auf der Passivseite ergibt sich folgende Aufteilung:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Nicht derivative Finanzinstrumente	60	139	14.100	16.878	504	508	14.664	17.525
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			493	373	5	10	498	383
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			3.565	3.491	34	48	3.599	3.539
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	–	5.703	5.136	465	450	6.168	5.586
Handelspassiva	61	139	4.292	7.779	–	–	4.353	7.918
Nachrangkapital	–1	–	47	99	–	–	46	99
Derivate	23	28	10.042	14.588	152	97	10.217	14.713
Handelspassiva	21	24	7.776	10.681	139	90	7.936	10.795
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	2	4	2.266	3.907	13	7	2.281	3.918
Gesamt	83	167	24.142	31.466	656	605	24.881	32.238

Die Veränderungen innerhalb der drei Bewertungslevel resultieren überwiegend aus Zu- und Abgängen und nicht aus Übertragungen zwischen ihnen.

Die Aktivbestände der nicht derivativen Finanzinstrumente in Level 3 verteilen sich wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kunden	85	101
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7	42
Schuldscheine	2	37
Asset Backed Securities	5	5
Nicht börsennotierte Unternehmensanteile	97	95
Investmentanteile	45	77
Ankauf von Forderungen aus Kapitallebensversicherungen	112	132
Gesamt	346	447

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Level 3 verteilt sich auf die Rating-Stufen wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
AAA	–	35
BBB und schlechter	7	7
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7	42

Bei der Modellbewertung der Bestände, die Level 3 zugeordnet sind, wurden Parameter verwendet, durch die ein Preis ermittelt wird, den rational handelnde Marktteilnehmer zugrunde legen würden. Für einzelne Inputfaktoren könnten alternativ günstigere oder nachteiligere Faktoren angesetzt werden.

Bei Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren betrifft dies im Wesentlichen die Einschätzung und Festlegung von Credit Spreads. Dabei werden Szenariowerte auf Basis ermittelter historischer Standardabweichungen in den betroffenen Sektoren herangezogen. Die hierbei ermittelten Abweichungen sind wie im Vorjahr unwesentlich.

Für nicht börsennotierte Unternehmensanteile, deren Fair Values über Ertragswertberechnungen ermittelt werden, werden Simulationen der wesentlichen, nicht beobachtbaren Inputfaktoren vorgenommen. Diese Simulationen wurden im aktuellen Jahr verfeinert. Werden für diese Unternehmen mit

einem Buchwert von 34 Mio. € die zu diskontierenden Cashflows jeweils um 10 % erhöht beziehungsweise reduziert, weichen die dabei ermittelten Fair Values um 3 Mio. € nach oben und unten ab. Wird der Diskontierungssatz um einen Prozentpunkt erhöht, sinken die dabei ermittelten Fair Values um – 5 Mio. €, bei einer Verringerung des Diskontierungssatzes um einen Prozentpunkt steigen die Fair Values um 8 Mio. €. Für weitere nicht börsennotierte Unternehmensanteile sowie für Anteile an Investmentgesellschaften werden die Fair Values in Höhe von insgesamt 108 Mio. € mittels anderer, marktüblicher Verfahren ermittelt. Dies betrifft beispielsweise Unternehmen an denen nur wenige Anteile gehalten werden oder deren absolute Anteilshöhe nur einen relativ niedrigen Wert aufweisen. Hier werden die verwendeten Input-Faktoren um 10 % erhöht beziehungsweise reduziert, so dass alternativ verwendbare Werte ermittelt werden, die um bis zu 11 Mio. € nach oben und unten abweichen können. Zum 31. Dezember 2016 wurden für nicht börsennotierte Unternehmen und Investmentgesellschaften im Wesentlichen die verwendeten Inputfaktoren um 10 %

erhöht beziehungsweise reduziert. Auf Basis der dabei ermittelten Marktwerte wurden alternativ verwendbare Werte ermittelt, die um bis zu 18 Mio. € nach oben und unten abweichen können.

Für die angekauften Forderungen aus Kapitallebensversicherungen werden aufgrund der Bewertung auf Basis der Rückkaufswerte der Lebensversicherungen keine wesentlichen Sensitivitäten gesehen.

Bei der Bewertung der verbrieften Verbindlichkeiten werden Bewertungsparameter herangezogen, die Sensitivitäten aufweisen

können, die jedoch im Wesentlichen abgesichert sind. Verbleibende Sensitivitäten sind für die Bewertung unwesentlich.

Die sonstigen dem Level 3 zugeordneten Bestände weisen keine wesentlichen Sensitivitäten aus.

In den folgenden Tabellen werden die Entwicklung des Bestands an zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten, die dem Level 3 zugeordnet sind, sowie das Bewertungsergebnis der zum 31. Dezember noch im Bestand befindlichen Finanzinstrumente ausgewiesen:

in Mio. €

Aktiva	Forderungen an Kunden		Handelsaktiva		Finanzanlagen		Positive Marktwerte des Handelsbestands		Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Buchwert zum 1.1.	101	103	37	108	309	518	89	97	24	23
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste										
Zinsergebnis	-	-			-	-			-4	-3
Handelsergebnis			-	1			75	31		
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	-3	2			-2	-			-6	4
Ergebnis aus Finanzanlagen					-17	-7				
Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne oder Verluste					2	12				
Zugänge	-	-	10	-	17	6	12	6	-	-
Abgänge/Abwicklungen	-13	-4	-10	-14	-49	-223	-22	-11	-	-
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-	-	-1	2	-	-	-	-
Übertragungen aus Level 2	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-
Übertragungen in Level 2	-	-	-35	-58	-	-4	-16	-34	-	-
Buchwert zum 31.12.	85	101	2	37	259	309	138	89	14	24
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus finanziellen Vermögenswerten im Bestand	-1	2	-	-3	-3	-1	101	30	-5	6

in Mio. €

Passiva	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		Verbriefte Verbindlichkeiten		Negative Marktwerte des Handelsbestands		Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Buchwert zum 1.1.	10	10	48	37	450	413	90	99	7	8
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste										
Zinsergebnis	-	-	-1	1	-1	-			2	-1
Handelsergebnis							77	30		
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	-	-	3	13	-11	4			2	-1
Zugänge	-	-	-	10	145	73	9	6	2	1
Abgänge/Abwicklungen	-5	-	-2	-13	-118	-34	-21	-11	-	-
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-1	-	-	-	-	-	-	-
Übertragungen in Level 2	-	-	-13	-	-	-6	-16	-34	-	-
Buchwert zum 31.12.	5	10	34	48	465	450	139	90	13	7
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus Verbindlichkeiten im Bestand	-	-	-1	-12	5	-9	-101	-30	-5	-

Die nachfolgende Übersicht enthält eine Aufteilung der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente nach der Hierarchie der Fair Value-Level:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016 ¹⁾	31.12.2017	31.12.2016 ¹⁾	31.12.2017	31.12.2016
Aktiva								
Barreserve	9.913	3.096					9.913	3.096
Forderungen an Kreditinstitute			6.475	10.677	4.644	4.669	11.119	15.346
Forderungen an Kunden			61.441	63.557	32.319	33.488	93.760	97.045
Finanzanlagen	–	–	–	–	12	31	12	31
Gesamt	9.913	3.096	67.916	92.068	36.975	20.354	114.804	115.518
Passiva								
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			26.276	25.498	5.501	5.217	31.777	30.715
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			42.335	39.997	4.820	4.626	47.155	44.623
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.194	2.184	40.045	43.475	–	–	42.239	45.659
Nachrangkapital	533	525	3.039	3.347	–	–	3.572	3.872
Gesamt	2.727	2.709	111.695	112.317	10.321	9.843	124.743	124.869

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Aufgrund der Überprüfung der Wesentlichkeit von Inputfaktoren für den Fair Value wurde auch die LevelEinstufung von Fair Values für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden angepasst.

Die unter Level 3 ausgewiesenen Bestände betreffen Geschäftsarten, bei denen im Regelfall nicht für alle wesentlichen Inputfaktoren beobachtbare Bewertungsparameter vorliegen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um das Förder- und Retail-Geschäft.

In 2017 erfolgte eine Überprüfung der Wesentlichkeit von bei der Ermittlung der Fair Values verwendeten, nicht beobachtbaren

Inputfaktoren. Aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus hat die Bewertung der Bonität der Kunden auf den gesamten Fair Value weiter an Bedeutung gewonnen. Da sie nicht an einem aktiven Markt abgelesen wird, werden zukünftig höhere Volumina dem Level 3 zugeordnet. Des Weiteren werden bei langfristigen Forderungen Bewertungsunsicherheiten gesehen, die ebenfalls eine Zuordnung zu Level 3 begründen. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

(69) Umkategorisierung finanzieller Vermögenswerte

In Einklang mit IAS 39 und IFRS 7 hat der Helaba-Konzern im zweiten Halbjahr 2008 bestimmte Handelsaktiva und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in die Bewertungskategorie LaR umkategorisiert. Hierbei wurden Vermögenswerte umkategorisiert, bei denen am 1. Juli 2008 eindeutig keine kurzfristige Verkaufs- oder Handelsabsicht mehr bestand,

sondern die stattdessen auf absehbare Zeit im Bestand gehalten werden sollten. Gemäß dem geänderten IAS 39 erfolgte die Umkategorisierung mit Wirkung zum 1. Juli 2008 zu dem an diesem Stichtag ermittelten beizulegenden Zeitwert. Seitdem wurden keine weiteren Umkategorisierungen vorgenommen.

Mit der Umkategorisierung wurde auch der Bilanzausweis geändert (Umgliederung). Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte und die beizulegenden Zeitwerte der umgliederten Vermögenswerte:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2016	1.7.2008
	Buchwert	Zeitwert	Buchwert	Zeitwert	Buchwert
Handelsaktiva, umgliedert zu Forderungen an Kunden	17	17	64	63	437
Finanzanlagen, umgliedert zu Forderungen an Kunden	15	15	25	25	1.722
Gesamt	32	32	89	88	2.159

Wären die Umkategorisierungen nicht vorgenommen worden, wären in 2017 für Handelsaktiva in der Gewinn- und Verlustrechnung zusätzliche unrealisierte Bewertungsgewinne von 1 Mio. € (2016: 1 Mio. €) und für Finanzanlagen im Eigenkapital zusätzliche unrealisierte Bewertungsergebnisse von 0 Mio. € (2016: 0 Mio. €) entstanden.

Im laufenden Geschäftsjahr ergaben sich aus dem Abgang von aus der Kategorie AfS umgewidmeten Vermögenswerten Effekte von 2 Mio. € auf die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns.

(70) Angaben zu Finanzinstrumenten der Fair Value-Option

Für Forderungen und Verbindlichkeiten, die der FVO zugeordnet sind, werden die kumulierten Änderungen der Buchwerte, die auf das Kreditrisiko zurückzuführen sind, ermittelt. Hierzu wird für jedes dieser Finanzinstrumente die Differenz zwischen der aktuellen Bewertung und der historischen Bewertung im Zugangszeitpunkt herangezogen und um aus nicht bonitätsbezo-

genen Marktkonditionen resultierende Wertänderungen bereinigt. Für Finanzinstrumente, die zum 31. Dezember noch im Bestand waren, wird der Betrag ausgewiesen, der in der Berichtsperiode in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt wurde. Die entsprechenden Werte können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

in Mio. €

	Buchwert		Berichtsperiode		Kumuliert	
	31.12.2017	31.12.2016	2017	2016	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kunden	479	512	1	1	-5	-6
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.758	1.864	-	-1	-2	-3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	70	68	-	-	-	-
Gesamt	2.307	2.444	1	-	-7	-9

in Mio. €

	Buchwert		Berichtsperiode		Kumuliert	
	31.12.2017	31.12.2016	2017	2016	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	498	383	-	-3	-1	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.599	3.539	4	45	14	20
Verbriefte Verbindlichkeiten	6.168	5.586	2	34	-17	-16
Nachrangkapital	46	99	-	-1	1	1
Gesamt	10.311	9.607	6	75	-3	5

In der nachfolgenden Übersicht werden die Rückzahlungsbeträge der Verbindlichkeiten, die der FVO zugeordnet sind, ihren jeweiligen aktuellen Buchwerten gegenübergestellt:

in Mio. €

	Rückzahlungsbetrag		Buchwert		Differenz	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	495	401	498	383	-3	18
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.087	4.163	3.599	3.539	488	624
Verbriefte Verbindlichkeiten	6.207	5.614	6.168	5.586	39	28
Nachrangkapital	46	98	46	99	-	-1
Gesamt	10.835	10.276	10.311	9.607	524	669

(71) Angaben zur Emissionstätigkeit

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der verbrieften Refinanzierungsmittel des Helaba-Konzerns im Berichtszeitraum:

in Mio. €

	Verbrieftes Verbindlichkeiten des Handels		Verbrieftes Verbindlichkeiten		Verbrieftes Nachrangkapital		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Stand zum 1.1.	1.675	4.664	50.948	47.073	1.527	1.836	54.150	53.573
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-22	-20	-727	41	-	-	-749	21
Zugänge aus Emissionen	660	5.571	72.683	52.229	-	-	73.343	57.800
Zugänge aus dem Wiederverkauf von vorherigen Rückkäufen	6	-	823	1.121	1	2	830	1.123
Abgänge durch Rückzahlung	-1.576	-8.542	-74.214	-48.214	-	-303	-75.790	-57.059
Abgänge durch Rückkäufe	-99	-5	-1.142	-1.191	-1	-2	-1.242	-1.198
Veränderung der abgegrenzten Zinsen	-	-1	-19	-71	-	-	-19	-72
Erfolgswirksame Wertänderungen	8	8	-197	-40	-	-6	-189	-38
Stand zum 31.12.	652	1.675	48.155	50.948	1.527	1.527	50.334	54.150

Im Rahmen der Emissionstätigkeit des Helaba-Konzerns werden kurzfristige Geldmarktpapiere, Aktien- und Indexzertifikate, mittel- und langfristige Schuldverschreibungen und Nachrangmittel am Geld- und Kapitalmarkt platziert.

Die Zugänge aus Emissionen und Abgänge durch Rückzahlungen umfassen auch das Platzierungsvolumen von kurzfristigen Geldmarktpapieren, die zum Ende des Geschäftsjahres bereits wieder

getilgt sein können. Die erfolgswirksamen Wertänderungen resultieren aus Bewertungseffekten von zum Abschlussstichtag im Bestand befindlichen finanziellen Verbindlichkeiten, die als gesicherte Grundgeschäfte in das Hedge Accounting einbezogen oder der FVO zugeordnet sind.

(72) Angaben zum Risikomanagement

Das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals steht im Mittelpunkt der Konzernrisikostategie. Zur Risikosteuerung werden die identifizierten Risiken laufend gemessen und überwacht. Hierzu werden die Methoden stetig weiterentwickelt.

Zur Organisation des Risikomanagements, zu den einzelnen Risikoarten sowie Risikokonzentrationen verweisen wir auf den Risikobericht, der Bestandteil des Lageberichts ist.

(73) Kreditrisiken aus Finanzinstrumenten

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Buchwerte von Forderungen der Kategorie LaR, die durch die Bildung von Einzel- beziehungsweise pauschalierten Einzelwertberichtigungen wertgemindert

wurden. Darüber hinaus sind hier auch die Bruttobuchwerte vor Wertminderung von Finanzanlagen der Kategorie AfS aufgeführt.

in Mio. €

	Buchwert vor Wertberichtigung		Höhe der Wertberichtigung		Buchwert nach Wertberichtigung	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kunden (LaR)	642	1.149	276	499	366	650
Finanzanlagen (AfS)	140	138	108	98	32	40
Gesamt	782	1.287	384	597	398	690

Das maximale Kreditrisiko gemäß IFRS 7.36 (a) zum Abschlussstichtag entspricht mit Ausnahme der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden dem Buchwert der finanziellen Vermögenswerte, wie unter Anhangangabe (67) dargestellt, zuzüglich der Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen gemäß Anhangangabe (74). Für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden entspricht das maximale Kreditrisiko dem Buchwert abzüglich der Wertberichtigungen auf Forderungen (siehe Anhangangabe (39)). Es handelt sich bei den Angaben um Beträge ohne Abzug von Sicherheiten oder sonstigen risikomindernden Vereinbarungen.

keine Wertminderungen gebildet, da nach Einschätzung der Helaba keine wesentliche Veränderung in der Bonität der Schuldner vorliegt und mit einer Tilgung der ausstehenden Beträge gerechnet wird.

Ein finanzieller Vermögenswert wird als überfällig eingestuft, wenn der Vertragspartner den vertraglich vereinbarten Zahlungen aus dem Finanzinstrument nicht fristgerecht nachgekommen ist. Es ist dabei schon ausreichend, wenn bestimmte vertraglich vereinbarte Teilzahlungen (Zinsen oder Teilrückzahlungen) in Verzug sind.

Für zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Forderungen mit einem Buchwert von 72 Mio. € (31. Dezember 2016: 234 Mio. €), die zum Bilanzstichtag überfällig waren, wurden

Die nachstehende Tabelle enthält eine Aufgliederung der zum 31. Dezember 2017 überfälligen nicht wertgeminderten Forderungen nach der Dauer des Zahlungsverzugs:

in Mio. €

	Bilanz- ausweis	Verzug bis einen Monat	Verzug	Verzug über	Verzug über	Summe Verzug
			über einen Monat bis drei Monate	über drei Monate bis ein Jahr	über ein Jahr	
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	11.034	–	–	–	–	–
Forderungen an Kunden (LaR)	89.751	29	25	5	9	68
Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen (LaR)	21	2	1	1	–	4
Gesamt	100.806	31	26	6	9	72

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2016:

in Mio. €

	Bilanz- ausweis	Verzug bis einen Monat	Verzug über einen Monat bis drei Monate	Verzug über drei Monate bis ein Jahr	Verzug über ein Jahr	Summe Verzug
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	15.235	1	–	–	–	1
Forderungen an Kunden (LaR)	92.566	110	93	19	7	229
Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen (LaR)	36	2	1	1	–	4
Gesamt	107.837	113	94	20	7	234

Die Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen, die im Bilanzposten Sonstige Aktiva ausgewiesen werden, resultieren überwiegend aus fremden Beratungsgebühren, denen Verbindlichkeiten in gleicher Höhe gegenüberstehen, sowie aus dem Immobilienprojektierungs- und Wohnungsbaugeschäft.

Die nachstehende Tabelle enthält eine Aufstellung über gestundete oder neuverhandelte Forderungen zum Bilanzstichtag:

in Mio. €

	Bilanzausweis		Darunter: gestundete oder neuverhandelte Forderungen	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kreditinstitute	11.034	15.235	–	–
Forderungen an Kunden	90.230	93.078	838	1.414
Gesamt	101.264	108.313	838	1.414

Die Ermittlung von Stundungen oder neuverhandelten Forderungen erfolgt in Einklang mit der Definition des „Forborne Exposure“ der Europäischen Bankenaufsicht (EBA). Das Forborne Exposure umfasst hierbei Schuldverträge mit Forbearance-Maßnahmen, die Zugeständnisse oder Umschuldungen aufgrund bestehender oder zu erwartender finanzieller Leistungsstörungen durch den Schuldner umfassen.

Die nachstehende Tabelle enthält eine Aufstellung über Wertberichtigungen auf gestundete oder neuverhandelte Forderungen zum Bilanzstichtag:

in Mio. €

	Bilanzausweis		Darunter: auf gestundete oder neuverhandelte Forderungen und Kreditzusagen	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
	Wertberichtigungen auf Forderungen an Kreditinstitute	1	1	-
Portfoliowertberichtigungen	1	1	-	-
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden	400	771	190	359
Einzelwertberichtigungen	239	453	173	336
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	37	46	10	13
Portfoliowertberichtigungen	124	272	7	10
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	30	43	-	2
Gesamt	431	815	190	361

Der Helaba-Konzern hält zur Besicherung seiner Kreditforderungen insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften sowie Wertpapiere. Zudem kommen andere branchenübliche Sicherungsvereinbarungen zur Anwendung. Die Schätzwerte für die beizulegenden Zeitwerte der Sicherheiten basieren auf der Bewertung der Sicherheiten, die abhän-

gig von Kreditart und -volumen gemäß den Kreditrichtlinien einer laufenden Überwachung und Fortschreibung unterliegen.

Die folgende Tabelle zeigt die Schätzwerte für die beizulegenden Zeitwerte der im Rahmen des klassischen Kreditgeschäfts gehaltenen Sicherheiten zum Bilanzstichtag:

in Mio. €

	Buchwert		Fair Value der Sicherheiten	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
	Forderungen an Kreditinstitute	11.034	15.235	203
Forderungen an Kunden	90.230	93.078	34.773	34.310
Eventualverbindlichkeiten	6.304	6.310	241	287
Unwiderrufliche Kreditzusagen	20.289	19.650	532	550
Gesamt	127.857	134.273	35.749	35.365

Für Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten wird eine Bewertungsanpassung (CVA-Adjustment) beim Ausfallrisiko vorgenommen, um erwartete Verluste im Kreditgeschäft abzudecken. Diese Bewertungsanpassung wird bestimmt durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber einem gegebenen Kontrahenten und unter Berücksichtigung gehaltener Sicherheiten, der sich aus Rahmenverträgen ergebenden Aufrechnungseffekte, des erwarteten Verlusts bei Ausfall und des

Kreditrisikos, basierend auf Marktdaten einschließlich CDS-Spreads. Zum 31. Dezember 2017 betrug die Bewertungsanpassung für Derivate des Handelsbuchs und des Bankbuchs mit positiven Marktwerten 85 Mio. € (31. Dezember 2016: 155 Mio. €).

Für weitere Angaben zu Kreditrisiken verweisen wir auf den Risikobericht, der Bestandteil des Lageberichts ist.

Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen

(74) Eventualverpflichtungen und andere nicht bilanzierte Verpflichtungen

Bei den Eventual- und anderen Verpflichtungen des Helaba-Konzerns handelt es sich im Wesentlichen um potenzielle zukünftige Auszahlungsverpflichtungen des Konzerns, die sowohl aus den Kunden eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen Kreditlinien als auch aus gestellten Finanzgarantien erwachsen. Die Betragsangaben spiegeln mögliche Verpflichtungen bei vollständiger Ausnutzung eingeräumter Kreditlinien beziehungsweise bei Inanspruchnahme der Finanzgarantien wider.

Für unwiderrufliche Kreditzusagen werden Rückstellungen gebildet, sofern bei ihrer Inanspruchnahme eine Wertminderung des entstehenden Kredits wahrscheinlich ist. Für Finanzgarantien oder andere Verpflichtungen werden Rückstellungen gebildet, wenn die Inanspruchnahme wahrscheinlich ist.

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Unwiderrufliche Kreditzusagen	20.289	19.650
Finanzgarantien	4.757	5.038
Andere Verpflichtungen	4.628	4.364
Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	1.547	1.272
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	2.575	2.753
Einzahlungsverpflichtungen	42	43
Vertragliche Verpflichtungen für den Erwerb von Sachanlagen, immateriellen und sonstigen Vermögenswerten	168	135
Vertragliche Verpflichtungen in Verbindung mit als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	239	118
Verpflichtungen aus Prozessrisiken	1	–
Sonstige Verpflichtungen	56	43
Gesamt	29.674	29.052

Am Bilanzstichtag entfielen von den Einzahlungsverpflichtungen auf 25 Personenhandelsgesellschaften 41 Mio. € und auf drei Kapitalgesellschaften 1 Mio. €. Einzahlungsverpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden nicht.

Aus der Anwachsung eines Tochterunternehmens hat die Bank als Rechtsnachfolgerin die Verpflichtungen des Tochterunternehmens übernommen.

An der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main, ist die Bank als unbeschränkt haftender Gesellschafter beteiligt.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. angehörender Gesellschafter. Für den Fall der

Inanspruchnahme eines früheren Gewährträgers der DekaBank im Rahmen der für die Gewährträgerhaftung geltenden Bestandsschutzregelungen gemäß Brüsseler Verständigung I ist die Helaba zu einem internen anteiligen Haftungsausgleich verpflichtet. Die Träger der DekaBank am 18. Juli 2005 haften für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehender Verbindlichkeiten der DekaBank. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten galt dies nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausging.

Dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist die Bank über ihre Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Die Frankfurter

Sparkasse ist Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen. Diese Sicherungseinrichtungen haben institutssichernde Wirkung, das heißt, sie sind darauf angelegt, die angeschlossenen Institute in ihrem Bestand selbst zu schützen. Das Sicherungssystem der deutschen Sparkassen-Finanzgruppe wurde mit Wirkung vom 3. Juli 2015 an die Vorgaben des Einlagensicherungsgesetzes angepasst. Sollte die Institutssicherung ausnahmsweise nicht greifen, hat der Kunde einen Anspruch auf Erstattung seiner Einlagen bis zu einem Betrag von 100.000 €. Dafür maßgeblich ist das Einlagensicherungsgesetz. Im Fall des Eintritts eines Stützungs- oder eines Entschädigungsfalls kann die Helaba zur Zahlung von Zusatz- oder Sonderbeiträgen verpflichtet sein.

Des Weiteren sind die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen angeschlossen. Er gewährleistet eine zusätzliche, neben den bestehenden Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge und entfaltet nicht nur instituts-, sondern auch gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von der Landesbank Hessen-Thüringen und den Sparkassen sukzessive dotiert, bis 5 % der Bemessungsgrundlage (Risikoaktiva der Institute) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur erstmaligen vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrags.

Darüber hinaus haften einzelne konzernangehörige Institute als Mitglieder von Einlagensicherungseinrichtungen im Rahmen der hierfür geltenden Bestimmungen.

Die Helaba hat sich verpflichtet, im Fall der Zahlungsunfähigkeit der LBS Immobilien GmbH beziehungsweise der OFB Projektentwicklung GmbH deren Ausgleichsbeträge zur jeweiligen Zusatzversorgungskasse zu tragen.

Für den Fall, dass Kapitaleinlagen zurückgezahlt werden, können Eventualverbindlichkeiten ebenso wie im Vorjahr in Höhe von 205 Mio. € entstehen.

Die Verpflichtungen aus Prozessrisiken beinhalten Ansprüche gegenüber der Helaba, die in gerichtlichen und schiedsgerichtlichen Verfahren geltend gemacht werden und für die die Helaba aufgrund einer Eintrittswahrscheinlichkeit kleiner 50 % keine Rückstellungen gebildet hat.

Die sonstigen Verpflichtungen beinhalten Verpflichtungen in Höhe von 25 Mio. € (31. Dezember 2016: 18 Mio. €) gegenüber dem europäischen Abwicklungsfonds. Die Bank und die Frankfurter Sparkasse haben das Wahlrecht, einen Teil des Jahresbeitrags in Form von in vollem Umfang mit Barmitteln unterlegten unwiderruflichen Zahlungsverprechen zu leisten, ausgeübt.

Darüber hinaus gewähren die Sicherungsreserven der Landesbanken und der Landesbausparkassen ihren angeschlossenen Instituten ein Wahlrecht, einen Teil des Beitrags in Form von barunterlegten unwiderruflichen Zahlungsverprechen zu leisten. Davon haben die Bank und die Landesbausparkasse in Höhe von 13 Mio. € (31. Dezember 2016: 7 Mio. €) Gebrauch gemacht.

(75) Patronatserklärungen

Firma

Sitz

Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH

Frankfurt am Main

(76) Treuhandgeschäfte

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kreditinstitute	322	243
Forderungen an Kunden	491	525
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	197	202
Beteiligungen	55	56
Sonstige Vermögenswerte	14	13
Gesamt	1.079	1.039
Treuhandverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	125	125
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	648	606
Sonstige Verbindlichkeiten	306	308
Gesamt	1.079	1.039

Die Treuhandgeschäfte betreffen im Wesentlichen als Treuhandkredite gewährte Fördermittel des Bundes, des Landes Hessen und der KfW, bei anderen Kreditinstituten angelegte Treuhandgelder sowie für Privatanleger verwalteten Anteilsbesitz.

Sonstige Angaben

(77) Angaben zum Leasinggeschäft

Der Helaba-Konzern als Leasinggeber

In der folgenden Tabelle werden die Angaben zum Finanzierungsleasing dargestellt:

	31.12.2017	31.12.2016
Bruttoinvestitionswert	3	4
Bis ein Jahr	1	1
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2	3
Nettoinvestitionswert	3	4
Bis ein Jahr	1	1
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2	3

in Mio. €

Der Bruttoinvestitionswert entspricht der Summe der Mindestleasingzahlungen aus dem Finanzierungsleasing und dem Leasinggeber zustehender nicht garantierter Restwerte. In den Mindestleasingzahlungen sind vom Leasingnehmer zu leistende garantierte Restwerte enthalten. Der unrealisierte Finanzertrag entspricht der Differenz zwischen dem Netto- und dem Bruttoinvestitionswert.

Bei den Finanzierungsleasinggeschäften bestehen wie im Vorjahr keine kumulierten Wertberichtigungen. Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr keine bedingten Mietzahlungen als Ertrag erfasst.

In den kommenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu erwarten:

	31.12.2017	31.12.2016
Bis ein Jahr	68	69
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	35	38
Mehr als fünf Jahre	47	56
Gesamt	150	163

in Mio. €

Die Operating-Leasingverhältnisse betreffen insbesondere Untermietverträge für angemietete Gebäudeflächen sowie Mietverträge aus der Vermietung eigener Grundstücke und Gebäude.

Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr keine bedingten Mietzahlungen als Ertrag aus Operating-Leasingverhältnissen erfasst.

Der Helaba-Konzern als Leasingnehmer

Im Verwaltungsaufwand sind in Höhe von 44 Mio. € (2016: 42 Mio. €) Zahlungen für Operating-Leasingverhältnisse enthalten, bei denen die Helaba Leasingnehmer ist. Dies betrifft überwiegend Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Bei den angemieteten Objekten handelt es sich im Wesentlichen um im Bankbetrieb genutzte Bürogebäude, soweit sie nicht im Rahmen von Untermietverhältnissen einer anderen kommer-

ziellen Nutzung unterliegen. Die Mietverträge haben feste Laufzeiten mit gegenwärtigen Restlaufzeiten bis zu 12 Jahren. Preis-anpassungsklauseln bestehen in verschiedenen Varianten; bedingte Mietzahlungen sind nicht vereinbart.

In den kommenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu leisten:

	31.12.2017	31.12.2016
Bis ein Jahr	46	47
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	128	136
Mehr als fünf Jahre	50	63
Gesamt	224	246

in Mio. €

Aus unkündbaren Untermietverhältnissen werden zum Bilanzstichtag wie im Vorjahr künftige Mindestmietzahlungen in Höhe von 4 Mio. € erwartet. Ebenso sind die im Berichtsjahr aus Untermietverhältnissen vereinnahmten sonstigen betrieblichen Erträge gegenüber dem Vorjahr mit 2 Mio. € unverändert geblieben.

Finanzierungsleasinggeschäfte mit dem Helaba-Konzern als Leasingnehmer bestanden im Geschäftsjahr nicht.

(78) Angaben zum Eigenkapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennzahlen

Das Eigenkapitalmanagement des Helaba-Konzerns umfasst die Planung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel im Rahmen des Planungsprozesses, die Allokation von Eigenmitteln, die Überwachung der Entwicklung der Risikopositionen und die Einhaltung der Kapitallimite, die Überwachung und Plausibilisierung des verbleibenden Kapitalpuffers sowie die Berücksichtigung eines kalkulatorischen Eigenkapitalkostensatzes im Rahmen der Deckungsbeitragsrechnung. Ziel des Eigenkapitalmanagements ist die Allokation der Ressource Eigenkapital unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten auf die Bereiche des Konzerns unter der Nebenbedingung der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften zur Kapitalausstattung.

dem Ergänzungskapital zusammen. Seit 2015 sind über die CRR hinausgehende Anforderungen des europäischen Single Supervisory Mechanism (SSM) zu berücksichtigen.

Die Ermittlung der regulatorischen Eigenmittelanforderungen sowie die Berechnung der Kapitalquoten erfolgen ebenfalls nach den Vorschriften der CRR.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Helaba-Institutsgruppe werden nach der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) sowie ergänzenden Bestimmungen der §§ 10 und 10a KWG ermittelt. Gemäß der CRR-Kategorisierung setzen sich die Eigenmittel aus dem harten Kernkapital, dem zusätzlichen Kernkapital sowie

Die Eigenmittel der Helaba-Institutsgruppe gliedern sich wie folgt auf (Beträge jeweils nach regulatorischen Anpassungen):

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Kernkapital	8.180	8.110
Hartes Kernkapital (CET1)	7.673	7.534
Zusätzliches Kernkapital	507	576
Ergänzungskapital	2.667	2.699
Eigenmittel gesamt	10.847	10.809

Zum Bilanzstichtag ergaben sich folgende Kapitalanforderungen und Kennziffern:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Kreditrisiko (inklusive Beteiligungen und Verbriefungen)	3.411	3.585
Marktrisiko (inklusive CVA-Risiko)	284	348
Operationelles Risiko	291	295
Eigenmittelanforderungen gesamt	3.986	4.228
Harte Kernkapitalquote	15,4 %	14,3 %
Kernkapitalquote	16,4 %	15,3 %
Gesamtkennziffer	21,8 %	20,5 %

Kern- und Eigenkapitalquoten erfüllen die von der Helaba im Rahmen der Eigenkapitalplanung formulierten Zielquoten. Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften einschließlich der Anforderungen des europäischen SSM zur Kapitalausstattung sind eingehalten.

(79) Berichterstattung zu Geschäftsbeziehungen zu strukturierten Unternehmen

Aus dem Bankgeschäft und sonstigen geschäftlichen Aktivitäten von Konzerngesellschaften resultieren diverse Geschäftsbeziehungen zu strukturierten Unternehmen im Sinne von IFRS 12. Strukturierte Unternehmen sind solche Unternehmen, bei denen eine Beherrschung nach IFRS 10 nicht über die Ausübung der gesellschaftsrechtlichen Stimmrechte erfolgt.

Sponsoring im Sinne von IFRS 12.27 kann bei einem strukturierten Unternehmen im Rahmen der bankgeschäftlichen Funktionen für Kunden vorliegen. Dies betrifft Fälle, in denen der Helaba-Konzern die Initiierung einer Zweck- oder Dienstleistungsgesellschaft vorgenommen hat, eine Mitwirkung und

Unterstützung bei Gründung und Initiierung erfolgte und zudem die aktuelle Geschäftsverbindung mit diesem nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen noch so eng ist, dass Dritte begründeterweise eine Verbindung mit dem Konzern vermuten müssen.

Angaben zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen

Zum 31. Dezember 2017 bestanden folgende Forderungen an nicht konsolidierte strukturierte Unternehmen gemäß IFRS 12:

in Mio. €

	Verbriefungs- zweckgesell- schaften	Vermögens- verwaltungs- gesellschaften	Sonstige strukturierte Unternehmen	Gesamt
Aktiva	2.498	283	2.993	5.774
Forderungen an Kunden	2.477	244	2.933	5.654
Wertberichtigungen auf Forderungen	-1	-4	-	-5
Handelsaktiva	1	7	-	8
Finanzanlagen	21	29	60	110
Sonstige Aktiva	-	7	-	7
Außerbilanzielles Geschäft	1.113	18	238	1.369
Größe der strukturierten Unternehmen	23.074	147.693	91.501	262.268

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2016:

in Mio. €

	Verbriefungs- zweckgesell- schaften	Vermögens- verwaltungs- gesellschaften	Sonstige strukturierte Unternehmen	Gesamt
Aktiva	3.117	262	2.997	6.376
Forderungen an Kunden	3.073	193	2.944	6.210
Wertberichtigungen auf Forderungen	-1	-4	-	-5
Handelsaktiva	2	18	5	25
Finanzanlagen	43	49	48	140
Sonstige Aktiva	-	6	-	6
Außerbilanzielles Geschäft	1.145	21	84	1.250
Größe der strukturierten Unternehmen	38.412	159.524	84.949	282.885

Die Vermögensverwaltungsgesellschaften betreffen überwiegend von der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH sowie der LB(Swiss) Investment AG verwaltete Investmentvermögen, die sich wie folgt zusammensetzen:

	31.12.2017	31.12.2016
Publikumsfonds 73 (2016: 66)	8.805	7.131
Spezialfonds 271 (2016: 251)	101.256	114.085
Gesamt	110.061	121.216

in Mio. €

Das Geschäft mit Verbriefungsgesellschaften betrifft zum einen Dienstleistungsfunktionen für Verbriefungsgesellschaften der OPUSALPHA-Gruppe. Die für die Gesellschaften der OPUSALPHA-Gruppe bereitgestellten Liquiditätslinien betragen einschließlich pauschaler Aufschläge von 2 % 2.109 Mio. € (31. Dezember 2016: 2.797 Mio. €), davon sind am 31. Dezember 2017 1.467 Mio. € (31. Dezember 2016: 1.875 Mio. €) in Anspruch genommen. Die Zusagen zur Liquiditätsversorgung betreffen die maximal vorgesehenen Ankaufszusagen; Verpflichtungen bestehen zudem durch nachrangige Haftungen, wenn die Ankaufsschläge und Risikotragungen Dritter nicht ausreichen sollten. Die vorstehende Tabelle zeigt das Ausfallrisiko des Konzerns aus bilanziellen Ansprüchen zuzüglich laufender Zins- und Gebührenansprüche zum 31. Dezember 2017 nach Berücksichtigung von Emissionen in Höhe von 765 Mio. € (31. Dezember 2016: 860 Mio. €). Stützungsmaßnahmen der strukturierten Unterneh-

men über die bankgeschäftstypische Finanzierungsfunktion und Dienstleistungen hinaus sind aus derzeitiger Sicht nicht vorgesehen. Zum 31. Dezember 2017 bestehen für fremde Verbriefungsplattformen nicht gezogene Liquiditätslinien in Höhe von unverändert gegenüber dem Vorjahr 65 Mio. €. Ferner bestehen Finanzierungen bei Forderungsankaufsgesellschaften für Kunden, unter anderem für OPUSDELTA in Höhe von 184 Mio. € (31. Dezember 2016: 179 Mio. €) und OPUSLAMBDA ebenso wie am 31. Dezember 2016 von unter 1 Mio. €.

Die bilanzierten Forderungen an sonstige strukturierte Unternehmen betreffen eine Vielzahl an Finanzierungen von Zweck- und Objektgesellschaften. Überwiegend fungieren diese strukturierten Unternehmen als Objektgesellschaften für Leasing- oder Immobilientransaktionen.

Angaben zu konsolidierten strukturierten Unternehmen

Sofern nach IFRS 10 eine Einbeziehung eines strukturierten Unternehmens in den Konsolidierungskreis erfolgt, unterliegen die Geschäftsbeziehungen zu anderen konsolidierten Unternehmen den Konsolidierungsmaßnahmen. Die zum 31. Dezember 2017 konsolidierten strukturierten Unternehmen betreffen zum einen Wertpapiersondervermögen, bei denen die Helaba oder eine Tochtergesellschaft die Mehrheit der Anteilsrechte oder sämtliche Anteile halten. Als weitere Fälle werden eine Objektgesellschaft für eine von der Helaba teilweise selbstgenutzte Immobilie (Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG) und eine Refinanzierungsgesellschaft für Ankaufsgesellschaften der Verbriefungsstruktur OPUSALPHA (OPUSALPHA FUNDING LTD) nach IFRS 10 konsolidiert. Zudem waren vier Unternehmen (HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG und Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG, Egeria Verwaltungsgesellschaft mbH und Cordelia Verwaltungsgesellschaft

mbH) nach IFRS 10 zu konsolidieren, die Bestandteil von Strukturen geschlossener Fonds mit Investments in angekauften Lebensversicherungsansprüchen sind.

Im Berichtsjahr erfolgten bei zwei konsolidierten Objektgesellschaften, die Bestandteil von Strukturen geschlossener Fonds für Investments in angekauften Lebensversicherungen sind, Forderungsverzichte. Diese Forderungsverzichte sind abhängig von der Entwicklung der Anlagen in angekauften Lebensversicherungen bereits bedingt in den Verträgen vorgesehen und mindern wirtschaftlich die Verpflichtungen der Bank aus emittierten Zertifikaten gegenüber den Fondsgesellschaften.

(80) Maßgebliche Beschränkungen bei Vermögenswerten oder dem Transfer von Finanzmitteln

Neben den Angaben zu rechtlichen Beschränkungen in der Verfügung über Finanzinstrumente (siehe Anhangangaben (59) und (60)) bestehen bei den folgenden Gesellschaften am Bilanzstichtag durch vertragliche beziehungsweise satzungsmäßige Regelungen Beschränkungen bezüglich laufender Ausschüttungen:

- Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt,
- Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden,
- Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel,
- Hessenkapital I GmbH, Frankfurt am Main,
- Hessenkapital II GmbH, Frankfurt am Main,
- MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main,
- Mittelhessenfonds GmbH, Frankfurt am Main,
- Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt.

Bei der Frankfurter Sparkasse besteht aufgrund gesetzlicher Regelung im „Gesetz zur Errichtung der Frankfurter Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts (Fraspa-Gesetz)“ eine Verpflichtung, 30 % des im Jahresabschluss der Frankfurter Sparkasse ausgewiesenen Jahresüberschusses den Rücklagen zuzuführen.

Bei neun konsolidierten Tochterunternehmen bestehen Ausschüttungssperren aufgrund von § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB in Höhe von insgesamt 27 Mio. € (31. Dezember 2016: 20 Mio. €). Diese resultieren aus der Bewertung der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen in den Einzelabschlüssen, für deren Abzinsung seit 2016 pflichtgemäß Durchschnittszinssätze der letzten zehn Jahre verwendet werden.

Die Konsolidierung von Zweckgesellschaften gemäß IFRS 10 beruht häufig nicht auf einer vorliegenden Stimmrechtsmehrheit. Entsprechend sind bei diesen konsolidierten Zweckgesellschaften keine unbedingte und sofortige Verwendung und kein Transfer der Vermögenswerte seitens der Helaba rechtlich sichergestellt. Das gesamte Bilanzvolumen an konsolidierten Zweckgesellschaf-

ten nach IFRS vor Konsolidierungen beträgt 1.682 Mio. € (31. Dezember 2016: 2.270 Mio. €). In dieser Gesamtsumme ist die konsolidierte Refinanzierungsgesellschaft der OPUSALPHA-Verbriefungsstruktur mit 1.299 Mio. € (31. Dezember 2016: 1.788 Mio. €) enthalten.

Bei den Geschäftstätigkeiten der Landesbausparkasse und der WIBank sowie bei dem von der Bank betriebenen Pfandbriefgeschäft bestehen besondere rechtliche Rahmenbedingungen als Grundlage der Geschäftstätigkeit (BauSparkG, Gesetz über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen, PfandBG). Die überwiegenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in diesen Geschäftssegmenten unterliegen insofern Beschränkungen, als die geschäftliche Ausrichtung an den jeweiligen Geschäftszweck und die Mittelverwendung an gesetzliche Anforderungen gebunden ist. Teilweise bestehen zudem Zweckbindungen der Refinanzierungsmittel. So werden bei bestimmten Förderprogrammen, etwa im sozialen Wohnungsbau oder bei Infrastrukturfinanzierungen, seitens der Mittelgeber (zum Beispiel nationale und internationale Förderbanken sowie Bund und Länder) Zweckbindungen vorgegeben, um den zielgerichteten Einsatz und die angestrebte Förderwirkung sicherzustellen. Bei den Sondervermögen „Wohnungswesen und Zukunftsinvestition“ sowie „Hessischer Investitionsfonds“ bestehen Zweckbindungen auch hinsichtlich der Rückflüsse aus den Mittelverwendungen. In den Jahresabschlüssen zum 31. Dezember 2017 weisen die WIBank eine Bilanzsumme von 17.627 Mio. € (31. Dezember 2016: 17.413 Mio. €) und die LBS eine Bilanzsumme von 5.683 Mio. € (31. Dezember 2016: 5.411 Mio. €) aus.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Anerkennung von Eigenmitteln erforderten bestimmte Vertragsdetails bei Emissionen nachrangiger Verbindlichkeiten und stiller Einlagen. Diese Anforderungen schränken bei Eintritt bestimmter Bedingungen ein Kündigungsrecht des Helaba-Konzerns ein und erfordern eine Zustimmung der Aufsicht. Die Vertragsregelungen einzelner Emissionen erfordern eine Wiederauffüllung nach einer etwaigen Verlustteilnahme vor einer tatsächlichen Rückzahlung.

(81) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Helaba-Konzerns werden Geschäfte mit nach IAS 24 als nahestehend anzusehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen. Die nachfolgenden Angaben betreffen die Geschäftsbeziehungen zu den nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen, den assoziierten Unternehmen und Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Helaba-Konzerns einschließlich deren nachgeordneter Tochterunternehmen.

Bezüglich des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen, des Landes Hessen sowie des Freistaats Thüringen als Gesellschafter und Träger sind die Voraussetzungen für eine Befreiung von der Berichterstattung zu nahestehenden Unternehmen als öffentliche Stellen gegeben; von der entsprechenden Regelung wird grundsätzlich Gebrauch gemacht, sofern es sich nicht um wesentliche Geschäftsvolumina handelt. Geschäftsbeziehungen

zu unseren Gesellschaftern und deren nachgeordneten Tochterunternehmen nach IAS 24 bestehen aus normalen bankgeschäftlichen Dienstleistungen. Der Umfang der Geschäftsbeziehungen zu den Gesellschaftern und wesentlichen nachgeordneten Unternehmen im Berichtsjahr wird aus den nachfolgend angegebenen Salden zum Geschäftsjahresende erkennbar. Ebenso sind die Angaben zu den nach IAS 24 definierten Personen in Schlüsselpositionen des Helaba-Konzerns einschließlich ihrer nahen Familienangehörigen sowie zu von diesen Personen beherrschten Unternehmen in den nachstehenden Aufstellungen enthalten.

Zum 31. Dezember 2017 bestanden folgende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie außerbilanzielle Verpflichtungen des Helaba-Konzerns gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen:

in Mio. €

	Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	Gesellschafter der Helaba	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
Aktiva	59	331	2.862	-	3.252
Forderungen an Kreditinstitute	-	3	-	-	3
Forderungen an Kunden	35	316	1.658	-	2.009
Wertberichtigungen auf Forderungen	-	-	-	-	-
Handelsaktiva	-	-	695	-	695
Finanzanlagen	24	9	393	-	426
Sonstige Aktiva	-	3	116	-	119
Passiva	62	69	1.943	66	2.140
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	55	-	113	-	168
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7	68	1.683	43	1.801
Handelsspassiva	-	-	58	-	58
Nachrangkapital	-	-	80	-	80
Sonstige Passiva	-	1	9	23	33
Außerbilanzielles Geschäft	12	121	49	-	182

Für den 31. Dezember 2016 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	Nicht konsolidierte Tochter- unternehmen	Beteiligungen an Gemein- schaftsunter- nehmen und assoziierten Unternehmen	Gesellschafter der Helaba	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
Aktiva	83	917	3.079	1	4.080
Forderungen an Kreditinstitute	–	3	–	–	3
Forderungen an Kunden	59	878	1.464	1	2.402
Wertberichtigungen auf Forderungen	–	–10	–	–	–10
Handelsaktiva	–	3	1.094	–	1.097
Finanzanlagen	24	24	405	–	453
Sonstige Aktiva	–	19	116	–	135
Passiva	10	323	2.048	66	2.447
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	–	141	–	141
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10	321	1.735	43	2.109
Handelspassiva	–	–	79	–	79
Nachrangkapital	–	–	79	–	79
Sonstige Passiva	–	2	14	23	39
Außerbilanzielles Geschäft	12	147	88	–	247

Die Forderungen an sonstige nahestehende Personen umfassen Kredite an Vorstandsmitglieder und an Verwaltungsratsmitglieder wie im Vorjahr von jeweils weniger als 1 Mio. €.

In der Gewinn- und Verlustrechnung in 2017 sind aus Geschäften mit nahestehenden Personen folgende Ergebnisbeiträge enthalten:

in Mio. €

	Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	Gesellschafter der Helaba	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
Zinserträge	-	6	33	-	39
Zinsaufwendungen	-1	-	-18	-	-19
Zinsüberschuss	-1	6	15	-	20
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-	-	-	-	-
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	-1	6	15	-	20
Provisionserträge	-	-	42	-	42
Provisionsüberschuss	-	-	42	-	42
Handelsergebnis	-	-1	-163	-	-164
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-	-	1	-	1
Ergebnis aus Finanzanlagen	1	15	-	-	16
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	-	8	-	-	8
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-	1	-	-	1
Verwaltungsaufwand	-	-5	-10	-7	-22
Ergebnis vor Steuern	-	24	-115	-7	-98

Für das Jahr 2016 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	Nicht konsolidierte Tochter- unternehmen	Beteiligungen an Gemein- schaftsunter- nehmen und assoziierten Unternehmen	Gesellschafter der Helaba	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
Zinserträge	5	37	31	–	73
Zinsaufwendungen	–	–14	–20	–	–34
Zinsüberschuss	5	23	11	–	39
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–	–1	–	–	–1
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	5	22	11	–	38
Provisionserträge	–	–	42	–	42
Provisionsüberschuss	–	–	42	–	42
Handelsergebnis	–	5	236	–	241
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option	–9	–	–	–	–9
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	–	–	–1	–	–1
Ergebnis aus Finanzanlagen	1	–	–	–	1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	–	1	–	–	1
Verwaltungsaufwand	–	–6	–5	–9	–20
Ergebnis vor Steuern	–3	22	283	–9	293

Die Aufwendungen und Erträge aus Geschäften mit nahestehenden Personen resultieren überwiegend aus banküblichen Geschäftstätigkeiten im Kredit-, Wertpapier- und Derivategeschäft. Den Positionen aus übernommenen Marktpreisrisiken, zum Beispiel durch Zinsderivate, stehen im Rahmen einer Gesamtbanksteuerung entsprechende gegenläufige Geschäfte mit anderen Kunden gegenüber. Entsprechend bildet eine isolierte

Betrachtung, zum Beispiel der Handelsergebnisse aus Geschäften mit nahestehenden Personen, nicht das tatsächliche Ergebnis der Bank aus solchen Geschäften ab.

Die Bezüge des Vorstands der Helaba setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	2017	2016
Kurzfristige Leistungen	4,8	4,7
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–
Andere langfristige Leistungen	1,8	1,7
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–

Darüber hinaus wurden für Mitglieder des Vorstands den Pensionsrückstellungen 1,1 Mio. € (2016: 1,1 Mio. €) zugeführt (Dienstzeitaufwand).

Dem Verwaltungsrat wurden wie im Vorjahr 0,9 Mio. € und den Beiräten ebenfalls unverändert 0,1 Mio. € vergütet. Darüber hinaus wurden an die Mitglieder des Verwaltungsrats (inklusive stellvertretender Mitglieder) als Arbeitnehmer Bezüge in Höhe

von insgesamt unverändert 2 Mio. € gezahlt. An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden unverändert 4 Mio. € geleistet. Gemäß IAS 19 sind für Pensionsverpflichtun-

gen gegenüber diesem Personenkreis 64 Mio. € (2016: 70 Mio. €) zurückgestellt.

(82) Honorare des Abschlussprüfers

Für das Geschäftsjahr wurden folgende Entgelte für Leistungen berechnet, die von der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder deren Verbundunternehmen erbracht wurden:

	in Mio. €	
	2017	2016
Abschlussprüfung	4	3
Andere Bestätigungsleistungen	–	1
Sonstige Leistungen	1	1
Gesamt	5	5

Die Honorare für Abschlussprüfungsleistungen enthalten neben durch EU-Recht vorgeschriebene Abschlussprüfungen auch solche für die prüferische Durchsicht von Zwischenabschlüssen und nicht durch EU-Recht vorgeschriebene Jahresabschlussprüfungen.

Honorare für andere Bestätigungsleistungen, die im Berichtsjahr in Summe geringer als 1 Mio. € sind, entfallen primär auf

Bestätigungen für Sicherungseinrichtungen und gesetzliche Meldungen sowie die Prüfungen des Depot- und Wertpapierdienstleistungsgeschäfts.

Sonstige Leistungen wurden im Wesentlichen in Form von Gutachten und Stellungnahmen zu weiteren fachlichen Themen erbracht.

(83) Angaben zu Arbeitnehmern

Die Beschäftigten verteilen sich im Jahresdurchschnitt wie folgt auf den Helaba-Konzern:

	Weiblich		Männlich		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Gesamtbank	1.552	1.536	1.852	1.847	3.404	3.383
Bank	1.162	1.139	1.576	1.566	2.738	2.705
WIBank	242	234	172	169	414	403
LBS	148	163	104	112	252	275
Konzernochtergesellschaften	1.365	1.356	1.354	1.362	2.719	2.718
Konzern	2.917	2.892	3.206	3.209	6.123	6.101

(84) Mitglieder des Verwaltungsrats**Gerhard Grandke**

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning

Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– Erster stellvertretender
Vorsitzender –

Dr. Thomas Schäfer

Staatsminister
Hessisches Ministerium
der Finanzen
Wiesbaden
– Zweiter stellvertretender
Vorsitzender –

Alexander Wüerst

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Köln
Köln
– Dritter stellvertretender
Vorsitzender –

Andreas Bausewein

Oberbürgermeister
Stadt Erfurt
Erfurt

Dr. Annette Beller

Mitglied des Vorstands
B. Braun Melsungen AG
Melsungen

Ingo Buchholz

Vorsitzender des Vorstands
Kasseler Sparkasse
Kassel
– bis 30. September 2017 –

Patrick Burghardt

Oberbürgermeister
Stadt Rüsselsheim
Rüsselsheim
– bis 31. Dezember 2017 –

Georg Fahrenschon

Präsident
Deutscher Sparkassen- und
Giroverband e. V.
Berlin
– bis 30. November 2017 –

Sven Gerich

Oberbürgermeister
Stadt Wiesbaden
Wiesbaden
– seit 22. November 2017 –
– bis 15. Dezember 2017 –

Stefan Hastrich

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Weilburg
Weilburg

Bertram Hilgen

Oberbürgermeister
Stadt Kassel
Kassel
– bis 21. Juli 2017 –

Günter Högner

Vorsitzender des Vorstands
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden

Dr. Christoph Krämer

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Iserlohn
Iserlohn

Manfred Michel

Landrat
Landkreis Limburg-Weilburg
Limburg an der Lahn

Frank Nickel

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Clemens Reif

Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Thorsten Schäfer-Gümbel

Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Helmut Schmidt

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Saale-Orla
Schleiz

Uwe Schmidt

Landrat
Landkreis Kassel
Kassel

Dr. Hartmut Schubert

Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt

Wolfgang Schuster

Landrat
Lahn-Dill-Kreis
Wetzlar

Dr. Eric Tjarks

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Bensheim
Bensheim

Arnd Zinnhardt

Mitglied des Vorstands
Software AG
Darmstadt

Von den Bediensteten der Bank entsandt

Thorsten Derlitzki
Bankprokuriert
Frankfurt am Main
– Vierter stellvertretender
Vorsitzender –

Frank Beck
Stellvertretender
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Gabriele Fuchs
Bankangestellte
Offenbach

Anke Glombik
Bankprokuristin
Erfurt

Thorsten Kiwitz
Stellvertretender
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Christiane Kutil-Bleibaum
Abteilungsleiterin
Düsseldorf

Annette Langner
Bankprokuristin
Frankfurt am Main

Susanne Noll
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Jürgen Pilgenröther
Bankangestellter
Frankfurt am Main

Birgit Sahlinger-Rasper
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Susanne Schmiedebach
Bankprokuristin
Düsseldorf

Thomas Sittner
Bankangestellter
Frankfurt am Main

(85) Mitglieder des Vorstands

Herbert Hans Grüntker
– Vorsitzender –

Thomas Groß
– stellvertretender Vorsitzender –

Jürgen Fenk
– bis 30. September 2017 –

Dr. Detlef Hosemann

Hans-Dieter Kemler
– seit 1. Mai 2017 –

Klaus-Jörg Mulfinger

Dr. Norbert Schraad

(86) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Mandate der Vorstandsmitglieder

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Herbert Hans Grüntker	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Thomas Groß	Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart	Mitglied
	DSGF Deutsche Servicegesellschaft für Finanzdienstleister mbH, Köln	Mitglied
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Präsident
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Erster stellvertretender Vorsitzender
Dr. Detlef Hosemann	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Mitglied
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Hans-Dieter Kemler	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Klaus-Jörg Mulfinger	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied

Mandate anderer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Stephan Bruhn	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Mitglied
Diana Häring	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Klaus Kirchberger	TTL Information Technology AG, München	Vorsitzender
Holger Mai	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Dirk Mewesen	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Michael Reckhard	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied
Robert Restani	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
Christian Schmid	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Klaus Georg Schmidbauer	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied
André Stolz	Nassauische Sparkasse, Wiesbaden	Mitglied
Erich Vettiger	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender

(87) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG hat in 2018 einen Vertrag zur Veräußerung sämtlicher Anteile an der LB(Swiss) Investment AG abgeschlossen. Der Vertrag steht noch unter dem Vorbehalt behördlicher Genehmigungen. Aus dem Abgang der bislang im Wege der Vollkonsolidierung einbezogenen Gesellschaft werden keine wesentlichen Veränderungen der Vermögenslage für 2018 erwartet.

(88) Anteilsbesitz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale
gemäß § 315a i. V. m. § 313 Abs. 2 HGB

Vollkonsolidierte Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.	
1	1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		7,1 €	0 €	1)
2	Airport Office One GmbH & Co. KG, Schönefeld	100,00	0,00		0,0 €	-9 €	2)
3	ASTARTE Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	100,00	100,00		-6,2 €	-137 €	2)
4	BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH, Kassel	100,00	0,00		0,0 €	0 €	1), 3)
5	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,4 €	788 €	2)
6	CORDELIA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	0,00	0,00		0,0 €	0 €	1), 4)
7	DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG, Potsdam	94,89	0,00		36,7 €	1.832 €	
8	Dritte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	0 €	2)
9	EGERIA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	0,00	0,00		0,0 €	0 €	1), 4)
10	Erste OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	0 €	2)
11	Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		70,4 €	1 €	2)
12	Family Office der Frankfurter Bankgesellschaft AG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		k. A.	k. A.	
13	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		11,3 €	968 €	
14	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	100,00	100,00		107,8 CHF	2.906 CHF	
15	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	100,00	100,00		843,2 €	45.000 €	
16	FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,2 €	0 €	1)
17	Galerie Lippe GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	94,90	0,00		-1,8 €	-2.122 €	
18	GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH, Erfurt	100,00	0,00		0,3 €	0 €	1), 3)
19	GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,3 €	0 €	1), 3)
20	Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,1 €	47 €	
21	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	-10 €	

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.	
22	Grundstücksverwaltungsgesellschaft KAISERLEI GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		2,4 €	2.643 €	2)
23	G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		23,4 €	0 €	1)
24	GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Frankfurt am Main	100,00	5,10		76,4 €	4.895 €	
25	GWH Bauprojekte GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		13,6 €	0 €	1)
26	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		949,9 €	0 €	1)
27	GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main	100,00	0,00		368,5 €	50.667 €	
28	Hafenbogen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		-0,3 €	-321 €	2)
29	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG, Pullach	43,10	0,00		12,9 €	-407 €	4)
30	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG, Pullach	63,10	0,00		13,5 €	-365 €	4)
31	Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	-68 €	2)
32	Helaba Asset Services Unlimited Company, Dublin, Irland	100,00	100,00		54,8 €	221 €	
33	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		13,0 €	0 €	1)
34	Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG, Pullach	5,92	0,00		-129,9 €	5.151 €	4)
35	Hello Darmstadt Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1 €	-150 €	2)
36	HeWiPPP II GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		2,6 €	34 €	2)
37	Honua'ula Partners LLC, Wailea, USA	0,00	0,00		92,6 US-\$	14 US-\$	4)
38	HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1 €	10 €	
39	Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1 €	-66 €	2)
40	Kornmarkt Arkaden Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-2,8 €	-280 €	2)
41	Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1 €	-23 €	2)
42	Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,8 €	-316 €	2)
43	LB(Swiss) Investment AG, Zürich, Schweiz	100,00	0,00		10,2 CHF	1.628 CHF	
44	LHT MSIP, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		7,0 US-\$	0 US-\$	
45	LHT Power Three LLC, Wilmington, USA	100,00	100,00		33,7 US-\$	-364 US-\$	
46	LHT TCW, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		21,3 US-\$	413 US-\$	

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.
47	LHT TPF II, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		5,9 US-\$	-523 US-\$
48	Logistica CPH K/S, Kastrup, Dänemark	53,33	53,33		0,8 DKK	1.624 DKK
49	Main Capital Funding II Limited Partnership, Saint Helier, Jersey	0,00	0,00		17,1 €	284 € ⁴⁾
50	Main Capital Funding Limited Partnership, Saint Helier, Jersey	0,00	0,00		8,3 €	146 € ⁴⁾
51	MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	0 € ¹⁾
52	MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH, Frankfurt am Main	99,99	0,00		8,1 €	1.313 €
53	Merian GmbH Wohnungsunternehmen, Frankfurt am Main	94,90	0,00		23,1 €	1.092 €
54	Montindu S.A./N.V., Brüssel, Belgien	100,00	99,97		15,1 €	227 €
55	Neunte P 1 Projektgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	-53 € ²⁾
56	OFB Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		5,9 €	90 €
57	OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,1 €	0 € ^{1), 3)}
58	OPUSALPHA FUNDING LTD, Dublin, Irland	0,00	0,00		0,0 €	0 € ⁴⁾
59	Projekt Erfurt B38 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,2 €	-210 € ²⁾
60	Projekt Hirschgarten MK8 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-1,0 €	-615 € ²⁾
61	Projektentwicklung Königstor GmbH & Co. KG, Kassel	100,00	0,00		-0,4 €	-743 € ²⁾
62	Projektentwicklung Neuwerkstraße 17 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	-1 € ²⁾
63	Projektgesellschaft ILP Erfurter Kreuz mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	-2 € ²⁾
64	PVG GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,4 €	252 € ^{1), 3)}
65	SQO Stadt Quartier Offenburg GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,2 €	-120 € ²⁾
66	Systemo GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		2,2 €	265 €
67	TE Kronos GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,7 €	-2 €
68	uniQus Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1 €	-117 € ²⁾
69	Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,3 €	0 € ¹⁾
70	Verso Grundstücksentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1 €	49 € ²⁾
71	Verso Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		1,8 €	782 € ²⁾

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.
72	Vierte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	0 € ²⁾
73	Vierte OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	0 € ²⁾
74	Zweite OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	0 € ²⁾
75	Zweite OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,2 €	186 € ²⁾

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in %		Fondsvolumen	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	in Mio.	in Tsd.
76	HI-A-FSP-Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	131,8 €	0 € ⁴⁾
77	HI-C-FSP-Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	116,0 €	0 € ⁴⁾
78	HI-FBI-Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	129,2 €	0 € ⁴⁾
79	HI-FBP-Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	87,7 €	0 € ⁴⁾
80	HI-FSP-Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	170,0 €	0 € ⁴⁾
81	HI-H-FSP-Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	131,6 €	0 € ⁴⁾
82	HI-HT-KOMP.-Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	33,7 €	0 € ^{4), 5)}
83	HI-HTNW-Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	509,3 €	0 € ^{4), 5)}
84	HI-RentPlus-Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	490,8 €	0 € ^{4), 5)}

Des Weiteren wurden folgende Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierte Unternehmen at Equity bewertet:

At Equity bewertete Gemeinschaftsunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	Gesamt	in Mio.	in Tsd.
85	CP Campus Projekte GmbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		1,1 €	-414 €
86	Einkaufszentrum Wittenberg GmbH, Leipzig	50,00	0,00		-0,7 €	112 €
87	FHP Friedenauer Höhe Dritte GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
88	FHP Friedenauer Höhe Erste GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
89	FHP Friedenauer Höhe Fünfte GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
90	FHP Friedenauer Höhe Projekt GmbH, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
91	FHP Friedenauer Höhe Sechste GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
92	FHP Friedenauer Höhe Vierte GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
93	FHP Friedenauer Höhe Zweite GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
94	G & O Alpha Hotelentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1 €	-3 €
95	G & O Alpha Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,2 €	-4 €
96	G & O Baufeld Alpha 2. BA GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1 €	-4 €
97	G & O Gateway Gardens Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0 €	-5 €
98	G & O Gateway Gardens Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,5 €	379 €
99	gatelands Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Schönefeld	75,00	0,00		-0,9 €	-55 €
100	GlZS GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	33,33	33,33		14,7 €	-3.653 €
101	G&O MK 15 Bauherren GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0 €	-27 €
102	GOB Dritte E & A Grundbesitz GmbH, Frankfurt am Main	47,00	0,00		-3,4 €	-232 €
103	GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Siebte Rhein-Main KG, Frankfurt am Main	8,84	0,00		5,3 €	1.095 €
104	GOB Projektentwicklung Fünfte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	8,84	0,00		0,0 €	-10 €
105	Horus AWG GmbH, Pöcking	50,00	0,00		-0,1 €	-114 €

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	Gesamt	in Mio.	in Tsd.
106	Multi Park Mönchhof Dritte GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		0,5 €	-13 €
107	Multi Park Mönchhof GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		0,0 €	-7 €
108	Multi Park Mönchhof Main GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		1,6 €	1.511 €
109	OFB & Procom Objekt Neu-Ulm GmbH & Co. KG, Neu-Ulm	50,00	0,00		0,4 €	7 €
110	OFB & Procom Rüdesheim GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		-0,1 €	-7 €
111	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	30,00	0,00		-1,2 €	-220 €
112	sono west Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	70,00	0,00		15,0 €	-581 €
113	Stresemannquartier GmbH & Co. KG, Berlin	50,00	0,00		0,5 €	30.842 €
114	Westhafen Haus GmbH & Co. Projektentwicklungs-KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		-0,2 €	0 €
115	Westhafen-Gelände Frankfurt am Main GbR, Frankfurt am Main	0,00	0,00	33,33	0,0 €	-3 €

At Equity bewertete assoziierte Unternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis
		gesamt	davon un- mittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.
116	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33	0,00		4,3 €	-1.333 €
117	HANNOVER LEASING Wachstumswerte Asien 1 GmbH & Co. KG, Pullach	54,51	0,00		18,5 €	-210 €
118	WoWi Media GmbH & Co. KG, Hamburg	23,72	0,00	19,24	2,8 €	-11 €

Nicht einbezogene Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.
119	ASTARTE Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	100,00	100,00		0,0 €	1 €
120	BGT-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0 €	0 € ¹⁾
121	BHT Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Bauhof Maintal KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	1,0 €	78 €
122	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt GZH Gemeindezentrum Hünstetten KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,4 €	152 €
123	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt MGK Marstall-Gebäude Kassel KG, Kassel	50,00	50,00	66,67	0,5 €	38 €
124	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Sparkassenfiliale Seeheim-Jugenheim KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		2,1 €	190 €
125	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt TFK II Tiefgarage Kassel 2. BA KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	2,2 €	236 €
126	BM H Beteiligung-Managementgesellschaft Hessen mbH, Wiesbaden	100,00	100,00		1,3 €	554 €
127	BWT Beteiligungsgesellschaft für den Wirtschaftsaufbau Thüringens mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,3 €	4 €
128	Dritte OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	-4 €
129	FAM-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2 €	5 €
130	FMZ Fulda Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	-1 €
131	GIMPRO Beteiligungs- und Geschäftsführungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,2 €	4 €
132	GLD Verwaltungsgesellschaft GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	0 €
133	Helaba Gesellschaft für Immobilienbewertung mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2 €	0 €
134	Helaba Projektbeteiligungsgesellschaft für Immobilien mbH Frankfurt am Main	100,00	100,00		4,5 €	54 €
135	Helaba Representação Ltda., São Paulo, Brasilien	100,00	99,00		k. A.	k. A.
136	Innovationsfonds Hessen-Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1 €	0 €
137	Kalypso Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	-11 €

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.
138	KHR Hessengrund-Gesellschaft für Bauland- beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Kulturhalle Rödermark KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	3,2 €	437 €
139	Komplementarselskabet Logistica CPH ApS, Kastrup, Dänemark	52,00	52,00		0,0 DKK	-3 DKK
140	Königstor Verwaltungs-GmbH, Kassel	100,00	0,00		0,0 €	-1 €
141	Kornmarkt Arkaden Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	3 €
142	LBS Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,7 €	87 €
143	Nötzli, Mai & Partner Family Office AG, Zürich, Schweiz	100,00	0,00		0,3 CHF	65 CHF
144	OFB Berlin Projekt GmbH, Berlin	100,00	0,00		0,0 €	-1 €
145	OFB Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0 €	1 €
146	Office One Verwaltung GmbH, Schönefeld	100,00	0,00		0,0 €	1 €
147	S-Beteiligungsgesellschaft Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,2 €	-13 €
148	TE Beta GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,4 €	96 €
149	TE Gamma GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1 €	8 €
150	TF H Technologie-Finanzierungsfonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (TF H GmbH) i. L., Frankfurt am Main	66,67	66,67	66,66	0,6 €	-2 €
151	TFK Hessengrund-Gesellschaft für Bauland- beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Tiefgarage Friedrichsplatz Kassel KG i. L., Kassel	33,33	33,33	66,67	1,5 €	-25 €
152	Unterstützungseinrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0 €	0 €

Gemeinschaftsunternehmen, nicht at Equity bewertet

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.
153	FinTech Community Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	33,33	33,33		k. A.	k. A.
154	G & O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1 €	5 €
155	G & O Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0 €	1 €
156	gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	75,00	0,00		0,0 €	2 €
157	GIZS Verwaltungs-GmbH, Frankfurt am Main	33,33	33,33		0,0 €	-10 €
158	GOB Projektentwicklungsgesellschaft E & A mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0 €	0 €
159	Helaba-Assekuranz-Vermittlungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,7 €	354 €
160	Hessen Kapital I GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		34,4 €	233 €
161	Hessen Kapital II GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		6,8 €	206 €
162	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesell- schaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1 €	2 €
163	Marienbader Platz Projektentwicklungs- gesellschaft mbH & Co. Bad Homburg v.d.H. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,4 €	5 €
164	Mittelhessenfonds GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		-2,5 €	24 €
165	Multi Park Verwaltungs GmbH, Neu-Isenburg	50,00	0,00		0,0 €	1 €
166	Procom & OFB Projektentwicklung GmbH, Hamburg	50,00	0,00		0,0 €	-3 €
167	Projekt Feuerbachstraße Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	70,00	0,00		0,0 €	0 €
168	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	30,00	0,00		k. A.	k. A.
169	Rotunde - Besitz- und Betriebsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Erfurt	60,00	60,00	33,33	0,6 €	48 €
170	Rotunde Verwaltungsgesellschaft mbH, Erfurt	60,00	60,00	33,33	k. A.	k. A.
171	SKYGARDEN Arnulfpark Verwaltungs GmbH, Grünwald	50,00	0,00		0,0 €	0 €

Assoziierte Unternehmen, nicht at Equity bewertet

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.
172	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	21,03	21,03		19,2 €	970 €
173	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	31,50	31,50		25,3 €	700 €
174	GbR VÖB-ImmobilienAnalyse, Bonn	0,00	0,00	20,00	k. A.	k. A.
175	HaemoSys GmbH, Jena	38,33	0,00		-4,8 €	-524 €
176	Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel	37,11	37,11		70,1 €	5.151 €
177	MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Wiesbaden	32,52	32,52		10,4 €	402 €
178	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	38,56	38,56		23,7 €	1.214 €
179	Sparkassen-Marktservice Beteiligungs GmbH&Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	40,00		8,0 €	224 €
180	Sparkassen-Marktservice Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	50,00	40,00		0,0 €	0 €
181	TF H III Technologiefonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wiesbaden	25,00	25,00		1,7 €	-72 €
182	Vierte Airport Bureau-Center KG Airport Bureau Verwaltungs GmbH&Co., Berlin	31,98	31,98		-4,9 €	-1.748 €

Sonstiger Anteilsbesitz

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.
183	„Dia“ Productions GmbH & Co. KG, Pullach	0,27	0,00		0,0 €	0 €
184	ABE CLEARING S.A.S à capital variable, Paris, Frankreich	1,85	1,85		20,4 €	4.800 €
185	Advent International GPE V-B Limited Partnership, George Town, Kaimaninseln	1,99	1,99		29,8 €	1.722 €
186	Advent International GPE VI Limited Partnership, George Town, Kaimaninseln	0,24	0,24		2.960,3 €	329.456 €
187	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	1,14	1,14		231,8 €	22.885 €
188	Almack Mezzanine I LP, London, Vereinigtes Königreich	3,93	3,93		0,4 €	83.211 €
189	Almack Mezzanine II Unleveraged LP, London, Vereinigtes Königreich	5,83	5,83		27,6 €	10.411 €
190	AlphaHaus GmbH & Co. KG, Erzhausen	5,50	0,00		0,9 €	-107 €
191	Antenne Thüringen GmbH & Co. KG, Weimar	3,50	3,50		2,1 €	1.288 €
192	AVW Assekuranzvermittlung der Wohnungswirtschaft GmbH & Co. KG, Bosau	11,76	0,00		0,2 €	15.694 €
193	Bauverein für Höchst a. M. und Umgebung eG, Frankfurt am Main	0,03	0,00		28,6 €	762 €
194	BC European Capital VIII-8, Saint Peter Port, Guernsey	1,83	1,83		1.022,5 €	-144.023 €
195	BIL Leasing GmbH & Co. Objekt Verwaltungs- gebäude Halle KG i. L., München	100,00	100,0	0,21	0,0 €	36 €
196	BOF III CV Investors LP, Wilmington, USA	4,16	4,16		46,2 €	13.768 €
197	Campus Kronberg GmbH & Co. KG, Hamburg	6,00	0,00		63,6 €	5.293 €
198	Capnamic Ventures Fund II GmbH & Co. KG, Köln	4,27	4,27		0,0 €	0 €
199	CapVest Equity Partners II, L.P., Hamilton, Bermuda	3,48	3,48		144,8 €	2.932 €
200	Castra Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Mainz	2,85	0,00		-19,5 €	-802 €
201	Clareant Mezzanine Fund II (No.1) Limited Partnership, Saint Helier, Jersey	4,07	4,07		158,5 €	-664 €
202	Clareant Mezzanine No. 1 Fund Limited Partnership, Saint Helier, Jersey	3,40	3,40		150,4 €	13.276 €
203	DBAG Fund IV GmbH & Co. KG i.L., Frankfurt am Main	6,13	6,13		5,5 €	-5.267 €
204	DBAG Fund V GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	7,59	7,59		44,7 €	47.227 €
205	Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v. d. Höhe	1,71	0,00		626,8 €	45.284 €
206	Deutscher Sparkassen Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stuttgart	5,41	5,41		171,7 €	37.787 €

6)

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.
207	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	3,74	3,74		180,2 €	8.725 €
208	DIV Grundbesitzanlage Nr. 30 Frankfurt-Deutsch- herrnufer GmbH & Co. KG i. L., Frankfurt am Main	0,06	0,06		15,3 €	741 €
209	Doughty Hanson & Co. V LP No. 1, London, Vereinigtes Königreich	1,60	1,60		372,5 €	24.588 €
210	Dritte Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG, Kassel	6,00	0,00		10,8 €	1.919 €
211	EIG Energy Fund XIV, L.P., Dover, USA	4,05	4,05		98,6 US-\$	-47.543 US-\$
212	EQT Expansion Capital II (No. 1) Limited Partnership, Saint Peter Port, Guernsey	4,57	4,57		281,7 €	-62.612 €
213	EQT V (No. 1) Limited Partnership, Saint Peter Port, Guernsey	0,28	0,28		1.189,2 €	-79.540 €
214	Erste Hessisch-Thüringische Sparkassen- Kapitaleinlagengesellschaft mbH & Co. KG, Sömmerda	6,39	0,00		0,3 €	216 €
215	Erste Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH, Kassel	6,00	0,00		0,1 €	4 €
216	Erste ST Berlin Projekt GmbH & Co KG, Berlin	0,50	0,00		0,0 €	-8 €
217	Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhausen	1,76	1,76		3.309,3 €	45.029 €
218	EUFISERV Payments s.c.r.l., Brüssel, Belgien	11,37	11,37		0,2 €	46 €
219	Fachmarktzentrum Fulda GmbH & Co. KG, München	5,10	0,00		42,6 €	1.592 €
220	Fiducia & GAD IT AG, Karlsruhe	0,02	0,00		435,1 €	33.969 €
221	FIDUCIA Mailing Services eG, Karlsruhe	0,13	0,06		0,1 €	0 €
222	Fourth Cinven Fund (No. 1) Limited Partnership, Saint Peter Port, Guernsey	1,42	1,42		1.022,0 €	1.412.618 €
223	GeckoGroup AG in Insolvenz, Wetzlar	5,02	5,02		0,0 €	0 €
224	GELIMER Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	8,93	8,93		-1,9 €	167 €
225	GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main	11,20	11,20		5,4 €	729 €
226	GLB-Verwaltungs-GmbH, Frankfurt am Main	11,20	11,20		0,0 €	2 €
227	Gründerfonds Ruhr GmbH & Co. KG, Essen	8,96	8,96		0,0 €	-22 €
228	HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG, Pullach	5,10	5,10		1,5 €	-7.020 €
229	Herkules Grundbesitz GmbH & Co. Frankfurt KG, Berlin	5,10	5,10		2,6 €	756 €
230	Hessisch-Thüringische Sparkassen-Beteiligungs- gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	15,49	0,00		1,8 €	507 €
231	Hutton Collins Capital Partners II L.P., London, Vereinigtes Königreich	1,40	1,40		57,3 €	5.590 €

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.
232	Hutton Collins Capital Partners III L.P., London, Vereinigtes Königreich	1,45	1,45		190,6 €	-56.026 €
233	Icon Brickell LLC, Miami, USA	14,94	14,94		0,0 US-\$	-154 US-\$
234	Interessengemeinschaft Frankfurter Kreditinstitute GmbH, Frankfurt am Main	16,90	4,21		25,4 €	9.691 €
235	Investcorp Private Equity 2007 Fund, L.P., George Town, Kaimaninseln	2,01	2,01		300,8 US-\$	42.431 US-\$
236	LBS IT Informations-Technologie GmbH & Co KG, Berlin	7,30	7,30		0,0 €	47 €
237	Magical Produktions GmbH & Co. KG, Pullach	1,50	0,00		-8,9 €	10.193 €
238	Magnolia GmbH & Co. KG, Nonnweiler	6,00	0,00		-0,1 €	-10 €
239	Magnum Capital, L.P., Edinburgh, Vereinigtes Königreich	1,45	1,45		564,9 €	130.710 €
240	MESTO Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	1,00	1,00		-3,8 €	248 €
241	Mezzanine Management Fund IV ‚A‘ L.P., Hamilton, Bermuda	7,46	7,46		53,3 €	-26.636 €
242	MezzVest II, L.P., Saint Helier, Jersey	3,50	3,50		0,1 €	-18.867 €
243	NAsP III/V GmbH, Marburg	14,92	0,00		2,8 €	-716 €
244	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	0,89	0,00		495,8 €	29.432 €
245	neue leben Pensionsverwaltung AG, Hamburg	3,20	0,00		2,3 €	-52 €
246	North Haven Infrastructure Partners LP, Wilmington, USA	0,25	0,00		2.431,6 US-\$	93.198 US-\$
247	Objekt Limes Haus GmbH & Co. KG, Hamburg	5,10	0,00		17,0 €	568 €
248	PALMYRA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG S.e.n.c., Luxemburg, Luxemburg	5,20	0,00		69,6 €	363 €
249	Pan-European Infrastructure Fund LP, Saint Helier, Jersey	0,73	0,73		2.897,7 €	257.682 €
250	PATRIZIA Hessen Zehn GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	5,20	0,00		-1,3 €	-165 €
251	PineBridge PEP IV Co-Investment L.P., Wilmington, USA	9,51	0,00		18,1 US-\$	-3.908 US-\$
252	PineBridge PEP IV Non-U.S. L.P., Wilmington, USA	17,00	0,00		16,8 US-\$	1.010 US-\$
253	PineBridge PEP IV Secondary L.P., Wilmington, USA	16,10	0,00		10,9 US-\$	-555 US-\$
254	PineBridge PEP IV U.S. Buyout L.P., Wilmington, USA	17,21	0,00		42,3 US-\$	5.098 US-\$
255	PineBridge PEP IV U.S. Venture L.P., Wilmington, USA	17,51	0,00		21,9 US-\$	83 US-\$
256	Private Equity Thüringen GmbH & Co. KG, Erfurt	14,11	14,11		2,7 €	-31 €
257	Projektentwicklungs-GmbH & Co. Landratsamt KG, Wolfhagen	6,00	0,00		3,0 €	456 €

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigen- kapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio.	in Tsd.
258	Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schule an der Wascherde KG, Lauterbach	6,00	0,00		0,2 €	16 €
259	Projektgesellschaft Andreasstraße mbH, Erfurt	6,00	0,00		0,6 €	0 €
260	Rebstöcker Straße GmbH & Co. KG, Hamburg	5,10	0,00		-17,8 €	-412 €
261	RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG, München	9,60	9,60		14,9 €	1.825 €
262	S CountryDesk GmbH, Köln	5,00	2,50		0,4 €	32 €
263	S.W.I.F.T. Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication SCRL, La Hulpe, Belgien	0,00	0,00		325,2 €	20.722 €
264	SCHUFA Holding AG, Wiesbaden	0,28	0,00		75,5 €	28.228 €
265	SIX Group AG, Zürich, Schweiz	0,00	0,00		2.554,4 CHF	221.100 CHF
266	SIZ GmbH, Bonn	5,32	5,32		4,9 €	334 €
267	TCW/Crescent Mezzanine Partners IVB, L.P., Los Angeles, USA	2,08	0,00		29,4 US-\$	-6.336 US-\$
268	TdW südwest Treuhandgesellschaft für die Südwestdeutsche Wohnungswirtschaft mbH, Frankfurt am Main	3,25	0,00		1,8 €	121 €
269	Tenaska Power Fund, L.P., Wilmington, USA	1,55	0,00		32,7 US-\$	4.625 US-\$
270	THE TRITON FUND II L.P., Saint Helier, Jersey	0,77	0,77		400,5 €	122.886 €
271	TPF II, LP, Wilmington, USA	2,37	0,00		78,3 US-\$	7.708 US-\$
272	Triton Fund III L.P., Saint Helier, Jersey	0,71	0,71		1.681,6 €	613.480 €
273	True Sale International GmbH, Frankfurt am Main	7,69	7,69		4,8 €	46 €
274	VCM Golding Mezzanine GmbH & Co. KG, München	6,48	6,48		6,7 €	3.252 €
275	VCM Golding Mezzanine SICAV II, Luxemburg, Luxemburg	4,20	4,20		73,6 €	10.648 €
276	Volks- Bau- und Sparverein Frankfurt am Main eG, Frankfurt am Main	0,01	0,00		10,6 €	3.557 €
277	Zweite Hessisch-Thüringische Sparkassen-Kapitaleinlagengesellschaft mbH & Co. KG, Battenberg	10,32	0,00		0,4 €	265 €
278	Zweite Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH, Kassel	6,00	0,00		0,1 €	3 €
279	Zweite ST Berlin Projekt GmbH & Co. KG, Berlin	0,50	0,00		-0,1 €	-114 €

¹⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

²⁾ Von § 264b HGB wird bezüglich des Jahresabschlusses der Gesellschaft Gebrauch gemacht.

³⁾ Von § 264 Abs. 3 HGB wird bezüglich des Jahresabschlusses der Gesellschaft Gebrauch gemacht.

⁴⁾ Bei der Gesellschaft handelt es sich um ein Tochterunternehmen, dessen Klassifizierung nicht auf einer Stimmrechtsmehrheit beruht.

⁵⁾ Geschäftsjahresende 31. Januar.

⁶⁾ Kapitalanteil an einer großen Kapitalgesellschaft über 5%.

k. A. Es liegt kein festgestellter Abschluss vor.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich

des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.“

Frankfurt am Main/Erfurt, den 27. Februar 2018

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Grüntker	Groß	Dr. Hosemann
Kemler	Mulfinger	Dr. Schraad

Country by Country Reporting nach § 26a KWG

Gemäß den mit § 26a KWG in deutsches Recht umgesetzten Anforderungen der EU-Richtlinie 2013/36/EU („Capital Requirements Directive“, CRD IV) ist ein „Country by Country Reporting“ vorzunehmen.

Mit dieser Berichterstattung werden für 2017 die angefallenen Umsätze und die Anzahl der Beschäftigten je Mitgliedsstaat der EU und je Drittland dargestellt, in denen die in den Konzernabschluss im Wege der Vollkonsolidierung einbezogenen Unternehmen zum Stichtag 31. Dezember 2017 eine Niederlassung unterhalten oder ihren Sitz haben.

Die Angaben zu Umsatz, Konzernergebnis und Ertragsteueraufwendungen erfolgen vor Berücksichtigung von Konsolidierungs-

effekten. Als Umsatz wird das in den Konzernabschluss nach IFRS einbezogene Ergebnis der Stelle vor Risikovorsorge und Verwaltungsaufwendungen angegeben. Die Angaben zum Konzernergebnis vor Steuern und zu den Ertragsteuern betreffen den Saldo der Beiträge zu diesen beiden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns nach IFRS. Die Ertragsteueraufwendungen betreffen die Unternehmenssteuern der jeweiligen Meldestelle.

Die Anzahl der Beschäftigten wird auf Basis von Vollzeitmitarbeiteräquivalenten angegeben. Beihilfen im Sinne eines EU-Beihilfe-Verfahrens haben die konsolidierten Gesellschaften in 2017 nicht erhalten.

	Umsatz in Mio. €	Konzernergebnis vor Ertragsteuern in Mio. €	Ertragsteuern in Mio. € ¹⁾	Anzahl der Beschäftigten
Belgien	1	–	–	–
Dänemark	–1	–1	–	–
Deutschland	1.634	409	–80	5.369
Frankreich	–1	1	–1	16
Irland	4	–	–	3
Vereinigtes Königreich	80	57	–38	69
Europäische Union	1.717	466	–119	5.457
Schweiz	36	4	–1	105
USA	120	39	–47	87
Sonstige	2	1	–	–
Gesamt	1.875	510	–167	5.649

¹⁾ Die in einem Land dargestellte Steuerquote kann beispielsweise durch zwei Effekte beeinflusst sein: Personenbezogene Steuereffekte, die nicht von konsolidierten Unternehmen getragen werden, sind nicht berücksichtigt. Darüber hinaus können Gesellschaften, die einen Verlust ausweisen aber in derselben Periode keine entsprechenden Steuererträge aktivieren können, die Gesamtergebnisse in einem Land schmälern und gleichzeitig den Ertragsteueraufwand nicht oder erst in späteren Perioden beeinflussen.

Firma	Art der Tätigkeit	Sitz/Ort	Land
1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH	Anbieter von Nebendienstleistungen	Frankfurt am Main	Deutschland
Airport Office One GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Schönefeld	Deutschland
ASTARTE Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Finanzinstitut	Pullach	Deutschland
BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH	Sonstiges Unternehmen	Kassel	Deutschland
BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG	Finanzinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
CORDELIA Verwaltungsgesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Pullach	Deutschland
DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG	Finanzinstitut	Potsdam	Deutschland
Dritte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
EGERIA Verwaltungsgesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Pullach	Deutschland
Erste OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Kriftel	Deutschland
Family Office der Frankfurter Bankgesellschaft AG	Wertpapierfirma	Frankfurt am Main	Deutschland
Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG	Kreditinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
Frankfurter Sparkasse	Kreditinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Galerie Lippe GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH	Anbieter von Nebendienstleistungen	Erfurt	Deutschland
GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Grundstücksverwaltungsgesellschaft KAISERLEI GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
GWH Bauprojekte GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
GWH Immobilien Holding GmbH	Finanzinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Hafenbogen GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Pullach	Deutschland
HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Pullach	Deutschland
Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH	Kapitalanlagegesellschaft	Frankfurt am Main	Deutschland
Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG	Finanzinstitut	Pullach	Deutschland
Hello Darmstadt Projektentwicklung GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
HeWiPPP II GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland

Firma	Art der Tätigkeit	Sitz/Ort	Land
HI A-FSP FONDS	Wertpapiersondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI C-FSP FONDS	Wertpapiersondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI FBI FONDS	Wertpapiersondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI FBP FONDS	Wertpapiersondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI FSP FONDS	Wertpapiersondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI H-FSP FONDS	Wertpapiersondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI-HT-KOMP-FONDS	Wertpapiersondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI-HTNW-FONDS	Wertpapiersondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI-RENTPLUS-FONDS	Wertpapiersondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Kornmarkt Arkaden Erste GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung Düsseldorf	Kreditinstitut	Düsseldorf	Deutschland
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	Kreditinstitut	Frankfurt am Main/ Erfurt	Deutschland
Landesbausparkasse Hessen-Thüringen – rechtlich unselbstständiger Geschäftsbereich der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	Kreditinstitut	Offenbach	Deutschland
Landeskreditkasse zu Kassel – Niederlassung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	Kreditinstitut	Kassel	Deutschland
MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Merian GmbH Wohnungsunternehmen	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Neunte P 1 Projektgesellschaft mbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
OFB Beteiligungen GmbH	Finanzinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
OFB Projektentwicklung GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Projekt Erfurt B38 GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Projekt Hirschgarten MK8 GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Projektentwicklung Königstor GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Kassel	Deutschland
Projektentwicklung Neuwerkstraße 17 GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Projektgesellschaft ILP Erfurter Kreuz mbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
PVG GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
SQO Stadt Quartier Offenburg GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Systemo GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
TE Kronos GmbH	Finanzinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
uniQus Projektentwicklung GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland

Firma	Art der Tätigkeit	Sitz/Ort	Land
Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Verso Grundstücksentwicklung GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Verso Projektentwicklung GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Vierte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Vierte OFB PE GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen – rechtlich unselbstständige Anstalt in der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	Kreditinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
Zweite OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Zweite OFB PE GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Montindu S.A./N.V.	Sonstiges Unternehmen	Brüssel	Belgien
Logistica CPH K/S	Sonstiges Unternehmen	Kopenhagen	Dänemark
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung Paris	Kreditinstitut	Paris	Frankreich
Helaba Asset Services	Finanzinstitut	Dublin	Irland
OPUSALPHA FUNDING LTD	Finanzinstitut	Dublin	Irland
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung London	Kreditinstitut	London	Vereinigtes Königreich
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung Grand Cayman	Kreditinstitut	Georgetown	Kaimaninseln
Main Capital Funding II Limited Partnership	Finanzinstitut	Saint Helier	Jersey
Main Capital Funding Limited Partnership	Finanzinstitut	Saint Helier	Jersey
Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG	Kreditinstitut	Zürich	Schweiz
LB(Swiss) Investment AG	Kapitalanlagegesellschaft	Zürich	Schweiz
Honua'ula Partners LLC	Sonstiges Unternehmen	Wailea	USA
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung New York	Kreditinstitut	New York	USA
LHT MSIP LLC	Finanzinstitut	Wilmington	USA
LHT Power Three LLC	Finanzinstitut	Wilmington	USA
LHT TCW LLC	Finanzinstitut	Wilmington	USA
LHT TPF II LLC	Finanzinstitut	Wilmington	USA

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt

Vermerk über die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017, der Gewinn- und Verlustrechnung, der Gesamtergebnisrechnung, der Eigenkapitalveränderungsrechnung und der Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich einer Zusammenfassung bedeutsamer Rechnungslegungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die nichtfinanzielle Konzernklärung nach § 315b Abs. 1 HGB haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind,

und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2017 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und

- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Konzernlagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten nichtfinanziellen Konzernklärung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den

europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Konzernabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

1. Risikovorsorge im Schiffskreditportfolio
2. Bemessung der Portfoliowertberichtigungen im Kreditgeschäft
3. Werthaltigkeit des Geschäfts- oder Firmenwerts

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

1. Sachverhalt und Problemstellung
2. Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
3. Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Risikovorsorge für das Schiffskreditportfolio

1. Im Konzernabschluss der Gesellschaft werden unter dem Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ unter anderem Schiffskredite ausgewiesen. Für das Schiffskreditportfolio besteht eine bilanzielle Risikovorsorge, die sich aus Einzel- und Portfoliowertberichtigungen zusammensetzt. Im Geschäftsjahr 2017 war das Schiffskreditportfolio aufgrund des sich weiter verschlechternden Marktumfelds der Haupttreiber für die Zuführungen zu den Einzelwertberichtigungen. Bei der Ermittlung der Risikovorsorge werden von den gesetzlichen Vertretern Schätzungen insbesondere zur Entwicklung der zukünftigen Charraten und Annahmen zur Verwertung der finanzierten und als Sicherheit verpfändeten Schiffe getroffen. Da diese Bewertungsparameter einen bedeutsamen Einfluss auf die Höhe gegebenenfalls erforderlicher Wertberichtigungen haben und diese Wertberichtigungen insofern mit erheblichen Unsicherheiten behaftet sind, war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir unter anderem die Angemessenheit der relevanten Kreditprozesse im internen Kontrollsystem der Gesellschaft zur Bewertung von Schiffsfinauzierungen beurteilt und deren Wirksamkeit mit Hilfe von Funktionstests untersucht. Dabei haben wir auch die in diesem Bereich bestehende Geschäftsorganisation, IT-Systeme und Bewertungsmodelle berücksichtigt. Darüber hinaus haben wir die Bewertung der Schiffskredite, einschließlich der Angemessenheit geschätzter Werte, auf der Basis einer risikoorientierten Stichprobe beurteilt, indem wir unter anderem die richtige Anwendung der Bewertungsmodelle nachvollzogen und die Angemessenheit der verwendeten zukünftigen Charraten und der weiteren Inputfaktoren gewürdigt haben. Ergänzend dazu haben wir uns bei unserer Einschätzung der von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Bewertungsannahmen auf allgemeine und branchenspezifische Markterwartungen gestützt. Die von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft zur Bewertung des Schiffskreditportfolios angewandten Bewertungsparameter und -annahmen stimmen insgesamt mit unseren Erwartungen überein und liegen auch innerhalb der aus unserer Sicht vertretbaren Bandbreiten.

3. Zur Risikovorsorge für das Schiffskreditportfolio verweisen wir auf die Angaben im Anhang zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Allgemeinen in den Notes (14), (25) und (39), die auch die Risikovorsorge für das Schiffskreditportfolio umfassen.

2. Bemessung der Portfoliowertberichtigungen im Kreditgeschäft

1. Im Konzernabschluss der Gesellschaft werden unter dem Bilanzposten „Risikovorsorge“ unter anderem Portfoliowertberichtigungen ausgewiesen. Die Portfoliowertberichtigungen im Kreditgeschäft beinhalten eine zusätzliche Vorsorgekomponente, die die Gesellschaft für die Abschirmung zusätzlicher, durch statistische Analysen noch nicht erkannter Risiken in einzelnen Teilkreditportfolien gebildet hat. Ein Großteil davon entfällt auf das Schiffskreditportfolio. Die Auswahl der betreffenden Teilkreditportfolien und die Bemessung der für diese Teilportfolien zusätzlich gebildeten Portfoliowertberichtigungen sind in hohem Maße von der Einschätzung durch die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft abhängig. Die Bewertung ist daher mit einer erheblichen Unsicherheit behaftet und war für unsere Prüfung von besonderer Bedeutung.

2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir unter anderem die Begründung der gesetzlichen Vertreter für die Auswahl derjenigen Teilkreditportfolien gewürdigt, bei denen aus ihrer Sicht das Erfordernis zur Bildung zusätzlicher, über die im Regelprozess parameterbasiert gebildeten Portfoliowertberichtigungen hinaus besteht. Ferner haben wir die den einzelnen Teilkreditportfolien zugrundeliegenden Bemessungsgrundlagen für die Bildung der zusätzlichen Wertberichtigungen nachvollzogen und die Angemessenheit der verwendeten Bewertungsparameter (z. B. am Markt beobachtbare Credit Spreads für bestimmte Länderrisiken, Sicherheitenwerte für Schiffskredite) beurteilt. Darüber hinaus haben wir die Berechnungen der Gesellschaft rechnerisch nachvollzogen. Im Hinblick auf das Schiffskreditportfolio haben wir insbesondere beurteilt, ob Veränderungen der Einzelwertberichtigungen für Schiffskredite im Geschäftsjahr bei der Bemessung der zusätzlichen Portfoliowertberichtigungen zutreffend berücksichtigt wurden und insofern keine Doppelberücksichtigung erfolgte. Die von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft zur Bemessung der zusätzlichen Portfoliowertberichtigungen angewandten Bewertungsparameter und -annahmen stimmen insgesamt mit unseren Erwartungen überein und liegen auch innerhalb der aus unserer Sicht vertretbaren Bandbreiten.
3. Die Angaben der Gesellschaft zu den Portfoliowertberichtigungen, die Teil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft sind, sind im Anhang in den Notes (14) und (39) enthalten.

3. Werthaltigkeit des Geschäfts- oder Firmenwerts

1. Die Gesellschaft hat den im Konzernabschluss unter dem Bilanzposten „Immaterielle Vermögenswerte“ ausgewiesenen Geschäfts- oder Firmenwert, der vollständig der zahlungsmittelgenerierenden Einheit Frankfurter Sparkasse zugeordnet ist, auf Werthaltigkeit getestet (sog. Impairment Test). Im Rahmen dieses Tests hat sie den Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit mit ihrem Nutzungswert (Value in Use) verglichen, der mittels eines Bewertungsmodells nach dem Discounted Cashflow-Verfahren ermittelt wird. Dem Bewertungsmodell wird die von den gesetzlichen Vertretern der Frankfurter Sparkasse genehmigte Mehr-
- jahresplanung zugrunde gelegt und mit Annahmen über langfristige Wachstumsraten fortgeschrieben. Die Abzinsung erfolgt mittels den gewichteten Kapitalkosten der zahlungsmittelgenerierenden Einheit.
- Der Werthaltigkeitstest führte zu einer vollständigen Abschreibung des Geschäfts- oder Firmenwerts, die unter dem GuV-Posten „Sonstiges betriebliches Ergebnis“ ausgewiesen wird.
- Das Ergebnis dieser Bewertung ist in hohem Maße von der Einschätzung der künftigen Zahlungsmittelzuflüsse durch die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sowie des verwendeten Diskontierungszinssatzes abhängig. Die Bewertung ist daher mit einer erheblichen Unsicherheit behaftet und war für unsere Prüfung von besonderer Bedeutung.
2. Bei unserer Prüfung haben wir unter anderem das methodische Vorgehen zur Durchführung der Werthaltigkeitstests nachvollzogen und die Ermittlung der gewichteten Kapitalkosten beurteilt. Die Angemessenheit der bei der Bewertung verwendeten künftigen Zahlungsmittelzuflüsse haben wir unter anderem durch Abgleich dieser Angaben mit der von den gesetzlichen Vertretern der Frankfurter Sparkasse genehmigten Mehrjahresplanung sowie durch Abstimmung der zugrunde liegenden Annahmen mit allgemeinen und branchenspezifischen Markterwartungen beurteilt. Zudem haben wir auch die sachgerechte Berücksichtigung von Kosten der Konzernfunktionen beurteilt. Mit der Kenntnis, dass bereits relativ kleine Veränderungen des verwendeten Diskontierungszinssatzes wesentliche Auswirkungen auf die Höhe des auf diese Weise ermittelten Unternehmenswerts haben können, haben wir uns intensiv mit den bei der Bestimmung des verwendeten Diskontierungszinssatzes herangezogenen Parameter beschäftigt und das Berechnungsschema nachvollzogen. Die von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft angewandten Bewertungsparameter und -annahmen stimmen insgesamt mit unseren Erwartungen überein und liegen auch innerhalb der aus unserer Sicht vertretbaren Bandbreiten.
3. Die Angaben der Gesellschaft zum Geschäfts- oder Firmenwert sind im Anhang in den Notes (17), (32) und (46) enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die von uns vor Datum dieses Bestätigungsvermerks erlangte nichtfinanzielle Konzernklärung nach § 315b Abs. 1 HGB.

Der Geschäftsbericht wird uns voraussichtlich nach dem Datum des Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zum Konzernlagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, es

sei denn, es besteht die Absicht den Konzern zu liquidieren oder der Einstellung des Geschäftsbetriebs oder es besteht keine realistische Alternative dazu.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften ein den

tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.

- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Trägerversammlung am 23. März 2017 als Konzernabschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 3. Mai 2017 vom Vorstand beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1953 als Konzernabschlussprüfer der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Peter Flick.

Frankfurt am Main, den 27. Februar 2018

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Burkhard Eckes
Wirtschaftsprüfer

Peter Flick
Wirtschaftsprüfer

Anhang AB

Finanzangaben der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale 2017

Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen

(Ohne den Abschnitt "Prognose- und Chancenbericht")

Lagebericht

Grundlagen der Bank

Geschäftsmodell der Bank

Als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut verfolgt die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) das langfristig angelegte strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit regionalem Fokus, ausgewählter internationaler Präsenz und enger Integration in die Sparkassen-Finanzgruppe.

Von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell der Helaba ist ihre öffentlich-rechtliche Rechtsform. Die Helaba handelt auf Grundlage der für sie geltenden staatsvertraglichen und satzungrechtlichen Bestimmungen renditeorientiert. Staatsvertrag und Satzung setzen den rechtlichen Rahmen für das Geschäftsmodell der Helaba. Ebenso von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell sind die Zugehörigkeit der Helaba zur Sparkassen-Finanzgruppe mit ihrem institutssichernden Sicherungssystem sowie die Arbeitsteilung zwischen Sparkassen, Landesbanken und weiteren Verbundinstituten, der hohe Trägeranteil der Sparkassenorganisation sowie die Beibehaltung und der Ausbau der Aktivitäten im Verbund- und im Öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäft.

Das strategische Geschäftsmodell der Helaba basiert auf den drei Unternehmenssparten Großkundengeschäft, Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft sowie Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft. Die Bank hat ihre Sitze in Frankfurt am Main und Erfurt und ist mit Niederlassungen in Düsseldorf und Kassel sowie Paris, London und New York vertreten. Durch die Niederlassungen verstärkt die Helaba ihre Nähe zu den Kunden und Sparkassen. Darüber hinaus eröffnen die ausländischen Niederlassungen der Helaba den Zugang zu den Refinanzierungsmärkten, insbesondere auch für die Währungen US-Dollar und Britisches Pfund. Hinzu kommen Repräsentanzen und Vertriebsbüros sowie Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Für 2018 sind die Umwandlung der Repräsentanz Stockholm in eine Niederlassung sowie die Eröffnung einer Repräsentanz in São Paulo geplant.

Die Helaba konzentriert ihre Geschäftsaktivitäten in der Unternehmenssparte Großkundengeschäft auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften, Global Markets, Asset Management und das Transaktionsgeschäft. Geografisch liegt der Schwerpunkt auf Deutschland, ergänzt um Engagements in ausgewählten europäischen Ländern und Nordamerika. Die Helaba prägen stabile, langfristige Geschäftsbeziehungen zu ihren Kunden. Im Vertrieb verfolgt die Helaba zwei verschiedene Ansätze, zum einen gegenüber Produktkunden aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend durch Ausrichtung des Kundenvertriebs auf Zielkunden im Bereich von Großunter-

nehmen und dem gehobenen Mittelstand, institutionellen Kunden, ausgewählten ausländischen Kunden sowie inländischen öffentlichen Gebietskörperschaften und kommunalnahen Unternehmen. Bei ihren Zielkunden strebt die Helaba den Kernbankstatus an.

In der Unternehmenssparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft verfolgt die Helaba das strategische Ziel, ihre Position als führende Sparkassenverbundbank in Deutschland weiter zu stärken. In dieser Sparte konzentrieren sich die Geschäftsaktivitäten auf Deutschland mit besonderem Schwerpunkt auf Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg. Die Helaba ist Sparkassenzentralbank und Verbundbank für die Sparkassen in diesen vier Regionen und damit für rund 40 % aller Sparkassen in Deutschland. In Hessen und Thüringen bilden die Verbundsparkassen und die Helaba die Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen mit dem Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit, mit einer konsolidierten Verbundrechnung und einem gemeinsamen Verbund-Rating. In Nordrhein-Westfalen wurden mit den Sparkassen und ihren Verbänden umfangreiche Kooperations- und Geschäftsvereinbarungen getroffen. Mit den Sparkassen in Brandenburg bestehen ebenfalls Kooperationsvereinbarungen zur vertrieblichen Zusammenarbeit. Die Vereinbarungen mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg ergänzen das Verbundkonzept der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) ist die Helaba in beiden Bundesländern einer der Marktführer im Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, eine 100%ige und vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der Helaba in öffentlicher Rechtsform, ist mit rund 820.000 Kunden die führende Retail-Bank in der Region Frankfurt am Main und mit der 1822direkt im nationalen Direktbankgeschäft tätig. Durch die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und deren 100%ige Tochter Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG deckt die Helaba ihr Angebot für Sparkassen im Private Banking, im Wealth Management und in der Vermögensverwaltung ab.

In der Unternehmenssparte Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft ist die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) – eine rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba – mit der Verwaltung öffentlicher Förderprogramme des Landes Hessen betraut. Für die WIBank besteht in Übereinstimmung mit dem in der Europäischen Union (EU) anzuwendenden Recht eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen. Die Geschäftsaktivitäten der WIBank richten sich nach

den Förderzielen des Landes Hessen. Die Helaba ist darüber hinaus an anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen beteiligt.

Die Helaba überprüft ihr Geschäftsmodell regelmäßig und entwickelt es kontinuierlich weiter. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde der im Vorjahr begonnene Portfolioreview fortgesetzt, in dem alle Geschäftsfelder auf ihre Marktattraktivität, Wettbewerbs-

fähigkeit und Ertragsaussichten überprüft wurden. Es wurden verschiedene Wachstumsinitiativen beschlossen und strukturelle Veränderungen in zwei Wellen umgesetzt.

Die erfolgten Anpassungen werden ab dem Jahresbeginn 2018 auch entsprechend in der in- und externen Berichterstattung abgebildet.

Steuerungsinstrumentarium und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung verfügt die Helaba über integrierte Systeme zur Geschäfts- und Produktivitätssteuerung. Grundlage ist eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung. Die Steuerung beinhaltet dabei sowohl die Steuerung der absoluten Erträge und Kosten als auch die integrierte Steuerung der Deckungsbeiträge. Zielsetzung ist das Erreichen einer Cost-Income-Ratio von unter 70 % auf Ebene des Helaba-Konzerns. Sie berechnet sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zum Gesamtertrag (Ergebnis vor Steuern abzüglich Verwaltungsaufwand und Risikoversorge im Kreditgeschäft). In dieser Systematik erfolgt auch die jährliche Planung, aus der eine Planung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) abgeleitet wird. Ausgehend von einer unterjährig regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung im Deckungsbeitragschema werden regelmäßige Plan-Ist-Vergleiche erzeugt und Abweichungsanalysen durchgeführt. Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Eine wesentliche Kennzahl zur Steuerung der Bestände ist das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (definiert als Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Aktiv-Neugeschäft mit einer Refinanzierungslaufzeit von mindestens einem Jahr). Insbesondere zur risiko- und rentabilitätsorientierten Steuerung der Neugeschäfte wird eine systematische Vorkalkulation der Kreditgeschäfte durchgeführt.

Das Eigenkapital wird über die Allokation regulatorischer und ökonomischer Limite sowie über die Eigenmittelquote gesteuert. Die Kapital-Zielquoten werden unter Berücksichtigung der durch die Europäische Zentralbank (EZB) aufgestellten zusätzlichen Eigenmittelanforderungen definiert. Für 2017 lag die aus dem SREP-Beschluss der EZB abgeleitete mindestens vorzuhaltende harte Kernkapitalquote für die Helaba-Gruppe (im Sinne des Kreditwesengesetzes, KWG, sowie der Capital Requirements Regulation, CRR) bei 7,43 %. Die Rentabilitätsziele werden über die Eigenkapitalrentabilität (Verhältnis aus dem Ergebnis vor Steuern zum durchschnittlich eingesetzten Eigenkapital) gesteuert. Als

Zielkorridor hat die Helaba auf Ebene des Konzerns eine Eigenkapitalrentabilität von 5 bis 7 % definiert.

Die Verschuldungsquote (Leverage Ratio) misst das Verhältnis des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu den ungewichteten bilanziellen und außerbilanziellen Aktivpositionen inklusive Derivaten. Zurzeit ist die Leverage Ratio der Aufsicht als Beobachtungskennzahl zu melden und von den Instituten offenzulegen. Eine verbindliche Mindestquote von 3,0 % soll mit Übergang der Leverage Ratio in Säule 1 des bankaufsichtsrechtlichen Drei-Säulen-Modells gelten. Über die Einzelheiten wird die EU-Kommission noch entscheiden. Die Helaba berücksichtigt diese Quote bereits heute in ihren Steuerungssystemen.

Nach der CRR sind eine kurzfristige Liquiditätskennziffer (Liquidity Coverage Ratio, LCR) und eine auf die Stabilität der Refinanzierung ausgerichtete Kennziffer (Net Stable Funding Ratio, NSFR) zu ermitteln. Für die LCR lag die regulatorische Mindestquote für 2017 bei 80 %. Mit der NSFR steht jetzt noch die europäische Umsetzung der Anforderungen an die mittel- und langfristige Liquidität aus. Die Einführung der NSFR wird aktuell frühestens für 2021 erwartet. Sie wird allerdings bereits heute auf Basis der Vorgaben aus dem BCBS (Basel Committee on Banking Supervision) in den Steuerungssystemen der Helaba berücksichtigt. Beide Liquiditätskennziffern werden grundsätzlich zu einer Erhöhung der Kosten für das Liquiditätsmanagement und damit zu Rentabilitätsbelastungen führen. Die Helaba hat sich frühzeitig auf die neuen Anforderungen an das Liquiditätsmanagement eingestellt und sieht sich gut gerüstet, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechend zu erfüllen.

Im Zuge der Implementierung des einheitlichen europäischen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM) wird die Festlegung einer institutsspezifischen Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (Minimum Requirement for own funds and Eligible Liabilities, MREL) erfolgen. Die Helaba geht aktuell davon aus, erst 2018/2019 eine verbindliche MREL-Vorgabe zu erhalten.

Die Geschäftsaktivitäten der Helaba sind auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtet. Die Bank ist Produkt- und Dienstleistungslieferant für ein breites Spektrum unterschiedlicher Kundengruppen. Die Geschäftsaktivitäten der Bank sind eng mit der Realwirtschaft verzahnt. Den Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft zeigt der Anteil der Kundengeschäfte (Forderungen an Kunden und angeschlossene Sparkassen) an der Gesamtbilanzsumme.

Bei ihrer Refinanzierung nutzt die Helaba unterschiedliche Refinanzierungsquellen und -produkte. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den sich durch die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund ergebenden Anker-Refinanzierungsquellen durch direktes und indirektes Sparkassengeschäft (Depot A und Depot B). Hinzu kommen die über die WIBank aufgenommenen Fördermittel sowie die Pfandbriefemissionen als kosteneffizienter Bestandteil der stabilen Refinanzierungsbasis.

Die Helaba baut als führende Verbundbank der Sparkassen-Finanzgruppe ihre Geschäftsbeziehungen zu den bundesdeutschen Sparkassen kontinuierlich aus. In den Regionen Hessen, Thüringen und Nordrhein-Westfalen, in denen die Helaba die Sparkassenzentralbankfunktion innehat, wird nach einheitlichen Kriterien eine Produktnutzungsquote ermittelt, die angibt, wie hoch der Anteil des mit der Helaba und ihren Tochtergesellschaften getätigten Geschäfts am Gesamtbezug der jeweiligen Sparkasse ist. Mit den Sparkassen werden gemeinsame Zielproduktnutzungsquoten vereinbart.

Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag bekennt sich die Helaba in ihren Nachhaltigkeitsleitsätzen nach innen und gegenüber der Öffentlichkeit zu

ihrer ökologischen und gesellschaftlichen Verantwortung und legt Verhaltensmaßstäbe auf den Gebieten Geschäftstätigkeit, Geschäftsbetrieb, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und gesellschaftliches Engagement fest. Ihre Verantwortung gegenüber Umwelt und Gesellschaft hat die Helaba darüber hinaus in verbindliche Vorgaben in ihrer Geschäftsstrategie umgesetzt. Danach fließen die Identifizierung und Bewertung von Umweltrisiken und von sozialen und ethischen Gesichtspunkten in die Risikobeurteilungs- und Risikomanagementprozesse der Helaba ein.

Im Kreditgeschäft hat die Helaba konzernweit verbindliche Nachhaltigkeitskriterien definiert, die in den Risikostrategien verankert sind. Sie sichern die Achtung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte, die Wahrung von Kulturgütern und den Schutz der Umwelt. Grundsätzlich schließt die Helaba eine wissentliche Finanzierung von Vorhaben aus, die schwere Umweltschäden hervorrufen oder gegen internationale Sozialstandards verstoßen.

Für kritische Wirtschaftssektoren wurden spezifische Ausschlusskriterien entwickelt, die insbesondere kontroverse Geschäftspraktiken ausschließen. Dies betrifft die Sektoren Energiewirtschaft, Bergbau, Öl- und Gasförderung, Land- und Forstwirtschaft, Zellstoff- und Papierindustrie sowie Rüstung.

Die Helaba wird regelmäßig von Nachhaltigkeits-Rating-Agenturen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitsleistung bewertet. Die Ratings sind ein zentrales Element bei der Analyse und Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsprofils. Die Helaba ist bestrebt, eine kontinuierliche Verbesserung der externen Einschätzung zu erzielen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

■ Personalstrategie

Die Grundsätze der Personalarbeit der Helaba leiten sich aus der Geschäftsstrategie ab. Sie berücksichtigen dabei die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und regulatorischen Entwicklungen. Die Kernaufgaben sind beispielsweise das bedarfsorientierte Beschaffen geeigneter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das Bereitstellen professioneller Serviceleistungen und attraktiver Vergütungs- und Nebenleistungen wie einer betrieblichen Altersversorgung sowie die Personalentwicklung und Nachwuchsförderung.

■ Vergütungsgrundsätze

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie definieren die Handlungsspielräume für die Beschäftigten. Daran ausgerichtet ist auch das Vergütungssystem. In der Vergütungsstrategie und den Vergütungsgrundsätzen hat die Bank den Zusammenhang zwischen Geschäftsstrategie, Risikostrategie und Vergü-

tungsstrategie geregelt. Die Vergütungsstrategie berücksichtigt die Erfüllung der Zielvorgaben aus der operativen Planung bei der Ermittlung eines Gesamtbankbudgets und der Zuordnung der Budgets für die variable Vergütung auf Bereichsebene. Der Bezug zwischen Vergütungsstrategie und strategischen Zielen der Geschäftsbereiche ist somit sichergestellt. Bei den Corporate-Center-Bereichen orientiert sich die Zuordnung von Bereichsbudgets am Ergebnis der Gesamtbank und an der Erreichung qualitativer Ziele. Durch dieses Vorgehen wird ausgeschlossen, dass bei einzelnen Beschäftigten Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken entstehen. Die Festgehälter orientieren sich an den Markterfordernissen.

■ Personalentwicklung

Trotz hoher Kostensensibilität investiert die Helaba in die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin auf

hohem Niveau. Das bedarfsgerecht aufgestellte Angebot an Seminaren zur fachlichen, persönlichen, sozialen und methodischen Entwicklung hilft Führungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der alltäglichen Arbeit. Ergänzt wird dieses Qualifizierungsangebot durch Fremdsprachentrainings, themenspezifische Angebote externer Seminaranbieter sowie betriebswirtschaftliche Studiengänge. Das Repertoire der Personalentwicklung umfasst neben den genannten Qualifizierungsangeboten beispielsweise auch Aspekte des Change, Diversity oder Performance Managements.

- **Nachwuchsförderung**

Die gesellschaftlichen Veränderungen, resultierend aus der demografischen Entwicklung und der fortschreitenden Digitalisierung, werden langfristig betrachtet auf die Wettbewerbsfähigkeit der Helaba Einfluss nehmen. Das hat Konsequenzen für die Gestaltung personalwirtschaftlicher Prozesse. Der demografische Wandel stellt die Helaba vor die Herausforderung,

potenzialstarke Nachwuchskräfte zu gewinnen und zu binden. Darüber hinaus stellt die fortschreitende Digitalisierung Unternehmen vor veränderte Anforderungen, um vor allem für eine junge Zielgruppe von Arbeitnehmern attraktiv zu bleiben. Erkennbar wird dies beispielsweise in sich verändernden Rekrutierungsprozessen, die sich zunehmend in der Kandidatenansprache über Social-Media-Kanäle auszeichnen.

- **Weitere Schwerpunkte**

Schwerpunkte der aktuellen Personalarbeit sind darüber hinaus die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Gesundheitsmanagement sowie die Führungskräfteentwicklung. Letztere orientiert sich dabei unter anderem an den Ergebnissen der letzten Mitarbeiterbefragung zur Führungskultur. Diverse Kennzahlen wie beispielsweise eine geringe Fluktuationsrate, die Dauer der Betriebszugehörigkeit und ein niedriger Krankenstand bestätigen dabei die Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen in Deutschland

Die deutsche Volkswirtschaft expandierte 2017 mit kalenderbereinigt 2,5 % erneut über ihrem Wachstumspotenzial, also dem Wachstum, das bei normal ausgelasteten Kapazitäten langfristig zu erwarten ist. Die Wirtschaftsentwicklung war fast ausschließlich von der Binnennachfrage geprägt; der Außenbeitrag steuerte nur 0,2 Prozentpunkte zum Wachstum bei. Obwohl die Inflationsrate mit 1,8 % über dem Vorjahreswert von 0,5 % lag, führten gestiegene Tarifeinkommen und mehr Beschäftigung zu höheren Realeinkommen.

Trotz der anhaltenden politischen Unsicherheiten investierten die Unternehmen etwas stärker in Maschinen und Fahrzeuge. Steigende Unternehmensgewinne, günstige Finanzierungsbedingungen und hohe Auftragseingänge nicht nur in der Industrie haben hierzu beigetragen. Der Aufschwung im Wohnungsbau setzte sich fort. Er profitiert von der hohen Nachfrage nach Wohnraum vor allem in den Großstädten, sehr niedrigen Hypothekenzinsen, dem Mangel an Anlagealternativen sowie mehr Investitionen in den Bestand. Positiv wirkten sich zudem die verstärkten Investitionen in die Infrastruktur durch öffentliche Auftraggeber aus.

Der deutsche Bankensektor profitiert von der positiven konjunkturellen Entwicklung im Jahr 2017. Dies äußert sich vor allem in einem niedrigen Risikovorsorgebedarf. Auf der anderen Seite wird das operative Geschäft der Banken durch das aktuelle Zinsumfeld weiterhin belastet. Darüber hinaus drängen institutionelle Anleger (Versicherungen, Pensionskassen) infolge ihres Anlagedrucks in den Markt und werden zu Wettbewerbern der Banken. Durch den Verdrängungswettbewerb verbleiben die Margen unter Druck.

Durch die ständige Fortentwicklung der Informationstechnologie werden immer mehr Bereiche der Wirtschaft digitalisiert. Für Finanzdienstleister entstehen neue Wege des Kundenzugangs, des Datenaustauschs mit dem Kunden und des Angebots von Produkten über Online- und mobile Kanäle.

Im Privatkundengeschäft haben auf diese Weise Direktbanken, Filialbanken und immer mehr auch Internet-Unternehmen, die keine Banken sind (so genannte FinTechs), teilweise im Wettbewerb, teilweise in Kooperation neue Kommunikations- und Absatzwege erschlossen. In immer stärkerem Maß rückt nun auch das Geschäft mit Firmen- und Immobilienkunden und institutionellen Anlegern in den Fokus. Derivateplattformen ermöglichen den reversionssicheren Abschluss von Währungs-Hedge-Geschäf-

ten mittels standardisierter Prozesse, Kreditportale vermitteln kleinen Firmenkunden Finanzierungen durch Banken oder direkt durch institutionelle oder private Investoren, Banken analysieren ihre Kundendaten, um Wege zum effektiveren Produktangebot zu finden. Weltweit wird die Blockchain-Technologie weiterentwickelt, um neue, schnellere und kostensparende Wege zum Austausch von Daten zu finden. Mögliche Anwendungsfälle reichen von speziellen Handelsnischen über den SEPA-Zahlungsverkehr bis hin zur Abwicklung von Schuldscheindarlehen.

Nach dem Brexit-Referendum im Juni 2016 sind die konkreten Rahmenbedingungen des Austritts zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich noch nicht endverhandelt. Da ein harter Brexit nach wie vor nicht ausgeschlossen werden kann, wird von der Helaba die so genannte Drittlandregelung als wahrscheinlichstes Szenario eingeschätzt. Dieses Szenario beinhaltet die Annahme, dass ein Handelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich keine Sonderregelung für den Bankensektor enthalten wird beziehungsweise kein Handelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich abgeschlossen wird. In diesem Fall würde das Vereinigte Königreich die 27 EU-Mitgliedsstaaten wie jedes andere Drittland behandeln.

Vor diesem Hintergrund strebt die Bank bezüglich ihrer Niederlassung in London an, gegenüber der britischen Aufsichtsbehörde Prudential Regulation Authority (PRA) einen Antrag auf Errichtung einer Drittland-Niederlassung zu stellen. Die Gremien der Bank haben diesem Vorgehen zugestimmt.

Bei den aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen ergaben sich folgende wesentliche Veränderungen:

- EZB-Aufsicht (Single Supervisory Mechanism, SSM)
Die Helaba-Gruppe (im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) sowie der CRR) mit den verbundenen Tochterinstituten Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG gehört zu den als „bedeutend“ eingestuften Instituten, die unter der direkten Aufsicht der EZB stehen. Mit Schreiben vom 19. Dezember 2017 hat die EZB der Helaba-Gruppe das Ergebnis des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory and Evaluation Process, SREP) mitgeteilt. Die hieraus resultierende mindestens vorzuzahlende harte Kernkapitalquote liegt für die Helaba-Gruppe für 2018 bei 8,89 %. Diese Anforderung setzt sich aus der Säule 1, Mindestkapitalanforderung, der Säule 2, Kapitalanforderung, sowie den Kapitalpuffern zusammen.

- **Stresstest**

Neben dem zweijährigen Stresstest-Zyklus der Europäischen Bankenaufsicht (EBA), der den nächsten Stresstest für 2018 vorsieht, hat die Helaba im ersten Halbjahr 2017 am Stresstest Zinsänderungsrisiko im Bankbuch der EZB teilgenommen. Unter verschiedenen Zinsszenarien, die als Ad-hoc-Zinsschock auftreten, wurden dabei jeweils die Barwertveränderung im Bankbuch und die Veränderung des Zinsüberschusses berechnet. Alle von der Bankenaufsicht geforderten Daten konnten von der Helaba zeit- und sachgerecht geliefert werden. Die Ergebnisse sind in den diesjährigen SREP-Bescheid eingeflossen.

- **Targeted Review of Internal Models (TRIM)**

Ende 2015 hat die EZB das TRIM-Projekt ins Leben gerufen, um die derzeit von den Banken verwendeten internen Modelle zur Ermittlung ihrer Eigenmittelanforderungen der Säule 1 gezielt zu überprüfen. Neben der Beurteilung, ob die Modelle die regulatorischen Anforderungen erfüllen, ist es das Ziel der EZB eine Vergleichbarkeit der eingesetzten internen Modelle herzustellen, um etwaige Inkonsistenzen und unbegründete Variabilität bei der Ermittlung der Risk Weighted Assets (RWA) zu verringern. Im Rahmen des TRIM-Projekts werden aktuell Vor-Ort-Prüfungen durchgeführt.

Die Helaba-Gruppe wurde 2017 mit dem Schwerpunkt auf im Retail-Geschäft verwendete Kreditrisikomodelle und das interne Marktpreisrisikomodell geprüft.

- **Einheitlicher Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM)**

Als „bedeutendes“ Institut ist die Helaba im Verantwortungsbereich des Single Resolution Boards (SRB) angesiedelt. Wie 2016 wurde im ersten Halbjahr 2017 eine Datenabfrage zur Abwicklungsplanung und zu den Mindestanforderungen an Eigenmittel und „berücksichtigungsfähige“ Verbindlichkeiten (MREL) durchgeführt. Der MREL-Bestand der Helaba lag deutlich über der zuletzt in 2016 mitgeteilten indikativen Zielgröße.

- **Basel-III-Reformpaket**

Bei der Initiierung von Basel III waren im Wesentlichen Qualität und Höhe der Eigenmittel im Fokus. Mit der Basel-III-Finalisierung am 7. Dezember 2017 sind zunehmend die risikogewichteten Aktiva (RWA) in den Fokus gerückt. Die wesentlichen Änderungen erfolgten unter anderem durch eine höhere Risikosensitivität im Kreditrisiko-Standardansatz und im CVA-Risiko, durch den Wegfall des fortgeschrittenen Operational-Risk-Ansatzes (AMA) und des fortgeschrittenen Internal Ratings-Based Approach (IRB) für bestimmte Portfolios und durch die Festlegung eines Floors für interne Modelle in Höhe von 72,5 % der Gesamtrisikopositionen. Die überarbeiteten Standards sollen gemäß Basler Ausschuss ab 2022 gelten und der Output-Floor in einem Übergangszeitraum von fünf Jahren eingeführt werden. Der mit den neuen Anforderungen verbundene RWA-Anstieg für alle deutschen Institute wird in der Planung der Helaba frühzeitig berücksichtigt.

Geschäftsverlauf

Die Geschäfts- und Ertragslage der Helaba war im Geschäftsjahr 2017 geprägt von einem mit 2,5 % hohen realen Wirtschaftswachstum in Deutschland und einem anhaltenden Niedrig- und Negativzinsumfeld.

Das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (Laufzeit mindestens ein Jahr, ohne das wettbewerbsneutrale Fördergeschäft der WIBank) hat sich mit 17,3 Mrd. € (2016: 17,4 Mrd. €) im Vergleich zum Vorjahr stabil entwickelt. Fälligkeiten und Sondertilgungen sowie ein währungsbedingter Rückgang um 1,9 Mrd. € führten jedoch insgesamt zu einem Rückgang der Forderungen an Kunden auf 80,1 Mrd. € (31. Dezember 2016: 81,9 Mrd. €). Hinzu kommen 6,0 Mrd. € (31. Dezember 2016: 6,6 Mrd. €) Forderungen an angeschlossene Sparkassen. Die Fokussierung der Kreditvergabe auf die Kunden der Kerngeschäftsfelder und die Sparkassen als Verbundpartner entspricht der kundenorientierten Ausrichtung des Geschäftsmodells der Helaba. Der Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft, das heißt der Anteil der Kundengeschäfte an der Konzernbilanz, liegt wie im Vorjahr bei 65 %.

Das Marktumfeld für das Refinanzierungsgeschäft zeigte sich im gesamten Geschäftsjahr 2017 sehr positiv für Finanzinstitute. Dies wurde von der Helaba genutzt, um mittel- und langfristige Refinanzierungsmittel kostengünstig bei institutionellen und privaten Anlegern aufzunehmen. Wie schon in den Vorjahren profitierte die Bank dabei unverändert von ihrem strategischen Geschäftsmodell sowie ihrer stabilen Ertrags- und Geschäftsentwicklung.

In 2017 konnten mittel- und langfristige Refinanzierungsmittel in Höhe von rund 17,5 Mrd. € (2016: 17,2 Mrd. €) aufgenommen werden. Das ungedeckte Refinanzierungsvolumen, inklusive der Mittelaufnahme unter der Serie von gezielten langfristigen Refinanzierungsgeschäften (TLTRO II) der Bundesbank, betrug dabei rund 12,8 Mrd. € (2016: 14,2 Mrd. €). Trotz des anhaltenden Niedrigzinsumfelds lag der Absatz von Retail-Emissionen, die über das Vertriebsnetz der Sparkassen platziert wurden, bei einem Volumen von rund 2,8 Mrd. € und damit über dem Niveau der Vorjahre (2016: 2,4 Mrd. €). Die Pfandbriefemissionen beliefen sich insgesamt auf 4,7 Mrd. € (2016: 3,0 Mrd. €), wovon knapp 60 % auf Hypothekenpfandbriefe und etwas über 40 % auf

öffentliche Pfandbriefe entfielen. Unter anderem konnten wieder erfolgreich US-Dollar-Hypothekendarlehen über insgesamt fast 1 Mrd. US-\$ mit verschiedenen Laufzeiten platziert werden. Zur Refinanzierung des schwedischen Immobilienkreditgeschäfts wurde erstmals ein Hypothekendarlehen in schwedischen Kronen (SEK) für institutionelle Investoren emittiert.

Die Cost-Income-Ratio liegt zum Stichtag 31. Dezember 2017 bei 69,4 % (31. Dezember 2016: 57,7 %). Die Eigenkapitalrentabilität stieg leicht auf 5,9 % (31. Dezember 2016: 5,7 %).

Unter Berücksichtigung der CRR-Übergangsregelungen beträgt Ende 2017 die harte Kernkapitalquote (CET1-Quote) des Helaba-Konzerns 13,9 % und die Gesamtkapitalquote 21,5 %. Bei Anwendung der CRR-Endstufe („fully loaded“) beträgt die CET1-Quote 13,9 % und die Gesamtkapitalquote 20,9 %. Die Helaba verfügt damit über eine komfortable Eigenmittelausstattung und erfüllt alle derzeit bekannten aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Für Kapitalinstrumente, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an Kernkapital aber nicht mehr erfüllen, sieht die CRD IV eine Übergangsfrist bis Ende 2021 vor. Dies betrifft bei der Helaba stille Einlagen in Höhe von nominal 953 Mio. €.

Die Liquiditätsdeckungsanforderung (LCR) für die Helaba liegt zum Jahresende 2017 bei 157 %. Die europaweit einheitliche LCR wurde schrittweise angehoben und ist seit dem 1. Januar 2018 zu 100 % zu erfüllen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2017 beträgt die Leverage Ratio der Helaba mit Übergangsbestimmungen gemäß Delegated Act 4,4 % beziehungsweise 4,1 % („fully loaded“) und liegt damit über der vorgesehenen Mindestmarke von 3,0 %.

Die NPL-Quote der Helaba-Gruppe (gemäß EBA Risk Indicator Code AQT_32) beträgt zum 31. Dezember 2017 0,82 %. Damit unterschreitet die Helaba wie im Vorjahr den im Rahmen der EU-weiten Transparency Exercise 2017 veröffentlichten und im europäischen Vergleich sehr niedrigen deutschen Durchschnitt von 2,21 % (per 30. Juni 2017).

Die Helaba ist Verbundbank für rund 40 % der bundesdeutschen Sparkassen in vier Bundesländern. Die Zusammenarbeit mit den angeschlossenen Sparkassen entwickelte sich im Jahr 2017 weiterhin stabil.

Der im Dezember 2016 erfolgte Verkauf der Anteile der Helaba an der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG wurde im Juli 2017 vollzogen.

Auch im Geschäftsjahr 2017 erzielte die Helaba ein Ergebnis, das die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte und stiller Einlagen, eine Ausschüttung an die Kapitalgeber sowie die Dotierung der Gewinnrücklage zur Stärkung des Kernkapitals erlaubt.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Wesentliche Daten zur Entwicklung 2017

	2017	2016	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Geschäftsvolumen	161.604	165.471	-3.867	-2,3
Bilanzsumme	133.253	136.788	-3.535	-2,6
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	410	611	-201	-32,9
Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis	47	-147	+194	> +100,0
Jahresüberschuss	262	291	-29	-10,0

Die Bank berücksichtigt den Aufwand für die Bedienung ihrer stillen Einlagen nicht in der Darstellung der Ertragslage. Der Zinsüberschuss und damit auch das Betriebsergebnis sowie der Jahresüberschuss sind in der Ertragslage daher um 45 Mio. €

(2016: 45 Mio. €) höher ausgewiesen als in der Gewinn- und Verlustrechnung nach den handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften.

Ertragslage

	2017	2016	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	1.044	1.105	-61	-5,5
Provisionsüberschuss	165	174	-9	-5,2
Nettoertrag des Handelsbestands	222	158	+64	+40,5
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-91	8	-99	>- 100,0
Operatives Ergebnis	1.340	1.445	-105	-7,3
Verwaltungsaufwendungen	-930	-834	-96	+11,5
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	410	611	-201	-32,9
Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis	47	-147	+194	> +100,0
Zuführung/Auflösung von Vorsorgereserven (§ 340f HGB)	-60	-70	+10	-14,3
Außerordentliches Ergebnis	-	-13	+13	-
Betriebsergebnis vor Steuern	397	381	+16	+4,2
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-135	-90	-45	+50,0
Zuführung Fonds für allgemeine Bankenrisiken (§ 340g)	-	-	-	-
Jahresüberschuss	262	291	-29	-10,0

Die operativen Erträge der Bank sind in 2017 gesunken und liegen um 105 Mio. € unter den operativen Erträgen des Vorjahres. Der Rückgang im Zinsüberschuss, das negative sonstige betriebliche Ergebnis sowie der deutlich erhöhte Verwaltungsaufwand führen trotz gestiegenem Nettoertrag des Handelsbestands zu einem gesunkenen Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von 410 Mio. €. Mit einem deutlich geringeren Aufwand im Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis und einer Zuführung zu den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB weist die Bank gegenüber dem Vorjahr ein um 16 Mio. € leicht gesteigertes Betriebsergebnis vor Steuern aus. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag hingegen erhöhen sich deutlich gegenüber dem von Einmaleffekten beeinflussten Wert des Vorjahres. Der Jahresüberschuss liegt damit bei 262 Mio. € und somit um –29 Mio. € unterhalb des Vorjahreswerts.

Der Zinsüberschuss als wesentliche Ertragskomponente für die Helaba liegt bei 1.044 Mio. €, nach 1.105 Mio. € im Vorjahr. Zu dem Rückgang haben vor allem geringere laufende Zinserträge aus dem Bilanzgeschäft beigetragen. Hinzu treten geringere Erträge aus Vorfälligkeitsentschädigungen.

Der Provisionsüberschuss liegt bei 165 Mio. € und resultiert im Wesentlichen aus Nettoprovisionserträgen des Zahlungsverkehrs (64 Mio. €) und des Kredit- und Avalgeschäfts (51 Mio. €). Gegenüber dem Vorjahr ist der Provisionsüberschuss um –9 Mio. € zurückgegangen, maßgeblich aufgrund rückläufiger Nettoprovisionserträge des Wertpapiergeschäfts.

Im Nettoertrag des Handelsbestands werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisbeiträge der Handelsgeschäfte ausgewiesen. Das Ergebnis von 222 Mio. € (2016: 158 Mio. €) resultiert unverändert im Wesentlichen aus dem zinsbezogenen Geschäft, das den geschäftlichen Schwerpunkt der kundengetriebenen Kapitalmarktaktivitäten darstellt. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf rückläufige Bewertungsabschlüsse aus den kontrahentenspezifischen Ausfallrisiken im Derivategeschäft zurückzuführen.

Das sonstige betriebliche Ergebnis liegt bei –91 Mio. € (2016: 8 Mio. €). Die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr ist durch einmalige, das Vorjahr entlastende Sondereffekte geprägt. Im Vorjahr war eine Teilauflösung der Pensionsrückstellungen zu verarbeiten, welche aufgrund der Anpassung des Renten- und Gehaltstrends und der Auswirkungen des Tarifabschlusses für das Bankengewerbe in 2016 vorgenommen wurde. Außerdem wurde im Vorjahr der zugrunde liegende Diskontierungszinssatz für die Rückstellungen für Pensionen von einem 7-Jahres-Durchschnitt auf einen 10-Jahres-Durchschnitt umgestellt.

Die Verwaltungsaufwendungen sind um –96 Mio. € auf –930 Mio. € gestiegen. Diese setzen sich aus Personalaufwendungen in Höhe von –368 Mio. € (2016: –362 Mio. €), Sachaufwendungen in Höhe von –516 Mio. € (2016: –457 Mio. €) sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Wirtschaftsgüter in Höhe von –46 Mio. € (2016: –15 Mio. €) zusammen. Zum Anstieg der Sachaufwendungen haben deutlich höhere Beratungskosten und EDV-Kosten für Fach- und IT-Projekte beigetragen. Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Wirtschaftsgüter betragen –46 Mio. € und sind aufgrund einer Sonderabschreibung auf aktivierte Projektkosten im Vorjahresvergleich um –31 Mio. € erhöht. Die Bankenabgabe ist mit einem Aufwand in Höhe von 37 Mio. € (2016: 35 Mio. €) im Berichtsjahr nur leicht gestiegen. Am Jahresende waren 3.408 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2016: 3.385) beschäftigt. Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl ist von 3.383 auf 3.405 gestiegen.

Das operative Ergebnis von 1.340 Mio. € und Verwaltungsaufwendungen von –930 Mio. € führen zu einem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von 410 Mio. €. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um –201 Mio. € oder –32,9 %. Die Cost-Income-Ratio, berechnet aus dem Verhältnis zwischen den Verwaltungsaufwendungen und dem operativen Ergebnis, beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2017 69,4 %.

Das Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2017	2016	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Ergebnis des Kreditgeschäfts	23	–179	+202	> +100,0
Ergebnis des Beteiligungsgeschäfts	14	–18	+32	> +100,0
Ergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve, des Anlagevermögens und der Bankbuchderivate	10	50	–40	–80,0
Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis	47	–147	+194	> +100,0

Der signifikante Rückgang der Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft führt im Berichtsjahr zu einem positiven Ergebnisbeitrag von 23 Mio. €. Zu der positiven Entwicklung haben deutlich verminderte Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen (im Saldo – 127 Mio. € nach – 255 Mio. € in 2016) beigetragen. Zudem trug der Rückgang der pauschalen Risikovorsorge in Höhe von 149 Mio. € aufgrund eines als deutlich geringer eingeschätzten Risikovorsorgebedarfs für noch nicht durch Einzelwertberichtigungen abgedeckte latente Risiken zur Entwicklung bei.

Das Ergebnis des Beteiligungsgeschäfts liegt bei 14 Mio. € gegenüber – 18 Mio. € im Vorjahr und ist geprägt durch Erträge aus dem Verkauf einer Beteiligung.

Das Ergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve ist der Saldo aus Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip,

aus Veräußerungsgewinnen und -verlusten sowie handelsrechtlich nach § 253 Abs. 5 HGB gebotenen Zuschreibungen. Zusammen mit dem Einlösungsergebnis aus Wertpapieren des Anlagevermögens und dem Bewertungsergebnis aus Bankbuchderivaten resultiert ein Ergebnisbeitrag von 10 Mio. €.

Die Vorsorgereserven nach § 340f HGB wurden um 60 Mio. € erhöht, so dass sich das Betriebsergebnis vor Steuern auf insgesamt 397 Mio. € gegenüber 381 Mio. € im Vorjahr beläuft.

Der Steueraufwand beträgt – 135 Mio. € (2016: –90 Mio. €).

Als Ergebnis ergibt sich ein Jahresüberschuss von 262 Mio. €, der neben einer Bedienung aller Nachrangmittel sowie der stillen Einlagen auch die Dotierung der Gewinnrücklagen zur Stärkung des Kernkapitals und den Ausweis eines Bilanzgewinns erlaubt.

Entwicklung der Aktiva

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Forderungen an Kreditinstitute inklusive Barreserve	18.802	14.707	4.095	+ 27,8
Forderungen an Kunden	80.056	81.919	– 1.863	– 2,3
Schuldverschreibungen und Aktien	17.716	19.048	– 1.332	– 7,0
Handelsbestand (aktiv)	12.307	16.536	– 4.229	– 25,6
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	1.837	1.838	– 1	< – 0,1
Übrige Aktivbestände	2.535	2.740	– 205	– 7,5
Bilanzsumme	133.253	136.788	– 3.535	– 2,6
Geschäftsvolumen	161.604	165.471	– 3.867	– 2,3

Die Bilanzsumme der Helaba ist im Geschäftsjahr 2017 von 137 Mrd. € auf 133 Mrd. € erneut gesunken.

Die Forderungen an Kreditinstitute inklusive der Barreserve erhöhten sich um 4,1 Mrd. € auf 18,8 Mrd. €. Der Anstieg resultiert aus einer deutlich gestiegenen Barreserve auf 9,3 Mrd. € (31. Dezember 2016: 2,6 Mrd. €) und überkompensiert einen Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute, welcher durch eine Verringerung der Ausleihungen an die Sparkassen in Hessen und Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg sowie an andere Banken geprägt ist.

Die Forderungen an Kunden sind leicht auf 80,1 Mrd. € (31. Dezember 2016: 81,9 Mrd. €) gesunken. Sowohl die Hypothekendarlehen (– 0,8 Mrd. €) als auch die anderen Forderungen (– 1,1 Mrd. €) sind zurückgegangen, während die Kommunaldar-

lehen auf Vorjahresniveau liegen. Die Baudarlehen der Bausparkasse blieben ebenfalls nahezu konstant.

Das Volumen der Schuldverschreibungen und Aktien, die dem Anlage- und Liquiditätsbestand zugeordnet sind, war im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 17,7 Mrd. € rückläufig. Den Schwerpunkt der Anlagen bilden mit 16,7 Mrd. € Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (31. Dezember 2016: 18,0 Mrd. €). Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden unverändert mit 1,0 Mrd. € ausgewiesen.

Der Handelsbestand (aktiv) ist in der Berichtsperiode um – 4,2 Mrd. € auf 12,3 Mrd. € zurückgegangen. Insbesondere die Derivate im Handelsbestand (aktiv) sind rückläufig mit 5,2 Mrd. € ausgewiesen (31. Dezember 2016: 8,0 Mrd. €). Zudem hat ein Abbau der Anleihen und Schuldverschreibungen auf 5,3 Mrd. €

(31. Dezember 2016: 6,7 Mrd. €) zum Rückgang des Handelsbestands (aktiv) beigetragen. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind unverändert lediglich mit 0,1 Mrd. € enthalten. Forderungen des Handels blieben mit 1,2 Mrd. € nahezu auf Vorjahresniveau (1,3 Mrd. €).

Das Geschäftsvolumen, das zusätzlich zur Bilanzsumme das außerbilanzielle Geschäft umfasst, ging um –3,9 Mrd. € auf 161,6 Mrd. € zurück. Die Bilanzsumme ging um –3,5 Mrd. € auf

133,3 Mrd. € zurück, im Wesentlichen getrieben durch den Rückgang des Handelsbestands (aktiv). Der im Vergleich hierzu leicht höhere Rückgang des Geschäftsvolumens resultiert aus der Verminderung der Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften, Gewährleistungen und Garantien im Berichtszeitraum von 6,8 Mrd. € auf 6,2 Mrd. €. Während die Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen weitgehend konstant blieben, erhöhten sich die unwiderruflichen Kreditzusagen im Berichtszeitraum um 0,4 Mrd. € auf 19,5 Mrd. €.

Entwicklung der Passiva

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34.027	32.098	1.929	+6,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	30.614	28.467	2.147	+7,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	47.661	50.110	-2.449	-4,9
Handelsbestand (passiv)	6.830	10.975	-4.145	-37,8
Eigene Mittel	10.125	10.110	15	+0,1
Übrige Passivbestände	3.996	5.028	-1.032	-20,5
Bilanzsumme	133.253	136.788	-3.535	-2,6

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich auf 34,0 Mrd. € (31. Dezember 2016: 32,1 Mrd. €). Der Anstieg entfällt im Wesentlichen auf Schuldscheindarlehen (0,6 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind um 2,1 Mrd. € auf 30,6 Mrd. € gestiegen. Zum Anstieg (2,9 Mrd. €) haben überwiegend erhöhte Einlagen auf laufenden Konten beigetragen.

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind Bauspareinlagen in Höhe von 4,7 Mrd. € (31. Dezember 2016: 4,5 Mrd. €) enthalten.

Die verbrieften Verbindlichkeiten sind um –2,4 Mrd. € gesunken. Der Bestand an begebenen Schuldverschreibungen betrug 43,2 Mrd. € (31. Dezember 2016: 43,0 Mrd. €). Innerhalb der verbrieften Verbindlichkeiten betragen die Emissionsprogramme kurzfristiger Geldmarktpapiere 4,5 Mrd. € (31. Dezember 2016: 7,1 Mrd. €).

Der Handelsbestand (passiv) ist um –4,1 Mrd. € auf 6,8 Mrd. € zurückgegangen. Die Verbindlichkeiten des Handels sind mit 4,4 Mrd. € ausgewiesen (31. Dezember 2016: 8,0 Mrd. €), Derivate im Handelsbestand (passiv) mit 2,4 Mrd. € (31. Dezember 2016: 3,0 Mrd. €).

Eigene Mittel

Die in der Bilanz ausgewiesenen eigenen Mittel der Bank (Eigenkapital ohne Bilanzgewinn, einschließlich Fonds für allgemeine Bankrisiken, Genussrechtskapital und nachrangiger Verbindlichkeiten) betragen zum 31. Dezember 2017 insgesamt 10,1 Mrd. € (31. Dezember 2016: 10,1 Mrd. €).

Aufsichtsrechtlich belaufen sich die Eigenmittel der Bank zum 31. Dezember 2017 – das heißt vor Feststellung des Jahresab-

schlusses und somit vor Berücksichtigung von Zuführungen zu den Gewinnrücklagen und inklusive eines Wertberichtigungsüberschusses in Höhe von 0,2 Mrd. € aus dem Vergleich der Expected Losses zu den Wertberichtigungen des Jahresendes 2016 – auf 9,8 Mrd. €. Darin enthalten ist Kernkapital in Höhe von 6,8 Mrd. €. Die dem harten Kernkapital zuzurechnenden Kapitaleinlagen betragen 1,9 Mrd. €, dem zusätzlichen Kernkapital werden stille Einlagen in Höhe von 0,5 Mrd. € zugerechnet.

Die Eigenmittelanforderungen der Bank nach CRR betragen 3,6 Mrd. € zum 31. Dezember 2017. Daraus ergibt sich für die Helaba eine Gesamtkennziffer von 21,5 %; die Kernkapitalquote beträgt 15,1 %; die harte Kernkapitalquote beträgt 13,9 %.

Die nach CRR geforderte Eigenmittelunterlegung der anrechnungspflichtigen Positionen wurde im Geschäftsjahr 2017 jederzeit eingehalten.

Mit der Zuführung zu den Gewinnrücklagen hat die Helaba ihr bilanzielles Eigenkapital sowie ihre aufsichtsrechtlichen Eigenmittel wie in den Vorjahren weiter gestärkt.

Vergleich mit der Vorjahresprognose

Die folgende Tabelle vergleicht für das abgelaufene Geschäftsjahr die Ist-Werte der von der Helaba verwendeten Kennzahlen mit der ursprünglichen Prognose:

	Prognose 2016 für 2017	Ergebnisse 2017
Zinsüberschuss	rund 3 % unter Vorjahr	-5,5 %
Provisionsüberschuss	2 % über Vorjahr	-5,2 %
Nettoertrag des Handelsbestands	rund 22 % unter Vorjahreswert	+40,5 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	Saldo deutlich negativ	-91 Mio. €
Personalkosten	„kein Anstieg erwartet“	+0,8 %
Personalaufwand	Erhöhung um 7 %	+1,7 %
Sachaufwand inklusive Abschreibungen	Erhöhung um rund 5 %	+19,1 %
Risikoversorge	auf Höhe des Vorjahres	-94,0 %
Ergebnis vor Steuern	rund 1/3 unter dem Vorjahresergebnis	+4,2 %
Cost-Income-Ratio	rund 68 %	69,4 %
Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft	16,3 Mrd. €	17,3 Mrd. €

Die wesentlichen Abweichungen von der geplanten Geschäftsentwicklung der Helaba werden im Folgenden erläutert.

Der Provisionsüberschuss entwickelte sich im Kapitalmarktgeschäft sowie im Kreditgeschäft unter Plan. Weiter führte die intensive Nutzung der Wertpapierleihe im Rahmen der Liquiditätsbevorratung zu über Plan liegenden Provisionsaufwendungen.

Das Handelsergebnis liegt aufgrund von niedrigeren Bewertungsabschlägen bei den Derivaten (Credit Value Adjustments, CVA) infolge der gestiegenen langfristigen Zinsen deutlich über dem Planwert.

Für die Entwicklung der Personalkosten wurde unterstellt, dass die tarifbedingten Steigerungen durch Personalbewegungen ausgeglichen werden. Im Ist 2017 war in Summe ein minimaler Anstieg um 0,8 % zu verzeichnen.

Für den gesamten Personalaufwand, der die Zuführungen von Rückstellungen zu den Instrumenten der betrieblichen Altersversorgung einschließt, wurde für 2017 eine Zuführung in Höhe der durchschnittlichen Vorjahreswerte erwartet. Dies ließ für 2017 einen deutlichen Anstieg erwarten, nachdem in 2016 eine Entlastung durch die überdurchschnittliche Anpassung der Parameter (Rentenanpassung) zu verzeichnen war. Da es auch in 2017 erneut eine überdurchschnittlich hohe Rentenanpassung gab, blieb der erwartete Anstieg des Personalaufwandes im Ist allerdings aus.

Im Sachaufwand fiel der erwartete Anstieg durch ungeplante Projekte deutlich höher aus. Einige regulatorisch getriebene Projekte binden mehr Kapazitäten als ursprünglich geplant und sind mit Priorität durchzuführen. Vor allem durch das von der On-site-Inspection-IT ausgelöste Programm Alpha zur Behebung aufsichtsrechtlicher Feststellungen ist das IT-Projektportfolio der Helaba größer geworden. Die ursprüngliche Planung der Bank

ging dabei von einer deutlich höheren Aktivierung aus. Eine einmalige Sonderabschreibung im Zusammenhang mit der Beendigung der Einführung eines neuen Kernbankensystems führte in 2017 zu einem ungeplanten Anstieg der Abschreibungen.

Innerhalb der Risikovorsorge stehen den planmäßigen Zuführungen deutlich mehr ungeplante Auflösungen gegenüber, so dass sich die Risikovorsorge deutlich besser als geplant entwickelt hat.

Insbesondere die gute Entwicklung im Nettoertrag des Handelsbestands sowie die niedrigere Risikovorsorge haben dazu bei-

getragen, dass sich das Ergebnis vor Steuern deutlich über Plan entwickelt hat.

Durch den projektinduzierten Anstieg des Sachaufwands und den Einmaleffekt aus der Sonderabschreibung im Zusammenhang mit der Beendigung der Einführung eines neuen Kernbankensystems stieg die Cost-Income-Ratio über den Planwert.

Insbesondere das hohe Abschlussvolumen im Bereich Corporate Finance hat dazu beigetragen, dass das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft oberhalb der Planung liegt.

Ertragslage nach Geschäftsfeldern

Im Immobilienkreditgeschäft reduzierte sich das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr um rund 16 % auf 8,7 Mrd. € und lag damit auf Planniveau. Die Margen konnten im Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht werden. Gleichzeitig waren auch in 2017 hohe vorzeitige Tilgungen zu verzeichnen, so dass sich das durchschnittliche Kundenvolumen leicht rückläufig entwickelt hat. Die Erträge gingen gegenüber dem Vorjahr um rund 4 % zurück. Damit lag die Entwicklung der Erträge im Immobilienkreditgeschäft in 2017 leicht unter den Erwartungen.

Im Bereich Corporate Finance lag das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft mit 5,6 Mrd. € um rund 30 % über dem Vorjahresniveau und damit deutlich über dem Planwert. Bei im Jahresdurchschnitt leicht gestiegenen Kundenforderungen führte der Wegfall eines Einmaleffekts zu einem Rückgang der Erträge gegenüber dem Vorjahr um 2 %. Damit fiel der Rückgang der Erträge geringer als geplant aus.

Mit ausländischen Gebietskörperschaften wurden in 2017 nur selektiv Neugeschäftsabschlüsse in Höhe von 0,1 Mrd. € getätigt. Die gesamten Erträge lagen im Bereich Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften auf dem Vorjahresniveau und damit leicht unter Plan.

Im inländischen Kommunalkreditgeschäft (einschließlich Verbundbankanteil) lag das mittel- und langfristige Abschlussvolumen in 2017 mit 1,5 Mrd. € deutlich über dem Vorjahresniveau und über Plan. Bei stabilen Margen wurden Erträge auf Vorjahresniveau erzielt und die Planung erreicht.

Das Kapitalmarktgeschäft wurde in 2017 weiter durch das Niedrigzinsumfeld geprägt, so dass sich die Kundenbeiträge aufgrund der verhaltenen Nachfrage seitwärts entwickelten. Die konservativ geplanten Beiträge aus der Bewertung von OTC-Derivaten sowie der Ermittlung der Credit Value Adjustments (CVA) und

Debit Value Adjustments (DVA) entwickelten sich in 2017 deutlich besser als erwartet, so dass die gesamten Erträge deutlich über Plan liegen.

Im Cash Management konnten in 2017 die Provisionserträge gegenüber dem Vorjahr um 7 % gesteigert werden. Im Zinsergebnis konnten die Belastungen aus den negativen Kurzfristzinsen durch die Vereinnahmung von Verwahrentgelten teilweise kompensiert werden, so dass die gesamten Erträge gegenüber dem Vorjahr gesteigert wurden und auch über der Planung lagen.

Im Verbundgeschäft mit Sparkassen konnten die Erträge gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden. Allerdings blieb der Anstieg leicht hinter dem Plan zurück. Die höheren Erträge resultierten vorrangig aus den Produkten des Cash Management und dem Sparkassenkreditgeschäft.

Das Bruttoneugeschäft der LBS lag im Berichtsjahr leicht unter dem Vorjahresniveau. Die Ertrags- und Ergebnisentwicklung ist neben anhaltend niedrigen Anlagerenditen insbesondere geprägt durch die Rückstellung für das Reorganisationsprojekt LBS-EVOLution, den Wegfall von Sondereffekten aus Pensionsrückstellungen sowie den Verzicht auf dispositive Erträge bei gleichzeitiger Realisierung dispositiver Aufwände. Entlastend wirkt im Zinsergebnis die im letzten Jahr vorgezogene Einmalbelastung aus einem fristen- und volumenkongruenten Refinanzierungsmitteltausch.

Mit der WIBank nimmt die Helaba im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben wahr. Das Geschäftsjahr war durch einen stabilen Geschäftsverlauf und damit einhergehend einem leichten Anstieg der Bilanzsumme geprägt. Zins- und Provisionsergebnis stiegen unter anderem auch durch selektive Margenverbesserungen, den Abschluss neuer Dienstleistungsverträge mit dem Land Hessen sowie indexierte Vergütungsanpassungen bei bestehenden Verträgen gegenüber dem Vorjahr um rund 4 % an.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2017 nicht ergeben.

Risikobericht

Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die Festlegung einer mit der Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie zuständig. Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsgemäßen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken, den Risikoappetit, die Ziele der Risikosteuerung und die Maßnahmen zur Zielerreichung in der Helaba-Gruppe fest. Die Risikostrategie umfasst alle wesentlichen Geschäftseinheiten des Helaba-Konzerns und somit auch die Helaba-Gruppe im Sinne des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) sowie der Capital Requirements Regulation (CRR). Die Risikostrategie wird nach Verabschiedung im Vorstand dem Verwaltungsrat und der Trägerversammlung zur Kenntnis gegeben und mit diesen erörtert.

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie der Helaba-Gruppe sind eingebunden in die Geschäfts- und Risikostrategie der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Wesentliche risikostrategische Ziele der Helaba-Gruppe sind die Sicherstellung eines konservativen Risikoprofils und der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit sowie die Gewährleistung der Risikotragfähigkeit bei gleichzeitiger Erfüllung aller regulatorischen Anforderungen. Das Risikomanagementsystem ist daher ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung.

Im Laufe der Jahre wurde der Risikomanagementprozess verfeinert, so dass die Helaba über ausgereifte Instrumentarien und Rahmenbedingungen zur Risikosteuerung verfügt. Neben organisatorischen Regelungen, wie Kompetenzrichtlinien und Prozess- beziehungsweise Systemdokumentationen, wurden auch die Methoden zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung, -steuerung und -überwachung sowie die dafür notwendigen Systeme stetig weiterentwickelt.

Prinzipien

Verantwortung der Geschäftsleitung

Im Rahmen der Verantwortung der Geschäftsleitung trägt der Vorstand – unabhängig von der Geschäftsverteilung – die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Er legt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der Einschätzung der damit verbundenen, im Rahmen der Risikoinventur festgelegten wesentlichen Risiken die Risikostrategie und gleichzeitig den Risikoappetit fest. Durch die Einrichtung eines effizienten Risikomanagementprozesses trägt

er für deren Einhaltung Sorge. Gegenstand der Risikostrategie sind alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Helaba-Gruppe. Bei den Tochterunternehmen werden die Strategien, Prozesse und Verfahren im Rahmen der rechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten implementiert. Darüber hinaus werden die Tochterunternehmen unter Berücksichtigung ihrer Wesentlichkeit und der rechtlichen Möglichkeiten in das Kontrollinstrumentarium für die einzelnen Risikoarten eingebunden. Damit wird ein gruppenweites Risikocontrolling sichergestellt.

Vermögensschutz

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Gesamtrisikostategie und der Teilrisikostراتيجien im Einklang mit der Erreichung der strategischen Ziele der Helaba – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmög-

lichem Schutz des Vermögens der Helaba und der Erfüllung der Aufgaben – auf der Grundlage des Risk Appetite Frameworks (RAF) eingegangen werden.

Reputationsschutz

Zur Aufrechterhaltung des positiven Images und für die Erzielung eines bestmöglichen Ratings sind ein funktionierendes Risikomanagement sowie die Vermeidung rufschädigender Verstöße gegen

gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften von existenzieller Bedeutung. Ein entsprechender Kontrollprozess zur Beurteilung von Reputationsrisiken im Neugeschäft ist implementiert.

Klare Kompetenzen

Die Verantwortlichkeit, dass in den jeweiligen Markteinheiten ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und erzielten Erträgen herrscht, obliegt den Führungskräften dieser Einheiten. Die Kontrolleinheiten haben dafür Sorge zu

tragen, dass das angemessene Verhältnis laufend überwacht und bei bestehenden beziehungsweise möglichen Diskrepanzen dem entsprechenden Kompetenzträger aufgezeigt wird.

Funktionstrennung („Three Lines of Defense“, 3 LoD)

Um Objektivität und Transparenz zu ermöglichen, ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit von Risikocontrolling und -steuerung erforderlich. Unabhängige Kontrollprozesse sind überall dort implementiert, wo es die Art und die Höhe der Risiken bedingen. Die Zuständigkeiten der Organisationseinheiten

für die Risikoidentifikation und -steuerung, die Risikoquantifizierung sowie die Risikoüberwachung beziehungsweise das Risikocontrolling und das Risikoreporting folgen einem 3-LoD-Konzept (Markt und Marktfolge, überwachende Einheiten einschließlich Risikocontrolling sowie Revision).

Transparenz

Eine vollständige und sachliche Berichterstattung sowie Offenlegung der Risiken ist ein weiterer wichtiger Baustein der Risikostrategie der Helaba. Nur auf dieser Grundlage ist eine sachge-

rechte Unterrichtung der Gremien, der Bankenaufsicht sowie der Öffentlichkeit durch den Vorstand möglich.

Kosteneffizienz

Einen weiteren Aspekt stellt die Kosteneffizienz der Kontrolleinheiten, insbesondere der eingesetzten Systeme, dar. Die getätigten Aufwendungen, die im Rahmen der Risikokontrolle (aber

auch der Risikosteuerung) anfallen, stehen unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Vorgaben in einer vernünftigen Relation zu den jeweils betrachteten Risiken.

Risk Appetite Framework

Die Helaba versteht unter dem RAF einen ganzheitlichen Ansatz zur Risikosteuerung. In diesem Ansatz werden so genannte RAF-Indikatoren identifiziert, auf deren Basis das Risikoprofil materiell vollständig beschrieben ist. Die RAF-Indikatoren sind sowohl risikoartenübergreifend als auch risikoartenspezifisch festgelegt und zielen auf die regulatorische und ökonomische Kapital-Adäquanz, die Angemessenheit der Liquiditätsausstattung sowie auf die Nachhaltigkeit der Ertragskraft ab. Für jeden RAF-Indikator werden Schwellenwerte für Risikoappetit, Risikotoleranz und – sofern relevant – Risikokapazität durch den Vor-

stand festgelegt, mit denen die wesentlichen risikostrategischen Ziele im Rahmen der Planung konkretisiert werden. Der Risikoappetit bezeichnet das Risiko-Level, welches die Helaba eingehen bereit ist, um ihre strategischen Ziele zu erreichen. Die Risikotoleranz gibt an, welche Abweichungen vom Risikoappetit in einem ungünstigen Umfeld noch toleriert werden, um die strategischen Ziele zu erreichen. Die Risikokapazität gibt durch regulatorische Begrenzungen – sofern vorhanden – das maximale Risiko-Level an, das die Helaba eingehen kann.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Quantifizierung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und

damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikostrategie wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba festgelegt.

Erfüllung aufsichtsrechtlicher Normen

Entscheidend für die Gestaltung der Risikostrategie ist nicht zuletzt die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Regelungen, die in einem engen Dialog mit der Bankenaufsicht erfolgt. Die regulatorische Kapitalunterlegung der Helaba sowie die Ermittlung des

regulatorischen Kapitals erfolgen nach den Regelungen der Capital Requirements Regulation (CRR) und berücksichtigen die Vorgaben aus dem aufsichtsrechtlichen Überprüfungsprozess (SREP).

Risikokultur

Die Risikokultur der Helaba umfasst die Einstellungen und Verhaltensweisen der Angestellten der Helaba in Bezug auf Risikobewusstsein, Risikobereitschaft und Risikomanagement. Durch die Risikokultur der Helaba werden die Identifikation und der bewusste Umgang mit Risiken gefördert, so dass sichergestellt ist, dass Entscheidungsprozesse zu Ergebnissen führen, die die beschlossenen risikostategischen Vorgaben einhalten und dem Risikoappetit entsprechen. Die Risikokultur der Helaba geht somit über das Governance-Framework und die etablierten Kon-

trollen hinaus. Die Weiterentwicklung der Risikokultur ist eine laufende Aufgabe aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Führungskräfte der Helaba. Das vom Vorstand verabschiedete Leitbild, in dem Grundwerte und Leitsätze der Helaba festgeschrieben sind, ein bedarfsgerechtes Führungskräfteentwicklungs-Programm, ein auf Risikobewusstsein ausgerichtetes Vergütungssystem und eine offene Kommunikationspolitik sind dazu Bausteine, die zur Berücksichtigung der einschlägigen nationalen und internationalen Normen entwickelt worden sind.

Prüfung

Die interne Revision prüft grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der Betriebs- und Geschäftsabläufe, wobei Umfang und Risikogehalt der Aktivitäten und Prozesse berücksichtigt werden. Damit wird die Einhaltung definierter Abläufe gefördert. Die

Beurteilung von Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

Risikoklassifizierung

Risikoarten

Risikoarten, die für die Helaba von Bedeutung sind, resultieren unmittelbar aus der operativen Geschäftstätigkeit. Im Rahmen der strukturierten Risikoinventur wird jährlich, gegebenenfalls auch anlassbezogen, überprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertragslage oder die Liquiditätsslage des Helaba-Konzerns und des Helaba-Einzelinstituts wesentlich beeinträchtigen können. Folgende wesentliche Risikoarten wurden für den Helaba-Konzern und das Helaba-Einzelinstitut (mit Ausnahme des Immobilienrisikos) identifiziert:

- Als Adressenausfallrisiko beziehungsweise Kreditrisiko wird das ökonomische Verlustpotenzial definiert, das aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern, Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs (Länderisiko) entstehen kann.
- Die Bestimmung des ökonomischen Verlustpotenzials erfolgt auf Basis interner oder externer Bonitätsbeurteilungen sowie von der Helaba selbst geschätzter beziehungsweise aufsichtsrechtlich vorgegebener Risikoparameter.
- Bonitätsrisiken, die im Marktpreisrisiko unter dem Residualrisiko und dem inkrementellen Risiko abgebildet werden, sind nicht Bestandteil des Adressenausfallrisikos.
- Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko als ökonomisches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt, die nicht auf Ebene der Einzelrisikoarten gesteuert wird. In der Folge kann es zu einem Rückgang des Anteilswerts, ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen.
- Das Marktpreisrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial, das aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen

aufgrund von Änderungen der Zinssätze, der Devisenkurse, der Aktienkurse und der Rohwarenpreise sowie ihrer Volatilitäten resultiert. Dabei führen Veränderungen des Zinsniveaus eines Marktsegments zu allgemeinen Zinsänderungsrisiken, spezifische Zinssatzveränderungen (zum Beispiel eines Emittenten) zu Residualrisiken und Preisveränderungen bonitätsbehafteter Wertpapiere aus Rating-Veränderungen (inklusive Default) zu inkrementellen Risiken.

- Das Liquiditäts- und Funding-Risiko wird in drei Kategorien unterteilt. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich aus einem unausgewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur und einer ungünstigen Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können. Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.
- Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Dies beinhaltet Reputationsrisiken, wenn diese ursächlich auf ein operationelles Risiko zurückzuführen sind. Das operationelle Risiko umfasst auch die folgenden Risiken:
 - Rechtsrisiken sind definiert als das Risiko von Verlusten für die Bank aufgrund der Verletzung von rechtlichen Bestimmungen, die zu Rechtsprozessen oder eigenen Handlungen zur Abwendung solcher Verluste führen kann. Bonitätsbedingte Verletzungen von Verträgen (zum Beispiel Kreditverträge) fallen nicht unter diese Definition.
 - Verhaltensrisiko als Bestandteil des operationellen Risikos ist definiert als die aktuelle oder potenzielle Gefahr von Verlusten für ein Institut infolge eines unangemessenen Angebots von Finanz-(Bank-)Dienstleistungen, einschließlich Fällen bewussten oder fahrlässigen Fehlverhaltens.
 - Das Modellrisiko umfasst für die Helaba-Gruppe zwei unterschiedliche Aspekte:
 1. Zum einen umfasst das Modellrisiko das Risiko der Unterschätzung von Eigenmittelanforderungen infolge der Nutzung von Modellen zur Quantifizierung von Risiken. Damit einher geht auch der Umstand, dass ein Modell die Realität nie gänzlich wiedergibt. Dieser Aspekt des Modellrisikos wird in der Helaba-Gruppe über einen Risikopotenzialaufschlag für die wesentlichen Risikoarten in der ökonomischen Risikosteuerung abgebildet.
 2. Zum anderen umfasst das Modellrisiko die Verlustrisiken im Zusammenhang mit der Entwicklung, Implementierung oder unangemessenen Nutzung etwaiger anderer Modelle (nicht unter 1. fallende Modelle) durch das Institut zum Zwecke der Entscheidungsfindung. Dieser Aspekt des Modellrisikos wird im operationellen Risiko berücksichtigt.
- Das IT-Risiko ist definiert als die Gefahr von Verlusten aus dem Betrieb und der Entwicklung von IT-Systemen (zum Beispiel technische Umsetzung fachlicher Anforderungen, technische Ausgestaltung für die Bereitstellung, Betreuung sowie Entwicklung von Soft- und Hardware). Die Gefahr von Verlusten besteht in der Verletzung der Verfügbarkeit, Vertraulichkeit oder Integrität von Daten oder unvorhergesehenem Mehraufwand in der Informationsverarbeitung.
- Das Informationssicherheits-Risiko (IS-Risiko) als Bestandteil des operationellen Risikos umfasst die Gefahr von Verlusten aus der Beeinträchtigung schutzwürdiger Informationen, die sich durch Ausnutzung technischer, prozessualer oder organisatorischer Schwachstellen ergeben können. Hierbei besteht die Gefahr von Verlusten, die sich aus der Verletzung der Verfügbarkeit, der Vertraulichkeit oder der Integrität von Informationen oder einem unvorhergesehenem Mehraufwand in der Informationsverarbeitung sowie durch Angriffe von außen (so genannte Cybercrimes) ergeben können.
- Das Outsourcing-Risiko als Bestandteil des operationellen Risikos ist definiert als die Gefahr von Verlusten, resultierend aus Vertrags-, Lieferanten- und Leistungsrisiken sowie Risiken aus der Nichteinhaltung regulatorischer Vorgaben, die bei externem Leistungsbezug auftreten können.
- Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.
- Als Reputationsrisiko wird die Verschlechterung des aus Wahrnehmungen der in einem Geschäfts- oder in sonstigen Verhältnissen zur Bank stehenden Individuen resultierenden öffentlichen Rufs der Helaba bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit bezeichnet. Die materiellen Auswirkungen von Reputationsrisiken schlagen sich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko nieder, weshalb sie in der Risikotragfähigkeit in diesen beiden Risikoarten berücksichtigt werden.

- Unter dem Immobilienrisiko werden das Immobilienbestandsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie das Immobilienprojektierungsrisiko aus dem Projektentwicklungsgeschäft

erfasst. Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen gehören nicht hierzu.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen können innerhalb einer und zwischen verschiedenen Risikoarten entstehen. Das Management der Risikokonzentrationen – das heißt die Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung – sowie die Berichterstattung über identifizierte Risikokonzentrationen erfolgen in der Helaba von den risikoüberwachenden Bereichen gemäß ihren Zuständigkeiten für wesentliche Risikoarten, Risikotragfähigkeit und Stresstests.

Sowohl Konzentrationen innerhalb einer Risikoart (Intrakonzentrationen) als auch zwischen den Risikoarten (Interkonzentrationen) werden analysiert und sind in die Berichts- und Entscheidungsprozesse des Risikomanagements integriert. Zwischen den Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte in der Risikotragfähigkeitsrechnung angesetzt. Ferner werden durch die Ausgestaltung der risikoartenübergreifenden Stress-Szenarien der extremen Marktverwerfungen die für die Helaba wesentlichen Risikokonzentrationen zwischen den Risikoarten implizit berücksichtigt.

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement in der Helaba umfasst vier Elemente, die als aufeinanderfolgende Phasen in einem Prozess zu sehen sind:

1. Risikoidentifikation

Die Identifikation der für die Helaba beziehungsweise für die in das Risikomanagement auf Gruppenebene eingebundenen Gesellschaften bestehenden Risiken erfolgt laufend während der täglichen Geschäftstätigkeit. Davon ausgehend wird die Klassifizierung der Risiken durchgeführt. Insbesondere bei der Einführung von neuen Produkten und komplexen Geschäften sind eine umfassende Identifikation sowie die Einbindung in bestehende Risikomesssysteme und die dazugehörigen Risikoüber-

wachungsprozesse wichtig. Im Rahmen des Neue-Produkte-Prozesses für das Kreditgeschäft und das Handelsgeschäft sind die zentralen Überwachungsbereiche in die Autorisierung neuer Produkte einbezogen. Daneben führt auch die jährlich durchzuführende beziehungsweise anlassbezogene Risikoinventur in der Helaba-Gruppe dazu, dass bisher unbekannte Risiken identifiziert und im Falle der Wesentlichkeit in den Risikomanagementprozess aufgenommen werden.

2. Risikoquantifizierung

Eine qualitativ gute Abbildung der Einzelgeschäfte beziehungsweise Risikoparameter in den Risikomesssystemen erlaubt eine fundierte – sowohl quantitative als auch qualitative – Risikomessung beziehungsweise -bewertung für die einzelnen Risikoarten. Hierbei kommen verschiedene Modelle, Methoden und Verfah-

ren zum Einsatz. Das aus dem Einsatz von Modellen resultierende und im Rahmen von Validierungen sich bestätigende Modellrisiko deckt die Bank über entsprechende Auf- beziehungsweise Abschläge ab.

3. Risikosteuerung

Auf Basis der aus der Risikoidentifikation und -quantifizierung erhaltenen Informationen erfolgt die Risikosteuerung durch die dezentralen Managementeinheiten. Sie umfasst die Gesamtheit

der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen.

4. Risikoüberwachung/-controlling und -reporting

Im Rahmen eines unabhängigen Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger

statt. Des Weiteren werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten kontrolliert sowie die Ergebnisse plausibilisiert.

Risikomanagementstruktur

Gremien

Der Vorstand der Helaba trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Darüber hinaus hat der Vorstand einen Risikoausschuss etabliert. Die Hauptaufgabe des Risikoausschusses besteht in der Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie der Helaba. Dem Risikoausschuss obliegt die Zusammenführung und Gesamtbeurteilung aller in der Bank eingegangenen Risiken, namentlich der Adressenausfallrisiken, der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der operationellen Risiken, der Geschäftsrisiken und der Immobilienrisiken. Ziele sind die frühestmögliche Erkennung von Risiken in der Helaba-Gruppe, die Konzeptionierung und Überwachung der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie die Ableitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung und zur Generierung von Steuerungsimpulsen für das Risikomanagement. Zudem beschließt der Risikoausschuss die Steuerungs- und Quantifizierungsmethoden der jeweiligen Bereiche und beurteilt unter Berücksichtigung des Risikoausmaßes die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Instrumentarien.

Neben dem Risikoausschuss operieren der Dispositionsausschuss, der Vorstands-Kreditausschuss (VS-KA) und der Kreditmanagementausschuss (KMA). Dem Dispositionsausschuss

obliegen die Überwachung der Marktpreisrisiken einschließlich der dazugehörigen Limitauslastung sowie die Steuerung des strategischen Marktrisikoportfolios und des Portfolios der unverzinslichen Passiva. Der VS-KA ist zuständig für kontrahentenbezogene Kredit- und Settlement-Risiken. Dem KMA obliegt die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Gesamtportfolios sowie der Syndizierungs-, Platzierungs- und Länderrisiken.

Die Besetzung sowie die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse sind in separaten Geschäftsordnungen geregelt, die vom Vorstand verabschiedet werden.

Für Entscheidungen von besonderer Bedeutung, wie zum Beispiel Erwerb, Veränderung und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung oder die Festlegung des Gesamtlimits für Marktpreisrisiken, sehen die Organisationsrichtlinien vor, dass die Zustimmung des Gesamtvorstands beziehungsweise des Verwaltungsrats oder eines seiner Ausschüsse notwendig ist. Das Eingehen oder die Veränderung von strategischen Beteiligungen mit Anteilen über 25 % bedarf zudem gemäß der Satzung der Bank der Zustimmung der Trägerversammlung.

Risikomanagement der gruppenangehörigen Unternehmen

Die Einbindung von gruppenangehörigen Unternehmen in das Risikomanagement auf Gruppenebene erfolgt unter Berücksichtigung der Risiken, die im Rahmen der jährlichen oder auch einer anlassbezogenen Risikoinventur ermittelt werden. Die Identifikation der Risiken im Rahmen der Risikoinventur findet dabei auf Ebene der direkten Beteiligungen der Helaba statt, das heißt, diese gruppenangehörigen Unternehmen bewerten das

Risiko gesamthaft, also auch für die jeweils eigenen Beteiligungen. Der Ausgangspunkt für die Bestimmung des Einbeziehungskreises sind alle handelsrechtlichen direkten Beteiligungen des Einzelinstituts sowie Zweckgesellschaften und Sondervermögen. Der Einbeziehungskreis für die Durchführung der regelmäßigen Risikoinventur ergibt sich aus gruppenangehörigen Unternehmen, für die eine juristische oder ökonomische Wesentlichkeit

zur Einbeziehung besteht. Die Festlegung des Einbeziehungs-kreises erfolgt hierbei anhand eines Kriterienkatalogs. Nicht in die Risikoinventur einbezogene gruppenangehörige Gesellschaften werden über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden.

Als Ergebnis der Wesentlichkeitsbewertung der Risikoinventur wird bestimmt, welche gruppenangehörigen Gesellschaften mit welchen Risikoarten in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden sind und welche gruppenangehörigen Gesellschaften über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden werden. Im Geschäftsjahr 2017 wurde neben der Helaba (einschließlich der WIBank und der LBS) die Frankfurter Sparkasse

vollumfänglich in die Einzelrisikosteuerung eingebunden. Die Einbindung weiterer gruppenangehöriger Gesellschaften in die Einzelrisikosteuerung wird entsprechend ihren wesentlichen Risikoarten vorgenommen.

Des Weiteren hat das gruppenangehörige Unternehmen für seine eigenen Risiken, die der Risikoart auf Gruppenebene zugeordnet sind, einen geeigneten Risikomanagementprozess einzurichten. Die Art und Weise der Einbindung wird durch die jeweiligen Risikoarten- und Methodenverantwortlichen festgelegt. Dabei gestaltet sich die Einbindung in die Methoden des Risikomanagementprozesses je nach Risikoart unterschiedlich.

Wesentliche Risikoüberwachungsbereiche

Die Zuständigkeiten der Organisationseinheiten folgen einem „Three Lines of Defense“ Prinzip. Dieses regelt im Sinne einer Governance die Rollen und Verantwortlichkeiten und stellt dadurch eine unabhängige Überwachung und interne Prüfung der Wirksamkeit der implementierten Steuerungs- und Überwachungsfunktionen sicher. Die Steuerung der Risiken aus der

ersten Verteidigungslinie ist im Helaba-Einzelinstitut inklusive der LBS und WIBank sowie in den gruppenangehörigen Unternehmen von der unabhängigen Überwachung der Risiken in der zweiten Verteidigungslinie disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Im Helaba-Einzelinstitut ist das 3-LoD-Konzept wie folgt umgesetzt:

1st Line of Defense (1st LoD)

Die GuV- und Risikoverantwortung liegt für die relevanten Wertschöpfungsprozesse in den Markt Bereichen (Kredit- und Handelsbereiche). Diese sind für die Steuerung der Kredit-, Markt- und

Liquiditätsrisiken sowie der Immobilienrisiken verantwortlich. Für gewisse nichtfinanzielle Risiken, insbesondere das operationelle Risiko, fungiert grundsätzlich jeder Bereich als eine 1st LoD.

2nd Line of Defense (2nd LoD)

Die unabhängigen Funktionen der Überwachung, des Risikocontrollings und der Risikoberichterstattung werden von nicht direkt in die Wertschöpfungsprozesse involvierten Einheiten wahrge-

nommen, insbesondere von den Bereichen Risikocontrolling und Credit Risk Management.

3rd Line of Defense (3rd LoD)

Risikoorientiert und vollständig unabhängig von den Wertschöpfungsprozessen prüft die Revision die Funktionsfähigkeit (Effektivität) der ersten beiden Verteidigungslinien und bewertet die Einhaltung der vom Vorstand vorgegebenen Risikosteuerungsprozesse unter Einhaltung der regulatorischen Vorgaben. Die in-

terne Revision überwacht dabei die Maßnahmenumsetzung zu externen und internen Feststellungen einschließlich der terminlich überfälligen Feststellungen. Die Revision berichtet direkt an den Gesamtvorstand der Helaba und auch regelmäßig an den Verwaltungsrat sowie dessen Prüfungsausschuss.

Zur Wahrnehmung der entsprechenden Verantwortlichkeiten sind die benannten Organisationseinheiten der Helaba durch

die anderen Organisationseinheiten mittels Bereitstellung erforderlicher Informationen und Hilfestellungen zu unterstützen.

Risikoarten	Risikosteuernde Einheiten (1st LoD)	Risikosteuernde Einheiten (2nd LoD)	Überprüfende Einheit (3rd LoD)
Adressenausfallrisiko inklusive Beteiligungsrisiko	Marktbereiche (Kreditbereiche, Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung: Kommunalkredite)	Risikocontrolling (Gesamtbank-Portfolioebene), Vorstandsstab und Konzernstrategie (Beteiligungsrisiko), Credit Risk Management (Einzelengagementebene und Einzelportfolioebene)	Revision
Marktpreisrisiko	Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling	
Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko	Kapitalmärkte (Geldhandel), Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling	
Operationelles Risiko	Alle Bereiche	Risikocontrolling, gemeinsam mit Spezialistenfunktionen ¹⁾ in den nachfolgenden Einheiten: Informationstechnologie, Infor- mation Security Management, Recht, Compliance Geldwäsche und Betrugsbekämpfung, Com- pliance Kapitalmarkt, Organisation, Personal, Bilanzen und Steuern	
Geschäftsrisiko	Marktbereiche	Risikocontrolling	
Immobilienrisiko	Immobilienmanagement	Risikocontrolling	
Risikoartenübergreifende Aufgaben	–	Konzerncontrolling (unter anderem Risikotrag- fähigkeitsrechnung, Kapitalplanung), Risikocontrolling (unter anderem Ermittlung Risiko- potenziale, Model Governance)	

¹⁾ Die Spezialistenfunktionen sind neben dem Bereich Risikocontrolling für entsprechende Risiken gemäß Risikoartensystematik zuständig, die unter dem operationellen Risiko subsumiert und in der Teilrisikostrategie operationelle Risiken detailliert dargestellt sind.

Das eigenständige Risikomanagement innerhalb der LBS, WIBank und der gruppenangehörigen Unternehmen ist hinsichtlich des 3-LoD-Prinzips grundsätzlich vergleichbar mit dem des Helaba-Einzelinstituts ausgestaltet. Unabhängig davon können jedoch spezifische Regelungen vorliegen. Für die Einbeziehung in die Risikosteuerung und Risikoüberwachung der Helaba-Gruppe sind die jeweiligen Einheiten des Helaba-Einzel-

instituts verantwortlich. Die LBS und WIBank haben zudem die Vorgaben für das Helaba-Einzelinstitut unmittelbar anzuwenden.

Für die Durchführung der risikoartenübergreifenden Risikotragfähigkeitsrechnung ist der Bereich Konzerncontrolling verantwortlich.

Interne Revision

Die interne Revision ist direkt dem Vorstand unterstellt und prüft und beurteilt weisungsunabhängig die Aktivitäten und Prozesse der Bank sowie von risikoorientiert ausgewählten Tochtergesellschaften. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Die Beurteilung der Risikolage, die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung sowie die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sind dabei besondere Prüfungskriterien.

Umfang und Ergebnis der Prüfung werden nach einheitlichen Standards dokumentiert. Der Vorstand sowie die Verantwortlichen der geprüften Bereiche erhalten aussagekräftige Prüfungsberichte. Die interne Revision berichtet dem Verwaltungsrat quartalsweise über die wesentlichen Prüfungsergebnisse, die beschlossenen Maßnahmen sowie den Status der Maßnahmen.

Kapitalmarkt-Compliance, Compliance Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung, MaRisk-Compliance sowie Informationssicherheitsmanagement

Die Bank hat die direkt dem Vorstand unterstellten Funktionen der Compliance-Stelle Kapitalmarkt, der Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung, der Compliance-Stelle Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), des Informationssicherheitsmanagements sowie des Datenschutzbeauftragten eingerichtet.

Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt berät die operativen Bereiche, überwacht und bewertet die Grundsätze, Prozesse und Verfahrensweisen insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG), der Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung (WpDVerOV) und der WpHG-Mitarbeiteranzeige-Verordnung (WpHGMAAnzV), Verlautbarungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sowie einschlägige Verlautbarungen der European Securities and Markets Authority (ESMA). Darüber hinaus bewertet die Compliance-Stelle Kapitalmarkt inhärente Risiken und kontrolliert die Einhaltung der relevanten aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt führt die Überwachungshandlungen regelmäßig und risikoorientiert auf Basis eines Überwachungsplans durch, der auf einer zuvor vorgenommenen Risikoanalyse basiert. Sie überwacht dabei insbesondere das Verbot von Insidergeschäften und der Marktmanipulation und identifiziert und regelt konzernweit Interessenkonflikte mit Risikopotenzialen.

Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung entwickelt als zentrale Stelle im Sinne des § 25h KWG interne Grundsätze sowie angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Als Grundlage für die zu ergreifenden organisatorischen Vorkehrungen dienen unter anderem die Risikoanalyse des Konzerns (Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Betrugsbekämpfung) sowie die Group Policy, die die allgemeinen Rahmenbedingungen des Konzerns wiedergibt, die den nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen. Mit dem Einsatz einer Monitoring-Software erfolgt eine kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehungen. Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung verantwortet außerdem die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen aus dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Förderung der Steuerehrlichkeit (FATCA) sowie aus dem internationalen automatischen Steuerdatenaustausch (AEOI).

Die MaRisk-Compliance-Funktion wirkt auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Umsetzung und Einhaltung der unter Risikogesichtspunkten identifizierten wesentlichen rechtlichen

Regelungen und Vorgaben hin und führt Kontrollhandlungen durch. In diesem Zusammenhang kontrolliert und bewertet die MaRisk-Compliance-Funktion regelmäßig die Angemessenheit und Wirksamkeit der Geschäftsprozesse und Verfahrensweisen zur Umsetzung und Einhaltung der wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben in der Bank.

Die Information-Security-Management-Funktion verantwortet die adäquate Steuerung, Koordination und Weiterentwicklung des Informationssicherheitsmanagements in Abstimmung mit der Geschäftsstrategie, der IT-Strategie und der Risikomanagementstrategie der Bank. Hierzu ermittelt und bewertet die Funktion die Risiken der Informationssicherheit im Rahmen eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) und entwickelt relevante Maßnahmen und Kontrollen zur nachhaltigen Risikoreduzierung beziehungsweise Risikoüberwachung. Auch die Ableitung und Definition notwendiger Sicherheitsanforderungen aus relevanten Gesetzen und Verordnungen (Datenschutzgesetzgebung (Bundesdatenschutzgesetz, BDSG, Datenschutz-Grundverordnung, DSGVO), IT-Sicherheitsgesetz, Mindestanforderungen an die Sicherheit von Internetzahlungen (MaSI), MaRisk, Bankaufsichtliche Anforderungen an die IT (BAIT) etc.), die regelmäßige Analyse von Schutzbedarfsklassifizierungen und Infrastrukturen sowie die Abstimmung hierfür angemessener technischer und organisatorischer Maßnahmen zur Sicherstellung der Einhaltung eines angemessenen Sicherheitsniveaus in der Bank werden durch die Information-Security-Management-Funktion kontinuierlich weiterentwickelt.

Die Datenschutzbeauftragte wirkt auf die Einhaltung und Umsetzung datenschutzrechtlicher Anforderungen hin. Sie fungiert hierbei als feste Ansprechpartnerin des Vorstands sowie für interne und externe Anfragen zum Thema Datenschutz. Sie führt eine Verfahrensübersicht (§ 4g Abs. 2 BDSG) und überwacht die ordnungsgemäße Anwendung von Datenverarbeitungsprogrammen (§ 4g Abs. 1 Nr. 1 BDSG). Ebenso führt sie Vorabkontrollen durch und stellt eine regelmäßige Schulung und Sensibilisierung der Bankmitarbeiter zum Thema Datenschutz sicher. Die Helaba bereitet sich auf die Anforderungen der DSGVO vor. Hierzu werden spezifische Aufgaben, Themen und Prozesse in einem Umsetzungsprojekt geprüft und bearbeitet, um rechtliche Vorgaben fristgerecht zum 25. Mai 2018 anzupassen.

Diese unabhängigen Funktionen sind unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Daher bestehen, wie aufsichtsrechtlich gefordert, aufbau- und ablauforganisatorisch adäquate sowie wirksame interne Kontrollverfahren zur Steuerung und Überwachung der genannten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Quantifizierung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass alle wesentlichen Risiken im Helaba-Konzern jederzeit durch Risikodeckungsmasse abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

In die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsrechnung fließen Risikopotenziale für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Geschäfts- sowie Immobilienrisiken ein. Dabei werden im Rahmen einer ökonomischen Betrachtung Risikopotenziale quantifiziert sowie der regulatorische Expected Loss (EL) und der regulatorische Kapitalbedarf unter Anwendung der regulatorischen Bewertungsvorschriften ermittelt. Ein Kapitalabzug aus dem regulatorischen EL-/Wertberichtigungsabgleich findet bei der Quantifizierung der regulatorischen Eigenmittel Berücksichtigung.

Neben der deckungsmassenbasierten Risikotragfähigkeit wird in Bezug auf die Liquiditätsrisiken der Liquiditätshorizont als weitere Ergebnisgröße ausgewiesen.

Die Darstellung der Risikotragfähigkeit basiert auf einem Zeithorizont von einem Jahr. Sowohl Risikopotenziale als auch Risikodeckungsmassen sind für diesen Zeitraum konzipiert und quantifiziert.

Zusätzlich zu einem Basisszenario, das die Risikotragfähigkeit zum Berichtsstichtag abbildet, werden regelmäßig die Auswirkungen von historischen und hypothetischen Stress-Szenarien auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Dabei werden ein makroökonomisches Stress-Szenario und ein Szenario extremer Marktverwerfungen, dessen Basis beobachtete Marktverwerfungen im Rahmen einer globalen Finanzkrise bilden, betrachtet. Darüber hinaus werden inverse Stresstests durchgeführt.

In der Konzern-Risikotragfähigkeitsrechnung der Helaba werden zwei unterschiedliche Steuerungskreise abgebildet, die der aufsichtsrechtlichen Unterscheidung in einen Fortführungsansatz (auch Going Concern-Ansatz genannt) und einen Liquidationsansatz (auch Gone Concern-Ansatz genannt) entsprechen.

Im Fortführungsansatz erfolgt der Nachweis, dass die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen auch bei schlagend werden den erwarteten und unerwarteten Verlusten eingehalten werden können. Die Quantifizierung der Risikopotenziale erfolgt hier zu einem 95,0 %-Konfidenzniveau. Im Liquidationsansatz der Risikotragfähigkeit wird nachgewiesen, dass selbst im Fall schlagend werdender seltener und schwerer Verlustausprägungen (erwartete sowie unerwartete Verluste zu einem Konfidenzniveau von 99,9 %) das Kapital des Helaba-Konzerns ausreicht, um die Gläubiger in voller Höhe zu befriedigen.

Im Rahmen des Fortführungsansatzes werden die gesamten ökonomischen Risikopotenziale der Konzern-Risikotragfähigkeitsrechnung einem nachhaltigen Ergebnis vor Risiken sowie den regulatorisch nicht gebundenen Eigenmitteln (je nach Szenario abzüglich eines intern definierten Risikopuffers) gegenübergestellt. Zur Analyse der Auswirkungen auf die regulatorischen Kapitalquoten werden im Fortführungsansatz regelmäßig auch die Auswirkungen der Stress-Szenarien auf den regulatorischen Kapitalbedarf sowie auf die regulatorischen Eigenmittel quantifiziert.

Der Fortführungsansatz, der als Ergebnisgröße die Einhaltung der regulatorischen Kapitalquoten betrachtet, ist eng mit der Kapitalallokation in der Helaba verzahnt. Die Allokation des regulatorischen Kapitals auf Geschäftsbereiche und Konzerneinheiten der Helaba erfolgt unter Berücksichtigung der damit verbundenen erwarteten Entwicklungen der Eigenkapitalquoten. Hiermit wird die Konsistenz zwischen der Kapitalallokation bei Annahme einer Vollauslastung der Limite und der sich hieraus ergebenden Ergebnisgröße der Risikotragfähigkeitsrechnung sichergestellt. Zusätzlich erfolgt eine Limitierung der ökonomischen Risikopotenziale, so dass bei gleichzeitiger Auslastung der regulatorischen Allokation und auch der ökonomischen Risikopotenziale sichergestellt ist, dass die intern vorgegebenen Mindestkapitalanforderungen selbst bei schlagenden ökonomischen Risiken nicht unterschritten werden.

Im Liquidationsansatz wird eine ökonomische Deckungsmasse zur Abdeckung des internen Kapitalbedarfs herangezogen, die das zum Berichtsstichtag aufgelaufene Konzernergebnis, das Eigenkapital sowie das Nachrangkapital nach IFRS berücksichtigt. Zusätzlich erfolgt eine ökonomisch bedingte Korrektur von Deckungsmassenbestandteilen. Stille Reserven werden im Liquidationsansatz nicht als Deckungsmasse angesetzt.

Die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsbetrachtung für den Konzern weist zum Ende des Jahres 2017 weiterhin eine deutliche Überdeckung der quantifizierten Risikopotenziale durch die bestehenden Risikodeckungsmassen aus und dokumentiert das konservative Risikoprofil der Helaba. Dies gilt analog für die Risikotragfähigkeitsrechnung des Helaba-Einzelinstituts.

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für den Konzern besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen, nach Berücksichtigung eines internen Risikopuffers, ein Kapitalpuffer in Höhe von 2,6 Mrd. € (31. Dezember 2016: 3,5 Mrd. €). Im Liquidationsansatz für den Konzern besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen ein Kapitalpuffer in Höhe von 7,7 Mrd. € (31. Dezember 2016: 7,1 Mrd. €).

Die im Rahmen der simulierten Stress-Szenarien erreichten Kapitalquoten liegen deutlich oberhalb der regulatorischen Mindestanforderungen.

Darüber hinaus führt die Helaba zwei inverse Stresstests durch, um zu untersuchen, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit des Instituts gefährden könnten. Dabei werden in den Szenarien

„Unterschreitung der Mindestkapitalanforderungen“ sowie „Illiquidität“ die Auswirkungen diverser wirtschaftlicher Ereignisse untersucht, die zur Nichteinhaltung der regulatorischen Mindestkapitalanforderungen beziehungsweise zum Verbrauch der Liquiditätsreserven führen könnten. Derzeit bestehen keinerlei Anzeichen für einen Eintritt dieser Szenarien.

Weitere Sicherungsmechanismen

Zusätzlich zur Risikodeckungsmasse bestehen weitere Sicherungsmechanismen. Die Helaba ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und somit einbezogen in das aus den elf Sparkassenstützungsfonds, der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen bestehende Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe.

Wesentliche Merkmale dieses Sicherungssystems sind die institutssichernde Wirkung, das heißt der Schutz der angeschlossenen Institute in ihrem Bestand, insbesondere von deren Liquidität und Solvenz, ein Risikomonitoring-System zur Früherkennung besonderer Risikolagen und die Bemessung der vom jeweiligen Institut an die Sicherungseinrichtung zu leistenden Beiträge nach aufsichtsrechtlich definierten Risikogrößen. Auch die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, ein Tochterunternehmen der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG (welche wiederum eine Tochtergesellschaft der Helaba ist), sind direkt an diesem Sicherungssystem beteiligt.

Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe umfasst zusätzlich zur Institutssicherung eine Einlagensicherung zum Schutz entschädigungsfähiger Einlagen bis zu 100.000 € pro Kunde. Im Helaba-Konzern belaufen sich die gedeckten Einlagen auf insgesamt 15,6 Mrd. € (31. Dezember 2016: 15,1 Mrd. €). Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem im Sinne des Einlagensicherungsgesetzes anerkannt.

Darüber hinaus gehören die Helaba und die Frankfurter Sparkasse satzungsrechtlich dem Reservefonds des Sparkassen- und

Giroverbands Hessen-Thüringen als Mitglieder an. Der Reservefonds gewährleistet im Haftungsfall eine weitere, neben dem bundesweiten Haftungsverbund bestehende Sicherung. Er sichert die Verbindlichkeiten der Helaba und der Frankfurter Sparkasse gegenüber Kunden einschließlich Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und sonstigen institutionellen Anlegern sowie die verbrieften Verbindlichkeiten. Ausgenommen hiervon sind unabhängig von ihrer Restlaufzeit Verbindlichkeiten, die bei den Instituten als Eigenmittelbestandteile im Sinne von § 10 KWG dienen oder gedient haben, wie Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter, Genussrechtsverbindlichkeiten sowie nachrangige Verbindlichkeiten. Das Gesamtvolumen des Fonds beläuft sich auf 5 ‰ des Gesamtrisikobetrags gemäß Art. 92 Abs. 3 CRR der angeschlossenen Institute und betrug Ende 2017 insgesamt 518 Mio. € (31. Dezember 2016: 522 Mio. €). Die barmäßige Dotierung lag zum gleichen Stichtag bei 442 Mio. € (31. Dezember 2016: 410 Mio. €).

Bis zur vollständigen Einzahlung des Gesamtvolumens hat der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des Differenzbetrags zwischen tatsächlicher Dotierung und Gesamtvolumen übernommen.

Auch der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und der Westfälisch-Lippische Sparkassen- und Giroverband (SVWL) haben jeweils einseitig einen zusätzlichen regionalen Reservefonds für die Helaba geschaffen.

Für das Förderinstitut WIBank, das als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba organisiert ist, besteht gesetzlich geregelt und in Übereinstimmung mit den EU-beihilferechtlichen Anforderungen eine unmittelbare Gewährträgerhaftung durch das Land Hessen.

Adressenausfallrisiko

Das Kreditgeschäft stellt ein wesentliches Kerngeschäft der Helaba dar. Entsprechend sind das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken Kernkompetenzen der Helaba. Sowohl durch die Weiterentwicklung des Marktumfelds als auch durch neue Entwicklungen im regulatorischen Umfeld der Kreditinstitute ergeben sich permanent neue Herausforderungen für die interne Steuerung der Adressenausfallrisiken, die eine konsequente Überprüfung der bestehenden Verfahren erfordern.

Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie. In der Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird für alle Geschäftssegmente die Risikoneigung differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen definiert. Die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird jährlich überprüft.

Basel III/CRR

Die Helaba wendet den IRB-Ansatz an. Mit den internen Rating-Verfahren (Ausfall-Rating) für das Kreditportfolio, dem Sicherheitenverwaltungssystem, der Credit Loss Database, die zur Erfassung und Analyse des Ausfallportfolios und der Einzelwert-

berichtigungen dient, sowie einem regulatorischen Rechenkern sind die entsprechenden aufsichtsrechtlichen Regelungen nach Basel III/CRR in den Verfahren und Systemen der Helaba umgesetzt.

Risikoüberwachung mit dem Global-Limit-System

Die Helaba verfügt über ein Global-Limit-System, in dem zeitnah kontrahentenbezogene Adressenausfallrisiken strukturiert und transparent aufbereitet werden. Die Kontrahentenlimite orientieren sich sowohl an der Bonität (Rating) der Kontrahenten als auch an der Risikotragfähigkeit der Bank.

Zur Überwachung, Begrenzung und Steuerung von Adressenausfallrisiken werden im Global-Limit-System kreditnehmerbezogene Gesamtlimite auf Konzernebene erfasst. Auf diese Gesamtlimite werden alle Arten von Krediten gemäß der Artikel 389 f. der CRR, sowohl aus Handels- als auch Bankbuchaktivitäten, gegenüber den Kreditnehmern angerechnet. Vorleistungs- und Abwicklungsrisiken aus Devisen- und Wertpapiergeschäften, Kontokorrent-Intraday-Risiken, Lastschriftreicher-Risiken sowie so genannte Additional Risks aus Konstrukten werden als wirtschaftliche Risiken genehmigt und auf separate Limite angerechnet.

Die genehmigten Gesamtlimite werden entsprechend der Beschlussvorlage auf Einzelkreditnehmer, Produktarten und die betroffenen operativen Geschäftsbereiche alloziert. Die Ausnutzung der einzelnen Limite wird täglich überwacht; bei etwaigen Limitüberschreitungen werden umgehend die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

Die Anrechnung von Swaps, Termingeschäften und Optionen auf das Gesamtlimit erfolgt mit Kreditäquivalenzbeträgen, die auf einer internen Add-on-Methode basieren. Die Add-ons werden einmal pro Jahr beziehungsweise anlassbezogen (beziehungsweise bei Marktverwerfungen) vom Bereich Risikocontrolling validiert und ggf. angepasst. Alle weiteren Handelsbuchpositionen (zum Beispiel Geldhandel, Wertpapiere) werden mit Marktpreisen bewertet.

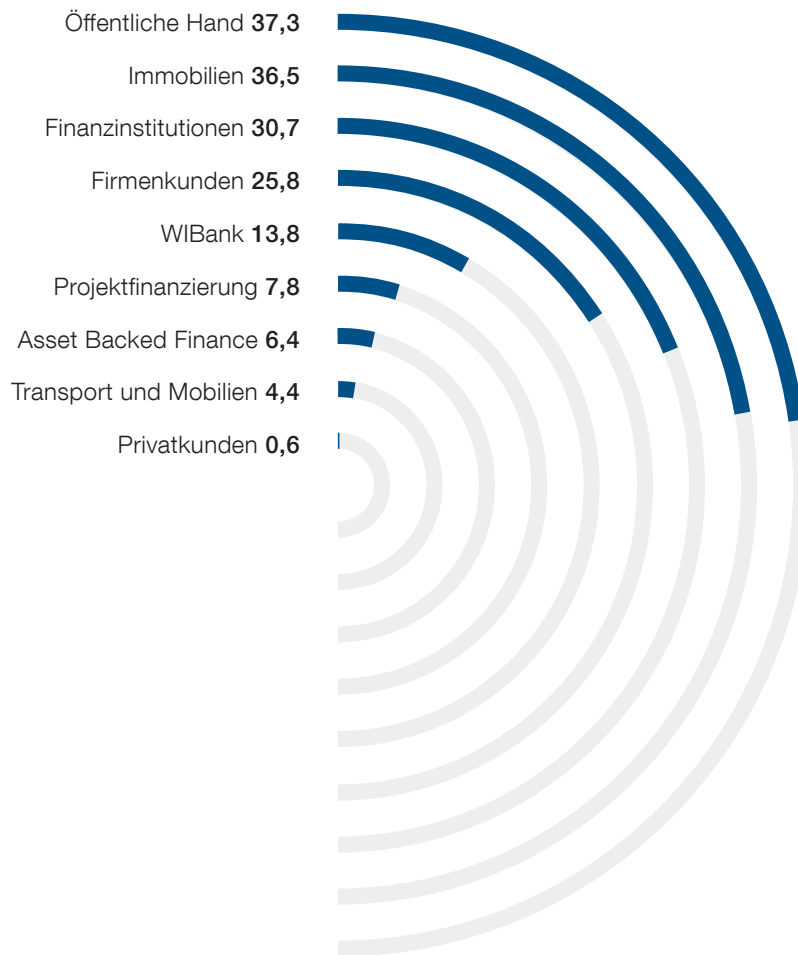
Ergänzend werden als indirekte wirtschaftliche Risiken Sekundärrisiken aus Leasingengagements (Leasingnehmer) oder aus erhaltenen Bürgschaften und Garantien sowie Lastschriftreicher-Risiken beim jeweiligen Risikoträger erfasst.

In Grafik 1 ist das Gesamtkreditvolumen per 31. Dezember 2017, das sich aus Kreditinanspruchnahmen und nicht genutzten zugesagten Kreditlinien zusammensetzt, des Helaba-Einzelinstituts in Höhe von 163,3 Mrd. € (31. Dezember 2016: 165,6 Mrd. €), aufgeteilt nach Portfolios, dargestellt. Das Gesamtkreditvolumen entspricht dem gemäß den geltenden Rechtsnormen für Großkredite ermittelten Risikopositionswert vor Anwendung der Ausnahmen zur Ermittlung der Großkreditobergrenzenauslastung und vor Anwendung von Kreditminderungstechniken.

Gesamtkreditvolumen nach Portfolios (Helaba-Einzelinstitut)

Grafik 1

in Mrd. €



Der Schwerpunkt der Kreditaktivitäten liegt zum 31. Dezember 2017 bei den Portfolios Öffentliche Hand, Immobilien und Finanzinstitutionen (insbesondere Kreditgewerbe).

Bonitäts-/Risikobeurteilung

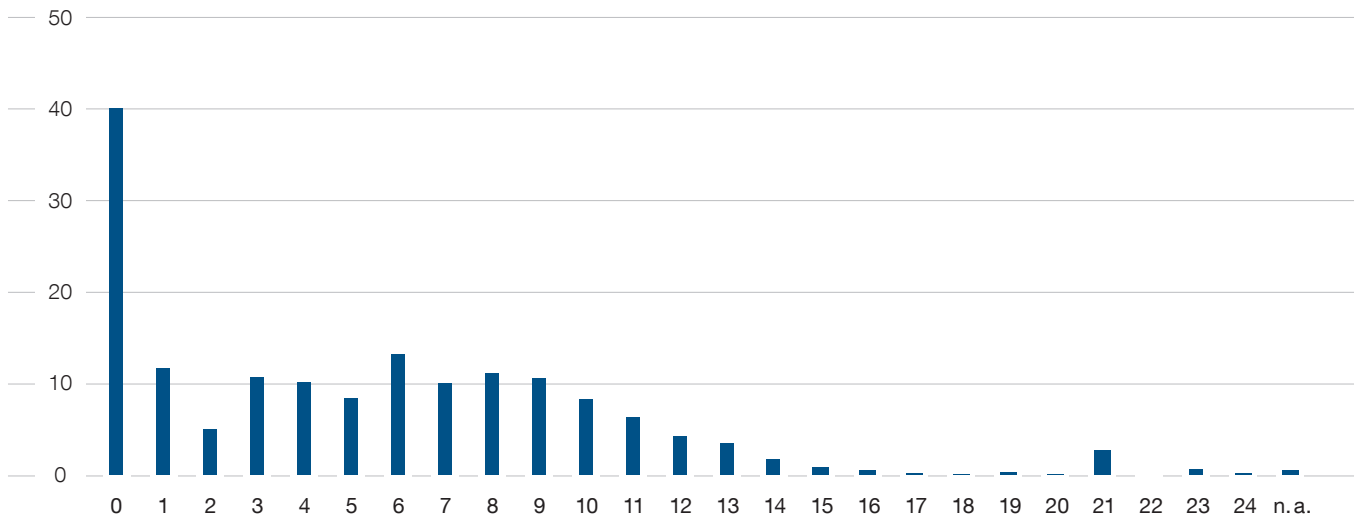
Die Bank verfügt über 14 in Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) beziehungsweise anderen Landesbanken entwickelte Rating-Verfahren sowie zwei selbst entwickelte Rating-Verfahren. Diese Verfahren basieren auf statistischen Modellen und ordnen die Kreditengagements unabhängig von der Kunden- oder Objektgruppe kardinal über eine

25-stufige Ausfall-Rating-Skala einer festen Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) zu.

Im Helaba-Einzelinstitut teilt sich das Gesamtkreditvolumen in Höhe von 163,3 Mrd. € (31. Dezember 2016: 165,6 Mrd. €) nach Ausfall-Rating-Klassen wie in Grafik 2 dargestellt auf.

Gesamtkreditvolumen nach Ausfall-Rating-Klassen (Helaba-Einzelinstitut)
 Grafik 2

in Mrd. €



Sicherheiten

Neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (beziehungsweise allgemeine Kreditrisikominderungstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Adressenausfallrisiken. Sicherheiten werden nach den Beleihungsgrundsätzen der Bank bewertet. Im Rahmen des turnusmäßigen oder anlassbezogenen Überwachungsverfahrens wird die Bewertung angepasst, wenn sich bewertungsrelevante Faktoren ändern.

Das Sicherheitenverwaltungssystem der Helaba bietet die Voraussetzungen, um die umfassenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung eigenkapitalentlastender Kreditrisikominderungstechniken nach CRR ausschöpfen zu können. Es stellt den Datenbestand zur Prüfung und Verteilung der anrechenbaren Sicherheitenwerte auf die besicherten Risikopositionen bereit.

Länderrisiken

Das Länderrisiko besteht aus Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken (zum Beispiel Lieferrisiken). Die Helaba verfügt über eine am wirtschaftlichen Risikoträger orientierte Methodik zur internen Länderrisikobemessung und -zuordnung, das heißt, dass das zunächst nach dem strengen Domizilprinzip dem Sitzland des Kreditnehmers zugeordnete Risiko unter bestimmten Voraussetzungen auf das Sitzland der Konzernmutter oder des Leasingnehmers beziehungsweise bei Cashflow-Konstruktionen und bei Berücksichtigung von Sicherheiten auf das Land des wirtschaftlichen Risikoträgers übertragen wird.

Das Länderrisikosystem dient als zentrales Instrument zur vollständigen, zeitnahen, risikogerechten und transparenten Erfassung, Überwachung und Steuerung der Länderrisiken. In die Steuerung der Länderrisiken sind sämtliche Kredit- und Han-

delsbereiche der Helaba einschließlich der Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse, Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und Helaba Asset Services einbezogen. Das gesamte Länderrisiko – ohne Länder der Eurozone – darf das Sechsfache des haftenden Eigenkapitals der Helaba-Institutsgruppe nicht überschreiten. Die Ausnutzung zum 31. Dezember 2017 belief sich auf weniger als das Dreifache des haftenden Eigenkapitals.

Der Vorstand legt für alle Länder mit Ausnahme weniger Länder der Eurozone und weiterer, insbesondere unter Transferrisikogesichtspunkten erstklassiger Länder (zurzeit Schweiz, Großbritannien, USA, Dänemark, Schweden, Norwegen) Länderlimite fest. Das einem Land zugestandene Gesamtlimit wird unterteilt in ein Kredit- und ein Handelslimit. Zusätzlich werden die Länderrisiken für langfristige Geschäfte durch Sublimite begrenzt.

Das interne Rating-Verfahren für Länder- und Transferrisiken unterscheidet 25 mögliche Länder-Rating-Klassen nach der bankweit einheitlichen Masterskala. Alle Einstufungen werden mindestens jährlich vom Bereich Volkswirtschaft/Research ermittelt und vom Bereich Credit Risk Management final festgelegt. Der Kreditmanagementausschuss unterbreitet auf dieser Basis unter Einbeziehung bankspezifischer, geschäftspolitischer und risikomethodischer Überlegungen einen Länderlimitvorschlag, auf dessen Basis der Gesamtvorstand die Limite für die einzelnen Länder festsetzt.

Für Länder mit den schlechtesten Rating-Klassen (22–24) hat die Bank keine Länderlimite vorgesehen.

Die Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken aus Ausleihungen des Helaba-Einzelinstituts an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland in Höhe von 43,6 Mrd. € (31. Dezember 2016: 46,4 Mrd. €) konzentrieren sich regional vorwiegend auf Europa (83,5 %) und Nordamerika (14,2 %). Sie sind per 31. Dezember 2017 zu 75,0 % (31. Dezember 2016: 73,7 %) den Länder-Rating-Klassen 0 und 1 zugeordnet. Weitere 25,0 % (31. Dezember 2016: 26,2 %) werden in den Rating-Klassen 2–13 generiert. Lediglich 0,1 % (31. Dezember 2016: 0,1 %) sind mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet.

Engagements in Großbritannien

Per 31. Dezember 2017 beträgt das Nettoexposure der Helaba im engen Konzernkreis gegenüber Kreditnehmern in Großbritannien 7,3 Mrd. € (31. Dezember 2016: 7,9 Mrd. €). Im Übrigen

hatte das EU-Austritts-Votum Großbritanniens („Brexit“) keine wesentlichen Auswirkungen auf die Höhe des Adressenausfallrisikos.

Kreditrisikoprozesse und Organisation

Die MaRisk enthalten differenzierte Regelungen zur Organisation des Kreditgeschäfts sowie zu den Kreditprozessen und zur Ausgestaltung der Verfahren zur Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung der Risiken im Kreditgeschäft.

Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft hat der Vorstand in gesonderten Organisationsrichtlinien für das Kreditgeschäft festgelegt.

Genehmigungsverfahren

Das Genehmigungsverfahren der Bank garantiert, dass Kreditrisiken nicht ohne vorherige Genehmigung eingegangen werden. Nach der Geschäftsanweisung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Risiko- und Kreditausschusses des Verwaltungsrats; unter diesen Betragsgrößen liegende Engagements werden abgestuft nach Kompetenzen (Vorstand, Vorstands-Kreditausschuss, einzelne Vorstandsmitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) genehmigt. Grundlage für Kreditgenehmigungen bilden detaillierte Risikobeurteilungen. Bestandteil der Kreditvorlagen sind entsprechend den MaRisk im so genannten risikorelevanten Geschäft immer zwei voneinander unabhängige Voten durch den zuständigen Marktbereich sowie den zuständigen Marktfolge-Bereich. Der Vertreter des jeweiligen Marktfolge-Bereichs hat dabei im Rahmen eines

Eskalationsprozesses stets ein Vetorecht. In letzter Instanz entscheidet der Gesamtvorstand.

Ergänzt wird das Verfahren durch aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleitete Konzentrationslimite, die abgestuft nach Ausfall-Rating-Klasse der wirtschaftlichen Gruppe verbundener Kunden die Engagements zusätzlich begrenzen. Außerdem sind alle Kredite mindestens einmal innerhalb von zwölf Monaten zu überwachen. Ein tägliches Überziehungsmanagement wird unter anderem durch Einsatz des Global-Limit-Systems gewährleistet, das alle Kredite (Linien und Inanspruchnahmen) des engen Konzernkreises pro Gruppe verbundener Kunden zusammenführt.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

In der regulatorischen Sicht erfolgt die Quantifizierung erwarteter und unerwarteter Adressenausfallrisiken über den regulatorischen Rechenkern. Erwartete Adressenausfallrisiken werden in Form des Expected Loss einzelgeschäftlich kalkuliert. Die Berechnung für regulatorische Zwecke erfolgt auf Basis der internen Rating-Verfahren und regulatorisch vorgegebener Loss-Given-Defaults (LGD). Zur Abdeckung unerwarteter Verluste wird das gemäß CRR vorzuhaltende Eigenkapital ebenfalls einzelgeschäftlich ermittelt und sowohl in der Einzelgeschäftssteuerung als auch in der Risikokapitalsteuerung verwendet.

In der internen Steuerung werden Adressenausfallrisiken mit einem Value-at-Risk-Ansatz ermittelt. Dafür wird ein Credit-Metrics-basiertes Simulationsverfahren (Monte-Carlo-Simulation) unter Berücksichtigung von Migrations- und LGD-Risiken verwendet. Der ermittelte Value-at-Risk gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die innerhalb eines Jahres mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Als Risikoparameter werden neben den internen Rating-Verfahren auch intern geschätzte LGD-Parameter sowie empirisch ge-

messene Korrelationswerte herangezogen. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe des Risikomodells ermittelte Value-at-Risk (VaR) ein Maß für den maximalen Verlust (expected und unexpected) dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 95,0 % (Fortführungsansatz) beziehungsweise 99,9 % (Liquidationsansatz) auf Basis des zugrunde gelegten Beobachtungszeitraums von einem Jahr nicht überschritten wird. Durch die Berücksichtigung von empirischen Korrelationen wird das simultane Eintreten einzelner Kreditevents (systematisches Risiko) abgebildet.

Die entsprechend quantifizierten erwarteten und unerwarteten Verluste werden verschiedenen Szenariobetrachtungen unterworfen, um Auswirkungen entsprechender Stress-Situationen aufzuzeigen. Dafür werden die Risikoparameter szenarioabhängig modelliert.

Im Basisszenario der Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Adressenausfallrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial von 572 Mio. € (31. Dezember 2016: 561 Mio. €).

Risikovorsorge

Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Beteiligungsrisiko

Unter dem Beteiligungsrisiko werden diejenigen Risiken aus Beteiligungen zusammengefasst, deren Einzelrisikoarten nicht separat im Risikocontrolling für die einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden. Werden die für eine Beteiligung relevanten Risikoarten unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und rechtlicher Möglichkeiten in das gruppenweite Risikomanagement integriert (Einzelrisikosteuerung), ist die Betrachtung von Beteiligungsrisiken für diese Beteiligung nicht relevant. Neben den handelsrechtlichen Beteiligungen werden auch solche Finanzinstrumente unter dem Beteiligungsrisiko ausgewiesen, die nach CRR der Forderungsklasse Beteiligungen zugeordnet werden.

Der Risikogehalt der einzelnen Beteiligung wird im Hinblick auf die Werthaltigkeit anhand eines zweistufigen Kriterienkatalogs

(Ampelverfahren) klassifiziert. Daneben erfolgt die Risikobeurteilung auf Basis der Bonitätseinschätzung und -entwicklung des jeweiligen Unternehmens im Rahmen des bankinternen Rating-Verfahrens. Die Beteiligungsrisiken werden vierteljährlich an den Risikoausschuss des Vorstands und den Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats berichtet.

Die Zusammensetzung des Beteiligungsportfolios ist im Vergleich zum Jahresende 2016 nahezu unverändert. Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Beteiligungsrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial in Höhe von 11 Mio. € (31. Dezember 2016: 10 Mio. €).

Marktpreisrisiko

Risikosteuerung

Integriert in die Gesamtbanksteuerung erfolgt die Steuerung von Marktpreisrisiken in der Helaba für das Handelsbuch und das Bankbuch. Klar definierte Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse schaffen die Voraussetzungen für ihre effektive Begrenzung und Steuerung. Auf Basis der Risikoinventur werden in Abhängigkeit von der Geschäftstätigkeit die Tochtergesellschaften im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements in abgestufter Weise in den Steuerungsprozess einbezogen. Schwerpunkte bilden die Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG. Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt nach den Methoden der Helaba.

Der strategische Schwerpunkt der Handelsaktivitäten liegt auf dem kundengetriebenen Geschäft, das durch ein bedarfsorientiertes Produktangebot unterstützt wird. Die Steuerung der Positionen des Handelsbuchs liegt in der Verantwortung des Bereichs Kapitalmärkte. Dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung obliegt die Steuerung der Refinanzierung sowie das Management der Zins- und Liquiditätsrisiken des Bankbuchs. Zusätzlich verantwortet der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung den zum Handelsbuch gehörenden Rückflussbestand eigener Emissionen.

Limitierung von Marktpreisrisiken

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken verwendet die Helaba eine einheitliche Limitstruktur. In den Prozess zur Allokation der Limite ist neben den internen Gremien der Bank auch der Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats eingebunden. Er genehmigt das Gesamtlimit für Marktpreisrisiken, das vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit der Bank vorgeschlagen wird.

Im Rahmen des für Marktpreisrisiken festgelegten Gesamtlimits alloziert der Risikoausschuss auf Empfehlung des Dispositionsausschusses Limite auf die risikonehmenden Geschäftsbereiche sowie auf die einzelnen Marktpreisrisikoarten. Zusätzlich erfolgt hier eine separate Limitierung für das Handelsbuch und das Bankbuch.

Die Suballokation von Limiten auf untergeordnete Organisationseinheiten sowie die einzelnen Standorte der Helaba liegt in der Verantwortung der mit einem Limit ausgestatteten Geschäftsbereiche. Darüber hinaus werden in den Handelsbereichen eigenständig Stop-Loss-Limite sowie Volumenlimite zur Begrenzung von Marktpreisrisiken eingesetzt.

Das Marktpreisrisikogesamtlimit wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Genauso gab es keine Limitüberschreitungen auf den Hauptaggregationsstufen Handels- und Bankbuch der Bank und der Gruppe sowie für die einzelnen Marktpreisrisikoarten.

Risikoüberwachung

Die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von Marktpreisrisiken liegt in der Verantwortung des Bereichs Riskcontrolling. Hierzu gehören neben der Risikoquantifizierung auch die Überprüfung der Geschäfte auf Marktconformität und die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Zusätzlich wird die Überleitungsrechnung zum externen Rechnungswesen erstellt.

Die kontinuierliche fachliche und technische Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Systeme sowie eine intensive Datenpflege tragen wesentlich zur adäquaten Erfassung der Marktpreisrisiken in der Helaba bei. Bei der Einführung neuer Produkte ist ein durch den „Ausschuss Neue Produkte“ verankerter Prozess zu durchlaufen. Die Autorisierung eines neuen Produkts setzt die korrekte Verarbeitung in den benötigten Systemen zur Positionserfassung, Abwicklung, Ergebnisermittlung

und Risikoquantifizierung sowie für das Rechnungswesen und das Meldewesen voraus.

Im Rahmen eines umfassenden Reportings werden die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie die positionsführenden Stellen täglich über die ermittelten Risikozahlen und die erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse auf Basis aktueller Marktpreise unterrichtet. Zusätzlich erhalten wöchentlich der Gesamtvorstand und der Dispositionsausschuss sowie monatlich der Risikoausschuss Informationen über die aktuelle Risiko- und Ergebnissituation. Etwaige Überschreitungen der festgelegten Limite setzen den Eskalationsprozess zur Begrenzung und Rückführung der Risiken in Gang.

Quantifizierung von Marktpreisrisiken

Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt mit Hilfe eines Money-at-Risk-Ansatzes, der durch Stresstests, die Messung von Residualrisiken und Sensitivitätsanalysen für Credit-Spread-Risiken sowie durch die Betrachtung inkrementeller Risiken für das Handelsbuch ergänzt wird. Das Money-at-Risk (MaR) gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die aufgrund von Marktschwankungen innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Für jede der Marktpreisrisikoarten (Zinsen, Aktien und Devisen) werden in der Helaba Risikomesssysteme auf Basis gleicher statistischer Parametrisierungen eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Risikoarten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird dadurch die Aggregation der Risikoarten zu einem Gesamtrisiko ermöglicht. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe der Risikomodelle ermittelte MaR-Betrag ein Maß für den maximalen Verlust dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,0 % auf Basis des zugrunde gelegten historischen Beobachtungszeitraums von einem Jahr bei einer Haltedauer der Position von zehn Handelstagen nicht überschritten wird.

Die nachfolgende Übersicht enthält eine Stichtagsbetrachtung der eingegangenen Marktpreisrisiken (inklusive Korrelations-effekten zwischen den Portfolios) zum Jahresultimo 2017 sowie

eine Aufteilung nach Handels- und Bankbuch. Den größten Anteil an den Marktpreisrisikoarten hat das lineare Zinsänderungsrisiko. Der Rückgang des linearen Zinsänderungsrisikos ist vor allem auf eine Modelländerung im zweiten Quartal zurückzuführen. Zusätzlich zur verbesserten Modellierung von Zinsentwicklungen im Niedrigzinsumfeld wurde das Zinskurvenuniversum erweitert. Neben Swap- und Pfandbriefkurve werden zusätzlich unterschiedliche länder- und ratingabhängige Government-, Financials- und Corporate-Zinskurven zur Bewertung eingesetzt. Für das Gesamtportfolio des engen Konzernkreises entfallen beim linearen Zinsänderungsrisiko 86 % (31. Dezember 2016: 90 %) auf Positionen in Euro und 8 % (31. Dezember 2016: 6 %) auf Positionen in US-Dollar. Im Aktienbereich des Handels stehen im DAX und DJ Euro Stoxx 50 notierte Werte im Fokus. Den Schwerpunkt im Währungsrisiko bilden Positionen in US-Dollar, kanadischen Dollar und Britischen Pfund. Das Residualrisiko beläuft sich für den Konzern auf 10 Mio. € (31. Dezember 2016: 12 Mio. €). Das inkrementelle Risiko im Handelsbuch beträgt bei einem Betrachtungshorizont von einem Jahr und einem 99,9%-Konfidenzniveau 166 Mio. € (31. Dezember 2016: 136 Mio. €). Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Marktpreisrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial in Höhe von 239 Mio. € (31. Dezember 2016: 395 Mio. €). Der Rückgang ist im Wesentlichen auf das deutlich gesunkene lineare Zinsänderungsrisiko zurückzuführen, dem ein leichter Anstieg des inkrementellen Risikos entgegensteht.

Konzern-MaR nach Risikoarten

in Mio. €

	Gesamtrisiko		Zinsänderungsrisiko		Währungsrisiko		Aktienrisiko	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Gesamt	45	92	39	88	1	0	5	4
Handelsbuch	15	28	13	26	0	0	2	2
Bankbuch	39	67	35	64	0	0	4	2

Allen Risikomesssystemen liegen ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz oder eine Monte-Carlo-Simulation zugrunde. Letztere wird insbesondere für die Abbildung komplexer Pro-

dukte und Optionen eingesetzt. Nichtlineare Risiken im Devisenbereich sind in der Helaba von untergeordneter Bedeutung. Sie werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen überwacht.

Internes Modell gemäß Capital Requirements Regulation (CRR)

Zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarfs für das allgemeine Zinsänderungsrisiko verfügt die Helaba über ein von der Bankenaufsicht anerkanntes internes Modell gemäß CRR,

das sich aus den Risikomesssystemen MaRC² (lineares Zinsrisiko) und ELLI (Zinsoptionsrisiko) zusammensetzt.

Marktpreisrisiken im Handelsbuch

Die Berechnung aller Marktpreisrisiken erfolgt täglich auf Basis der Tagesendposition des vorangegangenen Handelstags und der aktuellen Marktparameter. Die Helaba verwendet auch für die interne Risikosteuerung die aufsichtsrechtlich vorgegebene Parametrisierung. In Grafik 3 ist das MaR des Handelsbuchs (Helaba-Einzelinstitut) für das Geschäftsjahr 2017 dargestellt. Im Gesamtjahr 2017 betrug das durchschnittliche MaR 19 Mio. €

(Gesamtjahr 2016: 25 Mio. €), der maximale Wert 32 Mio. € (Gesamtjahr 2016: 33 Mio. €) und der minimale Wert 14 Mio. € (Gesamtjahr 2016: 19 Mio. €). Der Risikorückgang gegenüber 2016 ist im Wesentlichen auf die Umstellung des Modells für lineare Zinsänderungsrisiken zur verbesserten Berücksichtigung des Niedrigzinsniveaus zurückzuführen.

Tägliches MaR des Handelsbuchs im Geschäftsjahr 2017

Grafik 3

in Mio. €



Zur Ermittlung konsolidierter MaR-Beträge für den Konzern stellen die ausländischen Niederlassungen der Helaba sowie die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und die Frankfurter Sparkasse der Konzernzentrale in einem Bottom-up-Verfahren die aktuellen Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen zur Verfügung. In einem Top-down-Verfahren werden umgekehrt die Marktparameter einheitlich bereitgestellt. Dies

ermöglicht neben der Risikoquantifizierung in der Konzernzentrale auch die dezentrale Risikoquantifizierung an den Standorten.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die durchschnittlichen täglichen MaR-Beträge für das Handelsbuch.

Durchschnittliches MaR für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2017

o MaR in Mio. €

	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Zinsänderungsrisiko	26	25	15	22	13	21	12	25	17	23
Währungsrisiko	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0
Aktienrisiko	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Gesamtrisiko	28	28	18	24	16	23	15	27	19	25

Anzahl der Handelstage: 250 (2016: 253)

Für die Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG ergibt sich im Handelsbuch im Jahresdurchschnitt unverändert zum Vorjahr jeweils ein MaR von 0 Mio. €.

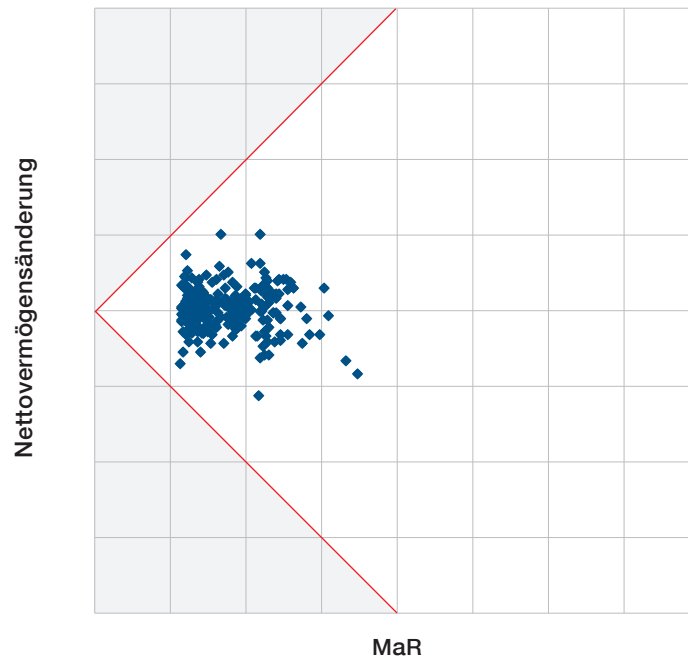
Backtesting

Zur Überprüfung der Prognosequalität der Risikomodelle wird täglich für alle Marktpreisrisikoarten ein Clean Backtesting durchgeführt. Hierbei wird der MaR-Betrag bei einer Haltedauer von einem Handelstag, einem einseitigen 99 %-Konfidenzniveau sowie einem historischen Beobachtungszeitraum von einem Jahr ermittelt. Dieser prognostizierte Risikobetrag wird der hypothetischen Nettovermögensänderung gegenübergestellt. Die hypothetische Nettovermögensänderung stellt die Wertänderung des Portfolios über einen Handelstag bei unveränderter Position und

Zugrundelegung neuer Marktpreise dar. Ein Backtesting-Ausreißer liegt vor, wenn die Nettovermögensminderung den potenziellen Risikobetrag übersteigt.

In Grafik 4 ist das Backtesting der Helaba-Risikomodelle für das Handelsbuch über alle Marktpreisrisikoarten im Geschäftsjahr 2017 dargestellt. Es traten keine negativen Ausreißer auf (2016: keine negativen Ausreißer).

Backtesting für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2017
Grafik 4



Im internen Modell für das allgemeine Zinsänderungsrisiko traten im aufsichtsrechtlichen Backtesting im Jahr 2017 keine negativen Ausreißer auf (2016: keine negativen Ausreißer).

Stresstestprogramm

Die Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber realistischer Marktsituationen erfordert neben der täglichen Risikoquantifizierung den Einsatz von Stresstests. Für verschiedene Portfolios erfolgt regelmäßig eine Neubewertung auf Basis extremer Marktsituationen. Die Auswahl der Portfolios orientiert sich, soweit nicht durch aufsichtsrechtliche Vorgaben explizit gefordert, an der Höhe des Exposures (Materialität) und etwaiger Risikokonzentrationen. Für das Optionsbuch der Helaba werden täglich Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstests sind in das Reporting über Marktpreisrisiken an den Vorstand integriert und werden im Rahmen des Limitallokationsprozesses berücksichtigt.

Als Instrumentarien stehen die historische Simulation, die Monte-Carlo-Simulation, ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen – unter anderem auf Basis der Hauptkomponenten der Korrelationsmatrix – zur Verfügung. Des Weiteren führt die Helaba auch Stresstests zur Simulation extremer Spread-Änderungen durch. Risikoartenübergreifende Stresstests im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung der Helaba und inverse Stresstests ergänzen die Stresstests für Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiken (inklusive Zinsänderungsrisiken) im Bankbuch

Zur Abbildung der Marktpreisrisiken im Bankbuch setzt die Helaba den für das Handelsbuch verwendeten MaR-Ansatz ein. Täglich erstellte Fristenablaufbilanzen, aus denen die Laufzeitstruktur der Positionsnahmen erkennbar ist, ergänzen dabei die mit Hilfe dieses Ansatzes ermittelten Risikokennzahlen. Regelmäßige Stresstests mit Haltedauern zwischen zehn Tagen und zwölf Monaten flankieren die tägliche Bankbuch-Risikomessung.

Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch ist auch Bestandteil regulatorischer Anforderungen. Dort wird eine Risikoberechnung auf Basis standardisierter Zinsschocks gefor-

dert. Dabei werden gemäß den Festlegungen der Bankenaufsicht ein Zinsanstieg und eine Zinssenkung um 200 Basispunkte untersucht. Ein derartiger Zinsschock würde für den Helaba-Konzern zum Jahresultimo 2017 im ungünstigen Fall zu einer negativen Wertveränderung im Bankbuch von 277 Mio. € führen (31. Dezember 2016: 261 Mio. €). Dabei entfallen auf die Heimatwährung 258 Mio. € (31. Dezember 2016: 249 Mio. €) und auf Fremdwährungen 19 Mio. € (31. Dezember 2016: 12 Mio. €). Die Untersuchungen eines Zinsschocks führt die Helaba mindestens vierteljährlich durch.

Performance-Messung

Zur Beurteilung des Erfolgs einzelner Organisationseinheiten werden regelmäßig Risk-Return-Vergleiche durchgeführt. Da jedoch die kurzfristige Gewinnerzielung nicht das alleinige Ziel

der Handelsstellen ist, werden zur Beurteilung weitere, auch qualitative Faktoren herangezogen.

Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko

Die Sicherung der Liquidität im Sinne der Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsfähigkeit sowie der Vermeidung von Kostenrisiken bei der Beschaffung mittel- und langfristiger Refinanzierungsmittel besitzt für die Helaba höchste Priorität. Entsprechend steht für die Erfassung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken haben sich auch in den vergangenen Jahren im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise und der daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmär-

ten bewährt. Die Liquidität der Helaba war auch im Jahr 2017 jederzeit vollumfänglich gewährleistet.

Ein Liquiditätstransferpreissystem stellt sicher, dass alle mit den verschiedenen Geschäftsaktivitäten der Helaba verbundenen Liquiditätskosten (direkte Refinanzierungskosten und Kosten der Liquiditätsreserve) transparent verrechnet werden. Die Steuerung und Überwachung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken werden im Internal Liquidity Adequacy Assessment Process (ILAAP) zusammengeführt und regelmäßig umfassend validiert.

Steuerung und Überwachung

Im Helaba-Konzern existiert ein dezentrales Steuerungs- und Überwachungskonzept für Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken, das heißt, jede Gesellschaft ist selbst für die Sicherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit, für mögliche Kostenrisiken der Refinanzierung und für eine unabhängige Überwachung dieser Risiken verantwortlich. Die Rahmenbedingungen hierfür werden mit der Helaba abgestimmt. Im Rahmen des konzernweiten Risikomanagements berichten die Tochtergesellschaften des engen Konzernkreises regelmäßig ihre Liquiditätsrisiken an die Helaba, so dass eine konzernweit aggregierte Betrachtung möglich ist.

Die Bank unterscheidet bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen und dem strukturellen Liquiditätsmanagement. Die Gesamtverantwortung für die kurzfristige Zahlungsfähigkeit und die strukturelle Liquiditätssteuerung für die Refinanzierung des Kreditneugeschäfts unter Beachtung einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur obliegt dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Die zentrale Steuerung des Liquiditätsabsicherungsbestands sowohl für die Zwecke des aufsichtsrechtlichen Liquiditätspuffers zur Erfüllung der LCR als auch für das Collateral Management erfolgt ebenfalls durch den Bereich Aktiv-/Passivsteuerung.

Der Bereich Risikocontrolling berichtet täglich über die kurzfristige Liquiditätssituation an die relevanten Leitungsfunktions-träger und monatlich im Risikoausschuss über die insgesamt eingegangenen Liquiditätsrisiken. Die Berichterstattung beinhaltet zudem verschiedene Stress-Szenarien wie verstärkte Ziehungen aus Liquiditätslinien, keine Verfügbarkeit von Interban-

kenliquidität an den Finanzmärkten und die mögliche Auswirkung einer signifikanten Rating-Herabstufung auf die Helaba. Die Stress-Szenarien umfassen sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen. Zudem werden inverse Stress-tests durchgeführt. Für extreme Marktsituationen sind Ad-hoc-Berichts- und -Entscheidungsprozesse eingerichtet.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität unterhält die Helaba einen hochliquiden Bestand an Wertpapieren (Liquiditätsabsicherungsbestand), der bei Bedarf zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt werden kann. Die aktuelle Liquiditätssituation wird anhand eines kurzfristigen Liquiditätsstatus gesteuert. In ihm werden täglich die zu erwartenden Liquiditätsanforderungen für die nächsten 250 Handelstage der verfügbaren Liquidität aus dem liquiden Wertpapierbestand gegenübergestellt. Die verfügbare Liquidität wird unter Berücksichtigung von Abschlägen ermittelt, um auch unerwartete Marktentwicklungen einzelner Wertpapiere abdecken zu können. Wertpapiere, die zu Sicherungszwecken verwendet werden (zum Beispiel Repos und Verpfändungen) und damit belegt sind, werden vom freien liquiden Wertpapierbestand abgezogen. Dies betrifft auch Wertpapiere, die als Liquiditätspuffer für die Intraday-Liquiditätssteuerung bevorratet werden. Maßgebliche Währung im Hinblick auf die kurzfristige Liquidität ist für die Helaba in erster Linie der Euro, gefolgt vom US-Dollar.

Die Helaba verfügt über die Zulassung für ein institutseigenes Liquiditätsrisikomess- und -steuerungsverfahren gemäß § 10 der Liquiditätsverordnung (LiqV) durch die BaFin. Damit darf die Helaba anstelle der monatlichen Meldung nach dem LiqV-Standardverfahren ihr eigenes Verfahren zur Ermittlung des kurzfristigen Liquiditätsstatus für die aufsichtsrechtliche Meldung verwenden. Die bankaufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen hat die Helaba 2017 immer voll erfüllt.

Das Konzept des kurzfristigen Liquiditätsstatus ist so gewählt, dass verschiedene Stress-Szenarien abgebildet werden. Dabei wird der kumulierte Liquiditätssaldo (Liquiditätsbedarf) der verfügbaren Liquidität gegenübergestellt. Je nach Szenario erfolgt die Limitierung von fünf Tagen bis hin zu einem Jahr. Die Überwachung der Limite obliegt dem Bereich Risikocontrolling. Die Auslastung des Szenarios mit der größten Relevanz (Zahlungsfähigkeit) beträgt zum Bilanzstichtag aufgrund der sehr guten Liquiditätsausstattung 11 % (31. Dezember 2016: 20 %). Bei Einbeziehung der Frankfurter Sparkasse ergeben sich 16 %

(31. Dezember 2016: 24 %). Die durchschnittliche Auslastung liegt im Jahr 2017 bei 9 % (2016: 27 %) und spiegelt die sehr gute Liquiditätssituation wider.

Parallel zum internen Modell steuert die Bank die kurzfristige Liquidität entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben der LCR. Die LCR lag 2017 wie auch 2016 stets über der aufsichtsrechtlich relevanten Mindestgröße. Seit 2017 wird bereits die zukünftig gültige Quote von 100 % vollständig erreicht.

Die operative Gelddisposition zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität erfolgt im Geldhandel über Mittelaufnahmen/-anlagen im Geldmarkt (Interbanken- und Kundengeschäft, Commercial Paper) und Offenmarktgeschäfte beziehungsweise Fazilitäten bei der EZB. Die Intraday-Liquiditätsdisposition erfolgt im Bereich Cash Management.

Außerbilanzielle Kredit- und Liquiditätszusagen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Ziehungspotenzials und liquiditätsrelevanter Besonderheiten untersucht und in das Liquiditätsmanagement integriert. Ebenfalls werden Avale (Bürgschaften und Garantien) untersucht. Die zu bevorratende Liquidität wird mittels einer Szenariorechnung, die insbesondere auch eine Marktstörung unterstellt, kalkuliert und vorab disponiert.

Für die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform waren zum Bilanzstichtag 1,5 Mrd. € an Liquiditätszusagen abgerufen. Das ist eine Reduktion um 0,1 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr. Im US-Public-Finance-Geschäft lag zum Bilanzstichtag (unverändert zum Jahresende 2016) kein Liquiditätsabruf aus Stand-by-Linien vor.

In Kreditverträgen, insbesondere von konsolidierten Immobilienobjektgesellschaften, können Kreditklauseln enthalten sein, die zu Ausschüttungsbeschränkungen bis hin zur Kündigung führen können. Selbst wenn in Einzelfällen eine solche Kündigung drohen sollte, besteht für den Konzern kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

Strukturelles Liquiditätsrisiko und Marktliquiditätsrisiko

Der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung steuert über das Zentrale Dispositionssystem (ZDS) die Liquiditätsrisiken des kommerziellen Bankgeschäfts der Helaba, das im Wesentlichen die Kreditgeschäfte einschließlich der zinsvariablen Rollover-Geschäfte, die Wertpapiere des Liquiditätsabsicherungsbestands sowie die mittel- und langfristige Finanzierung umfasst. Die Steuerung des Refinanzierungsrisikos basiert auf Liquiditätsablaufbilanzen, deren Liquiditätsinkongruenzen limitiert sind. Durch eine Diversifikation der Funding-Quellen vermeidet die Bank entstehende Konzentrationsrisiken in der Liquiditätsbeschaffung. Die Quantifizierung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt innerhalb des MaR-Modells für Marktpreisrisiken. Hier wird unter Variation der Haltedauer monatlich eine Szenariorechnung durchgeführt. Das

skalierte MaR impliziert zum 31. Dezember 2017 analog zum 31. Dezember 2016 kein signifikantes Marktliquiditätsrisiko. Außerdem wird die Marktliquidität anhand der Spanne zwischen Geld- und Briefkurs beobachtet.

Mindestens jährlich legt der Vorstand die Risikotoleranz für das Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko fest. Das umfasst die Limitierung des kurzfristigen und strukturellen Liquiditätsrisikos (Refinanzierungsrisiko), die Liquiditätsbevorratung für außerbilanzielle Liquiditätsrisiken sowie die Festlegung der dazugehörigen Modelle und Annahmen. Für etwaige Liquiditätsengpässe wird für alle Standorte ein umfassender Handlungsplan vorgehalten und getestet.

Operationelles Risiko

Steuerungsgrundsätze

Im Einklang mit den regulatorischen Anforderungen verfügt die Helaba über einen integrierten Ansatz für das Management operationeller Risiken. Mit diesem Ansatz werden operationelle Risiken identifiziert, gesteuert und überwacht.

Die Steuerung und Überwachung operationeller Risiken werden in der Helaba disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Demnach sind die einzelnen Bereiche der Helaba dezentral für das Risikomanagement zuständig. Sie werden dabei durch zentrale Steuerungsbereiche unterstützt. Die Überwachung operationeller Risiken ist zentral im Bereich Risikocontrolling angesiedelt.

Instrumentarium

Die Helaba wendet den Standardansatz für die regulatorische Eigenmittelunterlegung an.

Grundlage der Steuerung und der Überwachung operationeller Risiken ist ein Risikomanagementsystem, in dem Risiken und Schadensfälle strukturiert identifiziert, erfasst und dargestellt werden. Dadurch sind ein systematischer Abgleich zwischen Risiken und Schadensfalldaten und ihre Steuerung auf Basis von Maßnahmen möglich.

Die systematische Klassifizierung operationeller Risiken erfolgt auf Basis des selbst entwickelten Risikomodells der Helaba. Das Risikomodell der Helaba basiert auf den Basler Ereigniskategorien, so dass für die interne Risikobetrachtung vollständig auf die aufsichtsrechtliche Risikosicht abgestellt wird. Die Quanti-

fizierungsmethodik fußt auf einem Modellierungsansatz, der interne und externe Schadensfälle sowie von den Geschäftseinheiten erstellte und vom Bereich Risikocontrolling plausibilisierte Risikoszenarien umfasst.

Technisch unterstützt wird das Management operationeller Risiken durch eine webbasierte Anwendung mit dezentralem Datenzugriff und zentraler Datenbank sowie einer zentralen Anwendung für das Risikoberichtswesen.

Zur Vermeidung oder Begrenzung operationeller Risiken dienen neben Versicherungen, die bestimmte Schadensfälle bis zu vereinbarten Höchstgrenzen abdecken, etablierte Maßnahmen in internen Prozessen und sonstigen Abläufen.

Risikoüberwachung

In der Risikoberichterstattung werden die zuständigen Gremien, der Risikoausschuss, der eingerichtete Steuerungskreis Operationelle Risiken und die dezentral für die Risikosteuerung verantwortlichen Bereiche über die Risikosituation, eingetretene Schadensfälle und daraus abgeleitete Steuerungsmaßnahmen informiert.

Das Risikoprofil der Bank wird im Rahmen einer jährlichen Überprüfung aktualisiert. Zur Erstellung des Konzernrisikoprofils werden die Risikoprofile der Tochterunternehmen ergänzt.

Schadensfälle aus schlagend gewordenen operationellen Risiken werden regelmäßig dezentral durch die Fachbereiche in der Helaba gemeldet. Meldungen der Tochterunternehmen über aufgetretene Schadensfälle erfolgen grundsätzlich quartalsweise und ermöglichen die Darstellung der Schadenssituation im Konzern. Ferner wird für Zwecke der internen Steuerung die Schadensfalldatensammlung um externe Schadensfälle aus dem VöB-Datenkonsortium ergänzt.

Quantifizierung

Die Quantifizierung operationeller Risiken erfolgt für die Helaba, die Frankfurter Sparkasse und die Helaba Invest im Rahmen eines internen Modells auf Basis eines Verlustverteilungsansatzes, in den interne und externe Schadensfälle sowie Risikoszenarien zur Ermittlung des unerwarteten Verlusts (ökonomisches Risikopotenzial) einfließen. Dies beinhaltet auch interne Schadensfälle und Risikoszenarien aus operationellen Risiken, die

ursächlich auf Subrisiko-Kategorien, unter anderem Rechts-, Informationssicherheits- und IT-Risiken, zurückzuführen sind. Die nachfolgende Übersicht enthält das Risikoprofil für die Helaba, die Frankfurter Sparkasse und die Helaba Invest sowie für die übrigen in die Einzelrisikosteuerung eingebundenen Unternehmen des Helaba-Konzerns des Jahres 2017:

Operationelle Risiken – Risikoprofil

Ökonomisches Risikopotenzial – Basisszenario

in Mio. €

	Stichtag 31.12.2017	Stichtag 31.12.2016
	VaR 95,0 %	VaR 95,0 %
Einzelinstitut	60	36
Frankfurter Sparkasse, Helaba Invest und übrige Unternehmen der Einzelrisikosteuerung	31	37
Gesamt	91	73

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus operationellen Risiken für den Konzern ein unerwarteter Verlust (ökonomisches Risiko-

potenzial) in Höhe von 91 Mio. € (31. Dezember 2016: 73 Mio. €). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Aktualisierung der Risikoszenarien.

Dokumentationswesen

Das Dokumentationswesen regelt die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie die internen Kontrollverfahren und Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Im Dokumentationswesen wird der definierte Handlungsrahmen durch Regelungen zu Aktivitäten und Prozessen dargestellt.

Für die Erstellung und laufende Aktualisierung der einzelnen Bestandteile des Dokumentationswesens sind in der Helaba klare Zuständigkeiten definiert. Die für die Aktivitäten und Prozesse verantwortlichen Fachbereiche werden bei der Erstellung und Veröffentlichung der Regelungen durch die Abteilung Bankorganisation unterstützt.

Rechtsrisiko

Die Überwachung des Rechtsrisikos gehört zu den Aufgaben des Bereichs Recht. Im Risikoausschuss der Bank ist er mit beratender Stimme vertreten und berichtet über diejenigen Rechtsrisiken, die als laufende oder drohende Gerichtsverfahren der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften quantifizierbar geworden sind.

Wesentliche Vorhaben werden unter rechtlichen Gesichtspunkten mit dem Bereich Recht abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt der Rechtsbereich Muster und Erläuterungen für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen sind die Juristen des Bereichs Recht einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls beim Bereich Recht.

In seiner begleitenden Rechtsberatung gestaltet der Bereich Recht in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bank

die Verträge, allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie sonstigen rechtlich bedeutsamen Erklärungen. Wo rechtliche Texte von dritter Seite vorgelegt werden, ist der Rechtsbereich in ihre Prüfung und Verhandlung eingebunden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen zum Nachteil der Bank eingetreten oder Fehler unterlaufen sind, wirken die Juristen an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Fehler mit. Sie übernehmen die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuern eine etwaige Prozessführung. Dies gilt insbesondere für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen.

Die Berichterstattung des Bereichs Recht über rechtliche Risiken erfolgt durch Vorstandsvorlagen, die Dokumentation der laufenden und drohenden Gerichtsverfahren sowie durch institutionalisierte Abstimmungen mit anderen Bereichen.

Outsourcing-Risiko

Risiken aus Auslagerungen leiten sich unter anderem aus den für die Geschäftsbereiche geltenden Zielen ab und können in jedem Bereich, der eine Auslagerung vorgenommen hat, auftreten. Darüber hinaus sind mit Auslagerungen operationelle Risiken verbunden. Zur Begrenzung der Risiken findet eine Überwachung und Steuerung der Dienstleister sowie deren Leistungserbringung durch die für die Auslagerungen verantwortlichen Stellen in den jeweiligen Bereichen statt. Die Intensität der

Überwachung und Steuerung orientiert sich dabei am Risikogehalt, der dem zuständigen Dezernenten regelmäßig berichtet wird. Der Bereich Organisation (bis 31. Dezember 2017: Organisation und Informatik) hält als zentrale Stelle ein Verzeichnis der Ein- und Auslagerungen vor und führt im Rahmen einer jährlichen Qualitätssicherung die Veränderungen hinsichtlich bestehender Ein- und Auslagerungen zusammen.

Informationssicherheits- und IT-Risiko

Die in der Helaba definierten Strategien und Regeln der Informationssicherheit sind die Basis für ein angemessenes internes Kontrollverfahren und den sicheren Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Das Niveau sowie die Angemessenheit der Informationssicherheit werden im Rahmen des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) kontinuierlich überwacht und angepasst. Zusätzlich werden im Rahmen von Monitoring-Tätigkeiten wesentliche Systeme kontinuierlich überwacht. Auch werden wichtige Prozesse und Verfahren sowie wesentliche Auslagerungen im Rahmen von regelmäßigen Informationssicherheits-Audits überprüft.

Im Rahmen der Anwendungsentwicklung und des IT-Betriebs verbindlich einzuhaltende Informationssicherheits-Richtlinien

(IS-Richtlinien) und Sicherheitskonzepte haben zum Ziel, dass Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Maßnahmen zur Risikominimierung definiert und umgesetzt werden. Diese Dokumente werden kontinuierlich weiterentwickelt. Ferner erfolgt ein aktives Management der IT-Risiken. Die IT-Risiken, wie auch die zugehörigen Sicherheitsmaßnahmen und Kontrollen, werden periodisch und anlassbezogen überprüft, überwacht und gesteuert. Damit sind die drei Aspekte der Informationssicherheit – Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit – in der Bank in angemessener Weise berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Bank zu vermeiden. Darüber hinaus erfolgt für die IS- und IT-Risiken eine regelmäßige Berichterstattung an den Steuerungskreis Operationelle Risiken.

Business Continuity Management

Im Rahmen des Business Continuity Managements haben die Bereiche und Niederlassungen der Helaba für die kritischen Geschäftsprozesse zur Notfallvorsorge Geschäftsfortführungspläne erstellt. Diese Geschäftsfortführungspläne werden regelmäßig aktualisiert, weiterentwickelt und ihre Wirksamkeit mittels Tests und Übungen überprüft. Hierdurch werden sowohl der Wiederanlauf und die Durchführung eines angemessenen Notbetriebs als auch die Rückführung in den Normalbetrieb sichergestellt.

Für die an externe Dienstleister ausgelagerten IT-Dienstleistungen bestehen Vereinbarungen in den jeweiligen Vertragsdokumenten zu präventiven und risikobegrenzenden Maßnahmen. Die dokumentierten Verfahren zur Sicherstellung des Betriebs beziehungsweise der technischen Wiederherstellung der Datenverarbeitung werden regelmäßig gemeinsam mit Fachbereichen der Helaba getestet.

Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Helaba hat, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, das Ziel einer ordnungsmäßigen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Beteiligt am Rechnungslegungsprozess des Helaba-Konzerns sind einzelne Meldestellen, bei denen in sich geschlossene Buchungskreise geführt und lokale (Teil)abschlüsse nach HGB und IFRS erstellt werden. Die Meldestellen der Helaba sind die Bank Inland, die Auslandsniederlassungen, die LBS, die WIBank sowie alle konsolidierten und at Equity bewerteten Gesellschaften oder Teilkonzerne.

Im Bereich Bilanzen und Steuern der Helaba wird aus den Teilabschlüssen der Meldestellen durch Konsolidierung sowohl der Einzelabschluss nach HGB als auch der Konzernabschluss nach IFRS erstellt. Hier werden auch die Abschlussdaten analysiert, aufbereitet und an den Vorstand kommuniziert.

Komponenten des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, sind

- Kontrollumfeld,
- Risikoeinschätzung,
- Kontrollen und Abstimmungen,
- Überwachung der Kontrollen und Abstimmungen,
- Verfahrensdokumentation und
- Ergebniskommunikation.

Das Kontrollumfeld der Helaba im Rechnungslegungsprozess umfasst unter anderem eine sachgerechte Ausstattung der beteiligten Bereiche, insbesondere des Bereichs Bilanzen und Steuern, mit qualifiziertem Personal. Durch eine regelmäßige Kommunikation wird sichergestellt, dass den einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zeitnah und vollständig vorliegen. Trotz aller Kontrollen aufgetretene Fehler werden im Rahmen eines definierten Prozesses angesprochen und korrigiert. Die im Rechnungslegungsprozess genutzte IT-Systemlandschaft unterliegt Strategien und Regeln der IT-Sicherheit, die eine Einhaltung der

Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) beziehungsweise Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD) gewährleisten.

Bei der Einschätzung von Risiken im Rechnungslegungsprozess stellt die Helaba primär auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines potenziellen Fehlers ab. Daneben spielt auch eine Einschätzung der Auswirkung auf die Abschlusssausagen eine Rolle, sollte das Risiko schlagend werden (Vollständigkeit, Richtigkeit, Ausweis etc.).

Die zahlreichen Kontrollen und Abstimmungen sind darauf ausgelegt, die Risiken im Rechnungslegungsprozess zu minimieren. Neben Kontrollmaßnahmen wie dem Vier-Augen-Prinzip, mit denen die Richtigkeit manueller Tätigkeiten wie Dateneingaben oder Berechnungen sichergestellt wird, sind umfangreiche IT-unterstützte Kontrollen und Abstimmungen im Einsatz. Damit werden unter anderem Nebenbuch-/Hauptbuchabstimmungen oder HGB-/IFRS-Konsistenzprüfungen durchgeführt. Statistische Auswertungen zu den Abstimmungen sowie Reviews einzelner Validierungsmaßnahmen dienen zur Überwachung der Kontroll- und Abstimmverfahren. Der Bereich interne Revision ist Teil der Kontrollverfahren und führt regelmäßig Prüfungen zur Rechnungslegung durch.

Die Vorgehensweise in der Rechnungslegung ist in mehreren, sich ergänzenden Dokumentationsformen geregelt. In Bilanzierungshandbüchern für HGB und IFRS werden Vorgaben zu den anzuwendenden Methoden der Rechnungslegung gemacht. Auch konzernrechnungslegungsbezogene Vorgaben, die insbesondere von der Konzernmutter und den einbezogenen Teilkonzernen zu beachten sind, sind hier geregelt. Der Regelungsumfang umfasst neben den konzerneinheitlichen Vorschriften zu Ansatz, Bewertung, Ausweis- und Angabepflichten auch organisatorische Aspekte und den Erstellungsprozess. Von den einzelnen Meldestellen werden in eigener Verantwortung und in abgestuftem Detaillierungsgrad Vorgaben zum Vorgehen bei der

eigenen Erstellung der Abschlüsse in den einzelnen Prozessen und Teilprozessen gemacht. Bilanzierungshandbücher und Arbeitsanweisungen sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über das Intranet der Bank jederzeit verfügbar.

Die Ergebnisse der Finanzberichterstattung, das heißt die ermittelten Abschlusszahlen, werden im Bereich Bilanzen und Steuern analytischen Prüfungshandlungen unterzogen. Dazu wird die Entwicklung der Zahlen während des Jahres auf Plausi-

bilität geprüft. Darüber hinaus werden die Abschlusszahlen mit Planungen, Erwartungen sowie Hochrechnungen auf Basis des Geschäftsverlaufs abgeglichen. Schließlich werden die Zahlen auf ihre Konsistenz mit anderen, unabhängig im Haus erzeugten Auswertungen geprüft. Hierzu sind für jede Meldestelle und für jede Notes-Angabe auf Konzernebene Verantwortliche und deren Stellvertreter festgelegt. Nach dieser Voranalyse und Validierung werden die Zahlen regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

Stuerrisiken

Die Bank hat im Berichtsjahr ein Tax Compliance Management System (TCMS) eingerichtet. Dieses wurde zum 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt. Das TCMS wurde unter Berücksichtigung von rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Grundsätzen konzipiert und fokussiert auf die Einhaltung steuerlicher Vorschriften und die Vermeidung von Steuerrisiken. Ein wesentlicher Baustein des TCMS ist die Identifikation, Steuerung und Überwachung der steuerlichen Risiken. In den operativen Geschäftsprozessen der Bank sind Aufgaben, Abläufe und Kontrollvorgaben unter Risikoaspekten geordnet.

Die übergeordneten Rahmenbedingungen sind in der Steuerstrategie der Helaba niedergelegt, welche künftig ein Bestandteil der Geschäftsstrategie ist. Zur Einhaltung der Vorgaben aus der

Steuerstrategie im operativen Geschäftsbetrieb sind alle Bereiche verpflichtet. Die Überwachung der Steuerrisiken im Geschäftsbetrieb der Helaba ist Aufgabe der Abteilung Steuern und erfolgt durch einen zentralen Tax Risk Manager im Zusammenspiel mit Tax-Compliance-Koordinatoren der Fachbereiche.

Die Abteilung Steuern ist zuständig für das steuerliche Anweisungswesen, das auch die übergreifenden Kontrollvorgaben regelt. Die Umsetzung der Kontrollvorgaben und abgeleiteten Verbesserungsmaßnahmen obliegt den Fachbereichen.

Eine regelmäßige Berichterstattung über steuerliche Risiken ist eingerichtet.

Sonstige Risikoarten

Geschäftsrisiko

Die Risikosteuerung der Geschäftsrisiken umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand beschlossenen Risikostrategie und vorgegebenen Limite bewusst einzugehen, zu verringern, zu begrenzen oder zu vermeiden. Die operative und strategische Risikosteuerung wird durch die Marktbereiche der Bank und die Geschäftsführung der jeweiligen Beteiligungen vorgenommen. Der

Bereich Risikocontrolling quantifiziert die Geschäftsrisiken für die Zwecke der Risikotragfähigkeitsrechnung und analysiert deren Entwicklung.

Zum 31. Dezember 2017 sind die Geschäftsrisiken gegenüber dem Jahresende 2016 um 8 Mio. € auf 150 Mio. € zurückgegangen (31. Dezember 2016: 158 Mio. €).

Immobilienrisiko

Die Risikosteuerung der Immobilienprojektierungen und Immobilienbestände wird durch den Bereich Immobilienmanagement gemeinsam mit den gruppenangehörigen Unternehmen übernommen. Die Risikosteuerung umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand beschlossenen Risikostrategie und vorgegebenen Limite bewusst einzugehen, zu verringern, zu begrenzen oder zu vermeiden. Der Bereich Risikocontrolling übernimmt schwerpunktmäßig die Risikoquantifizierung und die Risikoüberwa-

chung von Immobilienrisiken. Die Risikoquantifizierung ermittelt die notwendigen Kapitalbedarfe zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit.

Die Risiken aus Immobilienprojekten und Immobilienbeständen sind in 2017 bedingt durch Portfoliozuwachs auf 48 Mio. € (31. Dezember 2016: 31 Mio. €) angestiegen. Die Risiken sind unverändert vollständig durch die erwarteten Erträge aus diesen Geschäften abgedeckt.

Zusammenfassung

Für die Helaba ist das kontrollierte Eingehen von Risiken integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Grundlage hierfür ist ein umfassendes System zur Risikoidentifikation, -quantifizierung, -steuerung und -überwachung. Die verwendeten Methoden und Systeme, die sich bereits auf hohem Niveau befinden und sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen

Anforderungen genügen, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind so ausgestaltet, dass die Umsetzung der festgelegten Risikostrategie gewährleistet ist. Insgesamt verfügt die Helaba über wirksame und erprobte Methoden und Systeme zur Beherrschung der eingegangenen Risiken.

Nichtfinanzielle Erklärung

Die nachfolgende nichtfinanzielle Erklärung entspricht der nichtfinanziellen Erklärung des Konzernlageberichts.

Die Helaba ist gemäß dem „Gesetz zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten“ (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz) erstmals für das Geschäftsjahr 2017 dazu verpflichtet, eine nichtfinanzielle Erklärung aufzustellen (§ 340a Abs. 1a HGB). Dieser Verpflichtung kommt die Helaba in dieser nichtfinanziellen Erklärung für den Konzern (NfE) gemäß § 340i Abs. 5 HGB nach, in der die wesentlichen Auswirkungen der Geschäftstätigkeit auf die nichtfinanziellen Aspekte Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, Achtung der Menschenrechte sowie die Bekämpfung von Korruption und Bestechung (§ 289c Abs. 2 HGB) dargestellt werden.

Die dargestellten Konzepte gelten hierbei grundsätzlich für den Konzern. Im Falle von Abweichungen von diesem Grundsatz wird hierauf im Text hingewiesen. Die Frankfurter Sparkasse ist konsolidiert dargestellt; wesentliche Merkmale werden an relevanten Stellen gesondert ausgewiesen.

Geschäftsmodell

Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag prägen neben finanziellen Aspekten auch nichtfinanzielle Aspekte das Selbstverständnis der Helaba. Das Geschäftsmodell ist langfristig orientiert und hat eine regionale Verankerung. Die Helaba ist im gesamten Bundesgebiet sowie in ausgewählten internationalen Märkten aktiv. Ein konservatives Risikoprofil, die starke Verzahnung mit der Realwirtschaft und die Integration in den Sparkassenverbund kennzeichnen diese Ausrichtung. Das Geschäftsmodell der Helaba ist umfassend im Kapitel „Grundlagen des Konzerns“ beschrieben.

Um negative Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft sowie Reputationsrisiken für die Helaba zu minimieren, hat die Helaba in 2014 für den gesamten Konzern geltende Nachhaltigkeitsleit-

Die Helaba nutzt bei der Erstellung der NfE den Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) und die dort verwendeten Indikatoren der Global Reporting Initiative (GRI). Die NfE stellt einen Ausschnitt der DNK-Entsprechenserklärung der Helaba dar. Im Internet berichtet die Helaba umfassend über ihr Nachhaltigkeitsprogramm (nachhaltigkeit.helaba.de). Dort ist auch die Entsprechenserklärung gemäß DNK verfügbar.

Im Geschäftsjahr und zum Berichtszeitpunkt sind unter Berücksichtigung des Risikomanagementprozesses der Helaba (Nettomethode) keine wesentlichen Risiken erkennbar, die sehr wahrscheinlich schwerwiegende negative Auswirkungen auf die oben genannten Aspekte haben beziehungsweise haben werden.

Die Aussagen der NfE wurden einer freiwilligen externen betriebswirtschaftlichen Prüfung nach ISAE 3000 (Revised) mit begrenzter Sicherheit durch den Abschlussprüfer unterzogen. Verweise auf Angaben außerhalb des Lageberichts sind weiterführende Informationen und nicht Bestandteil der NfE oder des Lageberichts.

sätze formuliert, die vom Vorstand beschlossene Verhaltensmaßstäbe für die Bereiche Geschäftstätigkeit, Geschäftsbetrieb, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und gesellschaftliches Engagement enthalten. Damit wird der am Gemeinwohl orientierte öffentliche Auftrag der Helaba, wie er im Staatsvertrag über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen sowie in der öffentlich-rechtlichen Satzung der Helaba verankert ist, konkretisiert.

Des Weiteren hat sich die Helaba im Jahr 2017 zu den zehn Prinzipien des UN Global Compact bekannt. Sie erkennt damit internationale Standards für Umweltschutz, Menschen- und Arbeitnehmerrechte sowie die Bekämpfung von Korruption an.

Auswirkungen der Geschäftstätigkeit auf die Aspekte Umwelt und Soziales

Durch ihre Geschäftstätigkeit als Kreditinstitut, durch die Wohnungsbestände der Tochtergesellschaft GWH im Bereich der Immobilienwirtschaft sowie im Bereich Privatkundengeschäft durch die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse ergeben sich Auswirkungen auf die Aspekte Umwelt und Soziales. Durch ihren Geschäftsbetrieb in Bürogebäuden und der Betriebsökologie sieht die Helaba keine wesentlichen Auswirkungen auf die

Umwelt. So ist beispielsweise der MAIN TOWER, das Hauptgebäude der Helaba, seit 2011 nach den Standards von Leadership in Energy and Environmental Design (LEED) als nachhaltiges Gebäude zertifiziert und seit 2016 nach Energieeffizienzmaßnahmen mit der höchsten Kategorie Platin ausgezeichnet. Betriebliche Umweltindikatoren werden regelmäßig erhoben und auf der Website der Helaba transparent gemacht.

Kreditfinanzierungen

Das Kreditgeschäft stellt das Kerngeschäft der Helaba dar. Grundsätzlich besteht damit das Risiko, dass von der Helaba finanzierte Unternehmen oder Projekte negative Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft verursachen.

Um diese negativen Auswirkungen aus den Finanzierungen zu minimieren, hat die Helaba 2017 Nachhaltigkeitskriterien und Ausschlussbedingungen für die Kreditvergabe entwickelt, die in den bestehenden Risikoprozess und die Risikosteuerung integriert wurden und ab dem Geschäftsjahr 2018 konzernweit gelten.

Entsprechend wurde in der Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiko festgelegt, dass die wesentliche Finanzierung von Vorhaben, die schwere Umweltschäden oder schwere soziale Schäden hervorrufen, ausgeschlossen ist. Dies umfasst insbesondere Menschenrechtsverletzungen, die Zerstörung von Kulturgütern, die Verletzung von Arbeitnehmerrechten und Umweltschädigungen.

Diese übergreifenden Grundsätze der Kreditvergaberichtlinien werden durch sektorspezifische Leitlinien ergänzt, die für Sektoren mit erhöhtem Risiko gelten. Spezifische Kriterien wurden für die Sektoren Energiewirtschaft, Kohlekraftwerke, Staudämme

und Wasserkraftwerke, Atomkraftwerke, Bergbau, Öl- und Gasförderung, Land- und Forstwirtschaft, Zellstoff- und Papierindustrie sowie für den Rüstungssektor verabschiedet. So hat die Helaba entschieden, das derzeitige Engagement im Bereich Kohlekraftwerke und Kraftwerkskohle schrittweise zurückzufahren. Gleichzeitig erhöht sie durch gezielte Finanzierung von energieeffizienten und umweltfreundlichen Technologien sowie erneuerbaren Energien ihren positiven Einfluss auf die Energiewende. Die sektorspezifischen Leitlinien werden auf der Website der Helaba ausgewiesen und sind somit auch für die Marktteilnehmer einsehbar.

Die Risikostrategien der Helaba werden jährlich überprüft und Anpassungen oder Ausweitungen von Nachhaltigkeitskriterien bei Bedarf eingeführt. Die Steuerung des Adressenausfallrisikos ist in das bankweite Risikomanagement integriert. Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie, die nach Maßgabe der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) verbindlich festgelegt wurde. Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig (siehe Risikobericht).

Versorgung mit Finanzdienstleistungen

Im Helaba-Konzern werden Privatkunden primär durch die Frankfurter Sparkasse betreut. Gemäß ihrer Satzung hat die Frankfurter Sparkasse die Aufgabe, das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs zu dienen. Als regionaler Marktführer im Privatkundengeschäft hat sie einen wesentlichen Einfluss auf die Versorgung mit Finanzdienstleistungen in ihrem Geschäftsgebiet. Durch ihre breite Präsenz mit 77 Filialen und Beratungszentren sowie über 20 Selbstbedienungsstellen und über 120 Geldautomaten nimmt die Frankfurter Sparkasse Verantwortung für den Zugang zu Finanzdienstleistungen wahr und wird ihrem öffentlichen Auftrag gerecht.

Die Frankfurter Sparkasse begreift finanzielle Inklusion als wesentliche Komponente ihres öffentlichen Auftrags. Um allen Bevölkerungsgruppen, insbesondere sozial benachteiligten und wirtschaftlich schwachen Kundengruppen, Zugang zu Bankdienstleistungen zu gewährleisten, bietet die Frankfurter Sparkasse Basiskonten in mehreren Varianten an. Zum 31. Dezember 2017 werden 1.033 Basiskonten geführt. Blinden und sehbehinderten Menschen erleichtert die Frankfurter Sparkasse den Zugang zu ihren Services, indem die stationären Filialen jeweils über mindestens einen Bargeldautomaten mit einem Kopfhöreranschluss verfügen. Auch die Internetfiliale ist seit Ende 2016 vollständig barrierefrei.

Als Retail-Anbieter verfolgt die Frankfurter Sparkasse eine konsequent am Kunden orientierte Geschäftspolitik. Regelmäßige Schulungen zur Vertriebsphilosophie der Sparkassen-Finanzgruppe sowie zur Umsetzung von Richtlinien und Gesetzen mit Verbraucherorientierung und gezielte Anreize sind die Basis dieser Geschäftspolitik. Um eine hohe Beratungsqualität zu gewährleisten, werden zum Beispiel Kundenberater der Frankfurter

Sparkasse zu 50 % an qualitativen Zielen gemessen. Ergänzend wird die Kundenzufriedenheit im Rahmen des Sparkassen-Verbundkonzepts in Hessen-Thüringen regelmäßig gemessen und wird in den Verbundgremien darüber berichtet. Innerhalb der Verbundstrategie werden aus den Ergebnissen Zielvorgaben abgeleitet.

Immobilienwirtschaft

Die GWH Immobilien Holding GmbH übt mit ihren rund 50.000 vermieteten und verwalteten Wohnungen im Bereich der Immobilienwirtschaft einen bedeutenden Einfluss auf Umwelt und Gesellschaft aus. Sie verfolgt damit das Ziel, für breite Bevölkerungsschichten hochwertigen und bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen und die negativen Auswirkungen von Immobilien auf die Umwelt zu senken. Insbesondere in den Ballungszentren des Rhein-Main-Gebiets und der Rhein-Neckar-Region besteht das Risiko von Wohnungsmangel. Durch gezielte Investitionen, Neubauprojekte und Anlaufstellen vor Ort ist die GWH bemüht, hochwertigen Wohnraum zu schaffen und ein nachhaltiges Verhältnis zu ihren Mietern zu erhalten.

Aus ökologischer Perspektive hat die GWH Prozesse zur fortlaufenden Optimierung der Energie- und CO₂-Bilanz ihrer Wohngebäude implementiert. Sie investiert zum Beispiel kontinuierlich in Dämmung und Fenstererneuerung der Bestandswohnungen und versorgt mit dem eigenen Energiedienstleister Systemo GmbH einen steigenden Anteil ihrer Wohnungen mit Heizenergie aus energieeffizienter Kraft-Wärme-Kopplung und regenerativen Quellen. Den Erfolg der Maßnahmen kontrolliert sie regelmäßig durch Messungen der dadurch erzielten Einsparungen von CO₂-Emissionen. In 2016 konnte der Gesamtenergie-

verbrauch von 498.577 MWh durch Wärmedämmmaßnahmen und Heizungsmodernisierungen um rund 1,4 % gesenkt werden, wodurch 1.374 Tonnen CO₂ eingespart wurden.

Neben den ökologischen Auswirkungen sind auch die sozialen Aspekte der vermieteten und verwalteten Wohnungen von Bedeutung für Mieter und Gesellschaft. Die GWH engagiert sich unter anderem in Großsiedlungen mit besonderem soziokulturellem Profil. Ein Viertel der Wohnungen der GWH gehört zum mietpreisgebundenen (sozial geförderten) Wohnungsbestand, ein Fünftel der Wohnungen befindet sich in Vierteln mit sozialem Quartiersmanagement. Ziel des sozialen Quartiersmanagements ist es, mit zahlreichen Maßnahmen die Lebens- und Wohnqualität der Bewohner zu verbessern und für sozialen Ausgleich zu sorgen. So stellt die GWH beispielsweise Räumlichkeiten für gesellschaftliche Zwecke wie für die Hausaufgaben- und Jugendbetreuung sowie für Begegnungszentren bereit. In Wohnsiedlungen schafft die GWH soziale Anlaufstellen oder engagiert Sozialarbeiter als Ansprechpartner. Die Nachfrage nach Wohnraum bedient die GWH mit einem kontinuierlichen Neubau von Wohnungen. So wurden in 2017 275 Mietwohnungen und 83 Eigentumswohnungen beziehungsweise Eigenheime fertiggestellt.

Bekämpfung von Korruption und Bestechung

Die konsequente Einhaltung von Vorschriften und Gesetzen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene gehört zum Grundverständnis der Helaba. Das Risiko, dass rechtliche Bestimmungen verletzt werden, wird als Rechtsrisiko angesehen und im Rahmen des operationellen Risikos gesteuert (siehe Risikobericht).

Für die Helaba ist in diesem Kontext aufgrund der Natur des Bankgeschäfts die Verhinderung von wirtschaftskriminellem Handeln durch das präventiv ausgerichtete Compliance Management (zum Beispiel Betrug, Korruption und Bestechung) von zentraler Bedeutung. Sie hat unter anderem die unabhängigen und unmittelbar dem Vorstand unterstellten Funktionen der Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung eingerichtet. Diese entwickelt als zentrale Stelle im Sinne des § 25h KWG interne Grund-

sätze sowie angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Das Compliance Management der Frankfurter Sparkasse ist in diesen Prozess eng eingebunden und erfüllt die konzernweiten Vorgaben.

Mit dem Beitritt zum UN Global Compact in 2017 bekräftigt die Helaba, dass sie gegen alle Arten der Korruption, einschließlich Erpressung und Bestechung, eintritt.

Jede Form von Bestechung und Bestechlichkeit ist in der Helaba verboten. Dies ist im Verhaltenskodex ausgeführt, der als übergeordnete Leitlinie und Orientierungsrahmen für alle Beschäftig-

ten fungiert. Im Anweisungswesen sind verbindliche Regelungen unter anderem für den Umgang mit Zuwendungen sowie zur Aufklärung von Verdachtsmomenten von wirtschaftskriminellen Handlungen niedergelegt. Darüber hinaus stellt die Betriebsordnung der Helaba zum Umgang mit Geschenken sicher, dass geschäftliche Entscheidungen objektiv, transparent und auf Basis nachvollziehbarer Sachargumente getroffen werden. Die Betriebsordnung soll Hilfestellungen geben, Genehmigungspflichten normieren und einen transparenten Umgang gewährleisten. Im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Vorgaben finden regelmäßig

Schulungsveranstaltungen statt, zu deren Teilnahme alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verpflichtet sind.

Das Hinweisgebersystem (Whistleblowing-System) ermöglicht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mögliche unrechtmäßige Vorgänge zu melden. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können sich unter Wahrung der Vertraulichkeit ihrer Identität oder anonym an eine externe Ombudsperson wenden. In der Frankfurter Sparkasse ist ein eigenes System etabliert. Der Helaba sind in 2017 keine Korruptionsverfahren bekannt gegeben worden.

Arbeitnehmerbelange

Das Wissen und die Erfahrungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind für die Helaba als Kreditinstitut im Finanzdienstleistungssektor von wesentlicher Bedeutung für den langfristigen Erfolg. 95 % der rund 6.100 Beschäftigten des Helaba-Konzerns arbeiten in Deutschland. Entsprechende Vorschriften zu Arbeitsrecht und Arbeitsschutz finden Anwendung und werden durch fest etablierte Prozesse sichergestellt.

Mitwirkung und Anhörung vor allem im organisatorischen, personellen und sozialen Bereich.

Wie im Hessischen Personalvertretungsgesetz vorgesehen, vertritt der Personalrat die Interessen der Beschäftigten und überwacht die Einhaltung der Vorschriften zu deren Schutz. Als Vertretungsorgan ist er der erste Ansprechpartner der Geschäftsleitung in allen Arbeitnehmerbelangen. Der Gesamtpersonalrat der Helaba wird ergänzt durch Personalvertretungen an einzelnen Standorten und bei der Frankfurter Sparkasse sowie durch die Jugendauszubildenden- und die Schwerbehindertenvertretung. Die Beteiligung des Personalrats in der Helaba erfolgt durch Mitbestimmung,

In der Vergütungsstrategie und den Vergütungsgrundsätzen hat die Helaba den Zusammenhang zwischen Geschäftsstrategie, Risikostrategie und der Vergütung festgelegt. Für rund 62 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Helaba-Konzerns ist die Vergütung tariflich geregelt, davon für über 80 % nach dem Tarifvertrag für öffentliche Banken. 96,7 % der Beschäftigten haben einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Die Vergütungssysteme für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und den Vorstand von Helaba und Frankfurter Sparkasse erfüllen die Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung und werden in Form eines eigenständigen Berichts (Vergütungsbericht gemäß § 16 Institutsvergütungsverordnung) jährlich auf der Website der Helaba veröffentlicht.

Arbeitgebermarke und Mitarbeiterbindung

Als Anbieter von spezialisierten Finanzdienstleistungen verfolgt die Helaba das Ziel, stets geeignete und hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen und langfristig an die Helaba zu binden. Der demografische Wandel stellt die Helaba vor die Herausforderung, potenzialstarke Nachwuchskräfte zu gewinnen und zu binden. Darüber hinaus stellen die anhaltenden regulatorischen Entwicklungen im Bankenumfeld sowie die fortschreitende Digitalisierung die Helaba vor veränderte Anforderungen, um vor allem für eine junge Zielgruppe von Arbeitnehmern attraktiv zu bleiben und auf sich verändernde beziehungsweise neue Kompetenzanforderungen zu reagieren.

rungskraft und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Mitarbeitergespräch ist ein zentrales Führungsinstrument und Kernelement der Personalentwicklung, um Wertschätzung für die geleistete Arbeit auszudrücken und Hilfestellung bei Veränderungsbedarf anzubieten. Führungskräfte sollen über die Vereinbarung von Zielen ein möglichst hohes Maß an Transparenz über Aufgaben und Leistungserwartungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herstellen und das vertrauensvolle Miteinander fördern.

Kompetenzanforderungen an einen Stelleninhaber werden über Anforderungsprofile definiert. Die vor diesem Hintergrund zu erbringenden Zielsetzungen und auch Leistungsbewertungen sind Teil des jährlichen Mitarbeitergesprächs zwischen Füh-

Um die Attraktivität als Arbeitgeber langfristig zu stärken, hat die Helaba als erste Maßnahme im Verlauf des Jahres 2016 eine bankweite Mitarbeiterbefragung durchgeführt, an der rund 83 % der Beschäftigten teilgenommen haben. Die Ergebnisse mündeten 2017 in einen unternehmenskulturellen Transformationsprozess unter dem Titel „move Helaba“. Als Teil des Transformationsprozesses wurden Mitarbeiterworkshops zu den Themen

Wertschätzung und Führung, Kommunikations- und Diskussionskultur, Zusammenarbeit und Prozesse sowie Kundenorientierung/Leistungsfähigkeit durchgeführt. Dieser Prozess wird auch in 2018 fortgesetzt.

Die Frankfurter Sparkasse führte in 2016 ebenfalls eine Mitarbeiterbefragung durch. Anhand der Ergebnisse wurden in mehrstufigen Workshops unter Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Verbesserungsvorschläge für die interne Zusammenarbeit entworfen und im Austausch mit Führungskräften in 2017 weiterentwickelt. Die Ergebnisse des Prozesses und die daraus abgeleiteten Erkenntnisse flossen in die anschließende Trainingsreihe „FührungsTriathlon“ sowie die Vortragsreihe „FührungsImpulz“ ein.

Ein betriebliches Angebot zur Aus- und Weiterbildung gewährleistet die Beschäftigungsfähigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bis ins Rentenalter und erhöht die Arbeitgeberattraktivität. Die Helaba investierte deshalb in 2017 wie auch im Vorjahr 5 Mio. € gezielt in die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das bedarfsgerecht aufgestellte Angebot an Seminaren zur fachlichen, persönlichen, sozialen und metho-

dischen Entwicklung hilft Führungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der alltäglichen Arbeit. Ergänzt wird dieses Angebot durch Fremdsprachentrainings, themenspezifische Angebote externer Seminaranbieter sowie betriebswirtschaftliche Studiengänge. Durch ein eigenständiges Traineeprogramm sollen junge Nachwuchskräfte gewonnen werden. In einem 18-monatigen Programm werden die Grundlagen für die spätere Entwicklung als Spezialisten oder Führungskräfte innerhalb einer vorab definierten Wertschöpfungskette gelegt.

Die Helaba legt besonderen Wert auf die stärkere Förderung von Frauen sowie auf die Entwicklung altersdifferenzierter Personalinstrumente. Um die Potenziale aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszuschöpfen und langfristige Perspektiven im Konzern zu eröffnen, sind die Frauenförderung und altersdifferenzierte Personalinstrumente von zentraler Bedeutung. Ein Arbeitskreis „Diversity“ mit Vertretern des Personalrats und des Bereichs Personal wird Konzepte der Frauenförderung und einer stärker lebenszyklusorientierten Personalarbeit diskutieren und auf den Weg bringen. Operativ wurden bereits gute Erfahrungen mit einem Cross-Mentoring-Programm gemacht.

Kennzahlen für Vielfalt der Beschäftigten der Helaba

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Deutschland und Schweiz (Personen)	5.921	5.897	5.961
Anteil Frauen	47,8 %	47,5 %	47,6 %
Anteil weiblicher Führungskräfte	22,0 %	19,6 %	17,7 %
Anteil weiblicher Vorstandsmitglieder (Helaba-Einzelinstitut)	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Anteil weiblicher Verwaltungsratsmitglieder (Helaba-Einzelinstitut)	22,2 %	22,2 %	22,2 %
Anteil Alter > 50	42,3 %	39,5 %	39,3 %
Anteil Alter 30–50	50,3 %	52,3 %	52,9 %
Anteil Alter < 30	7,4 %	8,2 %	7,8 %
Anteil Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Behinderung	5,6 %	5,8 %	6,1 %

Das betriebliche Gesundheitsmanagement der Helaba hat neben der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben zum Arbeitsschutz den Fokus auf der Gesundheitsförderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Rahmen von Veranstaltungen, Vorträgen und Seminaren können sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rund um die Themen Ernährung, Bewegung, Risikoversorge und mentale Balance/Entspannung regelmäßig informieren und Angebote wahrnehmen. Für die körperliche Fitness steht das Betriebssportprogramm mit zahlreichen Angeboten zur Verfügung. Neben der körperlichen ist auch die psychische Gesundheit von zentraler Bedeutung. Mit dem Sozialservice (beziehungsweise Sozialreferat

bei der Frankfurter Sparkasse) steht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich in schwierigen Berufs- oder Lebenssituationen befinden, eine kompetente Beratungsstelle zur Verfügung.

Insgesamt weisen eine geringe Fluktuationsrate von 2,0 % (durch den Arbeitnehmer veranlasst), die Dauer der durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 15,3 Jahren und ein niedriger Krankenstand von 4,3 % (krankheitsbedingter Ausfall mit ärztlichem Attest) auf eine hohe Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hin.

Achtung der Menschenrechte

Für die Helaba gelten die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) national und international als übergreifende Prinzipien für alle Geschäftsaktivitäten. Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag sieht die Helaba keine wesentlichen Auswirkungen auf den Aspekt Menschenrechte und betrachtet daher diesen Aspekt als nicht berichtspflichtig. Aus Sicht der Helaba entstehen weder aus dem Geschäftsmodell noch aus den Produkten wesentliche Risiken für die Wahrung der Menschenrechte.

Um dennoch insbesondere mögliche indirekte Auswirkungen der Geschäftstätigkeit auf Menschenrechte in Form von Kreditfinanzierungen zu minimieren, wurden entsprechende Kriterien in den Kreditvergabeprozess aufgenommen (siehe Kreditfinanzierun-

gen). Ihren Anspruch zum Schutz der Menschenrechte hat die Helaba in 2017 außerdem durch den Beitritt zum UN Global Compact bekräftigt, dessen zehn Prinzipien unter anderem auch den Schutz von Menschenrechten umfassen.

In Bezug auf die Lieferkette der Helaba bestehen ebenfalls keine wesentlichen Auswirkungen auf Menschenrechte. Um dennoch mögliche Auswirkungen zu minimieren, achtet die Helaba bei der Auswahl von Lieferanten darauf, dass diese sich zur Achtung der Menschenrechte bekennen. Bei der Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen (Outsourcing) verfolgt die Helaba einen risikobasierten Ansatz. Die Risiken werden unter anderem dadurch reduziert, dass die Helaba nur an Anbieter auslagert, die eine nachhaltige Geschäftspolitik anhand verbindlicher Verhaltenskodizes und Selbstverpflichtungen betreiben.

Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit nach § 21 Entgelttransparenzgesetz (EntgTranspG)

Am 6. Juli 2017 ist das Gesetz zur Förderung der Entgelttransparenz zwischen Frauen und Männern in Kraft getreten. Nach dem neuen Gesetz müssen Unternehmen mit in der Regel mehr als 500 Beschäftigten, die zur Aufstellung eines Lageberichts verpflichtet sind, einen „Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit“ (so genannten Entgeltbericht) aufstellen.

Die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale („Helaba“) hat einen Entgeltbericht im Sinne des § 21 Abs. 1 EntgTranspG zu erstellen. Der Entgeltbericht ist erstmals im Kalenderjahr 2018 zu veröffentlichen, der jedoch – zu Beginn der Berichtserstellungspflicht – nur das Kalenderjahr 2016 umfasst. Der vorliegende Entgeltbericht der Helaba wird dem Lagebericht zum 31. Dezember 2017 als Anlage beigefügt.

In dem Entgeltbericht sind zum einen (i) bestimmte Maßnahmen der Helaba zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und

Männern und (ii) zur Einhaltung und Förderung von Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern, zum anderen (iii) bestimmte statistische Angaben zur Zahl der Beschäftigten, aufgeschlüsselt nach Frauen und Männern anzugeben.

Die Helaba ist eine Universalbank mit starkem regionalem Fokus sowie einer langfristigen und nachhaltigen Ausrichtung auf die Bedürfnisse ihrer Kunden. Als Anstalt öffentlichen Rechts ist sich die Helaba ihrer sozialpolitischen und gesellschaftlichen Verantwortung als Arbeitgeber bewusst und fördert eine vorurteils- und diskriminierungsfreie Unternehmenskultur, die von Respekt und Wertschätzung allen Beschäftigten gegenüber geprägt ist. Als bedeutendes Institut fällt die Helaba außerdem unter die Vergütungsregeln des Kreditwesengesetz sowie der Institutsvergütungsverordnung und hat schon aus diesem Grund transparente und nachvollziehbare Vergütungssysteme zu implementieren.

1. Maßnahmen der Helaba zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und deren Wirkung

Bei der Umsetzung des Themas Diversity ist es der Helaba ein besonders großes Anliegen, eine Unternehmenskultur sowie daraus abgeleitete Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Frauen und Männer in der Bank die gleichen Chancen erhalten, sich funktional zu entwickeln.

Mit einem Anstieg von Frauen in Führungsfunktionen auf Bereichsleitererebene von insgesamt 1,8 % sowie auf Gruppenleitererebene von insgesamt 1,7 % innerhalb des Jahres 2016 kann die Helaba bereits erste Erfolge bei der nachhaltigen Umsetzung des Themas Diversity verzeichnen.

Um die Rahmenbedingungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf kontinuierlich zu verbessern hat die Helaba insbesondere

- das Angebot von Kinderbetreuungsplätzen bis sechs Jahre und die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Elder Care etabliert,

- den Ausbau flexibler Arbeitsformen (neben der bereits vorhandenen Telearbeit) vorangetrieben und
- das aktive Führen in Teilzeit unterstützt.

Um dafür zu sorgen, dass auch ausreichend weibliche Bewerbungen für höherwertige Stellen (insbesondere Führungskräftepositionen) zur Verfügung stehen, möchten die Helaba früh die Potenzialentfaltung und -entwicklung von Frauen vorantreiben und plant zukünftig unter anderem

- regelmäßig stattfindende Entwicklungsdialoge mit vorausschauend geplanten Entwicklungswegen; dabei achtet die Helaba auf gendergerechte Potenzial- und Entwicklungsmeldungen sowie Prozesse zu Stellenbesetzungen sowie
- stärkeres „Sichtbarwerden“ von Frauen über Projektaufgaben.

2. Maßnahmen der Helaba zur Herstellung von Entgeltgleichheit für Frauen und Männer

Zur Herstellung von Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern existieren in der Helaba bereits bei der Festlegung eines Gehaltes, zum Beispiel bei erstmaliger Aufnahme einer

Tätigkeit in der Helaba oder auch bei einer beruflichen Veränderung innerhalb der Bank, die eine Veränderung des Gehaltes zur Folge haben können, Maßnahmen und Vorgehensweise, die auf

eine gleiche Entgeltfindung zwischen Frauen und Männern einzahlen.

Bei der Gehaltsfestsetzung wird in der Helaba zunächst einmal – geschlechtsneutral – danach unterschieden, ob es sich bei der/dem Beschäftigten um einen Tarif- oder AT-Mitarbeiter handelt.

a) Materielle Grundlagen bei der Gehaltsfestsetzung von Tarif-Beschäftigten

Die Festlegung des Gehalts einer/eines Tarif-Beschäftigten erfolgt anhand einer individuellen Eingruppierung in die jeweils anwendbare Tarifgruppe des MTV-Banken mit vorher feststehenden Tätigkeitsmerkmalen sowie einer gegebenenfalls übertariflichen (Zusatz-)Vergütung, die durch den in der Helaba anwendbaren Vergütungsrahmen (als Einheitsregelung mit Funktionsstufen) geschlechtsneutral bzw. geschlechterunabhängig für alle Beschäftigten gleichermaßen zur Anwendung gelangt.

b) Materielle Grundlagen bei der Gehaltsfestsetzung von AT-Beschäftigten

Im AT-Bereich und dessen Funktionsstufensystem wird bei der individuellen Gehaltsfestsetzung zunächst zwischen der Fach- und der Führungslaufbahn unterschieden.

Fachlaufbahn:	Führungslaufbahn:
- Spezialkraft	- Gruppenleiter
- Referent	- Abteilungsleiter
- Hauptreferent	- Bereichsleiter

Die Gehaltsfestsetzung erfolgt in enger Abstimmung mit dem einstellenden Bereich sowie dem Bereich Personal. Ab der Ebene Hauptreferent/Abteilungsleiter findet die Gehaltsfestsetzung in der Regel auch unter Einbeziehung des für den einstellenden Bereich zuständigen Dezernenten statt. Bei der Gehaltsfestsetzung innerhalb von Fach- und Führungslaufbahnen wird sich geschlechtsneutral und geschlechterunabhängig an der jeweiligen Funktionsstufe sowie innerbetrieblichen Gehaltsbändern pro Funktionsstufe, die sich wiederum an der Organisationsstruktur in der Helaba ausrichtet, orientiert. Folgende Aspekte fließen innerhalb bei der organisatorischen Betrachtung bei der Gehaltsfestsetzung mit ein:

- Gesamtbank
- Vertrieb-, Produkt- und Corporate-Center
- Bereich
- Abteilung oder Gruppe
- Berücksichtigung konkreter Erfordernisse des Bewerber- und Arbeitsmarktes

Zu berücksichtigen ist ferner, dass der jeweils örtlich zuständige Personalrat – bis zur Ebene der Bereichsleiter – bei Einstellungen, Höher- und Rückgruppierungen sowie Eingruppierungen im Rahmen der zu berücksichtigenden Mitbestimmungsrechte des Hessischen Personalvertretungsrechts beteiligt wird und auch auf eine geschlechtsneutrale und geschlechterunabhängige Gehaltsfestlegung achtet.

3. Nach Geschlecht aufgeschlüsselte statistische Angaben für das Jahr 2016

Die durchschnittliche Gesamtzahl der Beschäftigten betrug im Jahr 2016 insgesamt 3.383 MAK. Davon waren 1.536 MAK weibliche Beschäftigte und 1.847 MAK männliche Beschäftigte.

Von den weiblichen Beschäftigten waren 921 MAK vollzeitbeschäftigt und 615 MAK teilzeitbeschäftigt.

Von den männlichen Beschäftigten waren 1.773 MAK vollzeitbeschäftigt und 74 MAK teilzeitbeschäftigt.

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Frankfurt am Main/Erfurt, den 27. Februar 2018

Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen

Jahresbilanz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale,

zum 31. Dezember 2017

Aktivseite

in Tsd. €

	Anhang	Ziffer	31.12.2017	31.12.2016
Barreserve				
a) Kassenbestand			5.644	6.829
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			9.323.197	2.569.843
			9.328.841	2.576.672
Darunter: bei der Deutschen Bundesbank		8.898.743		(1.800.331)
Forderungen an Kreditinstitute	(2), (45)			
a) Hypothekendarlehen			–	–
b) Kommunalkredite			7.228.101	8.457.114
c) Andere Forderungen			2.245.176	3.673.649
			9.473.277	12.130.763
Darunter:				
Täglich fällig		347.573		(1.118.483)
Gegen Beleihung von Wertpapieren		–		–
Darunter: Baudarlehen der Bausparkasse:				
Bauspardarlehen		0		(0)
Forderungen an Kunden	(3), (45)		80.055.543	81.919.395
a) Hypothekendarlehen			20.679.228	21.509.239
b) Kommunalkredite			23.668.576	23.627.020
c) Andere Forderungen			34.838.733	35.931.019
Darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren		–		–
d) Baudarlehen der Bausparkasse				
da) Aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)		162.911		196.622
db) Zur Vor- und Zwischenfinanzierung		701.849		651.221
dc) Sonstige		4.246		4.274
			869.006	852.117
Darunter: durch Grundpfandrechte gesichert		552.301		(538.305)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	(4)			
a) Geldmarktpapiere				
aa) Von öffentlichen Emittenten			–	–
Darunter:				
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		–		–
ab) Von anderen Emittenten		567.443		(965.555)
Darunter:				
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		–		–
			567.443	965.555
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) Von öffentlichen Emittenten		5.039.360		(5.665.402)
Darunter:				
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		4.978.916		(5.536.256)
bb) Von anderen Emittenten		11.095.141		(11.391.316)
Darunter:				
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		9.724.750		(9.410.932)
			16.134.501	17.056.718
c) Eigene Schuldverschreibungen			–	–
			16.701.944	18.022.273
Nennbetrag		–		–
Übertrag:			115.559.605	114.649.103

Passivseite

in Tsd. €

Anhang Ziffer		31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (15), (18), (45)			
a) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		203.917	187.805
b) Begebene öffentliche Namenspfandbriefe		878.397	705.295
c) Andere Verbindlichkeiten		32.908.622	31.169.771
Darunter: täglich fällig	7.143.430		(6.786.414)
Zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte:			
Hypotheken-Namenspfandbriefe	-		
Öffentliche Namenspfandbriefe	-		
d) Bauspareinlagen		36.465	35.511
		34.027.401	32.098.382
Darunter: auf zugeteilte Verträge	37		(5.384)
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (19), (45)			
a) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		1.538.447	1.551.897
b) Begebene öffentliche Namenspfandbriefe		4.137.967	4.258.712
c) Einlagen aus dem Bauspargeschäft und Spareinlagen			
ca) Bauspareinlagen		4.655.685	4.456.077
Darunter:			
Auf gekündigte Verträge	35.154		(43.458)
Auf zugeteilte Verträge	83.615		(85.086)
cb) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		-	-
cc) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		-	-
		4.655.685	4.456.077
d) Andere Verbindlichkeiten		20.281.459	18.200.013
		30.613.558	28.466.699
Darunter: täglich fällig	11.879.026		(8.708.726)
Zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte: Hypotheken-Namenspfandbriefe	-		
Öffentliche Namenspfandbriefe	-		
Verbriefte Verbindlichkeiten (20), (32)			
a) Begebene Schuldverschreibungen			
aa) Hypothekenpfandbriefe		8.169.855	8.195.265
ab) Öffentliche Pfandbriefe		11.440.916	12.313.495
ac) Sonstige Schuldverschreibungen		23.547.205	22.477.130
		43.157.976	42.985.890
b) Andere verbiefte Verbindlichkeiten		4.503.485	7.124.248
		47.661.461	50.110.138
Darunter: Geldmarktpapiere	4.503.485		(7.124.248)
Handelsbestand (21), (35), (45)		6.829.704	10.975.001
Übertrag:		119.132.124	121.650.220

Aktivseite

in Tsd. €

	Anhang Ziffer		31.12.2017	31.12.2016
Übertrag:			115.559.605	114.649.103
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	(5)		1.013.898	1.025.343
Handelsbestand	(6), (14), (35), (45)		12.307.039	16.536.392
Beteiligungen	(7), (17), (45)		57.814	70.963
Darunter:				
An Kreditinstituten		44.391		(48.469)
An Finanzdienstleistungsinstituten		0		0
Anteile an verbundenen Unternehmen	(8), (17), (45)		1.778.752	1.767.325
Darunter:				
An Kreditinstituten		855.580		(855.580)
An Finanzdienstleistungsinstituten		-		-
Treuhandvermögen	(9)		1.043.545	1.008.830
Darunter: Treuhandkredite		778.020		(738.538)
Immaterielle Anlagewerte	(10), (17)			
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-	-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			55.627	38.269
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-	-
d) Geleistete Anzahlungen			-	-
			55.627	38.269
Sachanlagen	(11), (17)		76.623	51.410
Sonstige Vermögensgegenstände	(12)		799.347	979.962
Rechnungsabgrenzungsposten	(13)			
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			535.971	634.683
b) Andere			25.178	25.676
			561.149	660.359
Summe der Aktiva			133.253.399	136.787.956

Passivseite

in Tsd. €

Anhang Ziffer		31.12.2017	31.12.2016
Übertrag:		119.132.124	121.650.220
Treuhandverbindlichkeiten	(22)	1.043.545	1.008.830
Darunter: Treuhandkredite	778.020		(738.538)
Sonstige Verbindlichkeiten	(23)	463.254	1.547.049
Rechnungsabgrenzungsposten	(24)		
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		638.803	716.612
b) Andere		185.197	199.611
		824.000	916.223
Rückstellungen	(25)		
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		998.179	941.737
b) Steuerrückstellungen		203.743	107.727
c) Andere Rückstellungen		362.833	405.149
		1.564.755	1.454.613
Fonds zur baupartechnischen Absicherung		11.200	11.200
Nachrangige Verbindlichkeiten	(26)	2.311.215	2.363.584
Genussrechtskapital	(27), (29)	216.000	276.000
Darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	135.000		(195.000)
Fonds für allgemeine Bankrisiken	(29)	598.623	598.623
Davon: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	123.367		(123.367)
Eigenkapital	(29)		
a) Gezeichnetes Kapital			
aa) Stammkapital	588.889		588.889
ab) Kapitaleinlage	1.920.000		1.920.000
ac) Einlagen stiller Gesellschafter	953.338		953.338
		3.462.227	3.462.227
b) Kapitalrücklage		1.546.412	1.546.412
c) Gewinnrücklagen		1.990.044	1.862.975
d) Bilanzgewinn		90.000	90.000
		7.088.683	6.961.614
Summe der Passiva		133.253.399	136.787.956
Eventualverbindlichkeiten	(30)		
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		6.229.489	6.823.641
Andere Verpflichtungen	(31)		
a) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		2.575.015	2.753.262
b) Unwiderrufliche Kreditzusagen		19.546.151	19.105.951
		22.121.166	21.859.213

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale,

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

in Tsd. €

Anhang Ziffer	2017	2016
Zinserträge aus (37), (38)		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	2.395.826	2.491.305
Darunter: Zinserträge der Bausparkasse:		
aa) Aus Bauspardarlehen	6.790	(8.616)
ab) Aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	17.874	(18.044)
ac) Aus sonstigen Baudarlehen	77	(94)
b) Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	161.165	190.091
	2.556.991	2.681.396
Zinsaufwendungen	1.686.514	1.759.614
Darunter: für Bauspareinlagen	76.985	(76.802)
	870.477	921.782
Laufende Erträge aus (37)		
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	23.806	32.758
b) Beteiligungen	3.938	3.082
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	6.154	29.047
	33.898	64.887
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	95.360	73.644
Provisionserträge (37), (39)	240.308	246.236
Darunter: Provisionserträge der Bausparkasse:		
a) Aus Vertragsabschluss und -vermittlung	19.756	(20.752)
b) Aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung	56	(139)
c) Aus der Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	9	(6)
Provisionsaufwendungen	75.432	71.940
Darunter: für Vertragsabschluss und -vermittlung der Bausparkasse	27.889	(29.251)
	164.876	174.296
Nettoertrag des Handelsbestands (37)	221.556	158.194
Sonstige betriebliche Erträge (37), (40)	71.192	135.732
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	311.373	308.359
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	56.513	53.793
	367.886	362.152
Darunter: für Altersversorgung	14.468	(9.101)
b) Andere Verwaltungsaufwendungen	515.810	457.510
	883.696	819.662
Übertrag:	573.663	708.873

in Tsd. €

Anhang Ziffer	2017	2016
Übertrag:	573.663	708.873
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	46.550	14.769
Sonstige betriebliche Aufwendungen (40)	159.803	126.431
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft (41)	264.659	200.905
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	234.191	2.612
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	13.070	18.680
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	30.113	-
Aufwendungen aus Verlustübernahme	108	120
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	-
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	353.777	350.580
Außerordentliche Erträge	-	-
Außerordentliche Aufwendungen	-	13.234
Außerordentliches Ergebnis (42)	-	13.234
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (43)	134.813	90.235
Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten Sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen	1.895	1.526
	136.708	91.761
Jahresüberschuss	217.069	245.585
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	-	-
Einstellung in Gewinnrücklagen	127.069	155.585
Bilanzgewinn	90.000	90.000

Anhang der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale,

zum 31. Dezember 2017

Der Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Anstalt des öffentlichen Rechts, Frankfurt am Main, eingetragen beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter der Registernummer HRA 29821 und beim Amtsgericht Jena unter der Registernummer HRA 102181, wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und dem Pfandbriefgesetz (PfandBG) aufgestellt.

Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den Vorgaben der RechKredV gegliedert. Sie wurden um die für Pfand-

briefbanken und für Bausparkassen vorgeschriebenen Posten ergänzt. Die in den Anhang aufzunehmenden Angaben zum Bausparkassengeschäft sind in dem gesondert veröffentlichten Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) enthalten.

Darüber hinaus erstellt die Helaba einen Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den International Reporting Standards, wie sie vom International Accounting Standards Board veröffentlicht und durch die Europäische Union in europäisches Recht übernommen wurden. Dieser wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

(1) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Vermögensgegenstände und Schulden werden nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der besonderen Regelungen für Kreditinstitute (§§ 340 ff. HGB) bewertet.

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 werden grundsätzlich die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie im Jahresabschluss des Vorjahres angewendet. Änderungen werden jeweils nachfolgend erläutert, sollten sich diese ergeben haben.

Forderungen und Verbindlichkeiten

Forderungen sind mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Außerhalb des Handelsbestands und außerhalb der Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden Unterschiedsbeträge mit Zinscharakter zwischen Nennbetrag und Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und über die Laufzeit periodisiert aufgelöst. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten sowie auf abgezinster Basis erworbene Wertpapiere und Forderungen werden zum Barwert angesetzt.

Durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen wurde sämtlichen erkennbaren Kreditrisiken Rechnung getragen. Zur Abbildung latenter Kreditrisiken in der handels-

rechtlichen Rechnungslegung verfolgt die Bank unverändert einen risikoadäquaten Bilanzierungsansatz. Die Bank wendet dabei das Bilanzierungsvorgehen und die Berechnungsmethode der Portfoliowertberichtigung nach IFRS auch für die HGB-Pauschalwertberichtigung an. Die Pauschalwertberichtigung beinhaltet zur Abschirmung zusätzlicher, durch statistische Analysen noch nicht erkannter Risiken in einzelnen Teilportfolios eine zusätzliche Vorsorgekomponente. Betroffen ist neben dem Schiffskreditportfolio die erwartete Auswirkung aus der anstehenden Rekalibrierung eines Rating-Moduls.

Für allgemeine Bankrisiken bestehen – neben dem in der Bilanz ausgewiesenen Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB – auch Vorsorgeserven gemäß § 340f HGB.

Wertpapiere

Die in den Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere enthaltenen Bestände sind – mit Ausnahme von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB sowie des Anlagevermögens – nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sie sind folglich mit dem beizulegenden Wert anzusetzen, sofern dieser unterhalb der (fortgeführten) Anschaffungskosten liegt. Der beizulegende Wert entspricht bei aktiven Märkten dem Börsen- oder Marktpreis am Abschlussstichtag. Bei der Analyse des

Wertpapierbestands zum Bilanzstichtag wurde ein aktiver Markt für alle Wertpapiere festgestellt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Wertaufholungen wurden vorgenommen.

Das Anlagevermögen enthält sowohl Restbestände an ABS-Papieren als auch Anteile an inländischen geschlossenen Investmentkommanditgesellschaften und vergleichbaren ausländischen Strukturen nach § 17 RechKredV in Verbindung mit der Definition von Investmentvermögen nach § 1 KAGB.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten angesetzt. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Sofern die Gründe für

eine Wertminderung in früheren Geschäftsjahren entfallen sind, erfolgen Zuschreibungen bis zur Höhe des Zeitwerts, maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

Handelsbestand

Handelsbestände werden in der Bilanz in den Posten Handelsaktiva und -passiva ausgewiesen. Die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand haben sich im Geschäftsjahr nicht geändert. Die Bewertung der Handelsgeschäfte erfolgt einzelgeschäftsbezogen. Finanzinstrumente des Handelsbestands werden gemäß § 340e Abs. 3 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags für Handelsaktiva und zuzüglich eines Risikoaufschlags für Handelspassiva bewertet. Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit zukünftiger Zahlungsströme, als Basis für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts, werden im Wesentlichen vom Zinsumfeld, von den Entwicklungen an den Aktien- und Rentenmärkten sowie den Entwicklungen der Credit Spreads beeinflusst. Die Ermittlung der Risikozu- und -abschläge erfolgt unter Beachtung der Vorgaben der Bankenaufsicht nach den Vorschriften des KWG für sämtliche Handelsbestände, an den aufsichtsrechtlichen Vorgaben zu den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sowie an den Vorgaben des Art. 365 Capital Requirements Regulation (CRR). Der Risikozu- oder -abschlag wird dabei in Form eines Money-at-Risk (MaR) mit einem Konfidenzniveau von 99 %, einer Haltedauer von zehn Tagen sowie einem Beobachtungszeitraum von einem Jahr errechnet. Die Risikozu- und -abschläge werden für jede Risikokategorie vorgenommen.

durch die Bewertung des potenziellen Ausfallrisikos unter Berücksichtigung von gestellten beziehungsweise erhaltenen Sicherheiten und des Effekts von Nettingvereinbarungen ermittelt.

Wertänderungen, realisierte Gewinne und Verluste, Provisionen und laufende Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands sowie Zinsaufwendungen zur Refinanzierung der Handelsaktivitäten werden im „Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands“ ausgewiesen.

Gemäß § 340e Abs. 4 HGB wird zum Abschlussstichtag ein Betrag, der mindestens zehn vom Hundert der Nettoerträge des Handelsbestands entspricht, dem gesonderten Bestand im Sonderposten für allgemeine Bankrisiken zugeführt. Die Zuführung erfolgt, bis der entsprechende Bestand 50 % des Durchschnitts der letzten fünf vor dem Berechnungstag erzielten jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands erreicht oder eine Auflösung zum Ausgleich von Nettoaufwendungen des Handelsbestands vorgenommen wird. Die Zuführung erfolgt zulasten der Nettoerträge des Handelsbestands. Die Bank hat im Berichtsjahr keine Zuführung zu dieser Reserve vorgenommen.

Die Bank hat Derivate des Handelsbestands aktiv und passiv, die unter Rahmenverträgen je Kontrahent mit einem Credit Support Annex und täglicher Besicherungsermittlung abgeschlossen wurden, gegeneinander verrechnet. Hierbei wurden die Buchwerte der Derivate und die Sicherheitsleistung je Kontrahent in der Verrechnung berücksichtigt. Die Verrechnung umfasst auch Derivate und Sicherheitsleistungen, die über einen zentralen Kontrahenten abgeschlossen wurden.

Fremde Bonitätsrisiken aus der Erfüllung von OTC-Derivaten werden durch einen kontrahentenbezogenen Bewertungsabschlag (Credit Valuation Adjustment, CVA) berücksichtigt. Das eigene Bonitätsrisiko findet durch die Bildung eines Debit Valuation Adjustments (DVA) Berücksichtigung. CVA und DVA werden an jedem Bilanzstichtag

Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagewerte

Gegenstände des Sachanlagevermögens und immaterielle Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich außerplanmäßiger Abschreibungen auf beizulegende Werte ausgewiesen. Planmäßige Abschreibungen werden auf die wirtschaftliche

Nutzungsdauer verteilt vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben. Auf die Aktivierung von selbst erstellten immateriellen Vermögensgegenständen hat die Bank verzichtet.

Rückstellungen

Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen sind gemäß den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des Erfüllungsbetrags der ungewissen Verbindlichkeiten oder der drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften unter Berücksichtigung erwarteter Preis- und Kostensteigerungen zu bilden. Mittel- und langfristige Rückstellungen (Restlaufzeit > 1 Jahr) werden mit den von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst. Bei der Ermittlung der Veränderung durch Aufzinsung wird unterstellt, dass eine Veränderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Effekte aus der Aufzinsung werden im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen.

Die Pensionsverpflichtungen werden jährlich durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen (Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Heubeck) künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie der von der Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt werden. Entsprechend dem im letzten Jahr neugefassten § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB wurden die Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember 2017 mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre bewertet. Der im Jahr 2017 durch die Umstellung resultierende Unterschiedsbetrag in Höhe von 148 Mio. € unterliegt einer Ausschüttungssperre.

Die angewandten Bewertungsparameter sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	31.12.2017	31.12.2016
Zinssatz	3,68 %	4,01 %
Gehaltstrend	2,00 %	2,00 %
Rententrend	1,00–2,00 %	1,00–2,00 %
Fluktuationsrate	3,00 %	3,00 %

Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögensgegenstände (Wertpapiere), die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen (Deckungsvermögen). Sie werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Der Verpflichtungsumfang ergibt sich durch Maximierung der garantierten Leistungszusage mit dem beizulegenden Wert der zugehörigen Wertpapiere zum Abschlussstichtag. Die Vermögensgegenstände und die korrespondierenden Pensionsverpflichtungen werden miteinander verrechnet.

Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen den Versorgungsaufwand und den Zinsaufwand. Der Vorsorgeaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Der Zinsaufwand stellt die Barwert-erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, der sich aus der Annäherung an den Erfüllungszeitpunkt und somit der Verkürzung der Abzinsungsperiode ergibt. Der Zinsaufwand wird mit den Erträgen aus dem Deckungsvermögen saldiert. Sowohl der Zinsaufwand als auch das Ergebnis aus dem Deckungsvermögen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Ermittlung von Zeitwerten

Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Fall einer Notabwicklung) getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

Der beste Indikator für den beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten ist der Marktpreis. Bei Vorliegen eines aktiven Markts werden zur Bewertung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente beobachtbare Marktpreise herangezogen. Dies sind üblicherweise Börsenkurse oder auf dem

Interbankenmarkt quotierte Marktpreise. Für den Fall, dass für ein Finanzinstrument kein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, erfolgt die Bewertung mittels anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, wobei alle zu berücksichtigenden Daten (zum Beispiel Zinskurven, Volatilitäten, Spreads) auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und aus externen Quellen entnommen werden. Dabei handelt es sich insbesondere um Discounted-Cashflow-basierte Forward-Pricing- und Swap-Pricing-Modelle oder Optionspreismodelle (zum Beispiel Black-Scholes sowie Varianten davon). Üblicherweise werden diese Bewertungsmethoden bei OTC-Derivaten (einschließlich Kreditderivaten) und nicht an einem aktiven Markt gehandelten, zum beizulegenden Zeitwert angesetzten Finanzinstrumenten

verwendet. In den Fällen, bei denen nicht alle zu berücksichtigenden Parameter direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Diese Bewertungsmethode ist insbesondere Grundlage für komplex strukturierte (derivative) Spread-Produkte, bei denen nicht direkt am Markt beobachtbare Korrelationen einen wesentlichen Bewertungsfaktor darstellen. Soweit bei nicht derivativen Finanzinstrumenten keine Marktpreise verfügbar sind, werden so genannte Arranger-Preise herangezogen. Die Bewertung von nicht börsennotierten Beteiligungen beruht auf nicht beobachtbaren Parametern, insbesondere den aus der Unternehmensplanung abgeleiteten Ertragsüberschüssen.

Währungsumrechnung

Die Umrechnung der im Jahresabschluss enthaltenen Vermögensgegenstände und Schulden in fremder Währung sowie der am Bilanzstichtag nicht abgewickelten Devisenkassengeschäfte erfolgt gemäß den Grundsätzen in den §§ 256a HGB und 340h HGB. Diese werden zum Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Bei auf Fremdwährung lautenden Devisentermingeschäften des Handelsbe-

stands erfolgt eine Abgrenzung der Swap-Stellen sowie eine Bewertung der Reststellen. Bei Devisen-Swaps des Nichthandelsbestands erfolgt eine Abgrenzung der Swap-Stellen. Die Bank wendet den Grundsatz der besonderen Deckung gemäß § 340h HGB an. Alle Währungsergebnisse werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Derivate

Derivate (Termin- und Optionsgeschäfte im Zins-, Aktien-, Währungs-, Kredit- und Rohwarenbereich sowie Swap-Vereinbarungen) werden bei Geschäftsabschluss dem Handels- oder dem Nichthandelsbestand zugeordnet. Die Berücksichtigung derivativer Finanzinstrumente im Rahmen der handelsrechtlichen Bilanzierung erfolgt auf Basis der einschlägigen Stellungnahmen und Hinweise zur Rechnungslegung des IDW und nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung. Bei strukturierten Finanzinstrumenten, deren derivative Nebenabreden ein anderes Risikoprofil als das Grundgeschäft aufweisen, werden diese Derivate abgespalten, dem Handelsbestand zugeordnet und getrennt bewertet.

Derivate außerhalb des Handelsbestands und des in Bewertungseinheiten befindlichen Bestands werden zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos im Bankbuch eingesetzt. Bei

der Bewertung des Bankbuchs wird für das allgemeine Zinsrisiko nach den Grundsätzen des IDW RS BFA 3 eine Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen Aktiva und Passiva einschließlich der Zinsderivate durchgeführt. Dabei werden Forderungen, verzinsliche Wertpapiere, Verbindlichkeiten und Derivate des Bankbuchs nicht hinsichtlich Marktpreisrisiken einzeln imparitätlich bewertet, sondern in einem Refinanzierungsverbund gesehen. Die Notwendigkeit zur Bildung einer Drohverlustrückstellung aus dem Refinanzierungsverbund war – unter Anwendung einer periodischen (GuV-orientierten) Betrachtungsweise – im Berichtsjahr nicht gegeben.

Laufende Erträge und Aufwendungen aus Swap-Geschäften des Nichthandelsbestands werden zeitanteilig abgegrenzt und die Abgrenzung unter den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Bewertungseinheiten

Die Helaba hat im Bankbuch Bewertungseinheiten gemäß § 340a HGB in Verbindung mit § 254 HGB gebildet, die sich aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve und den zugehörigen zu Sicherungszwecken abgeschlossenen Zins-Swaps zusammensetzen. Die Bewertungseinheiten bestehen aus Asset-Swap-Kombina-

tionen in Form von Mikro-Bewertungseinheiten. Die Absicherung bezieht sich ausschließlich auf Zinsänderungsrisiken. Für die sich zwischen Grundgeschäft und Sicherungsinstrument ausgleichenden Wertänderungen wird die Einfrierungsmethode angewendet. Die Grundgeschäfte werden stets zu 100 % des

Nominalvolumens für die gesamte Restlaufzeit abgesichert. Die prospektive Wirksamkeit der Bewertungseinheiten ist aufgrund der Übereinstimmung wesentlicher wertbestimmender Faktoren gegeben. Die Ermittlung der prospektiven Effektivität erfolgt unter Verwendung der Regressionsanalyse. Die gegenläufigen Wert- und Zahlungsstromänderungen haben sich am Bilanzstichtag weitestgehend ausgeglichen und werden sich voraussichtlich auch weiterhin ausgleichen. Bis zum vorgesehenen

Ende der Bewertungseinheiten (Zeitpunkt der Fälligkeit von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument) werden sich die Wertänderungen aus den abgesicherten Risiken nahezu vollständig ausgleichen. Für Verlustüberhänge aus dem ineffektiven Teil der Sicherungsbeziehung bildet die Bank eine Drohverlustrückstellung. Im Berichtsjahr resultierte hieraus eine ertragswirksame Auflösung in Höhe von 1,2 Mio. € (2016: Zuführung 0,8 Mio. €).

Latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 274 HGB bilanziell nicht angesetzt wird. Die aktiven latenten Steuern beruhen auf Differenzen zwischen dem handels- und steuerrechtlichen Bilanzansatz der Forderungen gegen Kunden, Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen, passiven Rechnungsabgrenzung, Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen und sonstigen

Rückstellungen. Bei der Bewertung der latenten Steuern wurden die unternehmensindividuellen Steuersätze herangezogen. Im Inland ergibt sich für die Bank bei einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von 452 % ein kombinierter Ertragsteuersatz von 31,65 %. Latente Steuern in den ausländischen Berichtseinheiten werden mit den dort geltenden statuarischen Steuersätzen bewertet.

(2) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016 ¹⁾
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	5.982	6.634
Forderungen an verbundene Unternehmen	1.019	1.178
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	28	14
Der Unterposten – Andere Forderungen – enthält:		
Nachrangige Forderungen	35	37
Davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Täglich fällig	348	1.119
Restlaufzeiten:		
Bis drei Monate	3.172	5.675
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	941	971
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.182	1.967
Mehr als fünf Jahre	2.832	2.399
Als Deckung verwendet	269	1.197

¹⁾ Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Vorjahreswerte angepasst.

(3) Forderungen an Kunden

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an verbundene Unternehmen	1.071	747
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9	117
Nachrangige Forderungen	46	190
Davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2	6
Restlaufzeiten:		
Bis drei Monate	4.705	5.199
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	7.948	8.286
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	34.623	35.994
Mehr als fünf Jahre	29.980	29.163
Mit unbestimmter Laufzeit	2.800	3.277
Als Deckung verwendet	19.166	18.459

(4) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Verbriefte Forderungen:		
An verbundene Unternehmen	–	–
An Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Von den börsenfähigen Wertpapieren sind:		
Börsennotiert	15.350	15.601
Nicht börsennotiert	590	1.065
Restlaufzeiten:		
Im Folgejahr fällig werdende Beträge	3.676	3.831
Nachrangige Vermögensgegenstände	–	3
Im Rahmen von Offenmarktgeschäften sind als Sicherheit hinterlegt	1.500	–
Buchwert der Wertpapiere im Anlagebestand	17	66
Beizulegender Wert der Wertpapiere im Anlagebestand	17	66
Vorübergehende Wertminderung der Wertpapiere im Anlagebestand	–	1

Die Bank schätzt die Wertminderung der Wertpapiere im Anlagebestand als nicht dauerhaft ein und rechnet daher mit einer vollständigen Rückzahlung der Wertpapiere bei Fälligkeit.

(5) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Von den börsenfähigen Wertpapieren sind:		
Börsennotiert	16	15
Nicht börsennotiert	17	18

Der Posten beinhaltet Anteile an zwei (31. Dezember 2016: zwei) ausschließlich von der Helaba gehaltenen Wertpapiersondervermögen (Mischfonds beziehungsweise reine Rentenfonds) mit einem Buchwert von insgesamt 1 Mrd. € (31. Dezember 2016: 1 Mrd. €). Im Rahmen der langfristigen Investitionsabsicht der Helaba investieren diese Sondervermögen überwiegend in zinstragende Wertpapiere.

Zum Bilanzstichtag erfolgte die Bewertung bei allen Anteilen zu einem eventuellen niedrigeren Marktwert. Es bestanden keine

wesentlichen Kurswertreserven am Bilanzstichtag. Die Erträge aus erhaltenen Ausschüttungen in 2017 betragen insgesamt 8,0 Mio. € (2016: 4,8 Mio. €).

Entsprechend § 17 RechKredV in Verbindung mit der Definition von Investmentvermögen gemäß § 1 KAGB enthält dieser Posten auch Anteile an inländischen geschlossenen Investmentkommanditgesellschaften und vergleichbaren ausländischen Strukturen in Höhe von 19 Mio. €. Im Vorjahr entfielen auf solche Investmentvermögen 28 Mio. €.

(6) Handelsbestand (aktiv)

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Derivative Finanzinstrumente	5.189	7.995
Forderungen	1.213	1.304
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.792	7.140
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	113	97
Nachrangige Vermögensgegenstände	–	–
Sonstige Vermögensgegenstände	–	–

Der Rückgang des Handelsbestands (aktiv) resultiert im Wesentlichen aus dem planmäßigen Abbau des Bestands an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren. Daneben ist eine Saldierung von Derivaten des Handelsbestands

(passiv) sowie zugehöriger Sicherheitsleistungen berücksichtigt, die zu einer Verrechnung in Höhe von 5,4 Mrd. € (31. Dezember 2016: 5,8 Mrd. €) führt.

(7) Beteiligungen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Von den Wertpapieren sind:		
Börsenfähig	18	18
Börsennotiert	–	–

(8) Anteile an verbundenen Unternehmen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Von den Wertpapieren sind:		
Börsenfähig	104	104
Börsennotiert	–	–

(9) Treuhandvermögen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	268	194
Forderungen an Kunden	510	545
Beteiligungen	55	56
Anteilsbesitz an verbundenen Unternehmen	–	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	197	202
Sonstige Vermögensgegenstände	14	12

(10) Immaterielle Anlagewerte

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Erworbene standardisierte Software	56	38

(11) Sachanlagen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
In diesem Posten sind enthalten:		
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	38	12
Betriebs- und Geschäftsausstattung	32	33

(12) Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Wesentliche Posten sind:		
Zinsforderungen aus Swap-Vereinbarungen	398	528
Sonstige	401	452

(13) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft sind in diesem Posten enthalten:		
Agien aus Forderungen	198	254
Upfront Payments aus eigenen Emissionen	234	283
Disagien aus Verbindlichkeiten und begebenen Schuldverschreibungen	104	99

(14) Echte Pensionsgeschäfte

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
In Pension gegebene Vermögensgegenstände des Handelsbestands	–	–
In Pension gegebene Vermögensgegenstände der Liquiditätsreserve	–	–

(15) Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Für nachfolgende Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände in angegebener Höhe übertragen:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.307	3.338
Handelsspassiva	3.379	5.888

Darin enthalten sind entlehene Wertpapiere in Höhe von 0 Mio. € (31. Dezember 2016: 0 Mio. €), die an Kreditinstitute im

Zusammenhang mit echten Pensionsgeschäften weiterübertragen wurden.

(16) Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung	22.363	26.825

(17) Anlagenspiegel

in Mio. €

	Immaterielle Anlagewerte	Sach- anlagen	Wertpapiere des Anlage- vermögens	Beteili- gungen	Anteile an verbunde- nen Unter- nehmen	Anlage- vermögen gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten						
Stand zum 1.1.2017	141	211	106	110	1.849	2.417
Zugänge	58	33	1	3	22	117
Wechselkursveränderungen	-1	-2	-1	0	-3	-7
Umgliederungen	-	-	-	-	-	-
Abgänge	-	21	67	32	8	128
Stand zum 31.12.2017	198	221	39	81	1.860	2.399
Ab- und Zuschreibungen						
Stand zum 1.1.2017	103	147	12	39	82	383
Zuschreibungen	-	-	1	-	-	1
Planmäßige Abschreibungen	9	6	-	9	-	24
Außerplanmäßige Abschreibungen	31	-	-	-	-	31
Wechselkursveränderungen	-1	-2	-	-	-1	-4
Umgliederungen	-	-	-	-	-	-
Abgänge	-	7	7	25	-	39
Stand zum 31.12.2017	142	144	4	23	81	394
Buchwerte						
Zum 1.1.2017	38	64	94	71	1.767	2.034
Zum 31.12.2017	56	77	35	58	1.779	2.005

(18) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	10.936	10.221
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	724	4.636
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	18	48
Täglich fällig	7.143	6.786
Restlaufzeiten:		
Bis drei Monate	2.043	1.716
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.566	3.289
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	10.679	10.067
Mehr als fünf Jahre	11.560	10.204

(19) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	315	649
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	25	4
Täglich fällig	11.896	8.709
Restlaufzeiten:		
Bis drei Monate	2.746	2.515
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.005	1.626
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.042	3.282
Mehr als fünf Jahre	7.285	7.879

(20) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Restlaufzeiten des Unterpostens – Begebene Schuldverschreibungen:		
Im Folgejahr fällig werdende Beträge	5.049	10.208
Restlaufzeiten des Unterpostens – Andere verbrieftete Verbindlichkeiten:		
Bis drei Monate	3.894	4.044
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	610	3.080
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	–	–
Mehr als fünf Jahre	–	–

(21) Handelsbestand (passiv)

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Derivative Finanzinstrumente	2.441	3.003
Verbindlichkeiten	4.374	7.943
Risikoaufschlag	15	29

Die Saldierung von Derivaten des Handelsbestands (aktiv) sowie zugehöriger Sicherheitsleistungen führte zu einem Verrech-

nungseffekt zum 31. Dezember 2017 in Höhe von 7,0 Mrd. € (31. Dezember 2016: 9,5 Mrd. €).

(22) Treuhandverbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016 ¹⁾
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	126	126
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	647	596
Sonstige Verbindlichkeiten	271	287

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst wegen Verschiebung von Verbindlichkeiten gegenüber Kunden zu sonstigen Verbindlichkeiten.

(23) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Wesentliche Posten sind:		
Zinsverpflichtungen aus Swap-Vereinbarungen des Nichthandelsbestands	246	335
Zinsen für Genussrechte und stille Einlagen	59	79
Ausgleichsposten aus der Devisenbewertung	56	1.034
Abzuführende Steuern	13	11
Erhaltene Optionsprämien des Nichthandelsbestands	7	7

(24) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft sind in diesem Posten enthalten:		
Agien aus Verbindlichkeiten	337	385
Upfront Payments aus eigenen Emissionen	257	277
Disagien aus dem Darlehensgeschäft	45	55

(25) Rückstellungen

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn Geschäftsjahre (3,68 %) und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen sieben Geschäftsjahre (2,80 %) beträgt zum Bilanzstichtag 148 Mio. €. Dieser Betrag unterliegt einer Ausschüttungssperre.

Die Anschaffungskosten der gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit Rückstellungen verrechneten Vermögensgegenstände betragen 32 Mio. € (31. Dezember 2016: 30 Mio. €), der beizulegende Zeitwert 38 Mio. € (31. Dezember 2016: 35 Mio. €). Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beläuft sich auf 39 Mio. €

(31. Dezember 2016: 35 Mio. €). In der Gewinn- und Verlustrechnung wurden Erträge aus diesen Vermögensgegenständen in Höhe von 2,2 Mio. € (2016: 1,6 Mio. €) mit Aufwendungen aus den korrespondierenden Schulden in Höhe von 2,8 Mio. € (2016: 0,1 Mio. €) verrechnet.

Die anderen Rückstellungen wurden im Wesentlichen für dem Personalbereich zuzuordnende Sachverhalte und für Bonitäts- und Länderrisiken im außerbilanziellen Kreditgeschäft gebildet. Rückstellungen für Prozessrisiken werden gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich ist. Weitere Rückstellungsbeträge entfallen auf diverse der Höhe oder dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten.

(26) Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Mittelaufnahmen, die jeweils 10 % der Gesamtposition übersteigen, sind wie folgt ausgestaltet:

Währungsbetrag in Mio.	Währung	Aktueller Zinssatz in %	Fällig in	Vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung
–	EUR	–	–	–

Die Bedingungen der Nachrangigkeit dieser Mittel entsprechen den Anforderungen des Kreditwesengesetzes für die anrechenbaren Eigenmittel. Eine Umwandlung in Kapital oder andere Schuldformen ist weder vereinbart noch vorgesehen.

Im Ausweis sind anteilige Zinsen in Höhe von 30 Mio. € (31. Dezember 2016: 33 Mio. €) enthalten. Für nachrangige Mittelaufnahmen betrug der Zinsaufwand im Geschäftsjahr 79 Mio. € (2016: 82 Mio. €).

(27) Genussrechtskapital

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
In diesem Posten sind enthalten:		
Namensgenussrechte	196	256
Verbriefte Genussrechte	20	20

Die Genussrechte wurden im Hinblick auf die bei Begebung bestehenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Berücksichtigungsfähigkeit als Eigenmittel für bankaufsichtsrechtliche Meldungen ausgestaltet. Die Entstehung der Ansprüche auf Ertrag und Rückzahlungen ist abhängig vom Vorliegen entspre-

chender Gewinne. An etwaigen Verlusten nehmen die Gläubiger entsprechend den jeweiligen Bedingungen der Genussrechte teil. Der Posten beinhaltet 18 Genussrechte.

(28) Von den Schulden lauten auf Fremdwährung

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Von den Schulden lauten auf Fremdwährung	11.456	13.382

(29) Eigene Mittel

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Gezeichnetes Kapital	3.462	3.462
a) Stammkapital	589	589
b) Kapitaleinlage	1.920	1.920
c) Einlagen stiller Gesellschafter	953	953
Kapitalrücklage	1.546	1.546
Gewinnrücklagen	1.990	1.863
Einschließlich des Genussrechtskapitals,	216	276
des Fonds für allgemeine Bankrisiken	599	599
sowie nachrangiger Verbindlichkeiten	2.311	2.364
beliefen sich die aus der Bilanz ersichtlichen haftenden Eigenmittel auf	10.124	10.110

Zur Gewinnverwendung wird eine Ausschüttung in Höhe von 90 Mio. € sowie eine Einstellung in die Gewinnrücklagen in Höhe von 127 Mio. € vorgeschlagen.

(30) Eventualverbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
In diesem Posten sind enthalten:		
Kreditburgschaften	2.203	2.729
Sonstige Bürgschaften und Gewährleistungen	4.027	4.095

Die Helaba schätzt das Risiko, dass die Kreditnehmer ihren Verpflichtungen nicht nachkommen und mit Inanspruchnahmen zu rechnen ist, als gering ein. Avalkredite unterliegen dem Risikovorsorgeprozess der Bank. In einzelnen Fällen, in denen ein Verlust aus der zu erwartenden Inanspruchnahme wahrscheinlich ist, hat die Helaba entsprechende Rückstellungen gebildet.

In den Eventualverbindlichkeiten enthalten ist das in Anspruch genommene Zahlungsverprechen aus dem Anteil der Bankenabgabe in Höhe von 24 Mio. €.

(31) Andere Verpflichtungen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
In diesem Posten sind enthalten:		
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	2.575	2.753
Unwiderrufliche Kreditzusagen für Buchkredite	19.546	19.106

Aufgrund der durchgeführten Bonitätsanalysen geht die Helaba davon aus, dass die Kreditnehmer ihren Verpflichtungen nachkommen und somit nicht mit Inanspruchnahmen zu rechnen

ist. In einzelnen Fällen, in denen ein Verlust aus der zu erwartenden Inanspruchnahme wahrscheinlich ist, wurden Rückstellungen gebildet.

(32) Pfandbriefe und Deckungsrechnung

Gesamtübersicht gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG

in Mio. €

	Nennwert		Barwert	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Hypothekendarfandbriefe				
Deckungsmasse	13.267	13.380	14.002	14.203
Pfandbriefumlauf	9.851	9.871	10.065	10.226
Überdeckung	3.416	3.509	3.937	3.977
Risikobarwert internes Modell	-	-	3.568	3.564
Öffentliche Darfandbriefe				
Deckungsmasse	20.571	20.872	22.603	23.332
Pfandbriefumlauf	16.256	17.385	17.539	19.118
Überdeckung	4.315	3.486	5.064	4.214
Risikobarwert internes Modell	-	-	4.741	3.906

Zum Geschäftsjahresende befindet sich wie im Vorjahr kein Derivat in Deckung.

Zinsrisiken wurde das interne Modell MaRC² herangezogen; die Simulation von Währungsrisiken erfolgte auf Basis des dynamischen Verfahrens.

Der Risikobarwert gemäß Barwertverordnung gibt den barwertigen Deckungssaldo nach Stresstest an. Für die Simulation von

Aufgliederung der Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen und Aufgliederung der Pfandbriefe nach Restlaufzeiten gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG

in Mio. €

	Deckungsmasse		Pfandbrief	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Hypothekendarfandbriefe				
Bis 1 Jahr	1.385	2.402	1.481	2.642
Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	2.075	1.498	2.750	1.481
Mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	1.278	2.213	2.519	2.014
Mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.660	1.899	516	2.004
Mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	2.726	1.141	2.148	399
Mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	4.078	4.166	221	1.114
Über 10 Jahre	65	61	217	217
Öffentliche Darfandbriefe				
Bis 1 Jahr	2.746	2.842	2.074	2.976
Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	1.972	2.707	3.278	2.075
Mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	2.566	1.785	1.650	3.208
Mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.930	2.546	1.439	1.502
Mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1.826	1.741	1.783	1.340
Mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	5.949	5.995	4.013	4.083
Über 10 Jahre	3.581	3.256	2.021	2.201

Weitere Deckungswerte gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Hypothekendarlehen:		
Deckungsmasse	13.267	13.380
Davon: weitere Deckung	345	233
Öffentliche Darlehen:		
Deckungsmasse	20.571	20.872
Davon: weitere Deckung	71	145

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekendarlehen nach Nutzungsart

Davon Aufgliederung wohnwirtschaftlich genutzt:

in Mio. €

Land	Wohnungen		Einfamilien- häuser		Mehrfamilien- häuser		Bauplätze und Rohbauten		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Deutschland	60	53	94	64	2.059	1.958	-	-	2.213	2.075

Davon Aufgliederung gewerblich genutzt:

in Mio. €

Land	Bürogebäude		Handelsgebäude		Industriegebäude		Sonstige Gebäude		Bauplätze und Rohbauten		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Deutschland	2.227	2.507	2.641	3.023	168	193	273	279	24	5	5.332	6.007
Belgien	43	14	-	-	-	-	-	-	-	-	43	14
Frankreich	1.118	937	206	186	-	-	-	-	-	-	1.324	1.123
Luxemburg	70	70	-	-	-	-	-	-	-	-	70	70
Schweden	107	30	74	40	-	-	0	0	-	-	181	69
Niederlande	158	52	6	41	-	-	-	-	-	-	163	93
Österreich	24	-	68	121	-	-	-	-	-	-	92	121
Polen	389	481	499	394	-	54	-	-	-	-	888	929
Tschechien	35	51	184	180	-	-	-	-	5	-	223	231
Großbritannien	362	262	100	-	7	-	1	-	-	-	470	262
USA	1.280	1.519	114	78	-	-	-	-	-	-	1.394	1.598
Gesamt	5.812	5.923	3.891	4.063	175	247	274	279	29	5	10.179	10.517

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekendarlehen nach Größenklassen

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Bis 0,3 Mio. €	182	158
Größer 0,3 Mio. € bis 1 Mio. €	109	141
Größer 1 Mio. € bis 10 Mio. €	1.116	1.341
Größer 10 Mio. €	11.515	11.508
Weitere Deckung	345	233

Der Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen betrug 0 Tsd. € (31. Dezember 2016: 12 Tsd. €) und betraf inländische Schuldner. Im Geschäftsjahr traten weder Zwangs-

versteigerungs- noch Zwangsverwaltungsverfahren auf noch mussten Grundstücke zur Vermeidung von Verlusten übernommen werden.

Zinsrückstände aus dem Hypothekengeschäft

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Gewerblich	-	-
Wohnwirtschaftlich	-	-
Gesamtbetrag	-	-

Aufgliederung der Deckungswerte für öffentliche Pfandbriefe nach Schuldner

in Mio. €

Land	Staat		Regionale Gebietskörperschaft		Örtliche Gebietskörperschaft		Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute/Sonstige		Summe	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Deutschland	601	498	3.575	3.803	11.188	10.910	4.026	4.032	19.389	19.243
Frankreich inklusive Monaco	-	-	492	537	-	-	35	-	527	537
Großbritannien/Nordirland	306	356	-	-	-	-	-	-	306	356
Luxemburg	5	6	-	-	-	-	-	-	5	6
Spanien	-	-	184	381	-	-	-	-	184	381
Österreich	-	-	5	9	-	-	-	-	5	9
Schweiz	-	-	43	47	-	-	43	147	85	193
Gesamt	911	860	4.298	4.777	11.188	10.910	4.103	4.179	20.500	20.725

Die mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen beliefen sich bei den öffentlichen Pfandbriefen auf einen Gesamtbetrag von 0 Tsd. € (31. Dezember 2016: 0 Tsd. €).

(33) Derivative Finanzinstrumente des Nichthandelsbestands

Die Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten werden getrennt nach Handels- und Nichthandelsbeständen vorgenommen.

Die Darstellung des Geschäfts mit derivativen Produkten des Nichthandelsbestands erfolgt entsprechend den Publizitätsanforderungen gemäß § 285 Nr. 19 HGB in Verbindung mit § 36

RechKredV. Derivative Finanzinstrumente im Nichthandelsbestand werden zur Absicherung beziehungsweise zur Steuerung von Risiken von Bankbuchgeschäften abgeschlossen (Aktiv-/Passivsteuerung).

Das Nominalvolumen derivativer Geschäfte des Nichthandelsbestands hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,0 % verringert.

Darstellung der Volumina

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2017
Zinsrisiken	153.486	150.669	3.659	2.609
Zins-Swaps	134.448	134.906	3.585	1.572
Forward Rate Agreements	–	–	–	–
Zinsoptionen	10.259	8.545	16	1.031
Käufe	1.027	467	16	–
Verkäufe	9.232	8.078	–	1.031
Caps, Floors	3.015	3.421	58	6
Börsenkontrakte	5.764	3.797	–	–
Sonstige Zinstermingeschäfte	–	–	–	–
Währungsrisiken	17.961	23.479	373	376
Devisentermingeschäfte	4.532	7.280	19	55
Währungs-Swaps/Zins-Währungs-Swaps	13.429	16.199	354	321
Devisenoptionen	–	–	–	–
Käufe	–	–	–	–
Verkäufe	–	–	–	–
Aktien- und sonstige Preisrisiken	–	–	–	–
Aktienoptionen	–	–	–	–
Käufe	–	–	–	–
Verkäufe	–	–	–	–
Börsenkontrakte	–	–	–	–
Kreditderivate	150	865	–	–
Käufe	150	210	–	–
Verkäufe	–	655	–	–
Rohwarenrisiken	–	–	–	–
Rohwaren-Swaps	–	–	–	–
Rohwarenoptionen	–	–	–	–
Gesamt	171.597	175.013	4.032	2.985

Neben den Nominalvolumina sind die positiven und negativen Marktwerte getrennt ausgewiesen. Netting- oder Collateral-Vereinbarungen finden hier keine Berücksichtigung.

Die Marktwerte sind aufgrund des Absicherungscharakters der Geschäfte stets im Zusammenhang mit den zugrunde liegenden Geschäften zu sehen.

Den Marktwerten stehen zum Teil noch nicht vereinnahmte Prämien- und Sonderzahlungsflüsse sowie Zinsabgrenzungen aus

Derivaten gegenüber, die in der Bilanz unter den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise Verbindlichkeiten sowie unter den aktiven beziehungsweise passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen sind. Dabei beläuft sich der Betrag der insgesamt im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Aktiva auf 669 Mio. € (31. Dezember 2016: 837 Mio. €), der im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Passiva auf 555 Mio. € (31. Dezember 2016: 1.659 Mio. €).

Fristengliederung der Nominalwerte

in Mio. €

	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Bis drei Monate	13.168	12.748	4.406	6.795	-	-
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	17.266	18.904	2.389	4.473	-	-
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	73.588	73.588	8.507	9.158	-	-
Mehr als fünf Jahre	49.464	45.429	2.659	3.053	-	-
Gesamt	153.486	150.669	17.961	23.479	-	-

in Mio. €

	Kreditderivate		Rohwarenderivate		Gesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Bis drei Monate	-	62	-	-	17.574	19.605
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	150	803	-	-	19.805	24.180
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	-	-	-	-	82.095	82.746
Mehr als fünf Jahre	-	-	-	-	52.123	48.482
Gesamt	150	865	-	-	171.597	175.013

Bei den Zinsgeschäften ist das Volumen sowohl im kurzfristigen als auch im mittelfristigen Laufzeitbereich angestiegen. Beim Zinsgeschäft beträgt der Anteil des kurzfristigen Laufzeitbe-

reichs (bis ein Jahr Restlaufzeit) am gesamten Geschäft dieser Risikokategorie nunmehr 19,8% (31. Dezember 2016: 21,0%).

Kontrahentengliederung

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2017
Banken in der OECD	60.232	75.827	2.530	2.031
Banken außerhalb der OECD	8	11	-	1
Öffentliche Stellen in der OECD	4.931	7.132	520	255
Sonstige Kontrahenten	106.426	92.043	982	698
Gesamt	171.597	175.013	4.032	2.985

Die Kontrahentengliederung dient der Darstellung der mit dem derivativen Geschäft verbundenen Adressenausfallrisiken. Die Helaba schließt derivative Geschäfte vorwiegend mit OECD-Banken und zentralen Clearing-Stellen ab.

trale Clearing-Stellen; bezogen auf das Nominalvolumen beträgt deren Anteil 96,6% (31. Dezember 2016: 99,2%).

Ein wesentlicher Teil der Geschäfte mit sonstigen Kontrahenten entfällt auf Börsenkontrakte sowie OTC-Transaktionen über zen-

Der überwiegende Anteil der positiven Marktwerte und damit der Wiedereindeckungsrisiken konzentriert sich wie schon in den Vorjahren auf OECD-Banken.

(34) Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands

Die Darstellung des Geschäfts mit derivativen Produkten erfolgt entsprechend den Publizitätsanforderungen gemäß § 285 Nr. 20 HGB in Verbindung mit § 36 RechKredV.

Das Nominalvolumen derivativer Geschäfte des Handels hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,4% verringert. Die Verringerung beruht im Wesentlichen auf Fälligkeiten von Forward Rate Agreements und Devisentermingeschäften. Dem steht eine moderate Steigerung des Volumens der Zinsoptionen und Caps/Floors gegenüber.

Darstellung der Volumina

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2017
Zinsrisiken	279.279	276.922	9.308	8.230
Zins-Swaps	230.192	229.531	8.375	6.911
Forward Rate Agreements	25	2.920	–	–
Zinsoptionen	25.518	24.188	852	1.267
Käufe	10.237	9.240	751	56
Verkäufe	15.281	14.948	101	1.211
Caps, Floors	16.675	13.723	73	51
Börsenkontrakte	6.716	6.453	7	1
Sonstige Zinstermingeschäfte	153	107	1	–
Währungsrisiken	42.858	50.985	1.015	930
Devisentermingeschäfte	34.513	41.872	436	490
Währungs-Swaps/Zins-Währungs-Swaps	7.803	8.451	570	431
Devisenoptionen	542	662	9	9
Käufe	268	328	9	–
Verkäufe	274	334	–	9
Aktien- und sonstige Preisrisiken	4.497	3.627	186	179
Aktienoptionen	3.605	2.735	168	158
Käufe	2.039	1.548	168	–
Verkäufe	1.566	1.187	–	158
Börsenkontrakte	892	892	18	21
Kreditderivate	5.056	4.962	57	61
Käufe	2.628	2.589	1	61
Verkäufe	2.428	2.373	56	–
Rohwarenrisiken	121	147	2	2
Rohwaren-Swaps	48	53	2	2
Rohwarenoptionen	73	94	–	–
Gesamt	331.811	336.643	10.568	9.402

Neben den Nominalvolumina sind die positiven und negativen Marktwerte getrennt ausgewiesen. Netting- oder Collateral-Vereinbarungen finden hier keine Berücksichtigung.

Fristengliederung der Nominalwerte

in Mio. €

	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Bis drei Monate	13.384	20.265	18.853	22.166	295	353
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	26.544	25.842	12.743	14.185	770	689
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	125.570	116.137	8.903	11.634	3.193	2.434
Mehr als fünf Jahre	113.781	114.678	2.359	3.000	239	151
Gesamt	279.279	276.922	42.858	50.985	4.497	3.627

in Mio. €

	Kreditderivate		Rohwenderivate		Gesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Bis drei Monate	120	68	43	47	32.695	42.899
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	370	508	42	32	40.469	41.256
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.448	4.253	36	68	142.150	134.526
Mehr als fünf Jahre	118	133	-	-	116.497	117.962
Gesamt	5.056	4.962	121	147	331.811	336.643

Beim Zinsgeschäft beträgt der Anteil des kurzfristigen Laufzeitbereichs (bis ein Jahr Restlaufzeit) am gesamten Geschäft dieser Risikokategorie nunmehr 14,3 % (31. Dezember 2016: 16,6 %).

Bei den währungsbezogenen Geschäften ist das Volumen im kurz- und mittelfristigen Laufzeitbereich leicht zurückgegangen.

Kontrahentengliederung

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2017
Banken in der OECD	136.118	141.953	4.250	6.027
Banken außerhalb der OECD	23	10	-	-
Öffentliche Stellen in der OECD	24.283	26.774	2.991	956
Sonstige Kontrahenten	171.387	167.906	3.327	2.419
Gesamt	331.811	336.643	10.568	9.402

Die Kontrahentengliederung dient der Darstellung der mit dem derivativen Geschäft verbundenen Adressenausfallrisiken.

Ein wesentlicher Teil der Geschäfte mit sonstigen Kontrahenten entfällt auf Börsenkontrakte sowie OTC-Transaktionen über zentrale Clearing-Stellen; bezogen auf das Nominalvolumen beträgt deren Anteil 68,5 % (31. Dezember 2016: 65,1 %).

Der Anteil der Derivate des Handelsbestands am gesamten Derivatevolumen ist gegenüber dem Vorjahr mit 65,9 % nahezu unverändert (31. Dezember 2016: 65,8 %).

Wie in den vergangenen Jahren bilden Zinskontrakte den Schwerpunkt der Handelstätigkeit. Hier entfallen 64,5 % (31. Dezember 2016: 64,8 %) des Gesamtbestands auf den Handelsbestand. Bei den Währungsrisiken betreffen 70,5 % (31. Dezember 2016: 68,5 %), bei den Kreditderivaten 97,1 % (31. Dezember 2016: 85,2 %) der Kontrakte den Handelsbestand.

(35) Handelsprodukte

in Mio. €

	Aktiv		Passiv		Nettoertrag des Handelsbestands	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Derivative Finanzinstrumente	5.189	7.995	2.441	3.004	177	-12
Zinshandel	4.434	6.716	1.590	2.177	156	-20
Aktienhandel	108	90	104	75	5	-19
Devisenhandel	640	1.186	729	735	20	21
Kreditderivate	6	2	16	14	-10	0
Rohwaren	1	1	2	3	6	6
Forderungen/Verbindlichkeiten	1.213	1.304	4.368	7.974	-2	-3
Schuldscheinanleihen	981	1.140	-	-	-8	6
Tages- und Termingelder	12	13	3.623	6.139	8	0
Repos/Reverse Repos/Wertpapierleihe	22	3	-	-	-	0
Begebene Geldmarktpapiere/ verbriefte Verbindlichkeiten	-	-	613	1.569	-2	-4
Begebene Aktien/Indexzertifikate	-	-	61	149	-13	-6
Sonstiges	198	148	71	117	13	1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.792	7.140	21	15	54	171
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	113	97	-	-	11	25
Sonstiges	-	-	-	-	-19	-18
Provisionen	-	-	-	-	-19	-18
Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e HGB	-	-	-	-	-	-5
Gesamt	12.307	16.536	6.830	10.993	221	158

Bei der Angabe der Aktiva und Passiva aus derivativen Finanzinstrumenten wurde die bilanzielle Saldierung sowohl im Berichtsjahr als auch bei den Vorjahreswerten berücksichtigt.

Bei den Handelsaktiva wurden insgesamt 5,4 Mrd. € (31. Dezember 2016: 5,8 Mrd. €) bei den Handelspassiva 7,0 Mrd. € (31. Dezember 2016: 9,5 Mrd. €) saldiert.

(36) Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB

Per 31. Dezember 2017 beträgt der Buchwert der in Bewertungseinheiten einbezogenen Wertpapiere 12.504 Mio. € (31. Dezember 2016: 11.965 Mio. €).

Für nicht vollständig ausgeglichene Bewertungseffekte aus dem abgesicherten Risiko wird eine Drohverlustrückstellung gebildet. Für bonitätsinduzierte Wertminderungen der Grundgeschäfte wurde im Berichtsjahr eine Abschreibung vorgenommen.

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Bonitätsinduzierte Zuschreibungen auf Wertpapiere	-3	13
Veränderung Drohverlustrückstellung für nicht vollständig ausgeglichene zinsinduzierte Bewertungseffekte	1	-1

(37) Gliederung nach geografischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Posten Zinserträge, Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, Provi-

sionserträge, Nettoertrag des Handelsbestands sowie Sonstige betriebliche Erträge verteilt sich auf die folgenden Märkte:

in Mio. €

	31.12.2017	31.12.2016
Deutschland	2.457	2.813
Europäische Union ohne Deutschland	412	210
Übriges Ausland	283	265

(38) Zinsergebnis

Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften beinhalten in der abgelaufenen Periode negative Zinsen in Höhe von

56,1 Mio. €, die Zinsaufwendungen enthalten einen Ertrag von 41,6 Mio. €.

(39) Provisionserträge

Diese Position enthält im Wesentlichen Provisionserträge aus Bürgschaften und Garantien sowie aus dem Zahlungsverkehr. Weitere Komponenten bilden Provisionserträge aus Dienstleis-

tungen, die gegenüber Dritten für die Verwaltung und Vermittlung von Wertpapiergeschäften und sonstigen Bankdienstleistungen erbracht wurden.

(40) Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

In der Position Sonstige betriebliche Erträge werden in der Bank im Berichtsjahr unter anderem Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 17 Mio. € (2016: 75 Mio. €), aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von 21 Mio. € (2016: 25 Mio. €) und Kostenerstattungen aus Auftragsarbeiten für Dritte in Höhe von 18 Mio. € (2016: 20 Mio. €) ausgewiesen.

Der Aufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen beträgt 94 Mio. € (2016: 53 Mio. €). Die Aufwendungen für nicht eigen genutzte Gebäude belaufen sich im Berichtsjahr auf 10 Mio. € (2016: 9 Mio. €).

Der Posten enthält periodenfremde Erträge in Höhe von 6 Mio. € und periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 2 Mio. €.

(41) Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorgen im Kreditgeschäft werden in dieser Position ausgewiesen. Beim Ausweis der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie

Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft haben wir von der Möglichkeit der Überkreuzkompensation gemäß § 340f HGB Gebrauch gemacht.

(42) Außerordentliches Ergebnis

Die Bank weist zum 31. Dezember 2017 kein außerordentliches Ergebnis aus. Das außerordentliche Ergebnis zum 31. Dezember 2016 in Höhe von 13 Mio. € resultierte, ausschließlich aus Rückstellungszuführungen und umfasste die letztmalige Dotie-

rung der Pensionsrückstellungen in Höhe von 1/15 des Unterschiedsbetrags aus der geänderten Rückstellungsbewertung aufgrund der erstmaligen Anwendung des BilMoG.

(43) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Ertragsteuern entfallen im Wesentlichen auf die Besteuerung der in Deutschland sowie in den USA (Niederlassung New York) steuerpflichtigen Ergebnisse.

(44) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen der Bank auf das gezeichnete Kapital bei 21 Gesellschaften in Höhe von insgesamt 32 Mio. €. Hiervon entfallen 10 Mio. € auf verbundene Unternehmen.

Die Bank ist als unbeschränkt haftender Gesellschafter an der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main beteiligt.

Aus der Anwachsung des Tochterunternehmens Horrido OHG hat die Bank als Rechtsnachfolgerin die Verpflichtungen des Tochterunternehmens übernommen. Im Zuge dessen wurde auch das Gebäude OMEGA E in Offenbach, welches durch Ausübung der Horrido-Kaufoption zum 1. Januar 2017 schon in den Besitz der Horrido OHG gelangt war, in den Gebäudebestand der Bank übernommen.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. angehörender Gesellschafter. Für den Fall der Inanspruchnahme eines früheren Gewährträgers der DekaBank im Rahmen der für die Gewährträgerhaftung geltenden Bestandschutzregelungen gemäß Brüsseler Verständigung I ist die Helaba zu einem internen anteiligen Haftungsausgleich verpflichtet. Die Träger der DekaBank am 18. Juli 2005 haften für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehender Verbindlichkeiten der DekaBank. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten galt dies nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausging.

Den Sicherungseinrichtungen der deutschen Sparkassenorganisation ist die Bank über ihre Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve

der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Diese Sicherungseinrichtung hat institutssichernde Wirkung, das heißt, sie ist darauf angelegt, die angeschlossenen Institute selbst in ihrem Bestand zu schützen. Im Fall des Eintritts von Stützungs-fällen besteht eine Nachschussverpflichtung.

Des Weiteren ist die Helaba dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen angeschlossen. Er gewähr-leistet eine zusätzliche, neben den bestehenden Sicherungsein-richtungen existierende Vorsorge und entfaltet nicht nur instituts-, sondern auch gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von der Landesbank Hessen-Thüringen und den Sparkassen sukzessive dotiert, bis 5 % der Bemessungsgrund-lage (anrechnungspflichtige Positionen gemäß der Solvabilitäts-verordnung) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur erstmaligen vollständi-gen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der Spar-kassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrags.

Bezüglich der Helaba Asset Services (vormals: Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International) sowie der Frank-furter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, trägt die Helaba dafür Sorge, dass die jeweilige Gesellschaft, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen er-füllen kann.

Zur Abwicklung von Clearing-Geschäften sowie für außerbilan-zielle Ziehungsrisiken waren Wertpapiere im Wert von 7,583 Mio. € hinterlegt. Der Kurswert der Papiere für das besich-erte Geldhandelsgeschäft betrug 1,5 Mio. €. Nach ausländi-schen Bestimmungen waren Wertpapiere mit einem Kurswert von umgerechnet 1.993 Mio. € als Sicherheitsleistung gebunden.

Die Helaba hat sich verpflichtet, im Falle der Zahlungsunfähigkeit der LBS Immobilien GmbH beziehungsweise der OFB Projektent-wicklung GmbH (beides verbundene Unternehmen) deren Aus-gleichsbeträge zur jeweiligen Zusatzversorgungskasse zu tragen.

Für den Fall, dass Kapitaleinlagen zurückgezahlt werden, kön-nen Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 205 Mio. € entstehen.

Weitere Verpflichtungen im Sinne des § 285 Nr. 3 HGB bestehen insbesondere aus langfristigen Immobilienmiet- und Leasingver-trägen bankbetrieblich genutzter Immobilien. Für die von der Helaba mit Vertrags- beziehungsweise Kündigungsfristen von 0,5 bis zu 13,5 Jahren genutzten Immobilien sind für 2018 Zahlungs-verpflichtungen für Miet- und Leasingraten in Höhe von 44,1 Mio. € zu erwarten. Sonstige finanzielle Verpflichtungen entstehen im geschäftsüblichen Rahmen zudem aus diversen Miet-, Nutzungs- und Serviceverträgen sowie aus Beratungsvereinbarungen.

Über das von der Helaba initiierte Asset-Backed-Commercial-Paper-Programm OPUSALPHA werden Forderungen aus der Geschäftstätigkeit von und für Kunden verbrieft. Die Emissions-gesellschaft OPUSALPHA Funding Limited wird im Konzernab-schluss der Helaba vollkonsolidiert.

Die für das OPUSALPHA-Programm insgesamt bereitgestellte Liquiditätslinie beträgt 2.109 Mio. € (31. Dezember 2016: 2.797 Mio. €), davon sind am 31. Dezember 2017 1.467 Mio. € (31. Dezember 2016: 1.875 Mio. €) in Anspruch genommen.

Für die OPUSALPHA-Gesellschaften agiert die Helaba als Dienst-leister und ist Zusagen zur Liquiditätsversorgung bis maximal zur Höhe bestehender Ankaufzusagen eingegangen und nach-rangigen Haftungen ausgesetzt, wenn die seitens Dritter getra-genen Risiken, zum Beispiel in Form von Ankaufabschlägen oder Garantien, nicht ausreichen sollten.

Zum 31. Dezember 2017 bestehen für fremde Verbriefungsplatt-formen Liquiditätslinien in Höhe von 65 Mio. € (31. Dezem-ber 2016: 65 Mio. €).

Die möglichen Verpflichtungen aus Prozessrisiken betragen zum 31. Dezember 1 Mio. €. Die Bank hat sich gegenüber einzelnen Toch-tergesellschaften mittels Freistellungserklärungen verpflichtet, diese von Risiken aus bestimmten Rechtsgeschäften freizustellen.

Bei einem ausländischen Pensionsfonds für Pensionszusagen einer ausländischen Niederlassung besteht nach lokalen Bewer-tungsmodalitäten eine Unterdeckung, für die entsprechende Vorsorge getroffen wurde. Die Unterdeckung ist ab 2015 durch Einzahlungen in das korrespondierende Planvermögen zu be-gleichen; dabei erfolgt ein regelmäßiger Abgleich zwischen den Planvermögenswerten nach Einzahlungen und den Auswirkun-gen aufgrund der Anpassung der lokalen Bewertungsparameter. Nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften beläuft sich der Verpflichtungsumfang der mittelbaren Pensionsver-pflichtung (vor Berücksichtigung des bestehenden Planvermö-gens) auf 76 Mio. €. (31. Dezember 2016: 72 Mio. €).

Zum Bilanzstichtag bestehen Verpflichtungen aus bedingten und unbedingten Termingeschäften

- im Währungsbereich (Devisentermin- und -optionsgeschäfte, Währungs- und Zins-Währungs-Swaps),
- im Zinsbereich (Termin- und Optionsgeschäfte mit festver-zinslichen Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, Forward Rate Agreements, Finanz-Swaps und Optionen darauf, Zins-Futures einschließlich Optionen auf diese Geschäfte sowie Zinsbegrenzungsvereinbarungen),
- im Bereich sonstiger Preisrisiken (Aktien- und Aktienin-dex-Terminkontrakte/-Optionen),

- im Bereich von Bonitätsrisiken (Kreditderivate),
- im Bereich von Rohwarenrisiken (Commodity Swaps und Optionen).

Unter Risikogesichtspunkten werden im Handelsbestand überwiegend geschlossene Positionen geführt, die sich aus verschie-

denen Geschäftsarten zusammensetzen. Sofern derivative Instrumente im Nichthandelsbuch gehalten werden, dienen die Geschäfte im Wesentlichen der Absicherung von Marktrisiken auf der Zins- beziehungsweise Währungsseite.

Honorare des Abschlussprüfers

Die Angaben zum Abschlussprüferhonorar gemäß § 285 Nr. 17 HGB sind im Konzernabschluss enthalten.

Die Honorare für Abschlussprüfungsleistungen der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft enthalten neben durch EU-Recht vorgeschriebene Abschlussprüfungen auch solche für die prüferische Durchsicht von Zwischenabschlüssen und nicht durch EU-Recht vorgeschriebene Jahresabschlussprüfungen.

Honorare für andere Bestätigungsleistungen entfallen primär auf Bestätigungen für Sicherungseinrichtungen und gesetzliche Meldungen sowie die Prüfungen des Depot- und Wertpapierdienstleistungsgeschäfts.

Sonstige Leistungen wurden im Wesentlichen in Form von Gutachten und Stellungnahmen zu weiteren fachlichen Themen erbracht.

(45) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Über Geschäftsbeziehungen der Helaba zu nahestehenden Unternehmen und Personen ist nach § 285 Nr. 21 HGB zu berichten. Diese Geschäftsbeziehungen erfolgen zu marktüblichen Bedingungen. Ergänzend zu dem nach § 285 Nr. 21 HGB geforderten Mindestumfang berichten wir umfassend über die Geschäftsbeziehungen zum Kreis der nahestehenden Personen nach Maßgabe internationaler Rechnungslegungsvorschriften (IAS 24). Bezüglich des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen, des Landes Hessen sowie des Freistaates Thüringen als Gesellschafter und Träger sind die Voraussetzungen für eine Befreiung von der Berichterstattung zu nahestehenden Unternehmen als öffentliche Stellen gegeben; von der entsprechenden Regelung wird grundsätzlich Gebrauch gemacht, sofern es sich nicht um

wesentliche Geschäftsvolumina handelt. Die nachfolgenden Angaben betreffen die Geschäftsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen, den assoziierten Unternehmen und Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Helaba-Konzerns, dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen als Gesellschafter sowie den Tochterunternehmen des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen. Ebenso sind die Angaben zu den nach § 285 Nr. 21 HGB definierten Personen in Schlüsselpositionen der Helaba einschließlich deren naher Familienangehöriger sowie von diesen Personen beherrschter Unternehmen in den nachstehenden Aufstellungen enthalten.

Zum 31. Dezember 2017 bestanden folgende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie außerbilanzielle Verpflichtungen des Helaba-Konzerns gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen:

in Mio. €

	Verbundene Unternehmen	Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	Gesellschafter der Helaba	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
Aktiva	4.829	228	2.473	-	7.530
Forderungen an Kreditinstitute	1.019	3	-	-	1.022
Forderungen an Kunden	1.071	211	1.649	-	2.931
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	129	-	129
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	995	-	-	-	995
Handelsaktiva	1	-	695	-	696
Beteiligungen	-	14	-	-	14
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.720	-	-	-	1.720
Sonstige Aktivposten	23	-	-	-	23
Passiva	1.552	42	1.634	-	3.228
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	724	-	114	-	838
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	315	42	1.382	-	1.739
Handelspassiva	3	-	58	-	61
Sonstige Passivposten	510	-	80	-	590
Eventualverbindlichkeiten	30	76	40	-	146

Für den 31. Dezember 2016 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	Verbundene Unternehmen	Beteiligungen an Gemein- schafts- und assoziierten Unternehmen	Gesell- schafter der Helaba	Sonstige nahe- stehende Unternehmen	Gesamt
Aktiva	5.021	652	2.682	–	8.355
Forderungen an Kreditinstitute	1.178	3	–	–	1.181
Forderungen an Kunden	1.007	645	1.458	–	3.110
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	–	–	130	–	130
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.025	–	–	–	1.025
Handelsaktiva	7	3	1.094	–	1.104
Beteiligungen	22	–	–	–	22
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.752	–	–	–	1.752
Sonstige Aktivposten	30	1	–	–	31
Passiva	6.069	330	2.042	4	8.445
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.694	–	142	–	4.836
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	832	293	1.681	4	2.810
Handelspassiva	3	–	79	–	82
Sonstige Passivposten	540	37	140	–	717
Eventualverbindlichkeiten	33	84	49	–	166

Auf Forderungen an Tochtergesellschaften und Gemeinschaftsunternehmen bestehen Wertberichtigungen in Höhe von 40 Mio. € (31. Dezember 2016: 41 Mio. €).

Die Forderungen an sonstige nahestehende Personen umfassen Kredite an Vorstandsmitglieder in Höhe von 0 Mio. € (31. Dezember 2016: 0 Mio. €) und Kredite an Verwaltungsratsmitglieder in Höhe von 0,4 Mio. € (31. Dezember 2016: 0,5 Mio. €).

Die von der Bank gezahlten Gesamtbezüge des Vorstands beliefen sich auf 6,6 Mio. € (2016: 6,5 Mio. €). Dem Verwaltungsrat

wurden 0,9 Mio. € (2016: 0,9 Mio. €) und den Beiräten wie im vorangegangenen Jahr 0,1 Mio. € vergütet. Darüber hinaus werden an die Mitglieder des Verwaltungsrats als Arbeitnehmer Bezüge in Höhe von insgesamt 2,4 Mio. € (2016: 2,5 Mio. €) gezahlt. An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden 3,4 Mio. € (2016: 3,1 Mio. €) gezahlt. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis waren 52,9 Mio. € (2016: 53,7 Mio. €) zurückgestellt.

(46) Beschäftigte im Jahresdurchschnitt

	Weiblich		Männlich		Gesamt	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Bank	1.162	1.139	1.576	1.566	2.738	2.705
WIBank – Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen	242	234	172	169	414	403
Landesbausparkasse	149	163	104	113	253	275
Gesamtbank	1.553	1.536	1.852	1.847	3.405	3.383

(47) Organe der Bank

Verwaltungsrat

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning

Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– Erster stellvertretender
Vorsitzender –

Dr. Thomas Schäfer

Staatsminister
Hessisches Ministerium
der Finanzen
Wiesbaden
– Zweiter stellvertretender
Vorsitzender –

Alexander Wüerst

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Köln
Köln
– Dritter stellvertretender
Vorsitzender –

Andreas Bausewein

Oberbürgermeister
Stadt Erfurt
Erfurt

Dr. Annette Beller

Mitglied des Vorstands
B. Braun Melsungen AG
Melsungen

Ingo Buchholz

Vorsitzender des Vorstands
Kasseler Sparkasse
Kassel
– bis 30. September 2017 –

Patrick Burghardt

Oberbürgermeister
Stadt Rüsselsheim
Rüsselsheim
– bis 31. Dezember 2017 –

Georg Fahrenschon

Präsident
Deutscher Sparkassen- und
Giroverband e. V.
Berlin
– bis 30. November 2017 –

Sven Gerich

Oberbürgermeister
Stadt Wiesbaden
Wiesbaden
– seit 22. November 2017 –
– bis 15. Dezember 2017 –

Stefan Hastrich

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Weilburg
Weilburg

Bertram Hilgen

Oberbürgermeister
Stadt Kassel
Kassel
– bis 21. Juli 2017 –

Günter Högner

Vorsitzender des Vorstands
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden

Dr. Christoph Krämer

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Iserlohn
Iserlohn

Manfred Michel

Landrat
Landkreis Limburg-Weilburg
Limburg an der Lahn

Frank Nickel

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Clemens Reif

Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Thorsten Schäfer-Gümbel

Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Helmut Schmidt

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Saale-Orla
Schleiz

Uwe Schmidt

Landrat
Landkreis Kassel
Kassel

Dr. Hartmut Schubert

Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt

Wolfgang Schuster

Landrat
Lahn-Dill-Kreis
Wetzlar

Dr. Eric Tjarks

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Bensheim
Bensheim

Arnd Zinnhardt

Mitglied des Vorstands
Software AG
Darmstadt

Von den Bediensteten der Bank entsandt

Thorsten Derlitzki
Bankprokurist
Frankfurt am Main
– Vierter stellvertretender
Vorsitzender –

Frank Beck
Stellvertretender
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Gabriele Fuchs
Bankangestellte
Offenbach

Anke Glombik
Bankprokuristin
Erfurt

Thorsten Kiwitz
Stellvertretender
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Christiane Kutil-Bleibaum
Abteilungsleiterin
Düsseldorf

Annette Langner
Bankprokuristin
Frankfurt am Main

Susanne Noll
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Jürgen Pilgenröther
Bankangestellter
Frankfurt am Main

Birgit Sahlinger-Rasper
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Susanne Schmiedebach
Bankprokuristin
Düsseldorf

Thomas Sittner
Bankangestellter
Frankfurt am Main

Mitglieder des Vorstands

Herbert Hans Grüntker
– Vorsitzender –

Thomas Groß
– stellvertretender Vorsitzender –

Jürgen Fenk
– bis 30. September 2017 –

Dr. Detlef Hosemann

Hans-Dieter Kemler
– seit 1. Mai 2017 –

Klaus-Jörg Mulfinger

Dr. Norbert Schraad

(48) Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 285 Nr. 11 und § 340a
Abs. 4 Nr. 2 HGB

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
1	„Dia“ Productions GmbH & Co. KG, Pullach	0,27	0,00		0,0	0
2	1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		7,1	0 ¹⁾
3	ABE CLEARING S.A.S à capital variable, Paris, Frankreich	1,85	1,85		20,4	4.800
4	Advent International GPE V-B Limited Partnership, George Town, Kaimaninseln	1,99	1,99		29,8	1.722
5	Advent International GPE VI Limited Partnership, George Town, Kaimaninseln	0,24	0,24		2.960,3	329.456
6	Airport Office One GmbH & Co. KG, Schönefeld	100,00	0,00		0,0	-9
7	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	1,14	1,14		231,8	22.885
8	Almack Mezzanine I LP, London, Vereinigtes Königreich	3,93	3,93		0,4	83.211
9	Almack Mezzanine II Unleveraged LP, London, Vereinigtes Königreich	5,83	5,83		27,6	10.411
10	AlphaHaus GmbH & Co. KG, Erzhausen	5,50	0,00		0,9	-107
11	Antenne Thüringen GmbH & Co. KG, Weimar	3,50	3,50		2,1	1.288
12	ASTARTE Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	100,00	100,00		-6,2	-137
13	ASTARTE Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	100,00	100,00		0,0	1
14	AVW Assekuranzvermittlung der Wohnungswirtschaft GmbH & Co. KG, Bosau	11,76	0,00		0,2	15.694
15	Bauverein für Höchst a. M. und Umgebung eG, Frankfurt am Main	0,03	0,00		28,6	762
16	BC European Capital VIII-8, Saint Peter Port, Guernsey	1,83	1,83		1.022,5	-144.023
17	BGT-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0 ¹⁾
18	BHT Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Bauhof Maintal KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	1,0	78
19	BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH, Kassel	100,00	0,00		0,0	0 ¹⁾
20	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,4	788
21	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt GZH Gemeindezentrum Hünstetten KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,4	152
22	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt MGK Marstall-Gebäude Kassel KG, Kassel	50,00	50,00	66,67	0,5	38
23	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Sparkassenfiliale Seeheim-Jugenheim KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		2,1	190

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
24	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt TFK II Tiefgarage Kassel 2. BA KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	2,2	236
25	BIL Leasing GmbH & Co. Objekt Verwaltungsgebäude Halle KG i. L., München	100,00	100,00	0,21	0,0	36
26	BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen mbH, Wiesbaden	100,00	100,00		1,3	554
27	BOF III CV Investors LP, Wilmington, USA	4,16	4,16		46,2	13.768
28	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	21,03	21,03		19,2	970
29	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	31,50	31,50		25,3	700
30	BWT Beteiligungsgesellschaft für den Wirtschaftsaufbau Thüringens mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,3	4
31	Campus Kronberg GmbH & Co. KG, Hamburg	6,00	0,00		63,6	5.293
32	Capnamic Ventures Fund II GmbH & Co. KG, Köln	4,27	4,27		0,0	0,0
33	CapVest Equity Partners II, L.P., Hamilton, Bermuda	3,48	3,48		144,8	2.932
34	Castra Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Mainz	2,85	0,00		-19,5	-802
35	Clareant Mezzanine Fund II (No.1) Limited Partnership, Saint Heller, Jersey	4,07	4,07		158,5	-664
36	Clareant Mezzanine No. 1 Fund Limited Partnership, Saint Helier, Jersey	3,40	3,40		150,4	13.276
37	CP Campus Projekte GmbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		1,1	-414
38	DBAG Fund IV GmbH & Co. KG i.L., Frankfurt am Main	6,13	6,13		5,5	-5.267
39	DBAG Fund V GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	7,59	7,59		44,7	47.227
40	Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v. d. Höhe	1,71	0,00		626,8	45.284
41	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	3,74	3,74		180,2	8.725
42	Deutscher Sparkassen Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stuttgart	5,41	5,41		171,7	37.787
43	DIV Grundbesitzanlage Nr. 30 Frankfurt-Deuschherrnufer GmbH & Co. KG i. L., Frankfurt am Main	0,06	0,06		15,3	741
44	DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG, Potsdam	94,89	0,00		36,7	1.832
45	Doughty Hanson & Co. V LP No. 1, London, Vereinigtes Königreich	1,60	1,60		372,5	24.588
46	Dritte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0
47	Dritte OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-4
48	Dritte Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG, Kassel	6,00	0,00		10,8	1.919
49	EIG Energy Fund XIV, L.P., Dover, USA	4,05	4,05		98,6 US-\$	-47.543 US-\$
50	Einkaufszentrum Wittenberg GmbH, Leipzig	50,00	0,00		-0,7	112
51	EQT Expansion Capital II (No. 1) Limited Partnership, Saint Peter Port, Guernsey	4,57	4,57		281,7	-62.612
52	EQT V (No. 1) Limited Partnership, Saint Peter Port, Guernsey	0,28	0,28		1.189,2	-79.540
53	Erste Hessisch-Thüringische Sparkassen-Kapitaleinlagengesellschaft mbH & Co. KG, Sömmerda	6,39	0,00		0,3	216

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
54	Erste OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0
55	Erste Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH, Kassel	6,00	0,00		0,1	4
56	Erste ST Berlin Projekt GmbH & Co KG, Berlin	0,50	0,00		0,0	-8
57	Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		70,4	1
58	Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhausen	1,76	1,76		3.309,3	45.029
59	EUFISERV Payments s.c.r.l., Brüssel, Belgien	11,37	11,37		0,2	46
60	Fachmarktzentrum Fulda GmbH & Co. KG, München	5,10	0,00		42,6	1.592
61	FAM-Grundstücksverwaltungs- und Beteili- gungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	5
62	Family Office der Frankfurter Bankgesellschaft AG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		k. A.	k. A.
63	FHP Friedenauer Höhe Dritte GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
64	FHP Friedenauer Höhe Erste GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
65	FHP Friedenauer Höhe Fünfte GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
66	FHP Friedenauer Höhe Projekt GmbH, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
67	FHP Friedenauer Höhe Sechste GmbH & Co. KG., Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
68	FHP Friedenauer Höhe Vierte GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
69	FHP Friedenauer Höhe Zweite GmbH & Co. KG, Berlin	75,00	0,00		k. A.	k. A.
70	Fiducia & GAD IT AG, Karlsruhe	0,02	0,00		435,1	33.969
71	FIDUCIA Mailing Services eG, Karlsruhe	0,13	0,06		0,1	0
72	FinTech Community Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	33,33	33,33		k. A.	k. A.
73	FMZ Fulda Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-1
74	Fourth Cinven Fund (No. 1) Limited Partnership, Saint Peter Port, Guernsey	1,42	1,42		1.022,0	1.412.618
75	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		11,3	968
76	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	100,00	100,00		107,8 CHF	2.906 CHF
77	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	100,00	100,00		843,2	45.000
78	FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Sied- lungs-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,2	0 ¹⁾
79	G & O Alpha Hotelentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	-3
80	G & O Alpha Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,2	-4
81	G & O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	5
82	G & O Baufeld Alpha 2. BA GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	-4
83	G & O Gateway Gardens Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	-5
84	G & O Gateway Gardens Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,5	379
85	G & O Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	1

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
86	G&O MK 15 Bauherren GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	-27
87	G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		23,4	0 ¹⁾
88	Galerie Lippe GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	94,90	0,00		-1,8	-2.122
89	gatelands Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Schönefeld	75,00	0,00		-0,9	-55
90	gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	75,00	0,00		0,0	2
91	GeckoGroup AG in Insolvenz, Wetzlar	5,02	5,02		0,0	0,0
92	GELIMER Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	8,93	8,93		-1,9	167
93	GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH, Erfurt	100,00	0,00		0,3	0 ¹⁾
94	GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,3	0 ¹⁾
95	GIMPRO Beteiligungs- und Geschäftsführungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,2	4
96	GIZS GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	33,33	33,33		14,7	-3.653
97	GIZS Verwaltungs-GmbH, Frankfurt am Main	33,33	33,33		0,0	-10
98	GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main	11,20	11,20		5,4	729
99	GLB-Verwaltungs-GmbH, Frankfurt am Main	11,20	11,20		0,0	2
100	GLD Verwaltungsgesellschaft GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0
101	GOB Dritte E & A Grundbesitz GmbH, Frankfurt am Main	47,00	0,00		-3,4	-232
102	GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Siebte Rhein-Main KG, Frankfurt am Main	8,84	0,00		5,3	1.095
103	GOB Projektentwicklung Fünfte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	8,84	0,00		0,0	-10
104	GOB Projektentwicklungsgesellschaft E & A mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	0
105	Gründerfonds Ruhr GmbH & Co. KG, Essen	8,96	8,96		0,0	-22
106	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33	0,00		4,3	-1.333
107	Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,1	47
108	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		2,4	2.643
109	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-10
110	GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Frankfurt am Main	100,00	5,10		76,4	4.895
111	GWH Bauprojekte GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		13,6	0 ¹⁾
112	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		949,9	0 ¹⁾
113	GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main	100,00	0,00		368,5	50.667
114	HaemoSys GmbH, Jena	38,33	0,00		-4,8	-524
115	Hafenbogen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		-0,3	-321
116	HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG, Pullach	5,10	5,10		1,5	-7.020
117	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG, Pullach	43,10	0,00		12,9	-407
118	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG, Pullach	63,10	0,00		13,5	-365

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
119	HANNOVER LEASING Wachstumswerte Asien 1 GmbH & Co. KG, Pullach	54,51	0,00		18,5	-210
120	Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-68
121	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	100,00	100,00		54,8	221
122	Helaba Gesellschaft für Immobilienbewertung mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	0
123	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		13,0	0 ¹⁾
124	Helaba Projektbeteiligungsgesellschaft für Immobilien mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		4,5	54
125	Helaba Representação Ltda., São Paulo, Brasilien	100,00	99,00		k. A.	k. A.
126	Helaba-Assekuranz-Vermittlungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,7	354
127	Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG, Pullach	5,92	0,00		-129,9	5.151
128	Hello Darmstadt Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1	-150
129	Herkules Grundbesitz GmbH & Co. Frankfurt KG, Berlin	5,10	5,10		2,6	756
130	Hessen Kapital I GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		34,4	233
131	Hessen Kapital II GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		6,8	206
132	Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel	37,11	37,11		70,1	5.151
133	Hessisch-Thüringische Sparkassen-Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	15,49	0,00		1,8	507
134	HeWiPPP II GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		2,6	34
135	Horus AWG GmbH, Pöcking	50,00	0,00		-0,1	-114
136	HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	10
137	Hutton Collins Capital Partners II L.P., London, Vereinigtes Königreich	1,40	1,40		57,3	5.590
138	Hutton Collins Capital Partners III L.P., London, Vereinigtes Königreich	1,45	1,45		190,6	-56.026
139	Icon Brickell LLC, Miami, USA	14,94	14,94		0,0 US-\$	-154 US-\$
140	Innovationsfonds Hessen-Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	0
141	Interessengemeinschaft Frankfurter Kreditinstitute GmbH, Frankfurt am Main	16,90	4,21		25,4	9.691
142	Investcorp Private Equity 2007 Fund, L.P., George Town, Kaimaninseln	2,01	2,01		300,8 US-\$	42.431 US-\$
143	Kalypso Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-11
144	KHR Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Kulturhalle Rödermark KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	3,2	437
145	Komplementarselskabet Logistica CPH ApS, Kastrup, Dänemark	52,00	52,00		0,0 DKK	-3 DKK
146	Königstor Verwaltungs-GmbH, Kassel	100,00	0,00		0,0	-1
147	Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1	-66
148	Kornmarkt Arkaden Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-2,8	-280
149	Kornmarkt Arkaden Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	3

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
150	Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1	-23
151	Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,8	-316
152	LB(Swiss) Investment AG, Zürich, Schweiz	100,00	0,00		10,2 CHF	1.628 CHF
153	LBS Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,7	87
154	LBS IT Informations-Technologie GmbH & Co KG, Berlin	7,30	7,30		0,0	47
155	LHT MSIP, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		7,0 US-\$	0 US-\$
156	LHT Power Three LLC, Wilmington, USA	100,00	100,00		33,7 US-\$	-364 US-\$
157	LHT TCW, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		21,3 US-\$	413 US-\$
158	LHT TPF II, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		5,9 US-\$	-523 US-\$
159	Logistica CPH K/S, Kastrup, Dänemark	53,33	53,33		0,8 DKK	1.624 DKK
160	Magical Produktions GmbH & Co. KG, Pullach	1,50	0,00		-8,9	10.193
161	Magnolia GmbH & Co. KG, Nonnweiler	6,00	0,00		-0,1	-10
162	Magnum Capital, L.P., Edinburgh, Vereinigtes Königreich	1,45	1,45		564,9	130.710
163	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesell- schaft mbH & Co. Bad Homburg v.d.H. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,4	5
164	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesell- schaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	2
165	MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0 ¹⁾
166	MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH, Frankfurt am Main	99,99	0,00		8,1	1.313
167	MBG H Mittelständische Beteiligungsgesell- schaft Hessen mbH, Wiesbaden	32,52	32,52		10,4	402
168	Merian GmbH Wohnungsunternehmen, Frankfurt am Main	94,90	0,00		23,1	1.092
169	MESTO Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	1,00	1,00		-3,8	248
170	Mezzanine Management Fund IV ‚A‘ L.P., Hamilton, Bermuda	7,46	7,46		53,3	-26.636
171	MezzVest II, L.P., Saint Helier, Jersey	3,50	3,50		0,1	-18.867
172	Mittelhessenfonds GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		-2,5	24
173	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	38,56	38,56		23,7	1.214
174	Montindu S.A./N.V., Brüssel, Belgien	100,00	99,97		15,1	227
175	Multi Park Mönchhof Dritte GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		0,5	-13
176	Multi Park Mönchhof GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		0,0	-7
177	Multi Park Mönchhof Main GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		1,6	1.511
178	Multi Park Verwaltungs GmbH, Neu-Isenburg	50,00	0,00		0,0	1
179	NAsP III/V GmbH, Marburg	14,92	0,00		2,8	-716
180	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Ent- wicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	0,89	0,00		495,8	29.432
181	neue leben Pensionsverwaltung AG, Hamburg	3,20	0,00		2,3	-52
182	Neunte P 1 Projektgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-53
183	North Haven Infrastructure Partners LP, Wilmington, USA	0,25	0,00		2.431,6 US-\$	93.198 US-\$
184	Nötzli, Mai & Partner Family Office AG, Zürich, Schweiz	100,00	0,00		0,3 CHF	65 CHF
185	Objekt Limes Haus GmbH & Co. KG, Hamburg	5,10	0,00		17,0	568

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
186	OFB & Procom Objekt Neu-Ulm GmbH & Co. KG, Neu-Ulm	50,00	0,00		0,4	7
187	OFB & Procom Rüdesheim GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		-0,1	-7
188	OFB Berlin Projekt GmbH, Berlin	100,00	0,00		0,0	-1
189	OFB Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		5,9	90
190	OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,1	0 ¹⁾
191	OFB Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	1
192	Office One Verwaltung GmbH, Schönefeld	100,00	0,00		0,0	1
193	PALMYRA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG S.e.n.c., Luxemburg, Luxemburg	5,20	0,00		69,6	363
194	Pan-European Infrastructure Fund LP, Saint Helier, Jersey	0,73	0,73		2.897,7	257.682
195	PATRIZIA Hessen Zehn GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	5,20	0,00		-1,3	-165
196	PineBridge PEP IV Co-Investment L.P., Wilmington, USA	9,51	0,00		18,1 US-\$	-3.908 US-\$
197	PineBridge PEP IV Non-U.S. L.P., Wilmington, USA	17,00	0,00		16,8 US-\$	1.010 US-\$
198	PineBridge PEP IV Secondary L.P., Wilmington, USA	16,10	0,00		10,9 US-\$	-555 US-\$
199	PineBridge PEP IV U.S. Buyout L.P., Wilmington, USA	17,21	0,00		42,3 US-\$	5.098 US-\$
200	PineBridge PEP IV U.S. Venture L.P., Wilmington, USA	17,51	0,00		21,9 US-\$	83 US-\$
201	Private Equity Thüringen GmbH & Co. KG, Erfurt	14,11	14,11		2,7	-31
202	Procom & OFB Projektentwicklung GmbH, Hamburg	50,00	0,00		0,0	-3
203	Projekt Erfurt B38 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,2	-210
204	Projekt Feuerbachstraße Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	70,00	0,00		0,0	0
205	Projekt Hirschgarten MK8 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-1,0	-615
206	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	30,00	0,00		-1,2	-220
207	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	30,00	0,00		k. A.	k. A.
208	Projektentwicklung Königstor GmbH & Co. KG, Kassel	100,00	0,00		-0,4	-743
209	Projektentwicklung Neuwerkstraße 17 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-1
210	Projektentwicklungs-GmbH & Co. Landratsamt KG, Wolfhagen	6,00	0,00		3,0	456
211	Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schule an der Wascherde KG, Lauterbach	6,00	0,00		0,2	16
212	Projektgesellschaft Andreasstraße mbH, Erfurt	6,00	0,00		0,6	0
213	Projektgesellschaft ILP Erfurter Kreuz mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-2
214	PVG GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,4	252 ¹⁾
215	Rebstöcker Straße GmbH & Co. KG, Hamburg	5,10	0,00		-17,8	-412
216	Rotunde - Besitz- und Betriebsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Erfurt	60,00	60,00	33,33	0,6	48
217	Rotunde Verwaltungsgesellschaft mbH, Erfurt	60,00	60,00	33,33	k. A.	k. A.

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
218	RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG, München	9,60	9,60		14,9	1.825
219	S CountryDesk GmbH, Köln	5,00	2,50		0,4	32
220	S.W.I.F.T. Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication SCRL, La Hulpe, Belgien	0,00	0,00		325,2	20.722
221	S-Beteiligungsgesellschaft Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,2	-13
222	SCHUFA Holding AG, Wiesbaden	0,28	0,00		75,5	28.228
223	SIX Group AG, Zürich, Schweiz	0,00	0,00		2.554,4 CHF	221.100 CHF
224	SIZ GmbH, Bonn	5,32	5,32		4,9	334
225	SKYGARDEN Arnulfpark Verwaltungs GmbH, Grünwald	50,00	0,00		0,0	0
226	sono west Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	70,00	0,00		15,0	-581
227	Sparkassen-Marktservice Beteiligungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	40,00		8,0	224
228	Sparkassen-Marktservice Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	50,00	40,00		0,0	0
229	SOO Stadt Quartier Offenburg GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,2	-120
230	Stresemannquartier GmbH & Co. KG, Berlin	50,00	0,00		0,5	30.842
231	Systemo GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		2,2	265
232	TCW/Crescent Mezzanine Partners IVB, L.P., Los Angeles, USA	2,08	0,00		29,4 US-\$	-6.336 US-\$
233	TdW südwest Treuhandgesellschaft für die Südwestdeutsche Wohnungswirtschaft mbH, Frankfurt am Main	3,25	0,00		1,8	121
234	TE Beta GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,4	96
235	TE Gamma GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	8
236	TE Kronos GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,7	-2
237	Tenaska Power Fund, L.P., Wilmington, USA	1,55	0,00		32,7 US-\$	4.625 US-\$
238	TF H III Technologiefonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wiesbaden	25,00	25,00		1,7	-72
239	TF H Technologie-Finanzierungsfonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (TF H GmbH) i. L., Frankfurt am Main	66,67	66,67	66,66	0,6	-2
240	TFK Hessengrund-Gesellschaft für Bauland- beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Tiefgarage Friedrichsplatz Kassel KG i. L., Kassel	33,33	33,33	66,67	1,5	-25
241	THE TRITON FUND II L.P., Saint Helier, Jersey	0,77	0,77		400,5	122.886
242	TPF II, LP, Wilmington, USA	2,37	0,00		78,3 US-\$	7.708 US-\$
243	Triton Fund III L.P., Saint Helier, Jersey	0,71	0,71		1.681,6	613.480
244	True Sale International GmbH, Frankfurt am Main	7,69	7,69		4,8	46
245	uniQus Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1	-117
246	Unterstützungseinrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0
247	VCM Golding Mezzanine GmbH & Co. KG, München	6,48	6,48		6,7	3.252
248	VCM Golding Mezzanine SICAV II, Luxemburg, Luxemburg	4,20	4,20		73,6	10.648
249	Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,3	0 ¹⁾
250	Verso Grundstücksentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1	49

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
251	Verso Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		1,8	782
252	Vierte Airport Bureau-Center KG Airport Bureau Verwaltungs GmbH & Co., Berlin	31,98	31,98		-4,9	-1.748
253	Vierte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0
254	Vierte OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0
255	Volks- Bau- und Sparverein Frankfurt am Main eG, Frankfurt am Main	0,01	0,00		10,6	3.557
256	Westhafen Haus GmbH & Co. Projektentwick- lungs-KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		-0,2	0
257	Westhafen-Gelände Frankfurt am Main GbR, Frankfurt am Main	0,00	0,00	33,33	0,0	-3
258	WoWi Media GmbH & Co. KG, Hamburg	23,72	0,00	19,24	2,8	-11
259	Zweite Hessisch-Thüringische Sparkassen- Kapitaleinlagengesellschaft mbH & Co. KG, Battenberg	10,32	0,00		0,4	265
260	Zweite OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0
261	Zweite OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,2	186
262	Zweite Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH, Kassel	6,00	0,00		0,1	3
263	Zweite ST Berlin Projekt GmbH & Co. KG, Berlin	0,50	0,00		-0,1	-114

¹⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.
k. A.: Es liegt kein festgestellter Jahresabschluss vor.

(49) Liste der Mandate in Aufsichtsgremien gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Mandate der Vorstandsmitglieder

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Herbert Hans Grüntker	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Hans-Dieter Kemler	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Thomas Groß	Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart	Mitglied
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Präsident
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Erster stellvertretender Vorsitzender
Dr. Detlef Hosemann	DSGF Deutsche Servicegesellschaft für Finanzdienstleister mbH	Mitglied
	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Mitglied
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Klaus-Jörg Mulfinger	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied

Mandate anderer Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Diana Häring	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dirk Mewesen	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Michael Reckhard	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied
Klaus Georg Schmidbauer	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied
André Stolz	Nassauische Sparkasse, Wiesbaden	Mitglied

(50) Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2017 nicht ergeben.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 27. Februar 2018

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Grüntker Groß Dr. Hosemann

Kemler Mulfinger Dr. Schraad

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf

einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale beschrieben sind.“

Frankfurt am Main/Erfurt, den 27. Februar 2018

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Grüntker Groß Dr. Hosemann

Kemler Mulfinger Dr. Schraad

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale,
Frankfurt am Main/Erfurt

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die nichtfinanzielle Erklärung nach § 289b Abs. 1 HGB haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze

ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten nichtfinanziellen Erklärung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen un-

abhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutendsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

- 1. Risikovorsorge für das Schiffskreditportfolio**
- 2. Bemessung der Pauschalwertberichtigungen im Kreditgeschäft**

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

1. Sachverhalt und Problemstellung
2. Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
3. Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Risikovorsorge für das Schiffskreditportfolio

1. Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden unter dem Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ unter anderem Schiffskredite ausgewiesen. Für das Schiffskreditportfolio besteht eine bilanzielle Risikovorsorge, die sich aus Einzel- und Pauschalwertberichtigungen zusammensetzt. Im Geschäftsjahr 2017 war das Schiffskreditportfolio aufgrund des sich weiter verschlechternden Marktumfelds der Haupttreiber für die Zuführungen zu den Einzelwertberichtigungen. Bei der Ermittlung der Risikovorsorge werden von den gesetzlichen Vertretern Schätzungen insbesondere zur Entwicklung der zukünftigen Charraten und Annahmen zur Verwertung der finanzierten und als Sicherheit verpfändeten Schiffe getroffen. Da diese Bewertungsparameter einen bedeutsamen Einfluss auf die Höhe gegebenenfalls erforderlicher Wertberichtigungen haben und diese Wertberichtigungen insofern mit erheblichen Unsicherheiten behaftet sind, war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.
2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir unter anderem die Angemessenheit der relevanten Kreditprozesse im internen Kontrollsystem der Gesellschaft zur Bewertung von Schiffsfinauzierungen beurteilt und deren Wirksamkeit mit Hilfe von Funktionstests untersucht. Dabei haben wir auch die in diesem Bereich bestehende Geschäftsorganisation, IT-Sys-

teme und Bewertungsmodelle berücksichtigt. Darüber hinaus haben wir die Bewertung der Schiffskredite, einschließlich der Angemessenheit geschätzter Werte, auf der Basis einer risikoorientierten Stichprobe beurteilt, indem wir unter anderem die richtige Anwendung der Bewertungsmodelle nachvollzogen und die Angemessenheit der verwendeten zukünftigen Charraten und der weiteren Inputfaktoren gewürdigt haben. Ergänzend dazu haben wir uns bei unserer Einschätzung der von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Bewertungsannahmen auf allgemeine und branchenspezifische Markterwartungen gestützt. Die von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft zur Bewertung des Schiffskreditportfolios angewandten Bewertungsparameter und -annahmen stimmen insgesamt mit unseren Erwartungen überein und liegen auch innerhalb der aus unserer Sicht vertretbaren Bandbreiten.

3. Zur Risikovorsorge für das Schiffskreditportfolio verweisen wir auf die Angaben im Anhang zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Allgemeinen unter den Ziffern (1) und (41), die auch die Risikovorsorge für das Schiffskreditportfolio umfassen.
- 2. Bemessung der Pauschalwertberichtigungen im Kreditgeschäft**
 1. Im Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 werden von den Bilanzposten „Forderungen an Kreditinstitute“ und „Forderungen an Kunden“ Pauschalwertberichtigungen aktivisch abgesetzt. Die Pauschalwertberichtigungen beinhalten eine zusätzliche Vorsorgekomponente, die die Gesellschaft für die Abschirmung zusätzlicher, durch statistische Analysen noch nicht erkannter Risiken in einzelnen Teilkreditportfolios gebildet hat. Ein Großteil davon entfällt auf das Schiffskreditportfolio. Die Auswahl der betreffenden Teilkreditportfolios und die Bemessung der für diese Teilportfolios zusätzlich gebildeten Pauschalwertberichtigungen sind in hohem Maße von der Einschätzung durch die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft abhängig. Die Bewertung ist daher mit einer erheblichen Unsicherheit behaftet und war für unsere Prüfung von besonderer Bedeutung.
 2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir unter anderem die Begründung der gesetzlichen Vertreter für die Auswahl derjenigen Teilkreditportfolios gewürdigt, bei denen aus ihrer Sicht das Erfordernis zur Bildung zusätzlicher, über die im Regelprozess parameterbasiert gebildeten Pauschalwertberichtigungen hinaus besteht. Ferner haben wir die den einzelnen Teilkreditportfolios zugrundeliegenden Bemessungsgrundlagen für die Bildung der zusätzlichen Wertberichtigungen nachvollzogen und die Angemessenheit der verwendeten Bewertungsparameter (z. B. am Markt beobachtbare Credit Spreads für bestimmte Länderrisiken,

Sicherheitenwerte für Schiffskredite) beurteilt. Darüber hinaus haben wir die Berechnungen der Gesellschaft rechnerisch nachvollzogen. Im Hinblick auf das Schiffskreditportfolio haben wir insbesondere beurteilt, ob Veränderungen der Einzelwertberichtigungen für Schiffskredite im Geschäftsjahr bei der Bemessung der zusätzlichen Pauschalwertberichtigungen zutreffend berücksichtigt wurden und insofern keine Doppelberücksichtigung erfolgt ist. Die von

den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft zur Bemessung der zusätzlichen Pauschalwertberichtigungen angewandten Bewertungsparameter und -annahmen stimmen insgesamt mit unseren Erwartungen überein und liegen auch innerhalb der aus unserer Sicht vertretbaren Bandbreiten.

3. Die Angaben der Gesellschaft zu den Pauschalwertberichtigungen im Kreditgeschäft sind im Anhang unter der Ziffer (1) enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die nicht-finanzielle Erklärung nach § 289b Abs. 1 HGB.

Die sonstigen Informationen umfassen zudem die übrigen Teile des Jahresfinanzberichts – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und

dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes

der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere

Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Trägerversammlung am 23. März 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 3. Mai 2017 vom Vorstand beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1953 als Abschlussprüfer der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Peter Flick.

Frankfurt am Main, den 27. Februar 2018

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Burkhard Eckes
Wirtschaftsprüfer

Peter Flick
Wirtschaftsprüfer

Anhang B

Finanzangaben der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale 2016 auf Konzernebene



Konzernlagebericht

(Ohne den Abschnitt „Prognose- und Chancenbericht“)

- 8 Grundlagen des Konzerns**
- 11 Wirtschaftsbericht**
- 14 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage**
- 21 Nachtragsbericht**
- 21 Risikobericht**

Konzernlagebericht

Grundlagen des Konzerns

Geschäftsmodell des Konzerns

Als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut verfolgt die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) das langfristig angelegte strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit starkem regionalen Fokus, ausgewählter internationaler Präsenz und enger Integration in die Sparkassen-Finanzgruppe.

Von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell der Helaba ist ihre öffentlich-rechtliche Rechtsform. Die Helaba handelt auf Grundlage der für sie geltenden staatsvertraglichen und satzungsrechtlichen Bestimmungen renditeorientiert. Staatsvertrag und Satzung setzen den rechtlichen Rahmen für das Geschäftsmodell der Helaba. Ebenso von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell sind die Zugehörigkeit der Helaba zur Sparkassen-Finanzgruppe mit ihrem institutssichernden Sicherungssystem sowie die Arbeitsteilung zwischen Sparkassen, Landesbanken und weiteren Verbundinstituten, der hohe Trägeranteil der Sparkassenorganisation sowie die Beibehaltung und der Ausbau der Aktivitäten im Verbund- und im Öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäft.

Das strategische Geschäftsmodell der Helaba basiert auf den drei Unternehmenssparten Großkundengeschäft, Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft sowie Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft. Die Bank hat ihre Sitze in Frankfurt am Main und Erfurt und ist mit Niederlassungen in Düsseldorf und Kassel sowie Paris, London und New York vertreten. Durch die Niederlassungen verstärkt die Helaba ihre Nähe zu den Kunden und Sparkassen. Darüber hinaus eröffnen die ausländischen Niederlassungen der Helaba den Zugang zu den Refinanzierungsmärkten, insbesondere auch für die Währungen US-Dollar und Britisches Pfund. Hinzu kommen Repräsentanzen und Vertriebsbüros sowie Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Zur Unterstützung ihrer Vertriebsaktivitäten in Skandinavien hat die Helaba im Jahr 2016 eine Repräsentanz in Stockholm eröffnet. Eine weitere Repräsentanz in São Paulo ist geplant.

Die Helaba konzentriert ihre Geschäftsaktivitäten in der Unternehmenssparte Großkundengeschäft auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften, Global Markets, Asset Management und das Transaktionsgeschäft. Geografisch liegt der Schwerpunkt auf Deutschland, ergänzt um Engagements in ausgewählten europäischen Ländern und Nordamerika. Die Helaba prägt stabile, langfristige Geschäftsbeziehungen mit ihren Kunden. Im Vertrieb verfolgt die Helaba zwei verschiedene Ansätze, zum einen gegenüber Produktkunden

aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend durch Ausrichtung des Kundenvertriebs auf Zielkunden im Bereich von Großunternehmen und dem gehobenen Mittelstand, institutionellen Kunden, ausgewählten ausländischen Kunden sowie inländischen öffentlichen Gebietskörperschaften und kommunalnahen Unternehmen. Bei ihren Zielkunden strebt die Helaba den Kernbankstatus an.

In der Unternehmenssparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft verfolgt die Helaba das strategische Ziel, ihre Position als führende Sparkassenverbundbank in Deutschland weiter zu stärken. In dieser Sparte konzentrieren sich die Geschäftsaktivitäten auf Deutschland mit besonderem Schwerpunkt auf Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg. Die Helaba ist Sparkassenzentralbank und Verbundbank für die Sparkassen in diesen vier Regionen und damit für 40 % aller Sparkassen in Deutschland. In Hessen und Thüringen bilden die Verbundsparkassen und die Helaba die Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen mit dem Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit, mit einer konsolidierten Verbundrechnung und einem gemeinsamen Verbund-Rating. In Nordrhein-Westfalen wurden mit den Sparkassen und ihren Verbänden umfangreiche Kooperations- und Geschäftsvereinbarungen getroffen. Mit den Sparkassen in Brandenburg bestehen ebenfalls Kooperationsvereinbarungen zur vertrieblichen Zusammenarbeit. Die Vereinbarungen mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg ergänzen das Verbundkonzept der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) ist die Helaba in beiden Bundesländern einer der Marktführer im Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, eine 100%ige und vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der Helaba in öffentlicher Rechtsform, ist mit über 850.000 Kunden die führende Retail-Bank in der Region Frankfurt am Main und mit der 1822direkt im nationalen Direktbankgeschäft tätig. Durch die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und deren 100%ige Tochter Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG deckt die Helaba ihr Angebot für Sparkassen im Private Banking, im Wealth Management und in der Vermögensverwaltung ab.

In der Unternehmenssparte Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft ist die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) – eine rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba – mit der Verwaltung öffentlicher Förderprogramme des Landes Hessen betraut. Für die WIBank

besteht in Übereinstimmung mit dem in der Europäischen Union (EU) anzuwendenden Recht eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen. Die Geschäftsaktivitäten der WIBank richten sich nach den Förderzielen des Landes Hessen. Die Helaba ist darüber hinaus an anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen beteiligt.

Steuerungsinstrumentarium und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung verfügt die Helaba über integrierte Systeme zur Geschäfts- und Produktivitätssteuerung. Grundlage ist eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung. Die Steuerung beinhaltet dabei sowohl die Steuerung der absoluten Erträge und Kosten als auch die integrierte Steuerung der Deckungsbeiträge. Zielsetzung ist das Erreichen einer Cost-Income-Ratio von unter 65 %. Sie berechnet sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zum Gesamtertrag (Ergebnis vor Steuern abzüglich Verwaltungsaufwand und Risikoversorge im Kreditgeschäft). In dieser Systematik erfolgt auch die jährliche Planung, aus der eine Planung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) abgeleitet wird. Ausgehend von einer unterjährig regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung im Deckungsbeitragschema werden regelmäßige Plan-Ist-Vergleiche erzeugt und Abweichungsanalysen durchgeführt. Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Eine wesentliche Kennzahl zur Steuerung der Bestände ist das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (definiert als Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Aktiv-Neugeschäft mit einer Refinanzierungslaufzeit von mindestens einem Jahr). Insbesondere zur risiko- und rentabilitätsorientierten Steuerung der Neugeschäfte wird eine systematische Vorkalkulation der Kreditgeschäfte durchgeführt.

Das Eigenkapital wird über die Allokation regulatorischer und ökonomischer Limite sowie über die Eigenmittelquote gesteuert. Die Kapital-Zielquoten werden unter Berücksichtigung der durch die Europäische Zentralbank (EZB) aufgestellten zusätzlichen Eigenmittelanforderungen definiert. Die Rentabilitätsziele werden über die Eigenkapitalrentabilität (Verhältnis aus dem Ergebnis vor Steuern zum durchschnittlich eingesetzten Eigenkapital nach IFRS) gesteuert.

Nach der Capital Requirements Regulation (CRR) sind eine Verschuldungsquote (Leverage Ratio), eine kurzfristige Liquiditätskennziffer (Liquidity Coverage Ratio, LCR) und eine auf die Stabilität der Refinanzierung ausgerichtete Kennziffer (Net Stable Funding Ratio, NSFR) zu ermitteln. Die Helaba berücksichtigt diese Quoten und Anforderungen in ihrem Liquiditätsmanagement und bei der Optimierung ihres Geschäftsportfolios. Im Zuge der Implementierung des einheitlichen europäischen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM)

wird die Festlegung einer institutsspezifischen Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (Minimum Requirement for own funds and Eligible Liabilities, MREL) erfolgen.

Die Geschäftsaktivitäten der Helaba sind auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtet. Die Bank ist Produkt- und Dienstleistungslieferant für ein breites Spektrum unterschiedlicher Kundengruppen. Die Geschäftsaktivitäten der Bank sind eng mit der Realwirtschaft verzahnt. Den Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft zeigt der Anteil der Kundengeschäfte (Forderungen an Kunden und angeschlossene Sparkassen) an der Gesamtbilanzsumme.

Bei ihrer Refinanzierung nutzt die Helaba unterschiedliche Refinanzierungsquellen und -produkte. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den sich durch die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund ergebenden Anker-Refinanzierungsquellen durch direktes und indirektes Sparkassengeschäft (Depot A und Depot B). Hinzu kommen die über die WIBank aufgenommenen Fördermittel sowie die Pfandbriefemissionen als kosteneffizienter Bestandteil der stabilen Refinanzierungsbasis.

Die Helaba baut als führende Verbundbank der Sparkassen-Finanzgruppe ihre Geschäftsbeziehungen zu den bundesdeutschen Sparkassen kontinuierlich aus. In den Regionen Hessen, Thüringen und Nordrhein-Westfalen, in denen die Helaba die Sparkassenzentralbankfunktion innehat, wird nach einheitlichen Kriterien eine Produktnutzungsquote ermittelt, die angibt, wie hoch der Anteil des mit der Helaba und ihren Tochtergesellschaften getätigten Geschäfts am Gesamtbezug der jeweiligen Sparkasse ist. Mit den Sparkassen werden gemeinsame Zielproduktnutzungsquoten vereinbart.

Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag bekennt sich die Helaba in ihren Nachhaltigkeitsleitsätzen nach innen und gegenüber der Öffentlichkeit zu ihrer ökologischen und gesellschaftlichen Verantwortung und legt Verhaltensmaßstäbe auf den Gebieten Geschäftstätigkeit, Geschäftsbetrieb, Mitarbeiter und gesellschaftliches Engagement fest. Ihre Verantwortung gegenüber Umwelt und Gesellschaft hat die Helaba darüber hinaus in verbindliche Vorgaben in ihrer Geschäftsstrategie umgesetzt. Danach fließen die Identifizierung und Bewertung von Umweltrisiken und von sozialen und ethischen Gesichtspunkten in die Risikobeurteilungs- und Risikomanagementprozesse der Helaba ein. Die Helaba prüft die Erstellung und Installierung eines Regelprozesses zur angemessenen Berücksichtigung von Umweltrisiken sowie sozialen und ethischen Gesichtspunkten bei der Entscheidung über die Vergabe einschlägiger Kredite. Herstellung und Handel kontroverser Waffenarten werden von der Helaba nicht finanziert. Auf Spekulationsgeschäfte mit Agrarrohstoffen verzichtet die Helaba ebenso wie auf die Entwicklung von Investmentprodukten mit Bezug zu Agrarrohstoffen. Ihrer Verantwortung für den Klimaschutz trägt die

Helaba unter anderem dadurch Rechnung, dass sie sich für energieeffiziente Technologien und erneuerbare Energien einsetzt. Bei der Finanzierung technischer Anlagen und Verfahren setzt sich die Helaba für die Verwendung möglichst klimaneutraler Technologien ein. Durch die jährliche Ermittlung von Umweltkennzahlen im Geschäftsbetrieb und deren Veröffentlichung im Internet macht die Helaba wesentliche Elemente ihres ökologischen Profils transparent und schafft Anreize für die weitere Verringerung von Verbrauchs- und Emissionswerten.

Die Helaba und die Frankfurter Sparkasse gehören zu den Unterzeichnern der „Charta der Vielfalt“, einer Selbstverpflichtungserklärung von Unternehmen zu einer vorurteils- und diskriminierungsfreien Unternehmenskultur. Die Helaba ist direkt beziehungsweise über die Frankfurter Sparkasse als Sponsor in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens engagiert und fördert zahlreiche Einrichtungen und Projekte in Kultur, Bildung, Umwelt, Sport und Sozialwesen.

Die Helaba wird regelmäßig von Nachhaltigkeits-Rating-Agenturen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitsleistung bewertet. Die Ratings sind ein zentrales Element bei der Analyse und Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsprofils. Die Helaba ist bestrebt, eine kontinuierliche Verbesserung der externen Einschätzung zu erzielen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

■ Geschäfts- und Personalstrategie

Die Grundsätze der Personalarbeit der Helaba leiten sich aus der Geschäftsstrategie ab. Sie berücksichtigen dabei die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und regulatorischen Entwicklungen. Die Kernaufgaben sind beispielsweise das bedarfsorientierte Beschaffen geeigneter Mitarbeiter, das Bereitstellen professioneller Serviceleistungen und attraktiver Vergütungs- und Nebenleistungen, wie einer betrieblichen Altersversorgung, sowie die Personalentwicklung und Nachwuchsförderung.

■ Vergütungsgrundsätze

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie definieren die Handlungsspielräume für die Beschäftigten. Daran ausgerichtet ist auch das Vergütungssystem. In der Vergütungsstrategie und den Vergütungsgrundsätzen hat die Bank den Zusammenhang zwischen Geschäftsstrategie, Risikostrategie und Vergütungsstrategie geregelt. Die Vergütungsstrategie berücksichtigt die Erfüllung der Zielvorgaben aus der operativen Planung bei der Ermittlung eines Gesamtbankbudgets und der Zuordnung der Budgets für die variable Vergütung auf Bereichsebene. Der Bezug zwischen Vergütungsstrategie und strategischen Zielen der Geschäftsbereiche ist somit sichergestellt. Bei den Corporate-Center-Bereichen orientiert sich die Zuordnung von Bereichsbudgets am Ergebnis der Gesamtbank und an der Erreichung qualitativer Ziele. Durch dieses Vorgehen wird ausgeschlossen, dass bei einzelnen Beschäftigten Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken entstehen. Die Festgehälter orientieren sich an den Markterfordernissen.

■ Entwicklung

Trotz hoher Kostensensibilität investiert die Helaba in die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin auf hohem Niveau. Das bedarfsgerecht aufgestellte Angebot an Seminaren zur fachlichen, persönlichen, sozialen und methodischen Entwicklung hilft Führungskräften und Mitarbeitern bei der alltäglichen Arbeit. Ergänzt wird dieses Angebot durch Fremdsprachentrainings, themenspezifische Angebote externer Seminaranbieter sowie betriebswirtschaftliche Studiengänge.

■ Nachwuchsförderung

Die gesellschaftlichen Veränderungen, resultierend aus der demografischen Entwicklung und der fortschreitenden Digitalisierung, werden langfristig betrachtet auf die Wettbewerbsfähigkeit der Helaba Einfluss nehmen. Das hat Konsequenzen für die Gestaltung personalwirtschaftlicher Prozesse. Der demografische Wandel stellt die Helaba vor die Herausforderung, potenzialstarke Nachwuchskräfte zu gewinnen und zu binden. Darüber hinaus stellt die fortschreitende Digitalisierung Unternehmen vor veränderte Anforderungen, um vor allem für eine junge Zielgruppe von Arbeitnehmern attraktiv zu bleiben. Erkennbar wird dies beispielsweise in sich verändernden Rekrutierungsprozessen, die sich zunehmend mehr in der Kandidatenansprache über Social-Media-Kanäle auszeichnen.

■ Weitere Schwerpunkte

Schwerpunkte der aktuellen Personalarbeit sind darüber hinaus die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Gesundheitsmanagement, das Change Management sowie die Führungskräfteausbildung. Diverse Kennzahlen wie beispielsweise eine geringe Fluktuationsrate, die Dauer der Betriebszugehörigkeit und ein niedriger Krankenstand bestätigen dabei die Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiter.

Die Helaba hat im Verlauf des Jahres 2016 eine bankweite Mitarbeiterbefragung durchgeführt; über 2.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder 83 % haben die Gelegenheit genutzt, ihre Meinung zur Helaba zu sagen. Die Ergebnisse dienen nun als Basis für eine bedarfsorientierte Weiterführung der Arbeit an der Unternehmens- und Führungskultur und werden auch in 2017 aktiv zur Ableitung von weiteren strategischen und operativen Handlungsempfehlungen gleichermaßen genutzt werden.

Darüber hinaus konnten in 2016 neue Dienstvereinbarungen über das Mitarbeitergespräch zu Zielvereinbarung, Zielerreichung und Leistungsbewertung wie auch zur daraus folgenden Ableitung in eine variable Jahresabschlussvergütung mit den Mitarbeitergremien einvernehmlich verhandelt werden. Das Mitarbeitergespräch fördert das vertrauensvolle Miteinander zwischen Mitarbeiter und Führungskraft. Gleichermaßen erfüllen die Verhandlungsergebnisse auch die aktuellen regulatorischen Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung vollumfänglich.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen in Deutschland

Die deutsche Volkswirtschaft expandierte 2016 mit 1,9% (kalendarbereinigt 1,8%) zum dritten Mal in Folge über ihrem Wachstumspotenzial, also dem Wachstum, das bei normal ausgelasteten Kapazitäten langfristig zu erwarten ist. Die Wirtschaftsentwicklung war vor allem konsumgetrieben. Der Wachstumsbeitrag des privaten Verbrauchs lag bei über einem Prozentpunkt. Zusammen mit den Konsumausgaben des Staates ist hierdurch der gesamte Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts zu erklären. Deutlich gestiegene Tarifeinkommen bei weitgehend stabilen Preisen und die zunehmende Beschäftigung erhöhten die Realeinkommen der Verbraucher. Zusätzlich stimulierte die Zuwanderung nach Deutschland die privaten und öffentlichen Konsumausgaben.

Enttäuschend verlief dagegen die Investitionstätigkeit der Unternehmen. Der Wachstumsbeitrag war nur leicht positiv, während der Außenhandel sogar etwas bremste. Die Unsicherheiten beim Export wirkten negativ auf die Investitionen, obwohl niedrige Kapitalmarktzinsen und eine leicht überdurchschnittliche Kapazitätsauslastung eigentlich für mehr Kapitalbildung gesprochen hätten. Der Wohnungsbau profitiert von der hohen Nachfrage nach Wohnraum vor allem in den Großstädten, sehr niedrigen Hypothekenzinsen, dem Mangel an Anlagealternativen sowie mehr Investitionen in den Bestand. Der öffentliche und der gewerbliche Bau haben sich 2016 erholt.

Das Wettbewerbsumfeld des deutschen Bankensektors ist durch die andauernde Null- und Negativzinsphase und die Maßnahmen zur Umsetzung der europäischen Bankenunion geprägt. Neben den historisch niedrigen Leitzinsen führen die Ankaufprogramme der EZB zu enormer Liquidität in den Märkten. Darüber hinaus drängen institutionelle Anleger (Versicherungen, Pensionskassen) infolge ihres Anlagedrucks in den Markt und werden zu Wettbewerbern der Banken. Durch den zunehmenden Verdrängungswettbewerb erhöht sich der Druck auf die Margen.

Durch die Entwicklung der Informationstechnologie sowie die zunehmende Verbreitung des Internets werden immer mehr Bereiche der Wirtschaft digitalisiert. Für Finanzdienstleister entstehen neue Wege des Kundenzugangs, des Datenaustauschs mit dem Kunden und des Angebots von Produkten über Online- und mobile Kanäle.

Im Privatkundengeschäft haben auf diese Weise Direktbanken, Filialbanken und immer mehr auch Internet-Unternehmen, die keine Banken sind (so genannte FinTechs), teilweise im Wettbewerb, teilweise in Kooperation neue Kommunikations- und Absatzwege erschlossen. In immer stärkerem Maß rückt

nun auch das Geschäft mit Firmen- und Immobilienkunden und institutionellen Anlegern in den Fokus. Derivateplattformen ermöglichen den reversionssicheren Abschluss von Währungshedges mittels standardisierter Prozesse, Kreditportale vermitteln kleinen Firmenkunden Finanzierungen durch Banken oder direkt durch institutionelle oder private Investoren, Banken analysieren ihre Kundendaten, um Wege zum effektiveren Produktangebot zu finden. Weltweit wird die Blockchain-Technologie weiterentwickelt, um neue, schnellere und kostensparende Wege zum Austausch von Daten zu finden – mögliche Anwendungsfälle reichen von speziellen Handelsmöglichkeiten bis hin zum SEPA-Zahlungsverkehr.

Bei den aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen ergaben sich folgende wesentliche Veränderungen:

- **EZB-Aufsicht (Single Supervisory Mechanism, SSM)**
Die Helaba-Gruppe (im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) sowie der CRR) mit den verbundenen Tochterinstituten Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG gehört zu den als „bedeutend“ eingestuften Instituten, die unter der direkten Aufsicht der EZB stehen. Mit Schreiben vom 25. November 2016 hat die EZB der Helaba-Gruppe das Ergebnis des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory and Evaluation Process, SREP) mitgeteilt. Die hieraus resultierende mindestens vorzuhaltende harte Kernkapitalquote liegt für die Helaba-Gruppe für 2017 bei 7,43%. Diese Anforderung setzt sich aus der Säule 1, Mindestkapitalanforderung, der Säule 2, Kapitalanforderung, sowie den Kapitalpuffern zusammen. Für 2016 hatte die EZB die mindestens vorzuhaltende harte Kernkapitalquote mit 9,25% festgesetzt.
- **EBA-Stresstest und Transparency Exercise**
Nach dem letzten Stresstest im Rahmen des Comprehensive Assessments im Jahr 2014 haben die European Banking Authority (EBA) und die Europäische Zentralbank (EZB) erneut einen EU-weiten Stresstest durchgeführt, dessen Ergebnisse am 29. Juli 2016 veröffentlicht wurden. Die Anzahl der einbezogenen Banken hat sich im Vergleich zu 2014 von 123 auf 51 Banken reduziert. Auch im Jahr 2016 gehörte die Helaba zu den teilnehmenden Banken. Im Ergebnis hat sich die Helaba als Institut mit komfortabler Kapitalausstattung erwiesen. Die konzernweite harte Kernkapitalquote (CET1, phased in), die zum Jahresende 2015 mit 13,8% ausgewiesen wurde, reduzierte sich als Ergebnis des Stresstests im dritten Stressjahr um 3,7 Prozentpunkte auf 10,1%. Das absolute CET1-Niveau lag – ausgehend von einer gestärkten Ausgangsbasis per 31. Dezember 2015 – über den Werten des Stresstests des Jahres 2014.

Neben dem Stresstest hat die EBA in 2016 auch erneut eine EU-weite Transparency Exercise durchgeführt, deren Ergebnisse am 2. Dezember 2016 veröffentlicht wurden. Diese umfasst detaillierte Informationen zu Kapitalausstattung, Risikolage und Qualität der Aktiva der teilnehmenden Institute zu den Stichtagen 30. Juni 2016 und 31. Dezember 2015. An der Erhebung waren 131 Banken aus 24 Ländern des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) beteiligt. Neben der soliden Kapitalausstattung und Risikolage zeigte sich dabei die hohe Qualität des Kreditportfolios der Helaba-Gruppe in einer NPL-Quote von 2,04 % zum 30. Juni 2016. Die Bank unterschreitet damit den im europäischen Vergleich sehr niedrigen deutschen Durchschnitt von 2,72 %. Zum 31. Dezember 2016 beträgt die NPL-Quote 1,65 %.

- **Einheitlicher Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM)**

Neben dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus ist der einheitliche Abwicklungsmechanismus die zweite Säule der europäischen Bankenunion und besteht aus dem einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund, SRF) und der europäischen Abwicklungsbehörde (Single Resolution Board, SRB). Der Abwicklungsfonds wird durch die europäische Bankenabgabe gespeist, die seit 2015 erhoben wird. Seit Januar 2016 hat das SRB zentrale Entscheidungsbefugnisse und Verantwortlichkeiten übernommen. Als „bedeutendes“ Institut ist die Helaba im Verantwortungsbereich des SRB angesiedelt. Im ersten Halbjahr 2016 wurde eine Datenabfrage zur Abwicklungsplanung und zu den Mindestanforderungen an Eigenmittel und „berücksichtigungsfähige“ Verbindlichkeiten (MREL) durchgeführt. Im November 2016 wurde der Helaba als Ergebnis der Datenabfrage ein indikatives MREL-Ziel für den Konzern mitgeteilt. Der MREL-Bestand der Helaba liegt deutlich über der mitgeteilten Zielgröße.

- **Eigenkapital und Liquidität (Basel III/CRD IV/CRR)**

Ende 2016 beträgt die harte Kernkapitalquote (CET1-Quote) des Helaba-Konzerns 14,3 % (unter Berücksichtigung der CRR-Übergangsregelungen) beziehungsweise 13,8 % („fully loaded“, das heißt bei Anwendung der CRR-Endstufe) und die Gesamtkapitalquote 20,5 % (Anwendung CRR-Übergangsregelungen) beziehungsweise 19,6 % („fully loaded“, das heißt bei Anwendung der CRR-Endstufe). Die Helaba verfügt damit über eine komfortable Eigenmittelausstattung und erfüllt alle derzeit bekannten aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Für Kapitalinstrumente, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an Kernkapital aber nicht mehr erfüllen, sieht die CRD IV eine Übergangsfrist bis Ende 2021 vor. Dies betrifft bei der Helaba stille Einlagen in Höhe von nominal 953 Mio. €.

Die europaweit einheitlichen Liquiditätsdeckungsanforderungen (Liquidity Coverage Ratio, LCR) werden schrittweise angehoben, beginnend mit 70 % im Jahr 2016 über 80 % im Jahr 2017 auf 100 % im Jahr 2018. Zum 31. Dezember 2016 beträgt die LCR 129,2 %. Mit der Net Stable Funding Ratio (NSFR) wird ab 2018 ein Indikator für die mittel- bis langfristige strukturelle Liquidität als Mindeststandard eingeführt, den die Helaba bereits heute in ihren Steuerungssystemen berücksichtigt. Beide Liquiditätskennziffern werden grundsätzlich zu einer Erhöhung der Kosten für das Liquiditätsmanagement und damit zu Rentabilitätsbelastungen führen. Die Helaba hat sich frühzeitig auf die neuen Anforderungen an das Liquiditätsmanagement eingestellt und sieht sich gut gerüstet, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechend zu erfüllen.

Die Verschuldungsquote (Leverage Ratio) misst das Verhältnis des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu den ungewichteten bilanziellen und außerbilanziellen (inklusive Derivaten) Aktivpositionen. Zurzeit ist die Leverage Ratio der Aufsicht als Beobachtungskennzahl zu melden und von den Instituten offenzulegen. Eine verbindliche Mindestquote von 3,0 % soll voraussichtlich ab 1. Januar 2019 gelten. Über die Einzelheiten wird die EU-Kommission voraussichtlich 2017 entscheiden. Zum Stichtag 31. Dezember 2016 beträgt die Leverage-Ratio-Quote der Helaba mit Übergangsbestimmungen gemäß Delegated Act 4,74 %.

- **Sicherungseinrichtungen**

Mit dem zum 3. Juli 2015 in Kraft getretenen Einlagensicherungsgesetz hat der deutsche Gesetzgeber die Vorgaben der EU-Richtlinie über Einlagensicherungssysteme umgesetzt. Danach können institutsbezogene Sicherungssysteme unter den vorgeschriebenen Voraussetzungen als Einlagensicherungssysteme anerkannt werden. Dementsprechend erhielt das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht die Anerkennung als Einlagensicherungssystem im Sinne des Einlagensicherungsgesetzes. Von den Kundeneinlagen des Helaba-Konzerns gelten insgesamt 15,1 Mrd. € als „gedeckte Einlagen“ im Sinne des Einlagensicherungsgesetzes.

Geschäftsverlauf

Die Geschäfts- und Ertragslage der Helaba war im Geschäftsjahr 2016 geprägt von einem mit 1,9 % robusten realen Wirtschaftswachstum in Deutschland und einem anhaltenden Niedrigzinsumfeld, in dem neue historische Tiefstände verzeichnet wurden.

Obwohl das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (Laufzeit größer als ein Jahr, ohne das wettbewerbsneutrale Fördergeschäft der WIBank) im Konzern mit

18,5 Mrd. € (2015: 19,2 Mrd. €) leicht zurückging, konnten Fälligkeiten und Sondertilgungen sowie ein währungsbedingter Rückgang nahezu ausgeglichen werden. Die Forderungen an Kunden bewegen sich mit 93,1 Mrd. € (31. Dezember 2015: 93,2 Mrd. €) auf dem Niveau des Vorjahres. Die Forderungen an angeschlossene Sparkassen sind aufgrund der Liquiditätssituation der Institute auf 6,4 Mrd. € (31. Dezember 2015: 7,2 Mrd. €) zurückgegangen. Die Fokussierung der Kreditvergabe auf die Kunden der Kerngeschäftsfelder und die Sparkassen als Verbundpartner entspricht der kundenorientierten Ausrichtung des Geschäftsmodells der Helaba. Der Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft, das heißt der Anteil der Kundengeschäfte an der Konzernbilanz, stieg aufgrund des Rückgangs der Bilanzsumme im Jahr 2016 auf 60 % (31. Dezember 2015: 58 %).

Trotz relativ großer Marktschwankungen zu Beginn des Jahres zeigte sich das Marktumfeld für das Refinanzierungsgeschäft im Verlauf des Jahres 2016 insgesamt positiv für Finanzinstitute aus den Kernländern des Euroraums. Die Refinanzierungsmittel konnten von der Helaba während des gesamten Jahres problemlos und kostengünstig bei institutionellen und privaten Anlegern aufgenommen werden. Dabei profitierte die Bank unverändert von ihrem strategischen Geschäftsmodell sowie ihrer stabilen Ertrags- und Geschäftsentwicklung.

In 2016 konnten mittel- und langfristige Refinanzierungsmittel in Höhe von rund 17,2 Mrd. € (2015: 17,3 Mrd. €) aufgenommen werden. Das ungedeckte Refinanzierungsvolumen betrug dabei rund 14,2 Mrd. € (2015: 11,4 Mrd. €). Trotz des anhaltenden Niedrigzinsumfelds lag der Absatz von Retail-Emissionen, die über das Vertriebsnetz der Sparkassen platziert wurden, bei einem Volumen von rund 2,4 Mrd. € und damit nur leicht unter dem Niveau des Vorjahres (2,7 Mrd. €). Die Pfandbriefemissionen beliefen sich insgesamt auf 3,0 Mrd. € (2015: 4,8 Mrd. €), wovon 60 % auf Hypothekendarlehen und 40 % auf öffentliche Pfandbriefe entfielen. Unter anderem konnte erfolgreich ein Hypothekendarlehen über 600 Mio. US-\$ mit einer vierjährigen Laufzeit bei institutionellen Investoren platziert werden. Durch die Kundeneinlagen im Retail-Geschäft innerhalb des Konzerns, insbesondere über das Tochterinstitut Frankfurter Sparkasse, wird die Refinanzierungsbasis wie in den Vorjahren weiter diversifiziert.

Die Helaba ist Verbundbank für 157 Sparkassen in vier Bundesländern und damit für rund 40 % der bundesdeutschen Sparkassen. Die Zusammenarbeit mit den angeschlossenen Sparkassen entwickelte sich im Jahr 2016 weiterhin stabil.

Am 16. Dezember 2016 hat die Helaba mit der CORESTATE Capital Holding S.A. den Verkauf ihres 44,2 %-Anteils an der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG vereinbart. Neben der Helaba hat auch die Hessisch-Thüringische Sparkassen-Beteiligungsgesellschaft den Verkauf ihrer Beteiligung von 48 % ab-

geschlossen. Die Transaktion steht unter dem Vorbehalt der Bankenaufsicht und wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2017 wirksam. Die Helaba bleibt anschließend mit 5,1 % an der HANNOVER LEASING als Minderheitsgesellschafter beteiligt.

Auch im Geschäftsjahr 2016 erzielte die Helaba ein Ergebnis, das die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte und stiller Einlagen, eine Ausschüttung an die Kapitalgeber sowie die Dotierung der Gewinnrücklage zur Stärkung des Kernkapitals erlaubt.

Die Cost-Income-Ratio liegt zum Stichtag 31. Dezember 2016 bei 63,7 % (31. Dezember 2015: 58,8 %) und damit klar innerhalb des Zielkorridors (Ziel 2016: < 65 %). Die Eigenkapitalrentabilität sank auf 7,2 % (31. Dezember 2015: 8,1 %); sie liegt ebenfalls innerhalb des Zielkorridors von 6 bis 8 %.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Veränderung des Konsolidierungskreises

Die Veränderung des Konsolidierungskreises im Geschäftsjahr 2016 hatte keinen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage. Sie betrifft überwiegend Objektgesellschaften aus der Immobilienprojektentwicklung.

Ertragslage des Konzerns

	2016	2015	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	1.231	1.312	-81	-6,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-154	-237	83	35,0
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.077	1.075	2	0,2
Provisionsüberschuss	340	333	7	2,1
Handelsergebnis	146	190	-44	-23,2
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option	51	22	29	>100,0
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-5	3	-8	>-100,0
Ergebnis aus Finanzanlagen und at Equity bewerteten Unternehmen	53	-10	63	>100,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	119	173	-54	-31,2
Verwaltungsaufwand	-1.232	-1.190	-42	-3,5
Ergebnis vor Steuern	549	596	-47	-7,9
Ertragsteuern	-209	-177	-32	-18,1
Konzernjahresergebnis	340	419	-79	-18,9

Die Helaba hat im Geschäftsjahr 2016 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 549 Mio. € erzielt und konnte damit das durchschnittliche Ergebnisniveau der Jahre 2012 bis 2015 (550 Mio. €) erreichen. Bedingt durch die gute Verfassung der deutschen Wirtschaft sowie die hohe Qualität des Geschäftsportfolios fiel der Risikovorsorgebedarf deutlich geringer aus als im Vorjahr. Das operative Geschäft, das sich insbesondere im Zins- und Provisionsüberschuss niederschlägt, entwickelte sich angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen zufriedenstellend. Während der Provisionsüberschuss erneut gesteigert werden konnte, sank der Zinsüberschuss aufgrund der Belastungen aus dem anhaltend niedrigen Zinsniveau unter den Vorjahreswert. Sehr volatil entwickelte sich das Handelsergebnis, das nach einem negativen Ergebnis im ersten Halbjahr aufgrund des EU-Referendums in Großbritannien im zweiten Halbjahr deutlich anstieg. Hohe regulatorisch bedingte Kostensteigerungen sowie die Abschreibung auf den Firmenwert der Frankfurter Sparkasse aufgrund der aus der aktuellen Planung abgeleiteten geringeren Ausschüttung, die den Verwaltungsaufwand beziehungsweise das sonstige betriebliche Ergebnis belasteten, hat die Helaba gut verkraften können. Die einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung entwickelten sich wie folgt:

Der Zinsüberschuss beträgt 1.231 Mio. € und liegt damit um 6,2 % unter dem Vorjahresergebnis (2015: 1.312 Mio. €). Sowohl ein im Jahresdurchschnitt niedrigerer Bestand als auch rück-

läufige Margen führten zu einer Verringerung des Zinsüberschusses im operativen Kreditgeschäft. Belastend wirkte sich auch das niedrige Zinsniveau im Zahlungsverkehr, im Bauspargeschäft sowie bei der Frankfurter Sparkasse aus.

Der Aufwand für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft beträgt -154 Mio. € (2015: -237 Mio. €). Auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen entfiel eine Nettozuführung von -228 Mio. € (2015: -156 Mio. €). Die für nicht akut ausfallgefährdete Kreditengagements gebildete Portfoliowertberichtigung wurde um 72 Mio. € aufgelöst (2015: Zuführung um -93 Mio. €). Der Saldo aus Direktabschreibungen, Zuführungen zu Rückstellungen für Risiken aus dem außerbilanziellen Kreditgeschäft und Eingängen aus abgeschriebenen Forderungen ergibt einen Ertrag von 2 Mio. € (2015: 12 Mio. €). Nach Risikovorsorge ist der Zinsüberschuss von 1.075 Mio. € auf 1.077 Mio. € gestiegen.

Der Provisionsüberschuss ist um 7 Mio. € auf 340 Mio. € gestiegen. Der Provisionsüberschuss wird im Wesentlichen von der Helaba, der Frankfurter Sparkasse und der Helaba Invest generiert. Dabei entwickelten sich insbesondere die Provisionen aus dem Zahlungsverkehr der Helaba und der Vermögensverwaltung der Helaba Invest positiv. Die Beiträge der Frankfurter Sparkasse bewegen sich auf Vorjahresniveau.

Das Handelsergebnis liegt mit 146 Mio. € unter dem Vorjahreswert von 190 Mio. € und resultiert im Wesentlichen aus dem zinsbezogenen Geschäft, das den geschäftlichen Schwerpunkt der kundengetriebenen Kapitalmarktaktivitäten darstellt. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem Abbau von Handelsbuchbeständen und der Veränderung von Bewertungsanpassungen bei den Derivaten. Die Handelsaktivitäten wurden im Wesentlichen vom Einzelinstitut getätigt.

Das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option (FVO) ist von 22 Mio. € im Vorjahr auf 51 Mio. € im Geschäftsjahr 2016 gestiegen. Eine wesentliche Ursache für das positive Ergebnis ist das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der konsolidierten Spezialfonds, das neben unrealisierten Bewertungseffekten auch realisierte Verkaufserlöse umfasst und mit 23 Mio. € (2015: –31 Mio. €) ausgewiesen wird. Eine weitere Ursache ist die Ausweitung der Credit Spreads bei Banken des Euroraums, die zu deutlichen Bewertungserfolgen bei Finanzverbindlichkeiten der Fair Value-Option führten. Rückläufig entwickelte sich der Bewertungseffekt aus der Liquiditätskomponente von Fremdwährungen (Cross Currency Basis Spread) im Rahmen der Derivatebewertung, der im Vorjahr zu einem signifikanten Ergebnisbeitrag führte. Unter Berücksichtigung dieser Liquiditätskomponente beträgt das Bewertungsergebnis der zur Zinssteuerung eingesetzten Bankbuchderivate –35 Mio. € nach 23 Mio. € im Jahr 2015. Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, in dem der ineffektive Teil von Mikro-Hedges ausgewiesen wird, beträgt –5 Mio. € (2015: 3 Mio. €).

Das Ergebnis aus Finanzanlagen ist von 7 Mio. € auf 45 Mio. € gestiegen und wesentlich durch die Bewertung einer Anleihe der HETA Asset Resolution AG geprägt. Während die Anleihe im Vorjahr mit –37 Mio. € wertgemindert wurde, erfolgte im Berichtsjahr eine Zuschreibung in Höhe von 28 Mio. €. Unter Berücksichtigung dieser Effekte beträgt das Bewertungsergebnis auf Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale (AFS) 26 Mio. € nach –56 Mio. € im Vorjahreszeitraum. Die realisierten Veräußerungsgewinne und -verluste aus Finanzinstrumenten der Kategorie AFS liegen bei 19 Mio. € (2015: 63 Mio. €). Hiervon wurden durch den Verkauf von Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren 6 Mio. € (2015: 36 Mio. €) erzielt. Aus assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die at Equity bewertet werden, resultiert ein Ergebnisbeitrag von 8 Mio. € (2015: –17 Mio. €).

Das sonstige betriebliche Ergebnis hat sich von 173 Mio. € auf 119 Mio. € vermindert. Es ist wesentlich durch das hierin enthaltene Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien in Höhe von 141 Mio. € (2015: 133 Mio. €) geprägt, welches überwiegend von der GWH-Gruppe erwirtschaftet wird. Es setzt sich zusammen aus dem Saldo aus Mieterträgen, Abgangsergebnissen, Betriebskosten und Abschreibungen. Die deutliche Verringerung des sonstigen betrieblichen Ergebnisses ist zum einen durch die Abschreibung auf den Firmenwert der

Frankfurter Sparkasse in Höhe von –31 Mio. € begründet. Zum anderen wirkte sich die Zuführung zu Rückstellungen für Kaufpreiskrisen aufgrund des Verkaufs der HANNOVER LEASING mit –47 Mio. € belastend aus.

Der Verwaltungsaufwand ist um –42 Mio. € auf –1.232 Mio. € gestiegen. Dieser setzt sich aus dem Personalaufwand von –625 Mio. € (2015: –624 Mio. €), anderen Sachaufwendungen von –569 Mio. € (2015: –526 Mio. €) sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte von –38 Mio. € (2015: –40 Mio. €) zusammen. Während die Tarifanpassung im Jahr 2016 zu einem Anstieg der Personalaufwendungen führte, wirkten geringere Aufwendungen für die Altersvorsorge sowie ein geringerer Personalbestand entlastend. Im Jahresdurchschnitt wurden im Konzern 6.101 Mitarbeiter beschäftigt, gegenüber 6.200 im Jahr 2015. Zum Anstieg der anderen Verwaltungsaufwendungen haben Aufwendungen für die Informationstechnologie (IT) und Beratungsaufwendungen im Zusammenhang mit der Umsetzung regulatorischer Vorgaben und mit der Umsetzung geschäftsgetriebener Anforderungen beigetragen. Auch die Beiträge zur europäischen Bankenabgabe sind von –27 Mio. € im Vorjahr auf –37 Mio. € im Berichtsjahr gestiegen. Dagegen blieben die Aufwendungen für Verbandsumlagen und Reservefonds in Höhe von –59 Mio. € gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Den Verwaltungsaufwendungen stehen operative Erträge in Höhe von 1.935 Mio. € (2015: 2.023 Mio. €) gegenüber, so dass sich eine Cost-Income-Ratio von 63,7 % (2015: 58,8 %) ergibt. Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern ist von 8,1 % auf 7,2 % gesunken. Die Kapitalrendite gemäß Artikel 90 CRD IV beträgt unverändert zum Vorjahr 0,2 %.

Der Ertragsteueraufwand beträgt –209 Mio. € (2015: –177 Mio. €). Er resultiert im Wesentlichen aus der Bank Inland (–127 Mio. €), der Frankfurter Sparkasse (–31 Mio. €), der Niederlassung New York (–25 Mio. €) und der GWH (–24 Mio. €). Von dem Ertragsteueraufwand entfallen –135 Mio. € auf tatsächliche Steuern. Die Entstehung beziehungsweise die Realisierung temporärer Differenzen führte zu latenten Steueraufwendungen von –74 Mio. €. Durch den Anstieg nicht abziehbarer Betriebsausgaben und gleichzeitigem Rückgang steuerfreier Erträge ist die Steuerquote gegenüber dem Vorjahr auf 38,1 % (2015: 29,7 %) angestiegen.

Das Ergebnis nach Steuern beziehungsweise das Konzernjahresergebnis ist um 18,9 % auf 340 Mio. € gesunken. Von dem Konzernjahresergebnis entfallen auf konzernfremde Anteilseigner konsolidierter Tochtergesellschaften –5 Mio. € (2015: –8 Mio. €), so dass den Gesellschaftern des Mutterunternehmens 345 Mio. € (2015: 427 Mio. €) zuzurechnen sind. Hiervon sind ein Betrag von 28 Mio. € zur Bedienung der im Eigenkapital ausgewiesenen Kapitaleinlagen des Landes Hessen und ein Betrag von 62 Mio. € zur Ausschüttung an die Anteilseigner vorgesehen.

Das Gesamtergebnis des Geschäftsjahres 2016 ist von 439 Mio. € auf 276 Mio. € gesunken. Neben dem Konzernjahresergebnis, wie es in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen wird, gehen hier als sonstiges Ergebnis erfolgsneutral im Eigenkapital erfasste Ergebnisse der Periode ein. Das sonstige Ergebnis beträgt –64 Mio. € (2015: 20 Mio. €). Deutlich negativ ausgewirkt hat sich die Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten

Versorgungsplänen bedingt durch die Reduzierung des Diskontierungszinssatzes mit –168 Mio. € vor Steuern (2015: 77 Mio. €). Zur Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurde ein Zinssatz von durchschnittlich 1,7 % (2015: 2,5 %) zugrunde gelegt. Aus Finanzinstrumenten der Kategorie AfS wurde in 2016 ein erfolgsneutrales Periodenergebnis von 63 Mio. € vor Steuern erzielt. Im Vorjahr betrug dieses Ergebnis –62 Mio. €.

Bilanz

Aktiva

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Forderungen an Kreditinstitute inklusive Barreserve	18.331	19.053	–722	–3,8
Forderungen an Kunden	93.078	93.194	–116	–0,1
Wertberichtigungen auf Forderungen	–772	–986	214	21,7
Handelsaktiva	20.498	26.078	–5.580	–21,4
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	4.024	4.376	–352	–8,0
Finanzanlagen und Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	25.796	26.609	–813	–3,1
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien, Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	2.711	2.512	199	7,9
Ertragsteueransprüche	522	495	27	5,5
Sonstige Aktiva	976	925	51	5,5
Summe Aktiva	165.164	172.256	–7.092	–4,1

Passiva

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	30.138	35.976	–5.838	–16,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	46.824	47.727	–903	–1,9
Verbrieftete Verbindlichkeiten	50.948	47.073	3.875	8,2
Handelspassiva	18.713	22.423	–3.710	–16,5
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	3.918	4.380	–462	–10,5
Rückstellungen	2.319	2.089	230	11,0
Ertragsteuerverpflichtungen	184	184	–	–
Sonstige Passiva	647	692	–45	–6,5
Nachrangkapital	3.623	4.036	–413	–10,2
Eigenkapital	7.850	7.676	174	2,3
Summe Passiva	165.164	172.256	–7.092	–4,1

Die Konzernbilanzsumme der Helaba nahm im Geschäftsjahr 2016 um 4,1 % beziehungsweise –7,1 Mrd. € auf 165,2 Mrd. € ab. Der Rückgang der Bilanzsumme ist maßgeblich auf den gezielten Abbau der Handelsaktiva zurückzuführen. Das Geschäftsvolumen, in das zusätzlich zu den Aktiva auch außerbilanzielle Verpflichtungen aus dem Bankgeschäft und Treuhandgeschäft eingehen, nahm um 2,8 % auf 195,0 Mrd. € (31. Dezember 2015: 200,6 Mrd. €) ab.

Die Forderungen an Kreditinstitute sind um 11,1 % auf 15,2 Mrd. € (31. Dezember 2015: 17,1 Mrd. €) gesunken, was insbesondere auf die Reduzierung der Tages- und Termingelder um –1,7 Mrd. € auf 3,0 Mrd. € zurückzuführen ist. Von den Forderungen an Kreditinstitute entfallen 6,4 Mrd. € (31. Dezember 2015: 7,2 Mrd. €) auf Refinanzierungsmittel, die den Sparkassen in Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg zur Verfügung gestellt wurden. Die Barreserve, bei der es sich im

Wesentlichen um Guthaben bei den Zentralnotenbanken handelt, beträgt zum Bilanzstichtag 3,1 Mrd. € (31. Dezember 2015: 1,9 Mrd. €).

Die Forderungen an Kunden betragen nahezu unverändert 93,1 Mrd. € (31. Dezember 2015: 93,2 Mrd. €). Von den Forderungen an Kunden entfallen auf gewerbliche Immobilienkredite 33,0 Mrd. € (31. Dezember 2015: 31,9 Mrd. €) und auf Infrastruktorkredite 15,0 Mrd. € (31. Dezember 2015: 15,3 Mrd. €).

Der Bestand an Wertberichtigungen auf Forderungen ist von 1,0 Mrd. € auf 0,8 Mrd. € gesunken. Von diesem Betrag entfallen 272 Mio. € (31. Dezember 2015: 348 Mio. €) auf Portfoliowertberichtigungen, die auf nicht akut ausfallgefährdete Kreditengagements gebildet wurden.

Die zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Handelsaktiva wurden – wie bereits in den Vorjahren – auch im Geschäftsjahr 2016 gezielt abgebaut. Der Rückgang von 26,1 Mrd. € auf 20,5 Mrd. € ist auf den Abbau der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere auf 6,7 Mrd. € (31. Dezember 2015: 12,4 Mrd. €) zurückzuführen. Auch die Forderungen des Handelsbestands sind um –0,2 Mrd. € auf 1,3 Mrd. € gesunken. Die positiven Marktwerte der zu Handelszwecken gehaltenen Derivate haben sich um 0,4 Mrd. € auf 12,3 Mrd. € geringfügig erhöht.

Die Finanzanlagen, die zu rund 99 % aus Schuldverschreibungen bestehen, verringerten sich um –0,8 Mrd. € auf 25,8 Mrd. €.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind deutlich um –5,8 Mrd. € auf 30,1 Mrd. € gesunken. Ursächlich hierfür waren sowohl ein Rückgang der Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften um –3,6 Mrd. € als auch um –3,2 Mrd. € gesunkene Tages- und Termingelder sowie Sichteinlagen. Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten entfallen auf Verbindlichkeiten gegenüber Sparkassen in Hessen und Thüringen sowie Nordrhein-Westfalen und Brandenburg 5,5 Mrd. € (31. Dezember 2015: 6,6 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden werden mit 46,8 Mrd. € (31. Dezember 2015: 47,7 Mrd. €) ausgewiesen. Dabei verzeichneten die Tages- und Termingelder einen Rückgang um –0,6 Mrd. € auf 14,1 Mrd. €. Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen 16,0 Mrd. € (31. Dezember 2015: 15,5 Mrd. €) auf die Frankfurter Sparkasse. Die Bauspareinlagen haben sich auf 4,5 Mrd. € (31. Dezember 2015: 4,2 Mrd. €) erhöht.

Die verbrieften Verbindlichkeiten sind um 3,9 Mrd. € auf 50,9 Mrd. € gestiegen. Die Steigerung betrifft insbesondere ungedeckte Schuldverschreibungen (22,3 Mrd. €; 31. Dezember 2015: 18,6 Mrd. €) und begebene Geldmarktpapiere (8,0 Mrd. €; 31. Dezember 2015: 7,1 Mrd. €). Dagegen haben sich die Emissionen von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekendarlehen auf 20,7 Mrd. € (31. Dezember 2015: 21,4 Mrd. €) verringert.

Der Rückgang der Handelspassiva von 22,4 Mrd. € im Vorjahr auf 18,7 Mrd. € im Berichtsjahr ist auf den gesunkenen Refinanzierungsbedarf infolge der reduzierten Wertpapierbestände zurückzuführen. Zusätzlich konnten Liquiditätsüberschüsse der Bank zur Vermeidung einer Bilanzverlängerung zur Refinanzierung der Handelsaktiva genutzt werden.

Das Nachrangkapital sank aufgrund regulärer Fälligkeiten auf 3,6 Mrd. € (31. Dezember 2015: 4,1 Mrd. €).

Eigenkapital

Zum 31. Dezember 2016 beträgt das Eigenkapital des Konzerns 7,9 Mrd. € (31. Dezember 2015: 7,7 Mrd. €). Die Erhöhung beruht im Wesentlichen auf dem Gesamtergebnis von 276 Mio. € (31. Dezember 2015: 439 Mio. €). In den Gewinnrücklagen sind kumulierte Neubewertungen aus Pensionsverpflichtungen nach latenten Steuern in Höhe von –533 Mio. € (31. Dezember 2015: –413 Mio. €) enthalten. Die Veränderung ist im Wesentlichen auf die Reduzierung des Diskontierungszinssatzes zurückzuführen. Die erfolgsneutrale Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern veränderte sich von 202 Mio. € auf 247 Mio. €. Zur Erhöhung der Neubewertungsrücklage haben im Wesentlichen Bewertungsgewinne beigetragen. Die Rücklage aus der Währungsumrechnung trägt mit 30 Mio. € (31. Dezember 2015: 23 Mio. €) zum Eigenkapital bei.

Vergleich mit der Vorjahresprognose

Die folgende Tabelle vergleicht für das abgelaufene Geschäftsjahr die Ist-Werte der von der Helaba verwendeten Kennzahlen mit der ursprünglichen Prognose:

	Prognose 2015 für 2016	Ergebnisse 2016
Zinsüberschuss	rund 9 % unter Vorjahreswert	-6,2 %
Risikovorsorge	222 Mio. €	154 Mio. €
Provisionsüberschuss	rund 7 % über Vorjahreswert	+2,1 %
Handelsergebnis	rund 26 % unter Vorjahreswert	-23,2 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	243 Mio. €	119 Mio. €
Personalbestand (Jahresdurchschnitt)	leicht rückläufig	-1,6 %
Personalaufwand	leicht über Vorjahreswert	+0,2 %
Sachaufwand	deutlich über Vorjahreswert	+8,2 %
Verwaltungsaufwand	rund 5 % über Vorjahreswert	+3,5 %
Konzernergebnis vor Steuern	rund 13 % unter Vorjahreswert	-7,9 %
Cost-Income-Ratio	rund 63 %	63,7 %
Bilanzsumme	178 Mrd. €	165 Mrd. €
Anteil des Kundengeschäfts (Forderungen gegenüber Kunden zuzüglich Forderungen gegenüber angeschlossenen Sparkassen) an der Bilanzsumme	+1,5 %	+1,9 %
Eigenkapitalrentabilität	rund 7,1 %	7,2 %
Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (ohne WIBank)	16,6 Mrd. €	18,5 Mrd. €

Die Geschäftsentwicklung der Helaba verlief weitgehend im Rahmen der Prognose. Die wesentlichen Abweichungen werden im Folgenden erläutert.

Die erwarteten Belastungen im Zinsüberschuss durch das niedrige Zinsniveau konnten teilweise durch dispositive Erträge kompensiert werden, so dass der Rückgang im gesamten Zinsergebnis weniger stark als erwartet ausfiel.

Die gegenüber der Planung niedrigere Risikovorsorge ist auf die unter Plan liegende Risikovorsorge im Segment Immobilienkreditgeschäft und auf ungeplante Auflösungen in der Portfoliowertberichtigung (PoWB) zurückzuführen.

Das Provisionsergebnis konnte gegenüber dem Vorjahr um 2,1 % gesteigert werden. Insbesondere der geplante Anstieg im Asset Management und im Transaktionsgeschäft blieb aufgrund eines intensiven Wettbewerbs allerdings hinter den Erwartungen zurück.

Das sonstige betriebliche Ergebnis enthält ungeplante Belastungen. Dies sind im Wesentlichen Effekte im Zusammenhang mit der Veräußerung der HANNOVER LEASING, Abschreibungen auf den Firmenwert der Frankfurter Sparkasse sowie Konsolidierungssachverhalte.

Das Konzernergebnis vor Steuern liegt mit einem Rückgang von 7,9 % oberhalb der Planung. Neben den genannten Gründen hat auch der Anstieg des Ergebnisses aus Finanzanlagen von 7 Mio. € im Vorjahr auf 45 Mio. € im Geschäftsjahr dazu beigetragen. Das Ergebnis aus Finanzanlagen wird regelmäßig mit einem niedrigen Ergebnisbeitrag geplant; nicht planbare Sondereffekte sind nicht ungewöhnlich. Im Berichtsjahr hat insbesondere die Zuschreibung auf eine Anleihe der HETA Asset Resolution AG, die das Vorjahresergebnis durch die Erfassung eines Wertminderungsaufwands belastet hatte, zu dem starken Ergebnisanstieg geführt.

Das über Plan liegende Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft enthält einen hohen Anteil an vorfälligen Umfinanzierungen.

Die Konzernbilanzsumme der Helaba nahm im Geschäftsjahr 2016 stärker als erwartet ab. Der Rückgang der Bilanzsumme ist maßgeblich auf die Reduzierung der Forderungen an Kreditinstitute sowie einen Abbau der Handelsaktiva zurückzuführen.

Ertragslage der Segmente

Zum Ergebnis vor Steuern im Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 549 Mio. € (2015: 596 Mio. €) trugen die einzelnen Segmente wie folgt bei:

	2016	2015
Immobilien	407	380
Corporate Finance	- 42	115
Financial Markets	126	127
Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft	101	140
Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft	22	27
Sonstige	- 149	- 253
Konsolidierung/Überleitung	84	60
Konzern	549	596

in Mio. €

Segment Immobilien

Im Segment Immobilien werden die Geschäftsbereiche Immobilienkreditgeschäft und Immobilienmanagement abgebildet. Diesem Geschäftssegment sind auch die immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen (OFB-Gruppe und GWH-Gruppe) zugeordnet.

Im Immobilienkreditgeschäft hat sich das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr um rund 6 % auf 10,4 Mrd. € erhöht und liegt damit deutlich über dem Planwert. Das Neugeschäft enthält einen hohen Anteil vorfälliger Umfinanzierungen und ist begleitet von hohen vorzeitigen Tilgungen, so dass sich das Kundenvolumen seitwärts entwickelt hat. Bei rückläufigen Neugeschäftsmargen verringerte sich die Zinsmarge im Bestand. Der Zinsüberschuss reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um rund 7 %.

Die Risikovorsorge liegt mit - 3 Mio. € deutlich niedriger als im Vorjahr. Ein im Plan erwarteter Anstieg der Risikovorsorge auf - 97 Mio. € ist nicht eingetreten.

Die Erträge aus dem Immobilienmanagement und den immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen entwickelten sich leicht über Vorjahresniveau.

Im Verwaltungsaufwand steht einem Anstieg im Immobilienkreditgeschäft um 1,8 % ein in etwa gleich starker Rückgang bei den immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen gegenüber.

Das Ergebnis des Segments beträgt vor Steuern 407 Mio. € und liegt 7 % über dem Ergebnis aus 2015 (380 Mio. €). Das Ergebnis liegt damit deutlich über den Erwartungen.

Segment Corporate Finance

Im Segment Corporate Finance werden die Ergebnisse des Geschäftsbereichs Corporate Finance, die Ergebnisbeiträge der Gruppe HANNOVER LEASING sowie weitere konsolidierte Beteiligungen gezeigt.

Im Bereich Corporate Finance liegt das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft mit 4,3 Mrd. € um rund 21 % unter dem Vorjahresniveau und damit um 9 % unter dem Planwert. Die Kundenforderungen insgesamt stiegen dennoch leicht an. Bei leicht rückläufigen Margen entwickelte sich auch der Zinsüberschuss mit rund 4 % leicht rückläufig.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft liegt mit - 226 Mio. € deutlich über dem Vorjahreswert (2015: - 93 Mio. €) und auch über dem Plan. Die Risikovorsorge in diesem Segment ist wesentlich geprägt durch Wertberichtigungen auf Schiffsfinauzierungen.

Im sonstigen betrieblichen Ergebnis ist ein ungeplanter Einmaleffekt aus einer Zuführung zu Rückstellungen im Zusammenhang mit dem Verkauf der HANNOVER LEASING in Höhe von - 47 Mio. € enthalten.

Der Anstieg im Verwaltungsaufwand um - 7 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus allgemeinen Kostensteigerungen und einer gestiegenen Overhead-Umlage.

Das Ergebnis vor Steuern des Segments liegt mit - 42 Mio. € unter dem Ergebnis aus 2015 (115 Mio. €). Es liegt insbesondere aufgrund der Risikovorsorge deutlich unter den Erwartungen.

Segment Financial Markets

Das Geschäftssegment enthält die Ergebnisse der Geschäftsbereiche Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung, Sales Öffentliche Hand, Finanzinstitute und ausländische Gebietskörperschaften. Im Segment werden auch die Ergebnisse aus dem Asset Management mit institutionellen Anlegern abgebildet, die in der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH betreut werden.

Der Zinsüberschuss im Segment resultiert wesentlich aus dem Kreditgeschäft mit in- und ausländischen Gebietskörperschaften sowie dem Geldhandel mit Kunden. Das inländische Kommunalkreditgeschäft verlief in 2016 mit einem Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft in Höhe von 1,0 Mrd. € deutlich über Plan. Mit ausländischen Finanzinstitutionen und Gebietskörperschaften wurden in 2016 nur selektiv Neugeschäftsabschlüsse in Höhe von 0,1 Mrd. € getätigt. Belastend wirkte sich in diesem Segment die verhaltene Nachfrage nach Zinsprodukten aus. Der Zinsüberschuss stieg gegenüber dem Vorjahr um 16 Mio. € an, blieb aber hinter den Planungen zurück.

Der Provisionsüberschuss im Segment wird maßgeblich durch das Asset Management sowie das Kundengeschäft im Kapitalmarktgeschäft erzielt und liegt auf dem Vorjahresniveau.

Das Handelsergebnis im Segment hat sich in 2016 gegenüber dem Vorjahreswert erwartungsgemäß reduziert. Durch eine deutliche Verringerung der Handelsaktiva sanken die Ergebnisbeiträge aus der Marktbewertung. Aus der Bewertung von OTC-Derivaten mit Hilfe der Overnight-Index-Swap-Kurve (OIS) sowie der Ermittlung der Credit Value Adjustments (CVA) und Debit Value Adjustments (DVA) resultierte ebenfalls ein niedrigerer Ergebniseffekt. Der Rückgang im Ergebnis fiel mit –51 Mio. € weniger stark als erwartet aus, da die Kundenbeiträge leicht gesteigert wurden.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen beträgt 33 Mio. €; es enthält eine Zuschreibung in Höhe von 28 Mio. € auf eine Anleihe der HETA Asset Resolution AG. Für diese Anleihe wurde im Vorjahr eine Abschreibung gebildet.

Im Verwaltungsaufwand des Segments schlug sich eine reduzierte Overhead-Umlage entlastend nieder.

Das Ergebnis vor Steuern des Segments in Höhe von 126 Mio. € liegt auf dem Niveau des Vorjahreswerts und deutlich über dem Planwert.

Segment Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft

In diesem Segment werden die Ergebnisse der Frankfurter Sparkasse, der Verbundbank, der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) sowie der Gruppe Frankfurter Bankgesellschaft (FBG) abgebildet.

Das Zinsergebnis im Segment liegt mit 353 Mio. € deutlich unter dem Vorjahresniveau (2015: 399 Mio. €). Sinkende Zinsüberschüsse aus dem Retail-Geschäft der Frankfurter Sparkasse, niedrigere Zinsüberschüsse der LBS und niedrigere Zinserträge aus dem Verbundbankgeschäft belasteten das Segment.

Die Risikovorsorge im Segment lieferte einen positiven Beitrag von 10 Mio. € (2015: 11 Mio. €), was im Wesentlichen auf ungeplante Auflösungen in der Frankfurter Sparkasse zurückzuführen ist.

Der Provisionsüberschuss in der Verbundbank und der LBS ist gegenüber dem Vorjahr um 5 % angestiegen, liegt insgesamt aber unter dem geplanten Wert.

Das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO enthält 15 Mio. € Erträge aus den Spezialfonds der Frankfurter Sparkasse.

Der Anstieg des Verwaltungsaufwands um –13 Mio. € beziehungsweise 3 % resultiert aus der Verbundbank und der Frankfurter Sparkasse und entspricht dem geplanten Anstieg in diesem Segment.

Das Ergebnis vor Steuern im Segment Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft liegt mit 101 Mio. € unterhalb des Vorjahresergebnisses (2015: 140 Mio. €), aber oberhalb der Planung.

Segment Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft

Im Segment Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft wird im Wesentlichen der Geschäftsbereich Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) dargestellt.

Mit der WIBank nimmt die Helaba im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben wahr. Das Geschäftsjahr war insbesondere durch den Ausbau der Infrastrukturförderung geprägt, während das weiter anhaltende Niedrigzinsumfeld das Fördergeschäft in einzelnen Bereichen belastet. Das Zinsergebnis ist gegenüber dem Jahr 2015 um –5 Mio. € auf 46 Mio. € zurückgegangen. Diese Entwicklung ergab sich im Wesentlichen durch das Auslaufen von margenstarkem Altgeschäft.

Der Rückgang des Provisionsüberschusses um –3 Mio. € auf 39 Mio. € ist im Wesentlichen auf die gesunkene Dienstleistungsvergütung des Landes Hessen zurückzuführen. Diese Entwicklung ist insbesondere bedingt durch die rückläufigen Erstattungen der Projektaufwendungen für die mittlerweile technisch fortgeschrittene Umstellung der Förderprogramme auf die neue EU-Förderperiode.

Gleichzeitig ergibt sich im Verwaltungsaufwand ein Rückgang vor allem durch geringere IT-Projektaufwendungen, denen höhere Gebäudekosten gegenüberstehen.

Das Ergebnis vor Steuern im Segment liegt mit 22 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis (2015: 27 Mio. €), aber über dem Plan.

Segment Sonstige

Im Segment Sonstige sind die nicht den anderen Geschäftssegmenten zurechenbaren Ergebnisbeiträge und Aufwendungen abgebildet. Insbesondere umfasst dieses Segment die Ergebnisse aus dem Transaktionsgeschäft sowie die Kosten der zentralen Bereiche, die nicht über das Verursachungsprinzip den anderen Segmenten zugeordnet werden können.

Im Cash Management reduzierte sich das Zinsergebnis durch die negativen Kurzfristzinsen gegenüber dem Vorjahr um –8 Mio. €. Dagegen konnten aus der Anlage von Eigenmitteln in den Spezialfonds gegenüber dem Vorjahr höhere Zinserträge erzielt werden.

Die Risikovorsorge in diesem Segment enthält in 2016 die Auflösung (64 Mio. €) einer im Vorjahr gebildeten PoWB (2015: –93 Mio. €). Im Vorjahr enthielt diese Position eine Zuführung für Risiken, die noch nicht konkreten Einzelengagements zuzuordnen waren. Diese Vorsorge wurde in 2016 einzelnen Engagements und Segmenten zugeordnet.

Der Provisionsüberschuss im Cash Management erhöhte sich um 3 Mio. €, erreicht den Planwert aber nicht. Der Provisionsüberschuss im gesamten Segment stieg gegenüber dem Vorjahr um 4 Mio. €.

Das sonstige betriebliche Ergebnis enthält eine ungeplante Abschreibung auf den Firmenwert der Frankfurter Sparkasse in Höhe von –31 Mio. €.

Im Segment Sonstige werden neben den nicht auf die Geschäftsbereiche umgelegten Kosten der Corporate Center auch weitere zentrale Strukturkosten abgebildet. Im Segment wird auch die auf das Einzelinstitut entfallende Bankenabgabe mit –35 Mio. € (2015: –26 Mio. €) abgebildet. Ebenfalls zentral abgebildet wird der Aufwand für regulatorisch getriebene Großprojekte. Der Anstieg der Verwaltungsaufwendungen um 15 % auf –168 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus höheren IT-Kosten sowie höheren Projektkosten in den Corporate Centern.

Das Ergebnis des Segments liegt bei –149 Mio. € (2015: –253 Mio. €) und wird damit gegenüber dem Vorjahr wesentlich durch Entlastungen der zentral abgebildeten Portfoliowertberichtigung bestimmt.

Konsolidierung/Überleitung

In der Konsolidierung/Überleitung werden durch konzerninterne Sachverhalte entstandene Konsolidierungseffekte, die zwischen den Segmenten bestehen, ausgewiesen. Überleitungseffekte, die sich zwischen den Segmentergebnissen und der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns, insbesondere bezüglich des Zinsergebnisses, ergeben, werden ebenfalls hier berichtet. Da die Deckungsbeitragsrechnung das Zinsergebnis auf Basis der Marktzinsmethode ausweist, resultieren Differenzen unter anderem aus Einmalerträgen und periodenfremden Zinsergebnissen.

Das Ergebnis aus der Konsolidierung/Überleitung stieg gegenüber dem Vorjahr auf 84 Mio. € (2016: 60 Mio. €) an.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2016 nicht ergeben.

Risikobericht

Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die Festlegung einer mit der Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie zuständig. Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsgemäßen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken, den Risikoappetit,

die Ziele der Risikosteuerung und die Maßnahmen zur Zielerreichung in der Helaba und in den in das konzernweite Risikomanagement eingebundenen Unternehmen fest. Die Risikostrategie wird nach Verabschiedung im Vorstand dem Verwaltungsrat und der Trägerversammlung zur Kenntnis gegeben und mit diesen erörtert.

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie des Helaba-Konzerns sind eingebunden in die Geschäfts- und Risikostrategie der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Wesentliche risikostrategische Ziele der Helaba-Gruppe sind die Sicherstellung eines konservativen Risikoprofils, der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit sowie die Gewährleistung der Risikotragfähigkeit bei gleichzeitiger Erfüllung aller regulatorischen Anforderungen. Das Risikomanagementsystem ist daher ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung.

Prinzipien

Verantwortung der Geschäftsleitung

Im Rahmen der Verantwortung der Geschäftsleitung trägt der Vorstand – unabhängig von der Geschäftsverteilung – die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Er legt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der Einschätzung der damit verbundenen, im Rahmen der Risikoinventur festgelegten wesentlichen Risiken die Risikostrategie und gleichzeitig den Risikoappetit fest. Durch die Einrichtung eines effizienten Risikomanagementprozesses trägt er für deren Einhaltung Sorge. Gegenstand der Risikostrategie sind alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Helaba-Gruppe. Bei den Tochterunternehmen werden die Strategien, Prozesse und Verfahren im Rahmen der rechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten implementiert. Darüber hinaus werden die Tochterunternehmen unter Berücksichtigung ihrer Wesentlichkeit und der rechtlichen Möglichkeiten in das Kontrollinstrumentarium für die einzelnen Risikoarten eingebunden. Damit wird ein gruppenweites Risikocontrolling sichergestellt.

Vermögensschutz

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Risikostrategie im Einklang mit der Erreichung der Unternehmensziele – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmöglichem Schutz des Vermögens der Helaba – eingegangen werden. Diesem Zweck dienen bestehende Risikolimitstrukturen sowie Anreizsysteme und die dafür notwendigen Kontrollmechanismen.

Reputationsschutz

Zur Aufrechterhaltung des positiven Images und für die Erzielung eines bestmöglichen Ratings sind ein funktionierendes Risikomanagement sowie die Vermeidung rufschädigender Verstöße gegen gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften von existenzieller Bedeutung. Ein entsprechender Kontrollprozess zur Beurteilung von Reputationsrisiken im Neugeschäft ist implementiert.

Im Laufe der Jahre wurde der Risikomanagementprozess verfeinert, so dass die Helaba über ausgereifte Instrumentarien und Rahmenbedingungen zur Risikosteuerung verfügt. Neben organisatorischen Regelungen, wie Kompetenzrichtlinien und Prozess- beziehungsweise Systemdokumentationen, wurden auch die Methoden zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung, -steuerung und -überwachung sowie die dafür notwendigen Systeme stetig weiterentwickelt.

Klare Kompetenzen

Die Verantwortlichkeit, dass in den jeweiligen Markteinheiten ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und erzielten Erträgen herrscht, obliegt den Führungskräften dieser Einheiten. Die Kontrolleinheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass das angemessene Verhältnis laufend überwacht und bei bestehenden beziehungsweise möglichen Diskrepanzen dem entsprechenden Kompetenzträger aufgezeigt wird.

Funktionstrennung („Three lines of Defense“)

Um Objektivität und Transparenz zu ermöglichen, ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit von Risikocontrolling und -steuerung erforderlich. Unabhängige Kontrollprozesse sind überall dort implementiert, wo es die Art und die Höhe der Risiken bedingen. Die Zuständigkeiten der Organisationseinheiten für die Risikoidentifikation und -steuerung, die Risikoquantifizierung sowie die Risikoüberwachung beziehungsweise das Risikocontrolling und das Risikoreporting folgen einem „Three lines of Defense“-Konzept (Markt und Marktfolge, überwachende Einheiten einschließlich Risikocontrolling sowie Revision).

Transparenz

Eine vollständige und sachliche Berichterstattung sowie Offenlegung der Risiken ist ein weiterer wichtiger Baustein der Risikostrategie der Helaba. Nur auf dieser Grundlage ist eine sachgerechte Unterrichtung der Gremien, der Bankenaufsicht sowie der Öffentlichkeit durch den Vorstand möglich.

Kosteneffizienz

Einen weiteren Aspekt stellt die Kosteneffizienz der Kontrolleinheiten, insbesondere der eingesetzten Systeme, dar. Die getätigten Aufwendungen, die im Rahmen der Risikokontrolle (aber auch der Risikosteuerung) anfallen, stehen unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Vorgaben in einer vernünftigen Relation zu den jeweils betrachteten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Quantifizierung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikostrategie wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba festgelegt.

Erfüllung aufsichtsrechtlicher Normen

Entscheidend für die Gestaltung der Risikostrategie ist nicht zuletzt die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Regelungen, die in einem engen Dialog mit der Bankenaufsicht erfolgt. Die regulatorische Kapitalunterlegung der Helaba sowie die Ermittlung des regulatorischen Kapitals erfolgen nach den Regelungen der Capital Requirements Regulation (CRR) und berücksichtigen die Vorgaben aus dem aufsichtlichen Überprüfungsprozess (SREP).

Risikoklassifizierung

Risikoarten

Risikoarten, die für die Helaba von Bedeutung sind, resultieren unmittelbar aus der operativen Geschäftstätigkeit. Im Rahmen der strukturierten Risikoinventur wird regelmäßig, gegebenenfalls auch anlassbezogen, überprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertragslage oder die Liquiditätslage des Helaba-Konzerns und des Helaba-Einzelinstituts wesentlich beeinträchtigen können. Folgende wesentliche Risikoarten wurden für den Helaba-Konzern und das Helaba-Einzelinstitut (mit Ausnahme des Immobilienrisikos) identifiziert:

- Das Adressenausfallrisiko beziehungsweise Kreditrisiko ist das ökonomische Verlustpotenzial aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern, Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs (Länderrisiko). Die Bestimmung des ökonomischen Verlustpotenzials erfolgt auf Basis interner oder externer Bonitätsbeurteilungen sowie von der Helaba selbst geschätzter beziehungsweise aufsichtsrechtlich vorgegebener Risikoparameter. Bonitätsrisiken, die im Marktpreisrisiko unter dem Residualrisiko und dem inkrementellen Risiko abgebildet werden, sind nicht Bestandteil des Adressenausfallrisikos.
- Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko als ökonomisches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt, die nicht auf Ebene der Einzelrisikoarten gesteuert wird. In der Folge kann es zu einem Rückgang des Anteils-werts, zu ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen,

Risikobewusstes Verhalten

Die Erreichung der Ziele sowie die Einhaltung gesetzlicher Normen hängen von der Disziplin aller Beteiligten hinsichtlich Strategie, Prozessen, Kontrollen und Compliance ab. Die Einhaltung der Disziplin wird durch die Involvierung aller verantwortlichen Beteiligten in die wesentlichen Risikoentscheidungsprozesse, entsprechende Vergütungsstrukturen und regelmäßige, unabhängige Prüfungen unterstützt.

Prüfung

Die interne Revision prüft grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der Betriebs- und Geschäftsabläufe, wobei Umfang und Risikogehalt der Aktivitäten und Prozesse berücksichtigt werden. Damit wird die Einhaltung definierter Abläufe gefördert. Die Beurteilung von Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen.

- Das Marktpreisrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial, das aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen aufgrund von Änderungen der Zinssätze, der Devisenkurse, der Aktienkurse und der Rohwarenpreise sowie ihrer Volatilitäten resultiert. Dabei führen Veränderungen des Zinsniveaus eines Marktsegments zu allgemeinen Zinsänderungsrisiken, spezifische Zinssatzveränderungen (zum Beispiel eines Emittenten) zu Residualrisiken und Preisveränderungen bonitätsbehafteter Wertpapiere aus Rating-Veränderungen (inklusive Default) zu inkrementellen Risiken.
- Das Liquiditätsrisiko wird in drei Kategorien unterteilt. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich aus einem unausgewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur und einer ungünstigen Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können. Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.
- Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Dies beinhaltet

auch das Reputationsrisiko, wenn dieses ursächlich auf ein operationelles Risiko zurückzuführen ist. Das operationelle Risiko umfasst auch die folgenden Risiken:

- Das Rechtsrisiko ist definiert als das Risiko von Verlusten für die Bank aufgrund der Verletzung von rechtlichen Bestimmungen, die zu Rechtsprozessen oder eigenen Handlungen zur Abwendung solcher Verluste führen kann. Bonitätsbedingte Verletzungen von Verträgen (zum Beispiel Kreditverträge) fallen nicht unter diese Definition.
- Das Verhaltensrisiko ist definiert als die aktuelle oder potenzielle Gefahr von Verlusten für ein Institut infolge eines unangemessenen Angebots von Finanz-/Bankdienstleistungen, einschließlich von Fällen bewussten oder fahrlässigen Fehlverhaltens.
- Das Modellrisiko umfasst für die Helaba-Gruppe zwei unterschiedliche Aspekte:
 1. Zum einen umfasst das Modellrisiko das Risiko der Unterschätzung von Eigenmittelanforderungen infolge der Nutzung von Modellen zur Quantifizierung von Risiken. Damit einher geht auch der Umstand, dass ein Modell die Realität nie gänzlich wiedergibt. Dieser Aspekt des Modellrisikos wird in der Helaba-Gruppe über einen Risikopotenzialaufschlag für die wesentlichen Risikoarten in der ökonomischen Risikosteuerung abgebildet.
 2. Zum anderen umfasst das Modellrisiko die Verlustrisiken im Zusammenhang mit der Entwicklung, Implementierung oder unangemessenen Nutzung etwaiger anderer Modelle (nicht unter 1. fallende Modelle) durch das Institut zum Zwecke der Entscheidungsfindung. Dieser Aspekt des Modellrisikos wird im operationellen Risiko berücksichtigt.
- Das Risiko aus dem Einsatz der Informationstechnologie (IT) ist definiert als die Gefahr von Verlusten aus dem Betrieb und der Entwicklung von IT-Systemen (zum Beispiel technische Umsetzung fachlicher Anforderungen, technische Ausgestaltung für die Bereitstellung, Betreuung sowie Entwicklung von Soft- und Hardware). Die Gefahr von Verlusten besteht in der Verletzung der Verfügbarkeit, Vertraulichkeit oder Integrität von Daten oder unvorhergesehenem Mehraufwand in der Informationsverarbeitung.
- Das Informationssicherheits-Risiko (IS-Risiko) umfasst die Gefahr von Verlusten aus der Beeinträchtigung schutzwürdiger Informationen, die sich durch Ausnutzung technischer, prozessualer oder organisatorischer Schwachstellen ergeben können. Hierbei besteht die Gefahr von Verlusten, die sich aus der Verletzung der Verfügbarkeit, der Vertraulichkeit oder der Integrität von Informationen oder einem unvorhergesehenen Mehraufwand in der Informationsverarbeitung sowie durch Angriffe von außen (so genannte Cybercrimes) ergeben können.
- Das Outsourcing-Risiko ist definiert als die Gefahr von Verlusten, resultierend aus Vertrags-, Lieferanten- und Leistungsrisiken sowie Risiken aus der Nichteinhaltung regulatorischer Vorgaben, die bei externem Leistungsbezug auftreten können.
- Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.
- Als Reputationsrisiko wird die Verschlechterung des aus Wahrnehmungen der in einem Geschäfts- oder in sonstigen Verhältnissen zur Bank stehenden Individuen resultierenden öffentlichen Rufs der Helaba bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit bezeichnet. Die materiellen Auswirkungen von Reputationsrisiken schlagen sich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko nieder, weshalb sie in diesen beiden Risikoarten berücksichtigt werden, soweit das Reputationsrisiko nicht ursächlich auf ein operationelles Risiko zurückzuführen ist.
- Unter dem Immobilienrisiko werden das Immobilienbestandsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie das Immobilienprojektierungsrisiko aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst. Hierzu gehören nicht etwaige Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen können innerhalb einer und zwischen verschiedenen Risikoarten entstehen. Das Management der Risikokonzentrationen – das heißt die Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung – sowie die Berichterstattung über identifizierte Risikokonzentrationen erfolgen in der Helaba von den risikoüberwachenden Bereichen gemäß ihren Zuständigkeiten für wesentliche Risikoarten, Risikotragfähigkeit und Stresstests.

Sowohl Konzentrationen innerhalb einer Risikoart (Intrakonzentrationen) als auch zwischen den Risikoarten (Interkonzentrationen) werden analysiert und sind in die Berichts- und Entscheidungsprozesse des Risikomanagements integriert. Zwischen den Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte in der Risikotragfähigkeitsrechnung angesetzt. Ferner werden durch die Ausgestaltung der risikartenübergreifenden Stress-Szenarien der extremen Marktverwerfungen die für die Helaba wesentlichen Risikokonzentrationen zwischen den Risikoarten implizit berücksichtigt.

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement in der Helaba umfasst vier Elemente, die als aufeinander folgende Phasen in einem Prozess zu sehen sind:

1. Risikoidentifikation

Die Identifikation der für die Helaba beziehungsweise für die in das Risikomanagement auf Gruppenebene eingebundenen Gesellschaften bestehenden Risiken erfolgt laufend während der täglichen Geschäftstätigkeit. Davon ausgehend wird die Klassifizierung der Risiken durchgeführt. Insbesondere bei der Einführung von neuen Produkten und komplexen Geschäften sind eine umfassende Identifikation sowie die Einbindung in bestehende Risikomesssysteme und die dazugehörigen Risikoüberwachungsprozesse wichtig. Im Rahmen des Neue-Produkte-Prozesses für das Kreditgeschäft und das Handelsgeschäft sind die zentralen Überwachungsbereiche in die Autorisierung neuer Produkte einbezogen. Daneben führt auch die jährlich durchzuführende beziehungsweise anlassbezogene Risikoinventur in der Helaba-Gruppe dazu, dass bisher unbekannte Risiken identifiziert und im Falle der Wesentlichkeit in den Risikomanagementprozess aufgenommen werden.

2. Risikoquantifizierung

Eine qualitativ gute Abbildung der Einzelgeschäfte beziehungsweise Risikoparameter in den Risikomesssystemen erlaubt eine

fundierte – sowohl quantitative als auch qualitative – Risikomessung beziehungsweise -bewertung für die einzelnen Risikoarten. Hierbei kommen verschiedene Modelle, Methoden und Verfahren zum Einsatz. Das aus dem Einsatz von Modellen resultierende und im Rahmen von Validierungen sich bestätigende Modellrisiko deckt die Bank über entsprechende Auf beziehungsweise Abschlüsse ab.

3. Risikosteuerung

Auf Basis der aus der Risikoidentifikation und -quantifizierung erhaltenen Informationen erfolgt die Risikosteuerung durch die dezentralen Managementeinheiten. Sie umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen.

4. Risikoüberwachung/-controlling und -reporting

Im Rahmen eines unabhängigen Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger statt. Des Weiteren werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten kontrolliert sowie die Ergebnisse plausibilisiert.

Risikomanagementstruktur

Gremien

Der Vorstand der Helaba trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Darüber hinaus hat der Vorstand einen Risikoausschuss etabliert. Die Hauptaufgabe des Risikoausschusses besteht in der Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie der Helaba. Dem Risikoausschuss obliegt die Zusammenführung und Gesamtbeurteilung aller in der Bank eingegangenen Risiken, namentlich der Adressenausfallrisiken, der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der operationellen Risiken, der Geschäftsrisiken und der Immobilienrisiken. Ziele sind die frühestmögliche Erkennung von Risiken in der Helaba-Gruppe, die Konzeptionierung und Überwachung der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie die Ableitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung und zur Generierung von Steuerungsimpulsen für das Risikomanagement. Zudem beschließt der Risikoausschuss die Steuerungs- und Quantifizierungsmethoden der jeweiligen Bereiche und beurteilt unter Berücksichtigung des Risikoausmaßes die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Instrumentarien.

Neben dem Risikoausschuss operieren der Dispositionsausschuss, der Kreditmanagementausschuss (KMA) und der Vorstands-Kreditausschuss (VS-KA). Dem Dispositionsausschuss obliegen die Überwachung der Marktpreisrisiken einschließ-

lich der dazugehörenden Limitauslastung sowie die Steuerung des strategischen Marktrisikoportfolios und des Portfolios der unverzinslichen Passiva. Dem KMA obliegt die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Gesamtportfolios sowie der Syndizierungs-, Platzierungs- und Länderrisiken. Der VS-KA ist zuständig für kontrahentenbezogene Kredit- und Settlement-Risiken.

Die Besetzung sowie die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse sind in separaten Geschäftsordnungen geregelt, die vom Vorstand verabschiedet werden.

Für Entscheidungen von besonderer Bedeutung, wie zum Beispiel Erwerb, Veränderung und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung oder die Festlegung des Gesamtlimits für Marktpreisrisiken, sehen die Organisationsrichtlinien vor, dass die Zustimmung des Gesamtvorstands beziehungsweise des Verwaltungsrats oder eines seiner Ausschüsse notwendig ist. Das Eingehen oder die Veränderung von strategischen Beteiligungen mit Anteilen über 25 % bedarf zudem gemäß der Satzung der Bank der Zustimmung der Trägerversammlung.

Risikomanagement der Konzern-Unternehmen der Helaba-Gruppe

Die Einbindung von gruppenangehörigen Unternehmen in das Risikomanagement auf Gruppenebene erfolgt unter Berücksichtigung der Risiken, die im Rahmen der jährlichen oder auch einer anlassbezogenen Risikoinventur ermittelt werden. Die Identifikation der Risiken im Rahmen der Risikoinventur findet dabei auf Ebene der direkten Beteiligungen der Helaba statt, das heißt, diese gruppenangehörigen Unternehmen bewerten das Risiko gesamthaft, also auch für die jeweils eigenen Beteiligungen. Der Ausgangspunkt für die Bestimmung des Einbeziehungskreises sind alle handelsrechtlichen direkten Beteiligungen des Einzelinstituts sowie Zweckgesellschaften und Sondervermögen. Der Einbeziehungskreis für die Durchführung der regelmäßigen Risikoinventur ergibt sich aus gruppenangehörigen Unternehmen, für die eine juristische oder ökonomische Wesentlichkeit zur Einbeziehung besteht. Die Festlegung des Einbeziehungskreises erfolgt hierbei anhand eines Kriterienkatalogs. Nicht in die Risikoinventur einbezogene gruppenangehörige Gesellschaften werden über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden.

Als Ergebnis der Wesentlichkeitsbewertung der Risikoinventur wird bestimmt, welche gruppenangehörigen Gesellschaften mit welchen Risikoarten in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden sind und welche gruppenangehörigen Gesellschaften über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden werden. Im Geschäftsjahr 2016 wurde neben der Helaba (einschließlich der WIBank und der LBS) die Frankfurter Spar-

kasse vollumfänglich in die Einzelrisikosteuerung eingebunden. Die Einbindung weiterer gruppenangehöriger Gesellschaften in die Einzelrisikosteuerung wird entsprechend ihren wesentlichen Risikoarten vorgenommen.

Des Weiteren hat das gruppenangehörige Unternehmen für seine eigenen Risiken, die der Risikoart auf Gruppenebene zugeordnet sind, einen geeigneten Risikomanagementprozess einzurichten. Die Art und Weise der Einbindung wird durch die jeweiligen Risikoarten- und Methodenverantwortlichen festgelegt. Dabei gestaltet sich die Einbindung in die Methoden des Risikomanagementprozesses je nach Risikoart unterschiedlich.

Wesentliche Risiküberwachungsbereiche

Während die Aufgabe der Risikosteuerung durch dezentrale Markteinheiten wahrgenommen wird, obliegen den zentralen Überwachungseinheiten die Identifikations-, Quantifizierungs- und Überwachungs-/Controllingfunktion, die die Reportingpflicht einschließen, sowie die jeweilige Methodenkompetenz. Die aufbauorganisatorische Trennung von Risikocontrolling und Risikosteuerung ist bis in die Vorstandsebene klar vollzogen.

Durch diese klare Aufgabenteilung und das enge Zusammenspiel zwischen den beteiligten Bereichen wird eine effiziente Umsetzung von risikopolitischen Steuerungsimpulsen erreicht.

Für die wesentlichen Risikoarten sind die in folgender Tabelle genannten Bereiche zentral für die Risikosteuerung beziehungsweise die Risikoüberwachung verantwortlich:

Risikoarten	Risikosteuernde Bereiche	Risiküberwachende Bereiche
Adressenausfallrisiko inklusive Beteiligungsrisiko	Marktbereiche, Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung (Kommunalkredite)	Risikocontrolling (Gesamtbankportfolioebene), Credit Risk Management (Einzelengagementebene und Einzelportfolioebene), Vorstandsstab und Konzernstrategie (Beteiligungsrisiko)
Marktpreisrisiko	Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling
Liquiditätsrisiko	Kapitalmärkte (Geldhandel), Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling
Operationelles Risiko	Alle Bereiche	Risikocontrolling, Recht (Rechtsrisiko), Organisation und Informatik (IT-Risiken), Information Security Management (IS-Risiken), Zentrales Sourcing Management (Outsourcing-Risiko)
Geschäftsrisiko	Marktbereiche	Risikocontrolling
Immobilienrisiko	Unternehmerisch selbstständige Tochter- gesellschaften <ul style="list-style-type: none"> ■ Operativ: in den jeweiligen Beteiligungen durch die Geschäftsführung ■ Strategisch: durch die Aufsichtsgremien der Gesellschaften und den Bereich Immobilienmanagement 	Risikocontrolling, Immobilienmanagement

Neben den in oben dargestellter Tabelle genannten Bereichen tragen weitere Einheiten zum Risikomanagement im Konzern bei.

Interne Revision

Die interne Revision ist direkt dem Vorstand unterstellt und prüft und beurteilt weisungsunabhängig die Aktivitäten und Prozesse der Bank sowie von risikoorientiert ausgewählten Tochtergesellschaften. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Die Beurteilung der Risikolage, die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung sowie die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sind dabei besondere Prüfungskriterien.

Umfang und Ergebnis der Prüfung werden nach einheitlichen Standards dokumentiert. Der Vorstand sowie die Verantwortlichen der geprüften Bereiche erhalten aussagekräftige Prüfungsberichte. Die interne Revision berichtet dem Verwaltungsrat quartalsweise über die wesentlichen Prüfungsergebnisse.

Kapitalmarkt-Compliance, Compliance Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung, MaRisk-Compliance sowie Informationssicherheitsmanagement

Die Bank hat die unabhängigen Funktionen der Compliance-Stelle Kapitalmarkt, der Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung, der Compliance-Stelle Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), des Informationssicherheitsmanagements sowie des Datenschutzbeauftragten eingerichtet.

Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt berät die operativen Bereiche, überwacht und bewertet die Grundsätze, Prozesse und Verfahrensweisen insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG), der Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung (WpDVerOV) und der WpHG-Mitarbeiteranzeige-Verordnung (WpHGMaAnzV), Verlautbarungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sowie einschlägige Verlautbarungen der European Securities and Markets Authority (ESMA). Darüber hinaus bewertet die Compliance-Stelle Kapitalmarkt inhärente Risiken und kontrolliert die Einhaltung der relevanten aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt führt die Überwachungshandlungen regelmäßig und risikoorientiert auf Basis eines Überwachungsplans durch, der auf einer zuvor vorgenommenen Risikoanalyse basiert. Sie überwacht dabei insbesondere das Verbot von Insidergeschäften und der Marktmanipulation und identifiziert und regelt konzernweit Interessenkonflikte mit Risikopotenzialen.

Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung entwickelt als zentrale Stelle im Sinne des § 25h KWG interne Grundsätze sowie angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Als Grundlage für die zu ergreifenden organisatorischen Vorkehrungen dienen unter anderem die Gefährdungsanalyse des Konzerns (Geldwäsche, Terrorismusfinanzie-

rung sowie Betrugsbekämpfung) sowie die Group Policy, die die allgemeinen Rahmenbedingungen des Konzerns wiedergibt, die den nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen. Mit dem Einsatz einer Monitoring- und Research-Software erfolgt eine kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehungen. Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung verantwortet außerdem die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen aus dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Förderung der Steuerehrlichkeit (FATCA) sowie aus dem internationalen automatischen Steuerdatenaustausch (AEOI).

Die MaRisk-Compliance-Funktion wirkt auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Umsetzung und Einhaltung der unter Risikogesichtspunkten identifizierten wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben hin und führt Kontrollhandlungen durch. In diesem Zusammenhang kontrolliert und bewertet die MaRisk-Compliance-Funktion regelmäßig die Angemessenheit und Wirksamkeit der Geschäftsprozesse und Verfahrensweisen zur Umsetzung und Einhaltung der wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben in der Bank.

Die Information-Security-Management-Funktion verantwortet die adäquate Steuerung, Koordination und Weiterentwicklung des Informationssicherheitsmanagements in Abstimmung mit der Geschäftsstrategie, der IT-Strategie und der Risikomanagementstrategie der Bank. Hierzu ermittelt und bewertet die Funktion die Risiken der Informationssicherheit im Rahmen eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) und entwickelt relevante Maßnahmen und Kontrollen zur nachhaltigen Risikoreduzierung beziehungsweise Risikoüberwachung. Auch die Ableitung und Definition notwendiger Sicherheitsanforderungen aus relevanten Gesetzen und Verordnungen (Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), IT-Sicherheitsgesetz, Mindestanforderungen an die Sicherheit von Internetzahlungen (MaSI), MaRisk etc.), die regelmäßige Analyse von Schutzbedarfsklassifizierungen und Infrastrukturen sowie die Abstimmung hierfür angemessener technischer und organisatorischer Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung eines angemessenen Sicherheitsniveaus in der Bank werden durch die Information-Security-Management-Funktion dauerhaft gewährleistet.

Die Datenschutzbeauftragte wirkt auf die Einhaltung und Umsetzung datenschutzrechtlicher Anforderungen hin. Sie fungiert hierbei als feste Ansprechpartnerin des Vorstands und der Bankangestellten für jegliche Fragen zum Thema Datenschutz. Sie führt eine Verfahrensübersicht (§ 4g Abs. 2 BDSG) und überwacht die ordnungsgemäße Anwendung von Datenverarbeitungsprogrammen (§ 4g Abs. 1 Nr. 1 BDSG). Ebenso führt sie Vorabkontrollen durch und stellt eine regelmäßige Schulung und Sensibilisierung der Bankmitarbeiter zum Thema Datenschutz sicher.

Diese unabhängigen Funktionen sind unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Daher bestehen, wie aufsichtsrechtlich gefordert, aufbau- und ablauforganisatorisch adäquate sowie wirksame interne Kontrollverfahren zur Steuerung und Überwachung der genannten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Quantifizierung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass alle wesentlichen Risiken im Helaba-Konzern jederzeit durch Risikodeckungsmasse abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

In die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsrechnung fließen Risikopotenziale für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Geschäfts- sowie Immobilienrisiken ein. Dabei werden im Rahmen einer ökonomischen Betrachtung Risikopotenziale quantifiziert sowie der regulatorische Expected Loss (EL) und der regulatorische Kapitalbedarf unter Anwendung der regulatorischen Bewertungsvorschriften ermittelt. Ein Kapitalabzug aus dem regulatorischen EL-/Wertberichtigungsabgleich findet bei der Quantifizierung der regulatorischen Eigenmittel Berücksichtigung.

Neben der deckungsmassenbasierten Risikotragfähigkeit wird in Bezug auf die Liquiditätsrisiken der Liquiditätshorizont als weitere Ergebnisgröße ausgewiesen.

Die Darstellung der Risikotragfähigkeit basiert auf einem Zeithorizont von einem Jahr. Sowohl Risikopotenziale als auch Risikodeckungsmassen sind für diesen Zeitraum konzipiert und quantifiziert.

Zusätzlich zu einem Basisszenario, das die Risikotragfähigkeit zum Berichtsstichtag abbildet, werden regelmäßig die Auswirkungen von historischen und hypothetischen Stress-Szenarien auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Dabei werden ein makroökonomisches Stress-Szenario und ein Szenario extremer Marktverwerfungen, dessen Basis beobachtete Marktverwerfungen im Rahmen einer globalen Finanzkrise bilden, betrachtet. Darüber hinaus werden inverse Stresstests durchgeführt.

In der Konzern-Risikotragfähigkeitsrechnung der Helaba werden zwei unterschiedliche Steuerungskreise abgebildet, die der aufsichtsrechtlichen Unterscheidung in einen Fortführungsansatz (auch Going Concern-Ansatz genannt) und einen Liquidationsansatz (auch Gone Concern-Ansatz genannt) entsprechen.

Im Fortführungsansatz erfolgt der Nachweis, dass die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen auch bei schlagend

werdenden erwarteten und unerwarteten Verlusten eingehalten werden können. Die Quantifizierung der Risikopotenziale erfolgt hier zu einem 95,0 %-Konfidenzniveau. Im Liquidationsansatz der Risikotragfähigkeit wird nachgewiesen, dass selbst im Fall schlagend werdender seltener und schwerer Verlustausprägungen (erwartete sowie unerwartete Verluste zu einem Konfidenzniveau von 99,9 %) das Kapital des Helaba-Konzerns ausreicht, um die Gläubiger in voller Höhe zu befriedigen.

Im Rahmen des Fortführungsansatzes werden die gesamten ökonomischen Risikopotenziale der Konzern-Risikotragfähigkeitsrechnung einem nachhaltigen Ergebnis vor Risiken sowie den regulatorisch nicht gebundenen Eigenmitteln (je nach Szenario abzüglich eines intern definierten Risikopuffers) gegenübergestellt. Zur Analyse der Auswirkungen auf die regulatorischen Kapitalquoten werden im Fortführungsansatz regelmäßig auch die Auswirkungen der Stress-Szenarien auf den regulatorischen Kapitalbedarf sowie auf die regulatorischen Eigenmittel quantifiziert.

Der Fortführungsansatz, der als Ergebnisgröße die Einhaltung der regulatorischen Kapitalquoten betrachtet, ist eng mit der Kapitalallokation in der Helaba verzahnt. Die Allokation des regulatorischen Kapitals auf Geschäftsbereiche und Konzern-einheiten der Helaba erfolgt unter Berücksichtigung der damit verbundenen erwarteten Entwicklungen der Eigenkapitalquoten. Hiermit wird die Konsistenz zwischen der Kapitalallokation bei Annahme einer Vollaustattung der Limite und der sich hieraus ergebenden Ergebnisgröße der Risikotragfähigkeitsrechnung sichergestellt. Zusätzlich erfolgt eine Limitierung der ökonomischen Risikopotenziale, so dass bei gleichzeitiger Auslastung der regulatorischen Allokation und auch der ökonomischen Risikopotenziale sichergestellt ist, dass die intern vorgegebenen Mindestkapitalanforderungen selbst bei schlagenden ökonomischen Risiken nicht unterschritten werden.

Im Liquidationsansatz wird eine ökonomische Deckungsmasse zur Abdeckung des internen Kapitalbedarfs herangezogen, die das zum Berichtsstichtag aufgelaufene Konzernergebnis, das Eigenkapital sowie das Nachrangkapital nach IFRS berücksichtigt. Zusätzlich erfolgt eine ökonomisch bedingte Korrektur von Deckungsmassenbestandteilen. Stille Reserven werden im Liquidationsansatz nicht als Deckungsmasse angesetzt.

Die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsbetrachtung für den Konzern weist zum Ende des Jahres 2016 weiterhin eine deutliche Überdeckung der quantifizierten Risikopotenziale durch die bestehenden Risikodeckungsmassen aus und dokumentiert das konservative Risikoprofil der Helaba. Dies gilt analog für die Risikotragfähigkeitsrechnung des Helaba-Einzelinstituts.

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für den Konzern besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen, nach Berücksichtigung eines internen Risikopuffers, ein Kapitalpuffer in Höhe von 3,5 Mrd. € (2015: 3,2 Mrd. €). Im Liquidationsansatz für den Konzern besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen ein Kapitalpuffer in Höhe von 7,1 Mrd. € (2015: 6,6 Mrd. €).

Die im Rahmen der simulierten Stress-Szenarien erreichten Kapitalquoten liegen deutlich oberhalb der regulatorischen Mindestanforderungen.

Darüber hinaus führt die Helaba zwei inverse Stresstests durch, um zu untersuchen, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit des Instituts gefährden könnten. Dabei werden in den Szenarien „Unterschreitung der Mindestkapitalanforderungen“ sowie „Illiquidität“ die Auswirkungen diverser wirtschaftlicher Ereignisse untersucht, die zur Nichteinhaltung der regulatorischen Mindestkapitalanforderungen beziehungsweise zum Verbrauch der Liquiditätsreserven führen könnten. Derzeit bestehen keinerlei Anzeichen für einen Eintritt dieser Szenarien.

Weitere Sicherungsmechanismen

Zusätzlich zur Risikodeckungsmasse bestehen weitere Sicherungsmechanismen. Die Helaba ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und somit einbezogen in das aus den elf Sparkassenstützungsfonds, der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen bestehende Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe.

Wesentliche Merkmale dieses Sicherungssystems sind die institutssichernde Wirkung, das heißt der Schutz der angeschlossenen Institute in ihrem Bestand, insbesondere von deren Liquidität und Solvenz, ein Risikomonitoring-System zur Früherkennung besonderer Risikolagen und die Bemessung der vom jeweiligen Institut an die Sicherungseinrichtung zu leistenden Beiträge nach aufsichtsrechtlich definierten Risikogrößen. Auch die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, ein Tochterunternehmen der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, sind direkt an diesem Sicherungssystem beteiligt.

Das am 3. Juli 2015 in Kraft getretene Einlagensicherungsgesetz setzt in Deutschland die Anforderungen der EU-Richtlinie über Einlagensicherungssysteme um. Die Sparkassen-Finanzgruppe hat ihr Sicherungssystem fristgerecht an die geänderten rechtlichen Vorgaben angepasst. Insbesondere wurde zusätzlich zur Institutssicherung eine Einlagensicherung zum Schutz entschädigungsfähiger Einlagen bis zu 100.000€ pro Kunde installiert. Im Helaba-Konzern belaufen sich die gedeckten Einlagen auf insgesamt 15,1 Mrd. €. Die bis zum Jahr 2024 anzuspärende Zielausstattung des Sicherungssystems wurde zudem vergrößert und auf eine geänderte Bemessungsgrundlage umgestellt. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem im Sinne des Einlagensicherungsgesetzes anerkannt.

Darüber hinaus gehören die Helaba und die Frankfurter Sparkasse satzungsrechtlich dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen als Mitglieder an. Der Reservefonds gewährleistet im Haftungsfall eine weitere, neben dem bundesweiten Haftungsverbund bestehende Sicherung. Er sichert die Verbindlichkeiten der Helaba und der Frankfurter Sparkasse gegenüber Kunden einschließlich Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und sonstigen institutionellen Anlegern sowie die verbrieften Verbindlichkeiten. Ausgenommen hiervon sind unabhängig von ihrer Restlaufzeit Verbindlichkeiten, die bei den Instituten als Eigenmittelbestandteile im Sinne von § 10 KWG dienen oder gedient haben, wie Vermögensanlagen stiller Gesellschafter, Genussrechtsverbindlichkeiten sowie nachrangige Verbindlichkeiten. Das Gesamtvolumen des Fonds beläuft sich auf 5‰ des Gesamtrisikobetrags der angeschlossenen Institute und betrug Ende 2016 insgesamt 522 Mio. € (31. Dezember 2015: 521 Mio. €).

Bis zur vollständigen Einzahlung des Gesamtvolumens hat der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des Differenzbetrags zwischen tatsächlicher Dotierung und Gesamtvolumen übernommen.

Auch der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und der Westfälisch-Lippische Sparkassen- und Giroverband (SVWL) haben jeweils einseitig einen zusätzlichen regionalen Reservefonds für die Helaba geschaffen.

Für das Förderinstitut WIBank, das als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Landesbank Hessen-Thüringen organisiert ist, besteht gesetzlich geregelt und in Übereinstimmung mit den EU-beihilferechtlichen Anforderungen eine unmittelbare Gewährträgerhaftung durch das Land Hessen.

Adressenausfallrisiko

Das Kreditgeschäft stellt ein wesentliches Kerngeschäft der Helaba dar. Entsprechend sind das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken Kernkompetenzen der Helaba. Sowohl durch die Weiterentwicklung des Marktumfelds als auch durch neue Entwicklungen im regulatorischen Umfeld der Kreditinstitute ergeben sich permanent neue Herausforderungen für die interne Steuerung der Adressenausfallrisiken, die eine konsequente Überprüfung der bestehenden Verfahren erfordern.

Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie, die in Anlehnung an die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) verbindlich festgelegt wurde. In der Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird für alle Geschäftssegmente die Risikoneigung differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen definiert. Die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird jährlich überprüft.

Basel III/CRR

Die Helaba wendet den IRB-Ansatz an. Mit den internen Rating-Verfahren (Ausfall-Rating) für das Kreditportfolio, dem Sicherheitenverwaltungssystem, der Credit Loss Database, die zur Erfassung und Analyse des Ausfallportfolios und der Einzelwertberichtigungen dient, sowie einem regulatorischen Rechenkern sind die entsprechenden aufsichtsrechtlichen Regelungen nach Basel III/CRR in den Verfahren und Systemen der Helaba umgesetzt.

Risikoüberwachung mit dem Global-Limit-System

Die Helaba verfügt über ein Global-Limit-System, in dem zeitnah kontrahentenbezogene Adressenausfallrisiken strukturiert und transparent aufbereitet werden. Die Kontrahentenlimite orientieren sich sowohl an der Bonität (Rating) der Kontrahenten als auch an der Risikotragfähigkeit der Bank.

Zur Überwachung, Begrenzung und Steuerung von Adressenausfallrisiken werden im Global-Limit-System kreditnehmerbezogene Gesamtlime auf Konzernebene erfasst. Auf diese Gesamtlime werden alle Arten von Krediten gemäß Artikel 389f der CRR, sowohl aus Handels- als auch Bankbuchaktivitäten, gegenüber den Kreditnehmern angerechnet. Vorleistungs- und Abwicklungsrisiken aus Devisen- und Wertpapiergeschäften, Kontokorrent-Intraday-Risiken sowie so genannte Additional Risks aus Konstrukten werden als wirtschaftliche Risiken genehmigt und auf separate Limite angerechnet.

Die genehmigten Gesamtlime werden entsprechend der Beschlussvorlage auf Einzelkreditnehmer, Produktarten und die betroffenen operativen Geschäftsbereiche alloziert. Die Ausnutzung der einzelnen Limite wird täglich überwacht; bei etwaigen Limitüberschreitungen werden umgehend die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

Die Anrechnung von Swaps, Termingeschäften und Optionen auf das Gesamtlimit erfolgt mit den – gemäß der CRR ermittelten – Kreditäquivalenzbeträgen. Alle weiteren Handelsbuchpositionen (zum Beispiel Geldhandel, Wertpapiere) werden mit Marktpreisen bewertet.

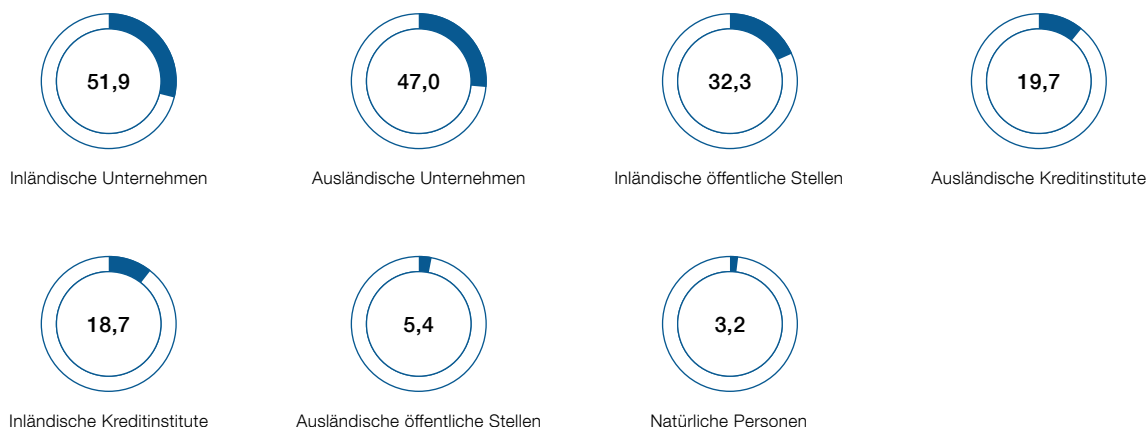
Ergänzend werden als indirekte wirtschaftliche Risiken Sekundärrisiken aus Leasingengagements (Leasingnehmer) oder aus erhaltenen Bürgschaften und Garantien sowie Lastschriftreicher-Risiken beim jeweiligen Risikoträger erfasst.

In Grafik 1 ist das Gesamtkreditvolumen per 31. Dezember 2016 des engen Konzernkreises (Helaba-Einzelinstitut zuzüglich Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse, Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und Helaba Asset Services) in Höhe von 178,2 Mrd. € (31. Dezember 2015: 184,6 Mrd. €), aufgeteilt nach Kundengruppen, dargestellt. Das Gesamtkreditvolumen entspricht dem gemäß den geltenden Rechtsnormen für Großkredite ermittelten Risikopositionswert vor Anwendung der Ausnahmen zur Ermittlung der Großkreditobergrenzenauslastung und vor Anwendung von Kreditminderungstechniken.

Gesamtkreditvolumen nach Kundengruppen (enger Konzernkreis)

Grafik 1

in Mrd. €



Entsprechend dem Geschäftsmodell liegt der Schwerpunkt der Kreditaktivitäten der Helaba zum 31. Dezember 2016 bei Finanzinstitutionen (insbesondere im Kreditgewerbe), im Grundstücks- und Wohnungswesen sowie bei öffentlichen Stellen.

Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über die regionale Verteilung des Gesamtkreditvolumens auf Basis des Sitzlands des Kreditnehmers:

Ländercluster	Anteil in %	
	31.12.2016	31.12.2015
Deutschland	59,42	60,49
Westeuropa	18,89	18,88
Skandinavien	2,70	2,37
Restliches Europa	4,20	4,38
Europa	85,21	86,12
Nordamerika	13,52	12,47
Restliche Welt	1,27	1,43

Danach liegt der Schwerpunkt unverändert in Deutschland sowie weiteren ausgewählten westeuropäischen Staaten. Auf Großbritannien entfällt ein Anteil von 4,4 % (31. Dezember 2015: 4,3 %).

Bonitäts-/Risikobeurteilung

Die Bank verfügt über 14 in Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) beziehungsweise anderen Landesbanken entwickelte Rating-Verfahren sowie zwei selbst entwickelte Rating-Verfahren. Diese Verfahren basieren auf statistischen Modellen und ordnen die Kreditengagements unabhängig von der Kunden- oder Objektgruppe kardinal über eine 25-stufige Ausfall-Rating-Skala einer festen Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) zu.

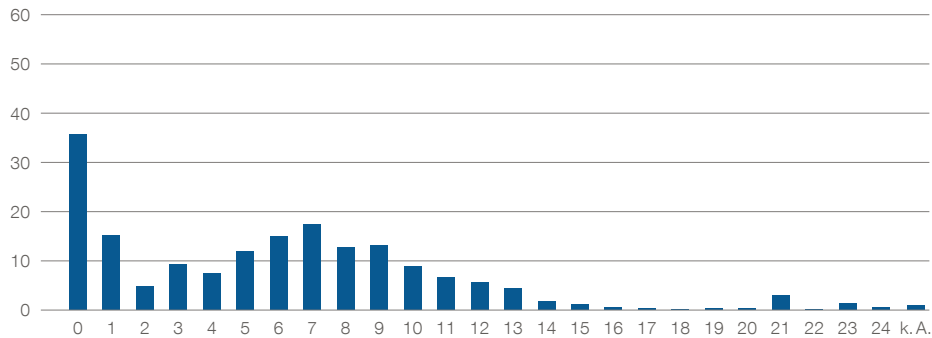
Im engen Konzernkreis (Helaba-Einzelinstitut zuzüglich Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse, Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und Helaba Asset Services) teilt sich das

Gesamtkreditvolumen in Höhe von 178,2 Mrd. € (31. Dezember 2015: 184,6 Mrd. €) nach Ausfall-Rating-Klassen wie in Grafik 2 dargestellt auf.

Gesamtkreditvolumen nach Ausfall-Rating-Klassen (enger Konzernkreis)

Grafik 2

in Mrd. €



Sicherheiten

Neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (beziehungsweise allgemeine Kreditrisikominderungstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Adressenausfallrisiken. Sicherheiten werden nach den Beleihungsgrundsätzen der Bank bewertet. Im Rahmen des turnusmäßigen oder anlassbezogenen Überwachungsverfahrens wird die Bewertung angepasst, wenn sich bewertungsrelevante Faktoren ändern.

Das Sicherheitenverwaltungssystem der Helaba bietet die Voraussetzungen, um die umfassenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung eigenkapitalentlastender Kreditrisikominderungstechniken nach CRR ausschöpfen zu können. Es stellt den Datenbestand zur Prüfung und Verteilung der anrechenbaren Sicherheitenwerte auf die besicherten Risikopositionen bereit.

Länderrisiken

Das Länderrisiko besteht aus Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken (zum Beispiel Lieferisiken). Die Helaba verfügt über eine am wirtschaftlichen Risikoträger orientierte Methodik zur internen Länderrisikobemessung und -zuordnung, das heißt, dass das zunächst nach dem strengen Domizilprinzip dem Sitzland des Kreditnehmers zugeordnete Risiko unter bestimmten Voraussetzungen auf das Sitzland der Konzernmutter oder des Leasingnehmers beziehungsweise bei Cashflow-Konstruktionen und bei Berücksichtigung von Sicherheiten auf das Land des wirtschaftlichen Risikoträgers übertragen wird.

Das Länderrisikosystem dient als zentrales Instrument zur vollständigen, zeitnahen, risikogerechten und transparenten Erfassung, Überwachung und Steuerung der Länderrisiken. In die Steuerung der Länderrisiken sind sämtliche Kredit- und Handelsbereiche der Helaba einschließlich der Tochtergesell-

schaften Frankfurter Sparkasse, Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und Helaba Asset Services einbezogen. Das gesamte Länderrisiko – ohne Länder der Eurozone – darf das Sechsfache des haftenden Eigenkapitals der Helaba-Institutsgruppe nicht überschreiten. Die Ausnutzung zum 31. Dezember 2016 belief sich auf weniger als das Dreifache des haftenden Eigenkapitals.

Der Vorstand legt für alle Länder mit Ausnahme weniger Länder der Eurozone und weiterer, insbesondere unter Transferrisikogesichtspunkten erstklassiger Länder (zurzeit Schweiz, Großbritannien, USA, Dänemark, Schweden, Norwegen) Länderlimite fest. Das einem Land zugestandene Gesamtlimit wird unterteilt in ein Kredit- und ein Handelslimit. Zusätzlich werden die Länderrisiken für langfristige Geschäfte durch Sublimite begrenzt.

Das interne Rating-Verfahren für Länder- und Transferrisiken unterscheidet 25 mögliche Länder-Rating-Klassen nach der bankweit einheitlichen Masterskala. Alle Einstufungen werden mindestens jährlich vom Bereich Volkswirtschaft/Research ermittelt und vom Bereich Credit Risk Management final festgelegt. Der Kreditmanagementausschuss unterbreitet auf dieser Basis unter Einbeziehung bankspezifischer, geschäftspolitischer und risikomethodischer Überlegungen einen Länderlimitvorschlag, auf dessen Basis der Gesamtvorstand die Limite für die einzelnen Länder festsetzt.

Für Länder mit den schlechtesten Rating-Klassen (22–24) hat die Bank keine Länderlimite vorgesehen.

Die Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken aus Ausleihungen der Helaba im engen Konzernkreis an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland in Höhe von 48,7 Mrd. € (31. Dezember

2015: 49,2 Mrd. €) konzentrieren sich regional vorwiegend auf Europa (79,9 %) und Nordamerika (17,5 %). Sie sind per 31. Dezember 2016 zu 74,4 % (31. Dezember 2015: 91,9 %) den Länder-Rating-Klassen 0 und 1 zugeordnet. Weitere 25,4 % (31. Dezember 2015: 7,9 %) werden in den Rating-Klassen 2–13 generiert. Lediglich 0,2 % (31. Dezember 2015: 0,2 %) sind mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet. Die leichte Verschlechterung der guten Rating-Struktur resultiert aus einem Rating-Downgrade Großbritanniens von Rating-Klasse 1 auf 2.

Engagements in Großbritannien

Per 31. Dezember 2016 beträgt das Nettoexposure der Helaba im engen Konzernkreis gegenüber Kreditnehmern in Großbritannien 7,9 Mrd. € (31. Dezember 2015: 8,1 Mrd. €). Im Übrigen hatte das EU-Austritts-Votum Großbritanniens („Brexit“) keine wesentlichen Auswirkungen auf das Adressenausfallrisiko.

Kreditrisikoprozesse und Organisation

Die MaRisk enthalten differenzierte Regelungen zur Organisation des Kreditgeschäfts sowie zu den Kreditprozessen und zur Ausgestaltung der Verfahren zur Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung der Risiken im Kreditgeschäft.

Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft hat der Vorstand in gesonderten Organisationsrichtlinien für das Kreditgeschäft festgelegt.

Genehmigungsverfahren

Das Genehmigungsverfahren der Bank garantiert, dass Kreditrisiken nicht ohne vorherige Genehmigung eingegangen werden. Nach der Geschäftsanweisung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Risiko- und Kreditausschusses des Verwaltungsrats; unter diesen Betragsgrößen liegende Engagements werden abgestuft nach Kompetenzen (Vorstand, Vorstands-Kreditausschuss, einzelne Vorstandsmitglieder, Mitarbeiter) genehmigt. Grundlage für Kreditgenehmigungen bilden detaillierte Risikobeurteilungen. Bestandteil der Kreditvorlagen sind entsprechend den MaRisk im so genannten risikorelevanten Geschäft immer zwei voneinander unabhängige Voten durch den zuständigen Marktbereich sowie den zuständigen Marktfolge-Bereich. Der Vertreter des jeweiligen Marktfolge-Bereichs hat dabei im Rahmen eines Eskalationsprozesses stets ein Vetorecht. In letzter Instanz entscheidet der Gesamtvorstand.

Ergänzt wird das Verfahren durch aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleitete Konzentrationslimite, die abgestuft nach Ausfall-Rating-Klasse der wirtschaftlichen Gruppe verbundener Kunden die Engagements zusätzlich begrenzen. Außerdem sind alle Kredite mindestens einmal innerhalb von zwölf Monaten zu überwachen. Ein tägliches Überziehungsmanagement wird unter anderem durch Einsatz des Global-Limit-Systems ge-

währleistet, das alle Kredite (Linien und Inanspruchnahmen) des engen Konzernkreises pro Gruppe verbundener Kunden zusammenführt.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

Die Quantifizierung erwarteter und unerwarteter Adressenausfallrisiken erfolgt über den regulatorischen Rechenkern. Erwartete Adressenausfallrisiken werden in Form des Expected Loss einzelgeschäftlich kalkuliert. Die Berechnung für regulatorische Zwecke erfolgt auf Basis der internen Rating-Verfahren und regulatorisch vorgegebener Loss-Given-Defaults (LGD). Zur Abdeckung unerwarteter Verluste wird das gemäß CRR vorzuhaltende Eigenkapital ebenfalls einzelgeschäftlich ermittelt und sowohl in der Einzelgeschäftssteuerung als auch in der Risikokapitalsteuerung verwendet.

In der internen Steuerung werden Adressenausfallrisiken mit einem Value-at-Risk-Ansatz ermittelt. Dafür wird ein Credit-Metrics-basiertes Simulationsverfahren (Monte-Carlo-Simulation) unter Berücksichtigung von Migrations- und LGD-Risiken verwendet. Der ermittelte Value-at-Risk gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die innerhalb eines Jahres mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Als Risikoparameter werden neben den internen Rating-Verfahren auch intern geschätzte LGD-Parameter sowie empirisch gemessenen Korrelationswerte herangezogen. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe des Risikomodells ermittelte Value-at-Risk (VaR) ein Maß für den maximalen Verlust (expected und unexpected) dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 95,0 % (Fortführungsansatz) beziehungsweise 99,9 % (Liquidationsansatz) auf Basis des zugrunde gelegten Beobachtungszeitraums von einem Jahr nicht überschritten wird. Durch die Berücksichtigung von empirischen Korrelationen wird das simultane Eintreten einzelner Kreditereignisse (systematisches Risiko) abgebildet.

Die entsprechend quantifizierten erwarteten und unerwarteten Verluste werden verschiedenen Szenariobetrachtungen unterworfen, um Auswirkungen entsprechender Stress-Situationen aufzuzeigen. Dafür werden die Risikoparameter szenarioabhängig modelliert.

Die beschriebene Simulationsmethodik wurde erstmals zum 30. September 2016 produktiv verwendet und löste das bisher verwendete Verfahren ab, welches als Grundlage die (angepasste) CRR-Formel nutzte.

Im Basisszenario der Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Adressenausfallrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial von 561 Mio. € (31. Dezember 2015: 824 Mio. €). Die Reduktion resultiert dabei im Wesentlichen (rund 80 %) aus der Umstellung der Methodik auf das Simulationsmodell.

Risikovorsorge

Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Beteiligungsrisiko

Unter dem Beteiligungsrisiko werden diejenigen Risiken aus Beteiligungen zusammengefasst, deren Einzelrisikoarten nicht separat im Risikocontrolling für die einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden. Werden die für eine Beteiligung relevanten Risikoarten unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und rechtlicher Möglichkeiten in das konzernweite Risikomanagement integriert (Einzelrisikosteuerung), ist die Betrachtung von Beteiligungsrisiken für diese Beteiligung nicht relevant. Neben den handelsrechtlichen Beteiligungen werden auch solche Finanzinstrumente unter dem Beteiligungsrisiko ausgewiesen, die nach CRR der Forderungsklasse Beteiligungen zugeordnet werden.

Marktpreisrisiko

Risikosteuerung

Integriert in die Gesamtbanksteuerung erfolgt die Steuerung von Marktpreisrisiken in der Helaba für das Handelsbuch und das Bankbuch. Klar definierte Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse schaffen die Voraussetzungen für ihre effektive Begrenzung und Steuerung. Auf Basis der Risikoinventur werden in Abhängigkeit von der Geschäftstätigkeit die Tochtergesellschaften im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements in abgestufter Weise in den Steuerungsprozess einbezogen. Schwerpunkte bilden die Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG. Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt nach den Methoden der Helaba.

Der strategische Schwerpunkt der Handelsaktivitäten liegt auf dem kundentriebenen Geschäft, das durch ein bedarfsorientiertes Produktangebot unterstützt wird. Die Steuerung der Positionen des Handelsbuchs liegt in der Verantwortung des Bereichs Kapitalmärkte. Dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung obliegt die Steuerung der Refinanzierung sowie das Management der Zins- und Liquiditätsrisiken des Bankbuchs. Zusätzlich verantwortet der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung den zum Handelsbuch gehörenden Rückflussbestand eigener Emissionen.

Limitierung von Marktpreisrisiken

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken verwendet die Helaba eine einheitliche Limitstruktur. In den Prozess zur Allokation der Limite ist neben den internen Gremien der Bank auch der Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats eingebunden. Er genehmigt das Gesamtlimit für Marktpreisrisiken, das vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit der Bank vorgeschlagen wird.

Der Risikogehalt der einzelnen Beteiligung wird im Hinblick auf die Werthaltigkeit anhand eines zweistufigen Kriterienkatalogs (Ampelverfahren) klassifiziert. Daneben erfolgt die Risikobeurteilung auf Basis der Bonitätseinschätzung und -entwicklung des jeweiligen Unternehmens im Rahmen des bankinternen Rating-Verfahrens. Die Beteiligungsrisiken werden vierteljährlich an den Risikoausschuss des Vorstands und den Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats berichtet.

Die Zusammensetzung des Beteiligungsportfolios ist im Vergleich zum Jahresende 2015 nahezu unverändert. Im Basiszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Beteiligungsrisiken für den Konzern ein gegenüber dem Jahresende 2015 unverändertes ökonomisches Risikopotenzial von 10 Mio. € (31. Dezember 2015: 10 Mio. €).

Im Rahmen des für Marktpreisrisiken festgelegten Gesamtlimits alloziert der Risikoausschuss auf Empfehlung des Dispositionsausschusses Limite auf die risikonehmenden Geschäftsbereiche sowie auf die einzelnen Marktpreisrisikoarten. Zusätzlich erfolgt hier eine separate Limitierung für das Handelsbuch und das Bankbuch. Die Suballokation von Limiten auf untergeordnete Organisationseinheiten sowie die einzelnen Standorte der Helaba liegt in der Verantwortung der mit einem Limit ausgestatteten Geschäftsbereiche. Darüber hinaus werden in den Handelsbereichen eigenständig Stop-Loss-Limite sowie Volumenlimite zur Begrenzung von Marktpreisrisiken eingesetzt.

Das Marktpreisrisikogesamtlimit wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Genauso gab es keine Limitüberschreitungen auf den Hauptaggregationsstufen Handels- und Bankbuch der Bank und der Gruppe sowie für die einzelnen Marktpreisrisikoarten.

Risikoüberwachung

Die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von Marktpreisrisiken liegt in der Verantwortung des Bereichs Risikocontrolling. Hierzu gehören neben der Risikoquantifizierung auch die Überprüfung der Geschäfte auf Marktkonformität und die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Zusätzlich wird die Überleitungsrechnung zum externen Rechnungswesen erstellt.

Die kontinuierliche fachliche und technische Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Systeme sowie eine intensive Datenpflege tragen wesentlich zur adäquaten Erfassung der Marktpreisrisiken in der Helaba bei. Bei der Einführung neuer Produkte ist ein durch den „Ausschuss Neue Produkte“

verankerter Prozess zu durchlaufen. Die Autorisierung eines neuen Produkts setzt die korrekte Verarbeitung in den benötigten Systemen zur Positionserfassung, Abwicklung, Ergebnisermittlung und Risikoquantifizierung sowie für das Rechnungswesen und das Meldewesen voraus.

Im Rahmen eines umfassenden Reportings werden die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie die positionsführenden Stellen täglich über die ermittelten Risikozahlen und die erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse auf Basis aktueller Marktpreise unterrichtet. Zusätzlich erhalten wöchentlich der Gesamtvorstand und der Dispositionsausschuss sowie monatlich der Risikoausschuss Informationen über die aktuelle Risiko- und Ergebnissituation. Etwaige Überschreitungen der festgelegten Limite setzen den Eskalationsprozess zur Begrenzung und Rückführung der Risiken in Gang.

Quantifizierung von Marktpreisrisiken

Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt mit Hilfe eines Money-at-Risk-Ansatzes, der durch Stresstests, die Messung von Residualrisiken und Sensitivitätsanalysen für Credit-Spread-Risiken sowie durch die Betrachtung inkrementeller Risiken für das Handelsbuch ergänzt wird. Das Money-at-Risk (MaR) gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die aufgrund von Marktschwankungen innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Für jede der Marktpreisrisikoarten (Zinsen, Aktien und Devisen) werden in der Helaba Risikomesssysteme auf Basis gleicher statistischer Parametrisierungen eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Risikoarten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird dadurch die Aggregation der Risikoarten zu einem Gesamtrisiko ermöglicht. Das Gesamtrisiko basiert auf

der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe der Risikomodelle ermittelte MaR-Betrag ein Maß für den maximalen Verlust dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,0 % auf Basis des zugrunde gelegten historischen Beobachtungszeitraums von einem Jahr bei einer Haltedauer der Position von zehn Handelstagen nicht überschritten wird.

Die nachfolgende Übersicht enthält eine Stichtagsbetrachtung der eingegangenen Marktpreisrisiken (inklusive Korrelationseffekten zwischen den Portfolios) zum Jahresultimo 2016 sowie eine Aufteilung nach Handels- und Bankbuch. Den größten Anteil an den Marktpreisrisikoarten hat das lineare Zinsänderungsrisiko. Aktienpositionen im Bankbuch wurden deutlich zurückgeführt. Neben Swap- und Pfandbriefkurve werden zusätzlich unterschiedliche ratingabhängige Government-, Financials- und Corporate-Zinskurven zur Bewertung eingesetzt. Für das Gesamtportfolio des engen Konzernkreises entfallen beim linearen Zinsänderungsrisiko 90 % (31. Dezember 2015: 84 %) auf Positionen in Euro und 6 % (31. Dezember 2015: 9 %) auf Positionen in US-Dollar. Im Aktienbereich des Handels stehen im DAX und DJ Euro Stoxx 50 notierte Werte im Fokus. Den Schwerpunkt im Währungsrisiko bilden Positionen in US-Dollar, Schweizer Franken und Britischen Pfund. Das Residualrisiko beläuft sich für den Konzern auf 12 Mio. € (31. Dezember 2015: 15 Mio. €). Das inkrementelle Risiko im Handelsbuch beträgt bei einem Betrachtungshorizont von einem Jahr und einem 99,9%-Konfidenzniveau 136 Mio. € (31. Dezember 2015: 201 Mio. €). Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Marktpreisrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial in Höhe von 395 Mio. € (31. Dezember 2015: 433 Mio. €). Der Rückgang ist im Wesentlichen auf das gesunkene inkrementelle Risiko zurückzuführen.

Konzern-MaR nach Risikoarten

in Mio. €

	Gesamtrisiko		Zinsänderungsrisiko		Währungsrisiko		Aktienrisiko	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Gesamt	92	89	88	69	0	1	4	19
Handelsbuch	28	29	26	27	0	0	2	2
Bankbuch	67	67	64	49	0	1	2	17

Allen Risikomesssystemen liegen ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz oder eine Monte-Carlo-Simulation zugrunde. Letztere wird insbesondere für die Abbildung komplexer Produkte und Optionen eingesetzt. Nichtlineare Risiken im Devisenbereich sind in der Helaba von untergeordneter Bedeutung. Sie werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen überwacht.

Internes Modell gemäß Capital Requirements Regulation (CRR)

Zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarfs für das allgemeine Zinsänderungsrisiko verfügt die Helaba über ein von der Bankenaufsicht anerkanntes internes Modell gemäß CRR, das sich aus den Risikomesssystemen MaRC² (lineares Zinsrisiko) und ELLI (Zinsoptionsrisiko) zusammensetzt.

Marktpreisrisiken im Handelsbuch

Die Berechnung aller Marktpreisrisiken erfolgt täglich auf Basis der Tagesendposition des vorangegangenen Handelstags und der aktuellen Marktparameter. Die Helaba verwendet auch für die interne Risikosteuerung die aufsichtsrechtlich vorgegebene Parametrisierung. In Grafik 3 ist das MaR des Handelsbuchs (Helaba-Einzelinstitut) für das Geschäftsjahr

2016 dargestellt. Im Gesamtjahr 2016 betrug das durchschnittliche MaR 25 Mio. € (2015: 26 Mio. €), der maximale Wert 33 Mio. € (2015: 34 Mio. €) und der minimale Wert 19 Mio. € (2015: 11 Mio. €). Die sich gegenüber 2015 auf ein ähnliches Niveau belaufenden Risikowerte sind auf weiterhin hohe Volatilitäten in Verbindung mit dem Niedrigzinsniveau zurückzuführen.

Tägliches MaR des Handelsbuchs im Geschäftsjahr 2016

Grafik 3



Zur Ermittlung konsolidierter MaR-Beträge für den Konzern stellen die ausländischen Niederlassungen der Helaba sowie die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und die Frankfurter Sparkasse der Konzernzentrale in einem Bottom-up-Verfahren die aktuellen Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen zur Verfügung. In einem Top-down-Verfahren werden umgekehrt die Marktparameter einheitlich bereitgestellt.

Dies ermöglicht neben der Risikoquantifizierung in der Konzernzentrale auch die dezentrale Risikoquantifizierung in den Standorten.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die durchschnittlichen täglichen MaR-Beträge für das Handelsbuch.

Durchschnittliches MaR für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2016

ø MaR in Mio. €

	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamt	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Zinsänderungsrisiko	26	16	22	26	21	29	25	25	23	24
Währungsrisiko	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Aktienrisiko	2	1	2	2	2	2	2	2	2	2
Gesamtrisiko	28	17	24	28	23	31	27	27	25	26

Anzahl der Handelstage: 253 (2015: 251)

Für die Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG ergibt sich im Handelsbuch im Jahresdurchschnitt unverändert zum Vorjahr jeweils ein MaR von 0 Mio. €.

Backtesting

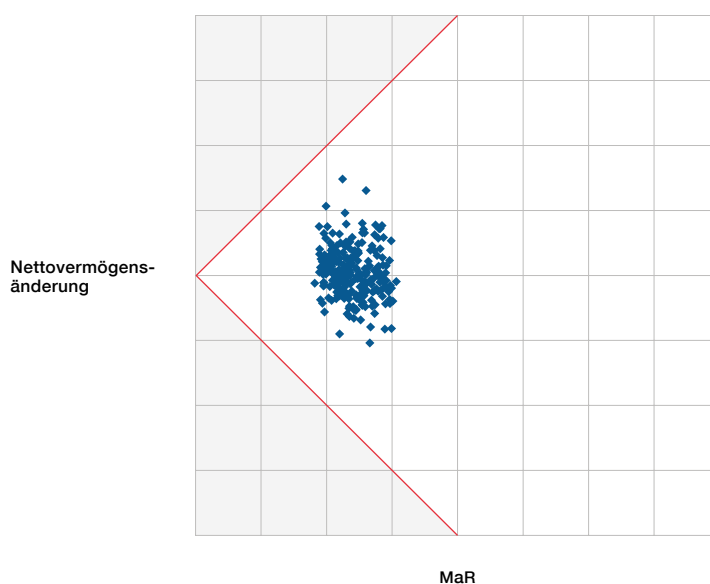
Zur Überprüfung der Prognosequalität der Risikomodelle wird täglich für alle Marktpreisrisikoarten ein Clean Backtesting durchgeführt. Hierbei wird der MaR-Betrag bei einer Haltedauer von einem Handelstag, einem einseitigen 99 %-Konfidenz-

niveau sowie einem historischen Beobachtungszeitraum von einem Jahr ermittelt. Dieser prognostizierte Risikobetrag wird der hypothetischen Nettovermögensänderung gegenübergestellt. Die hypothetische Nettovermögensänderung stellt die Wertänderung des Portfolios über einen Handelstag bei unveränderter Position und Zugrundelegung neuer Marktpreise dar. Ein Backtesting-Ausreißer liegt vor, wenn die Nettovermögensminderung den potenziellen Risikobetrag übersteigt.

In Grafik 4 ist das Backtesting der Helaba-Risikomodelle für das Handelsbuch über alle Marktpreisrisikoarten im Geschäftsjahr 2016 dargestellt. Es traten keine negativen Ausreißer auf (2015: ein negativer Ausreißer).

Backtesting für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2016

Grafik 4



Im internen Modell für das allgemeine Zinsänderungsrisiko traten im aufsichtsrechtlichen Backtesting im Jahr 2016 keine negativen Ausreißer auf (2015: keine negativen Ausreißer).

Stresstestprogramm

Die Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber realistischer Marktsituationen erfordert neben der täglichen Risikoquantifizierung den Einsatz von Stresstests. Für verschiedene Portfolios erfolgt regelmäßig eine Neubewertung auf Basis extremer Marktsituationen. Die Auswahl der Portfolios orientiert sich, soweit nicht durch aufsichtsrechtliche Vorgaben explizit gefordert, an der Höhe des Exposures (Materialität) und etwaiger Risikokonzentrationen. Für das Optionsbuch der Helaba werden täglich Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstests sind in das Reporting über Marktpreisrisiken an den Vorstand integriert und werden im Rahmen des Limitallokationsprozesses berücksichtigt.

Als Instrumentarien stehen die historische Simulation, die Monte-Carlo-Simulation, ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen – unter ande-

rem auf Basis der Hauptkomponenten der Korrelationsmatrix – zur Verfügung. Des Weiteren führt die Helaba auch Stresstests zur Simulation extremer Spread-Änderungen durch. Risikoartenübergreifende Stresstests im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung der Helaba und inverse Stresstests ergänzen die Stresstests für Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiken (inklusive Zinsänderungsrisiken) im Bankbuch

Zur Abbildung der Marktpreisrisiken im Bankbuch setzt die Helaba den für das Handelsbuch verwendeten MaR-Ansatz ein. Täglich erstellte Fristenablaufbilanzen, aus denen die Laufzeitstruktur der Positionsnahmen erkennbar ist, ergänzen dabei die mit Hilfe dieses Ansatzes ermittelten Risikokennzahlen. Regelmäßige Stresstests mit Haltedauern zwischen zehn Tagen und zwölf Monaten flankieren die tägliche Bankbuch-Risikomessung.

Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch ist auch Bestandteil regulatorischer Anforderungen. Dort wird eine Risikoberechnung auf Basis standardisierter Zinsschocks

gefordert. Dabei werden gemäß den Festlegungen der Bankenaufsicht ein Zinsanstieg und eine Zinssenkung um 200 Basispunkte untersucht. Ein derartiger Zinsschock würde für den Helaba-Konzern zum Jahresultimo 2016 im ungünstigen Fall zu einer negativen Wertveränderung im Bankbuch von 261 Mio. € führen (31. Dezember 2015: 285 Mio. €). Dabei entfallen auf die Heimatwährung 249 Mio. € (31. Dezember 2015: 270 Mio. €) und auf Fremdwährungen 12 Mio. € (31. Dezember 2015: 15 Mio. €). Die Untersuchungen eines Zinsschocks führt die Helaba mindestens vierteljährlich durch.

Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko

Die Sicherung der Liquidität im Sinne der Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsfähigkeit sowie der Vermeidung von Kostenrisiken bei der Beschaffung mittel- und langfristiger Refinanzierungsmittel besitzt für die Helaba höchste Priorität. Entsprechend steht für die Erfassung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken haben sich auch in den vergangenen Jahren im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise und der daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten bewährt. Die Liquidität der Helaba war auch im Jahr 2016 jederzeit vollumfänglich gewährleistet. Die Steuerung und Überwachung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken werden im Internal Liquidity Adequacy Assessment Process (ILAAP) zusammengeführt und regelmäßig umfassend validiert.

Steuerung und Überwachung

Im Helaba-Konzern existiert ein dezentrales Steuerungs- und Überwachungskonzept für Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken, das heißt, jede Gesellschaft ist selbst für die Sicherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit, für mögliche Kostenrisiken der Refinanzierung und für eine unabhängige Überwachung dieser Risiken verantwortlich. Die Rahmenbedingungen hierfür werden mit der Helaba abgestimmt. Im Rahmen des konzernweiten Risikomanagements berichten die Tochtergesellschaften des engen Konzernkreises regelmäßig ihre Liquiditätsrisiken an die Helaba. Die dabei angewendeten Methoden sind an das Helaba-Verfahren angelehnt.

Die Bank unterscheidet bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen und dem strukturellen Liquiditätsmanagement. Die Gesamtverantwortung für die kurzfristige Zahlungsfähigkeit und die strukturelle Liquiditätssteuerung für die Refinanzierung des Kreditneugeschäfts unter Beachtung einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur obliegt dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Die zentrale Steuerung des Liquiditätsabsicherungsbestands sowohl für die Zwecke des aufsichtsrechtlichen Liquiditätspuffers zur

Performance-Messung

Zur Beurteilung des Erfolgs einzelner Organisationseinheiten werden regelmäßig Risk-Return-Vergleiche durchgeführt. Da jedoch die kurzfristige Gewinnerzielung nicht das alleinige Ziel der Handelsstellen ist, werden zur Beurteilung weitere, auch qualitative Faktoren herangezogen.

Erfüllung der LCR als auch für das Collateral Management erfolgt ebenfalls durch den Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Die Kostenverrechnung ist durch ein Liquiditätstransferpreissystem geregelt.

Der Bereich Risikocontrolling berichtet täglich über die kurzfristige Liquiditätssituation an die relevanten Leitungsfunktions-träger und monatlich im Risikoausschuss über die insgesamt eingegangenen Liquiditätsrisiken. Die Berichterstattung beinhaltet zudem verschiedene Stress-Szenarien wie verstärkte Ziehungen aus Liquiditätslinien, keine Verfügbarkeit von Interbankenliquidität an den Finanzmärkten und die mögliche Auswirkung einer signifikanten Rating-Herabstufung auf die Helaba. Die Stress-Szenarien umfassen sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen. Zudem werden inverse Stress-tests durchgeführt. Für extreme Marktsituationen sind Ad-hoc-Berichts- und -Entscheidungsprozesse eingerichtet.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität unterhält die Helaba einen hochliquiden Bestand an Wertpapieren (Liquiditätsabsicherungsbestand), der bei Bedarf zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt werden kann. Die aktuelle Liquiditätssituation wird anhand eines kurzfristigen Liquiditätsstatus gesteuert. In ihm werden täglich die zu erwartenden Liquiditätsanforderungen für die nächsten 250 Handelstage der verfügbaren Liquidität aus dem liquiden Wertpapierbestand gegenübergestellt. Die verfügbare Liquidität wird unter Berücksichtigung von Abschlägen ermittelt, um auch unerwartete Marktentwicklungen einzelner Wertpapiere abdecken zu können. Wertpapiere, die zu Sicherungszwecken verwendet werden (zum Beispiel Repos und Verpfändungen) und damit belegt sind, werden vom freien liquiden Wertpapierbestand abgezogen. Dies betrifft auch Wertpapiere, die als Liquiditätspuffer für die Intra-Day-Liquiditätssteuerung bevorratet werden. Maßgebliche Währung im Hinblick auf die kurzfristige Liquidität ist für die Helaba in erster Linie der Euro, gefolgt vom US-Dollar.

Die Helaba verfügt über die Zulassung für ein institutseigenes Liquiditätsrisikomess- und -steuerungsverfahren gemäß § 10 der Liquiditätsverordnung (LiqV) durch die BaFin. Damit darf

die Helaba anstelle der monatlichen Meldung nach dem LiqV-Standardverfahren ihr eigenes Verfahren zur Ermittlung des kurzfristigen Liquiditätsstatus für die aufsichtsrechtliche Meldung verwenden. Die bankaufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen hat die Helaba 2016 immer voll erfüllt.

Das Konzept des kurzfristigen Liquiditätsstatus ist so gewählt, dass verschiedene Stress-Szenarien abgebildet werden. Dabei wird der kumulierte Liquiditätssaldo (Liquiditätsbedarf) der verfügbaren Liquidität gegenübergestellt. Je nach Szenario erfolgt die Limitierung von fünf Tagen bis hin zu einem Jahr. Die Überwachung der Limite obliegt dem Bereich Risikocontrolling. Die Auslastung des Szenarios mit der größten Relevanz (Zahlungsfähigkeit) beträgt zum Bilanzstichtag 20 % (31. Dezember 2015: 45 %). Bei Einbeziehung der Frankfurter Sparkasse ergeben sich 24 % (31. Dezember 2015: 46 %). Die durchschnittliche Auslastung liegt im Jahr 2016 bei 27 % (2015: 28 %).

Parallel zum internen Modell steuert die Bank die kurzfristige Liquidität entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben der Liquidity Coverage Ratio (LCR). Die LCR lag 2016 stets über der aufsichtsrechtlich relevanten Mindestgröße von 70 %.

Die operative Gelddisposition zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität erfolgt im Geldhandel über unbesicherte und besicherte Mittelaufnahmen/-anlagen im Geldmarkt (Interbanken- und Kundengeschäft, Commercial Paper) und Offenmarktgeschäfte beziehungsweise Fazilitäten bei der Europäischen Zentralbank (EZB).

Außerbilanzielle Kredit- und Liquiditätszusagen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Ziehungspotenzials und liquiditätsrelevanter Besonderheiten untersucht und in das Liquiditätsmanagement integriert. Ebenfalls werden Avale (Bürgschaften und Garantien) untersucht. Die zu bevorratende Liquidität wird mittels einer Szenariorechnung, die insbesondere auch eine Marktstörung unterstellt, kalkuliert und vorab disponiert.

Für die von der Helaba initiierte Vertriebsplattform waren zum Bilanzstichtag 1,6 Mrd. € an Liquiditätszusagen abgerufen. Das ist eine Erhöhung um 0,1 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr. Im US-Public-Finance-Geschäft lag zum Bilanzstichtag (unverändert zum Jahresende 2015) kein Liquiditätsabruf aus Standby-Linien vor.

Operationelles Risiko

Steuerungsgrundsätze

Im Einklang mit den regulatorischen Anforderungen verfügt die Helaba über einen integrierten Ansatz für das Management operationeller Risiken. Mit diesem Ansatz werden operationelle Risiken identifiziert, gesteuert und überwacht.

In Kreditverträgen, insbesondere von konsolidierten Immobilienobjektgesellschaften, können Kreditklauseln enthalten sein, die zu Ausschüttungsbeschränkungen bis hin zur Kündigung führen können. Selbst wenn in Einzelfällen eine solche Kündigung drohen sollte, besteht für den Konzern kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

Strukturelles Liquiditätsrisiko

Der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung steuert über das Zentrale Dispositionssystem (ZDS) die Liquiditätsrisiken des kommerziellen Bankgeschäfts der Helaba, das im Wesentlichen die Kreditgeschäfte einschließlich der zinsvariablen Rollover-Geschäfte, die Wertpapiere des Liquiditätsabsicherungsbestands sowie die mittel- und langfristige Finanzierung umfasst. Die Steuerung des Refinanzierungsrisikos basiert auf Liquiditätsablaufbilanzen, deren Liquiditätsinkongruenzen limitiert sind. Durch eine Diversifikation der Funding-Quellen vermeidet die Bank entstehende Konzentrationsrisiken in der Liquiditätsbeschaffung. Die Überwachung obliegt dem Bereich Risikocontrolling. Die Quantifizierung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt innerhalb des MaR-Modells für Marktpreisrisiken. Hier wird bereits modellmäßig das Liquiditätsrisiko durch die Annahme einer Haltedauer von zehn Tagen konservativ berücksichtigt. Zusätzlich werden unter Variation der Haltedauer monatlich Szenariorechnungen für das Risiko unzureichender Marktliquidität durchgeführt. Das skalierte MaR impliziert zum 31. Dezember 2016 kein signifikantes Marktliquiditätsrisiko. Außerdem wird die Marktliquidität anhand der Spanne zwischen Geld- und Briefkurs beobachtet.

Mindestens jährlich legt der Vorstand die Risikotoleranz für das Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko fest. Das umfasst die Limitierung des kurzfristigen und strukturellen Liquiditätsrisikos (Refinanzierungsrisiko), die Liquiditätsbevorratung für außerbilanzielle Liquiditätsrisiken sowie die Festlegung der dazugehörigen Modelle und Annahmen. Für etwaige Liquiditätsengpässe wird für alle Standorte ein umfassender Handlungsplan vorgehalten. Die Helaba unterhält zudem ein Liquiditätstransferpreissystem zur Verrechnung von Liquiditätskosten. Verrechnet werden sowohl die Kosten der Refinanzierung als auch die Kosten des Liquiditätsabsicherungsbestands.

Die Steuerung und Überwachung operationeller Risiken werden in der Helaba disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Demnach sind die einzelnen Bereiche der Helaba dezentral für das Risikomanagement zuständig. Sie werden dabei durch zentrale Steuerungsbereiche unterstützt. Die Überwachung operationeller Risiken ist zentral im Bereich Risikocontrolling angesiedelt.

Instrumentarium

Die Helaba wendet den Standardansatz für die regulatorische Eigenmittelunterlegung an.

Grundlage der Steuerung und der Überwachung operationeller Risiken ist ein Risikomanagementsystem, in dem Risiken und Schadensfälle strukturiert identifiziert, erfasst und dargestellt werden. Dadurch sind ein systematischer Abgleich zwischen Risiken und Schadensfalldaten und ihre Steuerung auf Basis von Maßnahmen möglich.

Die systematische Klassifizierung operationeller Risiken erfolgt auf Basis des selbst entwickelten Risikomodells der Helaba. Das Risikomodell der Helaba basiert auf den Baseler Ereigniskategorien, so dass für die interne Risikobetrachtung vollständig auf die aufsichtsrechtliche Risikosicht abgestellt wird. Die Quantifizierungsmethodik fußt auf einem Modellierungsansatz, der interne und externe Schadensfälle sowie von den Geschäftseinheiten erstellte und vom Bereich Risikocontrolling plausibilisierte Risikoszenarien umfasst.

Technisch unterstützt wird das Management operationeller Risiken durch eine webbasierte Anwendung mit dezentralem Datenzugriff und zentraler Datenbank sowie einer zentralen Anwendung für das Risikoberichtswesen.

Zur Vermeidung oder Begrenzung operationeller Risiken dienen neben Versicherungen, die bestimmte Schadensfälle bis zu vereinbarten Höchstgrenzen abdecken, etablierte Maßnahmen in internen Prozessen und sonstigen Abläufen.

Operationelle Risiken – Risikoprofil

Ökonomisches Risikopotenzial – Basisszenario

in Mio. €

	Stichtag 31.12.2016	Stichtag 31.12.2015
	VaR 95,0 %	VaR 95,0 %
Einzelinstitut	36	37
Frankfurter Sparkasse, Helaba Invest und übrige Unternehmen der Einzelrisikosteuerung	37	34
Enger Konzernkreis	73	71

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus operationellen Risiken für den Konzern ein unerwarteter Verlust (ökonomisches Risikopotenzial) in Höhe von 73 Mio. € (2015: 71 Mio. €). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Aktualisierung der Risikoszenarien bei in die Einzelrisikosteuerung einbezogenen Gruppenunternehmen.

Risikoüberwachung

In der Risikoberichterstattung werden die zuständigen Gremien, der Risikoausschuss, der eingerichtete Steuerungskreis Operationelle Risiken und die dezentral für die Risikosteuerung verantwortlichen Bereiche über die Risikosituation und eingetretene Schadensfälle informiert.

Das Risikoprofil der Bank wird im Rahmen einer jährlichen Überprüfung aktualisiert. Zur Erstellung des Konzernrisikoprofils werden die Risikoprofile der Tochterunternehmen ergänzt.

Schadensfälle aus schlagend gewordenen operationellen Risiken werden regelmäßig dezentral durch die Fachbereiche in der Helaba gemeldet. Meldungen der Tochterunternehmen über aufgetretene Schadensfälle erfolgen grundsätzlich quartalsweise und ermöglichen die Darstellung der Schadenssituation im Konzern. Ferner wird für Zwecke der internen Steuerung die Schadensfalldatensammlung um externe Schadensfälle aus dem VöB-Datenkonsortium ergänzt.

Quantifizierung

Die Quantifizierung operationeller Risiken erfolgt für die Helaba, die Frankfurter Sparkasse und die Helaba Invest im Rahmen eines internen Modells auf Basis eines Verlustverteilungsansatzes, in den interne und externe Schadensfälle sowie Risikoszenarien zur Ermittlung des unerwarteten Verlusts (ökonomisches Risikopotenzial) einfließen. Dies beinhaltet auch interne Schadensfälle und Risikoszenarien aus operationellen Risiken, die ursächlich auf die vorgenannten Subrisiko-Kategorien, unter anderem Rechts-, Informationssicherheits- und IT-Risiken, zurückzuführen sind. Die nachfolgende Übersicht enthält das Risikoprofil für die Helaba, die Frankfurter Sparkasse und die Helaba Invest sowie für die übrigen in die Einzelrisikosteuerung eingebundenen Unternehmen des Helaba-Konzerns:

Dokumentationswesen

Das Dokumentationswesen regelt die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie die internen Kontrollverfahren und Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Im Dokumentationswesen wird der definierte Handlungsrahmen durch Regelungen zu Aktivitäten und Prozessen dargestellt.

Für die Erstellung und laufende Aktualisierung der einzelnen Bestandteile des Dokumentationswesens sind in der Helaba klare Zuständigkeiten definiert. Die für die Aktivitäten und Prozesse verantwortlichen Fachbereiche werden bei der Erstellung und Veröffentlichung der Regelungen durch die Abteilung Bankorganisation unterstützt.

Das Dokumentationswesen der Helaba entspricht den nach den MaRisk vorgeschriebenen Anforderungen.

Rechtsrisiko

Die Überwachung des Rechtsrisikos gehört zu den Aufgaben des Bereichs Recht. Im Risikoausschuss der Bank ist er mit beratender Stimme vertreten und berichtet über diejenigen Rechtsrisiken, die als laufende oder drohende Gerichtsverfahren der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften quantifizierbar geworden sind.

Wesentliche Vorhaben werden unter rechtlichen Gesichtspunkten mit dem Bereich Recht abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt der Rechtsbereich Muster und Erläuterungen für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen sind die Juristen des Bereichs Recht einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls beim Bereich Recht.

In seiner begleitenden Rechtsberatung gestaltet der Bereich Recht in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bank die Verträge, allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie sonstigen rechtlich bedeutsamen Erklärungen. Wo rechtliche Texte von dritter Seite vorgelegt werden, ist der Rechtsbereich in ihre Prüfung und Verhandlung eingebunden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen zum Nachteil der Bank eingetreten oder Fehler unterlaufen sind, wirken die Juristen an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Fehler mit. Sie übernehmen die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuern eine etwaige Prozessführung. Dies gilt insbesondere für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen.

Die Berichterstattung des Bereichs Recht über rechtliche Risiken erfolgt durch Vorstandsvorlagen, die Dokumentation der laufenden und drohenden Gerichtsverfahren sowie durch institutionalisierte Abstimmungen mit anderen Bereichen.

Outsourcing-Risiko

Risiken aus wesentlichen Auslagerungen leiten sich aus den für die Geschäftsbereiche geltenden Zielen ab und können in jedem Bereich, der eine Auslagerung vorgenommen hat, auftreten. Je nach Wesentlichkeit der Auslagerung ist zur Begrenzung der Risiken aus Auslagerungen die für die Auslagerung

verantwortliche Stelle auf Basis von Reports für eine kontinuierliche Überwachung der Leistungserbringung des Auslagerungsunternehmens und die Berichterstattung an den zuständigen Dezernenten verantwortlich. Der Bereich Organisation und Informatik hält als zentrale Stelle ein Verzeichnis aller durchgeführten Ein- und Auslagerungen vor und führt im Rahmen einer jährlichen Qualitätssicherung die Veränderungen hinsichtlich bestehender Ein- und Auslagerungen zusammen.

Informationssicherheits- und IT-Risiko

Die in der Helaba definierten Strategien und Regeln der Informationssicherheit sind die Basis für ein angemessenes internes Kontrollverfahren und den sicheren Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Das Niveau sowie die Angemessenheit der Informationssicherheit werden im Rahmen des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) kontinuierlich überwacht und angepasst. Zusätzlich werden im Rahmen von Monitoring-Tätigkeiten wesentliche Systeme kontinuierlich überwacht. Auch werden wichtige Prozesse und Verfahren sowie wesentliche Auslagerungen im Rahmen von regelmäßigen Informationssicherheits-Audits überprüft.

Im Rahmen der Anwendungsentwicklung und des IT-Betriebs verbindlich einzuhaltende Informationssicherheits-Richtlinien (IS-Richtlinien) und Sicherheitskonzepte haben zum Ziel, dass Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Maßnahmen zur Risikominimierung definiert und umgesetzt werden. Diese Dokumente werden kontinuierlich weiterentwickelt. Ferner erfolgt ein aktives Management der IT-Risiken. Die IT-Risiken, wie auch die zugehörigen Sicherheitsmaßnahmen und Kontrollen, werden periodisch und anlassbezogen überprüft, überwacht und gesteuert. Damit sind die drei Aspekte der Informationssicherheit – Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit – in der Bank in angemessener Weise berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Bank zu vermeiden. Darüber hinaus erfolgt für die IS- und IT-Risiken eine regelmäßige Berichterstattung an den Steuerungskreis Operationelle Risiken.

Business Continuity Management

Im Rahmen des Business Continuity Managements haben die Bereiche und Niederlassungen der Helaba für die kritischen Geschäftsprozesse zur Notfallvorsorge Geschäftsfortführungspläne erstellt. Diese Geschäftsfortführungspläne werden regelmäßig aktualisiert, weiterentwickelt und ihre Wirksamkeit mittels Tests und Übungen überprüft. Hierdurch werden sowohl der Wiederanlauf und die Durchführung eines angemessenen Notbetriebs als auch die Rückführung in den Normalbetrieb sichergestellt.

Für die an externe Dienstleister ausgelagerten IT-Dienstleistungen bestehen Vereinbarungen in den jeweiligen Vertragsdokumenten zu präventiven und risikobegrenzenden Maßnahmen. Die dokumentierten Verfahren zur Sicherstellung

des Betriebs beziehungsweise der technischen Wiederherstellung der Datenverarbeitung werden regelmäßig gemeinsam mit Fachbereichen der Helaba getestet.

Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Helaba hat, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, das Ziel einer ordnungsmäßigen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Beteiligt am Rechnungslegungsprozess des Helaba-Konzerns sind einzelne Meldestellen, bei denen in sich geschlossene Buchungskreise geführt und lokale (Teil-)Abschlüsse nach HGB und IFRS erstellt werden. Die Meldestellen der Helaba sind die Bank Inland, die Auslandsniederlassungen, die LBS, die WIBank sowie alle konsolidierten und at Equity bewerteten Gesellschaften oder Teilkonzerne.

Im Bereich Bilanzen und Steuern der Helaba wird aus den Teilabschlüssen der Meldestellen durch Konsolidierung sowohl der Einzelabschluss nach HGB als auch der Konzernabschluss nach IFRS erstellt. Hier werden auch die Abschlussdaten analysiert, aufbereitet und an den Vorstand kommuniziert.

Komponenten des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, sind

- Kontrollumfeld,
- Risikoeinschätzung,
- Kontrollen und Abstimmungen,
- Überwachung der Kontrollen und Abstimmungen,
- Verfahrensdokumentation und
- Ergebniskommunikation.

Das Kontrollumfeld der Helaba im Rechnungslegungsprozess umfasst unter anderem eine sachgerechte Ausstattung der beteiligten Bereiche, insbesondere des Bereichs Bilanzen und Steuern, mit qualifiziertem Personal. Durch eine regelmäßige Kommunikation wird sichergestellt, dass den einzelnen Mitarbeitern die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zeitnah und vollständig vorliegen. Trotz aller Kontrollen aufgetretene Fehler werden im Rahmen eines definierten Prozesses angesprochen und korrigiert. Die im Rechnungslegungsprozess genutzte IT-Systemlandschaft unterliegt Strategien und Regeln der IT-Sicherheit, die eine Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) beziehungsweise Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD) gewährleisten.

Bei der Einschätzung von Risiken im Rechnungslegungsprozess stellt die Helaba primär auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines potenziellen Fehlers ab. Daneben spielt auch eine Einschätzung der Auswirkung auf die Abschlusss Aussagen eine Rolle, sollte das Risiko schlagend werden (Vollständigkeit, Richtigkeit, Ausweis etc.).

Die zahlreichen Kontrollen und Abstimmungen sind darauf ausgelegt, die Risiken im Rechnungslegungsprozess zu minimieren. Neben Kontrollmaßnahmen wie dem Vier-Augen-Prinzip, mit denen die Richtigkeit manueller Tätigkeiten wie Dateneingaben oder Berechnungen sichergestellt wird, sind umfangreiche IT-unterstützte Kontrollen und Abstimmungen im Einsatz. Damit werden unter anderem Nebenbuch-/Hauptbuchabstimmungen oder HGB-/IFRS-Konsistenzprüfungen durchgeführt. Statistische Auswertungen zu den Abstimmungen sowie Reviews einzelner Validierungsmaßnahmen dienen zur Überwachung der Kontroll- und Abstimmverfahren. Der Bereich interne Revision ist Teil der Kontrollverfahren und führt regelmäßig Prüfungen zur Rechnungslegung durch.

Die Vorgehensweise in der Rechnungslegung ist in mehreren, sich ergänzenden Dokumentationsformen geregelt. In Bilanzierungshandbüchern für HGB und IFRS werden Vorgaben zu den anzuwendenden Methoden der Rechnungslegung gemacht. Auch konzernrechnungslegungsbezogene Vorgaben, die insbesondere von der Konzernmutter und den einbezogenen Teilkonzernen zu beachten sind, sind hier geregelt. Der Regelungsumfang umfasst neben den konzerneinheitlichen Vorschriften zu Ansatz, Bewertung, Ausweis und Angabepflichten auch organisatorische Aspekte und den Erstellungsprozess. Von den einzelnen Meldestellen werden in eigener Verantwortung und in abgestuftem Detaillierungsgrad Vorgaben zum Vorgehen bei der eigenen Erstellung der Abschlüsse in den einzelnen Prozessen und Teilprozessen gemacht. Bilanzierungshandbücher und Arbeitsanweisungen sind für die Mitarbeiter über das Intranet der Bank jederzeit verfügbar.

Die Ergebnisse der Finanzberichterstattung, das heißt die ermittelten Abschlusszahlen, werden im Bereich Bilanzen und Steuern analytischen Prüfungshandlungen unterzogen. Dazu wird die Entwicklung der Zahlen während des Jahres auf Plausibilität geprüft. Darüber hinaus werden die Abschlusszahlen mit Planungen, Erwartungen sowie Hochrechnungen auf Basis des Geschäftsverlaufs abgeglichen. Schließlich werden die Zahlen auf ihre Konsistenz mit anderen, unabhängig im Haus erzeugten Auswertungen geprüft. Hierzu sind für jede Meldestelle und für jede Notes-Angabe auf Konzernebene Verantwortliche und deren Stellvertreter festgelegt. Nach dieser Voranalyse und Validierung werden die Zahlen regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

Steuern

Aufgaben im Zusammenhang mit der Besteuerung der Bank im Inland und ausgewählter Tochtergesellschaften werden von der dem Bereich Bilanzen und Steuern angehörenden Steuerabteilung wahrgenommen. Die Steuern der ausländischen Niederlassungen sowie der übrigen Einheiten im Konzern werden dezentral betreut. Wesentliche Entwicklungen und Ergebnisse finden Eingang in die Meldungen an die Steuerabteilung zur zentralen Abschlusserstellung. Im Bedarfsfall sowie grundsätz-

lich für die Steuerdeklaration der ausländischen Einheiten werden externe Steuerberatungsleistungen in Anspruch genommen. Entwicklungen des Steuerrechts im In- und Ausland werden laufend beobachtet und in ihrer Wirkung auf die Bank

und die Tochtergesellschaften analysiert. Erforderliche Maßnahmen werden durch die Steuerabteilung beziehungsweise in Abstimmung mit ihr eingeleitet und steuerliche Risiken dadurch entweder vermieden oder bilanziell versorgt.

Sonstige Risikoarten

Geschäftsrisiken

Die Risikosteuerung der Geschäftsrisiken umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand beschlossenen Risikostrategie und vorgegebenen Limite bewusst einzugehen, zu verringern, zu begrenzen oder zu vermeiden. Die operative und strategische Risikosteuerung wird durch die Marktbereiche der Bank und die Geschäftsführung der jeweiligen Beteiligungen vorgenommen. Der Bereich Risikocontrolling quantifiziert die Geschäftsrisiken für die Zwecke der Risikotragfähigkeitsrechnung und analysiert deren Entwicklung. Die Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstands erfolgt vierteljährlich.

Zum 31. Dezember 2016 sind die Geschäftsrisiken gegenüber dem Jahresende 2015 um 6 Mio. € auf 158 Mio. € zurückgegangen (31. Dezember 2015: 164 Mio. €).

Immobilienrisiken

Die Risikosteuerung der Immobilienprojektierungen und Immobilienbestände wird durch den Bereich Immobilienmanagement gemeinsam mit den gruppenangehörigen Unternehmen übernommen. Die Risikosteuerung umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand beschlossenen Risikostrategie und vorgegebenen Limite bewusst einzugehen, zu verringern, zu begrenzen oder zu vermeiden. Der Bereich Risikocontrolling übernimmt

schwerpunktmäßig die Risikoquantifizierung und die Risikoüberwachung von Immobilienrisiken. Die Risikoquantifizierung ermittelt die notwendigen Kapitalbedarfe zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit, die Risikoüberwachung mündet in die Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstands.

Die Risiken aus Immobilienprojekten und Immobilienbeständen sind in 2016 aufgrund von methodischen Anpassungen auf 31 Mio. € (31. Dezember 2015: 21 Mio. €) angestiegen. Die Risiken sind unverändert vollständig durch die erwarteten Erträge aus diesen Geschäften abgedeckt.

Zusammenfassung

Für die Helaba ist das kontrollierte Eingehen von Risiken integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Grundlage hierfür ist ein umfassendes System zur Risikoidentifikation, -quantifizierung, -steuerung und -überwachung. Die verwendeten Methoden und Systeme, die sich bereits auf hohem Niveau befinden und sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen genügen, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind so ausgestaltet, dass die Umsetzung der festgelegten Risikostrategie gewährleistet ist. Insgesamt verfügt die Helaba über wirksame und erprobte Methoden und Systeme zur Beherrschung der eingegangenen Risiken.

Konzernabschluss

50	Gewinn- und Verlustrechnung	79	(26) Provisionsüberschuss
51	Gesamtergebnisrechnung	79	(27) Handelsergebnis
52	Bilanz	80	(28) Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option
54	Eigenkapitalveränderungsrechnung	80	(29) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen
55	Kapitalflussrechnung	80	(30) Ergebnis aus Finanzanlagen
	Anhang (Notes)	81	(31) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen
	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	81	(32) Sonstiges betriebliches Ergebnis
57	(1) Allgemeine Angaben	82	(33) Verwaltungsaufwand
61	(2) Konsolidierungsgrundsätze	82	(34) Ertragsteuern
63	(3) Konsolidierungskreis	84	(35) Segmentberichterstattung
65	(4) Finanzinstrumente		Erläuterungen zur Bilanz
66	(5) Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten	87	(36) Barreserve
68	(6) Hierarchie der Bewertungslevel	87	(37) Forderungen an Kreditinstitute
69	(7) Bilanzielle Verrechnung von Vermögenswerten und Verpflichtungen	87	(38) Forderungen an Kunden
69	(8) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen	88	(39) Risikovorsorge
70	(9) Strukturierte Produkte	89	(40) Handelsaktiva
70	(10) Finanzgarantien	90	(41) Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten
70	(11) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe	90	(42) Finanzanlagen
71	(12) Bilanzierung von Leasingverhältnissen	91	(43) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen
71	(13) Währungsumrechnung	93	(44) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien
72	(14) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	93	(45) Sachanlagen
72	(15) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	95	(46) Immaterielle Vermögenswerte
73	(16) Sachanlagen	96	(47) Ertragsteueransprüche
74	(17) Immaterielle Vermögenswerte	97	(48) Sonstige Aktiva
75	(18) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	97	(49) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
75	(19) Sonstige Aktiva und sonstige Passiva	98	(50) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
75	(20) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	98	(51) Verbriefte Verbindlichkeiten
76	(21) Andere Rückstellungen	99	(52) Handelspassiva
77	(22) Ertragsteuern	99	(53) Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten
77	(23) Nachrangkapital	99	(54) Rückstellungen
	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	106	(55) Ertragsteuerverpflichtungen
78	(24) Zinsüberschuss	107	(56) Sonstige Passiva
79	(25) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	107	(57) Nachrangkapital
		107	(58) Eigenkapital

Angaben zu Finanzinstrumenten

- | | |
|---|---|
| <p>109 (59) Sicherheitsleistungen</p> <p>110 (60) Übertragung finanzieller Vermögenswerte ohne Ausbuchung</p> <p>110 (61) Übertragung finanzieller Vermögenswerte mit Ausbuchung</p> <p>110 (62) Angaben zur bilanziellen Aufrechnung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten</p> <p>112 (63) Nachrangige Vermögenswerte</p> <p>112 (64) Fremdwährungsvolumina</p> <p>113 (65) Restlaufzeitgliederung</p> <p>113 (66) Derivative Geschäfte</p> <p>115 (67) Buchwerte und Ergebnisse nach Bewertungskategorien</p> <p>117 (68) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten</p> <p>122 (69) Umkategorisierung finanzieller Vermögenswerte</p> <p>123 (70) Angaben zu Finanzinstrumenten der Fair Value-Option</p> <p>124 (71) Angaben zur Emissionstätigkeit</p> <p>124 (72) Angaben zum Risikomanagement</p> <p>124 (73) Kreditrisiken aus Finanzinstrumenten</p> | <p>137 (83) Angaben zu Arbeitnehmern</p> <p>138 (84) Mitglieder des Verwaltungsrats</p> <p>139 (85) Mitglieder des Vorstands</p> <p>140 (86) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien</p> <p>141 (87) Anteilsbesitz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale gemäß § 315a i. V. m. § 313 Abs. 2 HGB</p> |
|---|---|

149 Versicherung der gesetzlichen Vertreter**150 Country by Country Reporting nach § 26a KWG****153 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers****Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen**

- 127** (74) Eventualverpflichtungen und andere nicht bilanzierte Verpflichtungen
- 128** (75) Patronatserklärungen
- 128** (76) Treuhandgeschäfte

Sonstige Angaben

- 129** (77) Angaben zum Leasinggeschäft
- 130** (78) Angaben zum Eigenkapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennzahlen
- 131** (79) Berichterstattung zu Geschäftsbeziehungen zu strukturierten Unternehmen
- 133** (80) Maßgebliche Beschränkungen bei Vermögenswerten oder dem Transfer von Finanzmitteln
- 134** (81) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen
- 137** (82) Honorare des Abschlussprüfers

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

	Notes	2016	2015	Veränderung	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Zinserträge		4.022	4.385	-363	-8,3
Zinsaufwendungen		-2.791	-3.073	282	9,2
Zinsüberschuss	(4), (24)	1.231	1.312	-81	-6,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(13), (25)	-154	-237	83	35,0
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		1.077	1.075	2	0,2
Provisionserträge		538	567	-29	-5,1
Provisionsaufwendungen		-198	-234	36	15,4
Provisionsüberschuss	(26)	340	333	7	2,1
Handelsergebnis	(4), (27)	146	190	-44	-23,2
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option	(4), (8), (28)	51	22	29	>100,0
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	(8), (29)	-5	3	-8	>-100,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	(4), (30)	45	7	38	>100,0
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	(2), (31)	8	-17	25	>100,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(15), (32)	119	173	-54	-31,2
Verwaltungsaufwand	(33)	-1.232	-1.190	-42	-3,5
Ergebnis vor Steuern		549	596	-47	-7,9
Ertragsteuern	(22), (34)	-209	-177	-32	-18,1
Konzernjahresergebnis		340	419	-79	-18,9
Davon: konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis		-5	-8	3	37,5
Davon: den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Ergebnis		345	427	-82	-19,2

Gesamtergebnisrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

Notes	2016	2015	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Konzernjahresergebnis gemäß Gewinn- und Verlustrechnung	340	419	-79	-18,9
Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:				
Neubewertungen der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen (54)	-168	77	-245	>-100,0
Ertragsteuern auf nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umzugliedernde Posten (34)	48	-23	71	>100,0
Zwischensumme	-120	54	-174	>-100,0
Posten, die anschließend in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:				
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten				
Bewertungsgewinne (+)/-verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	79	-60	139	>100,0
Bei Abgang oder Wertminderung in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste (+)	-16	-2	-14	>-100,0
Veränderung aus der Währungsumrechnung				
Gewinne (+)/Verluste (-) aus der Währungsumrechnung ausländischer Geschäftsbetriebe	7	9	-2	-22,2
Ertragsteuern auf in die Gewinn- und Verlustrechnung umzugliedernde Posten (34)	-14	19	-33	>-100,0
Zwischensumme	56	-34	90	>100,0
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	-64	20	-84	>-100,0
Gesamtergebnis der Berichtsperiode	276	439	-163	-37,1
Davon: konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis	-	-4	4	100,0
Davon: den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Ergebnis	276	443	-167	-37,7

Bilanz

zum 31. Dezember 2016

Aktiva

	Notes	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Barreserve	(36)	3.096	1.909	1.187	62,2
Forderungen an Kreditinstitute	(4), (37)	15.235	17.144	-1.909	-11,1
Forderungen an Kunden	(4), (38)	93.078	93.194	-116	-0,1
Wertberichtigungen auf Forderungen	(14), (39)	-772	-986	214	21,7
Handelsaktiva	(4), (40)	20.498	26.078	-5.580	-21,4
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	(4), (8), (41)	4.024	4.376	-352	-8,0
Finanzanlagen	(4), (42)	25.771	26.575	-804	-3,0
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	(2), (43)	25	34	-9	-26,5
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(15), (44)	2.163	1.946	217	11,2
Sachanlagen	(16), (45)	435	425	10	2,4
Immaterielle Vermögenswerte	(17), (46)	113	141	-28	-19,9
Ertragsteueransprüche	(22), (47)	522	495	27	5,5
Sonstige Aktiva	(19), (48)	976	925	51	5,5
Summe Aktiva		165.164	172.256	-7.092	-4,1

Passiva

	Notes	31.12.2016	31.12.2015 ¹⁾	Veränderung	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(4), (49)	30.138	35.976	-5.838	-16,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(4), (50)	46.824	47.727	-903	-1,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	(4), (51)	50.948	47.073	3.875	8,2
Handelsspassiva	(4), (52)	18.713	22.423	-3.710	-16,5
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	(4), (8), (53)	3.918	4.380	-462	-10,5
Rückstellungen	(20), (21), (54)	2.319	2.089	230	11,0
Ertragsteuerverpflichtungen	(22), (55)	184	184	-	-
Sonstige Passiva	(19), (56)	647	692	-45	-6,5
Nachrangkapital	(23), (57)	3.623	4.036	-413	-10,2
Eigenkapital	(58)	7.850	7.676	174	2,3
Gezeichnetes Kapital		2.509	2.509	-	-
Kapitalrücklage		1.546	1.546	-	-
Gewinnrücklagen		3.521	3.398	123	3,6
Neubewertungsrücklage		246	202	44	21,8
Rücklage aus der Währungsumrechnung		30	23	7	30,4
Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital		-2	-2	-	-
Summe Passiva		165.164	172.256	-7.092	-4,1

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe Anhangangabe (1).

Eigenkapitalveränderungsrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

in Mio. €

	Den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Eigenkapital						Auf Konzern- fremde entfallender Anteil am Eigenkapital	Summe Eigenkapital
	Gezeich- netes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Neube- wertungs- rücklage	Rücklage aus der Währungs- umrechnung	Zwischen- summe		
Eigenkapital zum 1.1.2015	2.509	1.546	3.030	249	14	7.348	2	7.350
Dividendenzahlung			-113			-113	-	-113
Gesamtergebnis der Berichtsperiode			481	-47	9	443	-4	439
Eigenkapital zum 1.1.2016	2.509	1.546	3.398	202	23	7.678	-2	7.676
Veränderungen im Konsolidierungskreis			2			2	-	2
Dividendenzahlung			-104			-104	-	-104
Gesamtergebnis der Berichtsperiode			225	44	7	276	-	276
Eigenkapital zum 31.12.2016	2.509	1.546	3.521	246	30	7.852	-2	7.850

Kapitalflussrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

in Mio. €

	2016	2015
Jahresüberschuss	340	419
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen und Anlagevermögen	240	569
Zuführung/Auflösung von Rückstellungen	245	155
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	35	-599
Ergebnis aus der Veräußerung von Anlagevermögen	-38	-81
Sonstige Anpassungen	-1.097	-1.002
Zwischensumme	-275	-539
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:		
Forderungen an Kreditinstitute	1.898	3.271
Forderungen an Kunden	110	-2.174
Handelsaktiva/-passiva	1.833	-1.235
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-570	336
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-5.819	561
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-881	2.509
Verbriefte Verbindlichkeiten	4.016	-1.144
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-182	-18
Erhaltene Zinsen und Dividenden	4.045	4.352
Gezahlte Zinsen	-3.005	-3.336
Ertragsteuerzahlungen	-201	-242
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	969	2.341
Einzahlungen aus der Veräußerung von:		
Finanzanlagen	7.324	9.990
Sachanlagevermögen	-	3
Als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	44	49
Auszahlungen für den Erwerb von:		
Finanzanlagen	-6.364	-9.944
Sachanlagevermögen	-12	-12
Als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	-277	-104
Immateriellen Vermögenswerten	-19	-16
Effekte aus Veränderungen des Konsolidierungskreises:		
Auszahlungen aus dem Erwerb von Tochter- und assoziierten Unternehmen	6	3
Cashflow aus Investitionstätigkeit	702	-31
Dividendenzahlungen	-104	-113
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Nachrangkapital)	-406	-1.265
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-510	-1.378

in Mio. €

	2016	2015
Zahlungsmittelbestand zum 1.1.	1.909	1.033
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	969	2.341
Cashflow aus Investitionstätigkeit	702	-31
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-510	-1.378
Effekte aus Wechselkursänderungen, Bewertungsänderungen und Änderungen des Konsolidierungskreises	26	-56
Zahlungsmittelbestand zum 31.12.	3.096	1.909
Davon:		
Kassenbestand	105	77
Guthaben bei Zentralnotenbanken	2.991	1.832

Die Kapitalflussrechnung zeigt Zusammensetzung und Veränderungen des Zahlungsmittelbestands des Geschäftsjahres. Die Veränderung des Zahlungsmittelbestands ergibt sich aus der operativen Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit.

Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit umfasst Zahlungsvorgänge (Zu- und Abflüsse) aus Forderungen, Verbindlichkeiten, Handelsaktiva/-passiva und anderen Aktiva beziehungsweise Passiva. Die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen werden separat ausgewiesen. Die sonstigen Anpassungen umfassen den Zinsüberschuss und den Steueraufwand vom Einkommen und Ertrag ohne latente Steuern.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt Zahlungsvorgänge für Finanzanlagen, Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und immaterielle Vermögenswerte sowie Ein- und Auszahlungen für den Verkauf beziehungsweise Erwerb von Tochter- und assoziierten Unternehmen. Weitere Angaben zu den konsolidierten erworbenen oder verkauften Unternehmen sind der Anhangangabe (3) zu entnehmen.

Als Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen für Nachrangkapital ausgewiesen. Die im Geschäftsjahr ausgeschütteten Dividenden und die Bedienung der im Eigenkapital ausgewiesenen stillen Einlagen werden ebenfalls hier gezeigt.

Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve, die sich aus Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

Anhang (Notes)

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Allgemeine Angaben

Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Der Konzernabschluss der Helaba zum 31. Dezember 2016 wurde gemäß § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rats vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlicht und durch die Europäische Union (EU) in europäisches Recht übernommen wurden, aufgestellt.

Der Konzernabschluss umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung, die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung und den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung erfolgt innerhalb des Anhangs. Der Lagebericht des Konzerns gemäß § 315 HGB enthält einen separaten Bericht über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Chancen- und Risikobericht), in dem auch das Risikomanagement erläutert wird.

Die Berichtswährung des Konzernabschlusses ist Euro (€). Die Beträge sind in der Regel auf volle Mio. € gerundet.

Die zum 31. Dezember 2016 gültigen Standards und Interpretationen wurden vollumfänglich angewendet. Zusätzlich sind die nach § 315a HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften berücksichtigt.

Erstmals angewendete Rechnungslegungsvorschriften

Im Geschäftsjahr 2016 waren erstmals die folgenden Standards und Interpretationen, die von der EU übernommen sind und für die Helaba relevant sein können, verpflichtend anzuwenden:

- Änderungen an IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“ – Initiative zu Angaben

Die Änderungen an IAS 1 resultieren aus einer Initiative zur Verbesserung von Finanzabschlüssen bezüglich Darstellung und Anhangangaben. Sie stellen klar, dass das Prinzip der Wesentlichkeit auf den gesamten Finanzabschluss anzuwenden ist, dass professionelle Einschätzungen bei der Bestimmung von Anhangangaben anzuwenden sind und dass die Aufnahme von nicht materiellen Informationen zu einer reduzierten Übersichtlichkeit der Anhangangaben führen kann. Die Änderungen sind retrospektiv anzuwenden.
- Änderungen an IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ – Arbeitnehmerbeiträge

Die Anpassung fügt ein Wahlrecht in Bezug auf die Bilanzierung leistungsorientierter Pensionszusagen, an denen sich Arbeitnehmer (oder Dritte) durch verpflichtende Beiträge beteiligen, in den Standard ein. Die Änderungen an IAS 19 wären nach den Vorschriften des Standardsetzers erstmals im Geschäftsjahr 2015 anzuwenden gewesen; die EU hat jedoch im Rahmen der Übernahme die verpflichtende Erstanwendung auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Februar 2015 beginnen, verschoben. Die Helaba hatte diesen Standard im Jahresabschluss 2015 noch nicht angewendet. Die Änderungen sind retrospektiv anzuwenden.
- Änderungen an IFRS 11 „Gemeinsame Vereinbarungen“ – Erwerb von Anteilen an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit

Hierin wird klargestellt, dass Erwerbe und Hinzuerwerbe von Anteilen an gemeinschaftlichen Tätigkeiten, die einen Geschäftsbetrieb im Sinne des IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“ darstellen, nach den Prinzipien für die Bilanzierung von Unternehmenszusammenschlüssen des IFRS 3 und anderer anwendbarer IFRS zu bilanzieren sind, soweit diese Prinzipien nicht in Konflikt mit Regelungen des IFRS 11 stehen. Die neuen Regelungen gelten prospektiv für Anteilerwerbe, die in Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen, stattfinden.
- Jährliche Verbesserungen der International Financial Reporting Standards – Zyklus 2010–2012

Die jährlichen Verbesserungen umfassen sowohl Änderungen von IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Sie wären nach den Vorschriften des Standardsetzers erstmals im Geschäftsjahr 2015 anzuwenden gewesen; die EU hat jedoch im Rahmen der Übernahme die verpflichtende Erstanwendung auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Februar 2015 beginnen, verschoben. Die Helaba hatte diesen Standard im Jahresabschluss 2015 noch nicht angewendet. Die neuen Regelungen sind teilweise retrospektiv anzuwenden. Im Einzelnen sind folgende Standards betroffen:

 - IFRS 2 „Anteilsbasierte Vergütung“
 - IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“

- IFRS 8 „Geschäftssegmente“
 - IAS 16 „Sachanlagen“
 - IAS 24 „Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen“
 - IAS 38 „Immaterielle Vermögenswerte“
- **Jährliche Verbesserungen der International Financial Reporting Standards – Zyklus 2012 – 2014**
- Die jährlichen Verbesserungen umfassen sowohl Änderungen von IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die neuen Regelungen sind teilweise retrospektiv anzuwenden. Im Einzelnen sind folgende Standards betroffen:
- IFRS 5 „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche“
 - IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“
 - IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“
 - IAS 34 „Zwischenberichterstattung“

Die Anwendung der neuen beziehungsweise geänderten Standards hatte keine oder nur unwesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften für zukünftige Geschäftsjahre

- **IFRS 9 „Finanzinstrumente“**
- Das IASB hat sein Projekt zur Ablösung von IAS 39 „Finanzinstrumente“ – Ansatz und Bewertung – im Juli 2014 durch die Veröffentlichung der endgültigen Version von IFRS 9 „Finanzinstrumente“ abgeschlossen. IFRS 9 enthält in der finalen Fassung insbesondere folgende grundlegend überarbeitete Regelungsbereiche:
- **Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten:**
Die Regelungen zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten wurden im Vergleich zu IAS 39 insbesondere für die Aktivseite grundlegend neu verfasst. Künftig beruht die Klassifizierung und Bewertung finanzieller Vermögenswerte auf dem jeweiligen Geschäftsmodell und den Eigenschaften der vertraglichen Zahlungsströme. Fremdkapitalinstrumente der Aktivseite, deren Zahlungsströme typisch für ein einfaches Kreditverhältnis sind, qualifizieren abhängig vom Geschäftsmodell „Halten“ oder „Halten und Verkaufen“ für eine Bewertung „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ oder „erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert“. Liegt keines der beiden Geschäftsmodelle vor oder wird das Zahlungsstromkriterium nicht erfüllt, besteht eine verpflichtende Abbildung als „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet“. Eine Ausnahme hiervon bildet das Wahlrecht, Eigenkapitalinstrumente erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert abzubilden, soweit sie nicht zu Handelszwecken gehalten werden (FVOCI-Option).

Die Anforderungen an die Klassifizierung auf der Aktivseite weichen von der bestehenden Beurteilung unter IAS 39 ab. Hieraus wird mit einem leicht erhöhten Bestand an erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten gerechnet. Die FVOCI-Option soll lediglich für wesentliche strategische Investments ausgeübt werden. Alle anderen Beteiligungen innerhalb der Finanzanlagen sind unter IFRS 9 erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Des Weiteren wird in Einzelfällen mit Verschiebungen in die Kategorie „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ aufgrund der Nichterfüllung des Zahlungsstromkriteriums gerechnet. Die Beurteilung der jeweiligen Geschäftsmodelle findet auf einer den Kerngeschäftsfeldern untergeordneten Portfolioebene statt. Insgesamt erwartet die Helaba nicht, dass die Änderungen erheblichen Einfluss auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung haben werden.

Die Klassifizierungs- und Bewertungsregeln für finanzielle Verbindlichkeiten haben sich durch IFRS 9 kaum geändert. Lediglich für zum beizulegenden Zeitwert designierte Verbindlichkeiten (Fair Value-Option, FVO) sind Zeitwertveränderungen aufgrund des eigenen Kreditrisikos nicht mehr im Gewinn und Verlust, sondern im sonstigen Ergebnis (OCI) zu erfassen. Der Standard erlaubt eine separate vorzeitige Anwendung dieser Vorschrift vor erstmaliger Umsetzung von IFRS 9. Eine freiwillige frühere Anwendung ist von der Helaba nicht beabsichtigt.

- **Bilanzierung von Wertminderungen:**
Die neuen Wertminderungsvorschriften unter IFRS 9 stellen eine Abkehr von der bisherigen Erfassung bereits eingetretener Verluste (so genanntes „Incurred Loss Model“ gemäß IAS 39) dar. Der Anwendungsbereich des neuen Modells umfasst neben zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten auch alle erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Fremdkapitalinstrumente sowie bestimmte Kreditzusagen und Finanzgarantien. Das neue „Expected Credit Loss Model“ erfordert für alle Instrumente im Anwendungsbereich eine zwingende Risikovorsorgebildung abhängig von der jeweiligen Stufenzuordnung. Die Risikovorsorge in Stufe 1 basiert auf den erwarteten Kreditausfällen aufgrund von Ausfallereignissen innerhalb der nächsten zwölf Monate und beinhaltet zunächst alle Instrumente bei Erstansatz. Tritt eine signifikante Erhöhung des Ausfallrisikos seit Erstansatz ein, erfolgt ein Transfer in Stufe 2. Die Risikovorsorge in Stufe 2 ist auf die erwarteten Verluste über die gesamte Restlaufzeit aufzustocken (Lifetime Expected Credit Losses – Lifetime ECL). Stufe 3 beinhaltet die Finanzinstrumente mit objektivem Hinweis auf eine Wertminderung und erfordert ebenfalls die Erfassung der Lifetime ECL. Die objektiven Hinweise wurden hierbei

unverändert aus IAS 39 übernommen. IFRS 9 gewährt Wahlrechte in Bezug auf Leasingforderungen und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Instrumente mit niedrigem Ausfallrisiko.

Die Konzeptionsphase mit Vorgabe der fachlichen Anforderungen zur Umsetzung der neuen Wertminderungsvorschriften wurde weitestgehend abgeschlossen. Die Helaba plant, das Wahlrecht, Instrumente mit niedrigem Ausfallrisiko pauschal Stufe 1 zuzuordnen, ausschließlich für das Wertpapierportfolio in Anspruch zu nehmen. Alle anderen Instrumente werden dem Regelprozess folgend auf eine signifikante Erhöhung des Ausfallrisikos geprüft. Hierzu wird auf den etablierten internen Rating-Prozess aufgesetzt. Ein Transfer in Stufe 2 erfolgt, soweit es zu signifikanten Erhöhungen von der bei Erstansatz erwarteten Höhe des Ausfallrisikos kommt. In Bezug auf Stufe 3 erfolgt eine Harmonisierung der objektiven Hinweise mit der aufsichtsrechtlichen Definition eines Ausfallereignisses nach Artikel 178 CRR. Die Berechnung der Höhe der zu berücksichtigenden Wertberichtigung setzt auf den vorhandenen Verfahren und Parametern für regulatorische Zwecke auf. Davon abweichende Anforderungen des IFRS 9 werden dabei hinreichend berücksichtigt, etwa durch die Verwendung intern geschätzter Parameter zur Verlustquote bei Ausfall (LGD-Parameter) oder den möglichen Einbezug verschiedener makroökonomischer Szenarien.

Der weitere Projektverlauf wird sich auf Implementierungstätigkeiten sowie Anpassungen der IT-Architektur konzentrieren. Auf Basis von Simulationsrechnungen ist mit einer Erhöhung des Risikovorsorgenniveaus sowie einer stärkeren Ergebnisvolatilität zu rechnen. Eine verlässliche Schätzung wird mit Abschluss der Implementierungstätigkeiten in 2017 zur Verfügung stehen. Die Auswirkungen auf die Kapitalquoten sind auch aufgrund der noch ausstehenden aufsichtsrechtlichen Überlegungen für Übergangsregelungen in Bezug auf den Erstanwendungseffekt aus IFRS 9 noch nicht konkret abschätzbar. Auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Konzerns werden keine wesentlichen Auswirkungen erwartet.

- Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen:
Mit IFRS 9 wurde auch die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (so genanntes allgemeines Hedge Accounting) weitgehend überarbeitet. Ziel der neuen Regelungen ist es, die Hedge-Accounting-Vorschriften stärker mit der ökonomischen Risikosteuerung der Unternehmen in Einklang zu bringen. Hierzu wurden einige Einschränkungen der derzeitigen Regelungen beseitigt, so dass eine größere Auswahl von Sicherungsinstrumenten und gesicherten Grundgeschäften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen verfügbar werden und der strenge retrospektive Effektivitätsnachweis entfällt.

Da das Macro Hedge Accounting nicht Bestandteil des derzeitigen IFRS 9 ist, besteht ein Wahlrecht, die gesamten Regelungen des IAS 39 zum Hedge Accounting (allgemeines und Macro Hedging) weiterhin anzuwenden, bis das Projekt Macro Hedge Accounting des IASB abgeschlossen ist. Die Helaba hat noch nicht entschieden, ob dieses Wahlrecht genutzt wird.

IFRS 9 ist erstmals in Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Eine freiwillige frühere Anwendung ist von der Helaba nicht beabsichtigt. Die Erstanwendung hat grundsätzlich retrospektiv zu erfolgen, allerdings werden diverse Vereinfachungsoptionen gewährt. Hierunter fällt etwa die Möglichkeit, eine rückwirkende Anpassung der Vergleichsperiode zu unterlassen. Die Helaba plant, diese Vereinfachungen in Anspruch zu nehmen.

- IFRS 15 „Umsatzerlöse aus Kundenverträgen“
Nach IFRS 15 sind Umsatzerlöse dann zu realisieren, wenn der Kunde die Verfügungsmacht über die vereinbarten Güter und Dienstleistungen erlangt und Nutzen aus diesen ziehen kann. Entscheidend ist nicht mehr die Übertragung wesentlicher Chancen und Risiken, wie noch nach den alten Regelungen des IAS 18 „Umsatzerlöse“. Die Umsatzerlöse sind mit dem Betrag der Gegenleistung zu bewerten, die das Unternehmen erwartet zu erhalten. Das neue Modell sieht zur Ermittlung der Umsatzrealisierung ein fünfstufiges Schema vor. Die Regelungen und Definitionen des IFRS 15 ersetzen künftig sowohl die Inhalte des IAS 18 „Umsatzerlöse“ als auch die des IAS 11 „Fertigungsaufträge“; sie haben aber keine Auswirkungen auf die Vereinnahmung von Erträgen, die im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten des Regelungsbereichs von IFRS 9/IAS 39 entstehen. IFRS 15 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Die Helaba prüft derzeit die Auswirkungen von IFRS 15; es werden keine wesentlichen Auswirkungen erwartet. Eine vorzeitige Anwendung ist nicht beabsichtigt.
- IFRS 16 „Leasingverhältnisse“
Kerngedanke des neuen Standards ist es, beim Leasingnehmer generell alle Leasingverhältnisse und die damit verbundenen vertraglichen Rechte und Verpflichtungen in der Bilanz zu erfassen. Die bisher unter IAS 17 erforderliche Unterscheidung zwischen Finanzierungs- und Operating-Leasingverträgen entfällt damit künftig für den Leasingnehmer.

Für alle Leasingverhältnisse erfasst der Leasingnehmer in seiner Bilanz eine Leasingverbindlichkeit für die Verpflichtung, künftig Leasingzahlungen zu leisten. Gleichzeitig aktiviert der Leasingnehmer ein Nutzungsrecht am zugrunde liegenden Vermögenswert, welches grundsätzlich dem Barwert der künftigen Leasingzahlungen zuzüglich direkt-rechenbarer Kosten entspricht. Während der Laufzeit des Leasingvertrags wird die Leasingverbindlichkeit ähnlich den

Regelungen nach IAS 17 für Finanzierungsleasingverhältnisse finanzmathematisch fortgeschrieben, während das Nutzungsrecht planmäßig abgeschrieben wird. Erleichterungen bei der Bilanzierung gibt es für kurzfristige Leasingverhältnisse und Leasinggegenstände von geringem Wert.

Für den Leasinggeber ähneln die Regelungen des neuen Standards dagegen den bisherigen Vorschriften des IAS 17. Die Leasingverträge werden weiterhin entweder als Finanzierungs- oder Operating-Leasingverhältnisse klassifiziert. Leasingverhältnisse, bei denen im Wesentlichen alle Risiken und Chancen aus dem Eigentum übertragen werden, sind als Finanzierungsleasingverhältnisse zu klassifizieren, alle anderen Leasingverträge als Operating Leases. Für die Klassifizierung nach IFRS 16 wurden die Kriterien des IAS 17 übernommen.

IFRS 16 enthält darüber hinaus eine Reihe von weiteren Regelungen zum Ausweis und zu den Anhangangaben sowie zu Sale-and-Lease-Back-Transaktionen.

Die neuen Regelungen sind verpflichtend für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen, anzuwenden. Eine frühere Anwendung ist zulässig, sofern IFRS 15 ebenfalls angewendet wird. Die Helaba prüft derzeit die Auswirkungen von IFRS 16. Insbesondere bei der Abbildung von gemieteten Gewerbeimmobilien wird sich der neue Leasingstandard auswirken, jedoch bleibt der Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage voraussichtlich gering. Eine vorzeitige Anwendung durch die Helaba ist nicht beabsichtigt. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

Die übrigen vom IASB beziehungsweise IFRS-IC verabschiedeten Standards und Interpretationen, die erst zum Teil von der EU übernommen worden sind und erst in späteren Geschäftsjahren verpflichtend anzuwenden sind, wurden nicht vorzeitig angewendet. Eine vorzeitige Anwendung ist auch nicht beabsichtigt. Sie werden mit Ausnahme von IFRS 9 „Finanzinstrumente“ voraussichtlich keine oder nur unwesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

Ausweis- und Schätzungsänderungen, Fehlerkorrekturen

Die Helaba hat im Rahmen eines Projekts im Geschäftsjahr 2016 diverse Maßnahmen durchgeführt, um die Bewertung und Messung der verschiedenen Aspekte von Adressenausfallrisiken bei der OTC-Derivatebewertung zu erreichen. Dabei wurden insbesondere die Diskontierung von OTC-Derivaten und die Berücksichtigung von Sicherheiten für diese Finanzinstrumente verfeinert. Die Anpassungen führten in Summe zu einem negativen Ergebniseffekt im Credit Value Adjustment in Höhe von –3 Mio. €. Bei diesen Anpassungen der Bewertungsmodelle handelt es sich um Schätzungsänderungen nach IAS 8.32 ff. Das Projekt wurde mit den genannten Umstellungen erfolgreich abgeschlossen.

In den Angaben zum Nachrangkapital (siehe Anhangangabe (57)) wurden im Vorjahr bereits fällige Zinszahlungen als anteilige Zinsen im Buchwert des Genussrechtskapitals (16 Mio. €) und der stillen Einlagen (34 Mio. €) ausgewiesen. Der Vorjahresausweis wurde korrigiert und in die sonstigen Passiva (siehe Anhangangabe (56)) umgebucht. Hieraus ergaben sich Folgeanpassungen in den Anhangangaben (67), (68), (71).

In der Segmentberichterstattung (siehe Anhangangabe (35)) wurde die Allokation des Eigenkapitals angepasst. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend aktualisiert.

In den Anhangangaben (54), (67), (73), (76), (79), (81) und (82) sind Umgliederungen beziehungsweise Anpassungen innerhalb der Anhangangabe bei den Vorjahreszahlen vorgenommen worden. Zu den Details siehe die entsprechende Anhangangabe.

Aus den oben genannten Anpassungen von Vorjahreszahlen ergaben sich weder Auswirkungen auf das Konzernjahresergebnis noch auf das Eigenkapital.

Grundlagen der Bilanzierung und Bewertung

Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (Going Concern). Die im Rahmen der Vollkonsolidierung und Equity-Bewertung einbezogenen Unternehmen haben grundsätzlich ebenso wie die Helaba ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2016 aufgestellt. Auch in den überwiegend Investmentvermögen betreffenden Ausnahmen erfolgte eine Einbeziehung mit den Werten vom 31. Dezember 2016. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden konzerneinheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewendet, sofern nichts anderes angegeben ist. Die Ausübung von Wahlrechten wird in den folgenden Anhangangaben erläutert.

Ein Vermögenswert wird in der Bilanz angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass der künftige wirtschaftliche Nutzen dem Unternehmen zufließen wird, und wenn eine verlässliche Bewertung möglich ist. Eine Schuld wird angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass eine gegenwärtige Verpflichtung künftig zu einem Abfluss von wirtschaftlichen Ressourcen führt, und wenn der Erfüllungsbetrag verlässlich bewertet werden kann. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten, sofern nicht ein anderer Wert vorgeschrieben ist. Erträge und Aufwendungen werden abgegrenzt und somit der Periode zugerechnet, der sie wirtschaftlich zuzuordnen sind.

Die im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, wie Planungen, Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich

insbesondere im Zusammenhang mit der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Wertminderungen von Vermögenswerten inklusive Geschäfts- oder Firmenwerten und sonstigen immateriellen Vermögenswerten, der Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, dem Ansatz von aktiven latenten Steuern sowie den Rückstellungen und sonstigen Verpflichtungen. Diese

Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode.

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden im Folgenden dargestellt.

(2) Konsolidierungsgrundsätze

Nach den Vorschriften des IFRS 10 beherrscht ein Investor ein Unternehmen, wenn er die relevanten Tätigkeiten bestimmen kann, variablen Rückflüssen aus der Verbindung mit dem Unternehmen ausgesetzt ist und die Möglichkeit hat, diese Rückflüsse durch seine Beherrschungsmöglichkeit zu beeinflussen. Die Beherrschung ist auf der Grundlage aller gegenwärtigen Tatsachen und Umstände festzustellen und bei Änderungen der Gegebenheiten fortlaufend zu überprüfen.

Für die Überprüfung, ob bei einem Unternehmen eine Tochterunternehmenseigenschaft vorliegt, wird seitens des Helaba-Konzerns bei wesentlichen Sachverhalten untersucht, ob Beherrschungsmacht bezüglich der relevanten Tätigkeiten des Unternehmens mittel- oder unmittelbar durch die Helaba ausgeübt werden kann. Dies beinhaltet

- eine Bestimmung des Zwecks und der Ausgestaltung des Unternehmens,
- eine Identifizierung der relevanten Tätigkeiten,
- eine Ermittlung, ob die Helaba aufgrund ihrer Rechte die Möglichkeit hat, die relevanten Tätigkeiten zu bestimmen,
- eine Einschätzung der Risikobelastung durch das Unternehmen oder einer Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens und
- eine Einschätzung, ob die Helaba die Fähigkeit hat, ihre Bestimmungsmacht zu nutzen, um die Höhe der Partizipation am wirtschaftlichen Erfolg zu beeinflussen.

Die Überprüfung beinhaltet neben der Berücksichtigung von Stimmrechten auch die Analyse sonstiger Rechte und faktischer Gegebenheiten, die zu einer Beherrschungsmöglichkeit führen können, sowie Indizien für das Vorliegen eines (De-facto-) Agentenverhältnisses nach IFRS 10.

Liegen bei einem Unternehmen die Voraussetzungen für zelluläre Strukturen („Silos“) vor, so erfolgen die Prüfungsschritte für jede einzelne dieser identifizierten Strukturen. Eine solche Struktur liegt vor, wenn innerhalb einer rechtlichen Einheit eine Vermögensmasse so weitgehend separiert ist, dass sie wirtschaftlich und für Zwecke des IFRS 10 als eigenständiges Objekt anzusehen ist und keine oder nur unwesentliche Risikomischungen mit anderen Vermögensmassen dieser rechtlichen Einheit bestehen.

Wurde als Ergebnis der Bestimmung des Zwecks, der Ausgestaltung und der Identifizierung der relevanten Aktivitäten die Maßgeblichkeit der Stimmrechte für die Beurteilung der Beherrschungsmöglichkeit identifiziert, so wird im Regelfall eine Beherrschung seitens des Helaba-Konzerns bezüglich eines Unternehmens angenommen, wenn er direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte an dem Unternehmen innehat oder über diese verfügen kann. Abweichend hiervon ist keine Beherrschungsmöglichkeit durch den Helaba-Konzern anzunehmen, wenn ein anderer Investor über die praktische Fähigkeit verfügt, die relevanten Tätigkeiten zu bestimmen, weil dieser über die Mehrheit der Stimmrechte für die wesentlichen Tätigkeiten verfügen kann beziehungsweise die Helaba nur als (De-facto-)Agent im Sinne des IFRS 10 für einen anderen Investor agiert. Zudem erfolgt eine Prüfung, ob Vereinbarungen einer gemeinschaftlichen Leitung vorliegen und hierdurch eine Beherrschungsmöglichkeit eingeschränkt ist.

Entsprechend erfolgt die Beurteilung in den Fällen, in denen der Helaba-Konzern nicht Inhaber der Stimmrechtsmehrheit ist, aber die praktische Möglichkeit zum einseitigen Bestimmen der relevanten Tätigkeiten hat oder ein anderer Investor nur als (De-facto-)Agent im Sinne des IFRS 10 für den Helaba-Konzern agiert. Diese Fähigkeit zur Beherrschung kann abweichend von einer allgemeinen mehrheitlichen Stimmrechtsquote zum Beispiel in Fällen entstehen, in denen der Helaba-Konzern aufgrund vertraglicher Vereinbarungen die Möglichkeit zur Bestimmung der relevanten Tätigkeiten des Unternehmens hat oder über potenzielle Stimmrechte verfügen kann.

Bestehen Optionsrechte oder ähnliche Rechte auf Stimmrechte, so werden sie bei der Überprüfung, wer über Stimmrechte eine Beherrschungsmöglichkeit ausüben kann, berücksichtigt, soweit sie als substantiell erachtet werden. Dabei werden sowohl mögliche Bedingungen oder Ausübungsfristen berücksichtigt als auch die wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit einer Ausübung beurteilt.

Die Prüfung, ob unabhängig von einer rechtlich basierten eine faktische Beherrschungsmöglichkeit besteht, betrifft die Überprüfung, ob ein formaler Stimmrechtsinhaber oder ein Inhaber eines Rechts, das zur Beherrschung eines Unternehmens führen kann, als (De-facto-)Agent im Sinne des IFRS 10 agiert. In diesem Fall agiert in einer wirtschaftlichen Betrachtung der

(De-facto-)Agent mangels wesentlicher eigener unternehmerischer Interessen am Unternehmen für einen anderen Investor. Dies kann auch dann vorliegen, wenn dieser andere Investor keine unmittelbaren Weisungsrechte hat, aber faktisch die Verhältnisse so auf ihn ausgerichtet sind, dass er ganz überwiegend die Variabilitäten aus dem Unternehmen trägt.

Als erstes Indiz für das Vorliegen eines (De-facto-)Agenten im Sinne des IFRS 10 wird ein Schwellenwert für die Teilhabe an den erwarteten Variabilitäten verwendet. Sofern der Helaba-Konzern rechtlich die Möglichkeit hat, die relevanten Tätigkeiten eines Unternehmens zu bestimmen, wird auf Basis eines Schwellenwerts plausibilisiert, ob ein Indiz für eine Zurechnung zu Dritten nach IFRS 10 vorliegt. Eine solche Zurechnung kann beispielsweise von der Helaba Invest verwaltete Wertpapiersondervermögen betreffen.

Bei nicht eindeutiger Möglichkeit, die relevanten Tätigkeiten eines Unternehmens durch den Helaba-Konzern zu bestimmen, wird ab einem Tragen von rund 90 % der Variabilitäten seitens des Helaba-Konzerns eine vertiefte Einzelfallprüfung vorgenommen, ob die Helaba Beherrschungsmöglichkeit über das Unternehmen hat.

Die vorgenannten Prüfungen erfolgen periodisch für alle Fälle oberhalb einer Wesentlichkeitsschwelle. Bei wesentlichen Veränderungen der Beurteilungsgrundlagen oder einer Überschreitung der Wesentlichkeitsschwelle erfolgt eine Neueinschätzung. In einem gestuften Verfahren erfolgt zunächst eine Ersteinschätzung durch die dezentralen kunden- oder geschäftsbetreuenden Stellen mittels Checklisten. Diese stellen neben der Analyse rechtlicher Möglichkeiten zu Einflussnahmen auf Indizien des Tragens von Variabilitäten aus dem Unternehmen ab. Als Variabilitäten werden alle erwarteten positiven und negativen Beiträge des Unternehmens berücksichtigt, die in einer wirtschaftlichen Betrachtung vom Unternehmenserfolg abhängen und hierdurch Schwankungen unterliegen.

IFRS 11 regelt die Bilanzierung von Gemeinschaftsunternehmen oder gemeinschaftlichen Tätigkeiten, wenn mindestens zwei Unternehmen die gemeinschaftliche Führung eines Unternehmens ausüben. Die gemeinschaftliche Führung ist bei Änderungen der Gegebenheiten zu überprüfen.

Um festzustellen, ob eine gemeinschaftliche Tätigkeit vorliegt, wird analog zum Vorgehen bei Tochterunternehmen zunächst ermittelt, wer Beherrschungsmacht über die relevanten Tätigkeiten ausübt. Wird diese von zwei oder mehr Parteien auf einer vertraglichen Basis gemeinschaftlich ausgeübt, so liegt eine gemeinsame Vereinbarung vor. Die Überprüfung der Fälle mit vorliegenden gemeinsamen Vereinbarungen ergab bislang regelmäßig die Klassifizierung als Gemeinschaftsunternehmen. Bei der Überprüfung werden neben gesonderten Vereinbarungen über gemeinsame Entscheidungsfindungen oder Stimmrechts-

ausübungen auch notwendige Mindestquoten für Beschlüsse, die Gesellschafteranzahl und deren Stimmrechtsanteile, mögliche (De-facto-)Agentenverhältnisse oder fallweise Zustimmungsvorbehalte aus sonstigen vertraglichen Beziehungen berücksichtigt.

Maßgeblicher Einfluss bei bestehendem Anteilsbesitz liegt im Regelfall vor, wenn mindestens 20 % der Stimmrechte gehalten werden. Bei der Beurteilung, ob der Helaba-Konzern tatsächlich einen maßgeblichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen ausüben kann, werden neben der Höhe der Stimmrechte weitere Parameter und Gegebenheiten berücksichtigt. Hierzu zählen beispielsweise die Vertretung durch Mitarbeiter in Leitungs- und Aufsichtsgremien der Gesellschaft sowie gegebenenfalls bestehende Zustimmungserfordernisse bei wesentlichen Entscheidungen im Unternehmen. Werden solche Faktoren im Rahmen der Überprüfung festgestellt, kann ein maßgeblicher Einfluss auch dann vorliegen, wenn die Beteiligung des Helaba-Konzerns weniger als 20 % der Stimmrechte umfasst, und es erfolgt eine vertiefte Analyse aller Einflussnahmemöglichkeiten und der Verhältnisse der Gesellschafter zueinander.

Die Überprüfung des Vorliegens gemeinschaftlicher Führungen oder von Assoziierungen erfolgt regelmäßig im Prozess zur Identifizierung der konsolidierungspflichtigen Tochterunternehmen.

In den Konzernabschluss sind alle wesentlichen Tochterunternehmen und sonstigen Unternehmen, die von der Helaba mittel- oder unmittelbar beherrscht werden, im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen. Für die wesentlichen Gemeinschaftsunternehmen und die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen erfolgt eine Bewertung at Equity gemäß IAS 28. In Einzelfällen, die einzeln und insgesamt betrachtet im Vergleich zu den wirtschaftlichen Verhältnissen des Konzerns von nur untergeordneter Bedeutung sind, wurde von einer Konsolidierung beziehungsweise Bewertung at Equity abgesehen. Die Überprüfung und Festlegung der Wesentlichkeit erfolgt durch eine Gegenüberstellung der (als nachhaltig eingeschätzten) bilanziellen Volumina und Ergebnishöhen der jeweiligen Unternehmen mit Schwellenwerten. Die Schwellenwerte werden aus den Durchschnitten der Bilanzvolumina und Ergebnishöhen des Konzerns der letzten fünf Jahre ermittelt. Bei so festgestellter Unwesentlichkeit erfolgt der Ausweis der Anteile unter den Finanzanlagen.

Die Erstkonsolidierungen erfolgen nach der Erwerbsmethode auf den Stichtag des Anteilserwerbs beziehungsweise des Entstehens einer Beherrschungsmöglichkeit im Sinne des IFRS 10. Die Bewertung der Vermögenswerte und Schulden erfolgt mit den beizulegenden Zeitwerten auf diesen Erstkonsolidierungszeitpunkt. Verbleibende positive Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung werden als Geschäfts- oder Firmenwert in der Konzernbilanz unter den immateriellen Vermögens-

werten ausgewiesen und mindestens jährlich einem Werthaltigkeitstest unterzogen (siehe Anhangangabe (17)). Aus der Erstkonsolidierung resultierende negative Unterschiedsbeträge sind nach Überprüfung der beizulegenden Zeitwerte erfolgswirksam zu vereinnahmen.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie Gesamtergebnisrechnung als auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital beziehungsweise konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis ausgewiesen. Anteile anderer Gesellschafter werden bei Zugang auf Grundlage der Zeitwerte der ihnen zugeordneten Vermögenswerte und Schulden ermittelt.

Im Fall eines sukzessiven Anteilerwerbs wird die Gesellschaft ab dem Zeitpunkt der Erlangung der Beherrschung vollkonsolidiert. Die Anteile, die vor Erlangung der Beherrschung erworben wurden (Altanteile), werden zum Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und der Kapitalkonsolidierung zugrunde gelegt. Die Differenz zwischen dem Buchwert der Altanteile und dem beizulegenden Zeitwert ist, gegebenenfalls nach Recycling erfolgsneutraler Buchwertbestandteile aus der Fortschreibung eines Equity-Werts oder der bisher erfolgsneutralen Bewertung aufgrund der Zuordnung zur Bewertungskategorie AfS, erfolgswirksam zu erfassen.

Entfällt eine Einbeziehungspflicht für bislang konsolidierte beziehungsweise at Equity bewertete Unternehmen, so erfolgt auf den Stichtag, an dem die Einbeziehungspflicht nicht mehr besteht, eine erfolgswirksame Entkonsolidierung beziehungsweise Beendigung der Bewertung at Equity. Der Ansatz der verbliebenen Anteile nach IAS 39 oder im Rahmen einer Bewertung at Equity erfolgt dabei zum beizulegenden Zeitwert.

(3) Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis des Helaba-Konzerns umfasst neben der Helaba als Mutterunternehmen 116 (31. Dezember 2015: 110) Unternehmen. Es werden 88 (31. Dezember 2015: 83) Gesellschaften durch Vollkonsolidierung und 28 (31. Dezember 2015: 27) Gesellschaften im Wege der At-Equity-Bewertung in den Konzern einbezogen. Bei den vollkonsolidierten Gesellschaften handelt es sich um Tochterunternehmen und Zweckgesellschaften nach IFRS 10, darunter auch Investmentvermögen.

Bei 37 Tochterunternehmen, 19 Gemeinschafts- und 16 assoziierten Unternehmen, die für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Helaba-Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind, wird auf eine Einbeziehung in den

Sind Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- oder assoziierten Unternehmen zum kurzfristigen Verkauf bestimmt und liegen die sonstigen Voraussetzungen vor, so erfolgt eine Bewertung nach IFRS 5 und der Ausweis der Vermögenswerte, Schulden und Erfolgsbeiträge in separaten Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung.

Zwischen konsolidierten Unternehmen bestehende konzerninterne Salden sowie entstandene Erträge und Aufwendungen werden im Wege der Schulden- beziehungsweise Erfolgskonsolidierung eliminiert. Zwischenerfolge aus Transaktionen zwischen einbezogenen Unternehmen werden ebenfalls eliminiert.

Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen werden vom Zeitpunkt der Erlangung eines maßgeblichen Einflusses beziehungsweise bei Vorliegen der gemeinschaftlichen Führung zu den Anschaffungskosten des Konzerns in der Konzernbilanz angesetzt. Der bilanzierte Equity-Wert wird in den Folgejahren unter Berücksichtigung der Amortisierung von identifizierten stillen Reserven und Lasten um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen fortgeschrieben. Das anteilige Jahresergebnis des Beteiligungsunternehmens sowie eventuelle Wertminderungen und sonstige Risikovorsorgen werden als Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen in Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns ausgewiesen. Anteile am sonstigen Ergebnis von at Equity bewerteten Unternehmen werden in der Gesamtergebnisrechnung des Konzerns als eigene Ergebniskomponente angegeben.

Liegt der erzielbare Betrag der Anteile an einem at Equity bewerteten Unternehmen unter dem bisherigen Bilanzansatz, werden sie abgeschrieben. Wertaufholungen erfolgen bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung durch Zuschreibungen bis maximal zur Höhe des anteiligen fortzuführenden Equity-Werts.

Konzernabschluss verzichtet. Die Anteile an diesen Unternehmen werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen sind in Anhangangabe (87) aufgeführt. Diese Aufstellung enthält auch Erläuterungen hinsichtlich einer im Vergleich zu einer von den Stimmrechten indizierten abweichenden Klassifizierung als Tochter-, Gemeinschafts- beziehungsweise assoziiertes Unternehmen.

Die Veränderungen im Konsolidierungskreis während des Geschäftsjahres betreffen folgende Tochtergesellschaften.

Veränderungen im Kreis der vollkonsolidierten Unternehmen

Zugänge

Erste OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung im Dezember 2016
Dritte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung im Dezember 2016
Projekt Erfurt B38 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Die im Vorjahr gegründete Gesellschaft ist nach Aufnahme der Geschäftstätigkeit im März 2016 nicht mehr unwesentlich
Projektentwicklung Neuwerkstraße 17 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung im November 2016
MS „EAGLE STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	Nach Veränderung der Finanzierungsstruktur und aktuellen Werteschätzungen Erlangung der Beherrschungsmöglichkeit nach IFRS 10 im Dezember 2016
MS „ESSEX STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	Nach Veränderung der Finanzierungsstruktur und aktuellen Werteschätzungen Erlangung der Beherrschungsmöglichkeit nach IFRS 10 im Dezember 2016
Vierte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung im Dezember 2016
Vierte OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung im November 2016
Zweite OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung im Dezember 2016

Bei den erstmals vollkonsolidierten Gesellschaften handelt es sich überwiegend um Objektgesellschaften zur Entwicklung von Immobilien des Teilkonzerns OFB Projektentwicklung GmbH. Die MS „EAGLE STRAIT“ GmbH & Co. KG sowie die MS

„ESSEX STRAIT“ GmbH & Co. KG sind Schiffsobjektgesellschaften und führten zu einem Zugang von 17 Mio. € beim Leasingvermögen.

Abgänge

Altherz Stuttgart 1 GmbH, Stuttgart	Verlust der Beherrschungsmöglichkeit nach Veräußerung der Immobilien der Gesellschaft im Januar 2016
Altherz Stuttgart 2 GmbH, Stuttgart	Verlust der Beherrschungsmöglichkeit nach Veräußerung der Immobilien der Gesellschaft im Januar 2016
HI-Turbo-Fonds, Frankfurt am Main	Auflösung des Fonds im Dezember 2016
Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Teilweise Veräußerung der Gesellschaftsanteile und Bewertung des verbleibenden Anteils at Equity ab Dezember 2016

Der Aufwand aus der Entkonsolidierung betrug bei Altherz Stuttgart 1 GmbH –3 Mio. € und bei Altherz Stuttgart 2 GmbH sowie bei der Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden GmbH & Co. KG jeweils –1 Mio. €. Der Ausweis erfolgt im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Veränderungen im Kreis der at Equity bewerteten Unternehmen

Zugänge

GOB Projektentwicklung Fünfte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung Juni 2016
Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Teilweise Veräußerung der Gesellschaftsanteile und Bewertung des verbleibenden Anteils at Equity ab Dezember 2016

Abgänge

GOB Werfthaus GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Veräußerung der Gesellschaftsanteile im Januar 2016
--	---

Der Abgangserfolg aus der Entkonsolidierung der GOB Werfthaus GmbH & Co. KG wird in Höhe von unter 1 Mio. € im Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen.

(4) Finanzinstrumente

Gemäß IAS 39 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente in der Bilanz anzusetzen. Die Erstbewertung erfolgt zu Anschaffungskosten, die dem Gegenwert der hingegebenen beziehungsweise erhaltenen Vermögenswerte zum Zeitpunkt des Erwerbs entsprechen. Transaktionskosten werden grundsätzlich als Anschaffungsnebenkosten berücksichtigt. Der Ansatz erfolgt bei Kassageschäften nicht derivativer finanzieller Vermögenswerte zum Erfüllungstag und derivativer Finanzinstrumente zum Handelstag. Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte aus dem Vermögenswert erloschen sind oder in der Weise übertragen wurden, dass die Chancen und Risiken im Wesentlichen übergegangen sind, beziehungsweise wenn die Kontrolle oder Verfügungsmacht übertragen wurde. Finanzielle Verpflichtungen werden bei erfolgter Tilgung ausgebucht.

Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen richtet sich danach, welchen Kategorien nach IAS 39 sie zum Zeitpunkt ihres Erwerbs zugeordnet wurden:

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables, LaR)

Als Kredite und Forderungen (LaR) werden alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte kategorisiert, die mit festen oder bestimmaren Zahlungen ausgestattet und nicht an einem aktiven Markt notiert sind, es sei denn, sie werden bei Zugang in die Kategorie Finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, designiert. Auch Wertpapiere mit festen oder bestimmaren Zahlungen, für die kein aktiver Markt besteht, können als LaR kategorisiert werden.

Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Bestehende Agien beziehungsweise Disagien werden effektivzinskonstant über die Restlaufzeit verteilt (Amortisation) und erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst. Die Buchwerte von Finanzinstrumenten der Kategorie LaR werden in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden unter den sonstigen Aktiva gezeigt.

Im Rahmen des Hedge Accounting werden die Buchwerte von Forderungen, die Grundgeschäfte von Mikro Fair Value Hedges sind, um die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte angepasst.

Bezüglich der Berücksichtigung von Risiken aus dem Kreditgeschäft wird auf Anhangangabe (14) verwiesen.

Finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (at Fair Value, aFV)

Innerhalb dieser Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder zu Handelszwecken gehalten werden (Held for Trading, HfT) oder für die im Zugangszeitpunkt unwiderruflich von der Fair Value-Option (FVO) Gebrauch gemacht wird. Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten dieser Kategorie werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Transaktionskosten werden sofort erfolgswirksam erfasst. Derivative Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrumente designiert werden, sind immer der Bewertungskategorie HfT zugeordnet.

Bei den zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten besteht die Absicht, Gewinne aus kurzfristigen Schwankungen des Preises oder aus der Händlermarge zu erzielen. Sie werden unter den Handelsaktiva oder Handelspassiva ausgewiesen. Die Aufwendungen und Erträge aus zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten werden vollständig im Handelsergebnis ausgewiesen. Nicht zu Handelszwecken gehaltene derivative Finanzinstrumente werden als positive oder negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten ausgewiesen. Die Aufwände und Erträge aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten werden in einer separaten Ergebnisposition ausgewiesen.

Die FVO wird überwiegend für wirtschaftliche Sicherungsbeziehungen von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Rahmen der Hedge-Management-Strategie angewendet, für die keine Mikro-Hedge-Beziehung gemäß IAS 39 dokumentiert ist. Die FVO wird auch für Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten genutzt. Darüber hinaus designiert die Helaba finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die als Einheit (Portfolio) im Rahmen einer dokumentierten Risikomanagementstrategie zum beizulegenden Zeitwert gesteuert werden. Der Ausweis nicht derivativer Finanzinstrumente, für die die FVO ausgeübt wird, erfolgt in dem jeweiligen Bilanzposten, der auch ohne Designation genutzt worden wäre. Zinsen (inklusive amortisierter Agien beziehungsweise Disagien) und Dividenden der designierten Finanzinstrumente sind im Zinsüberschuss enthalten. Das Bewertungs- und das Veräußerungsergebnis werden im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option ausgewiesen.

Bei zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten können Differenzen zwischen dem Transaktionspreis und dem beizulegenden Zeitwert (Day-One Profit or Loss) auftreten. Der Day-One Profit or Loss wird im Regelfall sofort ergebniswirksam vereinnahmt. Sofern die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts auf nicht beobachtbaren Bewertungsparametern beruht, ist der Day-One Profit or Loss über die Laufzeit in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Held to Maturity, HtM)

Eine Einstufung in die Kategorie HtM erfordert feste oder bestimmbare Zahlungen sowie eine feste Laufzeit der nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte. Des Weiteren müssen diese Finanzinstrumente mit der Absicht und der Fähigkeit erworben werden, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Im Helaba-Konzern sind keine Finanzinstrumente dieser Kategorie zugeordnet.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale, AfS)

Die Kategorie AfS beinhaltet alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte, die nicht bereits einer der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Bei der Helaba handelt es sich insbesondere um Schuldverschreibungen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie um Beteiligungen. Finanzinstrumente der Kategorie AfS werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert, wie in Anhangangabe (5) erläutert. Sofern dieser bei Eigenkapitalinstrumenten nicht verlässlich ermittelbar ist, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen. Dies ist dann der Fall, wenn weder Preise von aktiven Märkten vorliegen noch die für Bewertungsmodelle relevanten Faktoren zuverlässig bestimmbar sind.

Das Ergebnis aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert wird – nach Berücksichtigung latenter Steuern – erfolgsneutral in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Neubewertungsrücklage) ausgewiesen. Bei Anwendung von Hedge Accounting wird der Teil des Bewertungsergebnisses, der auf das abgesicherte Risiko entfällt, im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Bei bonitätsinduzierten Wertminderungen (Impairment), die dazu führen, dass der beizulegende Zeitwert voraussichtlich dauerhaft unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegen wird, wird die Neubewertungsrücklage um den Wertminderungsbetrag angepasst und im Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden erfolgswirksam, Wertaufholungen bei zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten hingegen erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Zuschreibungen

(5) Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten

Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Fall einer Notabwicklung) getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

auf zu Anschaffungskosten bewertete Eigenkapitalinstrumente werden nicht vorgenommen. Die Kriterien für das Vorliegen einer Wertminderung bestehen aus einer Zeit- und einer Wertveränderungskomponente.

Die Zinserträge aus Wertpapieren einschließlich amortisierter Agien und Disagien sowie Dividendenerträge aus Aktien oder Beteiligungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Bei einer Veräußerung eines finanziellen Vermögenswerts wird das in der Neubewertungsrücklage bilanzierte kumulierte Bewertungsergebnis aufgelöst und im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

Finanzielle Verbindlichkeiten (Other Liabilities, OL)

Diese Kategorie beinhaltet finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht der Kategorie aFV zugeordnet sind. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien beziehungsweise Disagien werden effektivzinskonstant über die Restlaufzeit verteilt (Amortisation) und erfolgswirksam im Zinsergebnis berücksichtigt. Der Ausweis der Buchwerte erfolgt in den Bilanzposten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, Verbriefte Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden unter den sonstigen Passiva ausgewiesen.

Im Rahmen des Hedge Accounting werden die Buchwerte von Verbindlichkeiten, die Grundgeschäfte von Mikro Fair Value Hedges sind, um die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte angepasst.

Ausweis von Zinsanomalien

Zinsanomalien (negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten) werden in der Anhangangabe (24) tabellarisch aufgliedert. Die Helaba weist positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten unter den Zinserträgen, negative Zinsen aus finanziellen Vermögenswerten unter den Zinsaufwendungen aus. Zahlungsströme, resultierend aus Zinsanomalien bei Derivaten, werden – in Analogie zu der in einem normalen Zinsumfeld vorgenommenen Saldierung der Zahlungsströme je Derivat – in Summe entweder im Zinsertrag oder Zinsaufwand ausgewiesen.

Bewertungsmethoden

Im Konzern wird hinsichtlich der Bewertungsmethoden unterschieden, ob die Wertfindung der Finanzinstrumente direkt über an aktiven Märkten beobachtbare Preisnotierungen oder über marktübliche Bewertungsverfahren erfolgt. Dabei wird von den Märkten, zu denen die Helaba Zugang hat, grundsätz-

lich der Markt mit der höchsten Aktivität als der relevante angenommen (Hauptmarkt). Sofern für einzelne Finanzinstrumente kein Hauptmarkt definiert ist, wird der vorteilhafteste Markt herangezogen.

Der beizulegende Zeitwert von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Basis von Preisnotierungen ermittelt. Ein Markt wird als aktiv eingestuft, sofern für die entsprechenden oder vergleichbare Finanzinstrumente Handel in ausreichender Höhe und Häufigkeit getätigt wird, wodurch regelmäßig Marktpreise ablesbar sind.

Für Finanzinstrumente, bei denen zum Stichtag keine Preisnotierungen auf einem aktiven Markt vorhanden sind beziehungsweise keine Preisnotierungen von vergleichbaren Finanzinstrumenten auf aktiven Märkten für die Wertermittlung herangezogen werden können, wird der beizulegende Zeitwert mittels anerkannter marktüblicher Bewertungsverfahren er-

mittelt. Die Bewertung erfolgt auf Basis der Cashflow-Struktur unter Berücksichtigung von geschätzten zukünftigen Zahlungsströmen, Diskontfaktoren und Volatilität. Dabei kommen Modellierungstechniken wie Discounted-Cashflow-Verfahren oder gängige Optionspreismodelle zum Einsatz. Für komplexere Finanzinstrumente werden differenziertere Modelle angewendet, die auf komplexeren Parametern, zum Beispiel Korrelationen, beruhen.

Die Eingangsparameter für die Modelle sind in der Regel am Markt beobachtbar. Sollten für benötigte Modellparameter keine Marktinformationen beobachtbar sein, werden diese über andere relevante Informationsquellen, zum Beispiel Preise für ähnliche Transaktionen oder historische Daten, abgeleitet.

Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht über die für die Finanzinstrumente verwendeten Bewertungsmodelle:

Finanzinstrumente	Bewertungsmodelle	Wesentliche Parameter
Zins-Swaps und Zinsoptionen	Discounted-Cashflow-Methode, Black-Modelle, Markov-Functional-Modell, SABR, Replication-Modell, bivariate Copula	Zinskurven, Zinsvolatilitäten, Korrelationen
Zinstermingeschäfte	Discounted-Cashflow-Methode	Zinskurven
Devisentermingeschäfte	Discounted-Cashflow-Methode	Devisenkurse, Zinskurven
Aktien-/Index-Optionen	Black-Modelle, Local-Volatility-Modell	Aktienkurse, Zinskurven, Aktienvolatilitäten, Dividenden
Devisen-Optionen	Black-Modell, Skew-Barrier-Modell	Devisenkurse, Zinskurven, FX-Volatilitäten
Commodity-Optionen	Black-Modell, Turnbull/Wakeman	Commodity-Kurse, Zinskurven, Volatilitäten
Kreditderivate	Black-Modell	Zinskurven, Credit Spreads, Korrelationen
Geldmarktgeschäfte	Discounted-Cashflow-Methode	Zinskurven
Wertpapierpensionsgeschäfte	Discounted-Cashflow-Methode	Zinskurven
Schuldscheindarlehen	Discounted-Cashflow-Methode	Zinskurven, Credit Spreads
Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte	Discounted-Cashflow-Methode	Zinskurven, Credit Spreads, Wertpapierkurse

Bei angekauften Ansprüchen aus Kapitallebensversicherungsverträgen wird der beizulegende Zeitwert auf Basis des von der Versicherungsgesellschaft mitgeteilten Rückkaufswerts ermittelt und um Einzahlungen und andere Wertänderungen bis zum Bilanzstichtag fortgeschrieben.

Wertanpassungen

Ein weiterer Teil des Bewertungsprozesses sind zum Teil erforderliche Wertanpassungen.

Bei der modellbasierten Bewertung von Finanzinstrumenten besteht je nach Komplexität des Finanzinstruments eine Unsicherheit in der Wahl eines geeigneten Modells, gegebenenfalls dessen numerischer Implementierung sowie in der Parametrisierung/Kalibrierung dieses Modells. Diese Unsicherheiten werden in der Bewertung nach dem Fair Value-Prinzip über Model Adjustments berücksichtigt, welche sich wiederum in Deficiency Adjustments und Complexity Adjustments unterteilen.

Ein Deficiency Adjustment dient zur Abbildung der Bewertungsunsicherheit, die aus der Verwendung eines Bewertungsmodells resultiert. Eine Modellunsicherheit liegt vor, wenn ein nicht (mehr) marktgängiges Modell verwendet wird oder die Unschärfe in einem inadäquaten Kalibrierungsverfahren oder der technischen Implementierung begründet ist. Complexity Adjustments werden berücksichtigt, wenn hinsichtlich des einzusetzenden Modells kein Konsens aus dem Markt ableitbar ist oder die Parametrisierung des Modells sich nicht eindeutig aus den Marktdaten ergibt. In diesen Fällen wird von einem Modellrisiko gesprochen. Der sich aus den verschiedenen Adjustments ergebende Bewertungsabschluss wird in Form einer Modellreserve berücksichtigt.

Grundsätzlich werden Derivate derzeit in den Front-Office-Systemen risikolos bewertet, das heißt, es wird explizit angenommen, dass die jeweiligen Kontrahenten bis zur vertraglichen Fälligkeit der ausstehenden Geschäfte überleben. Das

so genannte Credit Value Adjustment (CVA) gibt das kalkulatorische Verlustrisiko wider, welchem sich der Konzern bei aus seiner Sicht positivem Marktwert gegenüber seinem Kontrahenten ausgesetzt sieht. Fällt der Kontrahent aus, so kann lediglich noch ein Bruchteil des Marktwerts der ausstehenden Geschäfte im Insolvenz- beziehungsweise Liquidationsprozess realisiert werden (Recovery Rate). Das Exposure im Zeitablauf wird mit Hilfe einer Monte-Carlo-Simulation geschätzt. Das so genannte Debit Value Adjustment (DVA) ist das Spiegelbild des CVA und definiert sich als der Teil des aus Sicht des Konzerns negativen Marktwerts, welcher kalkulatorisch durch einen Ausfall für den Kontrahenten verloren ginge. Der sich aus CVA und DVA ergebende Betrag wird in Form einer Bewertungsanpassung berücksichtigt.

Anpassungen der Bewertung aufgrund von Refinanzierungsaspekten (Funding Valuation Adjustments, FVA) sind notwendig, um die vom Markt implizierten Finanzierungskosten bei der Bewertung von derivativen Finanzinstrumenten zu berücksichtigen. Finanzierungskosten fallen bei der replizierenden Absicherung unbesicherter Kundenderivate durch besicherte, im Interbankenmarkt abgeschlossene Hedge-Derivate an. Während sich das zu finanzierende Volumen aus einer Exposure-Simulation ergibt, werden die Refinanzierungssätze rolierend zum Euribor (Euro Interbank Offered Rate) angesetzt.

(6) Hierarchie der Bewertungslevel

Level 1

Der beste Indikator für den beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten ist der Marktpreis. Bei Vorliegen eines aktiven Markts werden zur Bewertung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente beobachtbare Marktpreise herangezogen. Dies sind üblicherweise Börsenkurse oder auf dem Interbankenmarkt quotierte Marktpreise. Diese beizulegenden Zeitwerte werden als Level 1 ausgewiesen.

Level 2

Für den Fall, dass für ein Finanzinstrument kein direkt beobachtbarer Marktpreis vorliegt, erfolgt die Bewertung auf Basis vergleichbarer Finanzinstrumente mit Preisnotierungen auf aktiven Märkten. Sind diese ebenfalls nicht verfügbar, erfolgt die Bewertung mittels anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, wobei die wesentlichen Inputdaten auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und externen Quellen entnommen werden. Üblicherweise werden diese Bewertungsmethoden bei OTC-Derivaten (einschließlich Kreditderivaten) und nicht an einem aktiven Markt gehandelten zum beizulegenden Zeitwert angesetzten Finanzinstrumenten verwendet. In diesen Fällen werden die beizulegenden Zeitwerte als Level 2 ausgewiesen.

Die Bewertung erfolgt ähnlich CVA/DVA beidseitig, das heißt, es werden sowohl Funding Benefit Adjustments (FBA) aus negativem Exposure als auch Funding Cost Adjustments (FCA) aus positivem Exposure berücksichtigt.

Validierung und Kontrolle

Der Bewertungsprozess ist einer laufenden Validierung und Kontrolle unterworfen. Teil der handelsunabhängigen Bewertung der Positionen im Handelsgeschäft ist die Sicherstellung der Angemessenheit der für die Bewertung eingesetzten Methoden beziehungsweise Modelle.

Neue Bewertungsmodelle werden grundsätzlich vor ihrem Ersteinsatz einer umfassenden initialen Validierung unterzogen. In Abhängigkeit von Materialität sowie Marktgängigkeit und Komplexität des eingesetzten Modells werden die Bewertungsmodelle regelmäßig überprüft. Darüber hinaus erfolgen anlassbezogene Überprüfungen, wenn zum Beispiel wesentliche Methodenänderungen erfolgen.

Im Rahmen der handelsunabhängigen Prüfung der Bewertungsparameter (Independent Price Verification) wird darüber hinaus die Marktkonsistenz der zur Bewertung der Finanzinstrumente verwendeten Parameter sichergestellt.

Level 3

In den Fällen, bei denen wesentliche Inputparameter nicht direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Diese Bewertungsmethode ist insbesondere Grundlage für komplex strukturierte (derivative) Basket-Produkte, bei denen nicht direkt am Markt beobachtbare Korrelationen einen wesentlichen Bewertungsfaktor darstellen. Soweit bei nicht derivativen Finanzinstrumenten keine Marktpreise verfügbar sind, werden Arranger-Preise herangezogen. Auch die Bewertung von zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten, nicht börsennotierten Beteiligungen sowie die Werthaltigkeitsprüfung von Geschäfts- oder Firmenwerten beruht auf nicht beobachtbaren Inputparametern, insbesondere den aus der Unternehmensplanung abgeleiteten Ertragsüberschüssen. Für die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden die beizulegenden Zeitwerte auf Basis von erwarteten Erträgen und Aufwendungen ermittelt, so dass sie ebenfalls dem Level 3 zuzuordnen sind.

(7) Bilanzielle Verrechnung von Vermögenswerten und Verpflichtungen

Gemäß IAS 32 ist eine Aufrechnung finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen vorzunehmen, sofern eine Saldierung der bilanzierten Beträge jederzeit rechtlich durchsetzbar ist und entweder beabsichtigt ist, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen, oder, den Vermögenswert und die Verpflichtung zeitgleich zu realisieren. Die rechtliche Durchsetzbarkeit darf

nicht erst bedingt bei Eintritt bestimmter Umstände entstehen, sondern muss auch im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit zulässig sein. Der Umfang der bilanziellen Saldierung und der nur bedingten Aufrechnungsmöglichkeiten, welche die Anforderungen an eine bilanzielle Saldierung nicht erfüllen, ist in Anhangangabe (62) dargestellt.

(8) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen

IAS 39 beinhaltet umfassende Regelungen für die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen, das heißt für die Bilanzierung von Sicherungsinstrumenten (insbesondere Derivaten) und den durch sie abgesicherten Grundgeschäften.

Der Helaba-Konzern schließt Derivate sowohl zu Handelszwecken als auch zu Sicherungszwecken ab. Werden Derivate nachweislich zur Absicherung von Risiken aus Nichthandelsgeschäften, die nicht der Kategorie aFV zugeordnet sind, eingesetzt, lässt IAS 39 unter bestimmten Voraussetzungen die Anwendung spezieller Regelungen zur Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) zu.

Zu Beginn der Sicherungsbeziehung sind sowohl die Sicherungsbeziehung als auch die Risikomanagementziele und -strategien des Konzerns sowie die Methode zur prospektiven und retrospektiven Effektivitätsmessung im Hinblick auf die Sicherungsbeziehung zu dokumentieren. Insbesondere sind das abzusichernde Grundgeschäft, das abzusichernde Risiko und das Sicherungsinstrument eindeutig zu benennen.

Darüber hinaus verlangt IAS 39 einen effektiven Sicherungszusammenhang. Hierzu wird die Effektivität der Sicherungsbeziehungen regelmäßig überwacht. Eine Sicherungsbeziehung wird als effektiv betrachtet, wenn sowohl im Zeitpunkt der Designation als auch während der Laufzeit der Sicherungsbeziehung die Wertänderungen des Grundgeschäfts durch die des Sicherungsinstruments in hohem Maße kompensiert werden (prospektiver Effektivitätstest oder Effektivitätsvermutung) und sich die aktuellen Bewertungsergebnisse in einer Spannbreite zwischen 80 % und 125 % bewegen (retrospektiver Effektivitätstest). Ist eine Sicherungsbeziehung nicht mehr effektiv, wird sie aufgelöst. Verbleibt nach Beendigung einer Sicherungsbeziehung das Grundgeschäft in der Bilanz, erfolgt eine Amortisation der während der Sicherung vorgenommenen Buchwertanpassungen des zinstragenden Grundgeschäfts über dessen verbleibende Restlaufzeit im Zinsergebnis.

Der Helaba-Konzern nutzt das Mikro Fair Value Hedge Accounting, um zinsinduzierte Marktpreisänderungen der gesicherten Grundgeschäfte durch Wertänderungen aus Sicherungsderivaten auszugleichen. Einem solchen zinsinduzierten Marktpreisrisiko unterliegen insbesondere die Emissions- und Kreditgeschäfte

des Konzerns und die Wertpapiere des Liquiditätsanlageportfolios, sofern es sich um festverzinsliche Titel handelt. Als Sicherungsinstrumente werden ausschließlich Zins-Swaps und Zins-Währungs-Swaps genutzt, die den Anforderungen des Hedge Accounting genügen.

Gemäß den Regelungen des Fair Value Hedge Accounting werden die zur Absicherung eingesetzten derivativen Finanzinstrumente zum beizulegenden Zeitwert bilanziert und unter den Bilanzposten Positive beziehungsweise Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten ausgewiesen. Bei Grundgeschäften, die ohne Hedge Accounting zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bilanzieren wären, führen die Wertänderungen des Grundgeschäfts, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, zu einer entsprechenden Buchwertanpassung. Diese auf das gesicherte Risiko entfallende Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Grundgeschäfts wird zusammen mit der gegenläufigen Änderung des Sicherungsinstruments erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Die Absicherung von Fremdwährungsrisiken erfolgt mittels nicht derivativer Finanzinstrumente für Beteiligungen der Kategorie AfS und für eine Nettoinvestition in eine ausländische Teileinheit. Der Gewinn beziehungsweise Verlust aus der Währungsumrechnung des Sicherungsgeschäfts wird erfolgsneutral behandelt und in der Rücklage aus der Währungsumrechnung ausgewiesen.

Positive und negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

Unter diesem Posten werden im Helaba-Konzern Derivate ausgewiesen, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden. Hierunter fallen auch Derivate, die als Sicherungsinstrumente für einen Mikro Fair Value Hedge designed sind. Darüber hinaus werden in diesem Posten derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nach IAS 39 nicht dokumentiert ist (ökonomische Hedges). Positive Marktwerte werden auf der Aktivseite und negative Marktwerte werden auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Die Bewertungsergebnisse der Derivate, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden, werden in Abhängigkeit von ihrer Verwendung im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) oder im Ergebnis aus nicht mit

Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option erfasst. Die laufenden Erträge und Aufwendungen aus diesen Derivaten werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

(9) Strukturierte Produkte

Als strukturierte Produkte werden Verträge bezeichnet, die sich aus einem Basisvertrag und einem oder mehreren eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen. Ein eingebettetes Derivat ist integraler Bestandteil des strukturierten Produkts und kann nicht separat gehandelt werden.

IAS 39 sieht unter bestimmten Voraussetzungen vor, eingebettete Derivate für Bilanzierungszwecke aus den zugehörigen

Basisverträgen herauszulösen und als freistehende Derivate zu behandeln, soweit nicht das gesamte strukturierte Produkt erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird.

Im Helaba-Konzern werden trennungspflichtige Finanzinstrumente, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, jeweils separat bilanziert oder es wird die FVO für das strukturierte Produkt genutzt.

(10) Finanzgarantien

Eine Finanzgarantie ist ein Vertrag, bei dem der Garantiegeber zur Leistung einer bestimmten Zahlung verpflichtet ist, die den Garantiennehmer für einen Verlust entschädigt, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seine vertraglichen Zahlungsverpflichtungen eines Schuldinstruments nicht vertragsgemäß erfüllt. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses wird die Verpflichtung aus einer Finanzgarantie erfasst. Dabei erfolgt der Ansatz einer Finanzgarantie bei der Helaba (Garantiegeber) zum beizulegenden Zeitwert, der bei Ausgeglichenheit der zu erwartenden Leistungen (Verpflichtungsbarwert) und Gegenleistungen in Form von ratierlichen, nachschüssigen und markt-

gerechten Prämienzahlungen (Prämienbarwert) dem Wert null entspricht. Im Rahmen der Folgebewertung wird für drohende Verluste aus einer Inanspruchnahme aus der Finanzgarantie eine Rückstellung gebildet.

Darüber hinaus werden Finanzgarantien, für die im Zugangszeitpunkt die FVO ausgeübt wurde, sowohl im Rahmen der Zugangsbewertung als auch im Rahmen der Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Die Bewertungsergebnisse werden im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO ausgewiesen.

(11) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

Der Helaba-Konzern tritt im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften sowohl als Pensionsgeber (Repo-Geschäfte) als auch als Pensionsnehmer (Reverse-Repo-Geschäfte) auf.

Repo-Geschäfte sind Verträge, bei denen ein Pensionsgeber ihm gehörende Wertpapiere an einen Pensionsnehmer gegen Zahlung eines bestimmten Betrags überträgt. Gleichzeitig wird vereinbart, dass der Pensionsnehmer die an ihn übertragenen oder gleichartige Wertpapiere zu einem festgelegten späteren Zeitpunkt gegen Zahlung eines im Voraus vereinbarten Entgelts an den Pensionsgeber zurückübertragen muss.

Aufgrund der unbedingten Verpflichtung zur Rückübertragung der Wertpapiere durch den Pensionsnehmer kommt es zu keinem bilanziellen Abgang der Wertpapiere beim Pensionsgeber und die Wertpapiere werden weiterhin in der Konzernbilanz entsprechend ihrer Bewertungskategorie gemäß IAS 39 bewertet und unter den Handelsaktiva oder innerhalb des Finanzanlagebestands ausgewiesen. Entsprechend werden die im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften vom Helaba-Konzern in Pension

genommenen Wertpapiere nicht in der Konzernbilanz ausgewiesen, da es wirtschaftlich zu keinem Zugang kommt.

Sofern Repo-Geschäfte zu Handelszwecken abgeschlossen werden, wird die zufließende Liquidität als Verbindlichkeit unter den Handelspassiva ausgewiesen und zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Dabei wird der Unterschiedsbetrag zwischen erhaltener Zahlung und Rückzahlungsverpflichtung als Bestandteil des Bewertungsergebnisses im Handelsergebnis erfasst. Offenmarktgeschäfte, bei denen die Liquiditätssteuerung im Vordergrund steht, werden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bilanziert. Die vereinbarten Zinszahlungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Im umgekehrten Fall werden Liquiditätsabflüsse aus Reverse-Repo-Geschäften, sofern sie mit Handelsabsicht getätigt werden, als Forderungen innerhalb der Handelsaktiva bilanziert und entsprechend bewertet. Die Bewertungsergebnisse werden, wie bei den Repo-Geschäften, entsprechend der Zweckbestimmung im Handelsergebnis erfasst.

Von den echten Wertpapierpensionsgeschäften sind Wertpapierleihegeschäfte abzugrenzen, bei denen der Helaba-Konzern sowohl als Verleiher als auch als Entleiher von Wertpapieren auftritt.

Hierbei werden Wertpapiere für einen begrenzten Zeitraum verliehen, wobei sich der Entleiher verpflichtet, mit Fristablauf Wertpapiere gleicher Art, Güte und Menge an den Verleiher zurückzuübertragen. Es handelt sich mithin um ein Sachdarlehen gemäß § 607 BGB. Während verliehene Wertpapiere beim Verleiher weiterhin im Wertpapierbestand (Handelsaktiva, Finanzanlagen) ausgewiesen und gemäß der zugeordneten Bewertungskategorie bewertet werden, erfolgt keine Bilanzierung und Bewertung entliehener Wertpapiere beim Entleiher.

Für Wertpapierleihegeschäfte gestellte Barsicherheiten werden unter den Forderungen, erhaltene Barsicherheiten unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen. Vom Helaba-Konzern gestellte Wertpapiersicherheiten werden weiterhin nach der ursprünglich gewählten Bilanzierungsmethode bilanziert.

Erträge und Aufwendungen aus Wertpapierleihegeschäften werden, sofern sie zu Handelszwecken abgeschlossen werden, im Handelsergebnis ausgewiesen. Ansonsten erfolgt der Ausweis im Zinsergebnis.

Aus Leerverkäufen von entliehenen Wertpapieren resultierende Verbindlichkeiten werden unter den Handelspassiva zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen.

(12) Bilanzierung von Leasingverhältnissen

Ein Leasinggeschäft wird als Operating-Leasingverhältnis klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand bei dem Leasinggeber liegen. Demgegenüber sind solche Leasinggeschäfte, bei denen im Wesentlichen alle Chancen und Risiken auf den Leasingnehmer übertragen werden, als Finanzierungsleasing einzustufen.

Der Konzern als Leasinggeber

Soweit im Helaba-Konzern Operating-Leasinggeschäfte betrieben werden, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen oder unter den als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt nach den dort beschriebenen Grundsätzen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine

andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Wenn der Leasingvertrag als Finanzierungsleasing klassifiziert ist, wird eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswerts zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gegenüber dem Leasingnehmer unter den Posten Forderungen an Kunden oder Forderungen gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen. Vereinnahmte Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgespalten. Der Zinsanteil wird im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Der Konzern als Leasingnehmer

Die gezahlten Leasingraten aus Operating-Leasingverhältnissen werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Vertragliche Vereinbarungen, die als Finanzierungsleasing zu klassifizieren sind, bestanden im Geschäftsjahr nicht.

(13) Währungsumrechnung

Die Umrechnung von Fremdwährungsgeschäften in den Abschlüssen der einbezogenen Unternehmen sowie die Umrechnung der Abschlüsse von ausländischen Geschäftsbetrieben mit einer von der Berichtswährung abweichenden funktionalen Währung erfolgen nach den Regelungen des IAS 21.

Sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie zum beizulegenden Zeitwert bewertete Eigenkapitalinstrumente (Aktien, Beteiligungen) in Fremdwährung werden zum Stichtagskurs umgerechnet. Nicht monetäre zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Posten (zum Beispiel Sachanlagen) werden mit dem Kurs zum Zugangszeitpunkt umgerechnet. Währungsumrechnungsdifferenzen werden, mit Ausnahme der aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten resultierenden Differenzen, in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Zur Umrechnung von in Fremdwährung aufgestellten Abschlüssen einbezogener Geschäftsbetriebe (Tochterunternehmen, Niederlassungen) wird zunächst mittels der Zeitbezugsmethode von der Fremdwährung in die funktionale Währung umgerechnet, sofern diese Währungen voneinander abweichen. Anschließend erfolgt die Umrechnung in die Berichtswährung (Euro) gemäß der modifizierten Stichtagskursmethode. Hierbei werden sämtliche monetären und nicht monetären Vermögenswerte und Schulden unter Verwendung des EZB-Referenzkurses des Bilanzstichtags in die Berichtswährung umgerechnet. Erträge und Aufwendungen der Berichtsperiode werden zum Periodendurchschnittskurs umgerechnet. Alle sich hieraus ergebenden Währungsumrechnungsdifferenzen werden bis zum Abgang oder zur Einstellung des ausländischen Geschäftsbetriebs in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Rücklage aus der Währungsumrechnung) ausgewiesen.

(14) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft wird durch Bildung von Einzelwertberichtigungen, pauschalierten Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen.

Im Helaba-Konzern wird zu jedem Bilanzstichtag eine Überprüfung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten der Kategorie LaR, die unter den Forderungen ausgewiesen werden, vorgenommen. Dabei unterliegen alle signifikanten Forderungen einer Einzelfallbetrachtung. Liegt ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vor, erfolgt eine Ermittlung des Wertberichtigungsbedarfs.

Wesentliche Hinweise für das Vorliegen einer Wertminderung sind beispielsweise:

- Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen,
- unregelmäßige Überziehung für mehr als 90 Tage,
- bonitätsbedingte Restrukturierung,
- Zwangsvollstreckungsmaßnahmen,
- Vorliegen der Voraussetzung auf Antrag oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens,
- Vorliegen von Stundungsmaßnahmen.

Die Bildung einer Wertberichtigung ist erforderlich, wenn es wahrscheinlich ist, dass nicht alle vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungsleistungen erbracht werden können. Die Höhe der Einzelwertberichtigung ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem erzielbaren Betrag der Forderung. Der erzielbare Betrag entspricht dem Barwert der erwarteten Cashflows, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der Verwertung von Sicherheiten. Zur Diskontierung der erwarteten Cashflows wird der ursprüngliche Effektivzinssatz der Forderung herangezogen; bei Forderungen mit variablen Zinssätzen wird der aktuelle Zinssatz verwendet.

Bei unveränderten Zahlungserwartungen ergibt sich durch Zeitablauf eine Barwertänderung (Unwinding). Das Unwinding ist Bestandteil des Zinsertrags. Eine Zuführung oder Auflösung einer Einzelwertberichtigung wird als Risikovorsorge im Kreditgeschäft in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Sie

(15) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien sind Immobilien, die der langfristigen Erzielung von Mieterträgen beziehungsweise Wertsteigerungen dienen.

Bei der Zuordnung von gemischt genutzten Immobilien, das heißt Immobilien, die zum Teil vermietet und zum Teil selbst genutzt werden, wird zunächst geprüft, ob die einzelnen Teile gesondert veräußert oder vermietet werden können beziehungsweise

resultiert aus seit dem letzten Bilanzstichtag eingetretenen Cashflows, die in ihrer Höhe von den erwarteten Beträgen abweichen, veränderten Erwartungen über zukünftige Cashflows sowie der Änderung von variablen Zinssätzen. Wechselkursveränderungen werden ebenfalls erfolgswirksam berücksichtigt.

Nicht signifikante Forderungen mit Hinweis auf eine Wertminderung werden in eng abgegrenzten Portfolios mit ähnlichen Risikostrukturen zusammengeführt und nach einheitlicher Methodik bewertet. In die Berechnung der pauschalierten Einzelwertberichtigungen gehen Daten aus der Kreditrisikomessung ein, insbesondere die ausfallgefährdeten Beträge, Sicherheiten und historische Ausfallwahrscheinlichkeiten. Länderrisiken sind dabei implizit berücksichtigt. Auf Basis dieser Methodik werden auch Portfoliowertberichtigungen gebildet, und zwar für Forderungen, bei denen keine objektiven Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen oder bei denen im Rahmen der Einzelermittlung kein Wertberichtigungsbedarf festgestellt wurde. Die Portfoliowertberichtigung dient der Abdeckung eingetretener, aber noch nicht identifizierter Wertminderungen. Hierzu werden erwartete Verluste mit Faktoren multipliziert, die den Zeitraum zwischen Eintritt und Identifizierung einer Wertminderung widerspiegeln.

Die Risikovorsorge für bilanzielle Forderungen wird offen von den Forderungen an Kreditinstitute und den Forderungen an Kunden abgesetzt. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft (Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen) wird als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen. Die Ermittlung der Rückstellungshöhe entspricht weitgehend den Verfahren für das bilanzielle Kreditgeschäft. Zusätzlich wird jedoch die Ziehungswahrscheinlichkeit berücksichtigt.

Uneinbringliche Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigungen gebildet wurden, werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst. Die Abbildung der direkten Abschreibungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen erfolgt in der Position Risikovorsorge im Kreditgeschäft der Gewinn- und Verlustrechnung.

hungsweise ob ein aktiver Markt für die Immobilienteile vorhanden ist. Für den Fall, dass eine Aufteilung der Immobilie nicht möglich ist, wird eine Klassifizierung als als Finanzinvestition gehaltene Immobilie nur dann vorgenommen, wenn der Anteil der Eigennutzung am Gesamtobjekt unwesentlich ist. Immobilien, deren selbst genutzter Anteil aus Konzernsicht wesentlich ist, werden gemäß IAS 16 bilanziert und unter den Sachanlagen ausgewiesen.

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sind zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur aktiviert, wenn daraus ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen entsteht. Kosten für die Erhaltung werden hingegen sofort aufwandswirksam erfasst. Fremdkapitalkosten werden unter den Bedingungen des IAS 23 als Bestandteil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Die Gebäude werden planmäßig linear über ihre geschätzte wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Der Komponentenansatz kommt zur Anwendung, wenn sich wesentliche Bestandteile deutlich in ihrer wirtschaftlichen Nutzungsdauer unterscheiden.

Die Bandbreiten der zugrunde gelegten Nutzungsdauern bewegen sich in Abhängigkeit von der jeweiligen Nutzungsart der Immobilie in folgendem Rahmen:

▪ Wohn- und Geschäftshäuser	40 – 80 Jahre
▪ Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 – 60 Jahre
▪ Spezialimmobilien	20 – 60 Jahre

Darüber hinausgehende Wertminderungen werden durch außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Zuschreibungen werden vorgenommen, wenn der Grund für die außerplanmäßige Abschreibung weggefallen ist.

Der Ausweis von Mieterträgen, Veräußerungsgewinnen und -verlusten sowie Abschreibungen und sonstigen direkt den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zurechenbaren Aufwendungen erfolgt im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Die in Anhangangabe (44) angegebenen Marktwerte der Immobilien werden nach international anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt. Für den überwiegenden Bestand des Konzerns an Wohngebäuden, Gewerbeobjekten, Garagen und Stellplätzen sowie unbebauten Grundstücken erfolgt die Bewertung durch unabhängige Sachverständige nach Marktwerten, insbesondere ermittelt auf Basis des Discounted-Cashflow-Verfahrens. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgt aufgrund der Kapitalanlagebasis des nachhaltigen erreichbaren Mieteinkommens unter Berücksichtigung der Bewirtschaftungskosten und erwarteter Leerstandsquoten.

Für die Bewertung werden die Immobilien aufgrund einer Standort- und Objektbeurteilung strukturiert und in Cluster unterteilt. Grundlage hierfür sind die Parameter Markt (Makro-Standort), Standort (Mikro-Standort), Objekt und Qualität des

Cashflows. Dabei werden in sich homogene Gruppen gebildet, die sich untereinander in Bezug auf die Lage und die Qualität der Verwaltungseinheiten und damit ihr jeweiliges Risiko unterscheiden.

Auf Basis der gebildeten Cluster wurden folgende Grundsätze angewendet:

- Ableitung von jährlichen Mietsteigerungsraten;
- Ableitung von nicht umlagefähigen Betriebskosten;
- Ableitung von effektiven Leerstandsquoten;
- Ableitung von Kapitalisierungs- und Diskontierungzinssätzen.

Auf Basis der Immobilien wurden folgende Grundsätze angewendet:

- Festlegung der Marktmiete zum Bewertungsstichtag;
- Festlegung der Kosten für Instandhaltung, Verwaltung und sonstige Aufwendungen;
- Entwicklung der Miete je m² Mietfläche aus der Fortschreibung der Marktmiete und der Ist-Miete;
- Entwicklung des Leerstands bei clusterspezifischen Annahmen zum Zielleerstand;
- Entwicklung der Kosten für Instandhaltung, Verwaltung, nicht umlagefähige Betriebskosten, sonstige Aufwendungen sowie gegebenenfalls Erbbauzinsen.

Die Ermittlung der Cashflows erfolgt in zwei Schritten. Über einen Detailprognosezeitraum von zehn Jahren ergeben sich die Einzahlungen aus den derzeitigen Soll-Mieten bei unterstellter Vollvermietung, vermindert durch Ertragsschmälerungen aufgrund aktueller Leerstände im ersten Jahr respektive angenommener struktureller Leerstände in den Folgejahren zwei bis zehn. Der so ermittelte Betrag, vermindert um Verwaltungskosten, nicht umlagefähige Betriebskosten, Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten sowie Erbbauzinsen, ergibt den freien zu diskontierenden Cashflow vor Steuern und Kapitaldienst. Im elften Jahr wird ein hypothetischer Verkauf der Immobilie unterstellt, der Verkaufswert wird als Restwert der Berechnung zugrunde gelegt. Die Summe der Barwerte der Zahlungsströme des Detailprognosezeitraums und des hypothetischen Wiederverkaufs stellt den beizulegenden Zeitwert der Immobilie dar.

Der Diskontierungssatz besteht aus einem risikolosen Zinssatz sowie Zu- und Abschlägen für bestehende Immobilien-, Lage- und Marktrisiken.

(16) Sachanlagen

Unter den Sachanlagen sind selbst genutzte Grundstücke und Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien im Bau (sofern sie nicht für die zukünftige Nutzung als Finanz-

investition erstellt oder entwickelt werden) sowie Leasinggegenstände, die im Rahmen von Operating-Leasinggeschäften vermietet werden, ausgewiesen.

Sachanlagen werden zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Diese umfassen den Kaufpreis sowie alle direkt zurechenbaren Kosten, die anfallen, um den Vermögenswert in betriebsbereiten Zustand zu versetzen. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur aktiviert, wenn daraus ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen entsteht. Kosten für die Erhaltung von Sachanlagen werden hingegen sofort aufwandswirksam erfasst.

Abnutzbare Vermögenswerte des Sachanlagevermögens werden planmäßig linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer unter Berücksichtigung rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen abgeschrieben. Eine Ausnahme bilden geringwertige Wirtschaftsgüter, die bereits im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben werden.

(17) Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten sind im Wesentlichen Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung, Software sowie im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Geschäfts- oder Firmenwerte werden mindestens jährlich und anlassbezogen bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Wertminderung auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft. Der Werthaltigkeitstest erfolgt für jede zahlungsmittelgenerierende Einheit, der ein Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet wurde. Die Zuordnung erfolgt zu den jeweils identifizierbaren Gruppen von Mittelzuflüssen erzeugenden Vermögenswerten, die weitgehend unabhängig von Mittelzuflüssen aus anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten sind und die aus den Synergien des Zusammenschlusses Nutzen ziehen sollen. Bei der Ermittlung, ob ein Vermögenswert oder eine Gruppe von Vermögenswerten größtenteils von anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten unabhängige Mittelzuflüsse erzeugen, fließen diverse Faktoren ein, einschließlich der Art der Steuerung der Unternehmenstätigkeit durch das Management. Beim Werthaltigkeitstest wird der so genannte erzielbare Betrag mit dem Nettobuchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit inklusive Buchwerten der zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerte verglichen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Wert von Nutzungswert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten. Sofern keine zeitnahe vergleichbaren Transaktionen oder beobachtbaren Markt-

Die Bandbreite der erwarteten Nutzungsdauern stellt sich wie folgt dar:

- | | |
|--------------------------------------|-------------|
| ■ Gebäude | 25–80 Jahre |
| ■ Betriebs- und Geschäftsausstattung | 1–30 Jahre |
| ■ Leasinggegenstände | 3–25 Jahre |

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen und der Buchwert einer Sachanlage den höheren Wert aus Nettoveräußerungspreis und Nutzungswert überschreitet. Fallen die Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung in Folgejahren weg, erfolgt eine Zuschreibung höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen sind im Verwaltungsaufwand, Gewinne und Verluste aus Anlageabgängen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

preise vorliegen, erfolgt im Regelfall eine Wertermittlung nach einem ertragswertorientierten Modell, das die erwarteten künftigen Ertragsüberschüsse barwertig bewertet. Die Ertrags-erwartungen werden aus Planungsrechnungen und individuellen Annahmen über Wachstumstrends von Erlösen und Kosten abgeleitet. Für den zu berücksichtigenden Zeitraum nach dem Planungszeitraum wird aus der Planung ein nachhaltiges Ergebnis für das Modell der ewigen Rente abgeleitet. Die Barwertberechnung erfolgt durch den Ansatz aktueller langfristiger lokaler Marktzinsen und die Berücksichtigung eines Risikozuschlags, der sich aus einer Marktrisikoprämie und einem Beta-Faktor ergibt. Sofern der Geschäfts- oder Firmenwert aus einer Objektgesellschaft resultiert, kann eine Zeitwertermittlung auch objektbezogen erfolgen. Eine Wertminderung liegt vor, wenn der Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit den erzielbaren Betrag übersteigt. Dann wird eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe der Differenz vorgenommen, die im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen wird.

Software wird zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und planmäßig über einen Zeitraum von überwiegend drei Jahren abgeschrieben. Die Abschreibung der erworbenen Auftragsbestände erfolgt entsprechend ihrer vertraglichen Laufzeit. Abschreibungen auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte sind im Verwaltungsaufwand enthalten. Abgangsergebnisse werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis gezeigt.

(18) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Langfristige Vermögenswerte, die zur Veräußerung gehalten werden, sowie bereits mit Weiterveräußerungsabsicht erworbene Tochterunternehmen werden ebenso wie Abgangsgruppen nach IFRS 5 und die mit diesen Vermögenswerten in Zusammenhang stehenden Verbindlichkeiten in gesonderten Bilanzposten ausgewiesen. In der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt für mit Weiterveräußerungsabsicht erworbene Tochterunternehmen ein Ausweis der Erträge und Aufwendungen einschließlich der Veränderungen latenter Steuern im Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen.

Voraussetzung für die Bilanzierung nach IFRS 5 ist eine hohe Wahrscheinlichkeit für eine tatsächliche Veräußerung innerhalb von zwölf Monaten.

Bis zum Vorliegen der Voraussetzungen werden die Vermögenswerte nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften bewertet. Sobald die Voraussetzungen nach IFRS 5 erfüllt sind, erfolgt ab diesem Zeitpunkt eine Bewertung mit dem niedrigeren Wert aus dem Vergleich des Buchwerts und des erzielbaren Nettoveräußerungswerts.

(19) Sonstige Aktiva und sonstige Passiva

Die sonstigen Aktiva enthalten Immobilien des Vorratsvermögens, die im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zum Verkauf bestimmt sind. Sie umfassen sowohl fertiggestellte Immobilien als auch im Bau befindliche Objekte, die selbst entwickelt und vermarktet werden. Die Bewertung der Immobilien erfolgt zum niedrigeren Wert aus Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten und dem Nettoveräußerungswert, das heißt dem geschätzten erzielbaren Verkaufserlös abzüglich der noch erwarteten Kosten für die Fertigstellung

und den Verkauf. Fremdkapitalzinsen werden aktiviert, sofern die Bedingungen dafür erfüllt sind. Erträge und Aufwendungen aus Immobilien des Vorratsvermögens werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

In den sonstigen Aktiva beziehungsweise Passiva werden ferner Vermögenswerte beziehungsweise Schulden ausgewiesen, die für sich betrachtet von untergeordneter Bedeutung sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können.

(20) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die betriebliche Altersversorgung im Helaba-Konzern umfasst verschiedene Arten von Versorgungsplänen. Es bestehen sowohl Beitragszusagen (Defined Contribution Plans) als auch Leistungszusagen (Defined Benefit Plans).

Für Beitragszusagen werden festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger entrichtet. Da für den Konzern keine weiteren Zahlungsverpflichtungen bestehen, werden für diese Zusagen grundsätzlich keine Rückstellungen gebildet. Die laufenden Beiträge für Beitragszusagen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Im Rahmen der Leistungszusagen bestehen sowohl Gesamtversorgungszusagen als auch Endgehaltspläne und Rentenbausteinsysteme. Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögenswerte, die gemäß IAS 19 Planvermögen darstellen und mit den Pensionsverpflichtungen verrechnet werden. Ergibt sich dadurch eine Vermögensüberdeckung, ist der Ansatz des Nettovermögenswerts begrenzt auf den Barwert der damit verbundenen wirtschaftlichen Vorteile, über die der Konzern während der Laufzeit des Versorgungsplans oder nach deren Erfüllung verfügen kann (Asset Ceiling). Wirtschaftliche Vorteile können beispielsweise in Form von Rückerstattungen oder der Minderung von Beitragszahlungen bestehen.

Die Pensionsverpflichtungen aus Leistungszusagen werden jährlich durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie ein aktueller Marktzins zugrunde gelegt werden. Dieser Diskontierungszinssatz orientiert sich an der Verzinsung währungskongruenter erstklassiger Industrieanleihen mit einer der gewichteten durchschnittlichen Laufzeit der Zahlungsverpflichtungen entsprechenden Fristigkeit. Dabei wird im Inland ein Referenzzinssatz verwendet, der eine breite Anzahl von „AA“-eingestuften Anleihen berücksichtigt und um statistische Ausreißer bereinigt ist. Bei der Festlegung dieses Zinssatzes orientiert sich die Helaba im Wesentlichen an der Zinsempfehlung von Mercer. Der tatsächlich verwendete Zinssatz liegt in einem Intervall mit einer Breite von 0,5 Prozentpunkten, in dem drei erwartete Szenarien gerechnet werden. Es wird ausgehend von der Zinsempfehlung von Mercer der Zinssatz des Szenarios verwendet, der unter Berücksichtigung der Duration und der Zinsempfehlung anderer Aktuare als bester Schätzer anzusehen ist. Durch dieses Vorgehen sollen positive oder negative Ausreißer vermieden werden.

Gemäß IAS 19 wird der in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassende Pensionsaufwand für Leistungszusagen bereits maßgeblich zu Beginn eines Geschäftsjahres bestimmt. Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen die Nettozinskomponente und den laufenden Dienstzeitaufwand.

Die Nettozinskomponente umfasst sowohl den Aufwand aus der Aufzinsung des Barwerts der Pensionsverpflichtung als auch den rechnerischen Zinsertrag aus dem Planvermögen. Sie wird durch Multiplikation der Nettoschuld (Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung abzüglich Planvermögen) zu Beginn der Periode mit dem dann gültigen Diskontierungszinssatz ermittelt, wobei erwartete unterjährige Beiträge und Rentenzahlungen berücksichtigt werden. Die Nettozinskomponente umfasst im Fall einer Planüberdeckung auch das Zinsergebnis aus einer etwaigen Begrenzung des Planvermögensüberhangs. Der Nettozinsaufwand ist im Zinsüberschuss enthalten.

Der laufende Dienstzeitaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

(21) Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen werden gemäß IAS 37 gebildet, sofern dem Helaba-Konzern aus einem vergangenen Ereignis eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung erwachsen ist, die wahrscheinlich zu einem Ressourcenabfluss führen wird und zuverlässig geschätzt werden kann. Die betragliche Höhe beziehungsweise der Fälligkeitstermin der Verpflichtung sind dabei ungewiss. Der als Rückstellung angesetzte Betrag entspricht der bestmöglichen Schätzung der Ausgabe, die zur Begleichung der Verpflichtung am Bilanzstichtag erforderlich ist.

Ändert sich der Barwert einer leistungsorientierten Zusage aufgrund einer Planänderung oder einer Plankürzung, werden die daraus resultierenden Effekte als nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand in dem Zeitpunkt erfolgswirksam im Verwaltungsaufwand erfasst, in dem die Planänderung oder Plankürzung eintritt. Etwaige Gewinne oder Verluste aus einer Abgeltung von leistungsorientierten Versorgungszusagen werden ebenso behandelt.

Abweichungen zwischen den versicherungsmathematischen Annahmen zu Beginn der Periode und der tatsächlichen Entwicklung während des Geschäftsjahres sowie die Aktualisierung der Bewertungsparameter zum Geschäftsjahresende führen zu Neubewertungseffekten, die erfolgsneutral im Eigenkapital ausgewiesen werden.

Ist der Helaba-Konzern an leistungsorientierten gemeinschaftlichen Plänen mehrerer Arbeitgeber beteiligt, für die keine hinreichend verlässlichen Informationen zur Verfügung stehen, um sie als solche zu bilanzieren, werden sie wie beitragsorientierte Pläne behandelt und ergänzende Informationen bereitgestellt.

Langfristige Rückstellungen werden mit dem Barwert ausgewiesen, sofern der Effekt der Abzinsung wesentlich ist. Die Abzinsung erfolgt mit einem marktüblichen und risikoadäquaten Zinssatz.

In den anderen Rückstellungen sind darüber hinaus Rückstellungen für den Personalbereich enthalten, die nach IAS 19 bewertet werden.

(22) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Laufende Ertragsteueransprüche beziehungsweise verpflichtungen werden mit den aktuellen Steuersätzen berechnet, die zum Zeitpunkt der Entstehung der jeweiligen Steuer zur Anwendung kommen.

Latente Ertragsteueransprüche und verpflichtungen werden grundsätzlich auf Basis des bilanzorientierten Ansatzes auf temporäre Differenzen zwischen den Buchwerten von Vermögenswerten und Verpflichtungen in der Bilanz nach IFRS und dem entsprechenden Steuerwert gebildet. Sie werden mit den Steuersätzen bewertet, die zum Berichtsstichtag beschlossen und für den Zeitpunkt der Realisierung der latenten Steuern maßgeblich sind. Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente

Steuern angesetzt. Sind bei Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten und ist deren Nutzbarkeit wahrscheinlich, erfolgt der Ansatz aktiver latenter Steuern. Für steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern nur dann angesetzt, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit von einer zukünftigen Nutzung ausgegangen werden kann. Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden unter der Voraussetzung gleicher Steuerart und Steuerbehörde saldiert. Eine Abzinsung erfolgt nicht. Latente Steuern auf erfolgsneutral entstandene temporäre Differenzen werden erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst. Die tatsächlichen und latenten Steueransprüche und -verpflichtungen werden in den Anhangangaben zu den Posten Ertragsteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen gesondert ausgewiesen.

(23) Nachrangkapital

Als Nachrangkapital werden Genussrechtsemissionen, verbriefte und unbrieftete nachrangige Verbindlichkeiten sowie stille Einlagen, die aufgrund in IAS 32 definierter Abgrenzungskriterien als Fremdkapital klassifiziert werden müssen, ausgewiesen.

Die unter dem Nachrangkapital ausgewiesenen Finanzinstrumente sind grundsätzlich der Kategorie finanzielle Verbindlichkeiten (OL) zugeordnet und zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Zur Vermeidung von Bewertungsinkongruenzen werden für Teile des Nachrangkapitals Mikro Fair Value Hedges oder die FVO genutzt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(24) Zinsüberschuss

in Mio. €

	2016	2015
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	2.531	2.763
Festverzinslichen Wertpapieren	246	270
Sicherungsderivaten des Hedge Accounting	239	249
Nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	879	1.003
Finanzinstrumenten der FVO	66	66
Finanziellen Verbindlichkeiten (negative Zinsen)	22	4
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	24	22
Anteilen an verbundenen Unternehmen	1	2
Beteiligungen	14	6
Zinserträge	4.022	4.385
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	-1.024	-1.178
Verbrieften Verbindlichkeiten	-332	-358
Nachrangkapital	-146	-156
Sicherungsderivaten des Hedge Accounting	-223	-257
Nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	-795	-841
Finanzinstrumenten der FVO	-208	-237
Finanziellen Vermögenswerten (negative Zinsen)	-20	-5
Rückstellungen	-43	-41
Zinsaufwendungen	-2.791	-3.073
Gesamt	1.231	1.312

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind so genannte Unwinding-Effekte, die sich aus der Aufzinsung von wertgeminderten Forderungen bei sonst unveränderten Zahlungserwartungen ergeben, in Höhe von 18 Mio. € (2015: 31 Mio. €) enthalten.

In den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind Dividenden und Ausschüttungen aus Finanzinstrumenten der Fair Value-Option in Höhe von 4 Mio. € (2015: 7 Mio. €) enthalten.

In den laufenden Erträgen aus Anteilen an verbundenen Unternehmen sind neben Dividenden auch Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen ausgewiesen.

Unter den Zinsaufwendungen aus Rückstellungen sind Nettozinsaufwendungen aus Pensionsverpflichtungen in Höhe von -41 Mio. € (2015: -38 Mio. €) enthalten.

(25) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in Mio. €

	2016	2015
Zuführungen	-354	-372
Wertberichtigungen auf Forderungen	-325	-356
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	-29	-16
Auflösungen	195	132
Wertberichtigungen auf Forderungen	169	107
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	26	25
Direktabschreibungen auf Forderungen	-6	-36
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	11	39
Gesamt	-154	-237

(26) Provisionsüberschuss

in Mio. €

	2016	2015
Kredit- und Avalgeschäft	37	35
Zahlungsverkehr und Außenhandelsgeschäft	104	101
Vermögensverwaltung und Fondskonzeption	86	83
Wertpapier- und Depotgeschäft	47	49
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	23	22
Verwaltung öffentlicher Zuschuss- und Förderprogramme	37	40
Bauspargeschäft	-12	-13
Treuhandgeschäft	3	3
Sonstiges	15	13
Gesamt	340	333

Provisionen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften werden innerhalb des Handelsergebnisses ausgewiesen.

(27) Handelsergebnis

in Mio. €

	2016	2015
Kursbezogenes Geschäft	3	1
Aktien	24	19
Aktienderivate	-16	-8
Begebene Aktien-/Indexzertifikate	-5	-10
Zinsbezogenes Geschäft	149	232
Originäres zinsbezogenes Geschäft	164	116
Zinsderivate	-15	116
Währungsbezogenes Geschäft	5	-22
Devisen	96	-53
FX-Derivate	-91	31
Ergebnis aus Kreditderivaten	1	-
Warenbezogenes Geschäft	6	6
Provisionsergebnis	-18	-27
Gesamt	146	190

Das Handelsergebnis umfasst neben Veräußerungs- und Bewertungsergebnissen aus mit Handelsabsicht gehaltenen derivativen und nicht derivativen Finanzinstrumenten auch die aus Handelsbeständen resultierenden laufenden Zinsen und Dividenden sowie Provisionen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften.

Das Ergebnis aus dem originären zinsbezogenen Geschäft setzt sich vor allem aus den Ergebnisbeiträgen von festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Geldhandelsgeschäften sowie begebenen Geldmarktpapieren zusammen.

(28) Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option

in Mio. €

	2016	2015
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	-35	-104
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der FVO	86	126
Gesamt	51	22

Dieser Posten enthält die Ergebnisse aus ökonomischen Hedges (Grundgeschäfte und Derivate). Darüber hinaus werden hier die realisierten und unrealisierten Ergebnisse weiterer freiwillig zum beizulegenden Zeitwert designierter Finanzinstrumente erfasst. Zins- und Dividendenerträge aus Finanzinstrumenten der FVO sind im Zinsüberschuss erfasst. Von dem Ergebnis aus

nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten entfallen 3 Mio. € (2015: 3 Mio. €) auf Kreditderivate. Der Ergebnisanteil aus durch konsolidierte Spezial- und Publikumsfonds gehaltenen Finanzinstrumenten der FVO und Nichthandelsderivaten beläuft sich auf 23 Mio. € (2015: -31 Mio. €).

(29) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen enthält die Bewertungsergebnisse der abgesicherten Grundgeschäfte und der Sicherungsinstrumente des Hedge Accounting.

in Mio. €

	2016	2015
Bewertungsergebnis aus Sicherungsinstrumenten	15	-10
Bewertungsergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	-20	13
Gesamt	-5	3

(30) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden die Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Finanzanlagen der Kategorie AfS ausgewiesen.

in Mio. €

	2016	2015
Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS	19	63
Anteile an verbundenen Unternehmen	1	11
Beteiligungen	12	15
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6	36
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	1
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS	26	-56
Wertminderungen	-2	-56
Zuschreibungen	28	-
Gesamt	45	7

(31) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen umfasst die ergebniswirksam erfassten Erfolgsbeiträge aus Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden.

in Mio. €

	2016	2015
Ergebnis aus at Equity bewerteten Gemeinschaftsunternehmen	5	2
Ergebnis aus at Equity bewerteten assoziierten Unternehmen	3	-20
Veräußerungsgewinne aus at Equity bewerteten assoziierten Unternehmen	-	1
Gesamt	8	-17

(32) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. €

	2016	2015
Sonstige betriebliche Erträge	447	462
Miet- und Leasingerträge (Operating Lease)	326	325
Erträge aus dem Abgang von nicht finanziellen Vermögenswerten	31	41
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	14	12
Erträge aus nicht bankgeschäftlichen Dienstleistungen	31	32
Zuschreibungen zu nicht finanziellen Vermögenswerten	3	1
Erträge aus der Entkonsolidierung von Tochterunternehmen	-	15
Übrige sonstige betriebliche Erträge	42	36
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-328	-289
Betriebskosten von nicht selbst genutzten Immobilien	-155	-149
Aufwendungen aus dem Abgang von nicht finanziellen Vermögenswerten	-	-1
Abschreibung auf nicht finanzielle Vermögenswerte	-37	-56
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte	-31	-
Aufwendungen aus der Entkonsolidierung von Tochterunternehmen	-5	-
Restrukturierungsaufwendungen	-2	-5
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-1	-2
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	-97	-76
Gesamt	119	173

Die wesentlichen Komponenten des sonstigen betrieblichen Ergebnisses sind Erträge und Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sowie Leasingerträge.

Die Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte betreffen den Firmenwert an der Frankfurter Sparkasse, der dem Segment Sonstige zugeordnet ist.

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen entfallen folgende Beträge auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien:

in Mio. €

	2016	2015
Erträge aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	326	315
Mieterträge	307	297
Erträge aus dem Abgang	19	18
Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	-185	-182
Betriebskosten von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	-150	-147
Davon: aus vermieteten Immobilien	-150	-147
Abschreibungen	-34	-35
Übrige Aufwendungen	-1	-
Gesamt	141	133

Auf Vorratsimmobilien wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von – 3 Mio. € (2015: – 21 Mio. €) vorgenommen.

(33) Verwaltungsaufwand

in Mio. €

	2016	2015
Personalaufwand	-625	-624
Löhne und Gehälter	-509	-502
Soziale Abgaben	-72	-71
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-44	-51
Andere Verwaltungsaufwendungen	-569	-526
Gebäude- und Raumaufwendungen	-59	-58
IT-Aufwendungen	-175	-164
Pflichtbeiträge, Prüfungs- und Beratungsaufwendungen	-203	-180
Aufwendungen für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	-38	-36
Aufwendungen des Geschäftsbetriebs	-94	-88
Abschreibungen und Wertberichtigungen	-38	-40
Auf Sachanlagen	-23	-23
Auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-15	-17
Gesamt	-1.232	-1.190

Die Pflichtbeiträge enthalten den erfolgswirksamen Teil der Beiträge zum europäischen Abwicklungsfonds in Höhe von – 37 Mio. € (2015: – 27 Mio. €).

(34) Ertragsteuern

in Mio. €

	2016	2015
Tatsächliche Steuern	-135	-309
Latente Steuern	-74	132
Gesamt	-209	-177

Der im Berichtsjahr angefallene tatsächliche Steueraufwand resultiert im Wesentlichen aus den inländischen Stellen der Bank (– 52 Mio. €; 2015: – 221 Mio. €), der Frankfurter Sparkasse (– 31 Mio. €; 2015: – 32 Mio. €) und der Niederlassung New York (– 24 Mio. €; 2015: – 37 Mio. €). Er beinhaltet Erträge für Vorjahre von 2 Mio. € (2015: – 103 Mio. €).

Der tatsächliche Steueraufwand des Berichtsjahres wurde aufgrund der Nutzung von Verlustvorträgen wie im Vorjahr nur unwesentlich beeinflusst.

Der latente Steueraufwand des Berichtsjahres resultiert im Wesentlichen aus der Entstehung beziehungsweise Realisierung

von temporären Differenzen in Höhe von – 74 Mio. € (2015: 138 Mio. €). Darin enthalten sind latente Steuererträge für Vorjahre von +5 Mio. € (2015: 106 Mio. €). Aus Steuersatzänderungen ergaben sich im Berichtsjahr keine wesentlichen Steueraufwendungen. Die Nutzung beziehungsweise Entstehung steuerlicher Verlustvorträge ergab im Berichtsjahr per saldo nur einen unwesentlichen Effekt auf den latenten Steueraufwand (2015: – 6 Mio. €).

Für Zwecke der Überleitungsrechnung stellt die Helaba auf den anzuwendenden Steuersatz des Mutterunternehmens ab und verwendet den gerundeten tariflichen Ertragsteuersatz der Helaba Bank Inland in Höhe von 32 %.

in Mio. €

	2016	2015
Ergebnis vor Steuern	549	596
Anzuwendender Ertragsteuersatz in %	32	32
Erwarteter Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr	– 176	– 191
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze	2	–
Im Geschäftsjahr erfasste Steuern aus Vorjahren	7	3
Steuerfreie Erträge	3	23
Nicht abziehbare Betriebsausgaben	– 37	– 11
Gewerbesteuerliche Hinzurechnungen/Kürzungen	7	3
Geschäfts- oder Firmenwertabschreibungen	– 10	–
Wertberichtigungen und Ansatzkorrekturen	1	– 5
Sonstige Auswirkungen	– 6	1
Ertragsteueraufwand	– 209	– 177

Neben den erfolgswirksam erfassten Ertragsteuern werden weitere latente Steuern auf die Bestandteile des sonstigen Ergebnisses gebildet. Die nachfolgende Tabelle enthält eine

Aufgliederung der erfolgsneutral erfassten Gewinne und Verluste und der auf sie entfallenden latenten Steuern:

in Mio. €

	Vor Steuern		Steuern		Nach Steuern	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgliedert werden:						
Neubewertungen der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	– 168	77	48	– 23	– 120	54
Posten, die anschließend in die Gewinn- und Verlustrechnung umgliedert werden:						
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	63	– 62	– 14	19	49	– 43
Veränderung aus der Währungs- umrechnung	7	9	–	–	7	9
Gesamt	– 98	24	34	– 4	– 64	20

(35) Segmentberichterstattung

in Mio. €

	Immobilien		Corporate Finance		Financial Markets		Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
	Zinsüberschuss	378	407	341	354	72	56	353
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-3	-66	-226	-93	-1	-	10	11
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	375	341	115	261	71	56	363	410
Provisionsüberschuss	23	22	17	18	75	76	154	146
Handelsergebnis	-	-	-	-	127	178	30	24
Ergebnis aus nicht mit Handels- absicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	5	11	-	-	40	42	15	-3
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-	-	-	-	-5	3	-	-
Ergebnis aus Finanzanlagen	1	11	-1	-17	33	-9	5	8
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	14	5	-	-21	-	-	-	1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	215	217	-44	-4	5	5	9	16
Summe Erträge	633	607	87	237	346	351	576	602
Verwaltungsaufwand	-226	-227	-129	-122	-220	-224	-475	-462
Ergebnis vor Steuern	407	380	-42	115	126	127	101	140
Vermögen (Mrd. €)	34,5	34,1	28,3	26,1	51,6	60,7	35,6	37,1
Verbindlichkeiten (Mrd. €)	3,5	3,3	4,6	2,9	68,4	68,0	57,1	61,1
Risikogewichtete Aktiva (Mrd. €)	16,1	16,7	13,9	14,0	10,0	10,7	5,8	5,9
Alloziertes Kapital (Mio. €) ¹⁾	2.740	2.642	1.715	1.634	1.200	1.172	1.166	1.133
Rentabilität des allozierten Kapitals (%) ¹⁾	14,9	14,4	-2,4	7,0	10,6	10,8	8,6	12,4
Cost-Income-Ratio	35,5	33,7	41,1	37,1	63,2	63,8	84,1	78,1

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Aufgrund einer Änderung der Allokation des Eigenkapitals wurden die Vorjahreswerte aktualisiert.

in Mio. €

	Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft		Sonstige		Konsolidierung/ Überleitung		Konzern	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
	Zinsüberschuss	46	51	-45	-36	86	81	1.231
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-	-	64	-92	2	3	-154	-237
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	46	51	19	-128	88	84	1.077	1.075
Provisionsüberschuss	39	42	33	29	-1	-	340	333
Handelsergebnis	-	-	-	-	-11	-12	146	190
Ergebnis aus nicht mit Handels- absicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	-	-	-9	-28	-	-	51	22
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-	-	-	-	-	-	-5	3
Ergebnis aus Finanzanlagen	-	-	7	14	-	-	45	7
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	-	-	-6	-2	-	-	8	-17
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-	-1	-25	8	-41	-68	119	173
Summe Erträge	85	92	19	-107	35	4	1.781	1.786
Verwaltungsaufwand	-63	-65	-168	-146	49	56	-1.232	-1.190
Ergebnis vor Steuern	22	27	-149	-253	84	60	549	596
Vermögen (Mrd. €)	16,6	16,1	5,3	6,4	-6,7	-8,2	165,2	172,3
Verbindlichkeiten (Mrd. €)	16,9	16,3	8,9	10,2	5,8	10,5	165,2	172,3
Risikogewichtete Aktiva (Mrd. €)	1,1	1,1	5,9	6,5	-	-	52,8	54,9
Alloziertes Kapital (Mio. €) ¹⁾	128	120	694	696	-	-	7.643	7.397
Rentabilität des allozierten Kapitals (%) ¹⁾	17,1	22,8	-21,6	-29,3	-	-	7,2	8,1
Cost-Income-Ratio	74,2	70,4	-	-	-	-	63,7	58,8

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Aufgrund einer Änderung der Allokation des Eigenkapitals wurden die Vorjahreswerte aktualisiert.

Der Segmentbericht ist in die fünf nachstehend erläuterten Geschäftssegmente gegliedert:

- Im Geschäftssegment Immobilien werden die Geschäftsbereiche Immobilienkreditgeschäft und Immobilienmanagement abgebildet. Damit sind die Leistungen der Helaba für Immobilienkunden in einem Geschäftssegment zusammengefasst. Die Produktpalette erstreckt sich von klassischen Immobilienfinanzierungen im In- und Ausland über wohnwirtschaftliche Beteiligungen, die Planung und Betreuung von eigenen und fremden Immobilien- sowie Public-Private-Partnership-Projekten bis hin zum Facility Management. Diesem Geschäftssegment sind die OFB-Gruppe sowie die GWH-Gruppe zugeordnet.
- Das Geschäftssegment Corporate Finance enthält den Geschäftsbereich Corporate Finance. Im Segment sind speziell auf Unternehmen abgestimmte Finanzierungslösungen zusammengefasst. Dazu gehören strukturierte Finanzierungen, Anlagefinanzierungen, Asset Backed Securities, Leasingfinanzierungen sowie Strukturierung und Vertrieb von Fondskonzepten. Bestimmte Objektgesellschaften der HANNOVER LEASING werden als Zweckgesellschaften der Helaba gemäß IFRS 10 vollkonsolidiert und zusammen mit den sonstigen Ergebnisbeiträgen der Gruppe HANNOVER LEASING im Segment Corporate Finance abgebildet.
- Das Geschäftssegment Financial Markets umfasst die Ergebnisse der Geschäftsbereiche Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung, Sales Öffentliche Hand, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften sowie diverser Zweckgesellschaften und der Beteiligung Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH. In diesem Segment werden primär die Treasury- sowie die Handels- und Sales-Aktivitäten der Bank abgebildet. Im Produktportfolio Financial Markets befinden sich klassische Kapitalmarktprodukte, Finanzinstrumente zur Zins-, Währungs-, Kreditrisiko- und Liquiditätssteuerung sowie auf Bedürfnisse von Unternehmen und der öffentlichen Hand zugeschnittene Finanzierungslösungen. Darüber hinaus gehören die klassische Vermögensbetreuung und -verwaltung sowie das Management von Spezial- und Publikumsfonds für institutionelle Anleger und die Betreuung von Master-KAG-Mandaten zu den Asset-Management-Produkten bei der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH.
- Im Geschäftssegment Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft werden das Retail Banking, das Private Banking, die Verbundbank und die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen erfasst. Die Frankfurter Sparkasse bildet die Ergebnisse aus den klassischen Produkten einer Retail-Bank ab. Das Produktspektrum im Private Banking wird durch die Gruppe Frankfurter Bankgesellschaft komplettiert. Im zentralen Fokus dieses Geschäftssegments stehen die Betreuung der Sparkassen und deren Kunden, für die Produkte entwickelt und bereitgestellt werden.

- Im Geschäftssegment Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft wird im Wesentlichen der Geschäftsbereich Wirtschaft- und Infrastrukturbank Hessen dargestellt. In diesem Segment werden somit die Ergebnisse aus Tätigkeiten der Helaba in Zusammenhang mit den Fördermaßnahmen in den Bereichen Infrastruktur- und Wirtschaftsförderung, Wohnungs- und Städtebau sowie Landwirtschaft und europäische Strukturfonds zusammengefasst.

Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Das Zinsergebnis im Kreditgeschäft wird in der internen Steuerung mittels der Marktzinsmethode aus der Differenz zwischen dem Kundenzinssatz und dem Marktzinssatz eines strukturkongruenten Alternativgeschäfts berechnet. Ergebnisse aus Fristentransformation werden als Zinsergebnis in der Aktiv-/Passivsteuerung abgebildet.

Die Ergebnisse aus Handelsgeschäften, aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option, aus Sicherungszusammenhängen, aus Finanzanlagen sowie aus at Equity bewerteten Unternehmen werden entsprechend dem externen Rechnungswesen nach IFRS ermittelt.

In den Verwaltungsaufwand gehen die direkt zurechenbaren Kosten zuzüglich der im Rahmen der internen Leistungsrechnung auf Basis von marktorientierten Preisvereinbarungen und verursachungsgerechten Mengentreibern sowie der auf dem Verursachungsprinzip basierenden Overhead-Umlage der Corporate-Center-Kosten ein.

Unter dem Vermögen werden die bilanziellen Aktiva, unter den Verbindlichkeiten die bilanziellen Passiva einschließlich des Eigenkapitals bei den jeweils zuständigen Einheiten ausgewiesen. Die Zurechnung auf die Geschäftssegmente erfolgt auf Basis der Deckungsbeitragsrechnung. Die Risikoposition beinhaltet die Risikoposition des Anlage- und Handelsbuchs einschließlich der Marktpreisrisikoposition gemäß CRR. Das durchschnittliche bilanzielle Eigenkapital für die Geschäftsbereiche wird nach Risikopositionen verteilt (alloziertes Kapital). Im Geschäftsjahr erfolgte eine Änderung in der Kapitalzuordnung auf die Tochtergesellschaften und Beteiligungen. Die Vorjahreswerte sind dementsprechend angepasst.

Das Ergebnis vor Steuern wird auf das allozierte Kapital bezogen, um die Rentabilitätskennziffern zu berechnen. Die Cost-Income-Ratio ergibt sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zum Gesamtertrag (Ergebnis vor Steuern abzüglich Verwaltungsaufwand und Risikovorsorge im Kreditgeschäft).

Im Segment Sonstige sind die nicht den Geschäftssegmenten zurechenbaren Ergebnisbeiträge und Aufwendungen abgebildet. Insbesondere umfasst diese Spalte die Ergebnisse aus dem Transaktionsgeschäft sowie die Kosten der zentralen Bereiche, die nicht über das Verursachungsprinzip den einzelnen Segmenten zugeordnet werden können. Darüber hinaus werden hier die Erfolge aus der zentralen Anlage der Eigenmittel sowie aus strategischen Dispositionsentscheidungen abgebildet.

Unter Konsolidierung/Überleitung werden durch konzerninterne Sachverhalte entstandene Konsolidierungseffekte,

welche zwischen den Segmenten bestehen, ausgewiesen. Überleitungseffekte, die sich zwischen den Segmentergebnissen und der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns, insbesondere bezüglich des Zinsergebnisses, ergeben, werden ebenfalls hier berichtet. Da die Deckungsbeitragsrechnung das Zinsergebnis auf Basis der Marktzinsmethode ausweist, resultieren Differenzen unter anderem aus Einmalerträgen und periodenfremden Zinsergebnissen.

Die Erträge nach Risikovorsorge verteilen sich auf Produkte und Dienstleistungen wie folgt:

in Mio. €

	Erträge nach Risikovorsorge	
	2016	2015
Immobilienkredite	438	428
Immobilienbewirtschaftung	26	25
Immobilienwirtschaftliche Dienstleistungen	169	154
Unternehmensfinanzierung	87	237
Treasury-Produkte	111	75
Handelsprodukte	151	185
Finanzierungen für Finanzinstitutionen	34	41
Fondsmanagement/Vermögensverwaltung	91	92
Bauspargeschäft	32	55
Sparkassenverbundgeschäft	109	127
Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft	85	92
Retail-Geschäft	394	378
Sonstige Produkte/Überleitung	54	-103
Konzern	1.781	1.786

Nach Regionen ergibt sich folgende Verteilung:

in Mio. €

	Erträge nach Risikovorsorge	
	2016	2015
Deutschland	1.553	1.531
Europa (ohne Deutschland)	120	144
Welt (ohne Europa)	108	111
Konzern	1.781	1.786

Erläuterungen zur Bilanz

(36) Barreserve

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Kassenbestand	105	77
Guthaben bei Zentralnotenbanken	2.991	1.832
Gesamt	3.096	1.909

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 1.931 Mio. € (31. Dezember 2015: 547 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

(37) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Angeschlossene Sparkassen	6.351	7.195
Girozentralen	333	382
Banken	8.551	9.567
Gesamt	15.235	17.144
Davon:		
Inländische Kreditinstitute	9.860	12.105
Ausländische Kreditinstitute	5.375	5.039

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Täglich fällige Forderungen	6.120	6.318
Andere Forderungen	9.115	10.826
Gesamt	15.235	17.144
Darunter:		
Sichteinlagen	254	409
Tages- und Termingelder	3.025	4.687
Gestellte Barsicherheiten	5.026	4.407
Weiterleitungsdarlehen	5.024	5.076
Namensschuldverschreibungen	696	887
Schuldscheindarlehen	578	776

(38) Forderungen an Kunden

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Firmenkunden	68.176	67.090
Privatkunden	5.529	5.586
Öffentliche Stellen	19.373	20.518
Gesamt	93.078	93.194
Davon:		
Inländische Kunden	58.926	59.537
Ausländische Kunden	34.152	33.657

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Täglich fällige Forderungen	3.337	3.610
Andere Forderungen	89.741	89.584
Gesamt	93.078	93.194
Darunter:		
Gewerbliche Immobilienkredite	33.002	31.907
Wohnungsbaukredite	4.040	4.190
Weiterleitungsdarlehen	1.922	1.929
Infrastrukturkredite	15.006	15.258
Projektfinanzierungskredite	5.750	6.026
Konsumentenkredite	105	99
Schuldscheindarlehen	3.504	3.570
Finanzielle Vermögenswerte aus Kreditersatzgeschäften	89	114
Kontokorrentkredite	1.434	1.111
Gestellte Barsicherheiten	781	759
Tages- und Termingelder	2.689	3.235
Forderungen aus dem Finanzierungsleasinggeschäft	4	5

(39) Risikovorsorge

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kreditinstitute	1	2
Einzelwertberichtigungen	–	1
Portfoliowertberichtigungen	1	1
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden	771	984
Einzelwertberichtigungen	453	576
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	46	61
Portfoliowertberichtigungen	272	347
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	43	44
Gesamt	815	1.030

Die Wertberichtigungen auf Forderungen sind auf der Aktivseite separat ausgewiesen. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft ist als Rückstellung berücksichtigt und

dort erläutert. Die Wertberichtigungen auf Forderungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Einzelwertberichtigungen		Pauschalierte Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Stand zum 1.1.	577	670	61	82	348	255	986	1.007
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–25	–	–	–	–	–	–25	–
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	5	5	–	–	–	–	5	5
Verbrauch	–327	–232	–8	–18	–	–	–335	–250
Auflösungen	–77	–80	–20	–27	–72	–	–169	–107
Umbuchungen	7	6	–1	–	–3	–	3	6
Unwinding	–18	–31	–	–	–	–	–18	–31
Zuführungen	311	239	14	24	–	93	325	356
Stand zum 31.12.	453	577	46	61	273	348	772	986

Die Veränderung des Konsolidierungskreises resultiert aus der Einbeziehung der Schiffobjektgesellschaften MS „ESSEX STRAIT“ GmbH & Co. KG und MS „EAGLE STRAIT“ GmbH & Co. KG in den Konsolidierungskreis.

Der Bestand der Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden gliedert sich nach Kundensystematik der Deutschen Bundesbank wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Öffentliche Haushalte	1	2
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	–	1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1	9
Verarbeitendes Gewerbe	42	67
Energieversorgung	17	36
Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	1	–
Baugewerbe	5	8
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	9	15
Verkehr und Lagerei	370	337
Gastgewerbe	2	2
Information und Kommunikation	21	24
Grundstücks- und Wohnungswesen	105	138
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	33	25
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	14	44
Gesundheits- und Sozialwesen	3	8
Kunst, Unterhaltung und Erholung	1	1
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	50	113
Sonstige finanzielle Unternehmen	56	104
Private Haushalte	40	50
Gesamt	771	984

(40) Handelsaktiva

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.723	12.428
Geldmarktpapiere	–	2
Von öffentlichen Emittenten	–	2
Anleihen und Schuldverschreibungen	6.723	12.426
Von öffentlichen Emittenten	1.421	4.753
Von anderen Emittenten	5.302	7.673
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	96	192
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	12.343	11.934
Kursbezogene Derivate	143	167
Zinsbezogene Derivate	10.574	10.417
Währungsbezogene Derivate	1.590	1.311
Kreditderivate	32	31
Warenbezogene Derivate	4	8
Forderungen des Handelsbestands	1.336	1.524
Gesamt	20.498	26.078

Die Finanzinstrumente des Postens Handelsaktiva sind ausschließlich der Kategorie aFV (Unterkategorie HfT) zugeordnet und werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Forde-

rungen des Handelsbestands umfassen im Wesentlichen Schuldscheindarlehen sowie in geringem Umfang Wertpapierpensions- und Geldhandelsgeschäfte.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind 6.698 Mio. € (31. Dezember 2015: 12.588 Mio. €) börsennotiert.

(41) Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Sicherungsderivate des Hedge Accounting	753	926
Andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate	3.271	3.450
Gesamt	4.024	4.376

Die Sicherungsderivate des Hedge Accounting werden im Rahmen von gemäß IAS 39 qualifizierenden Mikro Fair Value Hedges eingesetzt. Als andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate werden hier derivative Finanzinstrumente erfasst,

die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nicht gemäß IAS 39 dokumentiert ist (ökonomische Hedges).

(42) Finanzanlagen

Der Posten Finanzanlagen umfasst Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Kategorie AfS und der FVO. Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden entsprechend ihrer Zuordnung zur Kategorie AfS erfolgsneutral oder zur Kategorie FVO

erfolgswirksam grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Für den Fall, dass der Zeitwert nicht zuverlässig ermittelbar ist, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen.

Die Finanzanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	25.386	26.065
Von öffentlichen Emittenten	8.686	9.543
Von anderen Emittenten	16.700	16.522
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	128	249
Aktien	1	92
Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	127	157
Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	25	25
Bewertet zum beizulegenden Zeitwert	18	18
Bewertet zu Anschaffungskosten	7	7
Beteiligungen	100	82
Bewertet zum beizulegenden Zeitwert	77	59
Bewertet zu Anschaffungskosten	23	23
Ankauf von Forderungen aus Kapitallebensversicherungen	132	154
Bewertet zum beizulegenden Zeitwert	132	154
Gesamt	25.771	26.575

Die anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere beinhalten im Wesentlichen Anteile an Investmentvermögen sowie an Investmentkommanditgesellschaften und vergleichbaren ausländischen Strukturen.

Der Buchwert der börsennotierten Finanzanlagen beläuft sich auf:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	24.219	24.943
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	19	110
Gesamt	24.238	25.053

Unter den Beteiligungen sind auch Anteile an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen ausgewiesen, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht at Equity bewertet werden.

Die Entwicklung der Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen ist folgender Übersicht zu entnehmen:

in Mio. €

	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen		Beteiligungen		Gesamt	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Anschaffungskosten						
Stand zum 1.1.	34	34	127	127	161	161
Zugänge	1	10	1	7	2	17
Abgänge	-	-10	-1	-7	-1	-17
Stand zum 31.12.	35	34	127	127	162	161
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen						
Stand zum 1.1.	8	9	17	15	25	24
Erfolgsneutrale Wertänderungen aus der Bewertung (AfS)	-	-1	18	17	18	16
Abgänge	-1	-	-	-15	-1	-15
Stand zum 31.12.	7	8	35	17	42	25
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen						
Stand zum 1.1.	-17	-16	-62	-62	-79	-78
Wertminderungen	-	-1	-	-	-	-1
Stand zum 31.12.	-17	-17	-62	-62	-79	-79
Buchwerte zum 31.12.	25	25	100	82	125	107

(43) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

In der Berichtsperiode werden insgesamt 25 (2015: 24) Gemeinschaftsunternehmen und 3 (2015: 3) assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode bewertet.

Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile gliedern sich wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen	21	30
Anteile an assoziierten Unternehmen	4	4
Gesamt	25	34

Unter den at Equity bewerteten Unternehmen befinden sich keine börsennotierten Gesellschaften.

Für Anteile in Höhe von 44 % an dem assoziierten Unternehmen HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG mit einem Buchwert von null liegen zum 31. Dezember 2016 die Voraussetzungen nach IFRS 5 für einen zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswert vor. Die Helaba hat in 2016 eine Vereinbarung zur Veräußerung dieses Anteils abgeschlossen, die unter der aufschiebenden Bedingung behördlicher Zustimmungen zum Erwerb durch den Käufer steht. Der Vollzug wird bis Mitte 2017 erwartet.

Die nicht erfassten Verluste der nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen, entsprechend der at Equity zu bewer-

tenden Anteilsquote, belaufen sich in der laufenden Periode auf 4 Mio. € (2015: 7 Mio. €) und kumuliert zum 31. Dezember 2016 auf 7 Mio. € (31. Dezember 2015: 17 Mio. €).

Die nachfolgende Tabelle enthält die zusammengefassten finanziellen Informationen der at Equity bewerteten Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen auf Basis der Einzelbeziehungsweise Konzernabschlüsse dieser Unternehmen und bezogen auf den at Equity bewerteten Kapitalanteil des Helaba-Konzerns an den Vermögenswerten und Schulden sowie dem Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen und dem Gesamtergebnis.

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen – gesamt		
Summe der Vermögenswerte	370	276
Summe der Schulden	315	201
Gewinn beziehungsweise Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	19	23
Gesamtergebnis	19	23
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen – anteilig		
Summe der Vermögenswerte	201	152
Summe der Schulden	175	122
Gewinn beziehungsweise Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	8	12
Gesamtergebnis	8	12

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Anteile an assoziierten Unternehmen – gesamt		
Summe der Vermögenswerte	707	876
Summe der Schulden	724	904
Gewinn beziehungsweise Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2	-12
Sonstiges Ergebnis	8	8
Gesamtergebnis	10	-4
Anteile an assoziierten Unternehmen – anteilig		
Summe der Vermögenswerte	63	414
Summe der Schulden	60	433
Gewinn beziehungsweise Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	3	-8
Sonstiges Ergebnis	-	4
Gesamtergebnis	3	-4

(44) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Vermietete Grundstücke und Gebäude	2.012	1.826
Unbebaute Grundstücke	54	55
Leerstehende Gebäude	3	3
Immobilien im Bau	94	62
Gesamt	2.163	1.946

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien entfallen mit 2.059 Mio. € (31. Dezember 2015: 1.841 Mio. €) auf Immobilien der Unternehmensgruppe GWH.

Die Entwicklung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zeigt die folgende Tabelle:

in Mio. €

	2016	2015
Anschaffungskosten/Herstellungskosten		
Stand zum 1.1.	2.308	2.241
Zugänge	277	103
Übertragungen in den Bestand der selbst genutzten Grundstücke und Gebäude	-1	-
Abgänge	-54	-36
Stand zum 31.12.	2.530	2.308
Kumulierte Abschreibungen		
Stand zum 1.1.	-362	-332
Planmäßige Abschreibungen	-34	-33
Außerplanmäßige Abschreibungen	-	-2
Abgänge	29	5
Stand zum 31.12.	-367	-362
Buchwerte zum 31.12.	2.163	1.946

Die vertraglichen Verpflichtungen zum Erwerb, zur Erstellung oder zur Entwicklung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien bei der Unternehmensgruppe GWH betragen wie im Vorjahr 118 Mio. €

Die beizulegenden Zeitwerte der Immobilien betragen zum Bilanzstichtag insgesamt 3.253 Mio. € (31. Dezember 2015: 2.906 Mio. €) und sind dem Bewertungslevel 3 zugeordnet.

(45) Sachanlagen

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude	362	368
Betriebs- und Geschäftsausstattung	55	57
Leasinggegenstände	17	-
Maschinen und technische Anlagen	1	-
Gesamt	435	425

Die Sachanlagen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Leasinggegenstände	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Anschaffungskosten/Herstellungskosten						
Stand zum 1.1.	556	555	208	205	-	17
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	17	-8
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	1	-	1	-	-
Zugänge	-	-	11	11	-	-
Übertragungen aus dem Bestand der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	1	-	-	-	-	-
Abgänge	-	-	-7	-9	-	-9
Stand zum 31.12.	557	556	212	208	17	-
Kumulierte Abschreibungen						
Stand zum 1.1.	-188	-177	-151	-146	-	-11
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	5
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-1	-	-1	-	-
Planmäßige Abschreibungen	-10	-10	-13	-13	-	-
Zuschreibungen	3	-	-	-	-	-
Abgänge	-	-	7	9	-	6
Stand zum 31.12.	-195	-188	-157	-151	-	-
Buchwerte zum 31.12.	362	368	55	57	17	-

in Mio. €

	Maschinen und technische Anlagen		Gesamt	
	2016	2015	2016	2015
Anschaffungskosten/Herstellungskosten				
Stand zum 1.1.	-	-	764	777
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	17	-8
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-	2
Zugänge	1	-	12	11
Abgänge	-	-	-7	-18
Stand zum 31.12.	1	-	787	764
Kumulierte Abschreibungen				
Stand zum 1.1.	-	-	-339	-334
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	5
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-	-2
Planmäßige Abschreibungen	-	-	-23	-23
Zuschreibungen	-	-	3	-
Abgänge	-	-	7	15
Stand zum 31.12.	-	-	-352	-339
Buchwerte zum 31.12.	1	-	435	425

(46) Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Geschäfts- oder Firmenwerte	68	99
Gekaufte Software	45	42
Gesamt	113	141

Die immateriellen Vermögenswerte des Helaba-Konzerns haben – mit Ausnahme der Geschäfts- oder Firmenwerte – begrenzte Nutzungsdauern und werden planmäßig abgeschrieben.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte resultieren aus dem Erwerb der Frankfurter Sparkasse im Jahr 2005.

Die immateriellen Vermögenswerte haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Geschäfts- oder Firmenwerte		Gekaufte Software		Gesamt	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Anschaffungskosten/Herstellungskosten						
Stand zum 1.1.	144	144	208	190	352	334
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	1	3	1	3
Zugänge	–	–	18	16	18	16
Abgänge	–	–	–23	–1	–23	–1
Stand zum 31.12.	144	144	204	208	348	352
Kumulierte Abschreibungen						
Stand zum 1.1.	–45	–45	–166	–148	–211	–193
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	–1	–2	–1	–2
Planmäßige Abschreibungen	–	–	–15	–17	–15	–17
Außerplanmäßige Abschreibungen	–31	–	–	–	–31	–
Abgänge	–	–	23	1	23	1
Stand zum 31.12.	–76	–45	–159	–166	–235	–211
Buchwerte zum 31.12.	68	99	45	42	113	141

Es besteht wie im Vorjahr keine vertragliche Verpflichtung zum Erwerb immaterieller Vermögenswerte.

Der Werthaltigkeitstest für den Firmenwert aus dem Erwerb der Frankfurter Sparkasse erfolgt auf Basis einer Ertragswertschätzung, deren Grundlage diskontierte Cashflows aus erwarteten Ausschüttungen gemäß der aktuellen Unternehmensplanung der Frankfurter Sparkasse sind. Für die Jahre 2017 bis 2021 erfolgt eine differenzierte Planung der Ergebnis- und Kostenkomponenten sowie eine konkrete Planung von Ausschüttungsbeträgen. Für das nachhaltige Ergebnis ab 2022 wird eine konstante Rendite als entnahmefähiges Ergebnis angenommen. Der Impairment-Test erfolgt grundsätzlich bezogen auf einen Stichtag im dritten Quartal. Zum 31. Dezember 2016 wurde aufgrund der gemäß aktualisierter Mittelfristplanung reduzierten Ausschüttungen eine zusätzliche Überprüfung der

Werthaltigkeit vorgenommen. Auf diesen Stichtag errechnet sich aus dem Vergleich des auf Basis der Ertragswertschätzung ermittelten erzielbaren Betrags und des durch hohe Thesaurierungen der Vorjahre geprägten Buchwerts der Zahlungsmittel generierenden Einheit, der der Firmenwert zugeordnet wurde, ein Abschreibungsbedarf in Höhe von –31 Mio. €.

Für bestimmte dabei berücksichtigte Vermögenswerte (Anteilsbesitz) werden Werte berücksichtigt, die ebenfalls auf Ertragswertberechnungen beruhen.

Die Barwertermittlung zum 31. Dezember 2016 erfolgt auf Basis des aktuellen Marktzinses von 1,0% zuzüglich einer Marktrisikoprämie von 6,0% sowie eines aus einer Vergleichsgruppe von europäischen Banken mit vergleichbaren Geschäftsschwerpunkten abgeleiteten Beta-Faktors von 0,98.

Aus den Ertragswertberechnungen zugrunde liegenden Annahmen resultieren naturgemäß Schätzunsicherheiten aus von Planungsannahmen abweichenden tatsächlichen Entwicklungen in der Zukunft und Ermessensspielräume bei der Festlegung der Parameter. Eine stark negative wirtschaftliche Entwicklung könnte beispielsweise zu höheren Arbeitslosenquoten und somit einer steigenden Risikovorsorge im Kreditgeschäft

führen. Weitere regulatorische Anforderungen können zu noch nicht absehbaren Auswirkungen auf Erträge und Kosten führen. Eine Variation des Abzinsungssatzes bei der Ertragswertberechnung für den Firmenwert (ohne Berücksichtigung der besonderen Vermögenswerte der Frankfurter Sparkasse) von –25 beziehungsweise +25 Basispunkten würde bei isolierter Analyse zu einer Abweichung von rund 23 Mio. € führen.

(47) Ertragsteueransprüche

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	96	30
Latente Ertragsteueransprüche	426	465
Gesamt	522	495

Die latenten Ertragsteueransprüche verteilen sich auf folgende Posten:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	61	70
Handelsaktiva/-passiva und Derivate	1.339	1.311
Finanzanlagen	79	103
Sonstige Aktiva	59	86
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	272	304
Pensionsrückstellungen	342	298
Sonstige Rückstellungen	70	34
Sonstige Passiva	93	66
Steuerliche Verlustvorträge	11	14
Latente Ertragsteueransprüche brutto	2.326	2.286
Saldierung mit latenten Ertragsteuerverpflichtungen	-1.900	-1.821
Gesamt	426	465
Davon: langfristig	263	439

Aktive und passive latente Steuern wurden nach IAS 12.74 saldiert.

Für die Ermittlung der latenten Ertragsteueransprüche der in- und ausländischen Berichtseinheiten wurden die individuellen Steuersätze zugrunde gelegt. Gegenüber dem Vorjahr unverändert ergibt sich für die Bank im Inland in 2016 bei einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von 452 % ein kombinierter Ertragsteuersatz von 31,7 %.

Latente Ertragsteueransprüche, deren Realisierung von künftigen zu versteuernden Ergebnissen abhängt, die über die Ergebniseffekte aus der Auflösung beziehungsweise Umkehrung zum Bilanzstichtag bestehender zu versteuernder temporärer Differenzen hinausgehen, werden nur insoweit aktiviert, als ihre Realisierbarkeit hinreichend sicher ist. Die Realisierbarkeit setzt voraus, dass in einem überschaubaren zukünftigen Zeit-

raum ausreichend in zeitlicher Kongruenz zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, gegen die eine Verrechnung erfolgen kann. Im Helaba-Konzern wird dabei grundsätzlich ein Planungshorizont von fünf Jahren zugrunde gelegt.

Auf der Basis der Mehrjahresplanung trifft die Bank die Einschätzung, dass die aktiven latenten Steuern werthaltig sind und für diesen Zeitraum durch ausreichend zu versteuerndes Einkommen substantiiert werden können.

Zum Bilanzstichtag wurden auf körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 8 Mio. € (31. Dezember 2015: 18 Mio. €) latente Ertragsteueransprüche in Höhe von 1 Mio. € (31. Dezember 2015: 3 Mio. €) und auf gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 93 Mio. € (31. Dezember 2015: 98 Mio. €) latente Ertragsteueransprüche in Höhe von 10 Mio. € (31. Dezember 2015: 11 Mio. €) aktiviert.

Insgesamt wurden auf körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 47 Mio. € (31. Dezember 2015: 67 Mio. €) und auf gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 49 Mio. € (31. Dezember 2015: 71 Mio. €) keine latenten Ertragsteueransprüche angesetzt, da in absehbarer Zukunft keine steuerlichen Ergebnisse mit einer ausreichenden Wahrscheinlichkeit

erwartet werden. Die Verlustvorträge sind zeitlich unbefristet nutzbar.

Die latenten Ertragsteueransprüche, die mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, betragen zum Bilanzstichtag 226 Mio. € (31. Dezember 2015: 183 Mio. €).

(48) Sonstige Aktiva

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Immobilien des Vorratsvermögens	363	278
Fertiggestellte Immobilien	74	18
Immobilien im Bau	289	260
Geleistete Vorauszahlungen und Anzahlungen	92	69
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	36	51
Steueransprüche aus sonstigen Steuern (außer Ertragsteuern)	5	3
Sonstige Vermögenswerte	480	524
Gesamt	976	925

(49) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Zentralnotenbanken	200	2.450
Angeschlossene Sparkassen	5.464	6.626
Girozentralen	1.466	718
Banken	23.008	26.182
Gesamt	30.138	35.976
Davon:		
Inländische Kreditinstitute	27.103	32.610
Ausländische Kreditinstitute	3.035	3.366

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Täglich fällige Verbindlichkeiten	6.774	6.715
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	23.364	29.261
Gesamt	30.138	35.976
Darunter:		
Aufgenommene Schuldscheindarlehen	4.461	4.405
Weiterleitungsdarlehen	7.311	7.410
Begebene Namensschuldverschreibungen	2.757	2.555
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repo-Geschäfte)	–	3.602
Tages- und Termingelder	2.516	4.666
Sichteinlagen	4.762	5.783

(50) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Firmenkunden	25.729	27.419
Privatkunden	17.230	16.616
Öffentliche Stellen	3.865	3.692
Gesamt	46.824	47.727
Davon:		
Inländische Kunden	43.796	44.304
Ausländische Kunden	3.028	3.423

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Täglich fällige Verbindlichkeiten	23.731	23.682
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	23.093	24.045
Gesamt	46.824	47.727
Darunter:		
Sichteinlagen	13.276	13.044
Tages- und Termingelder	14.093	14.729
Spareinlagen	1.712	1.870
Bauspareinlagen	4.456	4.230
Begebene Namensschuldverschreibungen	9.984	10.452
Aufgenommene Schuldscheindarlehen	1.744	2.211

(51) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Begebene Schuldverschreibungen	42.966	39.992
Hypothekendarlehen	8.151	6.964
Öffentliche Pfandbriefe	12.563	14.443
Sonstige Schuldverschreibungen	22.252	18.585
Begebene Geldmarktpapiere	7.982	7.081
Commercial Papers	3.050	2.162
Certificates of Deposits	4.071	3.840
Asset Backed Commercial Papers	861	879
Sonstige Geldmarktpapiere	-	200
Gesamt	50.948	47.073

Für detaillierte Angaben zur Emissionstätigkeit siehe Anhangangabe (71).

(52) Handelspassiva

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	10.795	10.390
Kursbezogene Derivate	136	165
Zinsbezogene Derivate	9.377	9.172
Währungsbezogene Derivate	1.247	1.016
Kreditderivate	31	29
Warenbezogene Derivate	4	8
Begebene Geldmarktpapiere	1.552	4.535
Begebene Aktien-/Indexzertifikate	123	129
Verbindlichkeiten des Handelsbestands	6.243	7.369
Gesamt	18.713	22.423

Der Posten Handelspassiva enthält ausschließlich der Kategorie aFV (Unterkategorie HfT) zugeordnete Finanzinstrumente. Die Verbindlichkeiten des Handelsbestands umfassen im Wesentlichen Geldhandelsgeschäfte.

(53) Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Sicherungsderivate des Hedge Accounting	161	369
Andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate	3.757	4.011
Gesamt	3.918	4.380

Die Sicherungsderivate des Hedge Accounting werden im Rahmen von gemäß IAS 39 qualifizierenden Mikro Fair Value Hedges eingesetzt. Als andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate werden hier derivative Finanzinstrumente

erfasst, die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nicht gemäß IAS 39 dokumentiert ist (ökonomische Hedges).

(54) Rückstellungen

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.839	1.657
Andere Rückstellungen	480	432
Rückstellungen für den Personalbereich	131	127
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	43	44
Restrukturierungsrückstellungen	13	23
Rückstellungen für Prozessrisiken	45	57
Sonstige Rückstellungen	248	181
Gesamt	2.319	2.089

Die in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben sich in 2016 wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Nettobetrag der Pensionsverpflichtungen
Stand zum 1.1.	2.002	-345	1.657
Summe Pensionsaufwand	81	-8	73
Zinsaufwand (+)/Zinsertrag (-)	49	-8	41
Laufender Dienstzeitaufwand	36		36
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand aus Plananpassungen	-4		-4
Summe Neubewertungen	165	3	168
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/ Verluste (+) aus finanziellen Annahmen	225		225
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/ Verluste (+) aus demografischen Annahmen	-1		-1
Erfahrungsbedingte Gewinne (-)/Verluste (+)	-59		-59
Neubewertungen aus Planvermögen		3	3
Arbeitnehmerbeiträge	5	-5	-
Arbeitgeberbeiträge	-	-9	-9
Gezahlte Versorgungsleistungen	-60	11	-49
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-8	7	-1
Stand zum 31.12.	2.185	-346	1.839

Nachfolgend die entsprechenden Werte für 2015:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Nettobetrag der Pensionsverpflichtungen
Stand zum 1.1.	2.037	-324	1.713
Summe Pensionsaufwand	83	-8	75
Zinsaufwand (+)/Zinsertrag (-)	46	-8	38
Laufender Dienstzeitaufwand	37		37
Summe Neubewertungen	-77	-	-77
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/ Verluste (+) aus finanziellen Annahmen	-103		-103
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/ Verluste (+) aus demografischen Annahmen	7		7
Erfahrungsbedingte Gewinne (-)/Verluste (+)	19		19
Arbeitnehmerbeiträge	5	-5	-
Arbeitgeberbeiträge	-	-8	-8
Gezahlte Versorgungsleistungen	-55	7	-48
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	9	-7	2
Stand zum 31.12.	2.002	-345	1.657

Bei der Landesbank Hessen-Thüringen bestehen im Wesentlichen die folgenden Leistungszusagen, die im Rahmen von Direktzusagen gewährt wurden:

Für pensionsberechtigter Mitarbeiter, die bis zum 31. Dezember 1985 in die Dienste der Bank eingetreten sind, gilt eine voll-

dynamische Gesamtversorgungszusage, bei der jährliche Rentenleistungen bis zu einer Höhe von maximal 75 % der ruhegehaltstfähigen Bezüge zum Zeitpunkt des Renteneintritts unter Anrechnung von Fremdretenansprüchen gezahlt werden. Während der Rentenbezugsphase werden Rentenansprüche entsprechend den Tarifierpassungen erhöht. Der Bestand setzt

sich hauptsächlich aus Rentnern und Hinterbliebenen zusammen, es besteht ein geringer Anteil an aktiven und unverfallbar ausgeschiedenen Anwärtern.

Die in den Jahren 1986 bis 1998 geltende Versorgungsordnung stellt eine endgehaltsabhängige Zusage mit gespaltener Rentenformel dar. Es werden jährliche Rentenleistungen zugesagt, bei denen pro Dienstjahr ein bestimmter Prozentsatz der Ruhegehaltsfähigen Bezüge in Abhängigkeit von der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung (BBG) erdient wird, wobei Gehaltsteile oberhalb der BBG anders gewichtet werden als Gehaltsteile bis zur BBG. Es werden maximal 35 Dienstjahre berücksichtigt und die Rentenansprüche in der Rentenbezugsphase analog zu den Tarifanpassungen erhöht. Der Bestand besteht überwiegend aus aktiven und unverfallbar ausgeschiedenen Anwärtern.

Bei der seit 1999 geltenden Versorgungszusage ergibt sich die Altersrente aus der Summe so genannter Rentenbausteine, die während der versorgungsfähigen Dienstzeit angesammelt werden. Die Rentenbausteine ermitteln sich anhand der mit einem altersabhängigen Faktor multiplizierten Ruhegehaltsfähigen Bezüge des jeweiligen Kalenderjahres. In der Rentenbezugsphase werden die Rentenansprüche jährlich mit einem Prozent dynamisiert. Der Bestand ist für Neuzusagen offen und besteht derzeit fast ausschließlich aus aktiven und unverfallbar ausgeschiedenen Anwärtern.

Daneben bestehen Einzelzusagen auf jährliche Rentenleistungen. Zum überwiegenden Teil handelt es sich dabei um beamtenähnliche Gesamtversorgungszusagen, bei denen die Rentenansprüche in der Rentenbezugsphase gemäß den Tarifanpassungen erhöht werden. Der Bestand setzt sich überwiegend aus Rentnern, Hinterbliebenenrentnern beziehungsweise unverfallbar Ausgeschiedenen zusammen und ist für Neuzugänge weiterhin offen.

Mit der Übernahme des Verbundbankgeschäfts sind im Rahmen des Teilbetriebsübergangs gemäß § 613a BGB auch die Pensionsverpflichtungen der Portigon AG gegenüber den neuen Mitarbeitern auf die Helaba übergegangen.

Mitarbeiter, die im Zusammenhang mit der Aufspaltung der Westdeutschen Landesbank Girozentrale in die öffentlich-rechtliche Landesbank NRW (heutige NRW.Bank) und in die privatrechtliche WestLB AG (heutige Portigon AG) im Jahr 2002 der NRW.Bank zugeordnet wurden, wurden beurlaubt, um mit der Portigon AG ein zweites Arbeitsverhältnis („Doppelverträger VBB“) zu begründen. Diese Pensionszusagen werden unverändert durch die NRW.Bank weitergeführt. Wirtschaftlich belastet wird jedoch die Helaba, da die von der NRW.Bank zu leistenden Versorgungszahlungen zu erstatten sind.

Für die Versorgungsanwartschaften der übrigen Mitarbeiter wurde zum Zeitpunkt des Teilbetriebsübergangs ein Besitzstand ermittelt, der auf die Helaba übergang. Die extern finanzierten Versorgungsanwartschaften gegenüber der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e. V., Berlin, wurden zum Zeitpunkt des Teilbetriebsübergangs beitragsfrei gestellt. Seit dem Zeitpunkt des Teilbetriebsübergangs sind die Mitarbeiter zur betrieblichen Altersversorgung der Helaba bei der seit 1999 geltenden Dienstvereinbarung angemeldet.

Des Weiteren besteht eine mitarbeiterfinanzierte Versorgungszusage in Form der Entgeltumwandlung, bei der einmalige Kapitalleistungen zugesagt werden. Dabei werden für jeden von dem Mitarbeiter gewandelten Betrag Fondsanteile erworben und ein altersabhängiger Kapitalbaustein berechnet. Im Versorgungsfall wird der höhere Betrag aus der Summe der Kapitalbausteine und dem Fondsvermögen ausgezahlt. Der Bestand ist für Neuzusagen offen.

Bei der Frankfurter Sparkasse haben grundsätzlich alle Mitarbeiter einen Anspruch auf eine Rente der Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse. Es handelt sich hierbei um eine regulierte Pensionskasse. Die Anpassungsverpflichtung der lebenslänglichen laufenden Leistungen der Pensionskasse wird in Form einer Direktzusage der Frankfurter Sparkasse umgesetzt. Für Mitarbeiter der ehemaligen Stadtparkasse Frankfurt besteht ein Rentenanspruch gegenüber der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt (ZVK Frankfurt), den die Helaba im Rahmen des Unternehmenserwerbs der Frankfurter Sparkasse als Verpflichtung identifiziert hat und bilanziell ausweist. Des Weiteren bestehen Einzelzusagen, im Wesentlichen in Form von Gesamtversorgungszusagen, sowie eine mitarbeiterfinanzierte Versorgungszusage.

Für Mitarbeiter der Niederlassung London besteht ein leistungsorientierter Versorgungsplan, der für Neueintritte geschlossen ist. Bei dem Plan handelt es sich um einen Pensionsfonds, der lokalen Bewertungsmodalitäten folgt und in regelmäßigen Abständen auf die Anforderungen der Ausfinanzierung überprüft wird. Von der Möglichkeit einer befreienden Abgeltung der Versorgungsansprüche bei Dienstaustritt zugunsten einer ausfinanzierten Versorgungszusage eines externen Versorgungsträgers („pension buy-out“) wurde in der Vergangenheit Gebrauch gemacht.

Bei der Tochtergesellschaft Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG werden die gesetzlichen Anforderungen an die betriebliche Altersversorgung durch ein eigenes Vorsorgewerk dargestellt, das an eine Sammelstiftung eines externen Trägers angeschlossen ist.

Der Finanzierungsstatus der Pensionspläne stellt sich zum 31. Dezember 2016 wie folgt dar:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Nettobetrag der Pensionsverpflichtungen
Inländische Pensionspläne	2.039	-252	1.787
Landesbank Hessen-Thüringen	1.428	-35	1.393
Gesamtversorgungszusagen	850	-	850
Versorgungszusage bis 1985	725	-	725
Einzelzusagen	85	-	85
Doppelverträger VBB	40	-	40
Endgehaltsabhängige Zusage (Versorgungsordnung 1986 bis 1998)	217	-	217
Rentenbausteinsystem (Versorgungsordnung ab 1999)	241	-	241
Übrige Zusagen	120	-35	85
Frankfurter Sparkasse	542	-209	333
Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse	263	-208	55
Anpassungsverpflichtung Pensionskasse	95	-	95
ZVK Frankfurt	101	-	101
Einzelzusagen	72	-	72
Übrige Zusagen	11	-1	10
Übrige Konzerngesellschaften	69	-8	61
Ausländische Pensionspläne	146	-94	52
Gesamt	2.185	-346	1.839

Zum 31. Dezember 2015 ergaben sich folgende Werte:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Nettobetrag der Pensionsverpflichtungen
Inländische Pensionspläne	1.874	-245	1.629
Landesbank Hessen-Thüringen	1.327	-30	1.297
Gesamtversorgungszusagen	860	-	860
Versorgungszusage bis 1985	743	-	743
Einzelzusagen	82	-	82
Doppelverträger VBB	35	-	35
Endgehaltsabhängige Zusage (Versorgungsordnung 1986 bis 1998)	196	-	196
Rentenbausteinsystem (Versorgungsordnung ab 1999)	174	-	174
Übrige Zusagen	97	-30	67
Frankfurter Sparkasse	483	-208	275
Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse	228	-207	21
Anpassungsverpflichtung Pensionskasse	81	-	81
ZVK Frankfurt	93	-	93
Einzelzusagen	70	-	70
Übrige Zusagen	11	-1	10
Übrige Konzerngesellschaften	64	-7	57
Ausländische Pensionspläne	128	-100	28
Gesamt	2.002	-345	1.657

Das Planvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015 ¹⁾
Planvermögen mit Marktpreisnotierungen in aktiven Märkten	265	274
Barreserve	1	3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	180	187
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	84	84
Übriges Planvermögen	81	71
Forderungen an Kreditinstitute	30	22
Qualifizierte Versicherungsverträge	51	49
Marktwert des Planvermögens	346	345

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Im Planvermögen einer Tochtergesellschaft wurden Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von 22 Mio. € als Barreserve und Anteile an Investmentvermögen in Höhe von 1 Mio. € in den anderen Vermögenswerten ausgewiesen.

Von dem Planvermögen entfallen 46 Mio. € (31. Dezember 2015: 16 Mio. €) auf konzerneigene übertragbare Finanzinstrumente, in andere selbst genutzte Vermögenswerte wurde wie im Vorjahr nicht investiert.

Für das folgende Geschäftsjahr werden Einzahlungen der Helaba in das Planvermögen in Höhe von 35 Mio. € (2015: 7 Mio. €) erwartet.

Die Finanzierung der Pensionsverpflichtungen, für die kein Planvermögen gemäß IAS 19 vorliegt, erfolgt überwiegend über langfristig ausgerichtete Spezialfonds mit Anlageschwerpunkt Rentenpapiere.

Die Pensionsverpflichtungen im Helaba-Konzern sind verschiedenen Risiken ausgesetzt. Die Risiken sind dabei sowohl auf allgemeine Marktschwankungen als auch auf besondere Risiken zurückzuführen. Es gibt dabei keine außergewöhnlichen Risiken aus den Pensionsverpflichtungen.

Die Risiken aus den allgemeinen Marktschwankungen betreffen im Wesentlichen Risiken aus Schwankungen in der Inflationsrate und den Marktzinsen, aber auch aus anderen Risiken wie dem Langlebigkeitsrisiko.

- **Allgemeine Marktschwankungen**

Die allgemeinen Marktschwankungen wirken sich vorrangig durch Änderungen im Rechnungszins auf die Höhe der Pensionsverpflichtungen aus. Durch allgemein gesunkene Rechnungszinsen haben sich die Pensionsrückstellungen in den letzten Jahren bereits spürbar erhöht; der starke Einfluss der Rechnungszinsen auf die Höhe der Pensionsverpflichtungen liegt vor allem an der langen Laufzeit der Verpflichtungen.

- **Inflationsrisiko – Rentenanpassung**

Für die Rentenzusagen des Helaba-Konzerns kommt im Rahmen der Rentenanpassungsprüfung grundsätzlich das Betriebsrentengesetz zur Anwendung. Die neueren Versor-

gungsordnungen, die als Rentenbausteinsysteme abgebildet werden, unterliegen dabei fest vereinbarten Anpassungssätzen und sind daher im Wesentlichen unabhängig von der Inflation beziehungsweise künftigen Tarifierhöhungen.

- **Inflationsrisiko – Gehalts- und Tarifsteigerungen sowie Steigerung der Beamtenbezüge**

Für den überwiegenden Teil der älteren Versorgungsordnungen (Gesamtversorgungsordnung bis 1985 beziehungsweise Endgehaltsplan) gewährt die Helaba Anpassungen an die Entwicklung im Tarifbereich für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken. Die tarifliche Erhöhung der pensionsfähigen Gehälter hat damit Einfluss auf die Höhe der laufenden Versorgungsleistungen. Einzelne Versorgungszusagen sehen die Anpassung auf Grundlage der Beamtenbesoldung nach den Vorschriften des jeweiligen Bundeslandes (Hessen, Thüringen beziehungsweise Nordrhein-Westfalen) vor.

- **Langlebigkeitsrisiko**

Aufgrund der weit überwiegenden Leistungsform „lebenslange Renten“ wird das Risiko, dass die Rentenberechtigten länger leben als versicherungsmathematisch kalkuliert, durch die Helaba getragen. Normalerweise wird dieses Risiko durch das Kollektiv aller Rentenberechtigten ausgeglichen und kommt nur zum Tragen, wenn die allgemeine Lebenserwartung höher ausfällt als erwartet.

Im Rahmen der besonderen Risiken ist zu erwähnen, dass die Zusagen teilweise von externen Faktoren abhängig sind. Neben den bereits erwähnten Faktoren der Anpassungen durch Tarifsteigerungen beziehungsweise Erhöhung der Beamtenbezüge ist insbesondere im Rahmen von Gesamtversorgungszusagen die Anrechnung der gesetzlichen Altersrente beziehungsweise weiterer extern finanzierter Fremdrenten mit Schwankungen behaftet, die außerhalb des Einflussbereichs der Helaba liegen und von der Bank getragen werden müssen.

Die wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen, die der Bewertung der Pensionsverpflichtungen zugrunde liegen, sind der folgenden Tabelle zu entnehmen (gewichtete Durchschnittssätze):

in %

	31.12.2016	31.12.2015
Zinssatz	1,7	2,5
Gehaltstrend	2,2	2,4
Rententrend	1,7	1,7
Fluktuationsrate	2,8	2,9

Die Invaliditäts- beziehungsweise die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren im Inland im aktuellen Jahr, wie auch im Vorjahr, auf den Generationentafeln 2005 von Prof. Dr. Heubeck.

Eine Veränderung der wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen hätte folgende Auswirkungen auf den Barwert des Verpflichtungsumfangs aller leistungsorientierten Verpflichtungen:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Abzinsungssatz (Rückgang um 50 Basispunkte)	226	199
Gehaltssteigerungsrate (Anstieg um 25 Basispunkte)	69	77
Rentensteigerung (Anstieg um 25 Basispunkte)	77	83
Lebenserwartung (Verbesserung um 10 %)	81	76
Fluktuationsrate (Rückgang um 50 Basispunkte)	5	9

Die dargestellte Sensitivitätsanalyse berücksichtigt jeweils die Änderung einer Annahme, wobei die übrigen Annahmen gegenüber der ursprünglichen Berechnung unverändert bleiben, das heißt, mögliche Korrelationseffekte zwischen den einzelnen Annahmen werden dabei nicht berücksichtigt.

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Verpflichtungen beträgt 20,2 Jahre (31. Dezember 2015: 18,9 Jahre). Die Fälligkeit der erwarteten Rentenzahlungen stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Erwartete Rentenzahlungen mit Laufzeiten von bis zu einem Jahr	59	58
Erwartete Rentenzahlungen mit Laufzeiten von über einem Jahr bis zu fünf Jahren	266	268
Erwartete Rentenzahlungen mit Laufzeiten von über fünf Jahren bis zu zehn Jahren	398	413

Der Helaba-Konzern ist an leistungsorientierten gemeinschaftlichen Plänen mehrerer Arbeitgeber (Multi-Employer-Pläne) beteiligt, die wie beitragsorientierte Pläne behandelt werden. Es handelt sich dabei um die Mitgliedschaft bei umlagefinanzierten Versorgungswerken in Form der regulierten Pensionskasse, die zum 1. Januar 2002 den Wechsel in das Kapitaldeckungsverfahren vorgenommen haben. Diese betreffen die regionalen Zusatzversorgungskassen sowie die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, deren Satzungen inhaltlich vergleichbar sind. Die bisherigen Leistungszusagen wurden mit dem Übergang in das Kapitaldeckungsverfahren in ein

beitragsbezogenes System überführt. Die Satzungen berechtigen zur Erhebung zusätzlicher Beitragsanforderungen, um zugesagte Leistungen gegebenenfalls nachzufinanzieren beziehungsweise aufgrund eines nicht ausreichenden Deckungsstocks zu reduzieren (Sanierungsgeld, -klausel). Eine verursachergerechte Zuordnung von Vermögen und Verpflichtung liegt nicht vor. Über die Geschäfts- und Risikoentwicklung informiert die Pensionskasse ausschließlich im Jahresbericht, weiter gehende Informationen werden nicht ausgegeben. Für diese Pläne sind wie im Vorjahr Aufwendungen in Höhe von 1 Mio. € angefallen.

Darüber hinaus bestehen beitragsorientierte Versorgungszusagen aufgrund der Mitgliedschaft bei dem BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G. sowie weitere beitragsorientierte Leistungszusagen, die im Rahmen des Durchführungswegs der Direktversicherung bei öffentlich-rechtlichen Versicherern extern finanziert sind. Dabei handelt es sich weitestgehend um die SV Sparkassenversicherung sowie die Provinzial Lebensversicherung AG. Bei den ausländischen Niederlassungen London und New York bestehen ebenfalls beitragsorientierte

Versorgungszusagen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 3 Mio. € (2015: 4 Mio. €) für beitragsorientierte Versorgungszusagen aufgewendet.

Der Arbeitgeberzuschuss zur Rentenversicherung im Berichtsjahr belief sich auf 33 Mio. € (2015: 34 Mio. €).

Die anderen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Rückstellungen für den Personalbereich		Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft		Restrukturierungsrückstellungen	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Stand zum 1.1.	127	100	44	58	23	56
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-2	-	-	-
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	1	1	1	-	-
Verbrauch	-69	-70	-	-	-	-1
Auflösungen	-2	-1	-26	-25	-	-
Umbuchungen	12	36	-3	-6	-12	-37
Aufzinsung	1	-	-	-	-	-
Zuführung	62	61	29	16	2	5
Stand zum 31.12.	131	127	43	44	13	23

in Mio. €

	Rückstellungen für Prozessrisiken		Sonstige Rückstellungen		Gesamt	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Stand zum 1.1.	57	57	181	168	432	439
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-7	-2	-7
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-	1	1	3
Verbrauch	-14	-19	-110	-62	-193	-152
Auflösungen	-5	-2	-12	-7	-45	-35
Umbuchungen	-	-	-	-	-3	-7
Aufzinsung	-	2	1	1	2	3
Zuführung	7	19	188	87	288	188
Stand zum 31.12.	45	57	248	181	480	432

Die Rückstellungen für den Personalbereich beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Altersteilzeit und Vorruhestandsvereinbarungen, Dienstjubiläen sowie Sonderzahlungen an Mitarbeiter. Die sonstigen Rückstellungen betreffen hauptsächlich Verpflichtungen aus Transaktionen mit Unternehmensanteilen, Pauschalloonsteuern sowie der Verzinsung von Steuernachzahlungen und Risiken aus Immobilienprojektierungen und Mietverhältnissen.

Die Restrukturierungsrückstellungen betreffen im Wesentlichen das in 2013 gestartete Programm „Helaba PRO“, das eine Kostenoptimierung durch effizientere Prozesse und Komplexitätsreduktion zum Ziel hat.

Die Zuführungen beziehungsweise Auflösungen der Rückstellungen für den Personalbereich werden in der Regel im Personalaufwand, die der Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft in der Risikovorsorge und die der Restrukturierungsrückstellungen sowie der sonstigen Rückstellungen im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Aufzinsungsbeträge sind im Zinsüberschuss enthalten.

Gegenüber der Helaba werden Ansprüche in Gerichts- und schiedsgerichtlichen Verfahren geltend gemacht. Rückstellungen für Prozessrisiken wurden gebildet, wenn die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme mit mehr als 50 % angenommen wird.

Zurückgestellt wird der Betrag, der im Falle der Inanspruchnahme wahrscheinlich durch die Bank zu zahlen ist. Die von der Helaba gebildeten Rückstellungen für Prozessrisiken berücksichtigen auch Zahlungen für Prozesskosten (Gerichtskosten sowie außergerichtliche Kosten im Zusammenhang mit Prozessen, wie zum Beispiel Anwaltshonorare und sonstige Kosten).

Die Bank hat Rückstellungen für Prozessrisiken schwerpunktmäßig für Klagen von Anlegern in geschlossenen Fonds gebildet. Anleger, die sich in ihren Erwartungen an eine Beteiligung enttäuscht sehen, stützen Ansprüche auf die Nichteinhaltung von verbraucher-schützenden Vorschriften. Die Bank prüft, nach den Umständen des Einzelfalls, Art und Umfang einer möglichen Anspruchserledigung. Eine detaillierte Darstellung der einzelnen Fälle und Verfahren sowie eine Differenzierung des Gesamtbetrags der Rückstellung für Prozessrisiken unterbleibt, da Anspruchsteller anderenfalls Rückschlüsse auf die Prozess- und Vergleichsstrategie der Bank ziehen könnten.

Die Rückstellungen für Prozessrisiken werden quartalsweise auf Angemessenheit überprüft und anhand der Einschätzungen des Managements unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen erhöht beziehungsweise aufgelöst. Die endgültigen Belastungen durch Prozessrisiken können von den gebildeten Rückstellungen abweichen, da für eine Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten aus Prozessen in großem Umfang eine Bewertung und Einschätzung erforderlich ist, die sich im weiteren Verlauf des jeweiligen Prozesses als nicht zutreffend erweisen kann.

Fälle, bei denen die Voraussetzungen für den Ansatz von Rückstellungen nicht erfüllt sind, werden hinsichtlich der Angabepflicht als Eventualverpflichtung geprüft und sind gegebenenfalls unter Anhangangabe (74) aufgeführt.

Von den anderen Rückstellungen sind 301 Mio. € kurzfristig (31. Dezember 2015: 263 Mio. €).

(55) Ertragsteuerverpflichtungen

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	174	175
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	10	9
Gesamt	184	184

In den tatsächlichen Ertragsteuerverpflichtungen sind Rückstellungen für steuerliche Risiken enthalten. Sie sind auf Basis des wahrscheinlichsten Erfüllungswerts berechnet worden.

Die Bank hat keine Eventualverbindlichkeiten aus steuerlichen Risiken bilanziert.

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen verteilen sich auf folgende Positionen:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	8	56
Handelsaktiva/-passiva und Derivate	1.631	1.557
Finanzanlagen	194	165
Sonstige Aktiva	56	32
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	7	7
Pensionsrückstellungen	1	1
Sonstige Rückstellungen	1	2
Sonstige Passiva	12	10
Latente Ertragsteuerverpflichtungen brutto	1.910	1.830
Saldierung mit latenten Ertragsteueransprüchen	-1.900	-1.821
Gesamt	10	9
Davon: langfristig	5	9

Für die Bewertung der temporären Differenzen, die zu latenten Ertragsteuerverpflichtungen führen, verweisen wir auf unsere Erläuterungen zu den latenten Ertragsteueransprüchen (siehe

Anhangangabe (47)). Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen, die mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, betragen zum Bilanzstichtag 105 Mio. € (31. Dezember 2015: 96 Mio. €).

(56) Sonstige Passiva

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015 ¹⁾
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	84	129
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern	25	23
Erhaltene Vorauszahlungen und Anzahlungen	304	272
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern (außer Ertragsteuern)	33	34
Sonstige Verbindlichkeiten	201	234
Gesamt	647	692

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Im Vorjahr wurden bereits fällige Zinsen in Höhe von 50 Mio. € noch im Nachrangkapital ausgewiesen. Diese wurden in die sonstigen Verbindlichkeiten umgegliedert.

(57) Nachrangkapital

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015 ¹⁾
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.364	2.366
Darunter: anteilige Zinsen	33	33
Genussrechtskapital	276	687
Stille Einlagen	983	983
Darunter: anteilige Zinsen	14	14
Gesamt	3.623	4.036
Darunter: verbrieftes Nachrangkapital	1.527	1.836

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Im Vorjahr wurden bereits fällige Zinszahlungen als anteilige Zinsen im Buchwert des Genussrechtskapitals (16 Mio. €) und der stillen Einlagen (34 Mio. €) ausgewiesen.

Die hier ausgewiesenen stillen Einlagen erfüllen nicht die Eigenkapitalkriterien des IAS 32.

(58) Eigenkapital

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Gezeichnetes Kapital	2.509	2.509
Kapitalrücklage	1.546	1.546
Gewinnrücklagen	3.521	3.398
Neubewertungsrücklage	246	202
Rücklage aus der Währungsumrechnung	30	23
Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital	-2	-2
Gesamt	7.850	7.676

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 2.509 Mio. € umfasst das von den Trägern nach der Satzung eingezahlte Stammkapital in Höhe von 589 Mio. € und die vom Land Hessen erbrachten Kapitaleinlagen von 1.920 Mio. €.

Zum 31. Dezember 2016 entfallen vom Stammkapital folgende Anteile auf die Träger:

	Betrag in Mio. €	Anteil in %
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	405	68,85
Land Hessen	48	8,10
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	28	4,75
Sparkassenverband Westfalen-Lippe	28	4,75
Fides Beta GmbH	28	4,75
Fides Alpha GmbH	28	4,75
Freistaat Thüringen	24	4,05
Gesamt	589	100,00

Die Kapitalrücklage enthält die Agiobeträge aus der Ausgabe von Stammkapital an die Träger.

Die Gewinnrücklagen umfassen neben den Gewinnthesaurierungen des Mutterunternehmens und der einbezogenen Tochterunternehmen auch Beträge aus den fortgeschriebenen Ergebnissen der Kapitalkonsolidierung und sonstigen Konsolidierungsmaßnahmen. Darüber hinaus sind in den Gewinnrücklagen erfolgsneutral zu behandelnde Neubewertungen aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen unter Berücksichtigung der darauf entfallenden latenten Steuern enthalten.

Die Neubewertungsrücklage enthält die erfolgsneutralen Bewertungseffekte aus Finanzinstrumenten der Kategorie AfS nach Verrechnung latenter Steuern. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder abgeschrieben wird.

In der Rücklage aus der Währungsumrechnung sind die erfolgsneutral zu erfassenden Währungsumrechnungsdifferenzen aus der Umrechnung der Abschlüsse von wirtschaftlich selbstständigen ausländischen Geschäftsbetrieben (Tochterunternehmen, Niederlassungen) in die Konzernwährung bis zu deren Abgang enthalten (siehe Anhangangabe (13)). Darüber hinaus ist das Ergebnis aus der Währungsumrechnung des Sicherungsgeschäfts einer Nettoinvestition in eine ausländische Teileinheit gemäß Anhangangabe (8) in der Rücklage aus der Währungsumrechnung erfasst.

Angaben zu Finanzinstrumenten

(59) Sicherheitsleistungen

Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte

Die Sicherheitsleistungen erfolgen unter Bedingungen, die für die betreffenden Pensions-, Wertpapier- und Finanzierungs-

geschäfte handelsüblich sind. Nachstehende Vermögenswerte sind zum Bilanzstichtag als Sicherheit für eigene Verbindlichkeiten verpfändet oder übertragen (Buchwerte):

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Finanzielle Vermögenswerte	8.659	14.166
Handelsaktiva	8	5.985
Forderungen an Kreditinstitute	5.025	4.407
Forderungen an Kunden	781	759
Finanzanlagen	2.845	3.015
Nicht finanzielle Vermögenswerte	1.225	987
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	1.051	807
Sachanlagen	174	180
Gesamt	9.884	15.153

Die Stellung von finanziellen Sicherheiten erfolgt dabei für nachstehende Geschäfte:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Sicherheiten für Refinanzierungsgeschäfte mit Zentralnotenbanken	200	2.404
Sicherheiten für Geschäfte an Börsen und Clearing-Häusern	1.062	773
Im Rahmen von Repo-Geschäften übertragene Wertpapiere	–	3.717
Gestellte Barsicherheiten	5.814	5.180
Sonstige gestellte Sicherheiten	1.583	2.092
Gesamt	8.659	14.166

Barsicherheiten werden im Geschäft mit zentralen Kontrahenten, mit Terminbörsen und bei OTC-Derivaten gestellt. Die sonstigen gestellten Sicherheiten dienen im Wesentlichen der Besicherung von Geschäften mit der Europäischen Investitionsbank.

Ferner führt die Bank grundpfandrechlich besicherte Forderungen und Kommunalforderungen sowie weitere Deckungswerte im Deckungsstock nach § 12 beziehungsweise § 30 PfandBG. Zum 31. Dezember 2016 belief sich die Deckungsmasse auf 34.252 Mio. € (31. Dezember 2015: 34.231 Mio. €) bei einem Umlauf an Hypotheken- und öffentlichen Pfandbriefen in Höhe von 27.256 Mio. € (31. Dezember 2015: 28.978 Mio. €). Diese umfassen auch Namenspapiere, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ausgewiesen werden.

Als Sicherheit hereingenommene Vermögenswerte

Die Hereinnahme von Sicherheiten erfolgt unter Bedingungen, die für die betreffenden Pensions-, Wertpapier- und Finanzierungsgeschäfte handelsüblich sind.

Der beizulegende Zeitwert der im Rahmen von echten Pensionsgeschäften hereingenommenen Sicherheiten, bei denen es der Helaba gestattet ist, diese ohne Ausfall des Sicherungsgebers zu verwerten oder weiterzuverpfänden, beträgt 3 Mio. € (31. Dezember 2015: 104 Mio. €). Derartige Sicherheiten mit einem beizulegenden Zeitwert von 3 Mio. € (31. Dezember 2015: 30 Mio. €) wurden weiterverkauft beziehungsweise weiterverpfändet.

Bezüglich der Angaben zu erhaltenen Sicherheiten im Rahmen des klassischen Kreditgeschäfts verweisen wir auf Anhangangabe (73).

(60) Übertragung finanzieller Vermögenswerte ohne Ausbuchung

Der Helaba-Konzern überträgt im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihegeschäften finanzielle Vermögenswerte, bei denen jedoch die mit dem Eigentum dieser Vermögenswerte verbundenen wesentlichen Bonitäts-, Zinsänderungs- und Währungsrisiken sowie Chancen auf Wertsteigerungen beim Helaba-Konzern verbleiben. Somit sind die Voraussetzungen für eine Ausbuchung gemäß IAS 39 nicht erfüllt und die finanziellen Vermögenswerte werden weiterhin in der Konzernbilanz ausgewiesen und gemäß der zugeordneten Bewertungskategorie bewertet.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Buchwerte der übertragenen Vermögenswerte, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, getrennt nach den zugrunde liegenden Transaktionen, sowie die hierzu korrespondierenden Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2015. Zum 31. Dezember 2016 lagen keine Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten aus dem Eigenbestand des Konzerns im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften oder Wertpapierleihegeschäften vor.

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Buchwert der im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften übertragenen, nicht ausgebuchten finanziellen Vermögenswerte	–	3.377
Handelsaktiva	–	2.090
Finanzanlagen	–	1.287
Buchwert der Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften	–	3.295
Buchwert der im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften übertragenen, nicht ausgebuchten finanziellen Vermögenswerte	–	87
Finanzanlagen	–	87

Es handelt sich bei den oben aufgeführten finanziellen Vermögenswerten zum 31. Dezember 2015 ausschließlich um Wertpapiere aus dem Eigenbestand des Helaba-Konzerns. Darüber hinaus werden im Rahmen von Pensions- und Leihegeschäften auch von Dritten in Pension genommene oder entliehene Wertpapiere, die nicht in der Konzernbilanz angesetzt werden dürfen, übertragen.

Die übertragenen Wertpapiere können vom Pensionsnehmer beziehungsweise Entleiher jederzeit weiterveräußert oder verpfändet werden. Die vertraglichen Zahlungsströme aus den Wertpapieren stehen in der Regel jedoch weiterhin dem Helaba-Konzern zu.

(61) Übertragung finanzieller Vermögenswerte mit Ausbuchung

Verträge zur Veräußerung und zum Erwerb von Anteilen an Unternehmen (Beteiligungsgeschäft) beinhalten transaktionsübliche Zusicherungen insbesondere zu den steuerlichen und

rechtlichen Verhältnissen. Hierfür bestehen Rückstellungen in Höhe von 10 Mio. € (31. Dezember 2015: 9 Mio. €).

(62) Angaben zur bilanziellen Aufrechnung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

Entsprechend den in IFRS 7 geforderten Angaben für saldierte Finanzinstrumente wird nachfolgend eine Überleitung von der Brutto- auf die Nettorisikoposition von Finanzinstrumenten vorgenommen. Die Angaben beziehen sich sowohl auf saldierte Finanzinstrumente als auch auf solche, die einer Globalaufrechnungsvereinbarung unterliegen.

Die Aufrechnungen im Derivategeschäft betreffen sowohl die positiven und negativen Marktwerte aus Derivaten als auch

zugehörige Barsicherheiten, die unter den Forderungen an Kunden beziehungsweise Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gezeigt werden.

In der folgenden Tabelle wird die Überleitung der Bruttobuchwerte der bilanziell saldierten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf den Bilanzwert zum 31. Dezember 2016 dargestellt.

in Mio. €

	Bruttobuchwert vor Saldierung	Bruttobuchwert saldierter Finanzinstrumente	Bilanzausweis
Vermögenswerte			
Derivative Geschäfte	18.927	-2.560	16.367
Wertpapierpensionsgeschäfte	3	-	3
Sonstige Vermögenswerte	9.880	-7.971	1.909
Gesamt	28.810	-10.531	18.279
Verbindlichkeiten			
Derivative Geschäfte	17.250	-2.537	14.713
Sonstige Verbindlichkeiten	8.452	-7.993	459
Gesamt	25.702	-10.530	15.172

Des Weiteren hat die Helaba mit Kontrahenten im Derivate- und Wertpapierpensionsgeschäft Master-Netting-Agreements abgeschlossen, die bedingte Saldierungsrechte beinhalten. Bei Eintritt dieser Bedingungen, zum Beispiel einem bonitäts-

bedingten Ausfall des Kontrahenten, erfolgt eine Abrechnung auf saldiertes Basis. Zum 31. Dezember 2016 ergeben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	Bilanzausweis	Bedingte Saldierungsrechte durch Master-Netting-Agreements		Nettobetrag nach Berücksichtigung bedingter Saldierungsrechte
		Sicherheiten in Form finanzieller Verbindlichkeiten/ Vermögenswerte	Barsicherheiten ¹⁾	
Vermögenswerte				
Derivative Geschäfte	16.367	-8.395	-1.503	6.469
Wertpapierpensionsgeschäfte	3	-3	-	-
Sonstige Vermögenswerte	1.909	-	-	1.909
Gesamt	18.279	-8.398	-1.503	8.378
Verbindlichkeiten				
Derivative Geschäfte	14.713	-8.395	-5.409	909
Sonstige Verbindlichkeiten	459	-	-	459
Gesamt	15.172	-8.395	-5.409	1.368

¹⁾ Die Darstellung enthält keine bedingten Aufrechnungsmöglichkeiten aus grundpfandrechtlichen oder sonstigen Kreditsicherheiten außerhalb von Master-Netting-Agreements.

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2015:

in Mio. €

	Bruttobuchwert vor Saldierung	Bruttobuchwert saldierter Finanzinstrumente	Bilanzausweis
Vermögenswerte			
Derivative Geschäfte	18.290	-1.980	16.310
Wertpapierpensionsgeschäfte	105	-	105
Sonstige Vermögenswerte	3.837	-3.636	201
Gesamt	22.232	-5.616	16.616
Verbindlichkeiten			
Derivative Geschäfte	16.705	-1.935	14.770
Wertpapierpensionsgeschäfte	3.627	-	3.627
Sonstige Verbindlichkeiten	4.240	-3.681	559
Gesamt	24.572	-5.616	18.956

in Mio. €

	Bilanzausweis	Bedingte Saldierungsrechte durch Master-Netting-Agreements		Nettobetrag nach Berücksichtigung bedingter Saldierungsrechte
		Sicherheiten in Form finanzieller Verbindlichkeiten/ Vermögenswerte	Barsicherheiten ¹⁾	
Vermögenswerte				
Derivative Geschäfte	16.310	-8.858	-1.231	6.221
Wertpapierpensionsgeschäfte	105	-103	-	2
Sonstige Vermögenswerte	201	-	-	201
Gesamt	16.616	-8.961	-1.231	6.424
Verbindlichkeiten				
Derivative Geschäfte	14.770	-8.857	-5.045	868
Wertpapierpensionsgeschäfte	3.627	-3.622	-	5
Sonstige Verbindlichkeiten	559	-	-	559
Gesamt	18.956	-12.479	-5.045	1.432

¹⁾ Die Darstellung enthält keine bedingten Aufrechnungsmöglichkeiten aus grundpfandrechtlichen oder sonstigen Kreditsicherheiten außerhalb von Master-Netting-Agreements.

(63) Nachrangige Vermögenswerte

Folgende Bilanzposten enthalten nachrangige Vermögenswerte:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kreditinstitute	33	33
Forderungen an Kunden	216	353
Davon: an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7	15
Gesamt	249	386

Vermögenswerte werden als nachrangig ausgewiesen, wenn sie im Fall der Liquidation oder Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

(64) Fremdwährungsvolumina

in Mio. €

	Fremdwährungsaktiva		Fremdwährungspassiva	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
USD	17.524	19.140	9.508	10.348
GBP	6.214	7.181	2.050	2.393
CHF	1.363	1.799	279	357
JPY	473	437	477	424
Andere Währungen	994	943	258	384
Gesamt	26.568	29.500	12.572	13.906

Die hier dargestellten Fremdwährungsaktiva und -passiva beziehen sich auf nicht derivative Finanzinstrumente. Die Fremdwährungspositionen sind unter Berücksichtigung von entsprechend gegenläufigen derivativen Geschäften geschlossen.

(65) Restlaufzeitengliederung

Zum 31. Dezember 2016 gliedern sich die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten wie folgt:

in Mio. €

	Täglich fällig	Bis drei Monate	Drei Monate bis ein Jahr	Ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	30.866	13.922	30.199	40.463	31.203
Handelspassiva	322	2.630	4.843	–	123
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.777	1.694	3.454	11.040	9.654
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	23.767	3.273	6.806	7.079	9.004
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	6.316	14.330	21.691	9.357
Nachrangkapital	–	9	766	653	3.065
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	10.795	463	680	2.145	1.565
Handelspassiva	10.795	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	–	463	680	2.145	1.565
Unwiderrufliche Kreditzusagen	704	973	2.852	13.988	1.133
Gesamt	42.365	15.358	33.731	56.596	33.901

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2015:

in Mio. €

	Täglich fällig	Bis drei Monate	Drei Monate bis ein Jahr	Ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	31.306	22.023	28.481	42.569	30.890
Handelspassiva	884	5.340	5.685	–	124
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.725	5.540	5.854	11.834	8.472
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	23.697	3.605	6.809	7.322	10.161
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	7.529	9.483	22.153	8.960
Nachrangkapital	–	9	650	1.260	3.173
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	10.390	423	616	2.413	1.599
Handelspassiva	10.390	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	–	423	616	2.413	1.599
Unwiderrufliche Kreditzusagen	602	821	2.681	12.529	2.581
Gesamt	42.298	23.267	31.778	57.511	35.070

Für die Restlaufzeitengliederung der finanziellen Verbindlichkeiten wurden die undiskontierten Cashflows gemäß den vertraglich vereinbarten Fälligkeitsterminen auf die einzelnen Laufzeitbänder verteilt. Falls keine feste vertragliche Vereinbarung für den Rückzahlungszeitpunkt bestand, ist der frühestmögliche Zeitpunkt beziehungsweise die Kündigungsmöglichkeit herangezogen worden. Dies gilt insbesondere für aufgenommene Tagesgelder und Sichteinlagen sowie für Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist.

Die unter den Handelspassiva ausgewiesenen nicht derivativen finanziellen Verbindlichkeiten wurden mit Buchwerten und die unwiderruflichen Kreditzusagen mit dem Nominalwert in die Restlaufzeitengliederung einbezogen. Derivate des Handelsbestands werden mit ihrem Buchwert dem kürzesten Laufzeitband zugeordnet, die unwiderruflichen Kreditzusagen dem Band, zu dem die Inanspruchnahme frühestens möglich ist. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen gemäß Anhangangabe (74) können bis zum Garantiehöchstbetrag grundsätzlich jederzeit in Anspruch genommen werden.

(66) Derivative Geschäfte

Der Helaba-Konzern setzt derivative Finanzinstrumente sowohl für Handels- als auch für Sicherungsgeschäfte ein.

Derivate können als standardisierte Kontrakte an der Börse oder individuell ausgehandelt als OTC-Derivate außerbörslich abgeschlossen werden.

Die Nominalwerte entsprechen dem Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe. Dieser Wert dient als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, es handelt sich jedoch nicht um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Nominal- und Marktwerte derivativer Geschäfte ergeben sich zu den Stichtagen wie folgt:

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Aktien-/indexbezogene Geschäfte	3.646	3.464	143	168	137	167
OTC-Produkte	2.735	2.339	124	149	118	121
Aktioptionen	2.735	2.339	124	149	118	121
Käufe	1.548	1.355	124	149	–	–
Verkäufe	1.187	984	–	–	118	121
Börsengehandelte Produkte	911	1.125	19	19	19	46
Aktien-/Index-Futures	212	364	3	4	–	11
Aktien-/Indexoptionen	699	761	16	15	19	35
Zinsbezogene Geschäfte	418.466	474.730	14.344	14.610	12.144	12.199
OTC-Produkte	407.859	462.650	14.342	14.603	12.135	12.194
Forward Rate Agreements	2.920	18.269	–	–	–	–
Zins-Swaps	355.341	389.324	13.026	12.515	8.729	9.367
Zinsoptionen	49.491	55.047	1.316	2.088	3.406	2.827
Käufe	17.670	22.906	1.241	2.017	39	22
Verkäufe	31.822	32.142	75	71	3.367	2.806
Sonstige Zinskontrakte	107	10	–	–	–	–
Börsengehandelte Produkte	10.607	12.080	2	7	9	5
Zins-Futures	10.587	12.080	2	7	9	5
Zinsoptionen	20	–	–	–	–	–
Währungsbezogene Geschäfte	74.322	67.652	1.844	1.493	2.396	2.364
OTC-Produkte	74.322	67.652	1.844	1.493	2.396	2.364
Devisenkassa- und -termingeschäfte	49.010	41.314	968	813	832	638
Zins-/Währungs-Swaps	24.650	25.582	868	666	1.556	1.710
Devisenoptionen	662	756	8	14	8	16
Käufe	328	377	8	14	–	–
Verkäufe	333	379	–	–	8	16
Kreditderivate	5.828	5.135	32	31	32	32
OTC-Produkte	5.828	5.135	32	31	32	32
Warenbezogene Geschäfte	147	141	4	8	4	8
OTC-Produkte	147	141	4	8	4	8
Commodity Swaps	53	40	4	8	4	8
Commodity-Optionen	94	101	–	–	–	–
Gesamt	502.409	551.122	16.367	16.310	14.713	14.770

Nominalwerte nach Restlaufzeiten:

in Mio. €

	Aktien-/indexbezogene Geschäfte		Zinsbezogene Geschäfte		Währungsbezogene Geschäfte	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Bis drei Monate	354	672	33.000	34.053	28.838	24.960
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	707	890	43.463	87.297	18.638	14.901
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.435	1.826	185.508	186.850	20.792	22.056
Mehr als fünf Jahre	150	76	156.495	166.530	6.054	5.735
Gesamt	3.646	3.464	418.466	474.730	74.322	67.652

in Mio. €

	Kreditderivate		Warenbezogene Geschäfte		Gesamt	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	Bis drei Monate	130	87	48	50	62.370
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.311	608	32	46	64.151	103.742
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.253	4.356	67	45	213.055	215.133
Mehr als fünf Jahre	134	84	-	-	162.833	172.425
Gesamt	5.828	5.135	147	141	502.409	551.122

Die derivativen Geschäfte bestehen mit folgenden Kontrahenten:

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	OECD-Banken	208.678	219.785	8.469	8.944	11.885
Banken außerhalb der OECD	21	13	-	-	1	1
Sonstige Kontrahenten (inklusive Börsen)	259.804	283.465	3.222	3.180	1.117	1.033
Öffentliche Stellen in der OECD	33.906	47.859	4.676	4.186	1.710	1.977
Gesamt	502.409	551.122	16.367	16.310	14.713	14.770

(67) Buchwerte und Ergebnisse nach Bewertungskategorien

In der folgenden Tabelle sind die Buchwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten per 31. Dezember 2016 nach den Bewertungskategorien des IAS 39 gegliedert dargestellt. Ersichtlich ist auch der Ausweis in der Bilanz.

in Mio. €

	LaR/OL	AfS	HfT	FVO	Gesamt
Aktiva					
Barreserve	1.296		1.800		3.096
Forderungen an Kreditinstitute	15.235			-	15.235
Forderungen an Kunden	92.566			512	93.078
Handelsaktiva			20.498		20.498
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			4.024		4.024
Finanzanlagen		23.839		1.932	25.771
Gesamt	109.097	23.839	26.322	2.444	161.702
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	29.755			383	30.138
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	43.285			3.539	46.824
Verbriefte Verbindlichkeiten	45.362			5.586	50.948
Handelspassiva			18.713		18.713
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			3.918		3.918
Nachrangkapital	3.524			99	3.623
Gesamt	121.926		22.631	9.607	154.164

Die unter den sonstigen Aktiva beziehungsweise sonstigen Passiva ausgewiesenen finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind wie im Vorjahr der Kategorie LaR beziehungsweise OL zugeordnet.

Nachfolgend die entsprechenden Buchwerte per 31. Dezember 2015:

in Mio. €

	LaR/OL	AfS	HfT	FVO	Gesamt
Aktiva					
Barreserve ¹⁾	1.527		382		1.909
Forderungen an Kreditinstitute	17.144			–	17.144
Forderungen an Kunden	92.587			607	93.194
Handelsaktiva			26.078		26.078
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			4.376		4.376
Finanzanlagen		23.521		3.054	26.575
Gesamt	111.258	23.521	30.836	3.661	169.276
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35.735			241	35.976
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	44.346			3.381	47.727
Verbriefte Verbindlichkeiten	40.926			6.147	47.073
Handelsspassiva			22.423		22.423
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			4.380		4.380
Nachrangkapital ²⁾	3.936			100	4.036
Gesamt	124.943		26.803	9.869	161.615

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Zentralbankguthaben bei der Deutschen Bundesbank, die der Kategorie HfT zugeordnet sind, wurden in Höhe von 382 Mio. € in der Kategorie LaR ausgewiesen.

²⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Im Nachrangkapital der Kategorie OL ausgewiesene, bereits fälligen Zinsen in Höhe von 50 Mio. € wurden in die sonstigen Passiva umgliedert.

In der folgenden Tabelle sind pro Bewertungskategorie die erfassten Ergebnisbeiträge aus Finanzinstrumenten für das Geschäftsjahr 2016 dargestellt:

in Mio. €

	LaR	OL	AfS	HfT	FVO	Derivate Nichthandel	Gesamt
Zinsüberschuss	2.511	–1.481	281		–138	100	1.273
Risikovorsorge	–154						–154
Handelsergebnis				146			146
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					86	–35	51
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	–3	–17				15	–5
Ergebnis aus Finanzanlagen			45				45
Erfolgsneutrale Ergebnisbeiträge			63				63
Gesamt	2.354	–1.498	389	146	–52	80	1.419

Für das Jahr 2015 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	LaR	OL	Afs	Hft	FVO	Derivate Nichthandel	Gesamt
Zinsüberschuss	2.758	-1.687	292		-164	154	1.353
Risikovorsorge	-237						-237
Handelsergebnis				190			190
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanz- instrumenten der FVO					126	-104	22
Ergebnis aus Sicherungs- zusammenhängen	3	10				-10	3
Ergebnis aus Finanzanlagen			7				7
Erfolgsneutrale Ergebnisbeiträge			-62				-62
Gesamt	2.524	-1.677	237	190	-38	40	1.276

Der Zinsüberschuss gemäß Gewinn- und Verlustrechnung enthält neben Zinsen aus Finanzinstrumenten das Zinsergebnis aus Pensionsverpflichtungen und anderen langfristigen Rückstellungen.

Der Zinsüberschuss enthält Zinserträge und Zinsaufwendungen aus nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten in Höhe von 2.834 Mio. € (2015: 3.050 Mio. €) beziehungsweise -1.523 Mio. € (2015: -1.687 Mio. €).

(68) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Nachfolgende Übersicht enthält eine Gegenüberstellung der beizulegenden Zeitwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten mit ihren jeweiligen Buchwerten. Darüber hinaus sind unter den sonstigen Aktiva beziehungsweise

sonstigen Passiva weitere finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ausgewiesen, deren beizulegender Zeitwert dem Buchwert entspricht.

in Mio. €

	Fair Value		Buchwert		Differenz	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Aktiva						
Barreserve	3.096	1.909	3.096	1.909	-	-
Forderungen an Kreditinstitute ¹⁾	15.346	17.281	15.234	17.142	112	139
Forderungen an Kunden ¹⁾	97.557	97.474	92.307	92.210	5.250	5.264
Handelsaktiva	20.498	26.078	20.498	26.078	-	-
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	4.024	4.376	4.024	4.376	-	-
Finanzanlagen	25.771	26.575	25.771	26.575	-	-
Gesamt	166.292	173.693	160.930	168.290	5.362	5.403
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.098	37.074	30.138	35.976	960	1.098
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	48.162	48.983	46.824	47.727	1.338	1.256
Verbriefte Verbindlichkeiten	51.245	47.511	50.948	47.073	297	438
Handelspassiva	18.713	22.423	18.713	22.423	-	-
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	3.918	4.380	3.918	4.380	-	-
Nachrangkapital ²⁾	3.971	4.447	3.623	4.036	348	411
Gesamt	157.107	164.818	154.164	161.615	2.943	3.203

¹⁾ Nettobuchwert nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

²⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Im Nachrangkapital wurden bei den Angaben zum Fair Value und zum Buchwert bereits fällige Zinsen in Höhe von 50 Mio. € ausgewiesen, die in die sonstigen Passiva umgegliedert wurden.

Die Aufteilung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente nach der Hierarchie der verwendeten Inputdaten gemäß Anhangangabe (6) ergibt sich auf der Aktivseite wie folgt:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Nicht derivative Finanzinstrumente	29.784	36.246	4.176	4.320	447	729	34.407	41.295
Forderungen an Kunden			411	504	101	103	512	607
Handelsaktiva	6.144	11.532	1.974	2.504	37	108	8.155	14.144
Finanzanlagen	23.640	24.714	1.791	1.312	309	518	25.740	26.544
Derivate	21	26	16.233	16.164	113	120	16.367	16.310
Handelsaktiva	20	21	12.234	11.816	89	97	12.343	11.934
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	1	5	3.999	4.348	24	23	4.024	4.376
Gesamt	29.805	36.272	20.409	20.484	560	849	50.774	57.605

Auf der Passivseite ergibt sich folgende Aufteilung:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Nicht derivative Finanzinstrumente	139	347	16.878	21.095	508	460	17.525	21.902
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			373	231	10	10	383	241
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			3.491	3.344	48	37	3.539	3.381
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	–	5.136	5.734	450	413	5.586	6.147
Handelsspassiva	139	347	7.779	11.686	–	–	7.918	12.033
Nachrangkapital	–	–	99	100	–	–	99	100
Derivate	28	51	14.588	14.612	97	107	14.713	14.770
Handelsspassiva	24	47	10.681	10.244	90	99	10.795	10.390
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	4	4	3.907	4.368	7	8	3.918	4.380
Gesamt	167	398	31.466	35.707	605	567	32.238	36.672

Die Veränderungen innerhalb der drei Bewertungslevel resultieren überwiegend aus Zu- und Abgängen und nicht aus Übertragungen zwischen ihnen.

Die Aktivbestände der nicht derivativen Finanzinstrumente in Level 3 verteilen sich wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kunden	101	103
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	42	268
Schuldverschreibungen, Anleihen	–	161
Schuldscheine	37	107
Asset Backed Securities	5	–
Nicht börsennotierte Unternehmensanteile	95	77
Investmentanteile	77	127
Ankauf von Forderungen aus Kapitallebensversicherungen	132	154
Gesamt	447	729

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Level 3 verteilt sich auf die Rating-Stufen wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
AAA	35	38
AA	–	214
A	–	15
BBB und schlechter	7	1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	42	268

Bei der Modellbewertung der Bestände, die Level 3 zugeordnet sind, wurden Parameter verwendet, durch die ein Preis ermittelt wird, den rational handelnde Marktteilnehmer zugrunde legen würden. Für einzelne Inputfaktoren könnten alternativ günstigere oder nachteiligere Faktoren angesetzt werden.

Bei Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren betrifft dies im Wesentlichen die Einschätzung und Festlegung von Credit Spreads. Dabei werden Szenariowerte auf Basis ermittelter historischer Standardabweichungen in den betroffenen Sektoren herangezogen. Die hierbei ermittelten Abweichungen sind wie im Vorjahr unwesentlich.

Für nicht börsennotierte Unternehmensanteile sowie Investmentanteile, deren beizulegende Zeitwerte über Ertragswertberechnungen ermittelt werden, wurden Simulationen vorgenommen. Hierzu wurden im Wesentlichen die zu diskontierenden

Cashflows um 10 % erhöht beziehungsweise reduziert. Auf Basis der dabei ermittelten Marktwerte wurden alternativ verwendbare Werte ermittelt, die um bis zu 18 Mio. € (31. Dezember 2015: 21 Mio. €) nach oben und unten abweichen können.

Für die angekauften Forderungen aus Kapitallebensversicherungen werden aufgrund der Bewertung auf Basis der Rückkaufswerte der Lebensversicherungen keine wesentlichen Sensitivitäten gesehen.

Bei der Bewertung der verbrieften Verbindlichkeiten werden Bewertungsparameter herangezogen, die Sensitivitäten aufweisen können, die jedoch im Wesentlichen abgesichert sind. Verbleibende Sensitivitäten sind für die Bewertung unwesentlich.

Die sonstigen dem Level 3 zugeordneten Bestände weisen keine wesentlichen Sensitivitäten aus.

In den folgenden Tabellen werden die Entwicklung des Bestands an zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten, die dem Level 3 zugeordnet sind, sowie das Bewertungsergebnis der zum 31. Dezember noch im Bestand befindlichen Finanzinstrumente ausgewiesen:

in Mio. €

Aktiva	Forderungen an Kunden		Handelsaktiva		Finanzanlagen	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Buchwert zum 1.1.	103	110	108	143	518	667
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste						
Zinsergebnis	-	13			-	10
Handelsergebnis			1	-2		
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	2	-1			-	-6
Ergebnis aus Finanzanlagen					-7	2
Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne oder Verluste					12	-2
Zugänge	-	-	-	102	6	12
Abgänge/Abwicklungen	-4	-19	-14	-83	-223	-193
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-	-	2	5
Übertragungen aus Level 2	-	-	-	-	5	28
Übertragungen in Level 2	-	-	-58	-52	-4	-5
Buchwert zum 31.12.	101	103	37	108	309	518
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus finanziellen Vermögenswerten im Bestand	2	1	-3	-1	-1	-6

in Mio. €

Aktiva	Positive Marktwerte des Handelsbestands		Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	
	2016	2015	2016	2015
Buchwert zum 1.1.	97	66	23	41
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste				
Zinsergebnis			-3	-1
Handelsergebnis	31	45		
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO			4	-16
Zugänge	6	5	-	-
Abgänge/Abwicklungen	-11	-8	-	-1
Übertragungen aus Level 2	-	-	-	-
Übertragungen in Level 2	-34	-11	-	-
Buchwert zum 31.12.	89	97	24	23
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus finanziellen Vermögenswerten im Bestand	30	69	6	-11

in Mio. €

Passiva	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		Verbriefte Verbindlichkeiten	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Buchwert zum 1.1.	10	36	37	45	413	456
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste						
Zinsergebnis	-	1	1	2	-	5
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	-	-	13	5	4	-18
Zugänge	-	21	10	36	73	45
Abgänge/Abwicklungen	-	-48	-13	-51	-34	-75
Übertragungen in Level 2	-	-	-	-	-6	-
Buchwert zum 31.12.	10	10	48	37	450	413
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus Verbindlichkeiten im Bestand	-	-1	-12	-6	-9	33

in Mio. €

Passiva	Negative Marktwerte des Handelsbestands		Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	
	2016	2015	2016	2015
Buchwert zum 1.1.	99	66	8	3
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste				
Zinsergebnis			-1	-
Handelsergebnis	30	45		
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO			-1	4
Zugänge	6	5	1	1
Abgänge/Abwicklungen	-11	-8	-	-
Übertragungen in Level 2	-34	-9	-	-
Buchwert zum 31.12.	90	99	7	8
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus Verbindlichkeiten im Bestand	-30	-69	-	-7

Die nachfolgende Übersicht enthält eine Aufteilung der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente nach der Hierarchie der Fair Value-Level:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015 ¹⁾	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Aktiva								
Barreserve	3.096	1.909					3.096	1.909
Forderungen an Kreditinstitute			10.726	12.515	4.620	4.766	15.346	17.281
Forderungen an Kunden			81.342	87.581	15.703	9.286	97.045	96.867
Finanzanlagen	–	–	–	–	31	31	31	31
Gesamt	3.096	1.909	92.068	100.096	20.354	14.083	115.518	116.088
Passiva								
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			25.498	31.625	5.217	5.208	30.715	36.833
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			39.997	41.028	4.626	4.574	44.623	45.602
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.184	2.015	43.475	39.349	–	–	45.659	41.364
Nachrangkapital	525	524	3.347	3.823	–	–	3.872	4.347
Gesamt	2.709	2.539	112.317	115.825	9.843	9.782	124.869	128.146

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Im Nachrangkapital wurden bei den Angaben zum Fair Value und zum Buchwert bereits fällige Zinsen in Höhe von 50 Mio. € ausgewiesen, die in die sonstigen Passiva umgegliedert wurden.

Die unter Level 3 ausgewiesenen Bestände betreffen Geschäftsarten, bei denen im Regelfall nicht für alle wesentlichen Inputfaktoren beobachtbare Bewertungsparameter vorliegen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um das Förder- und Retail-Geschäft. Aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus

hat die Bewertung der Bonität der Kunden auf den gesamten Fair Value an Bedeutung gewonnen. Da sie kundenspezifisch ermittelt wird, gab es bei den Forderungen an Kunden Verschiebungen von Level 2 nach Level 3.

(69) Umkategorisierung finanzieller Vermögenswerte

In Einklang mit IAS 39 und IFRS 7 hat der Helaba-Konzern im zweiten Halbjahr 2008 bestimmte Handelsaktiva und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in die Bewertungskategorie LaR umkategorisiert. Hierbei wurden Vermögenswerte umkategorisiert, bei denen am 1. Juli 2008 eindeutig keine kurzfristige Verkaufs- oder Handelsabsicht mehr bestand, sondern die stattdessen auf absehbare Zeit im Bestand gehalten werden sollten. Gemäß dem geänderten IAS 39 erfolgte die

Umkategorisierung mit Wirkung zum 1. Juli 2008 zu dem an diesem Stichtag ermittelten beizulegenden Zeitwert. Seitdem wurden keine weiteren Umkategorisierungen vorgenommen.

Mit der Umkategorisierung wurde auch der Bilanzausweis geändert (Umgliederung). Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte und die beizulegenden Zeitwerte der umgegliederten Vermögenswerte:

in Mio. €

	31.12.2016 Buchwert	31.12.2016 Zeitwert	31.12.2015 Buchwert	31.12.2015 Zeitwert	1.7.2008 Buchwert
Handelsaktiva, umgegliedert zu Forderungen an Kunden	64	63	73	71	437
Finanzanlagen, umgegliedert zu Forderungen an Kunden	25	25	41	40	1.722
Gesamt	89	88	114	111	2.159

Wären die Umkategorisierungen nicht vorgenommen worden, wären in 2016 für Handelsaktiva in der Gewinn- und Verlustrechnung zusätzliche unrealisierte Bewertungsgewinne von 1 Mio. € (2015: –1 Mio. €) und für Finanzanlagen im Eigenkapital zusätzliche unrealisierte Bewertungsergebnisse von 0 Mio. € (2015: –1 Mio. €) entstanden.

Wie bereits im Vorjahr ergaben sich im laufenden Geschäftsjahr keine wesentlichen Effekte aus den umgewidmeten Vermögenswerten auf die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns.

(70) Angaben zu Finanzinstrumenten der Fair Value-Option

Für Forderungen und Verbindlichkeiten, die der FVO zugeordnet sind, werden die kumulierten Änderungen der Buchwerte, die auf das Kreditrisiko zurückzuführen sind, ermittelt. Hierzu wird für jedes dieser Finanzinstrumente die Differenz zwischen der aktuellen Bewertung und der historischen Bewertung im Zugangszeitpunkt herangezogen und um aus nicht bonitäts-

bezogenen Marktkonditionen resultierende Wertänderungen bereinigt. Für Finanzinstrumente, die zum 31. Dezember noch im Bestand waren, wird der Betrag ausgewiesen, der in der Berichtsperiode in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt wurde. Die entsprechenden Werte können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

in Mio. €

	Buchwert		Berichtsperiode		Kumuliert	
	31.12.2016	31.12.2015	2016	2015	31.12.2016	31.12.2015
	Forderungen an Kunden	512	607	1	3	–6
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.864	2.901	–1	4	–3	–2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	68	153				
Gesamt	2.444	3.661	–	7	–9	–9

in Mio. €

	Buchwert		Berichtsperiode		Kumuliert	
	31.12.2016	31.12.2015	2016	2015	31.12.2016	31.12.2015
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	383	241	–3	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.539	3.381	45	–5	20	67
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.586	6.147	34	8	–16	19
Nachrangkapital	99	100	–1	–1	1	1
Gesamt	9.607	9.869	75	2	5	90

In der nachfolgenden Übersicht werden die Rückzahlungsbeiträge der Verbindlichkeiten, die der FVO zugeordnet sind, ihren jeweiligen aktuellen Buchwerten gegenübergestellt:

in Mio. €

	Rückzahlungsbetrag		Buchwert		Differenz	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	401	247	383	241	18
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.163	4.129	3.539	3.381	624	748
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.614	6.335	5.586	6.147	28	188
Nachrangkapital	98	98	99	100	–1	–2
Gesamt	10.276	10.809	9.607	9.869	669	940

(71) Angaben zur Emissionstätigkeit

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der verbrieften Refinanzierungsmittel des Helaba-Konzerns im Berichtszeitraum:

in Mio. €

	Verbrieftes Verbindlichkeiten des Handels		Verbrieftes Verbindlichkeiten		Verbrieftes Nachrangkapital		Gesamt	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015 ¹⁾	2016	2015 ¹⁾
	Stand zum 1.1.	4.664	2.019	47.073	48.320	1.836	3.372	53.573
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-20	153	41	364	-	3	21	520
Zugänge aus Emissionen	5.571	13.861	52.229	49.158	-	289	57.800	63.308
Zugänge aus dem Wiederverkauf von vorherigen Rückkäufen	-	-	1.121	2.020	2	3	1.123	2.023
Abgänge durch Rückzahlung	-8.542	-11.375	-48.214	-50.252	-303	-1.784	-57.059	-63.411
Abgänge durch Rückkäufe	-5	-10	-1.191	-2.178	-2	-3	-1.198	-2.191
Veränderung der abgegrenzten Zinsen	-1	-	-71	-105	-	-	-72	-105
Erfolgswirksame Wertänderungen	8	16	-40	-254	-6	-44	-38	-282
Stand zum 31.12.	1.675	4.664	50.948	47.073	1.527	1.836	54.150	53.573

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Im verbrieften Nachrangkapital wurden zum Jahresultimo fällige Zinsen im Buchwert ausgewiesen, die in die sonstigen Passiva umgegliedert wurden. Aus diesem Grund wurden die Stände zum 1. Januar 2015 und zum 31. Dezember 2015 um -16 Mio. € angepasst.

Im Rahmen der Emissionstätigkeit des Helaba-Konzerns werden kurzfristige Geldmarktpapiere, Aktien- und Indexzertifikate, mittel- und langfristige Schuldverschreibungen und Nachrangmittel am Geld- und Kapitalmarkt platziert.

Die Zugänge aus Emissionen und Abgänge durch Rückzahlungen umfassen auch das Platzierungsvolumen von kurzfristigen

Geldmarktpapieren, die zum Ende des Geschäftsjahres bereits wieder getilgt sein können. Die erfolgswirksamen Wertänderungen resultieren aus Bewertungseffekten von zum Abschlussstichtag im Bestand befindlichen finanziellen Verbindlichkeiten, die als gesicherte Grundgeschäfte in das Hedge Accounting einbezogen oder der FVO zugeordnet sind.

(72) Angaben zum Risikomanagement

Das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals steht im Mittelpunkt der Konzernrisikostategie. Zur Risiko- steuerung werden die identifizierten Risiken laufend gemessen

und überwacht. Hierzu werden die Methoden stetig weiterentwickelt. Zur Organisation des Risikomanagements, zu den einzelnen Risikoarten sowie Risikokonzentrationen verweisen wir auf den Risikobericht, der Bestandteil des Lageberichts ist.

(73) Kreditrisiken aus Finanzinstrumenten

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Buchwerte von Forderungen der Kategorie LaR, die durch die Bildung von Einzel- beziehungsweise pauschalierten Einzelwertberichtigungen wertgemindert

wurden. Darüber hinaus sind hier auch die Bruttobuchwerte vor Wertminderung von Finanzanlagen der Kategorie AfS aufgeführt.

in Mio. €

	Buchwert vor Wertberichtigung		Höhe der Wertberichtigung		Buchwert nach Wertberichtigung	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015 ¹⁾	31.12.2016	31.12.2015
	Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	-	3	-	1	-
Forderungen an Kunden (LaR)	1.149	1.668	499	637	650	1.031
Finanzanlagen (AfS)	138	260	98	134	40	126
Gesamt	1.287	1.931	597	786	690	1.159

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Im Vorjahr wurde in den Finanzanlagen ein Konsolidierungseffekt in Höhe von 14 Mio. € nicht berücksichtigt.

Das maximale Kreditrisiko gemäß IFRS 7.36 (a) zum Abschlussstichtag entspricht mit Ausnahme der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden dem Buchwert der finanziellen Vermögenswerte, wie unter Anhangangabe (67) dargestellt, zuzüglich der Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen gemäß Anhangangabe (74). Für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden entspricht das maximale Kreditrisiko dem Buchwert abzüglich der Wertberichtigungen auf Forderungen (siehe Anhangangabe (39)). Es handelt sich bei den Angaben um Beträge ohne Abzug von Sicherheiten oder sonstiger risikomindernder Vereinbarungen.

Für zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Forderungen mit einem Buchwert von 234 Mio. € (31. Dezember 2015: 162 Mio. €), die zum Bilanzstichtag überfällig waren, wurden

keine Wertminderungen gebildet, da nach Einschätzung der Helaba keine wesentliche Veränderung in der Bonität der Schuldner vorliegt und mit einer Tilgung der ausstehenden Beträge gerechnet wird.

Ein finanzieller Vermögenswert wird als überfällig eingestuft, wenn der Vertragspartner den vertraglich vereinbarten Zahlungen aus dem Finanzinstrument nicht fristgerecht nachgekommen ist. Es ist dabei schon ausreichend, wenn bestimmte vertraglich vereinbarte Teilzahlungen (Zinsen oder Teilrückzahlungen) in Verzug sind.

Die nachstehende Tabelle enthält eine Aufgliederung der zum 31. Dezember 2016 überfälligen nicht wertgeminderten Forderungen nach der Dauer des Zahlungsverzugs:

in Mio. €

	Bilanz- ausweis	Verzug bis einen Monat	Verzug über einen Monat bis drei Monate	Verzug über drei Monate bis ein Jahr	Verzug über ein Jahr	Summe Verzug
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	15.235	1	–	–	–	1
Forderungen an Kunden (LaR)	92.566	110	93	19	7	229
Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen (LaR)	36	2	1	1	–	4
Gesamt	107.837	113	94	20	7	234

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2015:

in Mio. €

	Bilanz- ausweis	Verzug bis einen Monat	Verzug über einen Monat bis drei Monate	Verzug über drei Monate bis ein Jahr	Verzug über ein Jahr	Summe Verzug
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	17.144	–	–	–	–	–
Forderungen an Kunden (LaR)	92.587	94	34	19	12	159
Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen (LaR)	51	1	1	1	–	3
Gesamt	109.782	95	35	20	12	162

Die Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen, die im Bilanzposten Sonstige Aktiva ausgewiesen werden, resultieren überwiegend aus fremden Beratungsgebühren, denen Verbindlichkeiten in gleicher Höhe gegenüberstehen, sowie aus dem Immobilienprojektierungs- und Wohnungsbaugeschäft.

Die nachstehende Tabelle enthält eine Aufstellung über gestundete oder neuverhandelte Forderungen zum Bilanzstichtag:

in Mio. €

	Bilanzausweis		Darunter: gestundete oder neuverhandelte Forderungen	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kreditinstitute	15.235	17.144	–	–
Forderungen an Kunden	93.078	93.194	1.414	2.144
Gesamt	108.313	110.338	1.414	2.144

Die Ermittlung von Stundungen oder neuverhandelten Forderungen erfolgt in Einklang mit der Definition des „Forborne Exposures“ der Europäischen Bankenaufsicht (EBA). Das Forborne Exposure umfasst hierbei Schuldverträge mit Forbearance-Maßnahmen, die Zugeständnisse oder Umschuldungen aufgrund bestehender oder zu erwartender finanzieller Leistungsstörungen durch den Schuldner umfassen.

Die nachstehende Tabelle enthält eine Aufstellung über Wertberichtigungen auf gestundete oder neuverhandelte Forderungen zum Bilanzstichtag:

in Mio. €

	Bilanzausweis		Darunter: auf gestundete oder neuverhandelte Forderungen und Kreditzusagen	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kreditinstitute	1	2	–	–
Einzelwertberichtigungen	–	1	–	–
Portfoliowertberichtigungen	1	1	–	–
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden	771	984	359	421
Einzelwertberichtigungen	453	576	336	386
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	46	61	13	20
Portfoliowertberichtigungen	272	347	10	15
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	43	44	2	3
Gesamt	815	1.030	361	424

Der Helaba-Konzern hält zur Besicherung seiner Kreditforderungen insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften sowie Wertpapiere. Zudem kommen andere branchenübliche Sicherungsvereinbarungen zur Anwendung. Die Schätzwerte für die beizulegenden Zeitwerte der Sicherheiten basieren auf der Bewertung der Sicherheiten, die abhängig von Kreditart und -volumen gemäß den Kreditrichtlinien einer laufenden Überwachung und Fortschreibung unterliegen.

Die folgende Tabelle zeigt die Schätzwerte für die beizulegenden Zeitwerte der im Rahmen des klassischen Kreditgeschäfts gehaltenen Sicherheiten zum Bilanzstichtag:

in Mio. €

	Buchwert		Fair Value der Sicherheiten	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kreditinstitute	15.235	17.144	218	169
Forderungen an Kunden	93.078	93.194	34.310	33.837
Eventualverbindlichkeiten	6.310	5.355	287	420
Unwiderrufliche Kreditzusagen	19.650	19.248	550	351
Gesamt	134.273	134.941	35.365	34.777

Für Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten wird eine Bewertungsanpassung (CVA-Adjustment) beim Ausfallrisiko vorgenommen, um erwartete Verluste im Kreditgeschäft abzudecken. Diese Bewertungsanpassung wird bestimmt durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber einem gegebenen Kontrahenten und unter Berücksichtigung gehaltener Sicherheiten, der sich aus Rahmenverträgen ergebenden Aufrechnungseffekte, des erwarteten Verlusts bei Ausfall und

des Kreditrisikos, basierend auf Marktdaten einschließlich CDS-Spreads. Zum 31. Dezember 2016 betragen die Bewertungsanpassungen für Derivate des Handelsbuchs und des Bankbuchs mit positiven Marktwerten 155 Mio. € (31. Dezember 2015: 142 Mio. €).

Für weitere Angaben zu Kreditrisiken verweisen wir auf den Risikobericht, der Bestandteil des Lageberichts ist.

Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen

(74) Eventualverpflichtungen und andere nicht bilanzierte Verpflichtungen

Bei den Eventual- und anderen Verpflichtungen des Helaba-Konzerns handelt es sich im Wesentlichen um potenzielle zukünftige Auszahlungsverpflichtungen des Konzerns, die sowohl aus den Kunden eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen Kreditlinien, als auch aus gestellten Finanzgarantien erwachsen. Die Betragsangaben spiegeln mögliche Verpflichtungen bei vollständiger Ausnutzung eingeräumter

Kreditlinien beziehungsweise bei Inanspruchnahme der Finanzgarantien wider. Für unwiderrufliche Kreditzusagen werden Rückstellungen gebildet, sofern bei ihrer Inanspruchnahme eine Wertminderung des entstehenden Kredits wahrscheinlich ist. Für Finanzgarantien oder andere Verpflichtungen werden Rückstellungen gebildet, wenn die Inanspruchnahme wahrscheinlich ist.

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Unwiderrufliche Kreditzusagen	19.650	19.248
Finanzgarantien	5.038	4.053
Andere Verpflichtungen	4.364	4.334
Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	1.272	1.302
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	2.753	2.795
Einzahlungsverpflichtungen	43	54
Vertragliche Verpflichtungen für den Erwerb von Sachanlagen, immateriellen und sonstigen Vermögenswerten	135	41
Vertragliche Verpflichtungen in Verbindung mit als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	118	118
Verpflichtungen aus Prozessrisiken	–	3
Sonstige Verpflichtungen	43	21
Gesamt	29.052	27.635

Am Bilanzstichtag entfielen von den Einzahlungsverpflichtungen auf 31 Personenhandelsgesellschaften 42 Mio. € und auf vier Kapitalgesellschaften 1 Mio. €. Einzahlungsverpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden nicht.

Aus der Anwachsung eines Tochterunternehmens hat die Bank als Rechtsnachfolgerin die Verpflichtungen des Tochterunternehmens übernommen. Aus dessen Teilnahme an einer Spaltungsmaßnahme resultieren zeitlich befristete Haftungen nach dem Umwandlungsgesetz (UmwG). Eine tatsächliche Belastung ist derzeit nicht zu erwarten.

An der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main, ist die Bank als unbeschränkt haftender Gesellschafter beteiligt.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. angehörender Gesellschafter. Für den Fall der Inanspruchnahme eines früheren Gewährträgers der DekaBank im Rahmen der für die Gewährträgerhaftung geltenden Bestandsschutzregelungen gemäß Brüsseler Verständigung I ist die Helaba zu einem internen anteiligen Haftungsausgleich verpflichtet. Die Träger der DekaBank am 18. Juli 2005 haften für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehender

Verbindlichkeiten der DekaBank. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten gilt dies nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausging.

Dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist die Bank über ihre Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Die Frankfurter Sparkasse ist Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen. Diese Sicherungseinrichtungen haben institutssichernde Wirkung, das heißt, sie sind darauf angelegt, die angeschlossenen Institute selbst in ihrem Bestand zu schützen. Das Sicherungssystem der deutschen Sparkassen-Finanzgruppe wurde mit Wirkung vom 3. Juli 2015 an die Vorgaben des Einlagensicherungsgesetzes angepasst. Sollte die Institutssicherung ausnahmsweise nicht greifen, hat der Kunde einen Anspruch auf Erstattung seiner Einlagen bis zu einem Betrag von 100.000 €. Dafür maßgeblich ist das Einlagensicherungsgesetz. Im Fall des Eintritts eines Stützungs- oder eines Entschädigungsfalls kann die Helaba zur Zahlung von Zusatz- oder Sonderbeiträgen verpflichtet sein.

Des Weiteren sind die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen angeschlossen. Er gewährleistet eine zusätzliche, neben den bestehenden Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge und entfaltet nicht nur instituts-, sondern auch gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von der Landesbank Hessen-Thüringen und den Sparkassen sukzessive dotiert, bis 5 % der Bemessungsgrundlage (Risikoaktiva der Institute) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur erstmaligen vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrags.

Darüber hinaus haften einzelne konzernangehörige Institute als Mitglieder von Einlagensicherungseinrichtungen im Rahmen der hierfür geltenden Bestimmungen.

Die Helaba hat sich verpflichtet, im Fall der Zahlungsunfähigkeit der LBS Immobilien GmbH beziehungsweise der OFB

Projektentwicklung GmbH deren Ausgleichsbeträge zur jeweiligen Zusatzversorgungskasse zu tragen.

Für den Fall, dass Kapitaleinlagen zurückgezahlt werden, können Eventualverbindlichkeiten ebenso wie im Vorjahr in Höhe von 205 Mio. € entstehen.

Die sonstigen Verpflichtungen beinhalten Verpflichtungen in Höhe von 18 Mio. € (31. Dezember 2015: 12 Mio. €) gegenüber dem europäischen Abwicklungsfonds. Die Bank und die Frankfurter Sparkasse haben das Wahlrecht, einen Teil des Jahresbeitrags in Form von in vollem Umfang mit Barmitteln unterlegten unwiderruflichen Zahlungsverprechen zu leisten, ausgeübt.

Darüber hinaus gewähren die Sicherungsreserven der Landesbanken und der Landesbausparkassen ihren angeschlossenen Instituten ein Wahlrecht, einen Teil des Beitrags in Form von barunterlegten unwiderruflichen Zahlungsverprechen zu leisten. Davon haben die Bank und die Landesbausparkasse in Höhe von 7 Mio. € Gebrauch gemacht.

(75) Patronatserklärungen

Firma	Sitz
Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH	Frankfurt am Main

(76) Treuhandgeschäfte

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015 ¹⁾
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kreditinstitute	243	192
Forderungen an Kunden	525	451
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	202	202
Beteiligungen	56	60
Sonstige Vermögenswerte	13	13
Gesamt	1.039	918
Treuhandverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	125	1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	606	606
Sonstige Verbindlichkeiten	308	311
Gesamt	1.039	918

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: gesonderter Ausweis der treuhänderisch gehaltenen Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere, die im Vorjahr unter den sonstigen Vermögenswerten ausgewiesen wurden.

Die Treuhandgeschäfte betreffen im Wesentlichen als Treuhandkredite gewährte Fördermittel des Bundes, des Landes Hessen und der KfW, bei anderen Kreditinstituten angelegte Treuhandgelder sowie für Privatanleger verwalteten Anteilsbesitz.

Sonstige Angaben

(77) Angaben zum Leasinggeschäft

Der Helaba-Konzern als Leasinggeber

In der folgenden Tabelle werden die Angaben zum Finanzierungsleasing dargestellt:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Bruttoinvestitionswert	4	6
Bis ein Jahr	1	1
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3	5
Unrealisierter Finanzertrag	–	–1
Nettoinvestitionswert	4	5
Bis ein Jahr	1	1
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3	4

Der Bruttoinvestitionswert entspricht der Summe der Mindestleasingzahlungen aus dem Finanzierungsleasing und dem Leasinggeber zustehender nicht garantierter Restwerte. In den Mindestleasingzahlungen sind vom Leasingnehmer zu leistende garantierte Restwerte enthalten. Der unrealisierte Finanzertrag entspricht der Differenz zwischen dem Netto- und dem Bruttoinvestitionswert.

Bei den Finanzierungsleasinggeschäften bestehen wie im Vorjahr keine kumulierten Wertberichtigungen. Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr keine bedingten Mietzahlungen als Ertrag erfasst.

In den kommenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu erwarten:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Bis ein Jahr	69	65
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	38	35
Mehr als fünf Jahre	56	52
Gesamt	163	152

Die Operating-Leasingverhältnisse betreffen insbesondere Untermietverträge für angemietete Gebäudeflächen sowie Mietverträge aus der Vermietung eigener Grundstücke und Gebäude. Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr keine bedingten Mietzahlungen als Ertrag aus Operating-Leasingverhältnissen erfasst.

Bei den angemieteten Objekten handelt es sich im Wesentlichen um im Bankbetrieb genutzte Bürogebäude, soweit sie nicht im Rahmen von Untermietverhältnissen einer anderen kommerziellen Nutzung unterliegen. Die Mietverträge haben feste Laufzeiten mit gegenwärtigen Restlaufzeiten bis zu 15 Jahren. Preisanpassungsklauseln bestehen in verschiedenen Varianten; bedingte Mietzahlungen sind nicht vereinbart.

Der Helaba-Konzern als Leasingnehmer

Im Verwaltungsaufwand sind in Höhe von 42 Mio. € (2015: 39 Mio. €) Zahlungen für Operating-Leasingverhältnisse enthalten, bei denen die Helaba Leasingnehmer ist. Dies betrifft überwiegend Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

In den kommenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu leisten:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Bis ein Jahr	47	38
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	136	119
Mehr als fünf Jahre	63	80
Gesamt	246	237

Aus unkündbaren Untermietverhältnissen werden zum Bilanzstichtag künftige Mindestmietzahlungen in Höhe von 4 Mio. € (31. Dezember 2015: 2 Mio. €) erwartet. Im Berichtsjahr wurden aus Untermietverhältnissen 2 Mio. € (2015: 3 Mio. €) vereinnahmt, die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst sind.

Finanzierungsleasinggeschäfte mit dem Helaba-Konzern als Leasingnehmer bestanden im Geschäftsjahr nicht.

(78) Angaben zum Eigenkapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennzahlen

Das Eigenkapitalmanagement des Helaba-Konzerns umfasst die Planung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel im Rahmen des Planungsprozesses, die Allokation von Eigenmitteln, die Überwachung der Entwicklung der Risikopositionen und die Einhaltung der Kapitulimite, die Überwachung und Plausibilisierung des verbleibenden Kapitalpuffers sowie die Berücksichtigung eines kalkulatorischen Eigenkapitalkostensatzes im Rahmen der Deckungsbeitragsrechnung. Ziel des Eigenkapitalmanagements ist die Allokation der Ressource Eigenkapital unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten auf die Bereiche des Konzerns unter der Nebenbedingung der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften zur Kapitalausstattung.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Helaba-Institutgruppe werden nach der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR)

sowie ergänzenden Bestimmungen der §§ 10 und 10a KWG ermittelt. Gemäß der CRR-Kategorisierung setzen sich die Eigenmittel aus dem harten Kernkapital, dem zusätzlichen Kernkapital sowie dem Ergänzungskapital zusammen. Seit 2015 sind über die CRR hinausgehende Anforderungen des europäischen Single Supervisory Mechanism (SSM) zu berücksichtigen.

Die Ermittlung der regulatorischen Eigenmittelanforderungen sowie die Berechnung der Kapitalquoten erfolgen ebenfalls nach den Vorschriften der CRR.

Zum Meldestichtag 31. Dezember 2016 gliedern sich die Eigenmittel der Helaba-Institutgruppe wie folgt auf (Beträge jeweils nach regulatorischen Anpassungen):

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Kernkapital	8.110	8.171
Hartes Kernkapital (CET1)	7.534	7.564
Zusätzliches Kernkapital	576	607
Ergänzungskapital	2.699	2.708
Eigenmittel gesamt	10.809	10.879

Zum Bilanzstichtag ergaben sich folgende Kapitalanforderungen und Kennziffern:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Kreditrisiko (inklusive Beteiligungen und Verbriefungen)	3.585	3.725
Marktrisiko (inklusive CVA-Risiko)	348	367
Operationelles Risiko	295	296
Eigenmittelanforderungen gesamt	4.228	4.388
Harte Kernkapitalquote	14,3 %	13,8 %
Kernkapitalquote	15,3 %	14,9 %
Gesamtkennziffer	20,5 %	19,8 %

Kern- und Eigenkapitalquoten erfüllen die von der Helaba im Rahmen der Eigenkapitalplanung formulierten Zielquoten. Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften einschließlich der Anforderungen des europäischen SSM zur Kapitalausstattung sind eingehalten.

(79) Berichterstattung zu Geschäftsbeziehungen zu strukturierten Unternehmen

Aus dem Bankgeschäft und sonstigen geschäftlichen Aktivitäten von Konzerngesellschaften resultieren diverse Geschäftsbeziehungen zu strukturierten Unternehmen im Sinne von IFRS 12. Strukturierte Unternehmen sind solche Unternehmen, bei denen eine Beherrschung nach IFRS 10 nicht über die Ausübung der gesellschaftsrechtlichen Stimmrechte erfolgt.

Sponsoring im Sinne von IFRS 12.27 kann bei einem strukturierten Unternehmen im Rahmen der bankgeschäftlichen Funktionen für Kunden vorliegen. Dies betrifft Fälle, in denen der Helaba-Konzern die Initiierung einer Zweck- oder Dienst-

leistungsgesellschaft vorgenommen hat, eine Mitwirkung und Unterstützung bei Gründung und Initiierung erfolgte und zudem die aktuelle Geschäftsverbindung mit diesem nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen noch so eng ist, dass Dritte begründeterweise eine Verbindung mit dem Konzern vermuten müssen.

Angaben zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen

Zum 31. Dezember 2016 bestanden folgende Forderungen an nicht konsolidierte strukturierte Unternehmen gemäß IFRS 12:

in Mio. €

	Verbriefungs- zweckgesell- schaften	Vermögens- verwaltungs- gesell- schaften	Sonstige strukturierte Unternehmen	Gesamt
Aktiva	3.117	262	2.997	6.376
Forderungen an Kunden	3.073	193	2.944	6.210
Wertberichtigungen auf Forderungen	-1	-4	-	-5
Handelsaktiva	2	18	5	25
Finanzanlagen	43	49	48	140
Sonstige Aktiva	-	6	-	6
Außerbilanzielles Geschäft	1.145	21	84	1.250
Größe der strukturierten Unternehmen	38.412	159.524	84.949	282.885

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2015:

in Mio. €

	Verbriefungs- zweckgesell- schaften ¹⁾	Vermögens- verwaltungs- gesell- schaften	Sonstige strukturierte Unternehmen	Gesamt
Aktiva	3.078	146	3.042	6.266
Forderungen an Kunden	2.968	59	3.011	6.038
Wertberichtigungen auf Forderungen	–	–5	–1	–6
Handelsaktiva	–	10	5	15
Finanzanlagen	110	76	28	214
Sonstige Aktiva	–	6	–1	5
Außerbilanzielles Geschäft	1.224	43	532	1.799
Größe der strukturierten Unternehmen	39.206	147.810	82.140	269.156

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Im Vorjahr wurden einzelne Kundenbeziehungen zu Verbriefungszweckgesellschaften als konzerninterne Geschäfte behandelt. Daraus resultiert eine Erhöhung bei den Forderungen an Kunden um 621 Mio. €.

Die Vermögensverwaltungsgesellschaften betreffen überwiegend von der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH sowie der LB(Swiss) Investment AG verwaltete Investmentvermögen, die sich wie folgt zusammensetzen:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Publikumsfonds 66 (2015: 76)	7.131	6.249
Spezialfonds 251 (2015: 247)	114.085	107.073
Gesamt	121.216	113.322

Das Geschäft mit Verbriefungsgesellschaften betrifft zum einen Dienstleistungsfunktionen für Verbriefungsgesellschaften der OPUSALPHA-Gruppe. Die für die Gesellschaften der OPUSALPHA-Gruppe bereitgestellten Liquiditätslinien betragen einschließlich pauschaler Aufschläge von 2 % 2.797 Mio. € (31. Dezember 2015: 2.353 Mio. €), davon sind am 31. Dezember 2016 1.875 Mio. € (31. Dezember 2015: 1.476 Mio. €) in Anspruch genommen. Die Zusagen zur Liquiditätsversorgung betreffen die maximal vorgesehenen Ankaufszusagen; Verpflichtungen bestehen zudem aus nachrangigen Haftungen, wenn die Ankaufsabschlüsse und Risikotragungen Dritter nicht ausreichen sollten. Die vorstehende Tabelle zeigt das Ausfallrisiko des Konzerns aus bilanziellen Ansprüchen zuzüglich laufender Zins- und Gebührenansprüche zum 31. Dezember 2016 nach Berücksichtigung von Emissionen in Höhe von 860 Mio. € (31. Dezember 2015: 872 Mio. €). Stützungsmaßnahmen der strukturierten Unternehmen über die bankgeschäftstypische Finanzierungsfunktion und Dienstleistungen hinaus sind aus derzeitiger Sicht nicht vorgesehen. Zum 31. Dezember 2016 bestehen für fremde Verbriefungsplattformen nicht gezo-gene Liquiditätslinien in Höhe von unverändert gegenüber dem Vorjahr 65 Mio. €. Ferner bestehen Finanzierungen bei

Forderungsankaufsgesellschaften für Kunden, unter anderem für OPUSDELTA in Höhe von 179 Mio. € (31. Dezember 2015: 182 Mio. €) und OPUSLAMBDA in Höhe von unter 1 Mio. € (31. Dezember 2015: 184 Mio. €).

Die bilanzierten Forderungen an sonstige strukturierte Unternehmen betreffen eine Vielzahl an Finanzierungen von Zweck- und Objektgesellschaften. Überwiegend fungieren diese strukturierten Unternehmen als Objektgesellschaften für Leasing- oder Immobilientransaktionen.

Angaben zu konsolidierten strukturierten Unternehmen

Sofern nach IFRS 10 eine Einbeziehung eines strukturierten Unternehmens in den Konsolidierungskreis erfolgt, unterliegen die Geschäftsbeziehungen zu anderen konsolidierten Unternehmen den Konsolidierungsmaßnahmen. Die zum 31. Dezember 2016 konsolidierten strukturierten Unternehmen betreffen zum einen Wertpapiersondervermögen, bei denen die Helaba oder eine Tochtergesellschaft die Mehrheit der Anteilsrechte oder sämtliche Anteile halten. Als weitere Fälle werden eine Objektgesellschaft für eine von der Helaba teilweise selbstgenutzte Immobilie (Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co.

Immobilien KG) und eine Refinanzierungsgesellschaft für Ankaufsgesellschaften der Verbriefungsstruktur OPUSALPHA (OPUSALPHA Funding LTD) nach IFRS 10 konsolidiert. Zudem waren vier Unternehmen (HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG und Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG, Egeria Verwaltungsgesellschaft mbH und Cordelia Verwaltungsgesellschaft mbH) nach IFRS 10 zu konsolidieren, die Bestandteil von Strukturen geschlossener Fonds mit Investments in angekauften Lebensversicherungsansprüchen sind.

Im Berichtsjahr erfolgten bei zwei konsolidierten Objektgesellschaften, die Bestandteil von Strukturen geschlossener Fonds für Investments in angekauften Lebensversicherungen sind, Forderungsverzichte. Diese Forderungsverzichte sind abhängig von der Entwicklung der Anlagen in angekauften Lebensversicherungen bereits bedingt in den Verträgen vorgesehen und mindern wirtschaftlich die Verpflichtungen der Bank aus emittierten Zertifikaten gegenüber den Fondsgesellschaften.

(80) Maßgebliche Beschränkungen bei Vermögenswerten oder dem Transfer von Finanzmitteln

Neben den Angaben zu rechtlichen Beschränkungen in der Verfügung über Finanzinstrumente (siehe Anhangangaben (59) und (60)) bestehen bei den folgenden Gesellschaften am Bilanzstichtag durch vertragliche beziehungsweise satzungsmäßige Regelungen Beschränkungen bezüglich laufender Ausschüttungen:

- Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt,
- Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden,
- Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel,
- Hessenkapital I GmbH, Frankfurt am Main,
- Hessenkapital II GmbH, Frankfurt am Main,
- MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main,
- Mittelhessenfonds GmbH, Frankfurt am Main,
- Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt.

Bei der Frankfurter Sparkasse besteht aufgrund gesetzlicher Regelung im „Gesetz zur Errichtung der Frankfurter Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts (Fraspas-Gesetz)“ eine Verpflichtung, 30 % des im Jahresabschluss der Frankfurter Sparkasse ausgewiesenen Jahresüberschusses den Rücklagen zuzuführen.

Bei sechs konsolidierten Tochterunternehmen bestehen Ausschüttungssperren aufgrund von § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB in Höhe von insgesamt 20 Mio. €. Diese resultieren aus der Bewertung der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen in den Einzelabschlüssen, für deren Abzinsung seit 2016 pflichtgemäß Durchschnittszinssätze der letzten zehn Jahre verwendet werden.

Die Konsolidierung von Zweckgesellschaften gemäß IFRS 10 beruht häufig nicht auf einer vorliegenden Stimmrechtsmehrheit. Entsprechend sind bei diesen konsolidierten Zweckgesellschaften keine unbedingte und sofortige Verwendung und kein Transfer der Vermögenswerte seitens der Helaba rechtlich sichergestellt. Das gesamte Bilanzvolumen an konsolidierten

Zweckgesellschaften nach IFRS vor Konsolidierungen beträgt 2.270 Mio. € (31. Dezember 2015: 2.410 Mio. €). In dieser Gesamtsumme ist die konsolidierte Refinanzierungsgesellschaft der OPUSALPHA-Verbriefungsstruktur mit 1.788 Mio. € (31. Dezember 2015: 1.883 Mio. €) enthalten.

Bei den Geschäftstätigkeiten der Landesbausparkasse und der WIBank sowie bei dem von der Bank betriebenen Pfandbriefgeschäft bestehen besondere rechtliche Rahmenbedingungen als Grundlage der Geschäftstätigkeit (BauSpkG, Gesetz über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen, PfandBG). Die überwiegenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in diesen Geschäftssegmenten unterliegen insofern Beschränkungen, als die geschäftliche Ausrichtung an den jeweiligen Geschäftszweck und die Mittelverwendung an gesetzliche Anforderungen gebunden ist. Teilweise bestehen zudem Zweckbindungen der Refinanzierungsmittel. So werden bei bestimmten Förderprogrammen, etwa im sozialen Wohnungsbau oder bei Infrastrukturfinanzierungen, seitens der Mittelgeber (zum Beispiel nationale und internationale Förderbanken sowie Bund und Länder) Zweckbindungen vorgegeben, um den zielgerichteten Einsatz und die angestrebte Förderwirkung sicherzustellen. Bei den Sondervermögen „Wohnungswesen und Zukunftsinvestition“ sowie „Hessischer Investitionsfonds“ bestehen Zweckbindungen auch hinsichtlich der Rückflüsse aus den Mittelverwendungen. In den Jahresabschlüssen zum 31. Dezember 2016 weisen die WIBank eine Bilanzsumme von 17.413 Mio. € (31. Dezember 2015: 16.813 Mio. €) und die LBS eine Bilanzsumme von 5.411 Mio. € (31. Dezember 2015: 5.191 Mio. €) aus.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Anerkennung von Eigenmitteln erforderten bestimmte Vertragsdetails bei Emissionen nachrangiger Verbindlichkeiten und stiller Einlagen. Diese Anforderungen schränken bei Eintritt bestimmter Bedingungen ein Kündigungsrecht des Helaba-Konzerns ein und erfordern eine Zustimmung der Aufsicht. Die Vertragsregelungen einzelner Emissionen erfordern eine Wiederauffüllung nach einer etwaigen Verlustteilnahme vor einer tatsächlichen Rückzahlung.

(81) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Helaba-Konzerns werden Geschäfte mit nach IAS 24 als nahestehend anzusehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen. Die nachfolgenden Angaben betreffen die Geschäftsbeziehungen zu den nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen, den assoziierten Unternehmen und Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Helaba-Konzerns einschließlich deren nachgeordneter Tochterunternehmen.

Bezüglich des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen, des Landes Hessen sowie des Freistaats Thüringen als Gesellschafter und Träger sind die Voraussetzungen für eine Befreiung von der Berichterstattung zu nahestehenden Unternehmen als öffentliche Stellen gegeben; von der entsprechenden Regelung wird grundsätzlich Gebrauch gemacht, sofern es sich nicht um wesentliche Geschäftsvolumina handelt. Geschäfts-

beziehungen zu unseren Gesellschaftern und deren nachgeordneten Tochterunternehmen nach IAS 24 bestehen aus normalen bankgeschäftlichen Dienstleistungen. Der Umfang der Geschäftsbeziehungen zu den Gesellschaftern und wesentlichen nachgeordneten Unternehmen im Berichtsjahr wird aus den nachfolgend angegebenen Salden zum Geschäftsjahresende erkennbar. Ebenso sind die Angaben zu den nach IAS 24 definierten Personen in Schlüsselpositionen des Helaba-Konzerns einschließlich ihrer nahen Familienangehörigen sowie von diesen Personen beherrschten Unternehmen in den nachstehenden Aufstellungen enthalten.

Zum 31. Dezember 2016 bestanden folgende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie außerbilanzielle Verpflichtungen des Helaba-Konzerns gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen:

in Mio. €

	Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	Gesellschafter der Helaba	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
Aktiva	83	917	3.079	1	4.080
Forderungen an Kreditinstitute	–	3	–	–	3
Forderungen an Kunden	59	878	1.464	1	2.402
Wertberichtigungen auf Forderungen	–	–10	–	–	–10
Handelsaktiva	–	3	1.094	–	1.097
Finanzanlagen	24	24	405	–	453
Sonstige Aktiva	–	19	116	–	135
Passiva	10	323	2.048	66	2.447
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	–	141	–	141
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10	321	1.735	43	2.109
Handelsspassiva	–	–	79	–	79
Nachrangkapital	–	–	79	–	79
Sonstige Passiva	–	2	14	23	39
Außerbilanzielles Geschäft	12	147	88	–	247

Für den 31. Dezember 2015 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	Gesellschafter der Helaba ¹⁾	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
Aktiva	62	1.173	2.987	1	4.223
Forderungen an Kreditinstitute	–	3	–	–	3
Forderungen an Kunden	38	1.111	1.209	1	2.359
Wertberichtigungen auf Forderungen	–	–16	–	–	–16
Handelsaktiva	–	9	1.065	–	1.074
Finanzanlagen	24	49	597	–	670
Sonstige Aktiva	–	1	116	–	117
Passiva	5	344	1.761	63	2.173
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	–	189	–	189
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5	342	1.335	37	1.719
Handelspassiva	–	–	125	–	125
Nachrangkapital	–	–	100	–	100
Sonstige Passiva	–	2	12	26	40
Außerbilanzielles Geschäft	3	142	68	–	213

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Im Vorjahr wurden dem Land Hessen zuzurechnende Kundenbeziehungen nicht umfassend identifiziert. Daraus resultiert eine Anpassung bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von 886 Mio. €.

Die Forderungen an sonstige nahestehende Personen umfassen Kredite an Vorstandsmitglieder und an Verwaltungsratsmitglieder wie im Vorjahr von jeweils weniger als 1 Mio. €.

In der Gewinn- und Verlustrechnung in 2016 sind aus Geschäften mit nahestehenden Personen folgende Ergebnisbeiträge enthalten:

in Mio. €

	Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	Gesellschafter der Helaba	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
Zinserträge	5	37	31	–	73
Zinsaufwendungen	–	–14	–20	–	–34
Zinsüberschuss	5	23	11	–	39
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–	–1	–	–	–1
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	5	22	11	–	38
Provisionserträge	–	–	42	–	42
Provisionsüberschuss	–	–	42	–	42
Handelsergebnis	–	5	236	–	241
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	–	–	–1	–	–1
Ergebnis aus Finanzanlagen	1	–	–	–	1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	–	1	–	–	1
Verwaltungsaufwand	–	–6	–5	–9	–20
Ergebnis vor Steuern	–3	22	283	–9	293

Für das Jahr 2015 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	Gesellschafter der Helaba	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
Zinserträge	6	46	30	-	82
Zinsaufwendungen	-2	-15	-19	-	-36
Zinsüberschuss	4	31	11	-	46
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-	1	-	-	1
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	4	32	11	-	47
Provisionserträge	-	1	46	-	47
Provisionsüberschuss	-	1	46	-	47
Handelsergebnis	-	32	-39	-	-7
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-	-	4	-	4
Ergebnis aus Finanzanlagen	-1	-	-	-	-1
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	-	-16	-	-	-16
Verwaltungsaufwand	-	-	-23	-9	-32
Ergebnis vor Steuern	3	49	-1	-9	42

Die Aufwendungen und Erträge aus Geschäften mit nahestehenden Personen resultieren überwiegend aus banküblichen Geschäftstätigkeiten im Kredit-, Wertpapier- und Derivategeschäft. Den Positionen aus übernommenen Marktpreisrisiken, zum Beispiel durch Zinsderivate, stehen im Rahmen einer Gesamtbanksteuerung entsprechende gegenläufige Geschäfte mit anderen Kunden gegenüber. Entsprechend bildet eine

isolierte Betrachtung, zum Beispiel der Handelsergebnisse aus Geschäften mit nahestehenden Personen, nicht das tatsächliche Ergebnis der Bank aus solchen Geschäften ab.

Die Bezüge des Vorstands der Helaba setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	2016	2015
Kurzfristige Leistungen	4,7	4,9
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	-	-
Andere langfristige Leistungen	1,7	1,6
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	-	-

Darüber hinaus wurden für Mitglieder des Vorstands den Pensionsrückstellungen 1,1 Mio. € (2015: 1,0 Mio. €) zugeführt (Dienstzeitaufwand).

Dem Verwaltungsrat wurden wie im Vorjahr 0,9 Mio. € und den Beiräten ebenfalls unverändert 0,1 Mio. € vergütet. Darüber hinaus wurden an die Mitglieder des Verwaltungsrats (inklusive stellvertretender Mitglieder) als Arbeitnehmer Bezüge in Höhe von insgesamt unverändert 3 Mio. € gezahlt. An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden unverändert 4 Mio. € geleistet. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis sind nach IAS 19 70 Mio. € (2015: 65 Mio. €) zurückgestellt.

(82) Honorare des Abschlussprüfers

Für das Geschäftsjahr wurden folgende Entgelte für Leistungen berechnet, die von Konzernunternehmen der Pricewaterhouse-Coopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erbracht wurden:

in Mio. €

	2016	2015 ¹⁾
Abschlussprüfung	3	3
Andere Bestätigungsleistungen	1	1
Sonstige Leistungen	1	1
Gesamt	5	5

¹⁾ Vorjahresangaben angepasst: Im Vorjahr wurden die Aufwendungen für die anderen Bestätigungsleistungen nicht vollständig identifiziert, weshalb der Aufwand um 1 Mio. € zu niedrig ausgewiesen wurde.

(83) Angaben zu Arbeitnehmern

Die Beschäftigten verteilen sich im Jahresdurchschnitt wie folgt auf den Helaba-Konzern:

	Weiblich		Männlich		Gesamt	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Gesamtbank	1.536	1.580	1.847	1.896	3.383	3.476
Bank	1.139	1.175	1.566	1.604	2.705	2.779
WIBank	234	237	169	173	403	410
LBS	163	168	112	119	275	287
Konzern Tochtergesellschaften	1.356	1.366	1.362	1.358	2.718	2.724
Konzern	2.892	2.946	3.209	3.254	6.101	6.200

(84) Mitglieder des Verwaltungsrats**Gerhard Grandke**

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning

Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– Erster stellvertretender
Vorsitzender –

Dr. Thomas Schäfer

Staatsminister
Hessisches Ministerium
der Finanzen
Wiesbaden
– Zweiter stellvertretender
Vorsitzender –

Alexander Wüerst

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Köln
Köln
– seit 18. April 2016 –
– Dritter stellvertretender
Vorsitzender seit 27. Juni 2016 –

Andreas Bausewein

Oberbürgermeister
Stadt Erfurt
Erfurt

Dr. Annette Beller

Mitglied des Vorstands
B. Braun Melsungen AG
Melsungen

Ingo Buchholz

Vorsitzender des Vorstands
Kasseler Sparkasse
Kassel

Patrick Burghardt

Oberbürgermeister
Stadt Rüsselsheim
Rüsselsheim

Georg Fahrenschon

Präsident
Deutscher Sparkassen- und
Giroverband e. V.
Berlin

Stefan Hastrich

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Weilburg
Weilburg
– seit 23. November 2016 –

Ulrich Heilmann

Vorsitzender des Vorstands
Kyffhäusersparkasse
Artern-Sondershausen
Sondershausen
– bis 31. August 2016 –

Bertram Hilgen

Oberbürgermeister
Stadt Kassel
Kassel

Günter Högner

Vorsitzender des Vorstands
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden
– seit 11. März 2016 –

Dr. Christoph Krämer

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Iserlohn
Iserlohn

Manfred Michel

Landrat
Landkreis Limburg-Weilburg
Limburg an der Lahn

Frank Nickel

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Clemens Reif

Mitglied des Hessischen
Landtags
Wiesbaden

Thorsten Schäfer-Gümbel

Mitglied des Hessischen
Landtags
Wiesbaden

Helmut Schmidt

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Saale-Orla
Schleiz
– seit 11. März 2016 –

Uwe Schmidt

Landrat
Landkreis Kassel
Kassel

Dr. Hartmut Schubert

Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt

Wolfgang Schuster

Landrat
Lahn-Dill-Kreis
Wetzlar

Dr. Eric Tjarks

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Bensheim
Bensheim

Ulrich Zinn

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Grünberg
Grünberg
– bis 31. März 2016 –

Arnd Zinnhardt

Mitglied des Vorstands
Software AG
Darmstadt

Von den Bediensteten der Bank entsandt

Thorsten Derlitzki
Bankangestellter
Frankfurt am Main
– Vierter stellvertretender
Vorsitzender –

Frank Beck
Bankprokurist
Frankfurt am Main

Brigitte Berle
Bankangestellte
Frankfurt am Main
– bis 31. Mai 2016 –

Werner Dölitzscher
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main
– bis 30. September 2016 –

Gabriele Fuchs
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Anke Glombik
Bankprokuristin
Erfurt
– seit 1. Oktober 2016 –

Thorsten Kiwitz
Stellvertretender
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Christiane Kutil-Bleibaum
Abteilungsleiterin
Düsseldorf

Annette Langner
Bankprokuristin
Frankfurt am Main

Susanne Noll
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Hans Peschka
Stellvertretender
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main
– bis 30. Juni 2016 –

Jürgen Pilgenröther
Bankangestellter
Frankfurt am Main
– seit 1. Juni 2016 –

Birgit Sahlinger-Rasper
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Susanne Schmiedebach
Bankprokuristin
Düsseldorf

Thomas Sittner
Bankangestellter
Frankfurt am Main
– seit 1. Juli 2016 –

(85) Mitglieder des Vorstands

Herbert Hans Grüntker
– Vorsitzender –

Thomas Groß
– stellvertretender Vorsitzender –

Jürgen Fenk

Dr. Detlef Hosemann

Rainer Krick
– bis 31. Juli 2016 –

Klaus-Jörg Mulfinger

Dr. Norbert Schraad

(86) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien**Mandate der Vorstandsmitglieder**

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Herbert Hans Grüntker	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied Mitglied Vorsitzender
Jürgen Fenk	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Erster stellvertretender Vorsitzender Vorsitzender
Thomas Groß	Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied Präsident Mitglied
Dr. Detlef Hosemann	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied Vorsitzender Stellvertretender Vorsitzender
Klaus-Jörg Mulfinger	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied Stellvertretender Vorsitzender Mitglied

Mandate anderer Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Stephan Bruhn	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Mitglied
Jörg Hartmann	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Holger Mai	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Dirk Mewesen	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Michael Reckhard	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied
Robert Restani	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
Klaus Georg Schmidbauer	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied
André Stolz	Nassauische Sparkasse, Wiesbaden	Mitglied
Erich Vettiger	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender

(87) Anteilsbesitz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale
gemäß § 315a i. V. m. § 313 Abs. 2 HGB

Vollkonsolidierte Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €	
1	1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		7,1	0	1)
2	Airport Office One GmbH & Co. KG, Schönefeld	100,00	0,00		0,0	-5	2)
3	BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH, Kassel	100,00	0,00		0,0	0	1), 4)
4	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		4,6	788	2)
5	CORDELIA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	0,00	0,00		0,0	0	1), 3)
6	DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG, Potsdam	94,89	0,00		36,7	1.470	
7	Dritte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		k. A.	k. A.	2)
8	EGERIA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	0,00	0,00		0,0	0	1), 3)
9	Erste ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1	-40	2)
10	Erste OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		k. A.	k. A.	2)
11	Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		70,4	28	2)
12	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		10,8	647	
13	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	100,00	100,00		117,7	3.463	
14	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	100,00	100,00		833,2	52.500	
15	FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,2	0	1)
16	GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH, Erfurt	100,00	0,00		0,3	0	1), 4)
17	GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,3	0	1), 4)
18	Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,1	43	
19	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-15	
20	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,3	-86	2)
21	G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		23,4	0	1)
22	GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Frankfurt am Main	100,00	5,10		71,5	5.225	
23	GWH Bauprojekte GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		13,6	0	1)
24	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		949,9	0	1)
25	GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main	100,00	0,00		363,9	37.315	
26	Hafenbogen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	-1.529	2)

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €	
27	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG, Pullach	0,00	0,00		0,0	-217	3)
28	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG, Pullach	0,00	0,00		0,0	-217	3)
29	Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-81	2)
30	Haus am Zentralen Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		7,0	677	2)
31	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	100,00	100,00		54,6	591	
32	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		13,0	0	1)
33	Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG, Pullach	5,92	0,00		-131,3	4.603	3)
34	Hello Darmstadt Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-73	2)
35	HeWiPPP II GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		2,5	48	2)
36	Honua'ula Partners LLC, Wailea, USA	0,00	0,00		k. A.	k. A.	3)
37	Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		k. A.	1.657	
38	HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		k. A.	9	
39	Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,0	-43	2)
40	Kornmarkt Arkaden Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-2,5	-512	2)
41	Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1	-60	2)
42	Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,5	-277	2)
43	LB(Swiss) Investment AG, Zürich, Schweiz	100,00	0,00		11,3	1.552	
44	LHT MSIP, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		6,2	382	
45	LHT Power Three LLC, Wilmington, USA	100,00	100,00		50,8	2.595	
46	LHT TCW, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		24,1	1.461	
47	LHT TPF II, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		22,2	544	
48	Logistica CPH K/S, Kastrup, Dänemark	53,33	53,33		-0,9	-715	
49	Main Capital Funding II Limited Partnership, St. Helier, Jersey	0,00	0,00		k. A.	k. A.	3)
50	Main Capital Funding Limited Partnership, St. Helier, Jersey	0,00	0,00		k. A.	k. A.	3)
51	MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0	1)
52	MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH, Frankfurt am Main	99,99	0,00		6,8	1.122	
53	Merian GmbH Wohnungsunternehmen, Frankfurt am Main	94,90	0,00		22,0	1.325	
54	Montindu S.A./N.V., Brüssel, Belgien	100,00	99,97		14,9	202	
55	MS „EAGLE STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	0,00	0,00		-0,0	-3.678	3)
56	MS „ESSEX STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	0,00	0,00		0,0	-4.180	3)
57	Neunte P 1 Projektgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,1	57	2)
58	OFB Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		5,8	227	
59	OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,1	0	1), 4)

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €	
60	OPUSALPHA FUNDING LTD, Dublin, Irland	0,00	0,00		k. A.	k. A.	3)
61	Projekt Erfurt B38 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	- 1	2)
62	Projekt Hirschgarten MK8 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,4	-252	2)
63	Projektentwicklung Königstor GmbH & Co. KG, Kassel	100,00	0,00		0,3	535	2)
64	Projektentwicklung Lutherplatz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-1,1	-1.112	2)
65	Projektentwicklung Neuwerkstraße 17 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		k. A.	k. A.	2)
66	Projektgesellschaft ILP Erfurter Kreuz mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-2	2)
67	PVG GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	0	1), 4)
68	SQO Stadt Quartier Offenburg GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1	-70	2)
69	Systemo GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,9	-93	
70	TE Kronos GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,7	1.615	
71	uniQus Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-693	2)
72	Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,3	0	1)
73	Verso Grundstücksentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,2	-263	2)
74	Verso Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		1,0	960	2)
75	Vierte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		k. A.	k. A.	2)
76	Vierte OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		k. A.	k. A.	2)
77	Zweite ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,0	-11	2)
78	Zweite OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		k. A.	k. A.	2)
79	Zweite OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,1	33	2)

Lfd. Nr.	Wertpapiersondervermögen nach KAGB	Kapitalanteil in %			Fonds-volumen		
		gesamt	davon unmittelbar		in Mio. €		
80	HI-A-FSP-Fonds, Frankfurt am Main	100,00			134,8		3)
81	HI-C-FSP-Fonds, Frankfurt am Main	100,00			121,3		3)
82	HI-FBI-Fonds, Frankfurt am Main	100,00			129,3		3)
83	HI-FBP-Fonds, Frankfurt am Main	100,00			90,8		3)
84	HI-FSP-Fonds, Frankfurt am Main	100,00			169,9		3)
85	HI-H-FSP-Fonds, Frankfurt am Main	100,00			132,2		3)
86	HI-HT-KOMP.-Fonds, Frankfurt am Main	100,00			16,3		3), 5)
87	HI-HTNW-Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00		505,5		3), 5)
88	HI-RentPlus-Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00		507,0		3), 5)

Des Weiteren wurden folgende Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierte Unternehmen at Equity bewertet:

At Equity bewertete Gemeinschaftsunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
89	CP Campus Projekte GmbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,2	-138
90	Einkaufszentrum Wittenberg GmbH, Leipzig	50,00	0,00		-0,8	-110
91	G & O Alpha Hotelentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	-2
92	G & O Alpha Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,2	-17
93	G & O Baufeld Alpha 2. BA GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	1.213
94	G & O Gateway Gardens Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	-2
95	G & O Gateway Gardens Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,3	1.324
96	Galerie Lippe GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	78,00	0,00		-0,7	-950
97	gatelands Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Schönefeld	75,00	0,00		-0,9	-42
98	GIZS GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	33,33	33,33		18,3	-6.684
99	G&O MK 15 Bauherren GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	-4
100	GOB Dritte E & A Grundbesitz GmbH, Frankfurt am Main	47,00	0,00		-3,2	-276
101	GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Siebte Rhein-Main KG, Frankfurt am Main	8,84	0,00		15,7	61
102	GOB Projektentwicklung Fünfte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	8,84	0,00		k. A.	k. A.
103	Horus AWG GmbH, Pöcking	50,00	0,00		-0,1	-114
104	Multi Park Mönchhof Dritte GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		0,7	1.658
105	Multi Park Mönchhof GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		-0,0	-9
106	Multi Park Mönchhof Main GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		-0,0	-63
107	OFB & Procom Objekt Neu-Ulm GmbH & Co. KG, Neu-Ulm	50,00	0,00		-2,4	-1.647
108	OFB & Procom Rüdeshheim GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		-0,1	-114
109	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	30,00	0,00		-1,2	-220
110	sono west Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	70,00	0,00		9,4	-549
111	Stresemannquartier GmbH & Co. KG, Berlin	50,00	0,00		4,5	-605
112	Westhafen Haus GmbH & Co. Projektentwicklungs-KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		-0,2	0
113	Westhafen-Gelände Frankfurt am Main GbR, Frankfurt am Main	0,00	0,00	33,3	-0,0	419

At Equity bewertete assoziierte Unternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
114	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33	0,00		5,6	-949
115	HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG, Pullach	49,34	49,34		13,5	-6.932
116	WoWi Media GmbH & Co. KG, Hamburg	23,72	0,00	19,2	2,8	16

Nicht einbezogene Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
117	Arealogics GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	1
118	BGT-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0
119	BHT Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Bauhof Maintal KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,7	0,9	78
120	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt GZH Gemeindezentrum Hünstetten KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,3	164
121	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt MGK Marstall-Gebäude Kassel KG, Kassel	50,00	50,00	66,7	0,5	58
122	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Sparkassenfiliale Seeheim-Jugenheim KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,9	220
123	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt TFK II Tiefgarage Kassel 2. BA KG, Kassel	33,33	33,33	66,7	1,9	231
124	BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen mbH, Wiesbaden	100,00	100,00		1,4	535
125	Bürogebäude Darmstädter Landstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	-2
126	BWT Beteiligungsgesellschaft für den Wirtschaftsaufbau Thüringens mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,2	3
127	Dritte OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-53
128	FAM-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	5
129	FMZ Fulda Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-0
130	GIMPRO Beteiligungs- und Geschäftsführungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,2	3
131	Helaba Gesellschaft für Immobilienbewertung mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	0

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
132	Helaba Projektbeteiligungsgesellschaft für Immobilien mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,0	0
133	Helaba Representação Ltda., São Paulo, Brasilien	100,00	99,00		k. A.	k. A.
134	HT-Finanzanlage Ltd, St. Helier, Jersey	0,00	0,00		k. A.	k. A.
135	Innovationsfonds Hessen-Verwaltungsgesellschaft mbH i. L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	0
136	Kalypso Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-7
137	KHR Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Kulturhalle Rödermark KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,7	3,2	437
138	Komplementarselskabet Logistica CPH ApS, Kastrup, Dänemark	52,00	52,00		0,0	-3
139	Königstor Verwaltungs-GmbH, Kassel	100,00	0,00		0,0	-0
140	Kornmarkt Arkaden Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	2
141	LBS Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,6	39
142	Main Funding GmbH, Frankfurt am Main	0,00	0,00		0,3	5
143	Main Funding II GmbH, Frankfurt am Main	0,00	0,00		0,1	3
144	Nötzli, Mai & Partner Family Office AG, Zürich, Schweiz	100,00	0,00		0,3	-39
145	OFB Berlin Projekt GmbH, Berlin	100,00	0,00		0,0	1
146	OFB Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-3
147	Office One Verwaltung GmbH, Schönefeld	100,00	0,00		0,0	1
148	S-Beteiligungsgesellschaft Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,2	129
149	TE Beta GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,4	94
150	TE Gamma GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	8
151	TF H Technologie-Finanzierungsfonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (TF H GmbH) i. L., Frankfurt am Main	66,67	66,67	66,7	0,7	7
152	TFK Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Tiefgarage Friedrichsplatz Kassel KG i. L., Kassel	33,33	33,33	66,7	1,5	-1
153	Unterstützungseinrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0

3), 6)

3)

3)

Gemeinschaftsunternehmen, nicht at Equity bewertet

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
154	AARON Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i. L., Oberursel	50,00	50,00		-2,3	2
155	FinTech Community Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		k. A.	k. A.
156	G & O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	5
157	G & O Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	1
158	gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	75,00	0,00		0,0	2
159	GIZS Verwaltungs-GmbH, Frankfurt am Main	33,33	33,33		0,0	-10
160	GOB Projektentwicklungsgesellschaft E & A mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	1
161	Helaba-Assekuranz-Vermittlungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,7	367
162	Hessen Kapital I GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		34,1	-436
163	Hessen Kapital II GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		6,6	369
164	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	2
165	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH & Co. Bad Homburg v. d. H. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,4	5
166	Mittelhessenfonds GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		-2,5	54
167	Multi Park Verwaltungs GmbH, Neu-Isenburg	50,00	0,00		0,0	-1
168	Procom & OFB Projektentwicklung GmbH, Hamburg	50,00	0,00		0,0	-1
169	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	30,00	0,00		k. A.	k. A.
170	Projekt Feuerbachstraße Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	70,00	0,00		0,0	1
171	Rotunde – Besitz- und Betriebsgesellschaft der S-Finanzgruppe bR, Erfurt	60,00	60,00	33,0	0,6	48
172	SKYGARDEN Arnulfpark Verwaltungs GmbH, Grünwald	50,00	0,00		0,0	-0

Assoziierte Unternehmen, nicht at Equity bewertet

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
173	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	21,03	21,03		18,2	930
174	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	31,50	31,50		24,6	1.208
175	Comtesse BTH Limited, London, Vereinigtes Königreich	2,66	2,66	25,1	13,0	-2.128
176	GbR VÖB-ImmobilienAnalyse, Bonn	0,00	0,00	20,0	k. A.	k. A.
177	HANNOVER LEASING Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	49,34	49,34		0,1	2
178	HaemoSys GmbH, Jena	38,33	0,00		-4,8	-524
179	Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel	37,11	37,11		65,0	3.484

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
180	Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs KG, Mainz	21,62	0,00		5,6	1.559
181	Logistikzentrum Rodgau GmbH, Schönefeld	25,00	0,00		-0,9	-149
182	MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Wiesbaden	32,52	32,52		10,0	131
183	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	38,56	38,56		22,5	997
184	Riedemannweg 59-60 GbR, Berlin	32,00	32,00		-4,0	198
185	Sparkassen-Marktservice Beteiligungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	40,00		7,9	-8
186	Sparkassen-Marktservice Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	50,00	40,00		0,0	-3
187	TF H III Technologiefonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wiesbaden	25,00	25,00		k. A.	k. A.
188	Vierte Airport Bureau-Center KG Airport Bureau Verwaltungs GmbH & Co., Berlin	31,98	31,98		-3,2	-33

Kapitalanteil größer 20 %

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
189	BIL Leasing GmbH & Co. Objekt Verwaltungsgebäude Halle KG i. L., München	100,00	0,00	0,2	0,0	36

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen der gehaltene Anteil 5 % oder mehr beträgt

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
190	Deutscher Sparkassen Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stuttgart	5,41	5,41		141,0	13.719

¹⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

²⁾ Von § 264b HGB wird bezüglich des Jahresabschlusses der Gesellschaft Gebrauch gemacht.

³⁾ Bei der Gesellschaft handelt es sich um ein Tochterunternehmen, dessen Klassifizierung nicht auf einer Stimmrechtsmehrheit beruht.

⁴⁾ Von § 264 Abs. 3 HGB wird bezüglich des Jahresabschlusses der Gesellschaft Gebrauch gemacht.

⁵⁾ Geschäftsjahresende 31. Januar.

⁶⁾ Die Silo-Strukturen in der Gesellschaft sind Dritten zuzurechnen.

k. A.: Es liegt kein festgestellter Abschluss vor.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich

des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.“

Frankfurt am Main/Erfurt, den 28. Februar 2017

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Grüntker

Groß

Fenk

Dr. Hosemann

Mulfinger

Dr. Schraad

Country by Country Reporting nach § 26a KWG

Gemäß den mit § 26a KWG in deutsches Recht umgesetzten Anforderungen der EU-Richtlinie 2013/36/EU („Capital Requirements Directive“, CRD IV) ist ein „Country by Country Reporting“ vorzunehmen.

Mit dieser Berichterstattung werden für 2016 die angefallenen Umsätze und die Anzahl der Beschäftigten je Mitgliedsstaat der EU und je Drittland dargestellt, in denen die in den Konzernabschluss im Wege der Vollkonsolidierung einbezogenen Unternehmen zum Stichtag 31. Dezember 2016 eine Niederlassung unterhalten oder ihren Sitz haben.

Die Angaben zu Umsatz, Konzernergebnis und Ertragsteueraufwendungen erfolgen vor Berücksichtigung von Konsolidie-

rungseffekten. Als Umsatz wird das in den Konzernabschluss nach IFRS einbezogene Ergebnis der Stelle vor Risikovorsorge und Verwaltungsaufwendungen angegeben. Die Angaben zum Konzernergebnis vor Steuern und zu den Ertragsteuern betreffen den Saldo der Beiträge zu diesen beiden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns nach IFRS. Die Ertragsteueraufwendungen betreffen die Unternehmenssteuern der jeweiligen Meldestelle.

Die Anzahl der Beschäftigten wird auf Basis von Vollzeitmitarbeiteräquivalenten angegeben. Beihilfen im Sinne eines EU-Beihilfe-Verfahrens haben die konsolidierten Gesellschaften in 2016 nicht erhalten.

	Umsatz in Mio. €	Konzernergebnis vor Ertragsteuern in Mio. €	Ertragsteuern in Mio. € ¹⁾	Anzahl der Beschäftigten
Deutschland	1.749	455	-179	5.356
Frankreich	-	1	-	16
Irland	6	-	-	3
Vereinigtes Königreich	90	72	-13	67
Europäische Union	1.845	528	-192	5.442
Schweiz	36	-	-1	105
USA	135	35	-27	87
Sonstige	-1	-2	1	-
Gesamt	2.015	561	-219	5.634

¹⁾ Die in einem Land dargestellte Steuerquote kann beispielsweise durch zwei Effekte beeinflusst sein: Personenbezogene Steuereffekte, die nicht von konsolidierten Unternehmen getragen werden, sind nicht berücksichtigt. Darüber hinaus können Gesellschaften, die einen Verlust ausweisen, aber in derselben Periode keine entsprechenden Steuererträge aktivieren können, die Gesamtergebnisse in einem Land schmälern und gleichzeitig den Ertragsteueraufwand nicht oder erst in späteren Perioden beeinflussen.

Firma	Art der Tätigkeit	Sitz/Ort	Land
1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH	Anbieter von Nebendienstleistungen	Frankfurt am Main	Deutschland
Airport Office One GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Schönefeld	Deutschland
BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH	Sonstiges Unternehmen	Kassel	Deutschland
BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG	Finanzinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
CORDELIA Verwaltungsgesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Pullach	Deutschland
DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG	Finanzinstitut	Potsdam	Deutschland
Dritte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
EGERIA Verwaltungsgesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Pullach	Deutschland
Erste ILZ Leipzig GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Erste OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Kriftel	Deutschland
Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG	Kreditinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
Frankfurter Sparkasse	Kreditinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland

Firma	Art der Tätigkeit	Sitz/Ort	Land
GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH	Anbieter von Nebendienstleistungen	Erfurt	Deutschland
GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
GWH Bauprojekte GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
GWH Immobilien Holding GmbH	Finanzinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Hafenbogen GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Pullach	Deutschland
HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Pullach	Deutschland
Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Haus am Zentralen Platz GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH	Kapitalanlagegesellschaft	Frankfurt am Main	Deutschland
Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG	Finanzinstitut	Pullach	Deutschland
Hello Darmstadt Projektentwicklung GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
HeWiPPP II GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI A-FSP FONDS	Wertpapier-sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI C-FSP FONDS	Wertpapier-sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI FBI FONDS	Wertpapier-sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI FBP FONDS	Wertpapier-sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI FSP FONDS	Wertpapier-sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI H-FSP FONDS	Wertpapier-sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI-HT-KOMP-FONDS	Wertpapier-sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI-HTNW-FONDS	Wertpapier-sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI-RENTPLUS-FONDS	Wertpapier-sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG	Finanzinstitut	Mainz	Deutschland
HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Kornmarkt Arkaden Erste GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung Düsseldorf	Kreditinstitut	Düsseldorf	Deutschland
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	Kreditinstitut	Frankfurt am Main/Erfurt	Deutschland
Landesbausparkasse Hessen-Thüringen – rechtlich unselbstständiger Geschäftsbereich der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	Kreditinstitut	Offenbach	Deutschland
Landeskreditkasse zu Kassel – Niederlassung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	Kreditinstitut	Kassel	Deutschland
MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland

Firma	Art der Tätigkeit	Sitz/Ort	Land
Merian GmbH Wohnungsunternehmen	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
MS „EAGLE STRAIT“ GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Hamburg	Deutschland
MS „ESSEX STRAIT“ GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Hamburg	Deutschland
Neunte P 1 Projektgesellschaft mbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
OFB Beteiligungen GmbH	Finanzinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
OFB Projektentwicklung GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Projekt Erfurt B38 GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Projekt Hirschgarten MK8 GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Projektentwicklung Königstor GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Kassel	Deutschland
Projektentwicklung Lutherplatz GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Projektentwicklung Neuwerkstraße 17 GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Projektgesellschaft ILP Erfurter Kreuz mbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
PVG GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
SQO Stadt Quartier Offenburg GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Systemo GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
TE Kronos GmbH	Finanzinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
uniQus Projektentwicklung GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Verso Grundstücksentwicklung GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Verso Projektentwicklung GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Vierte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Vierte OFB PE GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen – rechtlich unselbstständige Anstalt in der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	Kreditinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
Zweite ILZ Leipzig GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Zweite OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Zweite OFB PE GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Montindu S.A./N.V.	Sonstiges Unternehmen	Brüssel	Belgien
Logistica CPH K/S	Sonstiges Unternehmen	Kopenhagen	Dänemark
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung Paris	Kreditinstitut	Paris	Frankreich
Helaba Asset Services	Finanzinstitut	Dublin	Irland
OPUSALPHA FUNDING LTD	Finanzinstitut	Dublin	Irland
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung London	Kreditinstitut	London	Vereinigtes Königreich
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung Grand Cayman	Kreditinstitut	Georgetown	Cayman Islands
Main Capital Funding II Limited Partnership	Finanzinstitut	St. Helier	Jersey
Main Capital Funding Limited Partnership	Finanzinstitut	St. Helier	Jersey
Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG	Kreditinstitut	Zürich	Schweiz
LB(Swiss) Investment AG	Kapitalanlagegesellschaft	Zürich	Schweiz
Honua'ula Partners LLC	Sonstiges Unternehmen	Wailea	USA
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung New York	Kreditinstitut	New York	USA
LHT MSIP LLC	Finanzinstitut	Wilmington	USA
LHT Power Three LLC	Finanzinstitut	Wilmington	USA
LHT TCW LLC	Finanzinstitut	Wilmington	USA
LHT TPF II LLC	Finanzinstitut	Wilmington	USA

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den von der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche

und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 28. Februar 2017

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Burkhard Eckes
Wirtschaftsprüfer

Peter Flick
Wirtschaftsprüfer

Unterzeichner für die
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale:

Frankfurt am Main / Erfurt, den 25. April 2018

Henning Wellmann

Christian Hee